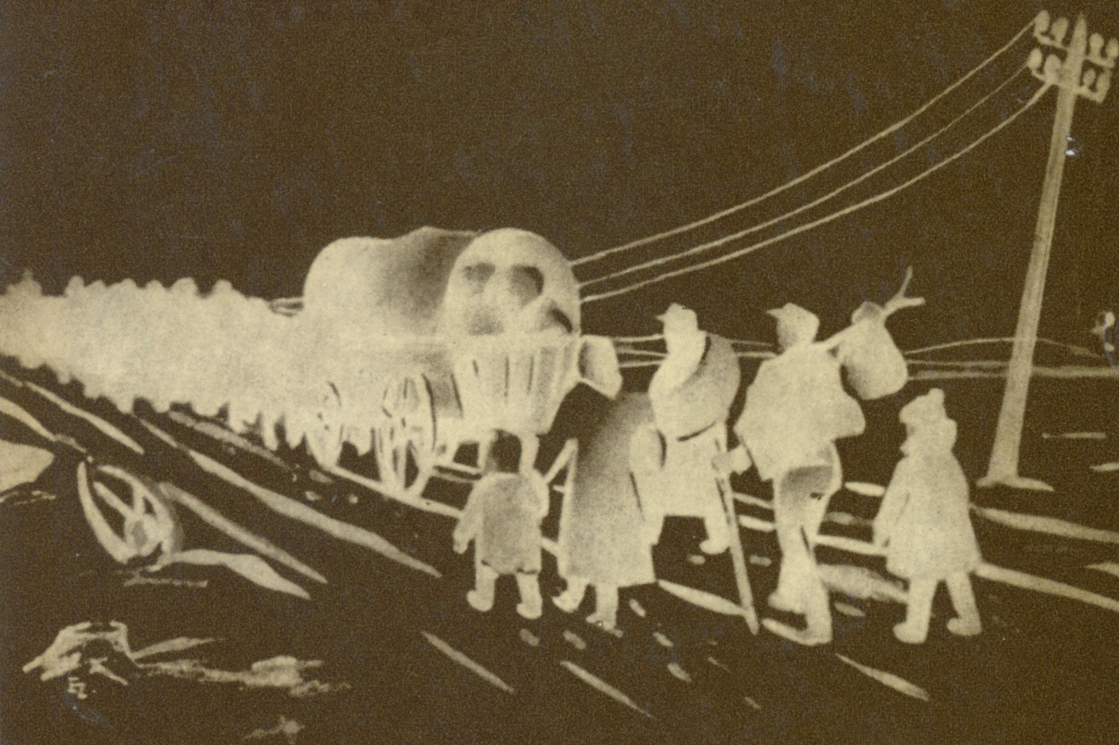


DIE DEUTSCHEN VERTREIBUNGS- VERLUSTE



STATISTISCHES
BUNDESAMT



**DIE DEUTSCHEN
VERTREIBUNGSVERLUSTE**

DIE DEUTSCHEN VERTREIBUNGSVERLUSTE

**Bevölkerungsbilanzen für die deutschen
Vertreibungsgebiete 1939/50**



1958

**Herausgeber: Statistisches Bundesamt • Wiesbaden
Verlag: W. Kohlhammer GmbH • Stuttgart**

**Nachdruck nur mit Quellenangabe und Einsendung
eines Belegexemplares gestattet**

Druck: Carl Ritter & Co., Wiesbaden

Vorwort

Der Deutsche Bundestag hat mit einer EntschlieÙung vom 23. März 1953 eine Erhebung gefordert, die eine Klärung des Schicksals der Vertriebenen, insbesondere eine Feststellung der deutschen Bevölkerungsverluste in den Vertreibungsgebieten ermöglicht. Bei der Prüfung der Wege, wie dieser EntschlieÙung am besten Rechnung getragen werden könnte, erwies es sich als zweckmäßig, die Feststellung der deutschen Bevölkerungsverluste in den Vertreibungsgebieten durch eine statistische Untersuchung nach Art der Bevölkerungsbilanz zu untermauern.

Das Statistische Bundesamt wurde vom Bundesministerium für Vertriebene Anfang des Jahres 1954 beauftragt, eine statistische Darstellung der Austreibungsverluste zu erarbeiten. Dieser Auftrag traf sich mit den Absichten des Statistischen Bundesamtes, die bisher vorliegenden nicht immer befriedigenden und nicht miteinander abgestimmten Vorarbeiten verschiedener Stellen zu sammeln, zu überprüfen und zu einer zahlenmäßigen Gesamtdarstellung von Flucht und Vertreibung auszubauen. Nach Möglichkeit sollte hierbei eine regionale Aufgliederung nach einzelnen Vertreibungsgebieten vorgenommen werden.

Selbstverständlich konnten solche umfangreiche Untersuchungen nicht auf alle Gebiete ausgedehnt werden, aus denen überhaupt Deutsche während oder nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden. Man konnte vielmehr neben den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reichs nur solche Staaten berücksichtigen, die bis zum Zweiten Weltkrieg Hauptsiedlungsgebiete von Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen von Ende 1937 waren. Es sind dies die Baltischen Staaten, das Memelland und Danzig, Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien. Nur in wenigen Fällen konnten auch andere Gebiete, für die bereits gewisse Vorarbeiten vorlagen, einbezogen werden. Es seien hier nur Bulgarien und das zu Dänemark gehörige Nordschleswig genannt. Die Übersichten über diese Siedlungsgebiete werden in einem Anhang dieser Veröffentlichung gebracht. Eine Bilanz für das Rußlanddeutschtum erwies sich als undurchführbar, weil das z. Z. vorliegende Quellenmaterial nicht ausreichte.

Nach Sammlung und Sichtung des Quellenmaterials wurde das Arbeitsschema einer Bevölkerungsbilanz aufgestellt, auf dessen Grundlage dafür herangezogene Fachleute ihre Manuskripte oder Bilanzvorschläge für die verschiedenen Vertreibungsgebiete bearbeiteten:

Dr. A. Bohmann:	Ostbrandenburg, Südtirol, Tschechoslowakei
Dr. G. Cellbrot:	Schlesien
Dr. H. Handrack:	Baltische Staaten und Memelland
Dr. W. Krallert:	Bulgarien, Rumänien, Ungarn
Prof. Dr. W. Kuhn:	Danzig, Polen
Prof. Dr. M. Rasch:	Nordschleswig
L. Schumacher:	Jugoslawien
Dr. G. Teich:	Ostpommern
Dr. K. Weichselberger:	Ostpreußen.

Die Einzeluntersuchungen wurden im Statistischen Bundesamt koordiniert, durch inzwischen bekanntgewordenes neueres Zahlenmaterial ergänzt und zusammengestellt. Die vorliegende Veröffentlichung wurde in der Abteilung „Bevölkerungs- und Kulturstatistik“ (Leiter Ltd. Reg.-Direktor Dr. Kurt Horstmann) durch Regierungsrat Dr. Werner Nellner unter zeitweiser Mithilfe von Dr. Alfred Bohmann bearbeitet.

Wiesbaden, im August 1958

Dr. Gerhard Fürst
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Inhalt

	Seite
Vorwort	5
Methode und Aufbau der Bevölkerungsbilanzen der Vertreibungsgebiete . .	9
Die Hauptergebnisse der Bevölkerungsbilanzen	29
Einzelbilanzen	
Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937)	
Ostpreußen.	49
Ostpommern	97
Ostbrandenburg	137
Schlesien.	169
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	
Baltische Staaten und Memelgebiet	213
Danzig	255
Polen	269
Tschechoslowakei.	315
Ungarn	369
Jugoslawien	409
Rumänien	451
Anhang	
Nordschleswig	489
Südtirol.	501
Bulgarien	525

Abkürzungen

AG	= Autonomes Gebiet
AP	= Autonome Provinz
FNRJ	= Federativna Narodna Republika Jugoslavija
Ldkr.	= Landkreis
LWA	= Landeswirtschaftsamt
N. F.	= Neue Folge
Nm	= Neumark
O. S.	= Oberschlesien
Pom.	= Pommern
Pr.	= Preußen
qkm	= Quadratkilometer
RB	= Regierungsbezirk
SBZ	= Sowjetische Besatzungszone
Stkr.	= Stadtkreis
VR	= Volksrepublik
Woj.	= Wojewodschaft

Methode und Aufbau der Bevölkerungsbilanzen der Vertreibungsgebiete

Bei jedem Versuch, die Verluste der in den Vertreibungsgebieten beheimateten deutschen Menschen durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen, insbesondere durch Flucht vor der nahenden Front, durch Austreibung, Verschleppung und Gewalttaten, darzustellen, muß erkannt werden, daß es unmöglich sein dürfte, sie individuell vollständig und damit zahlenmäßig genau zu erfassen.

Gegen Ende des Krieges war selbst in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches eine vollständige Registrierung der Geburten und Sterbefälle, vor allem der Luftkriegsopfer, nicht mehr möglich, weil die Bevölkerung durch Evakuierungen, Verlagerungen von Betrieben und Verwaltungen und infolge von Flucht schon sehr stark in Bewegung war. In den deutschen Siedlungsgebieten außerhalb der Altreichsgrenzen und vor allem außerhalb der damaligen Reichsgrenzen lagen die Verhältnisse noch erheblich schwieriger. Oft konnten überhaupt keine Meldungen über Sterbefälle erstattet werden oder Mitteilungen über Gefallene und Vertriebene waren so unsicher, daß sie nicht für eine Registrierung herangezogen werden konnten. Es kommt hinzu, daß so gut wie alle Standesamtsregister aus den Vertreibungsgebieten bei Kampfhandlungen oder durch die Nachkriegsereignisse verloren gingen und daß uns die erhaltenen heute nicht mehr zugänglich sind. Aber es fehlt nicht nur an amtlichen Unterlagen. Sehr häufig sind nicht einmal die Angehörigen über das Geschick ihrer vermißten Familienmitglieder unterrichtet. Sehr viele Schicksale von Vermißten konnten zwar im letzten Jahrzehnt durch die Bemühungen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, der Heimatortskarteien, der Vertriebenenverbände und anderer Stellen geklärt werden, doch beträgt die Zahl der Verschollenen (ohne Berücksichtigung der Rußlanddeutschen) noch über zwei Millionen. Es muß leider damit gerechnet werden, daß es selbst durch intensive Nachforschungen über die Einzelschicksale nicht zu erreichen ist, den Verbleib aller Verschollenen zu klären. Das bedeutet aber, daß auch der Versuch, mit Hilfe solcher Nachforschungen ein statistisches Gesamtbild der deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste in den Vertreibungsgebieten zu zeichnen, allenfalls zu Näherungswerten führen kann, deren Genauigkeitsgrad jedoch kaum abzuschätzen ist. Ein Ausweg, wenigstens zu größenordnungsmäßigen Vorstellungen von der Höhe der Opfer der deutschen Bevölkerung zu kommen, die diese bei Flucht und Vertreibung bringen mußte, ist die Aufstellung von Bevölkerungsbilanzen. Dieser Weg ist vom Statistischen Bundesamt beschritten worden.

Leider war es trotz vielfacher Bemühungen nicht möglich, auch eine Bilanz für das Rußlanddeutschtum aufzustellen. Das z. Z. vorliegende Quellenmaterial ist so lückenhaft, daß eine auch nur einigermaßen zuverlässige Berechnung der Kriegs- und Vertreibungsverluste der deutschen Volksgruppe in der Sowjetunion nicht möglich ist, zumal schon die genaue Ermittlung des Vorkriegsstandes der Rußlanddeutschen auf erhebliche Schwierigkeiten stößt.

Als Ausgangspunkt für die Bilanzen ist der Stand der deutschen Bevölkerung in den einzelnen Vertreibungsgebieten bei Kriegsbeginn gewählt worden. Als End-

punkt wurde zunächst der Herbst 1950 gesetzt, weil für diese Zeit nicht nur Angaben über die landsmannschaftliche Gliederung der Vertriebenen aus der Volkszählung vom 13. September 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) vorlagen und die Ausweisungen zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen abgeschlossen waren, sondern weil auch für eine Reihe anderer Bilanzposten entsprechendes Zahlenmaterial greifbar war. Die Zahl der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone, im sowjetischen Sektor von Berlin und im Ausland mußte allerdings für den Herbst 1950 geschätzt werden. Mit Hilfe des so gesteckten Rahmens ergab sich nun durch Differenzbildung zwischen der Ausgangszahl des Jahres 1939 und der Vertriebenenanzahl des Jahres 1950 die Zahl der Personen, deren Verbleib zu klären war. Zunächst mußte hierfür die Bevölkerungsentwicklung während des Krieges und der Umfang der militärischen Kriegsverluste festgestellt werden, um auf diese Weise den „De-jure-Stand“ der deutschen Bevölkerung bei Kriegsende zu ermitteln. Weiter wurde versucht, die Zahl der im Jahre 1950 noch in der Heimat zurückgehaltenen deutschen Bevölkerung festzustellen und die zu jener Zeit vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Internierten und Vermißten zu schätzen. Als Restposition ergaben sich dann die „ungeklärten Fälle“, die Zahl jener Deutschen also, über deren Schicksal nichts zu ermitteln war und die als verschollen angesehen werden müssen; sie sind in dieser Untersuchung auch unter dem Ausdruck „Nachkriegsverluste“ oder „Vertreibungsverluste“ zusammengefaßt worden. Es ist leider zu vermuten, daß die meisten dieser Menschen heute nicht mehr am Leben sind und Opfer von Vertreibung, Flucht oder Verschleppung wurden.

Im allgemeinen wurden die Bevölkerungsbilanzen für die einzelnen Vertreibungsgebiete in folgender Gliederung aufgebaut:

- A Die deutsche Bevölkerung im Mai 1939
- B Entwicklung der deutschen Bevölkerung von Mai 1939 bis Kriegsende (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)
- C (= A + B) Die deutsche Bevölkerung bei Kriegsende (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)
- D Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung
- E (= C — D) „De-jure-Stand“ der deutschen Bevölkerung bei Kriegsende
- F Die vertriebenen Deutschen im September 1950 in den Aufnahmegebieten
- G Der Geburtenüberschuß der Vertriebenen von Kriegsende bis September 1950
- H (= F — G) Von der Vertreibung direkt Betroffene
- J Die in der Heimat im September 1950 noch zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung
- K Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten
- L (= H + J + K) Geklärte Fälle
- M (= E — [H + J + K]) Die Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung (ungeklärte Fälle)

Die Volkstumsverhältnisse und die mit der Vertreibung zusammenhängenden Probleme sind in den einzelnen Vertreibungsgebieten recht verschiedenartig. Diese Besonderheiten mußten selbstverständlich in den einzelnen Untersuchungen be-

rücksichtigt werden. So war es z. B. in der Untersuchung über Schlesien erforderlich, der Autochthonenfrage besondere Ausführungen zu widmen, während es in der Bevölkerungsbilanz über das Deutschtum in der Tschechoslowakei notwendig war, die sudetendeutsche und die karpatendeutsche Volksgruppe getrennt zu behandeln und den Ablauf der Vertreibungen näher zu beleuchten. Weitere Differenzierungen in Aufbau und Durchführung der Bilanzen ergaben sich z. B. daraus, daß von keinem einheitlichen Stichtag für die Beendigung der Kriegshandlungen ausgegangen werden konnte, weil sich das Vordringen der Roten Armee in den Vertreibungsgebieten zeitlich sehr unterschiedlich vollzog. Schließlich zwang auch das zur Verfügung stehende Quellenmaterial zu vielfachen Abweichungen bei der Durchführung der Untersuchungen; aus diesem Grund war es vor allem nicht immer möglich, bestimmte Positionen gleichartig aufzugliedern und alle Zeitabschnitte einheitlich abzugrenzen. Diese Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse in den einzelnen Vertreibungsgebieten und die dadurch hervorgerufenen Abweichungen in Aufbau und Durchführung der Bilanzen dürften sich aber nur günstig auf die Genauigkeit der Ermittlungen ausgewirkt haben.

Im folgenden soll nun auf die besonderen Fragen eingegangen werden, die sich bei der Bearbeitung der einzelnen Positionen ergeben haben und deren Kenntnis Voraussetzung für die richtige Beurteilung der Untersuchungsergebnisse ist.

Für die Feststellung der deutschen Bevölkerung bei Kriegsbeginn konnten in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches und im Sudetenland die Ergebnisse der Volkszählung vom 17. Mai 1939 herangezogen werden. Bei dieser Erhebung wurden die Muttersprache und die Volkszugehörigkeit und daneben auch die Staatsangehörigkeit erfragt. Durch Kombination dieser Merkmale konnten für das gesamte damalige Reichsgebiet die Ausländer und Staatenlosen nach der Volkszugehörigkeit und der Muttersprache ausgesondert werden¹⁾. Im Rahmen einer Sonderauszählung sind auch für die „reichsangehörige Bevölkerung“ für einige Gebiete in Ostpreußen, Pommern, der Mark Brandenburg und in Schlesien entsprechende Zahlen zusammengestellt worden; diese Übersichten sind zwar während des Krieges nicht mehr veröffentlicht worden, doch standen die Originaltabellen für die Untersuchungen zur Verfügung. Mit Hilfe dieser Unterlagen war es möglich, die deutsche Bevölkerung in den Ostgebieten des deutschen Reiches festzustellen. Dabei wurde nicht allein von der Muttersprache, die im allgemeinen noch kein Kriterium für die Volkszugehörigkeit ist, sondern vor allem in gemischtsprachigen Gebieten, von dem persönlichen Bekenntnis, d. h. den Angaben über die Volkszugehörigkeit ausgegangen. Diese Zahlen wurden dann nach Möglichkeit mit anderen Angaben verglichen, wie etwa den Ergebnissen der nach dem Ersten Weltkrieg in den preußischen Ostprovinzen abgehaltenen Volksabstimmungen und mit der Entwicklung der für die polnische Partei abgegebenen Stimmen bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag. Es hat sich gezeigt, daß im Rahmen eines solchen Vergleichs die Zahlen über die Volkszugehörigkeit in den Ostgebieten des Deutschen Reiches auf Grund der Volkszählung 1939 im wesentlichen bestätigt wurden. In den einzelnen Bilanzen wird hierauf näher eingegangen werden.

Bei der Volkszählung 1939 ist neben der Wohnbevölkerung auch die sogenannte Ständige Bevölkerung für alle Verwaltungseinheiten festgestellt worden. Während in der Wohnbevölkerung alle ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten sowie Ange-

hörige des Reichsarbeitsdienstes an ihrem Dienstort gezählt wurden, sind diese in der Ständigen Bevölkerung nicht enthalten. Die Differenz zwischen beiden Bevölkerungsbegriffen belief sich in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches auf 212 322 Personen, das sind 2,26 vH der Wohnbevölkerung gegenüber nur 1,64 vH im Durchschnitt des Reichsgebietes innerhalb seiner Grenzen von Ende 1937. Der zahlenmäßige Unterschied zwischen Wohnbevölkerung und Ständiger Bevölkerung ist in Ostpreußen am größten. Für dieses Untersuchungsgebiet wird daher die Frage des in der Bilanz anzuwendenden Bevölkerungsbegriffes besonders untersucht werden.

Die Ergebnisse der Volkszählung 1939 beziehen sich im allgemeinen auf den Gebietsstand des Zählungstages, z. T. aber auch auf spätere Gebietsstände. Die Zahlen für die Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise bezogen sich also nicht nur auf das Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, auf die sich die Bilanzen beziehen, sondern berücksichtigten auch schon die Gebietsveränderungen durch die Angliederung der sudetendeutschen Gebiete oder durch die Einbeziehung damals deutscher Gebiete nach Abschluß des Polenfeldzuges. In den Bilanzen mußte weiterhin berücksichtigt werden, daß nur die ostwärts der Oder-Neiße-Linie auf Grund des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 liegenden Teile der früheren preußischen Provinz Pommern, Mark Brandenburg und Schlesien zum Vertreibungsgebiet wurden. Die Zahlen des Jahres 1939 mußten daher vielfach erst auf den hier interessierenden Gebietsstand umgerechnet werden. Das Statistische Bundesamt hat für diesen Zweck einen besonderen Umrechnungsschlüssel für Flächen- und Bevölkerungsangaben der Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise aufgestellt²⁾. Dieser Schlüssel wurde bei der Berechnung der Bevölkerungszahlen immer dann angewandt, wenn die benötigten Angaben nicht für Gemeinden vorlagen. Bei Gemeinden, die von der Oder-Neiße-Linie durchschnitten werden, mußte, falls Angaben für Wohnplätze oder für Stadtbezirke nicht greifbar waren, der jeweilige Anteil geschätzt werden.

Erheblich schwieriger als für das Reichsgebiet war die Feststellung der deutschen Bevölkerung für die übrigen Vertreibungsgebiete, weil hier fast niemals Zählungs- oder Fortschreibungsergebnisse für die Zeit unmittelbar vor Kriegsbeginn zur Verfügung standen. Der deutsche Bevölkerungsstand im Sommer 1939 mußte daher auf Grund früherer Zählungen errechnet werden. Die letzten Volkszählungen vor dem Zweiten Weltkrieg fanden in der Mehrzahl der hier behandelten Staaten in den Jahren 1930 und 1931 statt. Bei ihnen wurden entweder die Muttersprache oder die Volkszugehörigkeit, zum Teil aber auch beide Merkmale erhoben, weil solche Angaben für die Minderheitenpolitik der betreffenden Länder benötigt wurden. Für die Bevölkerungsbilanzen waren nun die Zahlen über das Deutschtum aus diesen Erhebungen unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsbewegung und, soweit möglich, auch der Wanderungen auf den gesuchten Vorkriegsstand fortzurechnen, falls nicht aus Angaben der ersten Kriegszeit auf die Zahl der Deutschen bei Kriegsbeginn geschlossen werden konnte. Erschwert wurde diese Berechnung nicht nur durch Gebietsveränderungen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und während des Zweiten Weltkrieges, vor allem in den Staaten Südosteuropas, sondern auch durch die Tatsache, daß die amtlich ausgewiesenen Zahlen über das Deutschtum einer kritischen Nachprüfung zum Teil oft nicht standhielten. Es ist bekannt, daß manche ausländische Staaten bestrebt waren, die Stärke der in

ihrem Gebiet lebenden nationalen Minderheiten möglichst niedrig zu halten. Es sei hier nur auf die Ergebnisse einer Prüfung der Volkstumszahlen in den baltischen Staaten und in Ungarn hingewiesen, auf die in den Einzeluntersuchungen näher eingegangen wird.

Die Ermittlung der deutschen Bevölkerung bei Kriegsende war erforderlich, um den Umfang der Nachkriegsverluste bestimmen zu können. Die Berechnungen wurden in allen Untersuchungen in zwei Abschnitten durchgeführt. Im ersten Abschnitt kam es darauf an, den Stand der deutschen Bevölkerung ohne Berücksichtigung der deutschen Kriegsverluste zu ermitteln, weil für diese Berechnung sehr verschiedenartiges Quellenmaterial zur Verfügung stand, während die Wehrmachtssterbefälle nach einem im Statistischen Bundesamt entwickelten Berechnungsverfahren, das für die meisten Vertreibungsgebiete angewandt werden konnte, festgestellt und deshalb in einem besonderen Arbeitsgang behandelt wurden.

Relativ einfach konnte die natürliche Bevölkerungsentwicklung in den bei Kriegsbeginn zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten sowie in Danzig verfolgt werden, weil hierfür die Ergebnisse der deutschen Statistik für die Zeit vom 1. Januar 1939 bis Mai 1944 herangezogen werden konnten³⁾. Die fehlenden Zahlen für den kurzen Zeitraum von Mai 1944 bis Kriegsende waren dann im allgemeinen leicht zu schätzen. Schwieriger gestaltete sich die Berechnung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in den außerdeutschen Vertreibungsgebieten, da nur in ganz wenigen Fällen Zahlen über die Geburten und Sterbefälle der deutschen Volksgruppen ermittelt bzw. veröffentlicht worden sind. In einigen Staaten, wie z. B. in Jugoslawien, Rumänien und Ungarn, lagen für das Jahr 1941, in der Slowakei für 1940, noch einmal Bestandszahlen für das Deutschtum auf Grund amtlicher oder privater Zählungen vor, im großen und ganzen mußte aber die Zeit bis Kriegsende durch Schätzungen überbrückt werden, die an die amtlichen Angaben der vorangegangenen Periode anknüpfen.

Soweit Wanderungsbewegungen in größerem Umfange über die Grenzen der einzelnen Provinzen der Ostgebiete des Deutschen Reiches oder der fremden Staaten während der Kriegszeit gingen, sind diese bei den Untersuchungen im allgemeinen in Rechnung gestellt worden. Die in den Jahren 1939/43 durchgeführten Umsiedlungen von Volksdeutschen in das damalige Reichsgebiet wurden jedoch nicht berücksichtigt, weil es Aufgabe dieser Bilanzen ist, das Schicksal der einzelnen deutschen Volksgruppen der Vorkriegszeit zu klären und auch weil in den Nachkriegsstatistiken für die Feststellung der landsmannschaftlichen Gliederung der Vertriebenen der Wohnsitz am 1. September 1939, also der Zeitpunkt des Kriegsbegins, für die Zuordnung maßgebend war. So sind die s. Z. aus Bessarabien, der Bukowina, der Dobrudscha und aus Altrumänien umgesiedelten Deutschen nicht in ihren damaligen Aufnahmegebieten, sondern bei den Rumäniendeutschen behandelt worden. Auf den Umfang und den Zeitpunkt der Umsiedlung wurde aber in den Bilanzen hingewiesen.

Aus ähnlichen Erwägungen konnten auch die Evakuierungen und die Wanderungen im Rahmen von Betriebsverlagerungen aus luftkriegsgefährdeten Gebieten, die im Jahre 1943 einsetzten und lediglich eine kriegsbedingte vorübergehende Maßnahme darstellten, nicht berücksichtigt werden. Über die Evakuierten und die infolge von Betriebsverlagerungen abgewanderten Personen, die vorzugsweise aus

dem Ruhrgebiet, aus Hamburg und Berlin stammten und hauptsächlich in die z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete kamen, liegen zwar keine Zahlen vor, sie lassen sich aber annähernd aus der sogenannten Verbrauchergruppenstatistik schätzen⁴⁾). Die errechnete Gesamtzahl der Evakuierten konnte dann aus den Angaben über die Bevölkerungsentwicklung in der Kriegszeit eliminiert werden. Außerdem mußte versucht werden, zu klären, ob für die Evakuiertenbevölkerung noch ein Überschuß an Geburten oder Sterbefällen abzusetzen war. Es zeigte sich, daß die natürliche Bevölkerungsentwicklung bei diesem Personenkreis ohne Einfluß auf die allgemeine Bevölkerungsentwicklung geblieben sein dürfte. Aus den in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, 24. Jg., Nr. 5—7 veröffentlichten Zahlen ist zu entnehmen, daß Berlin im Jahre 1943 und im 1. Halbjahr 1944 einen geringen Überschuß an Sterbefällen und Hamburg einen kleinen ständig zurückgehenden Geburtenüberschuß hatte. Es kann auch geschlossen werden, daß die Groß- und Industriestädte des Ruhrgebietes eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen hatten. Die Berechnung der deutschen Bevölkerungsentwicklung während des Krieges schließt auch jene Deutschen von den Untersuchungen aus, die außerhalb der Vertreibungsgebiete (z. B. im Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 oder in Österreich) beheimatet waren und erst nach der Volkszählung 1939 in diese Gebiete zuzogen.

Der mittels natürlicher Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegung errechnete deutsche Bevölkerungsstand bei Kriegsende kann den Bilanzen noch nicht zugrunde gelegt werden. Es müssen von ihm noch die bis Kriegsende eingetretenen Kriegsverluste abgesetzt werden. Die Feststellung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung, zu denen die bei Luftangriffen ums Leben gekommenen Zivilpersonen und die Verluste der Zivilbevölkerung bei den Kämpfen mit der Roten Armee oder bei militärischen Aufständen in den von deutschen oder verbündeten Truppen besetzten Gebieten gerechnet werden müssen, stößt vielfach auf Schwierigkeiten. Es liegen zwar statistische Angaben über die Luftkriegsopfer bis 31. Januar 1945 vor⁵⁾, doch fehlen fast alle Unterlagen für eine auch nur rohe Schätzung der Verluste an Zivilpersonen, die bei den Erdkämpfen eingetreten sind. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß es oft nicht einmal möglich ist, eine Trennung von Kriegs- und Vertreibungsverlusten vorzunehmen, weil Kampfhandlungen, Flucht, Besetzung, Verschleppung und Vertreibung in vielen Gebieten, wie etwa in Ostpreußen, ineinander übergreifen. Soweit dennoch versucht worden ist, eine Aufgliederung vorzunehmen, oder die eine oder andere Ursache von Bevölkerungsverlusten näher zu untersuchen und zahlenmäßig zu erfassen, muß unter Umständen damit gerechnet werden, daß die ausgewiesenen Ergebnisse bei Bekanntwerden weiteren Quellenmaterials einer Korrektur bedürfen; doch dürfte das Gesamtbild der Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung der Vertreibungsgebiete durch solche Verschiebungen von einer Bilanzposition zur anderen kaum beeinflußt werden.

Wo die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung eliminiert wurden, wie z. B. in der Schlesienbilanz, wurde vor allem versucht, einen Überblick über diejenigen Verluste zu gewinnen, die tatsächlich bei Erdkämpfen während der eigentlichen Kampfhandlungen oder in engem Zusammenhang mit ihnen eingetreten sind. Hierzu gehören z. B. die Opfer, die die Zivilbevölkerung bei den Kämpfen um die zu Festungen erklärten Städte erlitten hat. Alle anderen Verluste können kaum als Kriegsverluste

angesetzt werden. Sie mußten in der Bilanz, soweit eine Trennung möglich war, zu den Nachkriegsverlusten gezählt und bei den „ungeklärten Fällen“ ausgewiesen werden.

Die Wehrmachtsverluste in den Vertreibungsgebieten wurden, wie bereits erwähnt, durch Schätzung ermittelt. Da in den einzelnen Bilanzen auf die Berechnungsmethode nicht näher eingegangen werden kann, soll sie im nachfolgenden erläutert werden. Grundlage der Schätzung bildeten:

- die Zahlen über die Toten der Wehrmacht, die am 1. September 1939 im Bundesgebiet gewohnt haben und
- die Ergebnisse der Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten im Bundesgebiet vom März 1950 nach dem Wohnort der Registrierten am 1. September 1939.

Bei der Schätzung wurde von folgenden Überlegungen bzw. Annahmen, von denen auch die Zuverlässigkeit der Berechnungen abhängt, ausgegangen:

- a) Die Zahl der Wehrmachtstoten der Bundesgebietsbevölkerung mit Wohnort 1939 im Bundesgebiet (T_e) steht zur Zahl der registrierten Kriegsgefangenen und Vermißten mit Wohnort 1939 im Bundesgebiet (R_e) in etwa dem gleichen Verhältnis, wie die Zahl der Wehrmachtstoten der 1950 im Bundesgebiet lebenden Vertriebenen (T_v1) zur Zahl der von diesen Personen zur Registrierung gemeldeten Angehörigen (R_v1); also

$$T_e : R_e = T_v1 : R_v1 \text{ oder } T_v1 = \frac{T_e \cdot R_v1}{R_e} \quad (I)$$

- b) Die Zahl der Wehrmachtstoten der Vertriebenen im Bundesgebiet (T_v1) steht zur Zahl der im Bundesgebiet lebenden Vertriebenen (V_1) in etwa dem gleichen Verhältnis wie die Zahl der Wehrmachtstoten der zu Anfang des Krieges in den Vertreibungsgebieten lebenden Deutschen (T_v) zur Zahl dieser Deutschen (V); also

$$T_v1 : V_1 = T_v : V \text{ oder } T_v = \frac{T_v1 \cdot V}{V_1} \quad (II)$$

Damit ergibt sich nach Gleichung (I) und (II) die Zahl der Wehrmachtstoten der zu Anfang des Krieges in den Vertreibungsgebieten lebenden Deutschen wie folgt:

$$T_v = \frac{T_e \cdot R_v1 \cdot V}{R_e \cdot V_1} \quad (III)$$

Die Zahl der Wehrmachtstoten der einheimischen Bevölkerung des Bundesgebietes (T_e) wurde mit 1,8 Millionen angesetzt. Sie ergibt sich aus 1,3 Millionen bis Ende 1955 standesamtlich beurkundeten Kriegssterbefällen, 190 000 bis dahin ausgesprochenen gerichtlichen Todeserklärungen und etwa über 300 000 weiteren vermutlich gestorbenen Verschollenen der Wehrmacht mit Wohnort 1939 im Bundesgebiet.

Die Ergebnisse der Registrierung vom März 1950 wurden im Rahmen dieser Berechnung herangezogen, um eine Relation zwischen vermißten Wehrmachtsangehörigen, Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen einerseits und den Gefallenenzahlen andererseits herzustellen. Die Verwendung der Registriertenzahlen ist also nur ein Hilfsmittel zur größenordnungsmäßigen Ermittlung der Wehrmachtstoten; es bedeutet nicht, daß alle zum Zeitpunkt der Registrierung gemeldeten Vermißten und Gefangenen tatsächlich verstorben sind. Hierauf wird noch näher eingegangen sein.

Vor Verwendung der Ergebnisse der Registrierung vom März 1950 mußte zunächst geprüft werden, ob die Zahlen für die vermißten Angehörigen der Wehrmacht mit den Zahlen über die Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen zusammengefaßt werden sollten. Eine Zusammenfassung schien aus folgenden Gründen vertretbar:

- a) Als Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene waren alle Personen anzugeben, die zu irgendeinem Zeitpunkt aus ausländischem Gewahrsam an ihre Angehörigen geschrieben hatten. Es muß angenommen werden, daß manche von ihnen im Zeitpunkt der Registrierung bereits gestorben waren.
- b) Bei den Straf- und Untersuchungsgefangenen ist nicht zwischen Angehörigen der Wehrmacht und Zivilpersonen unterschieden worden.
- c) Da vermutlich nicht alle Personen der Aufforderung zur Registrierung ihrer vermißten Angehörigen nachgekommen sind, wird durch die Hereinnahme der Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen ein gewisser Ausgleich geschaffen.
- d) Der Anteil der Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen fällt, gemessen an der Gesamtzahl der Registrierten, nicht entscheidend ins Gewicht und ist bei den einzelnen Vertriebenengruppen ziemlich gleich.

Die Ergebnisse der Registrierung für die Personen mit Wohnort 1939 im Bundesgebiet waren nicht ohne weiteres verwendbar. Von 1945 bis 1950 sind nachträglich fast nur Kriegssterbefälle von Personen standesamtlich beurkundet worden, die vor ihrer Einberufung zur Wehrmacht im Bundesgebiet gewohnt haben. Die einheimische Bevölkerung des Bundesgebietes hatte infolgedessen nicht in dem gleichen Umfang Veranlassung, Personen zur Registrierung zu melden wie die Vertriebenen. Zum Ausgleich wurden die 570 000 von 1945 bis März 1950 standesamtlich beurkundeten Kriegssterbefälle der einheimischen Bevölkerung dem Ergebnis der Registrierung für die einheimische Bevölkerung zugeschlagen. Zusammen mit den 719 000 Vermißten, Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen nach der Registrierung vom März 1950 ergibt sich dadurch bei der einheimischen Bevölkerung für R_e eine Zahl von 1,3 Millionen Personen. Von einer Berücksichtigung der Todeserklärungen in diesem Zusammenhang konnte abgesehen werden, da diese erst ab 1950 zahlenmäßige Bedeutung erlangt haben.

Die praktische Durchführung der Berechnung sei am Beispiel Ostpreußen näher erläutert:

1. Zahl der Wehrmachtstoten der Bundesgebietsbevölkerung mit Wohnort 1939 im Bundesgebiet (T_e) = 1 800 000; Personen mit Wohnort 1939 im Bundesgebiet plus Zuschlag für standesamtliche Beurkundungen von Kriegssterbefällen 1945 bis 1950 (R_e) = 1 300 000;

$$\text{danach} \quad \frac{T_e}{R_e} = \frac{1\,800\,000}{1\,300\,000} = 1,4$$

oder mit anderen Worten: die Zahl der Wehrmachtstoten der Bevölkerung des Bundesgebietes liegt um 40,0 vH über der Zahl der Registrierten der Bundesgebietsbevölkerung. Von der gleichen Annahme einer um 40,0 vH höheren Gefallenenzahl wurde auch bei der Bevölkerung aus den Vertreibungsgebieten ausgegangen.

2. Ergebnis der Registrierung für die Personen mit Wohnort 1939 in Ostpreußen (R_{v1}) = 74 293;

Bundesgebietsbevölkerung mit Wohnort 1939 in Ostpreußen nach der Volkszählung 1950 (V_1) = 1 347 203;

$$\text{danach} \quad \frac{R_{v1}}{V_1} \cdot 100 = \frac{74\,293}{1\,347\,203} \cdot 100 = 5,5 \text{ vH.}$$

3. Deutsche Bevölkerung Ostpreußens im Mai 1939 (V) = 2 473 000;

danach Gefallene aus Ostpreußen:

$$\begin{aligned} 5,5 \text{ vH} \cdot 1,4 &= 7,7 \text{ vH} \\ \frac{2\,473\,000 \cdot 7,7}{100} &= 190\,400. \end{aligned}$$

In diesen Wehrmachtssterbefällen sind auch die Verluste inbegriffen, die der im Oktober 1944 aufgestellte „Volkssturm“ sowie die bei den Abwehrkämpfen eingesetzten Reichsarbeitsdienst- und HJ-Einheiten hatten. Gelegentlich mußten die so errechneten Zahlen der Wehrmachtsverluste durch anderes Quellenmaterial ergänzt werden. Solche Ergänzungen waren vor allem bei den außerdeutschen Volksgruppen notwendig, deren männliche Bevölkerung in verbündeten Armeen oder sogar in einer feindlichen Wehrmacht dienen mußten. Als Beispiel hierfür seien die Volksdeutschen genannt, die zum ungarischen, zum polnischen oder zum sowjetischen Wehrdienst oder zu entsprechenden militärischen Aufgaben herangezogen wurden. Für die kleineren Volksgruppen, die auch bei der Kriegsgefangenen- und Vermisstenregistrierung 1950 nicht besonders berücksichtigt worden sind, mußten — soweit eine Ausweisung dieser Position bei den betreffenden Bilanzen überhaupt möglich war — andere Wege zur Schätzung der militärischen Kriegsverluste beschritten werden. So leistete z. B. für die Bilanz der Baltendeutschen die von privater Seite aufgestellte „Baltische Totenschau“ wertvolle Dienste⁶⁾.

Es ist bereits eingangs darauf hingewiesen worden, daß das Kriegsende keineswegs überall mit der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 gleichgesetzt werden konnte, weil in den Vertreibungsgebieten die Kampfhandlungen zu recht verschiedenen Zeiten eingestellt wurden. Aber selbst ein Termin, der sich auf die Beendigung der Kampfhandlungen stützt, kann noch zu keinen befriedigenden Ergebnissen führen, da sich auch innerhalb der einzelnen Vertreibungsgebiete die Besetzung durch die Rote Armee meist über mehrere Wochen oder sogar Monate hinzog (z. B. Schlesien). Das Kriegsende mußte daher in solchen Fällen im Rahmen dieser Untersuchung auf einen anderen Zeitpunkt festgelegt werden. Man entschied sich im allgemeinen für die Zeit, in der die feindlichen Truppen in das betreffende Gebiet eindrangen. Für diese Wahl war die Überlegung maßgebend, daß mit dem Einrücken sowjetischer Truppen im allgemeinen auch Evakuierungen und Flucht begannen und die Zivilbevölkerung schon große, nicht unmittelbar durch das Kriegsgeschehen bedingte Verluste hatte.

Als nächste Position sind in den Bilanzen die Zahl der deutschen Vertriebenen in den Aufnahmелändern am 13. September 1950 behandelt worden. Schon bei der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 in dem Deutschland der vier Besatzungszonen wurde eine Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 gestellt. Mit ihrer Hilfe war es möglich, die Bevölkerung nach Herkunftsgebieten zu gliedern und somit auch die aus ihrer Heimat Vertriebenen in allen vier Besatzungszonen und in

Berlin in ihrer landsmannschaftlichen Gliederung festzustellen. Leider sind die aus dieser Erhebung von den einzelnen Ländern veröffentlichten Zahlen für die Arbeiten an den Bilanzen nicht von gleichem Wert, weil ihr zum Teil unterschiedliche begriffliche Abgrenzungen zugrunde liegen. Während z. B. in den Ländern der britischen und der amerikanischen Besatzungszone die Vertriebenen aus fremden Staaten durch die Wohnsitzangaben in der Kombination mit der Angabe über den Gebrauch der deutschen Muttersprache bestimmt wurden, ist für die Länder der sowjetischen Besatzungszone und für das damalige Land Baden nur das Wohnsitzkriterium zur Abgrenzung dieses Personenkreises herangezogen worden. Außerdem wurde nicht überall einheitlich die Einbeziehung der z. B. noch in Flüchtlingsdurchgangslagern lebenden Vertriebenen und ähnlicher Sonderfälle gehandhabt. Es ist versucht worden, für alle Bundesländer eine einheitliche Abgrenzung des Personenkreises der Vertriebenen aus den einzelnen Herkunftsgebieten zu erzielen, wobei gelegentlich auch Rückschätzungen aus der Volkszählung 1950 herangezogen werden mußten, für die sowjetische Besatzungszone konnten aber die nur nach den Wohnsitzangaben veröffentlichten Vertriebenenzahlen benutzt werden. Nun werden allerdings Personen mit nichtdeutscher Muttersprache — z. B. wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen geflohene Tschechen und Polen — in der sowjetischen Besatzungszone relativ selten verblieben sein, doch muß mit einer geringen Überhöhung der Zahlen für die Vertriebenen aus dem Ausland in diesem Falle gerechnet werden.

Die Vertriebenenzahlen der Volkszählung 1946 haben aber für die Aufstellung der Bevölkerungsbilanzen nur eine relativ geringe Bedeutung, weil zu diesem Zeitpunkt die Vertreibungen noch nicht abgeschlossen waren. Mehrere Millionen mußten noch bis Ende 1950 ihre alte Heimat verlassen oder konnten als Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft, Internierung oder Verschleppung nicht mehr dorthin zurückkehren und wurden im Bundesgebiet, in Berlin oder in der sowjetischen Besatzungszone aufgenommen. Auch die Mehrzahl der Vertriebenen, die im Rahmen der „Operation Link“, die auf Anregung deutscher Stellen von der britischen Besatzungsmacht sowie vom Internationalen Roten Kreuz mit der polnischen und tschechoslowakischen Regierung zum Zwecke der Familienzusammenführung vereinbart wurde, in das Bundesgebiet kamen, befanden sich im Herbst 1950 schon bei ihren hier lebenden Angehörigen. Das gleiche trifft für die deutschen Vertriebenen zu, die auf Grund eines ähnlichen Abkommens zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den genannten Regierungen in das sowjetisch besetzte Gebiet Deutschlands gelangten.

So kam der Volkszählung 1950 für die Feststellung der Vertriebenen eine besondere Bedeutung zu. Wiederum war es mittels der Erfragung des Wohnsitzes bei Kriegsbeginn möglich, die Herkunftsgebiete der Vertriebenen zu ermitteln. Für die Personen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz im Ausland hatten, war es allerdings noch erforderlich, zusätzlich die Zugehörigkeit zum deutschen oder fremden Volkstum festzustellen. Da kein anderes zuverlässiges Merkmal hierfür erfragt werden konnte, wurde auf die Ermittlung der Muttersprache zurückgegriffen.

Als Vertriebene wurden im Bundesgebiet und in Berlin (West) alle Personen bezeichnet, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Gebietsstand 31. Dezember 1937), im Saarland oder im Ausland hatten, letztere jedoch nur, wenn sie Deutsch

als Muttersprache angegeben hatten. Kinder, die erst nach dem 1. September 1939 geboren sind, wurden nach dem Wohnsitz des Vaters, uneheliche Kinder nach dem der Mutter, an diesem Stichtag eingegliedert.

Während die Vertriebenenzahlen aus der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) in zahlreichen amtlichen Publikationen zu finden sind, wurden die entsprechenden Ergebnisse aus der Volkszählung vom 31. August 1950 in der sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor von Berlin leider nicht rechtzeitig und nicht in ausreichendem Umfange veröffentlicht. Erst nach Abschluß der Untersuchungen gelangten Zahlen auf Grund der Volkszählung 1950 über die „Wohnbevölkerung der Länder nach ihrer Herkunft entsprechend dem Wohnort am 1. September 1939 ...“ durch das Statistische Jahrbuch für die sowjetische Besatzungszone 1956 an die Öffentlichkeit⁷⁾. Es handelt sich dabei um Angaben für die vor dem 1. September 1939 geborenen Personen. Als Herkunftsgebiete werden außer den Ländern der Bundesrepublik und der sowjetischen Besatzungszone und außer Berlin nur die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie sowie das Ausland (Gebietsstand 1937) ausgewiesen. Während die gesamten Zahlen für die Ostgebiete des Deutschen Reiches zu einem Vergleich mit den geschätzten Angaben der vorliegenden Untersuchung herangezogen werden können, ist dies bei den Zahlen für das Ausland nur schwer möglich, weil hier nicht unterschieden wird zwischen Personen mit deutscher Muttersprache und solchen mit einer anderen Muttersprache.

Bei der Schätzung der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor von Berlin ist im allgemeinen versucht worden, ausgehend von den Ergebnissen der Volkszählung 1946 und unter Berücksichtigung der bekanntgewordenen Ausweisungen, der Heimkehr von Kriegsgefangenen, der Wanderungen zwischen der sowjetischen Besatzungszone und dem Bundesgebiet und der natürlichen Bevölkerungsentwicklung die fehlenden Angaben zu errechnen. Lediglich für die deutschen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei sind auf dem Wege über eine sowjetische Quelle Angaben von exiltschechischer Seite Zahlen veröffentlicht worden.

Die Gesamtzahl der im Zeitraum zwischen den Volkszählungen von 1946 und 1950 Ausgewiesenen konnte im allgemeinen ohne größere Schwierigkeiten ermittelt werden. Für die Ostgebiete des Deutschen Reiches und für Polen war es möglich, die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in diesen Gebieten heranzuziehen, für die übrigen Vertreibungsgebiete waren vielfach Zahl, Umfang und Ziel der Aussiedlungstransporte bekannt. Größere Mühe bereitete dagegen die Feststellung, wieviele der aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus Polen in dem genannten Zeitraum Ausgesiedelten in das Bundesgebiet und nach Berlin (West) bzw. in die sowjetische Besatzungszone und in den Sowjetsektor von Berlin kamen. Bei der Schätzung dieser Zahlen mußte von der Überlegung ausgegangen werden, daß organisierte Ausweisungen in das Bundesgebiet vor allem noch im September, Oktober und November 1946 gelangten und fast ausschließlich in die damalige britische Besatzungszone geleitet wurden. Im Jahre 1947 und 1948 kamen nur noch relativ wenige Vertriebene direkt in das Bundesgebiet. Die meisten Transporte dieser Jahre wurden in die sowjetische Besatzungszone geleitet. Man wird daher annehmen dürfen, daß das Verhältnis der in das Bundesgebiet bzw. nach Berlin (West) gekommenen Vertriebenen zu den in die sowjetische Besatzungszone und nach Ostberlin Eingewiesenen im allgemeinen etwa ein Drittel zu zwei Drittel war.

Über die Rückkehr von Vertriebenen aus der Internierung und Verschleppung liegen keinerlei Angaben vor. Die Rückführung von Verschleppten setzte vor allem im Jahre 1949 ein. Es kann aber angenommen werden, daß höchstens 10 bis 15 vH der verschleppten Zivilpersonen in dieser Zeit zurückgekehrt sind. Die Mehrzahl der Verschleppten war schon zu jener Zeit nicht mehr am Leben.

Auch die Überführung der in Dänemark internierten deutschen Flüchtlinge, die in den ersten Monaten des Jahres 1945 meist auf dem Seewege dorthin gelangten, hat die Entwicklung der Vertriebenenzahlen im Bundesgebiet und in der sowjetischen Besatzungszone beeinflußt. Nach Angaben der Flygtningeadministration in Kopenhagen begann der Abtransport im allgemeinen am 1. November 1946. Ehemalige Wehrmachtsangehörige und politisch belastete Personen waren von den dänischen Behörden schon vorher an die Alliierten übergeben worden. Von den insgesamt 181 631 deutschen Vertriebenen, die sich am 15. August 1946 noch in dänischen Lagern befanden⁸⁾, wurden 24 vH in die sowjetische Besatzungszone und 76 vH in die westlichen Besatzungszonen gebracht. In den Bevölkerungsbilanzen wurde von der Annahme ausgegangen, daß diese Verteilungsquote für alle Landsmannschaften angewendet werden kann.

Zahlreiche Vertriebene, besonders aus der Tschechoslowakei und den Staaten Südosteuropas lebten im Herbst 1950 in Österreich. Aus der amtlichen österreichischen Statistik sind für diesen Zeitpunkt keine genauen Angaben über die volksdeutschen Vertriebenen zu entnehmen, weil zwar Zahlen über die Ausländer nach Herkunftsländern, nicht aber Angaben über die bereits eingebürgerten volksdeutschen Flüchtlinge greifbar sind; auch Zahlen über die Volkszugehörigkeit können nicht bereitgestellt werden. Die Zahlen für die deutschen Vertriebenen lassen sich jedoch mit hinreichender Genauigkeit wenigstens für die größeren Landsmannschaften auf Grund privater Untersuchungen⁹⁾ schätzen. — Schwieriger ist die Feststellung der Vertriebenen im übrigen europäischen und im außereuropäischen Ausland, wohin in den ersten fünf Jahren nach Kriegsende eine gewisse Zahl ausgewanderte. Je stärker der landsmannschaftliche Zusammenhalt innerhalb der deutschen Volksgruppen ist, desto leichter waren Angaben über die Ausgewanderten zu erhalten. So ließ sich die Zahl der ausgewanderten Sudetendeutschen noch verhältnismäßig sicher fassen, während es bei anderen, insbesondere bei kleineren Vertriebenengruppen ungleich schwerer war. Im allgemeinen mußten die Mitteilungen von Verbänden und Pressemitteilungen durch zusätzliche Berechnungen ergänzt werden. Dabei wurde für das Bundesgebiet, das praktisch für eine Auswanderung in dieser Zeit nur in Frage kam, folgender Weg beschritten:

Die Auswanderung gelang in den ersten Nachkriegsjahren nur verhältnismäßig wenigen Deutschen, weil die internationalen Grenzen für die deutsche Einwanderung im allgemeinen noch gesperrt waren. Erst nach 1947 war eine größere legale Auswanderung möglich, und zwar nur aus dem Bundesgebiet bzw. aus Berlin (West). Obgleich für die Zeit vom September 1946 bis Ende September 1950 keine Erfassung der Auswanderung stattfand, hat das Statistische Bundesamt die Gesamtzahl der deutschen Auswanderer allein nach Übersee in den Jahren 1947 bis 1950 einschließlich auf rund 71 000 geschätzt. Es hat sich aber ergeben, daß auch diese Zahl wahrscheinlich noch zu niedrig liegen wird. Man wird auf Grund neuerer Arbeiten für die genannte Zeit mit einer überseeischen Auswanderung von annähernd 100 000 Deutschen aus der Bundesrepublik rechnen können. Berücksichtigt man

noch die Auswanderung in europäische Länder, die in dieser Zeit allerdings verhältnismäßig gering war, dann dürfte die Zahl der aus dem Bundesgebiet in diesen Jahren abgewanderten Deutschen bei 120 000 liegen. Erfahrungsgemäß wird der Anteil der Vertriebenen unter ihnen ziemlich hoch gewesen sein, weil viele dieser heimatlos gewordenen Menschen in dem in Besatzungszonen aufgeteilten Deutschland keine Möglichkeit sahen, eine neue Existenz aufzubauen. Manche Vertriebene aus deutschen Siedlungsgebieten im Ausland haben auch versucht, als DP's (Displaced Persons) mit Hilfe der UNRRA und der IRO ins Ausland zu kommen. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß auf die Vertriebenen etwa 100 000 Auswanderer in der Zeit von Kriegsende bis Herbst 1950 entfallen.

Es ist bekannt, daß nicht alle landsmannschaftlichen Gruppen im gleichen Maße auswanderungswillig waren. Die Vertriebenen aus den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand 31. 12. 1937) werden allgemein in erheblich geringerem Umfang ausgewandert sein als die deutschen Vertriebenen, die in ausländischen Siedlungsgebieten beheimatet waren. Die Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches werden hinsichtlich der Auswanderung als besondere Gruppe behandelt werden müssen.

Die für Herbst 1950 ermittelten Vertriebenenzahlen konnten für die Berechnung der Nachkriegsverluste noch nicht benutzt werden, weil in ihnen auch der Geburtenüberschuß enthalten ist, den sie in der Zeit von der Vertreibung bis zur Volkszählung 1950 hatten. Da in den Ländern der Bundesrepublik im allgemeinen für diese Zeit keine einschlägigen statistischen Unterlagen für die Vertriebenen vorlagen, mußte auch hier die vorhandene Lücke weitgehend durch Schätzungen geschlossen werden. Es wurde zunächst eine Berechnung des Geburtenüberschusses für die Vertriebenen in der Zeit von der Volkszählung 1946 bis 1950 durchgeführt. Hierbei ist von folgenden Überlegungen ausgegangen worden: Der Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung für die Jahre 1946 bis 1954 ist bekannt¹⁰⁾. Außerdem ist für die Jahre 1950 bis 1954 der Anteil der Vertriebenen an den Lebendgeborenen sowie an den Gestorbenen der Gesamtbevölkerung bekannt. Das Verhältnis dieser vH-Zahlen zu den Anteilen der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung ($\text{vH-Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung} = 100$) ergibt Meßzahlen, die graphisch dargestellt wurden. Die gewonnenen Kurven sind nach 1946 hin extrapoliert worden. Durch Umrechnung mit den für die Jahre 1946 bis 1949 aus den extrapolierten Kurven abgelesenen Werten läßt sich der Anteil der Vertriebenen unter den Lebendgeborenen sowie unter den Gestorbenen für die Zeit zwischen den beiden Volkszählungen ermitteln, mit denen dann die absoluten Zahlen der Lebendgeborenen und der Gestorbenen der Vertriebenen geschätzt werden konnten. — In der kurzen Zeit von der Vertreibung bis zur Volkszählung 1946, die bei dieser Berechnung noch nicht berücksichtigt worden ist, wird in Anbetracht der besonders schwierigen Verhältnisse, unter denen die meisten Vertriebenen leben mußten, mit einem Geburtenüberschuß nicht zu rechnen sein.

Der gesamte Geburtenüberschuß der in der Bundesrepublik lebenden Vertriebenenbevölkerung beträgt für die Jahre 1947 bis 1950 rund 275 000 Personen. Die Geburtenüberschüsse, die auf die einzelnen landsmannschaftlichen Gruppen entfallen, wurden mit Hilfe ihres Anteils an der Gesamtzahl der Vertriebenen errechnet.

Das Ergebnis der Berechnungen zeigt die umstehende Übersicht.

**Natürliche Bevölkerungsentwicklung der Vertriebenen im Bundesgebiet
1947 bis 1950**

Jahr	Lebendgeburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß
1947	115 000	50 000	65 000
1948	120 000	55 000	65 000
1949	125 000	55 000	70 000
1950	132 793	57 794	74 999

Für die Berechnung des Geburtenüberschusses der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone standen ähnliche Unterlagen, wie für das Bundesgebiet, nicht zur Verfügung. Hier mußte daher von anderen Überlegungen ausgegangen werden. Zunächst wurde die Entwicklung der Geburten- und der Sterbeziffern der Gesamtbevölkerung der sowjetischen Besatzungszone (ohne Ostberlin) in den Jahren 1947 bis 1950 einschließlich ermittelt¹¹⁾. Weiterhin wurde die Altersgliederung der Gesamtbevölkerung der sowjetischen Besatzungszone, insbesondere der Männer in den Altersgruppen 20 bis unter 50 und 65 und mehr Jahre nach dem Stande von 1946 und von 1950 mit derjenigen in der Bundesrepublik und diejenige der Vertriebenen 1946 in beiden Gebieten miteinander verglichen. Schließlich wurde auf Grund dieses Vergleichs und der Veränderungen in der Altersgliederung der Vertriebenenbevölkerung im Bundesgebiet zwischen den Volkszählungen von 1946 und 1950 der Anteil der für die natürliche Bevölkerungsentwicklung besonders wichtigen Altersgruppen der Vertriebenenbevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone geschätzt. Von dieser Schätzung ausgehend ist dann versucht worden, die wahrscheinlichen Geburten- und Sterbeziffern der Vertriebenen in den Jahren 1947 bis 1950 in der sowjetischen Besatzungszone zu schätzen. Es zeigte sich, daß die Geburtenziffern der Vertriebenen in diesen Jahren wohl kaum höher liegen können als diejenigen der übrigen Bevölkerung, daß aber die Sterbeziffern der Vertriebenen wegen des geringeren Anteils der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren tiefer liegen dürften als die der Nichtvertriebenen. Folgendes Bild hat sich nach diesen Überlegungen ergeben:

Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburten(+)- bzw. Sterbefall(—)überschuß
	aT der Vertriebenen		
1947	13,5	18,0	— 4,5
1948	13,0	14,5	— 1,5
1949	15,0	12,5	+ 2,5
1950	17,0	10,5	+ 6,5

Die Zahl der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone belief sich bei der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 auf 3 600 700. Wendet man nun den für den Geburtenüberschuß der Vertriebenen in der Zeit von 1947 bis 1950 errechneten Wert von 3,0 aT auf diese Zahl an, dann erhält man einen Geburtenüberschuß von 10 800 Personen. Dieser konnte nun unter der Annahme, daß die natürliche Bevölkerungsentwicklung aller landsmannschaftlichen Gruppen etwa gleich gewesen ist, anteilmäßig auf sie aufgeteilt werden.

Bei dem Bemühen, die Zählerin ihrer Heimat zurückgehaltenen und zum Teil auch freiwillig zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung festzustellen, müssen recht verschiedenartige Quellen herangezogen werden, die sich in ihren Aussagen nicht selten widersprechen. Nur für wenige Vertreibungsgebiete (z. B. für Rumänien) konnten zuverlässige Zählungsergebnisse der Untersuchung zugrunde gelegt werden. Die amtlichen oder auch nur offiziellen Mitteilungen aus einigen Staaten, aus denen auf Grund des Potsdamer Abkommens Deutsche ausgewiesen werden sollten, oder die an dem Abschied der Deutschen interessiert waren, um das Minderheitenproblem auf diese Weise möglichst für alle Zeiten zu lösen, brachten nachweisbar zu niedrige Deutschumszahlen. Zu einem Teil mögen diese niedrigen Zahlen auch damit zu erklären sein, daß es viele noch im Land verbliebene Deutsche wegen der ständigen Bedrohung von Leib und Leben nicht wagten, sich als Deutsche zu bekennen oder weil viele von ihnen in Lagern festgehalten und bei den Zählungen dieser Zeit vermutlich nicht berücksichtigt wurden. Erst nach 1950 sind vielfach genauere Angaben über den tatsächlichen Stand der deutschen Volksgruppen, zum Teil allerdings nur in Form von vH-Zahlen (z. B. Ungarn) gemacht worden.

Wenn auch an dieser Stelle nicht näher auf die politischen Vorbereitungen der Austreibung der deutschen Bevölkerung aus ihrer Heimat eingegangen werden kann und die Darstellung des Ablaufs der Ausweisungen den Einzeluntersuchungen vorbehalten bleiben muß, sollen doch hier einige allgemeine Ausführungen über die Lage der deutschen Bevölkerung nach Kriegsende in den Vertreibungsgebieten gemacht werden, soweit sie sich im statistischen Zahlenbild widerspiegelt und für die Bevölkerungsbilanzen von Bedeutung ist. Es ist heute allgemein bekannt, daß die Ausweisungen der Deutschen, auch aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, bereits lange Zeit vor dem Potsdamer Abkommen von den damaligen Feindmächten und Exilregierungen beschlossen wurden. Erinnert sei hier nur an die Konferenz von Teheran Ende November 1943 und an die Beschlüsse der beiden polnischen Exilregierungen in Cholim und London vom Sommer 1944. Nur wenn man diese Beschlüsse kennt, werden die Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen verständlich. So begann die polnische Regierung bereits vor der deutschen Kapitulation auf dem Gebiet der deutschen Ostprovinzen die Wajewodschaften Masuren, Oberschlesien, Niederschlesien und Pommern zu errichten (14. März 1945) und kündigte vor dem Nationalrat in Warschau die Polonisierung der Ostgebiete des Deutschen Reiches an (3. Mai 1945). Mit den Ausweisungen selbst wurde sofort begonnen, nachdem die Sowjets die Ostgebiete mit Ausnahme des nördlichen Ostpreußens an die Polen übergeben hatten. Alle Deutschen, die in einer Zone von etwa 100 km ostwärts dieser Demarkationslinie lebten, wurden zum Verlassen ihrer Wohnsitze gezwungen. Die Rückkehr von geflohenen und evakuierten Deutschen in ihre Heimat über die Oder-Neiße-Linie wurde unterbunden.

Etwa zur gleichen Zeit begannen auch die Ausweisungen der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei. Durch ein Dekret vom 2. August 1945 wurde ihnen die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit mit sofortiger Wirkung aberkannt. Sie besaßen jedoch noch die ihnen 1938 bzw. 1939 verliehene deutsche Staatsangehörigkeit. Die nach Böhmen und Mähren evakuierten oder geflohenen Deutschen aus dem Altreichsgebiet mußten schon vorher das Land verlassen. Unabhängig von diesen Maßnahmen war aber schon seit Dezember 1944 mit der Deportation Hunderttausender Deutscher aus den von der Roten Armee besetzten Gebieten nach Osten begonnen worden. Diese Aktion hat man auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) damit zu rechtfertigen versucht, daß der Sowjetunion der Abtransport von Arbeitskräften aus Deutschland als Reparationsleistung zugestanden wurde. Die Verschleppungen aus Ost- und Südosteuropa waren zu dieser Zeit praktisch schon abgeschlossen.

Neben dieser durch Zwangswanderung verursachten Dezimierung der Deutschen in ihren Heimatgebieten lief in den meisten Vertreibungsstaaten eine andere Aktion, die gleichfalls das Ziel hatte, das Problem der deutschen Bevölkerung zu lösen. In Polen und in den unter polnische Verwaltung gestellten Ostgebieten, die hier näher behandelt werden sollen, sind diese Maßnahmen gekennzeichnet durch die Einweisung Deutscher auf unbestimmte Zeit in Zwangsarbeitslager, Konzentrationslager (z. B. Lamsdorf, Lkr. Falkenberg O/S.; Grottkau) und Gefängnisse, in denen eine überaus große Zahl von Häftlingen infolge von Mißhandlungen, Hunger, Krankheiten und Seuchen ums Leben kam. Den gleichen Zweck verfolgte die Beschlagnahme des Vermögens und die Einweisung jüngerer Kinder in polnische Erziehung (polnische Dekrete vom 4. November 1944 und vom 28. Februar 1945).

Außerdem wurde bald nach dem Durchzug der Roten Armee in den Ostgebieten des Deutschen Reiches von polnischer Seite damit begonnen, einen möglichst großen Kreis von Personen polnischer Abstammung nachzuweisen. Da man aber die hierfür vorgesehenen Menschen, die sich bis Kriegsende überwiegend zum Deutschum bekannt hatten, auch wenn sie sich der masurischen, kassubischen oder oberschlesischen Haussprache bedienten, nicht ohne weiteres als Polen ausweisen konnte, wurde für

sie der Begriff der „Autochthonen“ geprägt. Von polnischer Seite wurde namentlich in den ersten Nachkriegsjahren betont, daß es sich bei diesen Menschen um polnische Volkszugehörige handelte. Daß dies aber nicht zutreffen kann, geht schon aus der Tatsache hervor, daß dieser Personenkreis erst einem sogenannten Verifizierungsverfahren unterworfen wurde. Hierzu war nach Mauldin wenigstens die Nachweisung eines „polnischen Ahnen“ notwendig¹³⁾. Viele wurden aber auch wegen ihres polnisch klingenden Namens oder weil sie sich teilweise oder ausschließlich einer der genannten Haussprachen bedienten oder weil sie einfach als Arbeitskräfte dringend gebraucht wurden, zur Option für Polen gezwungen.

Neben diesem Verifizierungsverfahren lief auch noch ein Rehabilitierungsverfahren, das vor allem in Polen selbst angewandt wurde. Es gründete sich auf das schon erwähnte, am 28. Februar 1945 erlassene, „Dekret betreffend die Ausscheldung feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft“. Danach konnten z. B. alle Personen, die während des Krieges unter deutscher Verwaltung Mitglieder der Volkslisten 3 und 4 geworden waren, durch eine Treueerklärung für das polnische Volk und den polnischen Staat die Anerkennung als Polen und die Verleihung der polnischen Staatsangehörigkeit erreichen. Sie entgingen damit der Ausweisung und der Vermögensentziehung. Zum Teil war es sogar Angehörigen der Volksliste 2 bei Vorlegen eines besonderen Nachweises über ihr polnenfreundliches Verhalten während der deutschen Zeit möglich, zu optieren. — Man darf aber niemals vergessen, daß die genannten Verfahren keine Option im üblichen Sinne ermöglichten, weil die Betroffenen vielfach keine Entscheidungsfreiheit hatten, ob sie mit einbezogen werden wollten oder weil sie zu einem großen Teil unter dem Zwang einer drohenden Recht- und Besitzlosigkeit handelten.

Diese Hinweise mögen genügen, um zu zeigen, daß die Ergebnisse der ersten polnischen Nachkriegsvolkszählung vom 14. Februar 1946 für die Bilanzaufstellung leider nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung haben können: Einmal vermag diese Zählung nur ein Augenblicksbild im Zuge der durch die Ausweisungen bedingten großen Bevölkerungsverchiebungen festzuhalten und zum anderen erscheinen die Zahlen recht unsicher. Die Ursachen sind zu suchen in den ungeklärten Staatsangehörigkeits- und Volkszugehörigkeitsverhältnissen und in dem Bestreben, vor allem der deutschen und ukrainischen Bevölkerung, sich der Zählung zu entziehen. Die amtliche polnische Statistik konnte nicht umhin, auf diese Tatbestände hinzuweisen¹⁴⁾. — Auch die im Polnischen Statistischen Jahrbuch 1947 für den 1. Juni 1947 veröffentlichten Zahlen über die einzelnen Bevölkerungskreise (Polen, Deutsche, andere) vermögen kein abschließendes Bild über die noch in der Heimat lebende deutsche Bevölkerung zu vermitteln¹⁴⁾.

Um nun die Zahl der in Polen und in den polnisch verwalteten Ostgebieten des Deutschen Reiches im September 1950 noch zurückgebliebenen Deutschen Bevölkerung feststellen zu können, mußten noch andere Quellen herangezogen werden. Es sind dies die Angaben über die zahlenmäßige Entwicklung der Ausweisungen im Rahmen der verschiedenen gelenkten Operationen¹⁵⁾, Zahlen aus dem von Polen herausgegebenen „Atlas über die wiedergewonnenen Gebiete“ und aus anderen polnischen Veröffentlichungen und Verlautbarungen, Angaben über die beim Deutschen Roten Kreuz gemeldeten Umsiedlungswilligen, Berichte von Spätaussiedlern und Reisenden und andere Unterlagen. Soweit möglich, wurde auch die natürliche Bevölkerungsentwicklung bei diesen Berechnungen berücksichtigt. Erst zu einem Zeitpunkt, in dem die vorliegenden Untersuchungen schon weitgehend abgeschlossen waren, sind Ergebnisse aus der polnischen Volkszählung vom 3. Dezember 1950 durch eine Veröffentlichung im Polnischen Statistischen Jahrbuch 1956¹⁶⁾ bekannt geworden, die eine genauere Berechnung der zurückgebliebenen Deutschen gestatten. Es handelt sich um Angaben über die Bevölkerung der einzelnen Wojewodschaften nach ihrem Wohnsitz im August 1939. Diese Ergebnisse, die als vH-Zahlen publiziert wurden, konnten allerdings nur für die Bestimmung der in Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung (anerkannte Deutsche und Autochthone) benutzt werden, weil hier die an sich überaus kleine Zahl der Polen bekannt war, die schon im August 1939 in diesen Provinzen ansässig war. Sie konnte von der errechneten Gesamtzahl der Bevölkerung, die unmittelbar vor Kriegsbeginn in den deutschen Ostgebieten ihren Wohnsitz hatte, abgesetzt werden. Dadurch ergab sich die Zahl der heute noch dort lebenden Deutschen. — Nach Abschluß der Untersuchungen gelangten auch die absoluten Zahlen durch eine Veröffentlichung im Polnischen Statistischen Jahrbuch 1957¹⁷⁾ zur Kenntnis. Es zeigte sich, daß die vom Statistischen Bundesamt errech-

neten Zahlen mit der polnischen Veröffentlichung im wesentlichen übereinstimmen. Entsprechendes gilt auch für das im Dezember 1957 erschienene „Statistische Jahrbuch der Tschechoslowakischen Republik 1957“.

Wie bereits angedeutet, haben die Deutschen in fast allen Vertreibungsgebieten unmittelbar nach Kriegsende ein ähnliches Schicksal erdulden müssen, das zu einer erheblichen Minderung ihrer Zahl führte. Die Ermittlung der Deutschumszahlen in den übrigen Vertreibungsgebieten stieß ähnlich wie in Polen und in den von diesem zur Zeit verwalteten Ostgebieten auf größere Schwierigkeiten und auch für ihre Schätzung mußten immer wieder ähnliche Wege, wie die bereits geschilderten, beschritten werden. Sie werden in den Einzeluntersuchungen dargestellt. Es sei hier nur noch darauf hingewiesen, daß es nicht für alle Vertreibungsgebiete möglich war, auch die Deutschumsverluste zu bestimmen, die durch Assimilation infolge der besonderen Zwangslage der zurückgebliebenen Deutschen eintraten.

Als letzte Position ist im Rahmen der Bevölkerungsbilanzen für die Vertreibungsgebiete versucht worden, die im Herbst 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Wehrmachtsvermißten, Zivilinternierten und Zivilvermißten zu bestimmen. Im allgemeinen mußte zunächst die Gesamtzahl der zu diesen Gruppen gehörenden Personen geschätzt werden. Als Quelle standen vor allem die Ergebnisse der vom 1. bis 11. März 1950 in der Bundesrepublik durchgeführten amtlichen Registrierung der deutschen Kriegsgefangenen und Vermißten zur Verfügung. Die Zahlen aus dieser Erhebung konnten aber niemals vollständig sein, weil alle jene deutschen Vertriebenen, die zu dieser Zeit in der sowjetischen Besatzungszone, im sowjetischen Sektor von Berlin lebten, die in der Heimat zurückgeblieben oder ausgewandert waren, ihre Angehörigen nicht registrieren lassen konnten. Es ist auch zu bedenken, daß nicht selten ganze Familien in den Kriegs- und Nachkriegswirren ums Leben gekommen sind. Wohl wird es immer wieder vorgekommen sein, daß entferntere Verwandte oder Bekannte, die im Registrierungsgebiet lebten, an Stelle der nächsten Angehörigen die Meldung vorgenommen haben; insgesamt gesehen vermögen diese zusätzlichen Registrierungen aber die vorhandene Lücke auch nicht annähernd zu schließen. Bei den ergänzenden Schätzungen wurde vielfach von dem Verhältnis der zur Zeit der Registrierung bzw. der Volkszählung in der Bundesrepublik und in Berlin (West) bzw. in der sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor von Berlin lebenden Vertriebenen ausgegangen; es mußte aber auch die Stärke der in der Heimat verbliebenen Deutschen mit berücksichtigt werden. Für die Schätzung der Zivilvermißten führte eine solche Berechnung oft nicht zum Ziel. Hier mußte zum Teil auf Untersuchungen des Deutschen Roten Kreuzes über die Verschleppungen von Deutschen und über die Deutschen in sowjetischen Zwangsaufenthaltsorten außerhalb von Lagern und Gefängnissen und auf andere Ausarbeitungen zurückgegriffen werden. Konnte die ermittelte Zahl der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten im großen und ganzen in den Bilanzen auch als noch lebend angesetzt werden, weil von vielen Lebenszeichen vorlagen, durfte für die Vermißten leider nur noch ein sehr kleiner Teil als zu dieser Zeit vermutlich noch lebend betrachtet werden.

Wie die Ausführungen zu den Einzelpositionen gezeigt haben, konnte bei der Aufstellung der Bevölkerungsbilanzen für die Vertreibungsgebiete weitgehend auf Material aus der amtlichen Statistik zurückgegriffen werden. Dort aber, wo solche Unterlagen nicht zur Verfügung standen oder ausreichend genug waren, mußten

zum Teil auch andere Quellen herangezogen werden. Auf diese Quellen, vor allem auf ihren Aussagewert, ist an den betreffenden Stellen in den Untersuchungen hingewiesen worden. Es gibt aber, wie die Ausführungen gleichfalls gezeigt haben, auch einzelne Punkte, für die geeignetes Zahlenmaterial überhaupt nicht vorlag, so daß Berechnungen und Schätzungen vorgenommen werden mußten. Die so gewonnenen Werte können größenordnungsmäßig als richtig angenommen werden, zumal solche Schätzungen mit großer Vorsicht durchgeführt worden sind.

Um das Studium der Bilanzen zu erleichtern, ist einleitend jeweils ein umfangreiches Verzeichnis des benutzten Quellenmaterials und eine zusammenfassende Bilanzübersicht, die die wichtigsten Zahlen wiedergibt, aufgenommen worden. Der Text selbst wurde der besseren Übersicht halber von erläuternden Anmerkungen freigehalten. Die Anmerkungen sind am Ende der einzelnen Untersuchungen zusammengestellt worden. Hinweisziffern im Text verweisen auf sie.

Die Zahlen werden in den Bilanzen im allgemeinen in Tausend angegeben; dies trifft vor allem für die Ergebnisse von Berechnungen und Schätzungen zu. Bei der Summenbildung können in solchen Fällen gelegentlich Differenzen auftreten, die auf das Runden der Zahlen zurückzuführen sind.

Einer allgemeinen Gepflogenheit entsprechend, ist bei allen Regionalbezeichnungen, für die sich ein deutscher Name eingebürgert hat, dieser angewandt worden. Gelegentlich wurde, wo dies erforderlich schien, die fremdsprachige Bezeichnung in Klammern dahintergesetzt.

Allen Statistiken, die für die Bilanzen herangezogen wurden, liegt naturgemäß die jeweilige Verwaltungsgliederung zugrunde. Diese ist in fast allen Vertreibungsgebieten aber einem sehr starken Wechsel unterworfen gewesen. Schon während des Zweiten Weltkrieges traten vielfach Veränderungen ein. Es folgte der Neuaufbau der Verwaltung in der Nachkriegszeit, die aber im Zuge der Angleichung an sowjetische Verhältnisse schon nach wenigen Jahren erneut geändert wurde. Dieser häufige Wechsel erweist sich beim Studium der Bilanzen als recht hinderlich.

Um diese Schwierigkeiten zu beheben, sind den Untersuchungen über die Bevölkerungsverluste Ostpreußens, Ostpommerns, Ostbrandenburgs und Schlesiens sowie den Bilanzen für die deutschen Volksgruppen in Polen und der Tschechoslowakei kartographische Darstellungen der Änderungen von Verwaltungsgrenzen beigegeben worden. Ausgegangen wurde bei diesen Karten von den Staatsgrenzen am 31. Dezember 1937. Innerhalb dieser Grenzen sind in schwarzer Farbe die größeren Verwaltungsbezirke (z. B. Regierungsbezirke, Wojewodschaften) um 1938/39 dargestellt worden. In den Ostgebieten des Deutschen Reiches und in den bei Kriegsbeginn dem Reich angeschlossenen Gebieten (z. B. Reichsgau Sudetenland) wurden auch die Kreise eingezeichnet, außerdem auch die alten Ländergrenzen zwischen Böhmen, Mähren-Schlesien und der Slowakei oder die erst nach Kriegsbeginn geschaffenen Grenzen der Reichsgaue auf polnischem Staatsgebiet, die Curzonlinie in Ostpolen und andere Grenzlinien, weil die dadurch bestimmten Gebiete in den Bilanzen erwähnt wurden oder weil das für sie vorliegende Zahlenmaterial verarbeitet worden ist. In die Verwaltungsgrenzenkarte für die Tschechoslowakei sind außerhalb des geschlossenen deutschen Sprachgebietes einige für das Insel- und Streudeutschum bedeutende Städte (z. B. Wischau, Neusohl) zur besseren Orientierung eingetragen worden. Städte, für die ein deutscher Name allgemein bekannt ist, wurden mit diesem bezeichnet. In der Karte für Polen mit den Grenzverhältnis-

sen und der administrativen Gliederung bei bzw. unmittelbar nach Kriegsbeginn wurden hergebrachte allgemein übliche deutsche Bezeichnungen aufgenommen, die amtliche polnische Bezeichnung aber in Klammern beigelegt, soweit es der Platz zuließ. Für Gebiete ohne hergebrachte deutsche Namensform wurde nur der amtliche polnische Name eingetragen. — In Rot ist sodann die Verwaltungsgliederung aufgenommen worden, die in den Jahren 1946/48 galt. Auch die verschiedenen Demarkations- und grenzlinien, wie z. B. die Oder-Neiße-Linie, die sowjetisch-tschechoslowakische und die sowjetisch-polnische Grenze wurden eingezeichnet. Wegen der Lesbarkeit der Karten mußte zum Teil darauf verzichtet werden, auch die kleineren Verwaltungsbezirke zu kennzeichnen. In blauer Farbe ist schließlich die administrative Gliederung für die Zeit von 1950/53 eingetragen worden. Hier war allerdings eine allgemeine Beschränkung auf die größeren Verwaltungsbezirke erforderlich, um das Kartenbild nicht zu überlasten.

Der oben erwähnte häufige Wechsel in der regionalen Gliederung machte die Abstimmung der verschiedenen benutzten Unterlagen aufeinander oft schwierig. Die Bundesanstalt für Landeskunde hat dankenswerterweise alle kartographischen Darstellungen eingehend durchgesehen und die erforderliche Übereinstimmung mit der amtlichen deutschen Kartographie hergestellt.

Soweit möglich, sind die amtlichen Gebietsbezeichnungen in den Karten verwendet worden. Gelegentlich mußten aber auch Kurzfassungen gewählt werden. Die Namen der Stadtkreise in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und in den bei Kriegsbeginn dem Reich angeschlossenen Gebieten wurden kursiv gesetzt, wenn nicht gleichzeitig der gleiche Name auch für den Landkreis gilt.

Anmerkungen

- 1) Die Ausländer im Deutschen Reich. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552, Heft 5. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1943.
- 2) Nähere Ausführungen über die Bedeutung und die Anwendungsmöglichkeiten des Umrechnungsschlüssels für Vorkriegsstatistiken sind enthalten bei:
Nellner, Werner: Umrechnung von Vorkriegsstatistiken auf neuere Gebietsstände. In: Informationen des Instituts für Raumforschung, Heft 42—43, Bad Godesberg 1953.
- 3) Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich wurden veröffentlicht in *Wirtschaft und Statistik*, Jge. 1939—1944. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.
- 4) Die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches 1940—1945; Ergebnisse der Verbrauchergruppenstatistik. In: *Statistische Berichte*, Arb.-Nr. VIII/19/1 vom 28. Februar 1953. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- 5) Angaben über die Luftkriegsopfer sind enthalten in der Luftkriegsschadenstatistik des Statistischen Reichsamtes, in verschiedenen Städtestatistiken und anderen Quellen. Das gesamte Material wird in Kürze in einer Veröffentlichung der Bundesanstalt für den zivilen Luftschutz, Bad Godesberg, unter dem Titel „Der zivile Luftschutz im 2. Weltkrieg“ erscheinen.
- 6) Vgl. Adelheim, Georg: *Baltische Totenschau 1939—1947*, Göttingen 1947; *Nachtrag 1952*. — Auf die Baltische Totenschau wird in der Bilanz für die baltischen Staaten und das Memelgebiet näher eingegangen.
- 7) Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956. Hrsg. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1957, S. 36.
- 8) Nach: *Flygtninge: Danmark 1945—1949*, Kopenhagen 1950.
- 9) In der amtlichen österreichischen Statistik ist zwar bis Ende 1950 die Staatsangehörigkeit, nicht aber die Volkszugehörigkeit oder ein anderes Kriterium erfaßt worden, das gestattet hätte, die Vertriebenen ohne weiteres darzustellen. Es ist u. a. den eingehenden Untersuchungen von Schließleder und Radspieler zu verdanken, daß für den hier interessierenden Zeitpunkt ein Zahlenbild über die landsmannschaftliche Gliederung der volksdeutschen Flüchtlinge in Österreich gewonnen werden konnte.
Vgl. Schließleder, W. R.: *Das österreichische Flüchtlingsproblem*. In: *Integration*, München 1954, Heft 3/4, Seite 239.
Radspieler, Tony: *The Ethnic German Refuges in Austria 1945—1954*. Den Haag 1955.

- ¹⁰⁾ Soweit für die Zeit zwischen den Volkszählungen vom 29. Oktober 1946 und vom 13. September 1950 keine Vertriebenenzahlen in den Bundesländern durch Erhebung oder Fortschreibung festgestellt worden waren, ist die Lücke durch Rückschätzung der Zählungsergebnisse des Jahres 1950 geschlossen worden. Die Vertriebenenzahlen für diese Zeit sind u. a. veröffentlicht im Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1957, Stuttgart 1957, Seite 46.
- ¹¹⁾ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956. Hrsg. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1957.
- ¹²⁾ Mauldin, W. Parker, and Akers, Donald S.: The Population of Poland. In: International Population Statistics Reports Series P-90, No. 4, Washington 1954, Seite 78.
- ¹³⁾ Powszechny sumaryczny spis ludności z dn. 14. II. 1946 R. In: Statystyka Polski, Serie D, Heft 1. Hrsg. Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej, Warschau 1947.
In dieser Veröffentlichung wird unter anderem folgendes ausgeführt: Seite XIV: ... Unter den Tendenzen, die die allgemeine Bevölkerungszahl beeinflußt haben, ist die Neigung eines Teiles der ukrainischen und deutschen Bevölkerung in einigen Gebieten, sich von der Zählung fernzuhalten, zu erwähnen. Die in den Berichten der Zählungsbehörden gegebenen Annäherungszahlen beziehen sich nur auf wenige derartige Vorfälle und erreichen insgesamt nur einige Tausend. Diese Zahl ist jedoch in Wirklichkeit bedeutend höher; sie läßt sich aber nicht genau feststellen. Zum Glück hat dieser Fehler keinerlei Einfluß auf die polnische Bevölkerungszahl ... Seite XV: ... Zusammenfassend kann man sagen, daß alle oben erwähnten Umstände vielleicht zu einer Verminderung der Bevölkerungszahl der ukrainischen und deutschen Minderheit, die unter die Repatriierungsaktion fiel, geführt haben. Die Zahl der im Lande verbleibenden Bevölkerung kann man aber als genau ansehen ...
- ¹⁴⁾ Statistical Year Book of Poland 1947, Warschau 1947, Seite 20, Tabelle 9.
- ¹⁵⁾ Die gelenkten Aussiedlungstransporte gehen auf Vereinbarungen zwischen den Alliierten und der polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Regierung zurück, die auf Grund des Potsdamer Abkommens im November 1945 getroffen wurden und nach denen ursprünglich nur 6,65 Millionen Deutsche ausgesiedelt werden sollten. Es sollten ausgewiesen werden aus Polen 3,50 Millionen, aus der Tschechoslowakei 2,50 Millionen, aus Ungarn 0,50 Millionen und aus Österreich 0,15 Millionen. Davon sollten im Gebiet der heutigen Bundesrepublik nur 3,9 Millionen Deutsche aufgenommen werden. Tatsächlich wurden aber im Bundesgebiet bereits bei der Volkszählung 1946 fast 6 Millionen Vertriebene gezählt. Diese Tatsache erklärt sich dadurch, daß bereits bis Ende 1945 vor dem Inkrafttreten des Ausweisungsplanes etwa 2,5 Millionen als Flüchtlinge, die nicht mehr in die Heimat zurückkehren konnten in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik gekommen waren oder im Zuge der un gelenkten Austreibungen hierher gelangten.
Im Januar 1946 liefen die Aussiedlungstransporte aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn und auch aus Jugoslawien in die damalige amerikanische Besatzungszone und in die sowjetische Besatzungszone an, die bis 1947 fortgeführt wurden. Im Februar 1946 kam auf Grund eines Abkommens zwischen der britischen Rheinarmee und den polnischen Behörden die sogenannte „Operation Schwalbe“ in Gang, in deren Verlauf fast 1,4 Millionen deutsche Vertriebene in die britische Besatzungszone kamen.
Die Überführung von Deutschen aus Österreich erfolgte im Rahmen der Operation „German Delegation“; mit diesen Transporten gelangten auch viele Vertriebene aus Schlesien und aus der Tschechoslowakei in die Länder der amerikanischen und britischen Besatzungszone.
Besonders bekannt geworden ist unter den gelenkten Aussiedlungstransporten die „Operation Link“ (von engl. to link = zusammenführen), die von den britischen Besatzungsbehörden und unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes und des Internationalen Roten Kreuzes mit der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung vereinbart wurde, um eine Zusammenführung von Familienangehörigen zu erreichen, da durch die Einstellung der Ausweisungen häufig eine Trennung der engsten Familienangehörigen eingetreten war. Diese Aktion, die Anfang März 1950 praktisch anließ, brachte rund 47 000 Deutsche in die Bundesrepublik. Die ursprünglich festgelegten Quoten wurden im allgemeinen nicht erreicht.
- ¹⁶⁾ Rocznik Statystyczny 1956, XVI. Jg., Warschau 1956, Seite 76, Tabelle 34.
- ¹⁷⁾ Rocznik Statystyczny 1957, XVII. Jg., Warschau 1957, Seite 32/33 Tabelle 25.

Die Hauptergebnisse der Bevölkerungsbilanzen

Erste Ergebnisse der Untersuchungen über die Aufstellung der Bevölkerungsbilanzen der Vertreibungsgebiete konnten bereits im Herbst 1956 im Rahmen einer Veröffentlichung über die „Deutsche Bevölkerungsbilanz des 2. Weltkrieges“ in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bekanntgegeben werden¹⁾. In der Zwischenzeit ist es aber gelungen, weiteres Quellenmaterial zu erschließen und die Untersuchungen so zu vertiefen, daß manche Position erheblich genauer erfaßt werden konnte. Im folgenden soll nun ein zusammenfassender Überblick über die endgültigen Ergebnisse der Bevölkerungsbilanzen gegeben werden.

Die Ostgebiete des Deutschen Reiches

In dem Schluß-Kommuniqué über die Dreierkonferenz in Potsdam vom 2. August 1945 wurde vereinbart, daß einem sowjetischen Vorschlag entsprechend die Stadt Königsberg und die benachbarten Gebiete endgültig an die Sowjetunion abgetreten werden sollen und daß die beiden anderen Verhandlungspartner diesen Vorschlag der Sowjetunion bei künftigen Friedensverhandlungen unterstützen werden. Weiterhin wurde ein Übereinkommen darüber erzielt, daß bis zur endgültigen Regelung der Westgrenze Polens die „früheren deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar Swinemünde, der Oder bis zu ihrem Zusammenfluß mit der westlichen Neiße folgt und dann längs der westlichen Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles von Ostpreußen, der in Übereinstimmung mit dem auf dieser Konferenz getroffenen Abkommen nicht der Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken untersteht, ferner einschließlich der früheren Freien Stadt Danzig“ der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt und „als solche nicht als ein Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland angesehen werden sollen“²⁾. Diese Regelung bezog sich auf jene Teile der preußischen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Mark Brandenburg und Schlesien, die innerhalb der Reichsgrenze vom 31. Dezember 1937 lagen sowie auf die Freie Stadt Danzig.

In den so umrissenen Ostgebieten des Deutschen Reiches (ohne Danzig), die 1945 unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt wurden, lebten bei Kriegsbeginn 9,62 Mill. Menschen, von denen sich rund 9,58 Mill. zum Deutschtum und 0,04 bis 0,05 Mill. zu einem anderen Volkstum, zumeist zum polnischen, bekannten. Die Zahl der nichtdeutschen Bevölkerung war in Schlesien bei einer Gesamtbevölkerung von 4,59 Mill. mit kaum mehr als 16000 Personen, die vor allem in Oberschlesien lebten, am größten. Relativ aber hatten die rund 15000 Nichtdeutschen in Ostpreußen bei 2,49 Mill. Einwohnern trotz ihrer an sich kleineren Zahl ein etwas stärkeres Gewicht; sie waren besonders in den Regierungsbezirken Allenstein und Westpreußen sowie im Gebiet um Königsberg ansässig. Unter ihnen waren aber nur sehr wenig Masuren, da diese — meist evangelisch — sich fast ausschließlich zum

deutschen Volkstum bekannten. Die nichtdeutsche Bevölkerungsgruppe Ostpommerns stand mit nahezu 12000 Menschen innerhalb der Ostgebiete des Deutschen Reiches an dritter Stelle; es handelte sich bei ihnen vorzugsweise um Polen, während sich die Kassuben mit wenigen Ausnahmen als Deutsche fühlten. Die nichtdeutsche Volksgruppe in Ostbrandenburg, die hauptsächlich in einigen Grenzkreisen wohnte, war zahlenmäßig unbedeutend (vgl. Tabelle 1).

Wie in den Darlegungen über Methode und Aufbau der Bevölkerungsbilanzen bereits ausgeführt wurde, konnten aus den so gewonnenen Ausgangszahlen für die deutsche Bevölkerung unmittelbar vor Kriegsbeginn nun mit Hilfe der Zahlen aus der Standesamtsstatistik Angaben über die natürliche Bevölkerungsentwicklung in den Ostgebieten des Deutschen Reiches während des Krieges gewonnen werden. Eine vergleichende Untersuchung zeigt, daß das biologische Wachstum der Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburger und Schlesier in dieser Zeit trotz einiger gemeinsamer Tendenzen doch recht unterschiedlich war. Diesen Vertreibungsgebieten gemeinsam ist z. B. die Tatsache, daß die Zahl der Geburten von 1939 bis 1942 fast ständig zurückging, bereits seit Februar 1943 aber wieder anstieg und im Februar/März 1944 ein Maximum erreichte, um dann bis Juni 1944 erneut abzusinken und schließlich im Juli 1944 nochmals etwas anzusteigen. Diese Tendenz ist auch in den anderen Reichsteilen zu beobachten³⁾. Während sich in dem vorwiegend agrarischen Ostpreußen für die Zeit von der Volkszählung 1939 bis Ende 1944 ein Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung von 48,9 aT errechnet, liegt der entsprechende Wert für Ostpommern bei 38,2 aT und für Schlesien bei 38,0 aT. Am niedrigsten liegt er in Ostbrandenburg mit etwa 23,4 aT. Für die Ostgebiete des Deutschen Reiches ergab sich insgesamt ein natürlicher Bevölkerungszuwachs von mehr als 380 000 Personen.

Die Ermittlung des Geburtenüberschusses für Ostbrandenburg stößt insofern auf größere Schwierigkeiten, als innerhalb der früheren preußischen Provinz Mark Brandenburg recht beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsentwicklung vorhanden waren, die sich auch noch innerhalb des Regierungsbezirkes Frankfurt auswirkten. Dieser Regierungsbezirk, von dem hier nur der ostwärtige Teil interessiert, hatte in allen Kriegsjahren stets eine beträchtlich niedrigere Geburtenziffer und eine etwas höhere Sterbeziffer als die benachbarten pommerschen Regierungsbezirke Stettin und Grenzmark Posen-Westpreußen und als der schlesische Regierungsbezirk Liegnitz. So betrugen z. B. für das Jahr 1940 die Geburtenziffern für die Regierungsbezirke Frankfurt 18,8, Stettin 22,0, Grenzmark Posen-Westpreußen 21,2 und Liegnitz 19,7; die Sterbeziffern für Frankfurt 14,7, Stettin 13,2, Grenzmark Posen-Westpreußen 13,5 und Liegnitz 13,4⁴⁾.

Diese Unterschiede in den Geburten- und Sterbeziffern der einzelnen Gebiete dürften in der Hauptsache auf wirtschaftlich bedingte Bevölkerungsverschiebungen zurückzuführen sein. Der Regierungsbezirk Frankfurt hat vor allem in der Vorkriegszeit viele im fortpflanzungsfähigen Alter stehende Personen in den benachbarten Wirtschaftsraum um Berlin abgegeben, so daß insgesamt gesehen im Vergleich zu den nördlichen und südlichen Nachbargebieten ein ungünstiger Altersaufbau vorhanden war. Das vermögen auch die Ergebnisse der Volkszählung vom 17. Mai 1939 recht deutlich zu zeigen. Die Altersgruppen von unter 6 bis unter 30 Jahren sind im Regierungsbezirk Frankfurt im allgemeinen relativ schwächer besetzt als in den Nachbargebieten. Diese Zahlen lassen aber auch erkennen, daß innerhalb des Regierungsbezirkes Frankfurt nicht unerhebliche Unterschiede vorhanden sind. In den Landkreisen Meseritz, Schwerin, Soldin, Oststernberg und Züllichau-Schwiebus entspricht der Altersaufbau im wesentlichen demjenigen der gesamten Provinz Pommern wie auch des Regierungsbezirkes Stettin⁵⁾. In den übrigen Stadt- und Landkreisen waren dagegen die unter 6jährigen und die über 21jährigen im allgemeinen schwächer vertreten als in den pommerschen Gebieten. Aus diesen Werten kann nun geschlossen werden, daß im ganzen gesehen die Geburten- und Sterbeziffern im östlich der Oder-Neiße gelegenen Teil des Regierungsbezirkes Frankfurt, also in Ostbrandenburg, etwas günstiger als im westlichen Teil waren, jedoch nicht die Werte des Regierungsbezirkes Stettin erreicht haben werden. Diese Überlegungen führten zur Festsetzung der Zahlen für den Geburtenüberschuß Ostbrandenburgs in der vorliegenden Bilanz. — Wenn man auch für die nichtdeutsche Bevölkerung Ostbrandenburgs die gleiche natürliche Entwicklung wie für die einheimische deutsche Bevölkerung annimmt, so bleibt sie rein zahlenmäßig doch so gering, daß sie in der Bilanz nicht besonders angesetzt werden muß.

Ohne Berücksichtigung der Wehrmachtsverluste und der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung errechnet sich für Ende Dezember 1944 eine deutsche Bevölkerung der Ostgebiete von rund 9,96 Mill. Menschen, von denen 4,75 Mill. in Schlesien, 2,59 Mill. in Ostpreußen und 1,96 Mill. in Ostpommern lebten, nahezu 0,66 Mill. waren in Ostbrandenburg beheimatet. In diesen Zahlen sind die Angehörigen von verlagerten kriegswichtigen Betrieben, die vor allem seit 1942 als Dienstverpflichtete in die Ostgebiete kamen, und die aus luftkriegsgefährdeten Gebieten Evakuierten nicht mit enthalten. Auch die Einzelwanderungen während des Krieges, die z. T. durch Dienstverpflichtungen aus den Ostgebieten in andere Teile des Reiches verursacht wurden, in bescheidenem Umfang aber auch auf eine freiwillige Wanderung zurückgingen, konnten nicht bei der Berechnung der de-jure-Bevölkerung bei Kriegsende in Rechnung gestellt werden, weil hierüber keinerlei zuverlässige Angaben vorlagen. Insgesamt gesehen dürften die Einzelwanderungen aber das Bild nicht wesentlich beeinflussen.

Die Einziehungen zur Deutschen Wehrmacht sind nicht in allen Teilen des Reiches, aber auch innerhalb der Ostgebiete nicht gleich hoch gewesen. In den vorwiegend agrarischen Gebieten wurden mehr Männer einberufen als in stark industrialisierten Gegenden, in denen die Uk- (Unabkömmlichkeits-)Quote relativ hoch lag. So leisteten nach den Angaben in der vom Statistischen Reichsamt aufgestellten kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz⁶⁾ im Mai 1943 z. B. im Gebiet des Wehrkreises Königsberg (Pr.) 45,1 vH der am 31. Mai 1939 beschäftigten „inländischen“ Männer Wehrdienst — dies war die höchste Quote im ganzen Reichsgebiet in seinen Grenzen vom 30. August 1939 — im Wehrkreis Breslau lag dagegen der Satz nur bei 40,5 vH; im Wehrkreis Düsseldorf, der einen beträchtlichen Teil des rheinisch-westfälischen Industriegebietes umfaßt, lag die Quote sogar nur bei 36,8 vH. Andererseits betrug die Uk-Quote in den Wehrbereichen Königsberg (Pr.) 22,7 vH und Breslau 25,4 vH der am 31. Mai 1943 beschäftigten Männer (dagegen Wehrkreis Düsseldorf 33,5 vH). Die Wehrmachtsverluste müssen nun auch in den vorwiegend ländlichen Gebieten wie Ostpreußen und Ostpommern größer gewesen sein als in dem stärker industrialisierten Schlesien. Nach der gleichen Quelle betrug schon am 31. Mai 1943 der Anteil der Gefallenen und der im Wehrdienst Verstorbenen an den im Wehrdienst Stehenden in den Wehrkreisen Königsberg (Pr.) 10,4 vH, Stettin 9,5 vH und Breslau 9,7 vH. Der für alle 18 Wehrkreise des damaligen Reichsgebietes errechnete Reichsdurchschnitt betrug zu diesem Zeitpunkt 8,7 vH. Die Wehrmachtsverluste der Bevölkerung in den Ostgebieten des Deutschen Reiches waren also schon damals überdurchschnittlich hoch. Es ist noch zu berücksichtigen, daß zu den Wehrmachtssterbefällen auch die Toten des Volkssturms⁷⁾, der im Wehrdienst eingesetzten Jugendlichen und anderer Verbände gerechnet werden müssen. Gerade diese letztgenannten Personengruppen haben in den schweren Kämpfen, die Anfang 1945 um ihre Heimat entbrannten, große Verluste erlitten.

Wenn bei der Berechnung der Wehrmachtssterbefälle auch nach einer einheitlichen Methode (vgl. S. 15) vorgegangen wurde, mußten doch die regional voneinander abweichenden Verhältnisse berücksichtigt werden. Das Ergebnis der Berechnung zeigt, daß mit rund 0,66 Mill. Wehrmachtssterbefällen, das sind 68,5 aT der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete des Deutschen Reiches bei Kriegsbeginn, die militärischen Kriegsverluste hier beträchtlich höher lagen als im übrigen Reichsgebiet. Wie sich aus den Zahlen der kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz und den

weiteren Angaben in den einzelnen Bilanzen ableiten läßt, dürfte die Gesamtzahl der während des Krieges im Wehrdienst Stehenden für diese Gebiete mit 1,8 bis 2,0 Mill. zu schätzen sein; von ihnen würde also ungefähr jeder Dritte gefallen oder im Wehrdienst verstorben sein. — Wie aus der Tabelle 1 zu ersehen ist, hatte, absolut gesehen, Schlesien mit 0,28 Mill. die stärksten Verluste, relativ aber hatte Ostpreußen die höchsten Opfer zu bringen (84,9 aT der deutschen Bevölkerung).

Es wurde schon in den einleitenden methodischen Ausführungen darauf hingewiesen, daß auch die Zivilbevölkerung der deutschen Ostgebiete schwere Verluste während der Kriegshandlungen erlitten hat. Diese Kriegsverluste der Zivilbevölkerung traten vor allem von dem Zeitpunkt ab ein, als die Ostgebiete Kriegsschauplatz wurden, d. h. in Ostpreußen im Oktober 1944, in den übrigen Ostgebieten seit der zweiten Januarhälfte 1945. Vor dieser Zeit sind lediglich Opfer des Luftkrieges zu verzeichnen. Auf Grund der Angaben aus der Luftkriegsschädenstatistik läßt sich eine Zahl von etwa 12 500 Luftkriegstoten ermitteln, von denen allein annähernd 8 000 Opfer der schweren alliierten Angriffe auf ostpommersche Städte wurden. In Ostpreußen und in Schlesien liegt die Zahl der durch Luftangriffe ums Leben gekommenen Zivilpersonen bei etwa 2 000 bzw. bei 1 000.

Die Zahl der bei Erdkämpfen umgekommenen Zivilbevölkerung hängt vor allem davon ab, in welchem Umfange es gelang, sie rechtzeitig aus den Gefahrenzonen zu evakuieren und in weit genug zurückliegende Gebiete zu bringen bzw. wie vielen Personen es möglich war, sich durch schnelle Flucht dem Kampfgeschehen zu entziehen. Nur für Schlesien und Ostpommern ist in den vorliegenden Bilanzen versucht worden, die Höhe der Verluste der Zivilbevölkerung bei Erdkämpfen zu schätzen: Für Schlesien wird mit einer Zahl von rund 80 000 Toten gerechnet, in Ostpommern mit einer solchen von 35 000. Für Ostpreußen und Ostbrandenburg erwies sich jeder Schätzungsversuch als unmöglich, weil hier die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung und die Opfer der Flucht, der Vertreibung und Verschleppung nicht voneinander getrennt werden konnten. In diesem zusammenfassenden Überblick werden daher alle Kriegsverluste der Zivilbevölkerung bei den ungeklärten Fällen mitbehandelt werden.

Als Ausgangszahl für die weiteren Berechnungen ist in den Bevölkerungsbilanzen der Vertreibungsgebiete der Stand der deutschen Bevölkerung festgestellt worden, der sich bei Kriegsende nach Abzug der Wehrmachtssterbefälle ergeben müßte. Er wurde als de-jure-Stand bezeichnet und errechnete sich auf 9,30 Mill.

Neben den schweren militärischen Kriegsverlusten und den Opfern des Luftkrieges hat, wie schon erwähnt, die Bevölkerung der Ostgebiete auch hohe Verluste erleiden müssen, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Kampfhandlungen, sondern auf der Flucht vor der herannahenden Front, bei der Besetzung der deutschen Gebiete oder bei den anschließenden Verfolgungen, Verschleppungen und Ausweisungen entstanden sind. Die Flucht mußte meist überstürzt erfolgen, weil die Behörden und die Parteidienststellen im allgemeinen nicht die notwendige Vorsorge hierfür getroffen hatten und die Evakuierungen nur in verhältnismäßig geringem Umfange und dann häufig noch zu spät stattfanden. Schon im Rahmen dieser Fluchtbewegung gelangten viele Deutsche in das Gebiet der späteren westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Besatzungszone. Es ist heute kaum noch festzustellen, wie viele damals tatsächlich in das mittlere und westliche

Deutschland kamen und hier verblieben. Die meisten geflohenen Ostdeutschen glaubten, nach Beendigung der Kampfhandlungen wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Wohl nur wenige von ihnen ahnten, daß bereits die polnischen Exilregierungen, insbesondere jene von Cholm (später in Lublin) schon seit Februar 1945 Vorbereitungen zur Übernahme der Ostgebiete des Deutschen Reiches in polnische Verwaltung trafen und die Ausweisung der Bevölkerung vorbereiteten⁸). Unmittelbar nach der deutschen Kapitulation zogen wieder Hunderttausende über die Oder und Neiße in ihre Heimat. Man hat ihre Zahl auf rund 1 Million geschätzt⁹). Aber nicht alle, die zurückkehren wollten, kamen bis in die Heimat. Schon im Juni 1945 riegelten die Polen die erst in den Potsdamer Vereinbarungen sanktionierte Oder-Neiße-Linie ab. Von da an gelang es nur noch wenigen, den Weg über die Demarkationslinie in östlicher Richtung zu nehmen.

Schon zu dieser Zeit setzten auch die Massenausreibungen ein. Am 23. Juni 1945 wurde die Bevölkerung von Sorau ausgewiesen, am 24. Juni kam es zu größeren Ausreibungen an der Südgrenze Ostbrandenburgs. Die Absicht der Polen, eine tote Zone zwischen die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und die deutsche Bevölkerung in den Ostgebieten des Deutschen Reiches zu legen, wurde sehr schnell deutlich, denn es folgten dann recht bald auch Ausreibungen aus den übrigen Gebieten längs der Oder-Neiße-Linie. Ostbrandenburg war schon Ende 1945 zum großen Teil von der alteingesessenen deutschen Bevölkerung entblößt. Auch in Ostpommern wurden bereits im Sommer und Herbst 1945 viele Deutsche, vor allem die städtische Bevölkerung, in den odernahen Gebieten der Heimat verwiesen. Die Vertreibungen aus dem Ostteil Ostpommerns begannen erst im Oktober 1945. Zur gleichen Zeit setzten auch die Vertreibungen aus dem polnisch verwalteten Teil Ostpreußens ein. Die Ausweisungstransporte liefen auch während des ganzen Winters 1945/46; sie forderten unzählige Opfer. Bis Ende 1945 dürften schon annähernd 2,50 Mill. Vertriebene allein in den westlichen Besatzungszonen gewesen sein.

Der Höhepunkt der Ausweisungen wurde im Jahre 1946 erreicht. Waren die Transporte bisher fast ausschließlich in die sowjetische Besatzungszone geleitet worden, so kam nun ein Übereinkommen mit der britischen Militärregierung zustande, das eine geregelte Überführung vorsah. Im Zuge der sogenannten „Operation Schwalbe“, die auf dem im November 1945 aufgestellten Ausweisungsplan des alliierten Kontrollrats basierte, kamen rund 1,38 Mill. Deutsche aus den Ostgebieten des Reiches in die britische Besatzungszone. Außer diesen Massentransporten brachten auch die Kriegsgefangenentransporte aus den Gewahrsamsländern viele ehemalige Wehrmachtangehörige in die vier Besatzungszonen, die in den deutschen Ostgebieten beheimatet waren. Andere Vertriebene aus den Ostgebieten, insbesondere aus Schlesien, kamen über Österreich, wohin sie auf ihrem Fluchtweg durch die Tschechoslowakei gelangten, in die amerikanische Besatzungszone.

Es nimmt daher nicht wunder, daß schon bei der ersten deutschen Nachkriegsvolkszählung vom 29. Oktober 1946 im Bereich der vier Besatzungszonen über 5645000 Vertriebene aus den Ostgebieten des Reiches festgestellt wurden. Der größte Teil von ihnen, nämlich 3280000, hatte in den westlichen Besatzungszonen, insbesondere in der amerikanischen und in der britischen Zone Aufnahme gefunden¹⁰); 2273000 wurden in der sowjetischen Besatzungszone festgestellt und fast

92 000 in Berlin. In Österreich, Dänemark und anderen Gebieten ist zu jener Zeit mit etwa 153 000 Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches zu rechnen.

Die Ausweisungen waren aber im Herbst 1946 bei weitem noch nicht abgeschlossen. Immer neue Transporte rollten aus den deutschen Ostgebieten heran. Die meisten wurden in die sowjetische Besatzungszone geleitet (vgl. S. 19). Viele Ausgewiesene verblieben dort aber nicht lange, sondern wanderten in die britische und amerikanische Besatzungszone weiter. Ebenso ließen sich die meisten heimkehrenden Kriegsgefangenen, die nicht mehr in ihre ostdeutsche Heimat zurückkehren konnten, dorthin entlassen. Schließlich brachte das Jahr 1950 auch noch Aussiedler im Rahmen der „Operation Link“.

Die Berechnung der zwischen den beiden deutschen Nachkriegsvolkszählungen heimgekehrten Kriegsgefangenen stieß auf erhebliche Schwierigkeiten, weil hierfür lediglich Gesamtzahlen für das Bundesgebiet vorlagen. Diese Zahlen — es handelt sich um 1 221 000 Personen — sind in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht worden¹¹). Setzt man diese Zahl zur Zunahme der Bevölkerung des Bundesgebietes in diesem Zeitraum in Beziehung, dann zeigt sich, daß die heimgekehrten Kriegsgefangenen an der Bevölkerungsentwicklung mit 30,5 vH beteiligt waren. Man wird nun diesen Mittelwert nicht ohne weiteres auch bei allen landmannschaftlichen Gruppen der Vertriebenen annehmen können, weil an deren Zunahme im Bundesgebiet zwischen Herbst 1946 und Herbst 1950 auch die Zuwanderung aus anderen Gründen (Interzonenwanderung, Aufnahme von Neuausgewiesenen usw.) eine größere Rolle spielen wird als dies bei der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes der Fall ist. Man wird schätzen können, daß der Anteil der aus Kriegsgefangenschaft rückgekehrten Vertriebenen zwischen 20 und 25 vH liegt. Hierbei sind die erwähnten Tatsachen, daß die Einziehungsquote in den Vertreibungsgebieten im allgemeinen höher lag als in den anderen deutschen Gebieten und daß viele deutsche Kriegsgefangene versuchten, in das Bundesgebiet und nach Berlin (West) entlassen zu werden, auch wenn sie hier keine näheren Angehörigen hatten, schon in Rechnung gestellt.

Unter Berücksichtigung dieser Tendenz und der regionalen Verteilung der Vertriebenen auf das Bundesgebiet und Berlin (West) einerseits und die sowjetische Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin andererseits wird man weiterhin annehmen können, daß in die letzteren Gebiete kaum mehr als etwa 30 vH aller aus Kriegsgefangenschaft entlassenen Vertriebenen gegangen sind. Für die aus Kriegsgefangenschaft rückgekehrten Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches einschließlich der aus Internierung und Verschleppung rückgekehrten Personen wurde eine Gesamtzahl von rund 450 800 eingesetzt, von denen etwa 288 800 in die Bundesrepublik und nach Berlin (West) gegangen sind.

Insgesamt ergibt sich für die Veränderung der Vertriebenenzahlen zwischen der Volkszählung 1946 und derjenigen des Jahres 1950 etwa folgendes Bild:

**Veränderungen der Zahl der Vertriebenen aus den
Ostgebieten des Deutschen Reiches 1946 bis 1950**
in 1000

Art der Veränderung	Bundesgebiet und Berlin (West)	sowjetische Besatzungszone und Ostberlin
Aufnahme von Ausgewiesenen	+ 180,0	+ 360,0
Entlassungen aus Kriegsgefangenschaft sowie Rück- kehr aus Internierung und Verschleppung	+ 288,8	+ 162,0
Rückführung von Vertriebenen aus Dänemark	+ 107,7	+ 35,0
Geburtenüberschuß	+ 155,0	+ 8,5
Zusammen	+ 731,5	+ 565,5
Auswanderung	— 21,0	—
Interzonenwanderung	+ 459,4	— 459,4
Insgesamt	+ 1 169,9	+ 106,1

Diese regionale Aufgliederung der einzelnen Veränderungsfaktoren auf das Bundesgebiet und Berlin (West) bzw. die Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin beruht auf Schätzungen. Es ist möglich, daß sie von den tatsächlichen Verhältnissen in einzelnen Punkten abweichen; größenordnungsmäßig können sie aber den Sachverhalt wiedergeben. Eventuelle Abweichungen in der regionalen Aufgliederung würden sich nur auf die Höhe der Interzonenwanderung auswirken.

Zur Zeit der Volkszählung 1950 konnten im Rahmen der vorliegenden Untersuchung 6 981 000 Vertriebene aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches festgestellt werden. Wie die Tabelle 1 zeigt, lebten rund 4 423 000 im Bundesgebiet und 118 000 in Berlin (West). Etwa 2 411 000 wurden in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor von Berlin nachgewiesen. Über 27 000 waren ausgewandert oder noch in Österreich ansässig. — In der vorstehenden Übersicht ist auch der natürliche Bevölkerungszuwachs der Vertriebenen in der Zeit zwischen den beiden Volkszählungen vermerkt. Wenn man ihn von der Gesamtzahl der Vertriebenen im Herbst 1950 absetzt, erhält man die Zahl derjenigen Personen, die von der Ausweisung direkt betroffen wurden; sie beträgt 6 817 000, darunter 3 121 000 Schlesier, 1 910 000 Ostpreußen und 1 397 000 Ostpommern.

An anderer Stelle ist schon darauf hingewiesen worden, daß nach Abschluß der vorliegenden Untersuchungen im Statistischen Jahrbuch der sowjetischen Besatzungszone 1956 für dieses Gebiet (einschließlich des Sowjetsektors von Berlin) Zahlen über die Wohnbevölkerung nach ihrem Wohnsitz am 1. September 1939 auf Grund der Volkszählung 1950 veröffentlicht worden sind¹²⁾. Es handelt sich dabei nur um Angaben für die vor dem 1. September 1939 geborenen Personen. Als Herkunftsgebiete werden auch die Ostgebiete des Deutschen Reiches insgesamt aufgeführt. Für diese wird eine Zahl von 2 287 600 Personen ausgewiesen. Will man nun mit dieser Zahl die entsprechende vergleichen, die im Rahmen der Bevölkerungsbilanzen für Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien insgesamt errechnet wurde, dann muß von den im Rahmen der Bilanz ausgewiesenen Zahlen die Zahl, der nach dem 1. September 1939 Geborenen, vermindert um deren Sterbefälle sowohl für die Zeit von der Vertreibung bis zur Volkszählung 1950 wie auch für den Zeitabschnitt vom 1. September 1939 bis zur Vertreibung, abgesetzt werden. Insgesamt wird für beide Zeitabschnitte der natürliche Bevölkerungszuwachs für die 1950 in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor von Berlin lebenden Vertriebenen, die seit Kriegsbeginn geboren sind, auf mindestens 270 000 Personen zu schätzen sein. Das bedeutet, daß von den für 1950 für die Bilanz errechneten 2 351 000 Vertriebenen aus den sowjetisch besetzten Gebieten, die aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches stammen,

schätzungsweise 2 141 000 vor dem 1. September 1939 geboren sein dürften. Diese errechnete Zahl liegt nur um etwa 127 000 Personen oder knapp 6 vH niedriger als die inzwischen im Jahrbuch der sowjetischen Besatzungszone amtlich bekanntgegebene.

Als weitere sehr wesentliche Position wurde in die Bilanzen die Zahl der in der Heimat zurückgebliebenen und zurückgehaltenen deutschen Bevölkerung eingesetzt. Diese deutsche Bevölkerung setzt sich aus den von den Polen anerkannten Deutschen und den „Autochthonen“ (vgl. S. 23/24) zusammen. Weitaus am stärksten ist das Deutschtum noch in Schlesien vertreten und konzentriert sich hier vor allem in Oberschlesien. Aber auch das Waldenburger Bergbaugebiet hatte im Herbst 1950 noch eine nennenswerte deutsche Minderheit. Von den rund 870 000 Deutschen Schlesiens lebten knapp 20 000 in den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz und 850 000 bis 860 000 im Regierungsbezirk Oppeln; von den letzteren wurden wiederum annähernd 830 000 zu den Autochthonen gezählt. Die zweitstärkste Gruppe bildeten die noch in Ostpreußen lebenden Deutschen. Hier konzentrierten sie sich im polnisch verwalteten Teil, und zwar in Masuren. Es handelt sich um 160 000 Deutsche, von denen etwa 20 000 bis 30 000 als anerkannte Deutsche galten und 130 000 bis 140 000 zu den Autochthonen gezählt wurden. Unter den Autochthonen werden etwa 80 000 deutschgesinnte Masuren sein. Im übrigen polnisch verwalteten ostpreußischen Gebiet lebten nur noch sehr wenige Deutsche. Die Gesamtzahl der im Herbst 1950 noch im sowjetisch verwalteten Ostpreußen lebenden Deutschen wird kaum 1 000 erreichen.

Die schätzungsweise 55 000 Ostpommern, die noch in der Heimat lebten, verteilten sich auf das ganze Land. Einzelne Ostpommern sind durch die Nachkriegsereignisse auch in andere Teile der deutschen Ostgebiete verschlagen worden, so z. B. nach Schlesien. Ihre Zahl wird 5 000 Personen aber nicht erreichen. Andererseits lebten Ende 1950 eine Reihe von Deutschen, die ursprünglich nicht in Ostpommern beheimatet waren, in diesem Gebiet. Es handelt sich bei ihnen z. T. um Ost- und Westpreußen, die seinerzeit von sowjetischen Militärdienststellen zur Bewirtschaftung der neu gegründeten Staatsgüter eingesetzt worden sind. Ähnlich wie in Ostpommern sind auch in Ostbrandenburg die zurückgehaltenen 16 000 Deutschen über das ganze Gebiet verstreut; sie leben zu einem erheblichen Teil auf Kolchosen und Staatsgütern. Obgleich sowohl in Ostpommern wie auch in Ostbrandenburg die meisten zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Deutschen als Autochthone behandelt wurden (in Ostbrandenburg rund 9 000), spielt die Autochthonenfrage in diesen Teilen Ostdeutschlands keine so große Rolle wie in Schlesien oder in Ostpreußen, weil ihre absolute Zahl verhältnismäßig klein ist.

Es ist bekannt, daß im Herbst 1950 auch noch Ostdeutsche außerhalb des Reichsgebietes (Stand 31. Dezember 1937) lebten. Um wieviele es sich handelte, ist nur sehr schwer zu schätzen. Zu ihnen wird noch eine kleine Zahl von Kriegsgefangenen und Wehrmachtsvermißten sowie von verschleppten Personen zu rechnen sein, die vornehmlich in sowjetischem Gewahrsam gewesen sein dürften. Von den ostdeutschen Kriegsgefangenen werden schätzungsweise noch 25 000 zu jener Zeit gelebt haben, von den Zivilinternierten etwa 2 600 und von den Vermißten und Verschleppten an 5 500. Insgesamt ergibt sich somit eine Zahl von rund 33 000 vermutlich noch am Leben befindlicher deutscher Kriegsgefangener, Zivilinternierter und Vermißter.

Wenn man nun die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches ermitteln will, muß man sich zunächst einen Überblick über die Anzahl der Personen verschaffen, deren Schicksal als geklärt angesehen werden kann. Es handelt sich um folgende Positionen:

a) die vertriebene Bevölkerung (ohne Geburtenüberschuß 1945 bis 1950)	6 817 000
b) die in den Ostgebieten des Deutschen Reiches zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	1 101 000
c) die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegs- gefangenen, Zivilinternierten und Vermißten	33 000
Zusammen	7 951 000

Nun ist aber für Kriegsende nach Abzug der Wehrmachtssterbefälle und der Luftkriegstoten der Zivilbevölkerung in den Ostgebieten des Deutschen Reiches eine deutsche Bevölkerung von insgesamt 9 290 000 ermittelt worden. Das bedeutet, daß bis Herbst 1950 das Schicksal von 1 390 000 Personen noch nicht geklärt werden konnte. Von ihnen werden kaum noch welche am Leben sein. Sie sind Opfer der Kriegshandlungen und der Besetzung des Landes durch feindliche Truppen geworden oder verloren ihr Leben durch Verschleppung, auf der Flucht und bei den rücksichtslos durchgeführten Massenausweisungen. Bezieht man die Luftkriegstoten und die Wehrmachtssterbefälle in Höhe von 668 000 Personen in die Betrachtungen mit ein, dann errechnet sich für die deutsche Bevölkerung der Ostgebiete ein Gesamtverlust von 2 006 000 Personen, d. h., daß 20,9 vH der deutschen Vorkriegsbevölkerung dieser Gebiete durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse umgekommen sind.

**1. Bevölkerungsbilanz für die z. Z. unter fremder Verwaltung
stehenden Ostgebiete des Deutschen Reiches**

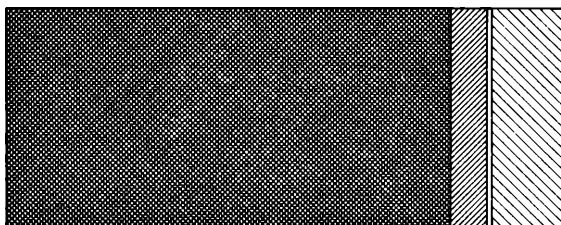
in 1000

Bestand bzw. Vorgang	Ost- preußen	Ost- pommern	Ost- branden- burg	Schlesien	Zu- sammen
Wohnbevölkerung im Mai 1939	2 488,1	1 895,2	644,8	4 592,7	9 620,8
darunter					
A. Deutsche Bevölkerung	2 473,0	1 883,7	642,0	4 576,5	9 575,2
B. Natürliche Zunahme der deutschen Bevölkerung von Mai 1939 bis Kriegsende (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	121,0	72,0	15,0	174,0	382,0
C. (= A + B) Deutsche Bevölkerung bei Kriegsende (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	2 594,0	1 955,7	657,0	4 750,5	9 957,2
D. Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung					
1. Wehrmachtstoterbefälle	210,0	125,0	41,0	280,0	656,0
2. Luftkriegtote der Zivilbevölkerung	2,0	8,0	0,5	1,0	11,5
E. (= C—D) De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung (ohne Berücksichtigung der bei Erdkämpfen entstandenen Kriegsverluste der Zivilbevölkerung) bei Kriegsende	2 382,0	1 822,7	614,5	4 469,5	9 289,7
F. Vertriebene im September 1950	1 959,0	1 430,0	395,0	3 197,0	6 981,0
darunter im(n)					
Bundesgebiet	1 347,2	891,1	131,2	2 053,4	4 422,9
Berlin (West)	28,3	31,7	21,7	36,6	118,3
G. Geburtenüberschuß der Vertriebenen von Kriegsende bis September 1950 ..	49,0	33,0	6,0	76,0	164,0
H. (= F—G) Von der Vertreibung direkt Betroffene	1 910,0	1 397,0	389,0	3 121,0	6 817,0
J. Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	160,0	55,0	16,0	870,0	1 101,0
K. Im September 1950 vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	12,8	6,0	2,0	12,2	33,0
L. (= H + J + K) Geklärte Fälle	2 082,8	1 458,0	407,0	4 033,2	7 951,0
M. (= E—[H + J + K]) Ungeklärte Fälle (Nachkriegsverluste)	299,2	364,7	207,5	466,3	1 338,7
N. (= D + M) Kriegs- und Nachkriegsverluste insgesamt	511,2	497,7	250,0	747,3	2 006,2
<i>vH der deutschen Bevölkerung im Mai 1939</i>	20,7	26,4	38,9	16,3	20,9
darunter					
O. (= D2 + M) Verluste der Zivilbevölkerung	0	311,2	209,0	497,3	1 390,2

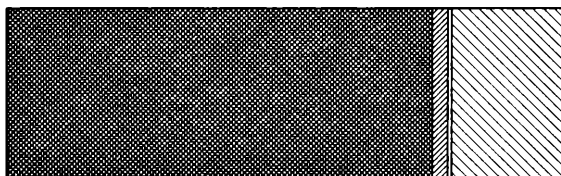
KRIEGS- UND NACHKRIEGSVRLUSTE DER DEUTSCHEN BVÖLKERUNG AUS DEN VRTREIBUNGSGEBIETEN Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31.12.1937)

De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung (ohne Berücksichtigung d. Kriegsverluste d. Zivilbevölkerung) bei Kriegsende
0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100 vH

Ostpreußen



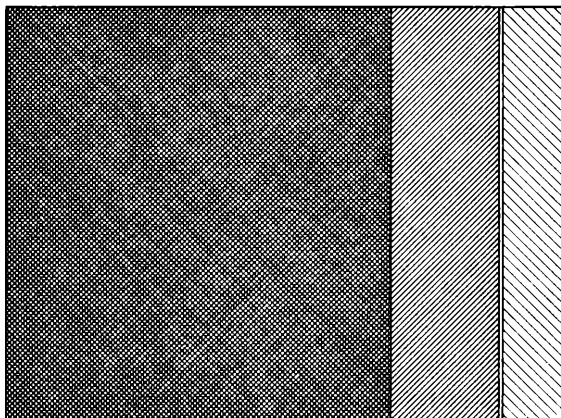
Ostpommern



Ostbrandenburg



Schlesien



Vertriebene

In der Heimat zurückgebliebene
und zurückgehaltene deutsche
Bevölkerung

Kriegs- u. Nachkriegsverluste
der Zivilbevölkerung*)
(Ungeklärte Fälle)

Die Höhe der Balken entspricht dem de-jure-Stand der deutschen Bevölkerung in den einzelnen Gebieten.

Vermutlich noch lebende Kriegsgefangene,
Zivilinternierte und Vermißte

*) Einschluß der Luftkriegstoten; Ostpreußen 0,1 vH, Ostpommern 0,5 vH,
Ostbrandenburg 0,2 vH und Schlesien 0,2 vH.

Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland

Obgleich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens nur über eine Ausweisung von Deutschen aus Polen, aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn Vereinbarungen getroffen wurden, sind doch auch deutsche Volksgruppen in anderen ausländischen Staaten von der großen Zwangswanderung erfaßt worden¹³). Sei es, daß sie während des Krieges aus Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, den Baltischen Staaten und Ostpolen umgesiedelt wurden und in den Ansiedlungsgebieten das Vertreibungsschicksal der ansässigen deutschen Bevölkerung erleiden mußten, sei es, daß sie vor der nach Westen vorrückenden Roten Armee evakuiert wurden oder fliehen mußten. Schließlich sind auch durch Reparationsverschleppungen zum Arbeits-einsatz in die Sowjetunion aus allen von der Roten Armee besetzten europäischen Gebieten, durch Internierungen und andere Maßnahmen der ausländischen Nachkriegsregierungen die deutschen Volksgruppen in diesen Staaten in überaus starkem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden.

Von diesen Kriegs- und Nachkriegsereignissen wurden insbesondere die deutschen Volksgruppen in den Baltischen Staaten und im Memelgebiet, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und nicht zuletzt die Rußlanddeutschen betroffen. Die Untersuchungsergebnisse haben gezeigt, daß diese Volksgruppen — mit Ausnahme der Deutschen in der Sowjetunion, für die keine Bilanz aufgestellt werden konnte — bei Kriegsbeginn rund 7,42 Mill. Menschen umfaßten. Von ihnen lebten etwa 2,00 Mill. im östlichen Mitteleuropa, worunter hier Danzig, Polen sowie die Baltischen Staaten und das Memelgebiet verstanden werden sollen. Es handelt sich z. T. um geschlossene deutsche Siedlungsgebiete (Danzig, Memelgebiet) aber auch um Insel- und Streudeutschtum, das wieder nach geschichtlicher Entwicklung, struktureller Zusammensetzung und Siedlungsweise beträchtliche Unterschiede zeigte. Während der deutsche Bevölkerungsanteil in den bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zum Deutschen Reich gehörenden Teilen Polens besonders stark war — der Stadtkreis Königshütte hatte über 50 vH, die Landkreise Zempelburg an 40 vH und Kolmar über 25 vH deutsche Bevölkerung¹⁴) — siedelte es im übrigen Polen in weiter auseinanderliegenden Inseln. Zu den bekanntesten gehörten die alten Sprachinseln im Teschener Schlesien (z. B. Bielitz), in Galizien und die Stadt Łódź mit den benachbarten Städten. Wenn auch die Deutschen in einigen Gebieten Polens vorzugsweise in Städten ansässig waren und in industriellen Berufen arbeiteten (Montanindustrie in Oberschlesien, Textilindustrie um Łódź und Bielitz-Biala), so lebte doch insgesamt gesehen die Mehrzahl der Deutschen von der Landwirtschaft. Auch in den Baltischen Staaten bestanden erhebliche Unterschiede: War das Deutschum Estlands (17 000 Personen) und Lettlands (63 000 Personen) vorzugsweise ein städtisches, so war in Litauen (51 500 Personen) das ländliche Deutschum bestimmend.

Ein deutscher Siedlungsraum von besonderem Gewicht lag in der Tschechoslowakei; mit 3,48 Mill. war das Sudeten- und Karpatendeutschtum die bei weitem stärkste auslandsdeutsche Gruppe. Auf sie entfiel fast ein Viertel der Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik. Auch hier gab es beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Siedlungsgebieten. In den an das Deutsche Reich grenzenden Randzonen Mähren-Schlesiens war das Deutschum in einem geschlossenen dichtbesiedelten Streifen ansässig; diese Gebiete kamen im Herbst 1938

als Reichsgau Sudetenland zum Deutschen Reich, bei dem sie bis Kriegsende verblieben. In den übrigen Teilen der Tschechoslowakei war ein Sprachinsel- und Streudeutschtum vorherrschend. Dieses fiel, soweit es in Böhmen und Mähren lag, im März 1939 an das von deutschen Truppen besetzte Protektorat, während das Deutschtum im Karpatenraum in die selbständig gewordene Slowakei kam.

Das Deutschtum in Südosteuropa, also in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien umfaßte bei Kriegsbeginn ungefähr 1,95 Mill. Menschen. Es lebte in einer Reihe mehr oder weniger geschlossener Siedlungsgebiete oder in Sprachinseln und bildete weder nach seiner Herkunft noch nach seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur eine Einheit. Während z. B. die „Bessarabiendeutschen“, die Dobrudscha-Deutschen, die Sathmarer und auch die Donauschwaben vorzugsweise Bauern waren, lebten die Deutschen Sloweniens hauptsächlich in Städten und waren Träger von Industrie, Handel und Handwerk. Mit 0,79 Mill. war das Deutschtum in Rumänien zahlenmäßig am stärksten; sein Schicksal war schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen in vieler Hinsicht leichter als das der Ungarn- und Jugoslawiendeutschen. Es wurde im allgemeinen auch von den Kriegs- und Nachkriegsereignissen nicht so schwer getroffen wie das Deutschtum dieser Staaten.

Nur für verhältnismäßig wenige auslandsdeutsche Gebiete lagen Zahlen über die natürliche Bevölkerungsentwicklung der deutschen Volksgruppen vor. Wie bereits erwähnt, mußte vielfach auf Schätzungen zurückgegriffen werden. Ohne auf die einzelnen Ergebnisse einzugehen, sei an dieser Stelle lediglich erwähnt, daß die natürliche Bevölkerungsentwicklung dieser deutschen Volksgruppen im Ausland außerordentlich starke Unterschiede aufwies je nach der Stärke, der Struktur und dem Verhältnis zum Staatsvolk. Während das meist städtische Deutschtum in Estland und Lettland in den Kriegsjahren wie in der vorangegangenen Zeit einen Sterbefallüberschuß gehabt hat und das ebenfalls vorzugsweise städtische Deutschtum in Slowenien nur einen kleinen Geburtenüberschuß hatte, war der natürliche Bevölkerungszuwachs in Danzig mit 7,3 aT jährlich recht beachtlich; hoch war auch der Geburtenüberschuß z. B. bei den Wollhyniendeutschen und bei den Deutschen Mittelpolens.

Von wesentlichem Einfluß auf die deutschen Volksgruppen waren die während des Zweiten Weltkrieges durchgeführten Umsiedlungen in das Deutsche Reich und in die damals diesem angegliederten Gebiete im Osten. Einerseits wurde durch diese Maßnahmen die Stärke der betroffenen Volksgruppen ganz erheblich geschwächt oder sie hörten praktisch auf zu bestehen, wie z. B. die deutsche Volksgruppe in Bulgarien, zum anderen hatten gerade die Umsiedler durch Einziehungen zu Verbänden der Waffen-SS, durch überstürzte Flucht aus ihren neuen Ansiedlungsgebieten beim Herannahen der sowjetischen Truppen, durch Gewaltmaßnahmen und Verschleppungen besonders hohe Verluste. Wenn die Zahlen über die umgesiedelten Deutschen im einzelnen auch nicht ganz genau festgestellt werden können, vermögen die Angaben aus dem vom „Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums“ herausgegebenen „Kleinen Umsiedlungsspiegel“ doch eine hinreichend genaue Größenordnung zu vermitteln. Nach dieser Quelle¹⁵⁾ sind von Ende 1939 bis 1943 fast 770 600 Personen umgesiedelt worden, von denen 408 700 in den damaligen „eingegliederten Ostgebieten“ und im „Generalgouvernement“ angesiedelt, 73 750 im Altreichsgebiet in Arbeit vermittelt wurden und 278 800 noch anzusiedeln waren. Der Rest war als „Fremdstämmige“ für eine Ansiedlung nicht

vorgesehen. Die zahlenmäßig größte Umsiedlergruppe bildeten rund 220 000 Rußlanddeutsche. An zweiter Stelle standen die Deutschen aus Wolhynien, Galizien und dem Narewgebiet mit 136 500 Personen. An dritter Stelle folgten die 93 300 Bessarabiendeutschen. Es ist in den einzelnen Bilanzen auf die Zahl und das Schicksal der Umsiedler näher eingegangen worden, weil diese ja im Rahmen der vorliegenden Untersuchungen nicht in den Ansiedlungsgebieten, sondern in den Heimatgebieten behandelt worden sind.

Unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung konnte für die einzelnen deutschen Siedlungsgebiete im Ausland der Bevölkerungsstand errechnet werden, der sich bei Kriegsende hätte ergeben müssen; die Kriegsverluste sind hierbei noch nicht abgesetzt worden. Wie aus der Tabelle 2, S. 45/46 entnommen werden kann, hätte das Deutschtum in den hier behandelten Siedlungsgebieten außerhalb des Altreichs (Stand 31. Dezember 1937) fast 7,69 Mill. Menschen zählen müssen, von denen 3,63 Mill., also nahezu die Hälfte, auf die Tschechoslowakei entfiel.

Diese im großen und ganzen günstige Entwicklung wurde aber in allen diesen Siedlungsgebieten durch die hohen Verluste aufgewogen, die die männliche Bevölkerung durch den Kriegseinsatz bei der deutschen Wehrmacht oder in den militärischen Verbänden ihrer Heimatländer hatte. Die Wehrmachtssterbefälle waren u. a. bei denjenigen deutschen Volksgruppen besonders hoch, deren wehrfähige Männer in starkem Maße zu Einheiten der Waffen-SS eingezogen wurden. Die Gefallenquote lag besonders hoch bei den Polendeutschen (7,9 vH) und den Jugoslawiendeutschen (7,5 vH). Insgesamt errechnete sich eine Zahl von mehr als 432 000 Wehrmachtssterbefällen.

Setzt man nun die militärischen Kriegsverluste von dem ermittelten Sollbestand ab, dann erhält man die deutsche Bevölkerung, die an sich bei Kriegsende in den einzelnen Siedlungsgebieten vorhanden gewesen sein müßte. Diese Zahl ist jedoch in keinem der behandelten Vertreibungsgebiete erreicht worden, weil auch die Zivilbevölkerung mehr oder weniger schwere Verluste beim Übergreifen der Kampfhandlungen auf ihre Siedlungsgebiete, durch Luftangriffe, bei Evakuierungen, bei Aufständen in den von deutschen Truppen besetzten Staaten und auf der Flucht vor der herannahenden Front gehabt hat. Ähnlich wie für die Ostgebiete des Deutschen Reiches war es auch für die deutschen Siedlungsgebiete im Ausland nur zum Teil möglich, diese Verluste der Zivilbevölkerung annähernd zu schätzen, zumal sie oft kaum von den Nachkriegsverlusten zu trennen waren. Es kann aber ganz allgemein festgestellt werden, daß diese Kriegsoffer bei weitem nicht so hoch waren wie diejenigen, die die deutsche Bevölkerung nach Beendigung der Kriegshandlungen durch Vertreibung, Verschleppung, Einweisung in Konzentrations- und Internierungslager und durch andere Gewaltmaßnahmen hatte. Alle diese Verluste werden wieder als ungeklärte Fälle behandelt.

Schon bald nach der deutschen Kapitulation setzte in den verschiedenen ausländischen Staaten die Vertreibung der Deutschen ein. So mußten in der Tschechoslowakei schon im Mai und Juni 1945 viele Sudetendeutsche aus dem geschlossenen Siedlungsgebiet am nördlichen Grenzsaum ihre Heimat verlassen; ein Teil von ihnen wurde über das Gebirge nach Sachsen vertrieben, andere wurden zunächst in das Innere des Landes gebracht. Auch die provisorische polnische Regierung begann schon zu jener Zeit mit Ausweisungen aus Gebieten, die nicht zum Altreich gehörten. So wurde ein großer Teil der Danziger gezwungen, im Juni 1945 die Stadt zu ver-

lassen. Ähnlich erging es vielen Deutschen in Ungarn und in Jugoslawien. Die in die Ostgebiete des Deutschen Reiches und in die während des Krieges dem Reich angegliederten Gebiete umgesiedelten Deutschen erlitten das Vertreibungsschicksal der hier lebenden einheimischen Bevölkerung. Organisierte Ausweisungstransporte liefen erst 1946 an; dieses Jahr brachte den bis dahin stärksten Zustrom vertriebener Deutscher aus dem Ausland. Bei der Volkszählung am 29. Oktober 1946 wurden in den vier Besatzungszonen Deutschlands schon 3,66 Mill. deutsche Vertriebene aus ausländischen Siedlungsgebieten ermittelt, davon 2,36 Mill. im heutigen Bundesgebiet. Die stärkste Gruppe unter diesen auslandsdeutschen Vertriebenen bildeten mit 2,40 Mill. die Deutschen aus der Tschechoslowakei.

Trotz des harten Winters 1946/47 liefen die Ausweisungen weiter und auch das Jahr 1947 brachte noch einmal viele hunderttausend Volksdeutscher in die vier Besatzungszonen. Aus manchen Ländern, wie z. B. aus Polen, erfolgte erst in diesem Jahr der größte Teil der Ausweisungen. Mitte 1948 hörten die Massenvertreibungen dann langsam auf. Bis zum Herbst 1950 waren schließlich 4,91 Mill. Deutsche aus ihren ausländischen Heimatstaaten vertrieben worden. Von ihnen wurde der größte Teil, nämlich 3,13 Mill., in der Bundesrepublik aufgenommen.

In weit stärkerem Maße, als dies bei den Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches der Fall ist, lebten im Herbst 1950 volksdeutsche Vertriebene auch in anderen Staaten der freien Welt. Vor allem in Österreich, in das schon bis Kriegsende viele Deutsche auf der Flucht gekommen waren, hatten zahlreiche Vertriebene aus dem Gebiet der Tschechoslowakei und aus den südosteuropäischen Staaten Aufnahme gefunden. Die Gesamtzahl der volksdeutschen Vertriebenen in Österreich wird zu jener Zeit bei ungefähr 336 000 liegen; von ihnen waren 142 000 Sudeten- und Karpatendeutsche, 119 000 Deutsche aus Jugoslawien, 13 000 stammten aus Ungarn und 51 000 aus Rumänien. Viele dieser heimatlos gewordenen Menschen sind dann in den folgenden Jahren in das Bundesgebiet weitergewandert, als sich hier die wirtschaftlichen Verhältnisse schnell zu bessern begannen und als durch den Erlaß der verschiedenen Flüchtlingsgesetze eine feste Verwaltungsgrundlage für die Betreuung und Eingliederung der Vertriebenen geschaffen wurde. — Relativ groß war im Herbst 1950 auch schon die Zahl der ausgewanderten Vertriebenen; man wird sie auf 71 000 Personen schätzen können, von denen die meisten in den Vereinigten Staaten, in Kanada oder in Australien versuchten, eine neue Existenz zu gründen.

Dennoch hat im ganzen gesehen die Auswanderung die Zahl der Vertriebenen zwischen 1946 und 1950 bei weitem nicht so stark verändern können, wie etwa die Aufnahme weiterer der Heimat Verwiesener oder der Zuzug von Rückkehrern aus Kriegsgefangenschaft, Internierung und Verschleppung. In diesen ersten Nachkriegsjahren ist auch die Bedeutung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung bei den deutschen Vertriebenen aus dem Ausland noch recht gering. Besonders niedrig war der Geburtenüberschuß auch bei diesen Vertriebenengruppen wieder in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin. Insgesamt ist mit einem Geburtenüberschuß von rund 126 000 Personen zu rechnen. Das heißt aber, daß im Herbst 1950 die Zahl der von der Vertreibung direkt betroffenen Deutschen aus dem Ausland bei knapp 4,79 Mill. lag. Damit lebten 66,4 vH der deutschen Bevölkerung bei Kriegsende in den hier behandelten ausländischen Vertreibungsgebieten als Ausgewiesene im Bundesgebiet, in der sowjetischen Besatzungszone, in Berlin, in Öster-

reich oder in anderen europäischen und überseeischen Staaten. Unter den 4,79 Mill. von der Vertreibung direkt Betroffenen wohnten 1944/45 2,92 Mill. in der Tschechoslowakei, 0,67 Mill. in Polen und 0,25 Mill. in Rumänien (vgl. Tabelle 2).

In dem Bestreben, auch das Schicksal der übrigen bei Kriegsende in diesen Siedlungsgebieten lebenden deutschen Bevölkerung zu klären, wurde zunächst versucht, die Zahl der noch in der Heimat zurückgebliebenen und zurückgehaltenen Deutschen zu ermitteln. Die amtlichen Statistiken vermochten leider im allgemeinen nicht die notwendigen Aufschlüsse zu geben, weil schon bei der Erfassung der Deutschen recht unterschiedliche Maßstäbe angelegt wurden und außerdem viele Deutsche befürchteten, durch ihr Bekenntnis zum Deutschtum sich der Gefahr von Gewaltmaßnahmen auszusetzen. So mußten die amtlichen Statistiken über die in der Heimat zurückgebliebenen Deutschen einer eingehenden kritischen Prüfung unterzogen werden. Dennoch dürfte es gelungen sein, ein recht vollständiges Bild von der Zahl dieser Deutschen zu erhalten. Die stärkste auslandsdeutsche Gruppe stellen mit 431 000 Personen heute die Polendeutschen dar. Von ihnen dürften etwa 361 000 zweisprachig und 70 000 einsprachig sein. Sie lebten vor allem in Ostoberschlesien und im Teschener Schlesien. Fast gleich stark ist die deutsche Volksgruppe in Rumänien mit 400 000 Menschen, die immer noch 50,9 vH des Vorkriegsstandes der Rumäniendeutschen ausmachen. Hier siedeln die Deutschen vor allem noch im Banat und in Siebenbürgen. An dritter Stelle folgen die Ungarndeutschen mit 270 000 Personen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei haben unter den auslandsdeutschen Gruppen einen besonders starken zahlenmäßigen Rückgang erfahren. Mit etwa 250 000 Menschen hat diese Volksgruppe nur noch 7,2 vH ihres Vorkriegsstandes. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse in Danzig, wo das Deutschtum bis auf einen zahlenmäßig unbedeutenden Rest völlig vertrieben oder vernichtet wurde. Insgesamt ist im Herbst 1950 noch mit etwa 1 452 000 in der Heimat zurückgebliebenen und zurückgehaltenen Deutschen zu rechnen.

Von den im September 1950 noch in Kriegsgefangenschaft oder Internierung befindlichen Auslandsdeutschen und von den Vermißten und Verschleppten dürften nur noch wenige am Leben gewesen sein. Es wurde für alle ausländischen Siedlungsgebiete eine Zahl von lediglich 39 000 geschätzt.

Faßt man nun die von der Vertreibung direkt Betroffenen, die noch in der Heimat zurückgebliebenen und zurückgehaltenen Deutschen und die vermutlich noch lebenden Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten zusammen, dann ergibt sich eine Zahl von fast 6,37 Mill. Menschen, deren Verbleib festgestellt werden konnte. In dieser Zahl sind auch rund 92 000 Personen enthalten, die unter dem Druck der Nachkriegsverhältnisse ihr Deutschtum aufgegeben haben und somit als Assimilationsverluste gebucht werden müssen. Es handelt sich hierbei vor allem um Ungarndeutsche oder um solche Deutsche, deren Siedlungsgebiet während des 2. Weltkrieges vorübergehend zu Ungarn kam. Von den annähernd 7,26 Mill., die bei Kriegsende in diesen auslandsdeutschen Siedlungsgebieten lebten (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung) war also das Schicksal von annähernd 0,89 Mill. noch ungeklärt. Es muß leider damit gerechnet werden, daß diese Menschen zum größten Teil Opfer von Flucht, Vertreibung, Verschleppung und anderen Gewaltmaßnahmen geworden sind.

2. Bevölkerungsbilanz für deutsche Siedlungsgebiete im Ausland
in 1000

Bestand bzw. Vorgang	Mittel- und osteuropäisches Ausland				
	Baltische Staaten und Memelgebiet	Danzig	Polen	Tschechoslowakei	Zusammen
A. Deutsche Bevölkerung im September 1939	249,5	380,0	1 371,0 ¹⁾	3 477,0	5 477,5
B. Natürliche Zunahme der deutschen Bevölkerung von September 1939 bis Kriegsende (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	6,4	15,0	30,0	156,0	207,4
C. (= A + B) Deutsche Bevölkerung bei Kriegsende (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	255,9	395,0	1 401,0	3 633,0	5 684,9
D. Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung — Wehrmachtsverluste	15,0	22,0	108,0	180,0	325,0
E. (= C—D) De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung) bei Kriegsende	240,9	373,0	1 293,0 ²⁾	3 453,0	5 359,9
F. Vertriebene im September 1950	169,5	290,8	688,0	3 000,4	4 148,7
darunter im(n)					
Bundesgebiet	107,6	225,0	409,7	1 912,0	2 654,3
Berlin (West)	2,3	5,2	9,9	5,8	23,2
G. Geburten- bzw. Sterbefallüberschuß der Vertriebenen von Kriegsende bis September 1950	— 0,7	7,0	16,0	79,0	101,3
H. (= F ± G) Von der Vertreibung direkt Betroffene	170,2	283,8	672,0	2 921,4	4 047,4
J. Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	15,0	4,0	431,0 ²⁾	250,0	700,0
K. Im September 1950 vermutlich noch am Leben befindliche deutsche Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	4,3	2,0	5,0	8,7	20,0
L. (= H + J + K) Geklärte Fälle	189,5	289,8	1 108,0	3 180,1	4 767,4
M. (= E—[H + J + K]) Ungeklärte Fälle (Nachkriegsverluste)	51,4	83,2	185,0	272,9	592,5
N. (= D + M) Kriegs- und Nachkriegsverluste insgesamt	66,4	105,2	293,0	452,9	917,5
vH der deutschen Bevölkerung bei Kriegsbeginn	26,6	27,7	21,4	13,0	16,8

¹⁾ Darunter 383 000 Zweisprachige, die zu dem von der Vertreibung nicht betroffenen Bevölkerungsteil gehören. — ²⁾ Darunter 361 000 Zweisprachige, die zu dem von der Vertreibung nicht betroffenen Bevölkerungsteil gehören.

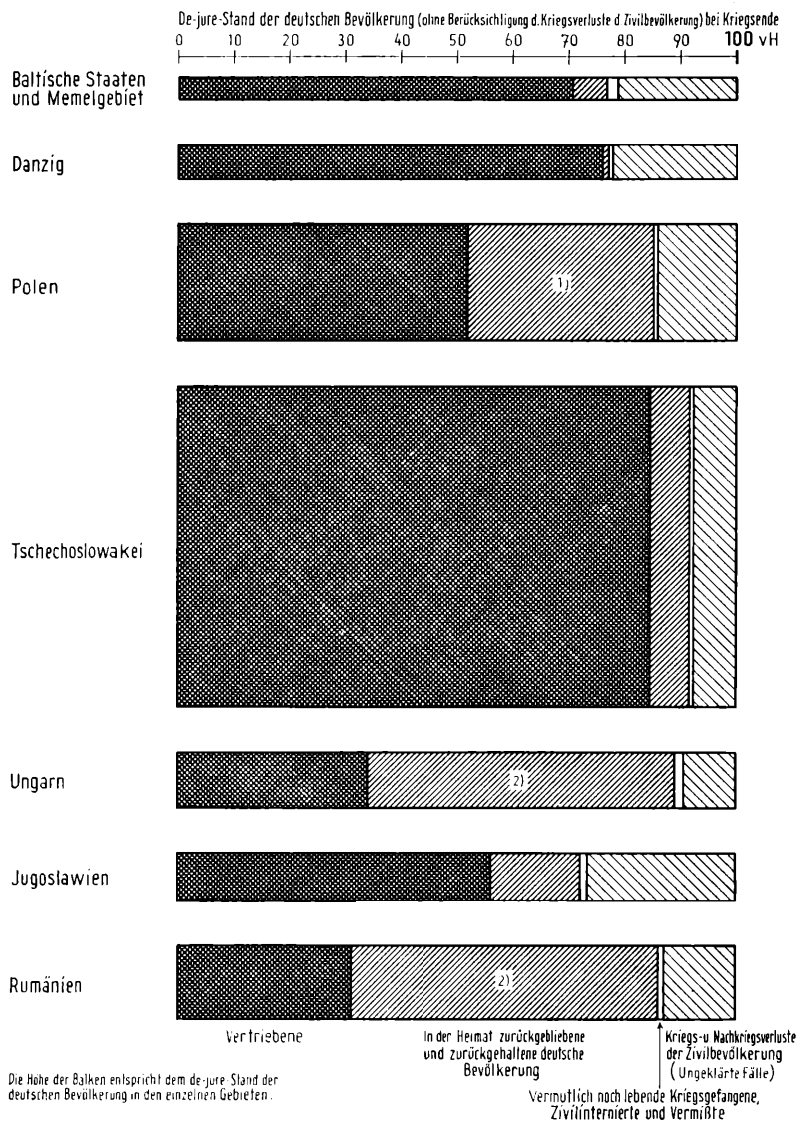
noch: 2. Bevölkerungsbilanz für deutsche Siedlungsgebiete im Ausland

in 1000

Bestand bzw. Vorgang	Südosteuropa				Deutsche Siedlungs- gebiete im Ausland ins- gesamt
	Ungarn	Jugo- slawien	Rumä- nien	Zu- sammen	
A. Deutsche Bevölkerung im September 1939	623,0 ¹⁾	536,8	786,0 ¹⁾	1 945,8	7 423,3
B. Natürliche Zunahme der deutschen Bevölkerung von September 1939 bis Kriegsende (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	10,0	13,0	34,0	57,0	264,4
C. (= A + B) Deutsche Bevölkerung bei Kriegsende (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	633,0	549,8	820,0	2 002,8	7 687,7
D. Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung — Wehrmachtsterbefälle	32,0	40,0	35,0	107,0	432,0
E. (= C—D) De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung) bei Kriegsende	601,0	509,8	785,0	1 895,8	7 255,7
F. Vertriebene im September 1950	213,0	297,5	253,0	763,5	4 912,2
darunter im(n)					
Bundesgebiet	178,0	147,5	148,6	474,1	3 128,4
Berlin (West)	0,2	0,5	0,9	1,6	24,8
G. Geburtenüberschuß der Vertriebenen von Kriegsende bis September 1950 ..	7,0	10,5	7,0	24,5	125,8
H. (= F—G) Von der Vertreibung direkt Betroffene	206,0	287,0	246,0	739,0	4 786,4
J. Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	270,0	82,0	400,0	752,0	1 452,0
K. Im September 1950 vermutlich noch am Leben befindliche deutsche Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	8,0	5,0	6,0	19,0	39,0
L. (= H + J + K) Geklärte Fälle	544,0 ³⁾	374,0	684,0 ³⁾	1 602,0 ⁴⁾	6 369,4 ⁴⁾
M. (= E—[H + J + K]) Ungeklärte Fälle (Nachkriegsverluste)	57,0 ⁵⁾	135,8	101,0	293,8	886,3
N. (= D + M) Kriegs- und Nachkriegsverluste insgesamt	89,0	175,8	136,0	400,8	1 318,3
<i>von der deutschen Bevölkerung bei Kriegsbeginn</i>	14,3	32,7	17,3	20,6	17,8

¹⁾ Im Jahre 1940. — ²⁾ Einschl. 60 000 Personen als Assimilationsverlust. — ³⁾ Einschl. 32 000 Personen als Assimilationsverlust. — ⁴⁾ Einschl. 92 000 Personen als Assimilationsverlust. — ⁵⁾ Darunter 4 000 Kriegsverluste der Zivilbevölkerung.

KRIEGS- UND NACHKRIEGSVRLUSTE DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG AUS DEN VERTREIBUNGSGEBIETEN Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland



1) Darunter 27,9 vH. Zweisprachige, die zu dem von der Vertreibung nicht betroffenen Bevölkerungsteil gehören. - 2) Einsch. Assimilationsverluste, Ungarn 60 000 Personen, Rumänien 32 000 Personen.

Anmerkungen

- ¹⁾ Wirtschaft und Statistik, 8. Jg. N. F., Heft 10, Oktober 1956, S. 483—500.
- ²⁾ U. a. veröffentlicht in „Die Ostgebiete des Deutschen Reiches“, 2. Auflage, Würzburg 1955, S. 139.
- ³⁾ Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, 24. Jg. Nr. 7, S. 125 ff. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1944.
- ⁴⁾ Wirtschaft und Statistik, 21. Jg., Nr. 6, S. 137, Berlin 1941.
- ⁵⁾ In den Landkreisen Meseritz, Schwerin, Soldin, Oststernberg und Züllichau-Schwiebus lebten zum Zeitpunkt der Volkszählung 1939 fast 32 vH der Bevölkerung Ostbrandenburgs.
- ⁶⁾ Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz 1943, Heft 1: Die Wehrmacht in der Kräftebilanz 1943. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt, Berlin, abgeschlossen am 20. Januar 1944.
- ⁷⁾ Der Volkssturm wurde auf Grund eines Erlasses von Hitler am 18. Oktober 1944 ins Leben gerufen. In ihm sollten alle Personen zwischen dem 16. und 65. Lebensjahr, die wegen kriegswichtiger Arbeiten oder wegen Mangel an Tauglichkeit vom Wehrdienst befreit waren, an der Heimatverteidigung mitwirken.
- ⁸⁾ Schon am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der provisorischen Regierung der polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Ostgebieten des Deutschen Reiches übernommen habe (nach „Dokumentation der Vertreibung . . .“, Band I/1, S. 107 E).
- ⁹⁾ Vgl. „Dokumentation der Vertreibung . . .“, Band I/1, S. 69 E ff.
- ¹⁰⁾ Die französische Besatzungszone nahm erst von 1949 an in größerem Umfang Vertriebene auf.
- ¹¹⁾ Wirtschaft und Statistik, 3. Jg., N. F., Heft 7, Stuttgart 1951.
- ¹²⁾ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, S. 36, Tabelle 23. Hier werden u. a. folgende Zahlen veröffentlicht:

Herkunftsland entsprechend dem Wohnort am 1. September 1939	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 31. August 1950, soweit vor dem 1. September 1939 geboren					
	ins- gesamt	in den Ländern				
		Branden- burg	Mecklen- burg	Sachsen- Anhalt	Thü- ringen	Sachsen
Deutsches Gebiet, Gebietsstand 1950	11 211 775	1 642 050	987 099	2 617 250	1 885 600	4 079 776
Gebiete östlich der Oder- Neiße-Grenze	2 212 363	416 648	500 213	440 003	285 554	569 945
Ausland, Gebietsstand 1937 . Ohne Angabe des Wohnortes 1939	1 041 739 29 437	124 113 2 264	186 127 7 210	342 371 3 825	198 153 6 252	190 975 9 886
Zusammen	14 495 314	2 185 075	1 680 649	3 403 449	2 375 559	4 850 582

¹⁾ Ohne Sowjetsektor von Berlin.

¹³⁾ Artikel XIII des Potsdamer Abkommens:

„Die drei Regierungen haben die Frage von allen Seiten erwogen und sind zu der Ansicht gelangt, daß eine Überführung der deutschen Bevölkerung oder deutscher Bevölkerungselemente, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn geblieben sind, nach Deutschland vorgenommen werden muß. Sie sind sich darüber einig, daß diese Überführung auf eine geregelte und menschliche Weise erfolgen muß.“

Da der Zustrom von großen Mengen von Deutschen nach Deutschland die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhenden Lasten vergrößern würde, sind die drei Regierungen der Ansicht, daß zunächst der alliierte Kontrollausschuß in Deutschland das Problem unter besonderer Berücksichtigung der angemessenen Verteilung dieser Deutschen auf die verschiedenen Besatzungszonen treffen soll. Demgemäß erteilen sie ihren Vertretern im Kontrollausschuß den Auftrag, so bald wie möglich ihren Regierungen über das Ausmaß Bericht zu erstatten, in dem solche Personen bereits aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine schätzungsweise Angabe der Zeitspanne und des Umfangs zu unterbreiten, in denen weitere Überführungen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland ausgeführt werden können.

Die tschechoslowakische Regierung, die provisorische Regierung Polens und der Kontrollausschuß in Ungarn werden gleichzeitig hiervon in Kenntnis gesetzt und angewiesen, inzwischen weitere Ausweisungen einzustellen, bis die beteiligten Regierungen den Bericht ihrer Vertreter im Kontrollausschuß geprüft haben.“

¹⁴⁾ Bierschenk, Theodor: Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939. In: Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr., Heft 20, S. 377, Würzburg 1954.

¹⁵⁾ Kleiner Umsiedlungsspiegel, Ausgabe Januar 1944, Tabelle „Ostumsiedlung“. Hrsg. Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums.

Ostpreußen

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	51
II. Das benutzte Quellenmaterial	52
III. Überblick über die Bilanz	53
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Ostpreußens im Mai 1939	54
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ostpreußens vom Mai 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	61
C. Die deutsche Bevölkerung Ostpreußens Ende 1944 (ohne Berücksichti- gung der Kriegsverluste)	63
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpreußens	63
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ostpreußens Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung)	66
F. Die Vertriebenen aus Ostpreußen	66
G. Die in Ostpreußen zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	74
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegs- gefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostpreußen	79
I. Die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostpreußen	81
Anmerkungen	82
Tabellenteil	
1. Die Wohnbevölkerung in den Kreisen der Provinz Ostpreußen am 17. Mai 1939	85
2. Die polnischen, masurischen und litauischen Stimmen bei den Reichstags- wahlen in Ostpreußen 1922 bis 1933	86
3. Die polnischen und masurischen Stimmen bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 in Ostpreußen	86
4. Die Bevölkerung der Provinz Ostpreußen nach der Muttersprache am 16. Juni 1925	87
5. Die Ausländer in Ostpreußen nach Volkszugehörigkeit und Muttersprache am 17. Mai 1939	88
6. Die Reichsangehörigen nach Muttersprache und Volkszugehörigkeit am 17. Mai 1939 in den Kreisen der ostpreußischen Abstimmungsgebiete . . .	89

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Das Gebiet der preußischen Provinz Ostpreußen hat seit dem Ende des Ersten Weltkrieges zahlreiche Veränderungen erfahren. Im Vertrag von Versailles (1919) wurde — ohne Volksabstimmung — das Memelgebiet, das ist der nördlich der Memel liegende Teil Ostpreußens, mit einer Fläche von 2657 qkm und 141000 Bewohnern (1910) abgetrennt und internationaler Kontrolle unterstellt. Gleichzeitig wurde den polnischen Forderungen auf Abtretung der südlichen Teile der Kreise Neidenburg und Osterode, das sogenannte Soldauer Ländchen, mit einer Fläche von 501 qkm und 24800 Bewohnern (1910) stattgegeben. Im Westen wurde der rechts der Weichsel gelegene Rest der früheren preußischen Provinz Westpreußen — es handelt sich um den Stadtkreis Elbing und um die Landkreise Elbing, Marienburg, Marienwerder, Rosenberg und Stuhm — als Regierungsbezirk Westpreußen mit 2956 qkm und 249000 Menschen (1910) der Provinz Ostpreußen angeschlossen. Die so abgegrenzte neue Provinz Ostpreußen umfaßte ein Gebiet von 36992 qkm mit 2488122 Einwohnern; sie hatte demnach eine Bevölkerungsdichte von 67,3 Einwohnern/qkm. Durch die Abtrennung des größten Teils von Westpreußen und die Errichtung der „Freien Stadt Danzig“ verlor Ostpreußen seinen räumlichen Zusammenhang mit dem übrigen Reichsgebiet. Diese Insellage behielt es bis zum Zweiten Weltkrieg bei.

Eine erste Änderung dieses Gebietsstandes trat ein, als die deutsche Reichsregierung im März 1939 von Litauen die Rückgabe des Memellandes erzwang und dieses wieder der Provinz Ostpreußen angegliedert wurde. Der Abschluß des Polenfeldzuges brachte weitere territoriale Veränderungen: Der Regierungsbezirk Westpreußen wurde nun wieder aus der Provinz Ostpreußen herausgelöst und dem neu geschaffenen Reichsgau „Danzig-Westpreußen“ zugeschlagen. Zu Ostpreußen, und zwar zum Regierungsbezirk Gumbinnen kam dagegen der bisher zur polnischen Wojewodschaft Białystok gehörende Kreis Sudauen (Suwałki) mit 2840,60 qkm und 104873 Einwohnern sowie ein Großteil der Wojewodschaft Warschau mit neun Landkreisen, der nun den Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) bildete. Dieser Regierungsbezirk, der südlich bis zum Narew-Bug und zur Weichsel bei Schröttersburg (Płock) reichte, umschloß ein Gebiet von 12913,60 qkm; in ihm lebten 896231 Einwohner.

Noch vor Kriegsende begann die neue polnische Regierung mit dem Aufbau ihrer Zivilverwaltung in Ost- und Westpreußen. Die Sowjets übergaben schon im Februar die südlichen Kreise Ostpreußens in die Hand der polnischen Verwaltung und noch vor Abschluß der Konferenz von Potsdam wurde mit dem Aufbau der Wojewodschaft in Allenstein begonnen, die zunächst das gesamte unter polnische Verwaltung gestellte Gebiet Ostpreußens umfaßte; als offizielle administrative Bezeichnung wurde zunächst „Bezirk Masuren“ (Okręg Mazurski) gewählt. Anfang Juli 1945 wurde der Regierungsbezirk Westpreußen (ohne den Kreis Rosenberg) der neu gebildeten Wojewodschaft Danzig angegliedert, die Kreise Lyck, Treuburg und Goldap in die Wojewodschaft Białystok einverleibt und das übrige Gebiet Ost-

preußens südlich der polnisch-sowjetischen Demarkationslinie zur Wojewodschaft Allenstein zusammengefaßt. Diese Linie verläuft in west-östlicher Richtung nördlich von Braunsberg und Goldap.

Den im Norden dieser Linie gelegenen Teil Ostpreußens unterstellten die Sowjets der eigenen Verwaltung und gliederten ihn bereits am 17. Oktober 1945 formell der Sowjetunion ein¹⁾. Schließlich wurde Königsberg in Kaliningrad umbenannt und das ganze Gebiet als Oblast' Kaliningrad verwaltet.

Eine weitere Gebietsveränderung ergab sich im Juli 1950, als das 1920 von Ostpreußen abgetrennte „Soldauer Ländchen“ und der altwestpreußische Kreis Neumark zur Wojewodschaft Allenstein kam.

Diese zahlreichen Gebietsveränderungen während der letzten Jahrzehnte erschweren die Aufstellung der Bevölkerungsbilanz für Ostpreußen in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 beträchtlich, weil das statistische Quellenmaterial vielfach erst auf diesen Gebietsstand umgerechnet werden mußte. Besonders schwierig gestaltete sich die Ermittlung der in der Heimat zurückgebliebenen Deutschen, weil namentlich für das von den Sowjets verwaltete Gebiet keine zuverlässigen Meldungen und Unterlagen vorhanden sind. Diese und ähnliche Lücken im statistischen Material konnten aber im allgemeinen durch Schätzungen geschlossen werden. Es war allerdings nicht möglich, die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung voneinander zu trennen, da Kampfhandlungen, Fluchtbewegungen, Verschleppungsaktionen, Zwangsevakuierungen und erste Vertreibungsmaßnahmen chaotisch ineinander griffen.

II. Das benutzte Quellenmaterial

1. Für die Zeit bis 1945

Die Wahlen zum Reichstag am 19. November 1922. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 291. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1923.

Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 und am 7. Dezember 1924. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 315. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1928.

Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1925. Teil I: Einführung und Tabellenwerk. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 401. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1928.

Die Wahlen zum Reichstag am 20. Mai 1928. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 372. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1931.

Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 382. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1932.

Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 5. März 1933. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 434. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1935.

Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 451. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1936.

Sonderauszählung der Volkszugehörigkeit und der Muttersprache 1939.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40, 1941/42. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Die Ausländer im Deutschen Reich nach den Ergebnissen der Volkszählung am 17. Mai 1939. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1944.

2. Für die Zeit nach 1945

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Hrsg. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, Berlin 1951.

Powszechny sumaryczny spis ludności z dn. 14. II. 1946 r., Statystyka Polski, Serie D, Heft 1. Hrsg. Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej, Warschau 1947.

Atlas Ziemi Odzyskanich. Hrsg. Główny Urząd Planowania Przestrzennego, Warschau 1947.

Schieder, Theodor, in Verbindung mit Adolf Distelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. In: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hrsg. Ministerium für Vertriebene, München 1953.

Rhode, Gotthold: Die Ostgebiete des Deutschen Reiches. Hrsg. im Auftrage des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates, Würzburg 1955.

Mauldin, W. Parker and Akers, Donald S.: The Population of Poland. Hrsg. Bureau of the Census, Washington 1954.

Seraphim, P. H.: Die Heimatvertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone. In: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Hrsg. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1955.

Neumann, Rudolf: Ostpreußen 1945—1955. In: Ostdeutschland unter fremder Verwaltung, Band I. Hrsg. Johann Gottfried Herder-Forschungsrat, Frankfurt/Main — Berlin 1955.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung Ostpreußens im Mai 1939	2 473 000
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ostpreußens vom Mai 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	
Natürlicher Bevölkerungszuwachs	121 000
C. Die deutsche Bevölkerung Ostpreußens Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste).	2 594 000
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpreußens	
Wehrmachtssterbefälle	210 000
Kriegsverluste der Zivilbevölkerung durch Luftangriffe	2 000
Insgesamt	212 000
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ostpreußens Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der bei Erdkämpfen entstandenen Kriegsverluste der Zivilbevölkerung)	2 382 000

F. Die Vertriebenen aus Ostpreußen

Stand: September 1950

Insgesamt	1 959 000
darunter in der Bundesrepublik	1 347 000
Geburtenüberschuß von Anfang 1945 bis September 1950	49 000
darunter in der Bundesrepublik	47 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	1 910 000

G. Die in Ostpreußen zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

Stand: September 1950	160 000
---------------------------------	---------

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostpreußen

	12 800
--	--------

I. Die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostpreußen

De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der bei Erdkämpfen entstandenen Kriegsverluste der Zivilbevölkerung)	2 382 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	1 910 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	160 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	12 800

Geklärte Fälle	2 082 800
Ungeklärte Fälle	299 200

Zusammenfassung

Die Verluste der deutschen Bevölkerung Ostpreußens durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen sind außerordentlich hoch. Sie betragen insgesamt 511 000 Personen, also 20,7 vH der deutschen Bevölkerung Ostpreußens im Mai 1939. Jeder fünfte Ostpreuße hat also durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse sein Leben verloren oder es ist über seinen Verbleib nichts bekannt.

Von den Gesamtverlusten entfallen 212 000 Personen, das sind 8,6 vH auf Wehrmachtssterbefälle und zivile Opfer des Luftkrieges. Mit 299 000 bzw. 12,1 vH haben aber die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung einschließlich der Luftkriegstoten und die Nachkriegsverluste größere Opfer von der deutschen Bevölkerung Ostpreußens gefordert als die unmittelbaren Kriegsverluste.

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Ostpreußens im Mai 1939

Für die Ermittlung der deutschen Bevölkerung in Ostpreußen bieten die Ergebnisse der letzten deutschen Vorkriegszählung vom 17. Mai 1939 die beste Ausgangsbasis. Bei dieser Zählung wurde für Ostpreußen innerhalb der Reichsgrenzen vom 31. Dezember 1937 eine Wohnbevölkerung von 2 488 122 Personen festgestellt. Die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Regierungsbezirke zeigt die nachstehende Übersicht (vgl. auch Tabellenteil, Tabelle 1).

**Die Wohnbevölkerung Ostpreußens nach Stadt- und Landkreisen
am 17. Mai 1939**

Regierungsbezirk	Fläche qkm	Stadt-	Land-	Wohnbevölkerung				
		kreise		ins- gesamt	davon in			
					Stadtkreisen		Landkreisen	
					Anzahl	vH	Anzahl	vH
Königsberg	13 147	1	12	1 059 085	372 164	35,1	686 921	64,9
Gumbinnen	9 399	2	10	559 205	107 179	19,2	452 026	80,8
Allenstein	11 520	1	9	568 024	50 398	8,9	517 628	91,1
Westpreußen	2 926	1	6	301 808	85 952	28,5	215 856	71,5
Provinz Ostpreußen	36 992	5	37	2 488 122	615 691	24,7	1 872 431	75,3

Bereits diese Zahlen lassen erkennen, daß das Schwergewicht der Bevölkerung Ostpreußens im Norden und im Westen der Provinz lag, während der Süden und Osten infolge seiner geringeren Böden, der stärkeren Bewaldung, der großen Wasserflächen der Masurischen Seenplatte und wegen der geringeren Verkehrserschließung nur relativ schwach besiedelt war. Ähnlich wie in Pommern und in Ostbrandenburg überwogen auch in Ostpreußen vor dem Zweiten Weltkrieg die kleineren Gemeinwesen mit weniger als 2 000 Einwohnern. Auf sie entfallen 98 vH aller Gemeinden, in denen über die Hälfte der ostpreußischen Bevölkerung lebte. Bei den relativ wenigen städtischen Siedlungen, die fast immer auch Sitz einer Kreisverwaltung waren, handelte es sich meist um Kleinstädte, deren Einwohnerzahl 20 000 kaum überstieg. Die bedeutendsten städtischen Siedlungen, deren größte die Provinzhauptstadt Königsberg mit über 372 000 Einwohnern war, sind nicht nur wichtige Standorte für Industrie und Gewerbe gewesen, sondern bildeten auch Verkehrsknotenpunkte und besaßen eine große Bedeutung für das kulturelle Leben im überwiegend agrarischen Land. Die folgende Tabelle vermag bereits den vorwiegend ländlichen Charakter deutlicher aufzuzeigen.

Die Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen in Ostpreußen am 17. Mai 1939

Gemeinden mit Einwohnern			Gemeinden		Bevölkerung	
			Anzahl	vH	Anzahl	vH
unter 100			860	18,7	55 066	2,2
100 bis " 500			2 986	65,0	738 064	29,7
500 " " 1 000			569	12,4	379 131	15,2
1 000 " " 2 000			86	1,9	112 448	4,5
unter 2 000			4 501	98,0	1 284 709	51,6
2 000 bis " 5 000			49	1,1	155 232	6,2
5 000 " " 10 000			22	0,5	155 053	6,3
10 000 " " 20 000			13	0,3	183 050	7,4
20 000 " " 50 000			5	0,1	142 189	5,7
50 000 " " 100 000			3	0,1	194 816	7,8
100 000 und mehr			1	0,0	372 164	15,0
Insgesamt			4 594	100	2 488 122	100

Die vorwiegend ländlich-agrarische Struktur Ostpreußens wird besonders unterstrichen durch einige Hauptergebnisse der Berufszählung 1939. Von allen heute unter fremder Verwaltung stehenden Provinzen der deutschen Ostgebiete hatte Ostpreußen den stärksten Anteil an land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Berufen: Von 100 Erwerbspersonen gehörten rund 45 zu dieser Berufsabteilung. Von den Erwerbspersonen dieser Berufsabteilung waren wiederum 19,3 vH selbständige Landwirte und 37,5 vH mithelfende Familienangehörige in Landwirtschaft und Gärtnerei, 36,2 vH entfielen auf die Arbeiter in land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Berufen. — Wie noch zu zeigen sein wird, spielten diese charakteristischen strukturellen Verhältnisse für die Höhe der Kriegs- und Nachkriegsverluste der ostpreußischen Bevölkerung eine wichtige Rolle.

Schließlich muß auf einen Tatbestand hingewiesen werden, der für die Aufstellung der Bevölkerungsbilanz Ostpreußens nicht ohne Bedeutung ist: Die verhältnismäßig große Differenz zwischen der Wohnbevölkerung und der sogenannten Ständigen Bevölkerung. Die Bevölkerung des Reichsgebietes wurde bei der Volkszählung 1939 nach beiden Bevölkerungsbegriffen für alle Verwaltungseinheiten ausgezählt. Während in der Wohnbevölkerung alle damals ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen an ihrem Dienstort gezählt wurden, sind diese in der Ständigen Bevölkerung nicht enthalten. Im Reichsgebiet ergab sich daraus eine Differenz von rund 1188000 Personen, das sind 1,7 vH der Wohnbevölkerung; in Ostpreußen belief sich aber der Unterschied zwischen den beiden Bevölkerungszahlen auf nahezu 74700 Personen oder 3,0 vH der Wohnbevölkerung. Die Höhe der Differenz in Ostpreußen ist vor allem dadurch zu erklären, daß in dieser Provinz wegen ihrer besonders exponierten Lage und der hier durchgeführten umfangreichen Landeskulturarbeiten auch aus dem übrigen Reichsgebiet Männer zur Ableistung ihrer Dienstpflicht einberufen wurden. Andererseits hatte aber unmittelbar vor Kriegsbeginn Ostpreußen auch eine über dem Durchschnitt des Reichsgebietes liegende Wehrdienstquote der einheimischen Bevölkerung.

Es soll versucht werden, die Zahl der dienstpflichtigen Ostpreußen zu schätzen, damit diese der Bevölkerung ihres Wohnortes zugezählt werden kann und nicht bei derjenigen des Dienstortes nachgewiesen werden muß. Für die auf diese Weise neu abzugrenzende Bevölkerung wurde hier der Begriff der „ortszugehörigen Bevölkerung“ gebildet. Unter ihr ist die Ständige Bevölkerung, vermehrt um die in der betreffenden Verwaltungseinheit wohnhaften Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen, soweit sie ihrer Dienstpflicht genügen, zu verstehen; die Berufssoldaten sind schon in der Ständigen Bevölkerung enthalten.

Eine Möglichkeit, den hier interessierenden Personenkreis zu schätzen, ergibt sich, wenn man die Entwicklung der Geburtsjahrgänge verfolgt, die zwischen 1933 und 1939 hauptsächlich zum Arbeits- und Wehrdienst einberufen wurden. Es kommen hier vor allem die Jahrgänge 1914 bis 1922 einschließlich in Frage. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1933 gehörten in Ostpreußen zu diesen 9 Jahrgängen 188300 männliche Personen (Wohnbevölkerung). Bis zur Volkszählung vom 17. Mai 1939 ist ihre Zahl auf 138700 (Ständige Bevölkerung), d. h. um 49600 Personen zurückgegangen. Dieser Rückgang ist ohne Zweifel zu einem großen Teil auf die Einziehungen zum Arbeits- und Wehrdienst zurückzuführen. Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß Ostpreußen in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg einen Wanderungsverlust gehabt hat, an dem namentlich die jüngeren, im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen stärker beteiligt waren. Der natürliche Abgang durch Tod soll bei den hier betrachteten Jahrgängen unberücksichtigt bleiben. Es ist aber auch bekannt, daß besonders seit 1938 auch ältere Jahrgänge in größerem Umfang zum vorübergehenden Wehrdienst einberufen wurden. Man wird mit allem Vorbehalt annehmen dürfen, daß zum Zeitpunkt der Volkszählung 1939 etwa 45000 bis 50000 Ostpreußen in ihrer Heimat der Wehrpflicht genigten. Damit würde mit einer „ortszugehörigen Bevölkerung“ von etwa 2460000 Personen zu rechnen sein, das sind nur 28000 Personen weniger als die Wohnbevölkerung ausweist. In der folgenden Untersuchung wird im allgemeinen von der Wohnbevölkerung ausgegangen werden; soweit auf die „ortszugehörige Bevölkerung“ Bezug genommen wird, soll darauf hingewiesen werden.

Neben der deutschen Bevölkerung, die auch das Gesicht dieser nach Nordosten vorgeschobenen preußischen Provinz bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bestimmte, traten in den Randgebieten noch einige andere Bevölkerungselemente in Erscheinung: Im Norden, vor allem im Gebiet der Memelniederung (Kreise Niederung, Tilsit-Ragnit, Schloßberg) saß zwischen der deutsch sprechenden Bevölkerung eine kleinere Gruppe, die sich des Litauischen allein oder des Litauischen und des Deutschen bediente; im südlichen Teil, insbesondere im Raum der großen Seen, lebten Masuren, die eine vom Polnischen abweichende Sprache pflegten, die aber immer mehr den Charakter einer Haussprache annahm; dazwischen und vor allem in Westpreußen wohnten Menschen, die sich des Polnischen als Muttersprache bedienten oder polnisch und deutsch sprachen. Nun ist aber, wie bereits in den einleitenden Ausführungen betont wurde, das Kriterium der Muttersprache noch keineswegs ein Kennzeichen für das Bekenntnis zu einem Volkstum. Das trifft für Ostpreußen wie für Oberschlesien zu. Die vielfachen Überschneidungen beider Merkmale und die zahlreichen Übergänge erschweren die Feststellung der deutschen Bevölkerung. Dennoch ist es möglich, mit Hilfe der verschiedenen Statistiken ein allgemeines Bild der Entwicklungstendenzen zu gewinnen und die einzelnen Gruppen wenigstens größenordnungsmäßig zu bestimmen.

Als Quellenmaterial für eine solche Untersuchung stehen die Ergebnisse der deutschen Volkszählungen von 1910, 1925, 1933 und 1939, die Ergebnisse der Volksabstimmung aus dem Jahre 1920 und Angaben aus den Reichstagswahlen 1922 bis 1933 zur Verfügung. Zunächst zeigen die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 1910, daß schon damals die Bevölkerungskreise, die nicht Deutsch als Muttersprache angegeben hatten oder doch neben dem Deutschen eine weitere Sprache pflegten, zahlenmäßig relativ gering war. Die Zahl der Masurischsprechenden belief sich im Regierungsbezirk Allenstein auf rund 172 100 oder 30,9 vH der ortsanwesenden Bevölkerung, die Zahl der Polnischsprechenden wurde mit 71 600, das sind 12,9 vH der Bevölkerung festgestellt und knapp 12 500 Personen hatten Deutsch und Polnisch als Muttersprache angegeben (= 2,2 vH). Von den Personen mit polnischer Muttersprache verstanden aber nahezu 50 000 auch Deutsch. Im Regierungsbezirk Westpreußen wurden 22 100 Personen mit polnischer Muttersprache (= 13,9 vH der ortsanwesenden Bevölkerung), von denen über 16 800 auch Deutsch verstanden und 1 580 Personen mit Deutsch und Polnisch als Muttersprache (= 1,0 vH) gezählt; Masurisch kam hier als Muttersprache so gut wie nicht vor. Die masurisch sprechende Bevölkerung muß schon damals zur deutschen Bevölkerung gezählt werden, weil sie „sich nicht als Polen und zu Polen bekennen“ wollte²). Nicht zuletzt hat auch die Zugehörigkeit der Masuren zum Protestantismus dazu beigetragen, die Trennung von den katholischen Polen zu vertiefen.

Von weitaus größerer Bedeutung als diese Zahlen aus der Volkszählung 1910 sind die Ergebnisse der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920, die in einer Zeit erfolgte, als die Zugehörigkeit zum polnischen Staat manche materielle Anreize bot. Das Abstimmungsgebiet umfaßte den Regierungsbezirk Allenstein, den zum Regierungsbezirk Gumbinnen gehörenden Kreis Oletzko (später Treuburg) und vom Regierungsbezirk Westpreußen die Kreise Marienburg, Marienwerder, Rosenberg i. Westpr. und Stuhm. Es wurden im Regierungsbezirk Allenstein und im Kreis Oletzko (Treuburg) für den Verbleib beim Deutschen Reich rund 363 000 Stimmen, für Polen aber nur knapp 8 000 Stimmen abgegeben³); damit entfielen auf die polnischen Stimmen nur knapp 2,2 vH aller Stimmen dieses Abstimmungsgebietes.

Absolut und relativ am höchsten war die für Polen abgegebene Stimmenzahl dabei im Landkreis Allenstein. Hier wurden rund 4900 polnische Stimmen gezählt, das sind 13,5 vH der in diesem Kreis abgegebenen Stimmen. Im Abstimmungsgebiet Marienwerder wurden fast 96900 Stimmen für das Deutsche Reich und rund 7900 Stimmen für Polen festgestellt⁴⁾, das sind 7,6 vH der abgegebenen Stimmen dieses Bezirkes. Der Schwerpunkt der polnischen Stimmen lag hier im Kreis Stuhm (4900 Stimmen oder 19,6 vH). — Faßt man beide Abstimmungsgebiete zusammen, so läßt dies auf einen polnischen Stimmenanteil von 3,3 vH schließen.

Die Bevölkerung der beiden Abstimmungsgebiete betrug im Jahre 1919 741000 Personen⁵⁾. Berücksichtigt man den Geburtenüberschuß bis 1920 und legt den errechneten Anteilsatz der polnischen Stimmen auf die Bevölkerung um, dann ergibt sich für Mitte 1920 eine polnischgesinnte Bevölkerung von etwa 25000 bis 30000 Personen, die sich zu etwa gleichen Teilen auf die beiden in Frage stehenden Gebiete aufteilt.

Die Volkszählung 1925 ermittelte im Regierungsbezirk Allenstein 13800 Personen mit polnischer Muttersprache und 17800, die sowohl Deutsch als auch Polnisch angegeben hatten. Für den Regierungsbezirk Westpreußen lauten die entsprechenden Zahlen 6400 bzw. 6100. Der Rückgang im alleinigen Gebrauch der polnischen Sprache gegenüber 1910 ist gerade in diesen beiden Gebieten besonders deutlich. In der gesamten Provinz Ostpreußen wurden bei der Zählung 1925 nur noch 21300 Personen mit polnischer Muttersprache, von denen 2700 Ausländer und Staatenlose waren, gezählt. 26200 Personen gaben Deutsch und Polnisch als gemeinsame Muttersprachen an.

Litauisch als Muttersprache wurde damals nur von etwa 3000 Menschen gesprochen, deren Mehrzahl im Regierungsbezirk Gumbinnen ansässig war. 41900 Personen bedienten sich des Masurischen als Muttersprache, außerdem pflegten 24600 neben dieser Sprache auch das Deutsch (vgl. Tabellenteil, Tabelle 4).

In der Zeit zwischen den Volkszählungen 1925 und 1933 ist eine weitere Minderung im Gebrauch der polnischen Muttersprache eingetreten. Im Abstimmungsgebiet Allenstein gab es im Jahre 1933 nur noch 5400 Personen mit polnischer und 10000 Personen mit deutscher und polnischer Muttersprache. Im Abstimmungsgebiet Westpreußen war die Zahl jener Personen, die nur polnisch sprachen, im Jahre 1933 auf 1600 und die der Gemischtsprachigen (deutsch und polnisch) auf 4200 zurückgegangen.

Weitere recht interessante Einblicke in die Entwicklung der polnischgesinnten Bevölkerung vermitteln die Ergebnisse der Wahlen zum Deutschen Reichstag für die Zeit von 1924 bis 1933. Bei diesen Wahlen bewarben sich u. a. auch die Polnische Volkspartei, die Masurische Volkspartei bzw. die Masurische Vereinigung und die Preußisch-Litauische Volkspartei um die Stimmen der ostpreußischen Wähler. Selbst wenn man so weit geht, alle Stimmen der Masurischen Volkspartei bzw. der Masurischen Vereinigung als Stimmen zu werten, die von Personen abgegeben wurden, die sich nicht zum Deutschtum bekannten, wie die Mehrzahl der Wähler der Polnischen Volkspartei, bleibt ihr Anteil an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen doch außerordentlich gering und ist außerdem ständig zurückgegangen (vgl. Tabellenteil, Tabelle 2).

Bei der Wahl am 4. Mai 1924 wurden für die Polnische Volkspartei 13093 Stimmen und für die Masurische Vereinigung 1029 Stimmen abgegeben, zusammen also

14122 Stimmen; das sind nur 1,38 vH der 1024450 gültigen Stimmen. Es ist kaum anzunehmen, daß polnischgesinnte Deutsche ihre Stimme einer anderen Partei als der Polnischen Volkspartei gegeben haben werden. Dieses Ergebnis ist um so beachtlicher, als diese Wahl in eine Zeit fiel, die für zahlreiche Menschen recht schwer war. Nur auf zwei Tatsachen sei hier hingewiesen: Die Inflation, durch die viele um ihr Geld kamen, war eben beendet; andererseits hatten die Alliierten nachträglich der gewaltsamen Einverleibung des Memelgebietes an Litauen zugestimmt und somit zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland immer noch nicht als vollwertiges Mitglied der europäischen Völkerfamilie angesehen wurde.

Legt man den genannten vH-Satz auf die damalige Bevölkerung Ostpreußens um, dann würde sich für ganz Ostpreußen im Mai 1924 eine polnische Bevölkerung von etwa 30000 Personen ergeben, von denen die überwiegende Mehrheit im Abstimmungsgebiet des Jahres 1920 lebte. In diesem Gebiet (vgl. oben) wurden bei rund 342700 gültigen Stimmen knapp 12400 für die Polnische Volkspartei und wenig mehr als 600 für die Masurische Vereinigung abgegeben, das sind 3,62 bzw. 0,18 vH. Zu einer Vorstellung über die Zahl der polnischgesinnten Bevölkerung dieses Gebietes kommt man wieder, wenn man den errechneten Stimmenanteil auf die Wohnbevölkerung umlegt. Bei einer Einwohnerzahl von rund 750000 Personen lassen sich dann etwa 27000 Polen errechnen. Das sind nahezu ebenso viel wie zur Zeit der Abstimmung im Jahre 1920; ihre Zahl ist also in den 4 Jahren nur verhältnismäßig unbedeutend zurückgegangen.

Parallel mit dem ständigen Rückgang der Stimmen für die polnischen und masurischen Parteien ist — wie bereits erwähnt — in den folgenden Jahren auch die Zahl der Personen zurückgegangen, die sich des Polnischen als Muttersprache bedienten. Die Gründe hierfür mögen einmal mit dem in allen Ostgebieten des Deutschen Reiches zu beobachtenden Streben zu suchen sein, die Zugehörigkeit zum Deutschtum auch durch den Gebrauch der deutschen Muttersprache zum Ausdruck zu bringen, zum anderen darf aber auch nicht übersehen werden, daß nicht unbedeutende Teile der polnischen Bevölkerung ab- bzw. ausgewandert sind.

Bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939 ist neben der Frage nach der Staatsangehörigkeit und der Muttersprache auch eine solche nach der Volkszugehörigkeit gestellt worden. Während die Angaben für die Ausländer und Staatenlosen in Tabellen für alle Reichsteile zusammengestellt worden sind, liegen für die reichsangehörige Bevölkerung nur Zahlen für einzelne Teilgebiete aus einer nicht veröffentlichten Sonderauszählung vor. Die Sonderauszählung wurde für alle Gebiete veranlaßt, von denen bekannt war, daß in ihnen am Ende des Ersten Weltkrieges auch nichtdeutschsprachige Bevölkerung in größerer Zahl ansässig war.

Da von der Ausweisung im allgemeinen alle Deutschen betroffen wurden, gleichgültig ob sie deutsche oder fremde Staatsangehörige waren, soll zunächst versucht werden, die Ausländer deutscher Volkszugehörigkeit festzustellen. Die Zahl der Ausländer und Staatenlosen in Ostpreußen betrug am 17. Mai 1939 fast 34000. Von ihnen bekannten sich nahezu 29100 zum deutschen Volkstum und knapp 5000 zu einem fremden Volkstum. Unter den deutschen Volkszugehörigen mit fremder Staatsangehörigkeit gaben 27500 Deutsch als Muttersprache an, bei den fremden Volkszugehörigen aber nur 950. In den einzelnen Regierungsbezirken sind diese Personengruppen recht verschieden stark vertreten. Die größte Anzahl von Ausländern wurde im Regierungsbezirk Königsberg gezählt, wo auch die größte Anzahl von Ausländern mit deutscher Volkszugehörigkeit festgestellt wurde. Rein

zahlenmäßig waren auch die Ausländer fremder Volkszugehörigkeit im Regierungsbezirk Königsberg am stärksten vertreten, relativ gesehen aber im Regierungsbezirk Gumbinnen (vgl. Tabellenteil, Tabelle 5). In der Bilanz wird mit 5000 Ausländern, die sich nicht zum deutschen Volkstum bekannten, gerechnet werden. In dieser Zahl ist ein kleiner Zuschlag für solche Ausländer und Staatenlose berücksichtigt, die in den Zählpapieren zwar die deutsche Volkszugehörigkeit bewußt oder versehentlich eingetragen hatten, sich aber dennoch einem fremden Volkstum zugehörig fühlten.

Schwieriger ist die Feststellung der Bevölkerung fremden Volkstums bei der reichsangehörigen Bevölkerung. Hierüber liegen Ergebnisse aus der erwähnten Sonderauszählung vor für den gesamten Regierungsbezirk Allenstein, für den zum Regierungsbezirk Gumbinnen gehörenden Stadtkreis Tilsit und für die Landkreise Elchniederung, Schloßberg (Ostpr.), Tilsit-Ragnit sowie Treuburg, für die westpreußischen Kreise Marienburg (Westpr.), Marienwerder, Rosenberg i. Westpr. und Stuhm sowie für den zum Regierungsbezirk Königsberg gehörenden Landkreis Labiau. Im Allensteiner Gebiet (einschließlich Landkreis Treuburg) wurden am 17. Mai 1939 583 296 Reichsangehörige (ohne Juden) gezählt, von denen sich 582 670 zum Deutschtum bekannten, 12 eine masurische Volkszugehörigkeit, 591 die polnische und 23 eine andere Volkszugehörigkeit angaben. Im westpreußischen Abstimmungsgebiet entfielen von den 178 557 Reichsangehörigen (ohne Juden) 177 872 auf Deutsche, 680 auf Polen und 5 auf sonstige. Insgesamt ergaben sich also für beide Abstimmungsgebiete 1311 Personen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit unter den Reichsangehörigen. In den fünf sogenannten Südmemelkreisen entfielen schließlich von den 256 467 Reichsangehörigen (ohne Juden) 256 347 auf die deutsche, 49 auf die litauische und 71 auf eine sonstige Volkszugehörigkeit.

Es ist möglich, daß diese Zahlen für Ostpreußen etwas zu tief liegen, weil sich manche Personen aus politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen als deutsche Volkszugehörige in die Haushaltslisten der Volkszählung eingetragen haben mögen, obgleich sie sich nicht zum Deutschtum bekannten. Ihre Zahl dürfte aber relativ gering sein, wie bereits aus der oben aufgezeigten Entwicklung von Muttersprache und Reichstagswahlstimmen in der Zeit von 1925 bis 1933 geschlossen werden kann. Für die rund 30 000 Polen, mit denen im Jahre 1924 in Ostpreußen gerechnet werden konnte, war sicher die bei der Volksabstimmung und bei den Reichstagswahlen bekundete Einstellung auch für die folgende Zeit bestimmend für ihre Haltung in Volkstumsfragen. Andererseits darf aber auch nicht übersehen werden, daß sich ihre Zahl durch Tod und Abwanderung, auf die gleichfalls schon hingewiesen wurde, erheblich verringert hat. Die heranwachsende Jugend bekannte sich aber mit dem zunehmenden Gebrauch des Deutschen als Muttersprache sowie mit der wirtschaftlichen Konsolidierung in Deutschland und aus anderen Gründen erfahrungsgemäß in steigendem Maße zum Deutschtum.

Zu einer Schätzung der deutschen Staatsangehörigen fremden Volkstums in Ostpreußen im Sommer 1939 kann man auf folgende Weise kommen:

Die Zahl der Personen fremden Volkstums unter den deutschen Staatsangehörigen (ohne Juden) in den Abstimmungsgebieten ist bekannt. Aus den schon erwähnten Gründen wird man auch die Personen, die zwar Deutsch als Volkszugehörigkeit in den Haushaltslisten der Volkszählung eingetragen haben, aber als Muttersprache nur Polnisch angaben, noch zu den fremden Volkszugehörigen rechnen dürfen. Schließlich soll auch noch ein Zehntel derjenigen deutschen Volkszugehörigen, die

Deutsch und Polnisch als Muttersprache angaben, zu dieser Personengruppe gezählt werden. Man erhält dann für die ostpreußischen Abstimmungsgebiete eine Zahl von etwa 2800 Personen fremden Volkstums. Nimmt man nun an, daß die regionale Verteilung der Bevölkerung fremden Volkstums innerhalb Ostpreußens unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg annähernd die gleiche war wie im Jahre 1924, dann kann man schließen, daß es im Mai 1939 etwa 3000 bis 3500 deutsche Staatsangehörige fremder Volkszugehörigkeit gab. Die Juden sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Die Juden, deren Zahl sich 1939 in Ostpreußen auf insgesamt nur 3169 belief⁶⁾, besaßen zu einem großen Teil die polnische Staatsangehörigkeit. Man wird wahrscheinlich in der Annahme nicht fehlgehen, daß sich in der unmittelbaren Vorkriegszeit eine beträchtliche Zahl zu einem fremden Volkstum bekannte. In dieser Bilanz soll mit rund 2500 Personen gerechnet werden.

Faßt man nun zusammen, dann ergibt sich folgendes Bild für die nichtdeutsche Bevölkerung:

Deutsche Staatsangehörige (ohne Juden)	3500
Juden	2500
Ausländer und Staatenlose	5000
Zusammen	11000

Es ist möglich, daß manche Personen, die zwar vor Kriegsbeginn ein Bekenntnis zum Deutschtum abgaben, in diesem Bekenntnis doch schwankend waren. Aber selbst wenn man diese kleine Gruppe noch berücksichtigen würde, dürften 1939 kaum mehr als 15000 Ostpreußen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit im Untersuchungsbereich gelebt haben. Diese Zahl soll in der Bilanz eingesetzt werden.

Die deutsche Bevölkerung Ostpreußens hat demnach zum Zeitpunkt der Volkszählung 1939 insgesamt rund 2473000 Personen betragen.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ostpreußens vom Mai 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Über die natürliche Bevölkerungsbewegung Ostpreußens während des Zweiten Weltkrieges liegt umfangreiches Zahlenmaterial vor. Es ist bis zur Jahresmitte 1944 in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht⁷⁾. Die dort wiedergegebenen Zahlen können jedoch nicht ohne weiteres in die Bilanzrechnung aufgenommen werden, weil sie sich für die einzelnen Jahre auf unterschiedliche Gebietsstände beziehen und weil sie auch für die verschiedenen Zeiträume nicht einheitlich aufgegliedert sind. Es mußten daher einige zusätzliche Berechnungen durchgeführt werden.

In der Gesamtzahl der Geburten, der Sterbefälle und des Geburtenüberschusses sind auch diejenigen der nicht in Ostpreußen beheimateten Bevölkerung, vor allem also der aus luftkriegsgefährdeten Gebieten Evakuierten und der durch Betriebsverlagerungen in diesen nordöstlichen Teil des Deutschen Reiches gekommenen Personen enthalten. Wenn auch ein Teil dieser Menschen das Schicksal der ostpreußischen Bevölkerung bei Kriegsende erlitten hat, sollen sie in der Bilanz nicht berücksichtigt werden. Es mußte also versucht werden, die auf diese Personengruppen fallenden Anteile der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ebenso zu eliminieren, wie die natürliche Bevölkerungsentwicklung der nichtdeutschen Bevölkerung.

Evakuierungen und Betriebsverlagerungen setzten praktisch erst 1943 ein. Ihre Zahl stieg in dem vorwiegend agrarischen Ostpreußen bis in den Spätherbst 1944 ständig⁸⁾. Die Evakuierten kamen vor allem aus Berlin, Hamburg und anderen Großstädten oder aus westdeutschen Industriegebieten. Um festzustellen, ob die evakuierte Bevölkerung einen Geburtenüberschuß gehabt haben kann und wie hoch dieser ggf. anzusetzen ist, wurden die Zahlen für die wichtigsten Herkunftsgebiete untersucht. Es ergab sich dabei die Tatsache, daß im Jahre 1943 und im 1. Halbjahr 1944 für die Berliner ein Überschuß an Sterbefällen und für die übrigen Herkunftsgebiete nur ein außerordentlich geringer, ständig zurückgehender Geburtenüberschuß anzusetzen ist. Man kann daher für die evakuierte Bevölkerung in Ostpreußen mit keinem nennenswerten Geburtenüberschuß rechnen. Er wird in der Bilanz unberücksichtigt bleiben.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung Ostpreußens soll bis zum Jahresende 1944 in Rechnung gestellt werden, obgleich bereits mit dem ersten Einfall sowjetischer Truppen im August 1944 Kriegshandlungen auf ostpreußischem Boden stattfanden, die Bevölkerung der nördlichen Randgebiete fliehen mußte, oder zu einem Teil in russische Hände fiel. Dieser feindliche Vorstoß wurde zwar abgeriegt und manche Geflohenen konnten wieder in ihre Heimatorte zurückkehren. Die meisten Geflüchteten und Evakuierten mußten aber in den ostpreußischen Aufnahmegebieten bleiben. Erst die Mitte Januar 1945 vorgetragene russische Offensive brachte den Krieg über ganz Ostpreußen. Dieser Zeitpunkt soll entsprechend den einleitenden Ausführungen (vgl. Seite 11) bilanzmäßig als Kriegsende betrachtet werden.

Wie aus den Ausführungen in „Wirtschaft und Statistik“⁹⁾ zu entnehmen ist, stieg die Zahl der Geburten nach einem Tiefstand im Jahre 1942 bereits seit Februar 1943 wieder an und erreichte im Februar/März 1944 wieder ein Maximum, um dann bis Juni wieder etwas abzufallen und schließlich im Juli erneut anzusteigen. Diese Tendenz ist im ganzen Reich zu beobachten. Man wird also auch für Ostpreußen für das 2. Halbjahr 1944 mindestens den gleichen Geburtenüberschuß wie für das 1. Halbjahr annehmen können, zumal die Entwicklung der Sterbefälle (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste) im großen und ganzen normal verlief. Die in der nachfolgenden Übersicht für das 2. Halbjahr 1944 angegebene Zahl basiert auf diesen Überlegungen.

Der Geburtenüberschuß in Ostpreußen vom 18. Mai 1939 bis 30. September 1944

Zeitraum	Geburtenüberschuß	
	Bevölkerung insgesamt	deutsche Bevölkerung ¹⁾
18. 5. 1939 bis 31. 12. 1939	20 100	20 000
1940	22 400	22 300
1941	26 600	26 400
1942	15 000	14 900
1943	20 100	19 900
1. Halbjahr 1944	8 800	8 500
2. Halbjahr 1944	9 000 ²⁾	8 900 ²⁾
Insgesamt	121 700	121 000

¹⁾ Ohne Evakuierte. — ²⁾ Geschätzt.

Für die nichtdeutsche Bevölkerung unter den Reichsangehörigen und unter den Ausländern wurde die gleiche natürliche Bevölkerungsentwicklung angenommen wie für die deutsche Bevölkerung Ostpreußens. Um die errechneten Anteile wurde dann der gesamte Geburtenüberschuß für die einzelnen Jahre bereinigt. Man erhielt so den Geburtenüberschuß der einheimischen deutschen Bevölkerung. — Der natürliche Bevölkerungszuwachs für die ostpreußische Wohnbevölkerung betrug vom Mai 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste) insgesamt rund 121 700 Personen, für die deutsche Bevölkerung etwa 121 000 Personen.

Ohne Zweifel hat Ostpreußen in der Zeit von der Volkszählung 1939 bis Ende 1944 über die Einziehungen zur Wehrmacht und zu anderen Organisationen hinaus auch eine gewisse Abwanderung der einheimischen Bevölkerung gehabt. Es dürfte sich wohl vor allem um Ausländer und reichsangehörige Juden gehandelt haben. Wie groß ihre Zahl ist, läßt sich jedoch nur schwer schätzen, weil hierüber keinerlei Unterlagen zur Verfügung stehen. Wenn man aber annimmt, daß im Herbst 1944 alle 3 169 Juden, die 1939 noch gezählt wurden, nicht mehr in Ostpreußen waren, ein großer Teil der Ausländer nichtdeutscher Volkszugehörigkeit und auch ein Teil der übrigen Ausländer abgewandert sind, wird man unter allem Vorbehalt mit einem Wanderungsdefizit von mindestens 10 000 bis 15 000 Personen rechnen müssen. Wie groß nun der Anteil der deutschen Bevölkerung an dem Abwanderungsüberschuß sein kann, ist auch nicht annähernd zu bestimmen. Es ist aber anzunehmen, daß er in Anbetracht der umfangreichen Einziehungen zum Wehrdienst nur sehr gering gewesen ist. Die Wanderungsbilanz der deutschen Bevölkerung Ostpreußens ist daher in der vorliegenden Untersuchung unberücksichtigt geblieben.

C. Die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die in dem vorangegangenen Abschnitt gewonnenen Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung gestatten nun auch die Berechnung der deutschen Bevölkerung Ende 1944. Es muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß in der deutschen Bevölkerung Ostpreußens weder die nach dort evakuierte Bevölkerung noch die Zivildienstverpflichteten, die sich Ende 1944 noch im Land befanden, enthalten sind. Es sind in den Zahlen auch nicht die Wehrmachtsverluste und die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung berücksichtigt, die diese beim ersten Russeneinfall im August 1944 hatte.

Für Ende 1944 ergibt sich nun folgender Stand, den die deutsche Bevölkerung lediglich unter Berücksichtigung des natürlichen Zuwachses hätte haben müssen:

Deutsche Wohnbevölkerung am 17. Mai 1939	2 473 000
Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung vom Mai 1939 bis Ende 1944	<u>121 000</u>
Deutsche Bevölkerung Ende 1944	2 594 000

Auf die ortszugehörige Bevölkerung bezogen, würde sich ein deutscher Bevölkerungsstand für Ende 1944 von etwa 2 566 000 Personen ergeben.

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpreußens

Es wurde bereits erwähnt, daß Ostpreußen schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges eine über dem Durchschnitt des Deutschen Reiches liegende Wehrdienst-

quote hatte. Diese Tatsache war vor allem durch die besonders exponierte Lage dieser Provinz und den vorwiegend agrarischen Charakter zu erklären: Es sind nicht nur die Wehrdienstpflichtigen fast vollzählig einberufen worden, sondern es wurden auch ältere Jahrgänge zu langfristigen Übungen herangezogen. Auch in den ersten Kriegsjahren wurden vorzugsweise Personen aus der Landwirtschaft zum Wehrdienst einberufen, wie aus den Ausführungen der kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz zu entnehmen ist, die seinerzeit im Statistischen Reichsamt bearbeitet wurde¹⁰). Eine Vorstellung von dem Umfang der Einziehungen läßt sich aus der „Kleinen Verbrauchergruppen-Statistik“¹¹) gewinnen. Anfang Februar 1943 (46. Zuteilungsperiode) wurde in Ostpreußen eine versorgte Zivilbevölkerung von rund 2 342 000 Personen gezählt, das sind 146 000 Personen weniger als die im Mai 1939 festgestellte Wohnbevölkerung. Der tatsächliche Rückgang durch Einziehungen zur Wehrmacht und anderen Organisationen muß aber größer gewesen sein, weil noch der Geburtenüberschuß von rund 80 000 Personen zu berücksichtigen ist. Wenn man noch einen geringen Abwanderungsüberschuß einkalkuliert, wird man doch immer noch mit etwa 200 000 seit Mai 1939 zum Wehrdienst eingezogenen Personen rechnen müssen.

Über den tatsächlichen Stand der im Mai 1943 im Wehrdienst stehenden Männer gibt wiederum die kriegswirtschaftliche Kräftebilanz Auskunft: Im Gebiet des Wehrkreises Königsberg (Pr.) leisteten 45,1 vH der am 31. Mai 1939 beschäftigten „inländischen“ Männer Wehrdienst; dies war die höchste Quote im ganzen Reichsgebiet in seinen Grenzen vom 30. August 1939. Die absolute Zahl belief sich auf etwa 313 000 Personen. — Es nimmt nun nicht Wunder, daß diesen Verhältnissen entsprechend die UK-Quote mit 22,7 vH der am 31. 5. 1943 beschäftigten Männer die niedrigste und andererseits die Gefallenenquote zu diesem Zeitpunkt mit 10,4 vH (Gefallene und im Wehrdienst Verstorbene in vH der am 31. 5. 1943 im Wehrdienst Stehenden) ganz besonders hoch war. Wahrscheinlich wird die letztere Zahl noch ein Minimalwert sein, weil in ihr noch nicht alle vermißten Wehrmachtsangehörigen, die schon gefallen waren, enthalten sind.

In den folgenden Jahren sind die Verlustziffern rasch weiter angestiegen. Es steht außer Zweifel, daß die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpreußens relativ die höchsten bleiben¹²). Ostpreußen waren die Hauptträger der schweren Abwehrschlachten an der ostpreußischen Grenze im Jahre 1944, die als sehr verlustreich in die Kriegsgeschichte eingegangen sind. — Die an sich schon sehr hohen Wehrmachtsverluste der ostpreußischen Bevölkerung wurden noch durch die Verluste des Volkssturms¹³) vergrößert, zu dem alle zunächst in der Heimat verbliebenen Männer seit Oktober 1944 in großem Umfange eingezogen wurden und in Ostpreußen auch voll zum Fronteinsatz kamen. Die Gesamtverluste der Wehrmacht können aber nicht genau bestimmt werden, weil die Kriegstotenverzeichnisse nur bis Ende 1944 reichen und für die letzten, besonders schweren Kriegsmomente keinerlei Unterlagen vorhanden sind. Man muß daher versuchen, die militärischen Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpreußens zu berechnen.

Wie bereits in den einleitenden Ausführungen gezeigt wurde, bietet sich hierfür die vom Statistischen Bundesamt entwickelte Berechnungsmethode an, die insbesondere auf den Ergebnissen der im März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) durchgeführten Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten, der Straf- und Untersuchungsgefangenen und der Zivilvermißten basiert. Bei dieser

Erhebung wurden im Bundesgebiet 5065 Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene registriert, die in Ostpreußen beheimatet waren. Weiterhin sind 69228 Wehrmachtsvermißte gemeldet worden, zusammen also 74293 Personen. Ihr Anteil an den bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet gezählten 1347200 Vertriebenen aus Ostpreußen betrug 5,5 vH. Erhöht man nun diesen Anteilsatz um 40,0 vH, was dem Unterschied zwischen den Registrierten und den Gefallenen aus dem Bundesgebiet entspricht, so steigt er auf 7,7 vH. Legt man nun diesen Wert auf die Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung Ostpreußens bei Kriegsbeginn um, so ergibt dies 190400 Wehrmachtstote einschließlich der Verluste des Volkssturms.

Bei dieser Zahl ist zu bedenken, daß auch manche Kriegsgefangenen und Vermißten registriert worden sind, deren nächste Angehörige in der sowjetischen Besatzungszone, im Sowjetsektor von Berlin, im Ausland oder noch in der Heimat lebten (Doppelregistrierungen wurden ausgeschaltet), daß aber infolge der überdurchschnittlich hohen Verluste der ostpreußischen Wehrmachtsverbände die errechnete Zahl doch wohl nur eine Mindestzahl sein wird. Man dürfte kaum fehlgehen, wenn man die errechneten Wehrmachtsverluste noch um rund ein Zehntel erhöht. Man erhält dann eine Zahl von 210000 militärischen Kriegsverlusten. Auf die deutsche Vorkriegsbevölkerung Ostpreußens bezogen, ergibt dies eine Quote von 8,5 vH; bezieht man sie aber nur auf die männliche Bevölkerung bei Kriegsbeginn, die zum Wehrdienst (einschließlich des Volkssturms) herangezogen wurde, also auf diejenigen, die 1939 im Alter von 11 bis 60 Jahren standen, dann errechnet sich eine Verlustquote von 26,4 vH.

Mit einem gewissen Ausmaß werden an den militärischen Kriegsverlusten auch Angehörige des Bevölkerungsteiles beteiligt gewesen sein, die sich bei Kriegsbeginn nicht zum Deutschtum bekannt hatten. Es erscheint aber gerechtfertigt, diesen Anteil für kleiner als den an der Gesamtbevölkerung zu halten; er ist in der Zahl von rund 210000 Wehrmachtstoten schon berücksichtigt.

Stößt die Feststellung der Wehrmachtssterbefälle schon auf gewisse Schwierigkeiten, so ist die Ermittlung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung praktisch unmöglich, weil die schnell fortschreitenden Kriegshandlungen, Flucht vor der Roten Armee, Verschleppungen und andere gegen die deutsche Bevölkerung gerichtete Maßnahmen ineinander griffen. Mit hinreichender Genauigkeit lassen sich lediglich die bis Januar 1945 durch den Luftkrieg eingetretenen Verluste erfassen. Nach den Meldungen des Landeswirtschaftsamtes Königsberg (Pr.) wurden vom Januar 1941 bis Ende Januar 1945 insgesamt 1076 Luftkriegtote unter der Zivilbevölkerung gezählt. Diese Verluste sind fast ausschließlich im ostpreußischen Gebiet innerhalb der Grenzen von 1937 entstanden; sie stellen einen Mindestwert dar (vgl. S. 14).

Größer waren die Verluste, die die Zivilbevölkerung bei dem plötzlichen Vorstoß der Roten Armee im Oktober 1944 bis nach Ebenrode, Goldap und in das Gebiet südlich der Memel erlitt. Als Mitte Januar 1945 die Russen erneut vorstießen, wurde die Lage für die Zivilbevölkerung immer bedrohlicher, zumal im allgemeinen keine planmäßigen Evakuierungen durchgeführt wurden und weil sich der größte Teil der aus den schon sowjetisch besetzten Randgebieten Geflohenen und der Evakuierten aus der Zone unmittelbar hinter der Front in den ohnehin schon dichter bevölkerten Teil Ostpreußens zusammendrängte. Der schnelle Vorstoß der sowjetischen Truppen, auch in Westpreußen, schnitt vielen Menschen den Fluchtweg über das

Land ab. Vierzehn Tage nach Beginn der Fluchtbewegungen blieb nur noch der Weg über das Eis des Frischen Haffs auf die Nehrung und von dort aus über die Weichselmündung nach Danzig oder mit dem Schiff über die offene See frei¹⁴). Kälte, Hunger, Luftangriffe und Einbrüche in das Eis forderten zahlreiche Opfer. Dennoch dürfte etwa einer halben Million Menschen die Flucht über das Eis des Haffs gelungen sein. Auch über die See werden fast eine halbe Million Menschen ihre ostpreußische Heimat verlassen haben; mehrere Tausend sind aber durch Luft- und U-Bootangriffe in der Ostsee umgekommen¹⁵). Schließlich forderte auch der Kampf um die zur Festung erklärten Stadt Königsberg (Pr.) von der Zivilbevölkerung große Opfer. Es wird geschätzt, daß von den etwa 100 000 in der Festung zurückgebliebenen deutschen Zivilisten wenigstens 25 vH den Tod fanden.

Da für Ostpreußen eine Trennung der Verluste der Zivilbevölkerung, die bei Kriegshandlungen, auf der Flucht, nach der Besetzung des Landes und bei Verschleppungen eingetreten sind, nicht möglich ist, müssen alle diese Opfer in der vorliegenden Bilanz bei den „ungeklärten Fällen“ berücksichtigt werden.

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ostpreußens Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der bei Erdkämpfen entstandenen Kriegsverluste der Zivilbevölkerung)

Nach Abzug der militärischen Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpreußens und der Luftkriegstoten der Zivilbevölkerung, jedoch ohne Berücksichtigung der bei Erdkämpfen entstandenen Kriegsverluste der Zivilbevölkerung ergibt sich für Ende 1944, dem Zeitpunkt des Beginns der endgültigen militärischen Besetzung Ostpreußens durch die Rote Armee, ein deutscher Bevölkerungsstand von 2 382 000 Personen.

F. Die Vertriebenen aus Ostpreußen

Die Flucht aus Ostpreußen setzte bereits im Oktober 1944 ein, als die sowjetische Offensive bis vor die Tore von Gumbinnen und über Goldap hinaus den Norden und Nordosten der Provinz bedrohte und schließlich diese Randgebiete von der Roten Armee zu einem großen Teil auch besetzt wurden. Fast alle nach Ostpreußen, aus Berlin und anderen luftkriegsgefährdeten Gebieten Evakuierten erhielten damals schon die Erlaubnis, das Land zu verlassen. Auch alten und gebrechlichen Ostpreußen sowie einem Teil der städtischen Bevölkerung gelang es, sich schon zu jener Zeit nach Westen abzusetzen. Im Verlauf der nächsten Monate haben trotz des Verbots des Gauleiters noch viele Ostpreußen ihre Heimat verlassen, weil sie kein Vertrauen in die Widerstandskraft der im Vergleich zu den sowjetischen Truppen geringen deutschen Wehrmachtsverbände hatten¹⁶).

Wie bereits ausgeführt wurde, brachte der zweite sowjetische Vorstoß im Januar 1945 schon in kurzer Zeit die völlige Abschnürung Ostpreußens. Trotzdem ist es sehr vielen Ostpreußen unter großen Strapazen und ständiger Feindeinwirkung, die zahlreiche Verluste forderten, gelungen, sich der Einschließung zu entziehen. Es wird

geschätzt, daß annähernd drei Viertel der einheimischen ostpreußischen Bevölkerung nach dem Westen fliehen konnte. Es darf aber niemals vergessen werden, daß fast alle Geflohenen glaubten, nach Beendigung der Kampfhandlungen wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Wohl niemand von ihnen ahnte, daß bereits Vorbereitungen für die Übernahme der Provinz Ostpreußen in polnische bzw. sowjetische Verwaltung und die endgültige Austreibung aller Deutschen getroffen wurden.

Von dem Rückkehrwillen der ostpreußischen Bevölkerung zeugt die Tatsache, daß viele Flüchtlinge, die von der Roten Armee überholt worden waren, versuchten, wieder in ihre Heimatgemeinde zurückzukehren. Die Rückwanderung setzte in starkem Maße im März 1945 ein und stieg nach Beendigung der Kampfhandlungen schnell an. Vor allem aus Pommern wanderten viele Ostpreußen wieder zurück. Die Flüchtlinge wurden in ihrem Rückkehrwillen vielfach unterstützt von dem Bestreben der Sowjets, alle abgeschnittenen und eingeholten Flüchtlinge zur Umkehr zu veranlassen. Auch dieser Rückweg forderte noch große Verluste durch Erschöpfung, Hunger und Gewalttaten. Es ist heute nicht mehr festzustellen, wieviel Deutsche in Ostpreußen im Sommer 1945 lebten, ihre Zahl dürfte aber eine Million bei weitem nicht mehr erreicht haben¹⁷).

Im Gegensatz zu den unmittelbar an die Oder-Neiße-Linie grenzenden Gebiete und im Gegensatz auch zu dem benachbarten Danzig begannen die Ausweisungen der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen praktisch erst im Oktober 1945. Die ersten Transporte, die ohne ein Übereinkommen mit alliierten Stellen von den Polen zusammengestellt wurden, gingen fast ausschließlich in die sowjetische Besatzungszone, und zwar hauptsächlich in die nördlichen Gebiete. Die meisten Ausweisungen erfolgten im Jahre 1946. Nach dem Anlaufen der von der britischen Besatzungsmacht mit der polnischen Regierung vereinbarten „Operation Schwalbe“ kamen viele Ostpreußen in die britische Besatzungszone, wohin auch schon zahlreiche, ursprünglich in die sowjetische Besatzungszone gekommene Vertriebene aus Ostpreußen abgewandert waren. So wurde der nördliche Teil der heutigen Bundesrepublik das Hauptaufnahmegebiet für die Vertriebenen aus Ostpreußen.

a) Die Volkszählung vom 29. Oktober 1946

Noch bevor die organisierten Ausweisungen aus den unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden ostdeutschen Gebieten abgeschlossen waren, wurde in allen vier Besatzungszonen Deutschlands die erste nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführte Volkszählung der Nachkriegszeit veranstaltet. Da bei ihr auch eine Frage nach dem Wohnsitz bei Kriegsbeginn (1. September 1939) gestellt wurde, war es möglich, auch eine Übersicht über den Umfang der bis Ende Oktober 1946 durchgeführten Vertreibungen zu gewinnen. Die Ergebnisse dieser Erhebung können jedoch nur ein Augenblicksbild im Ablauf der Vertreibungen geben, zumal auch viele Kriegsgefangene, die in Ostpreußen beheimatet waren, noch nicht zurückkehren konnten.

Auf Grund der Volkszählung 1946 ergibt sich folgende Übersicht über die regionale Verteilung der geflüchteten und vertriebenen Ostpreußen:

Vertriebene aus Ostpreußen am 29. Oktober 1946

Gebiet	Vertriebene
Schleswig-Holstein	308 534
Hamburg	17 124
Niedersachsen	313 120
Bremen	6 522
Nordrhein-Westfalen	146 012
Hessen	33 793
Rheinland-Pfalz	4 279
Baden-Württemberg	21 370
Bayern	71 067
Bundesgebiet	921 821
Berlin	24 627
davon: Berlin (West)	16 800
Ostberlin	7 827
Saarland	702
Brandenburg	54 241
Mecklenburg	188 613
Sachsen-Anhalt	96 673
Thüringen	71 528
Sachsen	79 655
Sowjetische Besatzungszone	490 710
Zusammen	1 437 860
Vertriebene Ostpreußen, die bei der Volkszählung 1946 nicht als solche erfaßt wurden	7 000
Dänemark	113 997
Andere Aufnahmeländer	1 000
Insgesamt	1 559 857

Bei dieser Erhebung wurden in den Ländern des heutigen Bundesgebietes, wie die vorstehende Tabelle zeigt, fast 922 000 Vertriebene aus Ostpreußen gezählt; von ihnen hatten etwa zwei Drittel in Schleswig-Holstein und Niedersachsen Aufnahme gefunden. In der sowjetischen Besatzungszone wurden nahezu 491 000 Ostpreußen gezählt, davon über 38 vH in Mecklenburg. In Berlin wurden rund 24 600 vertriebene Ostpreußen festgestellt. Die Zahl der Ostpreußen im Saarland ist damals naturgemäß sehr gering (etwa 700). Insgesamt ergibt sich also für das damalige Vierzonen-deutschland eine Zahl von 1 438 000 Ostpreußen. Es ist möglich, daß diese Zahl einen Mindestwert darstellt, weil einzelne die Angabe des Wohnortes am 1. September 1939 versehentlich oder auch absichtlich nicht gemacht haben und aus anderen Eintragungen in der Haushaltsliste (z. B. Geburtsort) nicht zu ersehen war, daß es sich um Ostpreußen handelte. Es mag auch vorgekommen sein, daß einige wenige Vertriebene aus Furcht wegen illegalen Überschreitens der Zonengrenze bestraft oder gar zurückgeschickt zu werden oder aus anderen Gründen eine andere, außerhalb Ostpreußens gelegene Gemeinde als Wohnsitz bei Kriegsbeginn angegeben haben. Erfahrungsgemäß werden alle diese Fälle aber kaum mehr als 0,5 vH erreicht haben. Für alle vier Besatzungszonen wird daher höchstens mit 7 000 Personen zu rechnen sein, die nicht als Ostpreußen zu ermitteln waren. Man wird die Gesamtzahl der im Herbst 1946 in diesem Gebiet ansässigen vertriebenen Ostpreußen mit 1 445 000 festsetzen können.

Viele Vertriebene aus Ostpreußen waren als Flüchtlinge kurz vor Kriegsende über See auch in das von deutschen Truppen besetzte Dänemark gekommen. Dort wurden sie nach der deutschen Kapitulation in größeren Lagern zusammengefaßt. Am

15. August 1946 befanden sich nach einer Mitteilung der „Flygtningeadministration“ in Kopenhagen noch 181631 deutsche Flüchtlinge in dänischen Lagern, davon 113997 Ostpreußen¹⁸⁾. Bis zum Zeitpunkt der Volkszählung dürften nur noch verhältnismäßig wenige deutsche Flüchtlinge in die vier Besatzungszonen abgeschoben worden sein¹⁹⁾.

Obleich die Grenzen europäischer und außereuropäischer Staaten zu jener Zeit im allgemeinen für deutsche Einwanderer noch gesperrt waren, mögen doch einzelne Vertriebene schon damals abgewandert sein. Man wird für die Ostpreußen aber allenfalls mit einer Zahl von rund 1000 rechnen können, die unmittelbar vor Kriegsende oder in den folgenden Monaten in Schweden, Österreich und anderen europäischen Staaten Aufnahme gefunden haben. Einigen wenigen mag 1945/46 auch die Auswanderung nach Übersee gelungen sein. — Somit wird man die Gesamtzahl der geflüchteten, evakuierten und vertriebenen Ostpreußen zum Zeitpunkt der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 mit rund 1560000 beziffern können.

b) Die Veränderung der Zahl der vertriebenen Ostpreußen bis zur Volkszählung vom 13. September 1950

Die Zahl der vertriebenen Ostpreußen hat von 1946 bis 1950, im Zeitraum zwischen den beiden Volkszählungen, ständig zugenommen. Es wurden nicht nur weitere Vertriebenentransporte aus Ostpreußen nach dem Westen geleitet, es kamen auch zahlreiche ostpreußische Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft, Internierung oder Verschleppung in die Aufnahmegebiete. Bis zum Herbst 1950 waren die Vertreibungen im wesentlichen abgeschlossen. Selbst der größte Teil, der im Rahmen der „Operation Link“ in das Bundesgebiet und durch eine entsprechende Aktion in die sowjetische Besatzungszone zu überführenden Vertriebenen aus Ostpreußen, befand sich schon bei ihren Angehörigen. Es konnte also erwartet werden, daß die Ergebnisse der Volkszählung vom 13. September 1950 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) und vom 31. August 1950 in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin ein nahezu vollständiges Bild über die Gesamtzahl der Vertriebenen vermitteln würde, zumal in beiden Gebieten die Feststellung der Vertriebeneneigenschaft nach dem gleichen Kriterium (Wohnsitz am 1. September 1939) erfolgte. Leider sind, wie schon in der methodischen Einführung erwähnt wurde, die Ergebnisse für die sowjetische Besatzungszone und für Ostberlin bisher nicht veröffentlicht worden, so daß man bei der Ermittlung der Vertriebenenzahlen für diese Gebiete auf Schätzungen angewiesen ist. Für sie können einige Hilfszahlen, z. B. über die rückgekehrten Kriegsgefangenen, mit hinreichender Genauigkeit errechnet werden.

Im Bundesgebiet und in Berlin (West) ist die Zahl der Vertriebenen aus Ostpreußen seit der Volkszählung 1946 um fast 437000 auf rund 1375000 gestiegen, das sind 46,5 vH. Diese Zunahme ist zu einem beträchtlichen Teil durch die Aufnahme weiterer aus der Heimat Ausgewiesener und durch die Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft verursacht worden. Wie noch zu zeigen sein wird, hat die deutsche Bevölkerung Ostpreußens in der Zeit von Ende 1946 bis zum Herbst 1950 um wenigstens 200000 Personen durch Ausweisungen abgenommen. Man wird damit rechnen können, daß von diesen Vertriebenen — ähnlich wie bei den aus Ostpommern Ausgewiesenen — etwa ein Drittel in die Bundesrepublik und nach Berlin

(West) und fast zwei Drittel in die sowjetische Besatzungszone und nach Ostberlin gekommen sind. Demnach würde man damit rechnen können, daß von den zwischen den beiden Volkszählungen aus Ostpreußen vertriebenen Deutschen 70 000 im Bundesgebiet und in Berlin (West) und 130 000 in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin aufgenommen wurden.

Auch die Zahl der zwischen dem 29. Oktober 1946 und dem 13. September 1950 zurückgekehrten Kriegsgefangenen, die in Ostpreußen beheimatet waren, läßt sich größenordnungsmäßig schätzen. Nach den amtlichen Unterlagen sind in dieser Zeit in das Bundesgebiet 1221 000 Deutsche aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt²⁰). Setzt man nun diese Zahl zur Bevölkerungszunahme im Bundesgebiet in diesem Zeitraum in Beziehung, dann erhält man als Anteil den die zurückgekehrten Kriegsgefangenen an der Bevölkerungsentwicklung gehabt haben, einen Wert von 30,5 vH. Dieser Mittelwert wird aber für die Ostpreußen zu hoch liegen, weil an ihrer Zunahme im Bundesgebiet die Zuwanderung aus anderen Gründen (Interzonenwanderung, Aufnahme von Neuausgewiesenen usw.) eine größere Rolle spielen wird als dies bei der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes der Fall ist. Man wird schätzen können, daß der Anteil für die aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Ostpreußen bei etwa 22 vH liegt.

Legt man diesen Wert schließlich auf die Zunahme der Vertriebenen aus Ostpreußen in der Bundesrepublik und in Berlin (West) um, die rund 437 000 Personen betrug, dann errechnet sich eine Zahl von rund 95 000 Ostpreußen, die zwischen den beiden deutschen Nachkriegsvolkszählungen aus Kriegsgefangenschaft in das Bundesgebiet und nach Berlin (West) gekommen sind. — Bei dieser Zahl wird es sich vermutlich um eine Mindestzahl handeln, denn seit der deutschen Kapitulation versuchten viele Kriegsgefangene, in das Bundesgebiet oder nach Berlin (West) entlassen zu werden, auch wenn sie hier keine näheren Angehörigen hatten und gelegentlich nur vorübergehend Aufnahme bei Kriegskameraden finden konnten.

Entsprechend der regionalen Verteilung der ostpreußischen Vertriebenen und der eben geschilderten Tendenz, wird man annehmen können, daß in die sowjetische Besatzungszone und nach Ostberlin nicht mehr als 30 vH der zurückkehrenden Kriegsgefangenen gegangen sind, das heißt, daß mit höchstens 50 000 Kriegsgefangenen aus Ostpreußen in diesen Gebieten zu rechnen ist. Außer Kriegsgefangenen sind in den Jahren 1946 bis 1950 auch Zivilinternierte und Verschleppte in das Bundesgebiet, in die sowjetische Besatzungszone und nach Berlin entlassen worden. Einige werden ohne Zweifel unter den Kriegsgefangenen ausgewiesen sein. Für die übrigen wird man eine Zahl von rund 10 000 für das Bundesgebiet und Berlin (West), annähernd 4 000 für die sowjetische Besatzungszone und Ostberlin schätzen können.

Eine weitere Zunahme der Zahl der Vertriebenen aus Ostpreußen brachte die Rückführung der deutschen Vertriebenen aus dänischen Flüchtlingslagern. Wie bereits erwähnt, wurden zum Zeitpunkt der Volkszählung 1946 dort noch nahezu 114 000 ostpreußische Vertriebene gezählt. Die Rückführung setzte im November 1946 ein und erstreckte sich bis zum Februar 1949. Wie bekannt geworden ist, wurden rund 24 vH der aus Dänemark abtransportierten Vertriebenen in die sowjetische Besatzungszone verbracht²¹). Setzt man voraus, daß für alle landsmannschaftlichen Gruppen dieser vH-Satz angewandt werden kann, dann ist damit zu rechnen, daß etwa 87 000 Ostpreußen in die Bundesrepublik und nach Berlin (West) gekommen sein werden und 27 000 in die sowjetische Besatzungszone und nach Ostberlin.

Neben dieser Zuwanderung aus Ostpreußen und aus außerdeutschen Gebieten haben auch die Wanderungen der ostpreußischen Vertriebenen zwischen der sowjetischen Besatzungszone und dem Bundesgebiet, die in der Zeit von der Volkszählung 1946 bis zu derjenigen des Jahres 1950 für die sowjetisch besetzten Gebiete ein Wanderungsdefizit verursachten und die natürliche Bevölkerungsentwicklung Veränderungen im Bestand dieser Vertriebenengruppe herbeigeführt. Von geringerer Bedeutung ist dagegen die Abwanderung von Ostpreußen in andere europäische oder außereuropäische Staaten. Eine Vorstellung von dem Umfang der Abwanderung vertriebener Ostpreußen aus der sowjetischen Besatzungszone und aus Ostberlin in das Bundesgebiet läßt sich jedoch erst gewinnen, wenn alle anderen Positionen größenordnungsmäßig bestimmt sind. Sie müssen daher zunächst untersucht werden.

Angaben über die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Vertriebenen in der Zeit vom Herbst 1946 bis Herbst 1950 liegen aus der Statistik der Geburten und Sterbefälle weder für das Bundesgebiet noch für die sowjetische Besatzungszone vollständig vor. Für das Bundesgebiet sind erstmals entsprechende Zahlen seit Beginn des Jahres 1950 angefallen. Das Statistische Bundesamt hat nun im Rahmen einer Schätzung versucht, auch für die Zeit vor 1950 Zahlen bereitzustellen. Auf die Berechnungsmethode ist schon in den einleitenden methodischen Ausführungen hingewiesen worden (vgl. Seite 21). Die Schätzung ergab, daß die Vertriebenen im Bundesgebiet in der Zeit zwischen den beiden Volkszählungen einen Geburtenüberschuß von rund 275 000 Personen hatten. Auf die Vertriebenen aus Ostpreußen entfielen im Herbst 1950 17,1 vH aller Vertriebenen in der Bundesrepublik. Unter der Voraussetzung, daß die Entwicklung in allen landsmannschaftlichen Gruppen gleichartig verlief, würden die Ostpreußen einen Geburtenüberschuß von rund 47 000 Personen gehabt haben. Das heißt aber, daß von den bei der Volkszählung vom 13. September 1950 ermittelten 1 347 000 Personen mit Wohnsitz am 1. September 1939 rund 1 300 000 von der Vertreibung unmittelbar betroffen worden sind.

Für die sowjetische Besatzungszone stößt die Schätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung der Vertriebenen auf erheblich größere Schwierigkeiten, weil hier auch für die Zeit von 1950 an keinerlei Zahlenmaterial vorliegt. Man kann zunächst nur von der wohl begründeten Annahme ausgehen, daß infolge der besonders schwierigen Lebensbedingungen die Geburtenziffer der Vertriebenen in diesen Gebieten tiefer lag als diejenige im Bundesgebiet, womit natürlich noch nicht gesagt ist, daß dieser Personenkreis überhaupt keinen Geburtenüberschuß gehabt haben kann. Weiterhin dürfte die im Bundesgebiet festgestellte Tatsache, daß die Geburtenziffern der Vertriebenenbevölkerung im allgemeinen etwas höher liegen als die der Nichtvertriebenen auch in der sowjetischen Besatzungszone Gültigkeit haben²²⁾.

Einen weiteren Anhaltspunkt bieten die Geburten- bzw. Sterbefallüberschüsse der Gesamtbevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1947 bis 1950. Bei den hier anzustellenden Überlegungen sollen vor allem die Zahlen für Mecklenburg zugrunde gelegt werden, weil hier über ein Drittel aller Ostpreußen in der sowjetischen Besatzungszone zu dieser Zeit lebte und weil die Verhältnisse in Sachsen-Anhalt und in der nördlichen Mark Brandenburg, wo gleichfalls viele Ostpreußen aufgenommen wurden, ähnlich liegen. Für die genannten Jahre ist für die

Bevölkerung Mecklenburgs ein Geburtenüberschuß von 0,1 aT der Bevölkerung anzusetzen, der sich aus Sterbefallüberschüssen im letzten Quartal 1946 sowie in den Jahren 1947 und 1948 und geringen Geburtenüberschüssen in den folgenden Jahren zusammensetzten²³). Selbst wenn man nun annimmt, daß die Verhältnisse bei den Vertriebenen an sich etwas besser waren als bei der übrigen Bevölkerung, werden sie insgesamt gesehen doch zu ähnlichen Ergebnissen führen, zumal infolge der sehr hohen Kriegsverluste und der vielen zu jener Zeit noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Männer der Frauenüberschuß der ostpreußischen Vertriebenen relativ hoch lag²⁴). Die Vertriebenen aus Ostpreußen werden also in der Zeit von der Volkszählung 1946 bis zum Herbst 1950 nur einen sehr geringen Geburtenüberschuß gehabt haben. Nach der in den methodischen Ausführungen erläuterten Berechnungsart würde sich eine Zahl von etwa 1500 Personen ergeben. Ostberlin wird in dieser Zeit einen Sterbefallüberschuß gehabt haben. In der Bilanz soll der Geburtenüberschuß der ostpreußischen Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin mit demjenigen zusammengefaßt werden, den die 1950 im westlichen Ausland lebenden Vertriebenen aus Ostpreußen gehabt haben werden; es sollen insgesamt 2000 Personen eingesetzt werden — eine Zahl, die sicher einen Maximalwert darstellt.

An der Auswanderung von Deutschen, die praktisch erst nach 1947 möglich wurde, und zwar auch nur aus dem Bundesgebiet, waren in den ersten Jahren die Vertriebenen ganz besonders stark beteiligt. Wie bereits in den einleitenden Ausführungen dargelegt, wird man annehmen können, daß in der Zeit von Kriegsende bis Herbst 1950 etwa 100 000 Vertriebene ausgewandert sind.

Die Schätzung der ausgewanderten vertriebenen Ostpreußen kann von dem Anteil der Ostpreußen an der Gesamtzahl der Vertriebenen, die 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) gelebt haben, und von der Annahme ausgehen, daß kaum mehr als 4 bis 5 aT dieser Vertriebenen ausgewandert sein dürften. Man kommt dann auf eine Zahl von etwa 6000 bis Herbst 1950 ausgewanderten Vertriebenen aus Ostpreußen. In dieser Zahl mögen auch die sehr wenigen Ostpreußen mitenthalten sein, die am Ende des Krieges nach Österreich kamen und dort 1950 noch lebten. Eine größere Zahl ostpreußischer Vertriebener ist nach Übersee gegangen.

Zusammenfassend ergibt sich also für die einzelnen Faktoren, die eine Veränderung der Zahl der vertriebenen Ostpreußen verursacht haben, für die Bundesrepublik und Berlin (West) eine Zunahme von 303 000 Personen und für die sowjetische Besatzungszone und Ostberlin eine solche von 212 500 Personen.

Tatsächlich ergibt sich aber bei einem Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1946 und 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) eine Zunahme von rund 437 000 Personen. Die Differenz von 134 000 ist nur mit der Zuwanderung von Ostpreußen aus der sowjetischen Besatzungszone und aus Ostberlin zu erklären. Obgleich es sich bei dieser Zahl um einen Mindestwert handeln kann, soll er in der Bilanz eingesetzt werden. Die im Vergleich zu den Pommern relativ geringe Zuwanderung aus den sowjetisch besetzten Gebieten in dieser Zeit ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Pommern zunächst in sehr großer Zahl in der sowjetischen Besatzungszone ansässig wurden und erst ab 1946 vielfach nach Westen weiter wanderten, während ein beträchtlicher Teil der Ostpreußen sogleich im Bundesgebiet Aufnahme fand.

Veränderungen der Zahl der Vertriebenen aus Ostpreußen 1946 bis 1950

Art der Veränderung	Bundesgebiet und Berlin (West)	Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin
Aufnahme von Ausgewiesenen	+ 70 000	+ 130 000
Entlassungen aus Kriegsgefangenschaft	+ 95 000	+ 50 000
Rückkehr aus Internierung und Verschleppung	+ 10 000	+ 4 000
Rückführung von Vertriebenen aus Dänemark	+ 87 000	+ 27 000
Geburtenüberschuß	+ 47 000	+ 1 500
Zusammen	+ 339 000	+ 212 500
Auswanderung	— 6 000	—
Interzonenwanderung	+ 134 000	— 134 000
Insgesamt	+ 437 000	+ 78 500

Falls bei dieser z. T. durch Schätzung ermittelten Aufteilung der Veränderungen auf das Bundesgebiet und Berlin (West) bzw. auf die sowjetische Besatzungszone und Ostberlin Ungenauigkeiten vorliegen sollten, würden diese nur die Höhe der Interzonenwanderung beeinflussen.

Es wurde bereits erwähnt, daß bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet 1 347 000 Vertriebene aus Ostpreußen festgestellt wurden; in Berlin (West) belief sich zu diesem Zeitpunkt ihre Zahl auf etwa 28 000. Die regionale Verteilung der Ostpreußen innerhalb des Bundesgebietes zeigt nachstehende Übersicht. In ihr spiegelt sich nicht nur das beginnende Einströmen von Vertriebenen in die Länder der französischen Besatzungszone, die bis 1949 praktisch für die Aufnahme gesperrt waren, wider, sondern es tritt auch die recht starke Zunahme der ostpreußischen Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen (123,2 vH) hervor. Die rheinisch-westfälischen Industriegebiete sind schon seit vielen Jahrzehnten Wanderungsziele der Ostpreußen gewesen.

Vertriebene aus Ostpreußen im Bundesgebiet 1946 und 1950

Land	Ostpreußen		Zu- (+) bzw. Abnahme (—) 1950 gegenüber 1946	
	1946	1950		
	Anzahl		vH	
Schleswig-Holstein	308 534	301 027	— 7 507	— 2,4
Hamburg	17 124	35 161	+ 18 037	+ 105,3
Niedersachsen	313 120	408 267	+ 95 147	+ 30,4
Bremen	6 522 ¹⁾	13 453	+ 6 931	+ 106,3
Nordrhein-Westfalen	146 012	325 943	+ 179 931	+ 123,2
Hessen	33 793	60 113	+ 26 320	+ 77,9
Rheinland-Pfalz	4 279	29 681	+ 25 402	+ 593,6
Baden-Württemberg	21 370	84 065	+ 63 595	+ 297,6
Bayern	71 067	88 593	+ 17 526	+ 24,7
Bundesgebiet	921 821	1 347 203	+ 425 382	+ 46,1
Berlin (West)	16 800	28 294	+ 11 494	+ 68,4
Insgesamt	938 621	1 375 497	+ 436 876	+ 46,5

¹⁾ Ohne die Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Flüchtlinge in Lagern des Landes Bremen.

Für die sowjetische Besatzungszone und für Ostberlin läßt sich nun gleichfalls die Zahl der dort im Herbst 1950 lebenden Vertriebenen aus Ostpreußen errechnen.

Stand Herbst 1946	498 500
Zunahme 1946 bis 1950	78 500
Stand Herbst 1950	577 000

Im Saarland sind im Oktober 1946 nur etwas mehr als 700 Personen mit Wohnsitz am 1. September 1939 in Ostpreußen gezählt worden. Infolge des Sonderstatus, den das Saarland bald danach erhielt, werden bis Ende 1950 kaum noch ostpreußische Vertriebene zugezogen sein. Da für 1950 keine Vertriebenenzahlen vorliegen, soll in der Bilanz mit einer Schätzung von rund 800 Vertriebenen aus Ostpreußen gerechnet werden.

Damit ergibt sich für den Herbst 1950 folgende Übersicht über die regionale Verteilung der Vertriebenen aus Ostpreußen:

Die Vertriebenen aus Ostpreußen im Jahre 1950

Gebiet	Vertriebene
Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland	1 348 000
Berlin (West)	28 000
Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin	577 000
Ausland	6 000
Insgesamt	1 959 000

G. Die in Ostpreußen zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

1. In dem z. Z. unter polnischer Verwaltung stehenden Teil Ostpreußens

Es ist im Verlauf dieser Untersuchung festgestellt worden, daß Ende 1944, also vor dem Beginn der großen sowjetischen Offensive, die deutsche Bevölkerung Ostpreußens ohne Berücksichtigung der seit Herbst 1944 schon eingetretenen Kriegsverluste der Zivilbevölkerung 2 384 000 Personen zählte (vgl. E.). Weiterhin wurde schon darauf hingewiesen, daß im Sommer 1945 die Zahl der Deutschen in Ostpreußen beträchtlich unter 1 000 000 gelegen haben wird. Erste Zahlen über die in der Heimat zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung Ostpreußens bringen für das unter polnischer Verwaltung stehende Gebiet die Ergebnisse der polnischen Volkszählung vom 14. Februar 1946. Damals wurden in den zu Ostpreußen in seinen Grenzen von 1937 gehörenden Teilen der Woiwodschaften Bialystok, Danzig und Allenstein 152 887 Deutsche, 8 112 Rehabilitanden und Verifikanten, 352 037 Polen und 2 436 Sonstige gezählt²⁵). Daß es sich namentlich bei den Zahlen der Deutschen um Mindestwerte handeln muß, ist bereits in den methodischen Ausführungen erwähnt worden; ebenso wurde dort die Begründung dafür gegeben, daß auch die sogenannten Rehabilitanden und Verifikanten zur deutschen Bevölkerung gezählt werden müssen. Es besteht auch die berechnete Vermutung, daß sich unter den „Sonstigen“ überwiegend deutschgesinnte Personen befanden. Addiert man diese drei Bevölkerungsgruppen, dann würde sich zu diesem Zeitpunkt im polnisch verwalteten Teil Ostpreußens eine deutsche Bevölkerung von

rund 163 000 Personen ergeben. Nun ist aber allgemein bekannt, daß vor allem die Masuren von den Polen einfach als polnische Volkszugehörige betrachtet worden sind. Gewiß mag ein Teil der masurischen Bevölkerung aus einer Zwangslage heraus es nicht gewagt haben, sich auch weiterhin zum Deutschtum zu bekennen. Man darf aber auch nicht vergessen, daß sofort nach Beendigung der Kampfhandlungen viele Polen aus den benachbarten Gebieten nach Ostpreußen kamen, um sich den zurückgelassenen Besitz der geflohenen deutschen Bevölkerung anzueignen. In der bei der ersten polnischen Nachkriegszählung ausgewiesenen Zahl der Polen werden also neu zugezogene Polen, die sehr kleine Gruppe altansässiger Polen und masurische Bevölkerungsteile enthalten sein. Die Ergebnisse dieser polnischen Volkszählung vermögen also noch kein zuverlässiges Bild von der Zahl der zurückgebliebenen und zurückgehaltenen Deutschen im polnisch verwalteten Teil Ostpreußens zu vermitteln.

Durch die umfangreichen Ausweisungen während des Jahres 1946 ist die Zahl der im südlichen Ostpreußen beheimateten deutschen Bevölkerung stark dezimiert worden. Aus dem „Atlas der wiedergewonnenen Gebiete“ (Atlas Ziemi Odzyskanych), der 1947 in 1. und 2. Auflage herausgegeben wurde²⁸⁾, ist es möglich, sich einen ungefähren Überblick über die Zahl der Deutschen in diesem Gebiet nach dem Stand vom 1. November 1946 zu verschaffen. Durch Ablesen aus der Karte 14 der 1. Auflage lassen sich für die Deutschen in den einzelnen Wojewodschaften folgende Werte ableiten:

Białystok	2 000
Danzig (nur Reichsgebiet)	26 000
Allenstein	90 000
Insgesamt	118 000

Die Gesamtzahl der Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten zu diesem Zeitpunkt wird mit 675 000 angegeben. Auch bei diesen Zahlen für die von den Polen anerkannte deutsche Bevölkerung — also ohne die Autochthonen — kann es sich nur um Mindestwerte handeln. Man muß bei der Beurteilung dieser Zahlen immer bedenken, daß es zu jener Zeit Polen darauf ankam, eine möglichst kleine Zahl Deutscher und eine große Zahl polnischer Volkszugehöriger nachzuweisen, um den angeblich polnischen Charakter des südlichen Ostpreußens herausstellen zu können. Alle Volksgruppenzahlen beruhen anscheinend auf recht hohen polnischen Schätzungen und sind daher oft widerspruchsvoll²⁷⁾.

In der Zeitschrift „Przegląd Zachodni“²⁸⁾ gibt K. Pietrzak-Pawłowski für den Regierungsbezirk Allenstein 92 018 Deutsche für den 1. November 1946 an. Damit wird die durch Ablesen aus dem genannten Atlas gewonnene Zahl im wesentlichen bestätigt.

Diese Zahlen aus den eben genannten Quellen zeigen auch recht deutlich, daß zum Zeitpunkt der Volkszählung 1946 die Zahl der Deutschen größer gewesen sein muß, als in den polnischen Veröffentlichungen angegeben wird²⁹⁾. Wenn man nun noch den von den Polen als Autochthone bezeichneten Teil der deutschen Vorkriegsbevölkerung berücksichtigt, dann ist es klar, daß die von Z. Januszko im „Przegląd Zachodni“ wiederholte Behauptung, es handle sich hier nur um „einen geringen Bruchteil der deutschen Vorkriegsbevölkerung“³⁰⁾, falsch ist.

Einen weiteren Anhaltspunkt für die Entwicklung der deutschen Bevölkerung im südlichen Ostpreußen bietet das polnische Statistische Jahrbuch 1947⁸¹⁾. Aus den dort für den 1. Juni 1947 veröffentlichten Zahlen ergibt sich folgendes:

Anerkannte Deutsche	44000
Polen	643000
Insgesamt	687000

Leider gibt diese Veröffentlichung keine Aufgliederung der Polen nach Autochthonen und anderen Volksgruppen. Diese können aber wiederum aus dem schon zitierten „Atlas der wiedergewonnenen Gebiete“ wenigstens größenmäßig entnommen werden. Aus der Karte 15 können für den 1. November 1946 (1. Auflage) bzw. für den 31. Juli 1947 (2. Auflage) folgende Werte aus dem Kartogramm für die einzelnen Wojewodschaften abgelesen werden:

	Stand	
	1. 11. 1946	31. 7. 1947
Białystok	2000	5000
Allenstein	90000	90000
Danzig	25000	16000
Insgesamt	135000	111000

Andererseits gibt die von der ZAP herausgegebene Schrift „Demographische Probleme Polens“ Band III „Zwei Jahre Siedlung in den Westgebieten“ für den 1. Juni 1947 folgende Zahlen für die genannten Wojewodschaften an:

Białystok	20000
Allenstein	113000
Danzig (Reichsgebiet und Gebiet der Freien Stadt)	37000

Da auch für die nachfolgenden Jahre bis 1955 die Zahl der Autochthonen in der Wojewodschaft Allenstein immer wieder mit etwa 120 000 angegeben wird, ist anzunehmen, daß der aus dem „Atlas der wiedergewonnenen Gebiete“ zu entnehmende Wert zu niedrig ist⁸²⁾, zumal auch in diesem Falle die polnischen Behörden sicher bestrebt gewesen sind, eine möglichst hohe Zahl polnischer Bevölkerung auszuweisen. Es soll in der vorliegenden Bilanz für die Wojewodschaft Allenstein daher mit 120 000 Autochthonen gerechnet werden. Für das ganze polnisch besetzte Gebiet Ostpreußens wird man rund 145 000 Autochthonen ansetzen können, die sich wie folgt auf die Wojewodschaften verteilen dürften:

Białystok und Allenstein	120000
Danzig	25000
Insgesamt	145000

Die Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung im polnisch verwalteten Teil Ostpreußens wird also für den 1. Juni 1947 mindestens mit 190 000 Personen zu beziffern sein. In dieser Zahl sind aber nicht diejenigen Deutschen aus Ostpreußen enthalten, die zu diesem Zeitpunkt in anderen ostdeutschen Gebieten oder in Polen lebten, sei es, daß sie auf der Flucht nach Westen von den Sowjets überholt wurden und nicht mehr weiterziehen konnten, sei es, daß sie von polnischen Behörden zur Arbeitsleistung in andere Gebiete befördert worden sind. Zu dieser Gruppe gehören z. B. Ostpreußen, die auf den neu errichteten Staatsgütern in Ostpommern von den Sowjets festgehalten und solche, die in das oberschlesische Industriegebiet gebracht wurden. Ihre Gesamtzahl wird man auf etwa 20 000 schätzen können⁸³⁾.

Nach dem 1. Juni 1947 werden die Deutschen in der amtlichen polnischen Statistik nicht mehr ausgewiesen. Nur gelegentlich werden noch in wissenschaftlichen oder propagandistischen Arbeiten einzelne Volksgruppen erwähnt. So nennt z. B. B. Wiesiołowski in dem Sammelwerk „Ermland und Masuren“ die Gruppe der

„Polen örtlicher Herkunft“. Für sie wird ein Anteil von 17,1 vH der Gesamtbevölkerung angegeben. R. Neumann weist darauf hin, daß in der Berechnung Kinder unter 4 Jahren gesondert gezählt wurden, so daß man mit einem Satz von rund 19,0 vH der Gesamtbevölkerung für diese Volksgruppe wird rechnen können. Ende 1948 hat die Gesamtbevölkerung der Wojewodschaft Allenstein rund 550 000 Personen betragen³⁴). Es darf wohl angenommen werden, daß in dem Wert von 17,1 bzw. 19,0 vH die vor dem Kriege in Ostpreußen schon ansässige kleine Zahl von polnischen Volkszugehörigen nicht mitenthalten ist. Man würde also für Ende 1948 mit einer Zahl von rund 105 000 „Polen örtlicher Herkunft“, d. h. von Deutschen einschließlich der Autochthonen rechnen können. Für das ganze südliche Ostpreußen wird für 1955 mit über 120 000 Personen „örtlicher Bevölkerung“ zu rechnen sein, von denen nach R. Neumann bzw. G. Rhode etwa 80 000 auf deutschgesinnte Masuren, der Rest auf Deutsche entfallen wird³⁵). Auch diese Zahl wird zu niedrig sein, wenn man bedenkt, daß die systematischen Ausweisungen aus dem polnisch verwalteten Teil Ostpreußens nur noch während des Jahres 1947 stattfanden und daß von diesen Aktionen die autochthone Bevölkerung nur in relativ geringem Umfange betroffen wurde. Weiterhin kamen im Rahmen der „Operation Link“ nur knapp 2 000 Deutsche im Jahre 1950 in das Bundesgebiet³⁶), etwa 1 000 mögen durch eine gleichzeitig laufende Operation in die sowjetische Besatzungszone gekommen sein. Die Zahl der deutschen Bevölkerung kann also Ende 1948 bzw. im Herbst 1950 nur relativ gering unter der von Mitte 1947 gelegen haben.

Bei der polnischen Volkszählung vom 3. Dezember 1950 ist eine Frage nach dem Wohnsitz der Bevölkerung im August 1939, also kurz vor Kriegsbeginn gestellt worden. Die Ergebnisse der Auswertung dieser Frage wurden u. a. im polnischen Statistischen Jahrbuch 1957 veröffentlicht. Hieraus ergibt sich folgendes Bild: Von den 689 400 Bewohnern der Wojewodschaft Allenstein hatten 196 200 Personen dort bereits im August 1939 gewohnt und 3 000 Personen hatten ihren Wohnsitz im Gebiet der heutigen Wojewodschaft Danzig, zu der auch der Regierungsbezirk Westpreußen gehört. Diese Zahlen beziehen die nach August 1939 geborenen Kinder ein. Für die drei zur Wojewodschaft Białystok geschlagenen Kreise Lyck, Goldap und Treuburg lassen sich keine Zahlen unmittelbar aus dieser Veröffentlichung gewinnen; man wird aber annehmen dürfen, daß dort noch etwa 10 000 Personen lebten, die schon im August 1939 in diesen Kreisen ansässig waren. Für den Regierungsbezirk Westpreußen kann die Zahl der „bodenständigen“ Bevölkerung gleichfalls nur geschätzt werden. Nach den polnischen Quellen lebten 1946 bzw. 1947 dort etwa 17—20 vH der Bevölkerung der gesamten Wojewodschaft Danzig. Wendet man diesen Satz auch für 1950 an, dann errechnet sich eine Zahl von fast 100 000 Personen, die bereits im August 1939 im Regierungsbezirk Westpreußen ihren Wohnsitz hatten einschließlich ihrer später geborenen Kinder. Insgesamt ergibt sich für das südliche Ostpreußen somit eine Zahl von über 300 000 Personen, die schon im August 1939 dort gelebt haben. Sie scheint überhöht zu sein. Wenn man von der so errechneten Zahl die schon vor dem Kriege ansässige polnische Bevölkerung einschließlich ihres Geburtenüberschusses von 1939 bis 1950 abzieht und außerdem berücksichtigt, daß sich ein Teil der masurischen Bevölkerung seit 1945 aus einer Zwangslage heraus nicht mehr zum Deutschtum bekannte, dann wird man die deutsche Bevölkerung mit 150 000 bis 180 000 Personen schätzen können. In der Bilanz soll mit einer Zahl von 160 000 Personen gerechnet werden, die sich als Deutsche bekennen. Diese Zahl läßt sich auch bei Berücksichtigung der Ausweisungen seit Mitte 1947 vertreten. Sie setzt

sich aus annähernd 130 000 bis 140 000 Autochthonen und etwa 20 000 bis 30 000 von den Polen anerkannten Deutschen zusammen. In diesen Zahlen ist ein geringer Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung schon mitenthalten. Wenn man bedenkt, daß in den ersten Nachkriegsjahren die deutsche Bevölkerung einen Sterbefallüberschuß gehabt haben wird und erst ab 1948 mit einem geringen Geburtenüberschuß, insbesondere bei den sogenannten Autochthonen zu rechnen ist, dann wird man für den gesamten Zeitabschnitt bis Herbst 1950 allenfalls einen Geburtenüberschuß von 2—3 aT annehmen können, d. s. noch nicht einmal 500 Personen.

Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß Ende Juli 1955 nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes aus Ostpreußen noch fast 39 500 Deutsche gemeldet waren, die in die Bundesrepublik umgesiedelt werden wollten; in den meisten Fällen handelt es sich um Familienzusammenführungen. 1950 ist ihre Zahl noch beträchtlich größer gewesen. Da es sich bei den Umsiedlungswilligen zum größeren Teil wohl um anerkannte Deutsche handelt, erfährt die eben genannte Zahl für diesen Personenkreis auf diese Weise eine Bestätigung.

2. In dem z. Z. unter sowjetischer Verwaltung stehenden Teil Ostpreußens

Die Bevölkerung in dem zur Zeit unter sowjetischer Verwaltung gestellten Teil Ostpreußens, im folgenden kurz Nord-Ostpreußen genannt, betrug im Jahre 1939 1 157 000 Personen. Davon lebten allein im Stadtkreis Königsberg 372 000. Durch den Geburtenüberschuß bis Ende 1944 hatte sich die Bevölkerung des nördlichen Ostpreußens auf über 1,21 Millionen Personen vergrößert; von ihr kamen auf Königsberg mehr als 380 000 und auf das übrige Gebiet Nord-Ostpreußens etwa 830 000 Personen.

Wilhelm Starlinger gibt in seinem Buch „Grenzen der Sowjetmacht“³⁷⁾ die Zahl der deutschen Zivilbevölkerung, die in Königsberg in russische Hand fiel, mit 110 000 an und weist auf andere Angaben hin, die höher liegen (z. B. bei 120 000). Man wird wohl annehmen können, daß etwa 115 000 Zivilpersonen bei der Übergabe Königsbergs in der Stadt waren, von denen allerdings ein erheblicher Teil nicht aus Königsberg selbst, sondern aus den umliegenden Landgebieten stammte. Andererseits muß damit gerechnet werden, daß etwa 20 vH der Bevölkerung Nord-Ostpreußens in sowjetische Hand fielen; das würde rund 250 000 Personen bedeuten, davon 135 000 in den Gebieten außerhalb Königsbergs³⁸⁾.

Hunger, Seuchen und allgemeine Erschöpfung haben namentlich in der Stadt Königsberg große Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert. Nach Starlinger waren Ende Oktober 1946 nur noch rund 35 000 Deutsche in der Stadt am Leben, trotzdem die Abwanderung aus Königsberg in die Landgebiete die Zuwanderung in umgekehrter Richtung kaum übertraf. Im Sommer 1947 zählte Königsberg nach den Angaben Starlingers nur noch höchstens 25 000 Deutsche. — In den Landgebieten Nord-Ostpreußens herrschten zwar keine Seuchen, doch waren die Lebensbedingungen mindestens ebenso schlecht wie in Königsberg, wofür schon einmal die Tatsache spricht, daß aus Königsberg zwangsverschickte Deutsche immer wieder illegal in die Stadt zurückkehrten. Da auch andere Quellen³⁹⁾ die Zahl der Deutschen zu Beginn des Jahres 1947, als die Aussiedlungen aus Nord-Ostpreußen begannen, mit nicht viel mehr als 100 000 angeben, dürfte die Schätzung, wonach das ländliche Gebiet etwa die Hälfte seiner Bevölkerung durch Tod oder Verschleppung verloren hat, der Wirklichkeit sehr nahe kommen. Eine zeitliche Aufgliederung der Verlustzahlen ist unmöglich. Es kann jedoch angenommen werden, daß die rund 100 000 Deutschen bis auf einen Verlust von etwa 1 000 Personen, der nach Beginn

des Jahres 1947 noch eintrat, im Bundesgebiet und in der sowjetischen Besatzungszone Aufnahme gefunden haben.

Im nördlichen Ostpreußen werden im Herbst 1950 nur noch sehr wenige Deutsche gewesen sein. Es ist bekannt geworden, daß einzelne Deutsche noch in Kleinstädten oder auf dem Lande leben, in verschiedenen Fällen haben Frauen und Kinder auch bei litauischen Bauern einen Unterschlupf gefunden. Die Gesamtzahl der im Herbst 1950 noch im sowjetisch verwalteten Ostpreußen lebenden Deutschen wird kaum 1000 erreichen. Diese Zahl soll in die Bilanz eingesetzt werden.

Insgesamt würde also in Ostpreußen mit einer Zahl von 160000 deutschen Volkszugehörigen gerechnet werden.

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostpreußen

1. Kriegsgefangene

Es besteht Gewißheit, daß im Herbst 1950 noch eine verhältnismäßig große Zahl von Ostpreußen als Kriegsgefangene und Internierte in fremdem Gewahrsam lebten. Auch unter den zu jener Zeit noch Vermißten wird sicher eine kleinere Zahl am Leben gewesen sein. Genaue Angaben liegen nicht vor. Einen Anhalt vermögen lediglich die Ergebnisse der amtlichen Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten, die im März 1950 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) stattfand, zu geben. Damals sind 4942 Kriegsgefangene, die in Ostpreußen vor dem Kriege beheimatet waren, von ihren Angehörigen gemeldet worden, 3667 befanden sich in der Sowjetunion. Es wurde schon in der methodischen Einführung darauf hingewiesen, daß die Registrierung nicht in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin durchgeführt werden konnte, daß die in der Heimat verbliebene Bevölkerung nicht in der Lage war, sich zu beteiligen, daß aber andererseits sicher manche Kriegsgefangenen, deren nächste Angehörige in diesen Gebieten lebten, von entfernteren Verwandten oder Bekannten im Bundesgebiet oder in Berlin (West) gemeldet worden sind. Für die nicht in die Registrierung einbezogenen Gebiete muß zu der ermittelten Zahl ein Zuschlag gemacht werden, selbst dann, wenn man berücksichtigt, daß zwischen Registrierung und Volkszählung 1950 noch Kriegsgefangene entlassen worden sind. Insgesamt wird man für den genannten Zeitpunkt noch mit etwa 10000 am Leben befindlichen kriegsgefangenen Ostpreußen rechnen müssen.

2. Zivilinternierte

Bei der genannten Registrierung wurden im Bundesgebiet und in Berlin (West) auch 461 Straf- und Untersuchungsgefangene festgestellt, die ihren Wohnsitz am 1. September 1939 in Ostpreußen hatten, darunter 182 in der Sowjetunion. Man wird auch hier nicht umhin können, die tatsächliche Zahl der Zivilinternierten aus den schon erwähnten Gründen höher anzusetzen. In der vorliegenden Bilanz soll mit einer Zahl von höchstens 800 im Herbst 1950 noch am Leben befindlichen Zivilinternierten aus Ostpreußen gerechnet werden.

3. Kriegsvermißte

Die Zahl der Ostpreußen unter den Wehrmachtsvermißten ist verhältnismäßig hoch. Allein bei der Registrierung im März 1950 wurden im Bundesgebiet und in

Berlin (West) 73026 Wehrmachtsvermißte aus Ostpreußen ermittelt. Insgesamt wird man aber mit mindestens 100 000 Wehrmachtsvermißten zu rechnen haben, die Vermißten des Volkssturmes inbegriffen. Wieviele von ihnen im Herbst 1950 noch am Leben waren, ist kaum zu sagen. Sicher wird ihre Zahl nur sehr klein gewesen sein. Insgesamt wird man für diesen Zeitpunkt kaum noch mit 1000 lebenden Kriegsvermißten aus Ostpreußen rechnen können.

4. Zivilvermißte

Die schweren Kämpfe in Ostpreußen, die überstürzte Flucht, vor allem im Januar und Februar 1945, die organisierten Verschleppungen und zahlreiche Gewaltmaßnahmen forderten von der ostpreußischen Bevölkerung überaus große Opfer. Viele Schicksale sind bis heute nicht geklärt und werden wohl auch niemals geklärt werden können. Dadurch, daß oft ganze Familien nicht mehr am Leben sind, werden auch bei der Registrierung im März 1950 viele vermißte Zivilpersonen überhaupt nicht gemeldet worden sein.

Die Zahl von 64813 registrierten vermißten Zivilpersonen im Bundesgebiet und in Berlin (West) stellt daher nur einen Teil der tatsächlich vermißten Zivilpersonen dar. Man muß damit rechnen, daß im Herbst 1950 noch wenigstens 100 000 Ostpreußen als vermißt zu gelten hatten.

Ein großer Teil dieser Vermißten dürfte auf Verschleppte entfallen. Die Verschleppungen wurden von den Sowjets vorwiegend als Reparationsleistungen betrachtet. Sie sollten dazu dienen, dringend benötigte Arbeitskräfte in die Sowjetunion zu bringen. Die Verschleppungen aus Ostpreußen gingen vor allem über die Lager Insterburg, wo insgesamt über 40 000 Reparationsverschleppte zum Weitertransport gesammelt wurden, über die Lager in Tapiau, Ragnit, Kalvarija, Deutsch Eylau, Soldau u. a. Allein die Zahl der Reparationsverschleppten aus Ostpreußen kann aus Unterlagen des Deutschen Roten Kreuzes auf annähernd 100 000 geschätzt werden.

Obgleich nur Männer im Alter von 17 bis unter 50 Jahren und Frauen von 17 bis unter 45 Jahren abtransportiert werden sollten, wurden auch Jugendliche von 15 und 16 Jahren, Männer bis zu 60 und mehr Jahren und auch ältere Frauen verschleppt. Die Todesfälle waren schon auf dem Marsch in die Sammelager und auf dem Transport in die Sowjetunion sehr groß. Die Sterblichkeit wird auf etwa zwei Drittel aller Verschleppten geschätzt. Erst 1947 besserte sich die Lage der Verschleppten etwas. 1949 wurden die noch verbliebenen Zivilgefangenen aus den Lagern herausgezogen und zum Teil in die Heimat bzw. in das Bundesgebiet oder in die sowjetische Besatzungszone entlassen, ein anderer Teil in der Nähe ihrer Arbeitsstätten zwangsangesiedelt.

Neben den sogenannten Reparationsverschleppungen fanden im sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens auch zahlreiche Verhaftungen und Verschleppungen von Zivilpersonen und ehemaligen Wehrmachtsangehörigen statt. Sie wurden meist in Straflager oder Gefängnisse gebracht. Schließlich sind auch beim Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen zahlreiche Zivilpersonen mit in die Sowjetunion gebracht worden. Die Gesamtzahl der aus Ostpreußen verschleppten Zivilpersonen mag bei 130 000 gelegen haben.

Von den im Herbst 1950 noch als vermißt zu betrachtenden Zivilpersonen werden allerdings nur sehr wenige noch am Leben gewesen sein. Man wird in der Bilanz unter allem Vorbehalt mit einer Zahl von rund 1000 Personen rechnen können. — Die Verschleppten, die vermutlich gestorben sind, werden in der Bilanz bei den „unklärten Fällen“ ausgewiesen.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Übersicht:

	im Bundesgebiet und in Berlin (West) registriert	geschätzte Gesamtzahl der vermutlich noch lebenden Personen
Kriegsgefangene	4 942	10 000
Zivilinternierte	461	800
Wehrmachtsvermißte	73 026	1 000
Vermißte Zivilpersonen	64 813	1 000
Zusammen	143 242	12 800

I. Die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostpreußen

Die ersten Kriegsverluste, die unter der deutschen Zivilbevölkerung Ostpreußens eintraten, waren die Opfer der Luftangriffe. Im Bereich des Landeswirtschaftsamtes Königsberg (Pr.) wurden feindliche Luftangriffe bereits im Juni 1941 verzeichnet; größere Angriffe erfolgten jedoch erst im Juli und August 1944. Bis Ende Januar 1945 wurden im Bereich des Landeswirtschaftsamtes Königsberg (Pr.) 1 076 zivile Luftkriegsopfer gemeldet. Da für eine Reihe von Angriffen keine Gefallenenmeldungen vorliegen, wird man die Zahl der Luftkriegsopfer der ostpreußischen Bevölkerung mit 2 000 ansetzen können.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung, die als Folge von Erdkämpfen eintraten, nicht von den Verlusten zu trennen sind, die die Zivilbevölkerung bei der Besetzung durch die Rote Armee auf der Flucht bei Verschleppungen und Vertreibungen hatte. Alle diese Verluste müssen als ungeklärte Fälle in der Bilanz zusammengefaßt werden. Als Grundlage für ihre Berechnung dient der deutsche Bevölkerungsstand Ende 1944 als Ausgangszahl. Von diesem sind für September 1950 folgende Positionen als geklärte Fälle abzuziehen:

	Personen
a) die in Ostpreußen zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	160 000
b) die vertriebene deutsche Bevölkerung aus Ostpreußen (ohne Geburtenüberschuß 1945 bis 1950)	1 910 000
c) die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermissten	12 800
Zusammen	2 082 800

Rund gerechnet wurden somit 2 083 000 geklärte Fälle ermittelt. Da die deutsche Bevölkerung Ostpreußens bei Berücksichtigung der Wehrmachtssterbefälle und der Luftkriegstoten der Zivilbevölkerung Ende 1944 2 382 000 Personen zählte, würde sich für die ungeklärten Fälle eine Zahl von insgesamt 299 000 Personen ergeben. Einschließlich der Luftkriegstoten beläuft sich die Zahl der Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostpreußen auf 301 000 Personen.

Bezieht man die Wehrmachtssterbefälle in Höhe von 210 000 in die Betrachtungen mit ein, dann errechnet sich für die deutsche Bevölkerung Ostpreußens ein Gesamtverlust von 511 000 Personen; d. h., daß 20,7 vH der 2 473 000 Personen zählenden deutschen Vorkriegsbevölkerung Ostpreußens durch Krieg, auf der Flucht, durch Verschleppung und Vertreibung und Gewaltmaßnahmen umgekommen sind.

Anmerkungen

- ¹⁾ Neumann, Rudolf: Ostpreußen 1945 — 1955. In: Ostdeutschland unter fremder Verwaltung, Band I. Hrsg. Johann Gottfried Herder-Forschungsrat, Frankfurt/Main 1955.
- ²⁾ Die Ostgebiete des Deutschen Reiches. Hrsg. G. Rhode, 2. Aufl., Würzburg 1955, Seite 75.
- ³⁾ Rhode, Gotthold: Die Ostgebiete des Deutschen Reiches, Würzburg 1955.
- ⁴⁾ Rhode, Gotthold: a. a. O., S. 136.
- ⁵⁾ Die Ergebnisse der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 sind im allgemeinen nicht veröffentlicht worden, weil sie wegen ungeklärter Gebietszugehörigkeiten in den Grenzräumen des Deutschen Reiches, der verhältnismäßig großen Zahl noch nicht zurückgekehrter Kriegsgefangener und anderer Umstände zu unsicher waren.
- ⁶⁾ Nach: Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552, Heft 4. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1944, Seite 10/11. — In der Zahl von 3169 Juden sind die jüdischen Mischlinge nicht enthalten.
- ⁷⁾ Wirtschaft und Statistik, Jge. 1939 bis 1944, Berlin.
- ⁸⁾ Nach den Ergebnissen der sogenannten „Kleinen Verbraucherguppenstatistik“, die die Entwicklung der versorgten Zivilbevölkerung wiedergibt und unter Berücksichtigung des natürlichen Bevölkerungszuwachses und der weiteren Einziehungen zum Wehrdienst kann die Zahl der Evakuierten und Zivilistenverpflichteten für Ostpreußen auf etwa 100 000 Personen geschätzt werden. — Vgl. die Zivilbevölkerung des Deutschen Reichs 1940 bis 1945. In: Statistische Berichte Arb. Nr. VIII/19/1. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953.
- ⁹⁾ Wirtschaft und Statistik, 24. Jg., Nr. 7, Seite 125 ff. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1944.
- ¹⁰⁾ Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz 1943, Heft 1: Die Wehrmacht in der Kräftebilanz. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt, Berlin, abgeschlossen am 20. Januar 1944.
- ¹¹⁾ Kleine Verbraucherguppenstatistik: a. a. O.
- ¹²⁾ Nach Mitteilung von Professor Ipsen hatte die I. I.D., eine vor allem aus Ostpreußen bestehende Infanterie-Division, bis Dezember 1943 schon etwa 20 000 Gefallene zu beklagen. Bis Kriegsende wird sich ihre Zahl wahrscheinlich verdoppelt haben. Selbst wenn man annimmt, daß die übrigen elf ostpreußischen Infanterie-Divisionen geringere Verluste erlitten haben, müssen die Wehrmachtssterbefälle der Bevölkerung Ostpreußens außerordentlich hoch gewesen sein.
- ¹³⁾ Der Volksturm wurde auf Grund eines Erlasses am 18. Oktober 1944 ins Leben gerufen. In ihm sollten alle Personen zwischen dem 16. und 65. Lebensjahr, die wegen kriegswichtiger Arbeiten oder wegen Mangel der Tauglichkeit vom Wehrdienst befreit waren, an der Heimatverteidigung mitwirken.
- ¹⁴⁾ Eine eingehende Schilderung des Ablaufs der militärischen Operationen und der Fluchtbewegungen wird in der „Dokumentation der Vertreibung“, Band I/1, gegeben.
- ¹⁵⁾ Vgl. „Dokumentation der Vertreibung“, Band I/1, Berichte Nr. 21, 33 und 34.
- ¹⁶⁾ Vgl. Friedrich: Vernichtung und Ausreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. In: Jahrbücher für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Band III, Tübingen 1955. — Die dort genannte Zahl von rund 500 000 im Herbst 1944 evakuierten oder abgewanderten Personen erscheint etwas zu hoch, auch wenn man berücksichtigt, daß sich unter ihnen wenigstens 100 000 Evakuierte befunden haben mögen.
- ¹⁷⁾ In der „Dokumentation der Vertreibung“, Band I/1, Seite 78 E, wird für den Sommer 1945 eine Bevölkerungszahl von rund 800 000 Personen für Ostpreußen angegeben.
- ¹⁸⁾ Die Zahl der am 15. August 1946 in dänischen Flüchtlingslagern lebenden Ostpreußen wurde von der Flygtningeadministration-Kartoteket, Kopenhagen, Frederiksgade 7, unter dem 14. Januar 1948 an Dr. Essen, jetzt Bonn, mitgeteilt.
- ¹⁹⁾ Mit dem Abtransport der deutschen Vertriebenen wurde am 1. November 1946 begonnen. Ehemalige Wehrmachtsangehörige und politisch belastete Personen waren von den dänischen Behörden schon vorher an die Alliierten übergeben worden. Nach: Flygtninge i Danmark.
- ²⁰⁾ Vgl. Wirtschaft und Statistik, 3. Jg. N. F., Heft 7, Stuttgart 1951.
- ²¹⁾ Flygtninge i Danmark a. a. O.
- ²²⁾ Seraphim nimmt an, daß die Geburtenfrequenz der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone bis 1950 etwa 10 vU unter der der übrigen Bevölkerung lag. Durch die im Bundesgebiet getroffenen Feststellungen, daß die Vertriebenen im allgemeinen etwas höhere Geburtenziffern haben als die übrige Bevölkerung, dürfte diese Annahme jedoch kaum zu halten sein. — Vgl. Seraphim, Peter Heinz: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. Berlin 1954, Seite 64.
- ²³⁾ Nach dem „Statistischen Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955“ (bzw. 1956) errechnet sich für die sowjetische Besatzungszone ohne Ostberlin in den Jahren 1947 bis 1950 einschließlich ein Sterbefallüberschuß von insgesamt 1,0 aT der Bevölkerung. Die Verhältnisse in Mecklenburg waren im ganzen gesehen jedoch etwas günstiger, so daß der für dieses Land auf Grund anderer Quellen angenommene Geburtenüberschuß von 0,1 aT durchaus berechtigt erscheint (vgl. auch die Bilanz für Ostpommern).
- ²⁴⁾ Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1946 kamen in der sowjetischen Besatzungszone bei den Vertriebenen aus Ostpreußen 139 Frauen auf 100 Männer.
- ²⁵⁾ Nach: Powszechny summaryczny spis ludności z dn. 14. 2. 1946 r. Hrsg. Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej. In: Statystyka Polska, Serie D, Heft 1, Warschau 1947.
- ²⁶⁾ Atlas ziem odzyskanych. Hrsg. Główny Urząd Planowania Przestrzennego. Warschau, 2. Aufl., Dezember 1947.
- ²⁷⁾ Vgl. auch Neumann, Rudolf: Ostpreußen 1945—1955. In: Ostdeutschland unter fremder Verwaltung, Band I, S. 26. Frankfurt/Main—Berlin 1955.

²⁸⁾ Przegląd Zachodni, Jg. 3, 1947, S. 136.

²⁹⁾ Kolpinski erwähnt, daß bis zum 1. November 1946 68,1 vH der im Februar 1946 im gesamten polnischen Gebiet noch anwesenden Deutschen ausgewiesen worden seien. Wenn sich dieser Wert auch nicht ohne weiteres auf das südliche Ostpreußen anwenden läßt, weil hier die Ausweisungen im allgemeinen etwas später einsetzten als in den übrigen Ostgebieten des Deutschen Reiches, so kann doch geschätzt werden, daß — ausgehend von einer Zahl von nahezu 150 000 Deutschen am 1. November 1946 — zum Zeitpunkt der polnischen Volkszählung vom 26. Februar 1946 mindestens noch 300 000 Deutsche (ohne Autochthone) dort gelebt haben. (Kolpinski, Juliusz: In: Granica pokoju. Posen 1948).

³⁰⁾ Przegląd Zachodni, Jg. 10, 1954, T. 3, S. 112.

³¹⁾ Statistical Yearbook of Poland 1947, S. 20, Tab. 9, Warschau 1947.

³²⁾ Vgl. hierzu auch den Abschnitt „Schlesien“, unter G.

³³⁾ Einen Anhalt für die im Jahre 1950 außerhalb Ostpreußens lebenden Personen mit Wohnsitz im August 1939 in Ostpreußen vermag das „Rocznik Statystyczny 1957“, Warschau 1957, S. 32/33 zu geben.

³⁴⁾ Diese Quelle wird bei Rudolf Neumann a. a. O., S. 26 zitiert.

³⁵⁾ Neumann, Rudolf: a. a. O., S. 30.

³⁶⁾ Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes, Hamburg.

³⁷⁾ Starlinger, Wilhelm: Grenzen der Sowjetmacht.

³⁸⁾ In der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Band I/1, S. 77 E bzw. S. 88 E werden 250 000 bis 300 000 Deutsche genannt. Die Angabe für Königsberg dürfte nicht stimmen.

³⁹⁾ Dokumentation, Band I/1, S. 152 E.

Tabellenteil

I. Die Wohnbevölkerung in den Kreisen der Provinz Ostpreußen am 17. Mai 1939

Gebiet	Wohnbevölkerung		
	im z. Z. polnisch	im z. Z. sowjetisch	insgesamt
	verwalteten Teil Ostpreußens		
RB Königsberg			
Stadtkreis			
Königsberg (Pr.)	—	372 164	372 164
Landkreise			
Bartenstein	33 143	17 305	50 448
Braunsberg (Ostpr.) u. Heiligenbeil	74 089	41 435	115 524
Gerdauen u. Rastenburg	65 345	26 891	92 236
Heilsberg	56 214	—	56 214
Labiau	—	51 885	51 885
Mohrungen	56 255	—	56 255
Preußisch Eylau	20 544	35 841	56 385
Preußisch Holland	37 492	—	37 492
Samland	—	120 246	120 246
Wehlau	—	50 236	50 236
zusammen	343 082	716 003	1 059 085
RB Gumbinnen			
Stadtkreise			
Insterburg	—	48 711	48 711
Tilsit	—	58 468	58 468
Landkreise			
Angerapp u. Angerburg	48 553	25 740	74 293
Ebenrode	—	41 265	41 265
Elchniederung	—	55 376	55 376
Goldap	31 515	14 310	45 825
Gumbinnen	—	55 272	55 272
Insterburg	—	43 224	43 224
Schloßberg (Ostpr.)	—	42 656	42 656
Tilsit-Ragnit	—	56 117	56 117
Treuburg	37 998	—	37 998
zusammen	118 066	441 139	559 205
RB Allenstein			
Stadtkreis			
Alenstein	50 396	—	50 396
Landkreise			
Alenstein	57 150	—	57 150
Johannisburg	53 089	—	53 089
Lötzen	50 012	—	50 012
Lyck	56 417	—	56 417
Neidenburg	39 730	—	39 730
Ortelsburg	73 442	—	73 442
Osterode i. Ostpr.	81 513	—	81 513
Rössel	51 832	—	51 832
Sensburg	54 443	—	54 443
zusammen	568 024	—	568 024
RB Westpreußen			
Landkreise			
Elbing mit Stadtkr. Elbing	113 808	300	114 101
Marienburg (Westpr.)	39 073	—	39 073
Marienwerder	44 813	—	44 813
Rosenberg i. Westpr.	63 368	—	63 368
Stuhm	40 453	—	40 453
zusammen	301 508	300	301 808
Provinz Ostpreußen insgesamt	1 330 680	1 157 442	2 488 122

2. Die polnischen, masurischen und litauischen Stimmen bei den Reichstagswahlen in Ostpreußen 1922 bis 1933

Wahltermin	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfielen auf die			
		Polnische Volkspartei	Masurische Volkspartei	Masurische Vereinigung	Preußisch-Litauische-Volkspartei
19. 11. 1922 ...	—	—	—	—	—
4. 5. 1924 ...	1 024 450	13 093	—	1 029	—
7. 12. 1924 ...	1 000 539	6 080	—	542	—
20. 5. 1928 ...	999 325	4 476	293	—	288
14. 9. 1930 ...	1 051 630	4 180	—	—	666
31. 7. 1932 ...	1 139 660	—	—	—	—
6. 11. 1932 ...	1 067 373	—	—	—	—
5. 3. 1933 ...	1 236 294	—	—	—	—

3. Die polnischen und masurischen Stimmen bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 in Ostpreußen

Gebiet	Gültige Stimmen		
	insgesamt	darunter entfielen auf die	
		Polnische Volkspartei	Masurische Vereinigung
RB Königsberg	412 631	517	221
Stadtkreise			
Königsberg i. Pr.	134 804	334	73
Landkreise			
Braunsberg (Ostpr.)	25 761	8	8
Fischhausen	26 339	27	11
Friedland (Ostpr.)	19 457	14	9
Gerdauen	15 793	11	5
Heiligenbeil	19 765	7	12
Heilsberg	23 258	10	7
Königsberg i. Pr.	21 067	14	12
Labiau	20 373	19	22
Mohrungen	22 890	14	14
Preußisch Eylau	21 843	19	13
Preußisch Holland	18 134	9	15
Rastenburg	22 412	17	14
Wehlau	20 735	14	6
RB Gumbinnen	240 432	184	164
Stadtkreise			
Insterburg	18 138	12	6
Tilsit	24 135	25	18
Landkreise			
Angerburg	16 659	5	6
Darkehmen (später Angerapp) ...	13 898	9	19
Goldap	19 073	13	11
Gumbinnen	24 433	13	11
Insterburg	19 218	23	16
Niederung	22 516	18	35
Oletzko (später Treuburg)	18 491	18	9
Pillkallen (später Schloßberg/Ostpr.)	20 197	9	10
Stallupönen (später Ebenrode) ...	20 438	12	9
Tilsit-Ragnit	23 236	27	14

noch: 3. Die polnischen und masurischen Stimmen bei der Reichstagswahl
am 4. Mai 1924 in Ostpreußen

Gebiet	Gültige Stimmen		
	insgesamt	darunter entfielen auf die	
		Polnische Volkspartei	Masurische Vereinigung
RB Allenstein	243 987	8 703	583
Stadtkreis Allenstein	16 916	334	5
Landkreise Allenstein	23 723	6 563	48
Johannisburg	24 454	23	50
Lötzen	19 897	13	8
Lyck	27 960	42	25
Neidenburg	16 869	58	54
Ortelsburg	31 396	468	315
Osterode i. Ostpr.	36 332	89	44
Rössel	22 564	1 075	9
Sensburg	23 876	38	25
RB Westpreußen	127 400	3 689	61
Stadtkreis Elbing	35 024	37	28
Landkreise Elbing	12 178	6	2
Marienburg (Westpr.)	14 283	17	3
Marienwerder	20 630	524	5
Rosenberg i. Westpr.	28 781	82	11
Stuhm	16 504	3 023	12
Insgesamt	1 024 450	13 093	1 029

4. Die Bevölkerung der Provinz Ostpreußen nach der Muttersprache
am 16. Juni 1925

Staatsangehörigkeit bzw. Muttersprache	Provinz Ostpreußen	RB Königsberg	RB Gumbinnen	RB Allenstein	RB Westpreußen
Wohnbevölkerung insgesamt ..	2 256 349	911 879	539 778	540 287	264 405
Deutsche Staatsangehörigkeit ..	2 233 628	902 919	533 093	535 459	262 157
darunter mit Muttersprache					
deutsch	2 117 157	899 708	525 561	441 880	250 008
deutsch und masurisch	24 531	282	1 619	22 573	57
deutsch und polnisch	24 812	751	781	17 385	5 895
deutsch und litauisch	2 379	540	1 474	362	3
masurisch	41 735	281	1 326	40 023	105
polnisch	18 627	206	199	12 271	5 951
litauisch	2 368	555	1 802	9	2
Ausländer und Staatenlose ..	22 721	8 960	6 685	4 828	2 248
darunter mit Muttersprache					
deutsch	15 695	7 245	4 700	2 209	1 541
deutsch und masurisch	84	2	4	78	—
deutsch und polnisch	1 418	478	308	410	222
deutsch und litauisch	187	30	152	5	—
masurisch	163	—	24	139	—
polnisch	2 707	412	335	1 550	401
litauisch	681	63	599	18	1

5. Die Ausländer in Ostpreußen¹⁾ nach Volkszugehörigkeit und Muttersprache am 17. Mai 1939

Gebiet a = Ausländer mit bestimmter Staatsangehörigkeit b = Staatenlose c = ohne Staatsangehörigkeit und ungeklärt d = Ausländer insgesamt	Ausländer insgesamt	Von den Ausländern sind			
		deutsche Volkszugehörige		fremde Volkszugehörige	
		insgesamt	darunter mit deutscher Mutter- sprache	insgesamt	darunter mit fremder Mutter- sprache
RB Königsberg a	8 399	6 675	6 524	1 724	288
b	5 082	4 850	4 662	232	121
c	17	15	13	2	1
d	13 498	11 540	11 199	1 958	410
RB Gumbinnen a	3 044	1 995	1 834	1 049	165
b	4 437	4 186	3 785	251	107
c	16	9	8	7	4
d	7 497	6 190	5 627	1 307	276
RB Allenstein a	2 393	2 058	1 844	335	68
b	2 621	2 490	2 189	131	59
c	10	7	7	3	3
d	5 024	4 555	4 040	469	130
RB Westpreußen a	7 047	5 915	5 814	1 132	130
b	884	869	791	15	3
c	9	8	7	1	—
d	7 940	6 792	6 612	1 148	133
Provinz Ostpreußen a	20 883	16 643	16 016	4 240	651
b	13 024	12 395	11 427	629	290
c	52	39	35	13	8
d	33 959	29 077	27 478	4 882	949

¹⁾ Gebietsstand vom 17. Mai 1939 ohne Memelgebiet.

**6. Die Reichsangehörigen nach Muttersprache und Volkszugehörigkeit
am 17. Mai 1939 in den Kreisen der ostpreußischen Abstimmungsgebiete**

Muttersprache	Reichsangehörige (ohne Juden)				
	insgesamt	davon nach Volkszugehörigkeit			
		deutsch	masurisch	polnisch	sonstige
Regierungsbezirk Allenstein					
deutsch	537 395	537 372	4	—	19
masurisch	1 307	1 300	5	2	—
deutsch und masurisch	3 008	3 005	1	2	—
polnisch	1 111	557	—	554	—
deutsch und polnisch	3 059	3 025	1	33	—
eine andere	63	59	—	—	4
deutsch und eine andere	140	140	—	—	—
Stadtkreis Allenstein					
deutsch	45 695	45 693	—	—	2
masurisch	9	9	—	—	—
deutsch und masurisch	57	55	—	2	—
polnisch	77	22	—	55	—
deutsch und polnisch	243	242	—	1	—
eine andere	6	5	—	—	1
deutsch und eine andere	8	8	—	—	—
Landkreis Allenstein					
deutsch	53 701	53 700	1	—	—
masurisch	35	35	—	—	—
deutsch und masurisch	131	131	—	—	—
polnisch	816	388	—	428	—
deutsch und polnisch	1 970	1 947	1	22	—
eine andere	2	2	—	—	—
deutsch und eine andere	6	6	—	—	—
Landkreis Johannisburg					
deutsch	51 630	51 630	—	—	—
masurisch	162	162	—	—	—
deutsch und masurisch	260	260	—	—	—
polnisch	4	4	—	—	—
deutsch und polnisch	32	32	—	—	—
eine andere	—	—	—	—	—
deutsch und eine andere	—	—	—	—	—
Landkreis Lötzen					
deutsch	47 093	47 092	—	—	1
masurisch	24	24	—	—	—
deutsch und masurisch	74	74	—	—	—
polnisch	—	—	—	—	—
deutsch und polnisch	18	18	—	—	—
eine andere	1	1	—	—	—
deutsch und eine andere	2	2	—	—	—
Landkreis Lyck					
deutsch	54 760	54 746	—	—	14
masurisch	165	164	1	—	—
deutsch und masurisch	283	283	—	—	—
polnisch	13	9	—	4	—
deutsch und polnisch	79	77	—	2	—
eine andere	2	2	—	—	—
deutsch und eine andere	4	4	—	—	—

**noch : 6. Die Reichsangehörigen nach Muttersprache und Volkszugehörigkeit
am 17. Mai 1939 in den Kreisen der ostpreußischen Abstimmungsgebiete**

Muttersprache	Reichsangehörige (ohne Juden)				
	insgesamt	davon nach Volkszugehörigkeit			
		deutsch	masurisch	polnisch	sonstige
Landkreis Neidenburg					
deutsch	38 339	38 337	2	—	—
masurisch	96	94	—	2	—
deutsch und masurisch	177	177	—	—	—
polnisch	—	—	—	—	—
deutsch und polnisch	56	56	—	—	—
eine andere	—	—	—	—	—
deutsch und eine andere	1	1	—	—	—
Landkreis Ortelsburg					
deutsch	69 940	69 938	—	—	2
masurisch	466	463	3	—	—
deutsch und masurisch	1 163	1 163	—	—	—
polnisch	22	13	—	9	—
deutsch und polnisch	42	37	—	5	—
eine andere	1	1	—	—	—
deutsch und eine andere	5	5	—	—	—
Landkreis Osterode i. Ostpr.					
deutsch	74 681	74 681	—	—	—
masurisch	140	139	1	—	—
deutsch und masurisch	305	305	—	—	—
polnisch	24	24	—	—	—
deutsch und polnisch	99	99	—	—	—
eine andere	3	2	—	—	1
deutsch und eine andere	4	4	—	—	—
Landkreis Rössel					
deutsch	50 269	50 269	—	—	—
masurisch	12	12	—	—	—
deutsch und masurisch	48	48	—	—	—
polnisch	152	94	—	58	—
deutsch und polnisch	435	433	—	2	—
eine andere	10	9	—	—	1
deutsch und eine andere	3	3	—	—	—
Landkreis Sensburg					
deutsch	51 287	51 286	1	—	—
masurisch	198	198	—	—	—
deutsch und masurisch	510	509	1	—	—
polnisch	3	3	—	—	—
deutsch und polnisch	85	84	—	1	—
eine andere	38	37	—	—	1
deutsch und eine andere	107	107	—	—	—
Regierungsbezirk Gumbinnen					
Landkreis Treuburg (früher Oletzko)					
deutsch	37 057	37 056	1	—	—
masurisch	35	35	—	—	—
deutsch und masurisch	83	83	—	—	—
polnisch	4	4	—	—	—
deutsch und polnisch	30	30	—	—	—
eine andere	3	3	—	—	—
deutsch und eine andere	1	1	—	—	—

**noch : 6. Die Reichsangehörigen nach Muttersprache und Volkszugehörigkeit
am 17. Mai 1939 in den ostpreußischen Abstimmungsgebieten**

Muttersprache	Reichsangehörige (ohne Juden)			
	insgesamt	davon nach Volkszugehörigkeit		
		deutsch	polnisch	sonstige
Abstimmungsgebiet Westpreußen				
deutsch	175 035	175 027	4	4
polnisch	953	342	610	1
deutsch und polnisch	2 539	2 474	65	—
eine andere	8	8	—	—
deutsch und eine andere	22	21	1	—
Landkreis Marienburg (Westpr.)				
deutsch	36 067	36 063	1	3
polnisch	6	6	—	—
deutsch und polnisch	79	77	2	—
eine andere	2	2	—	—
deutsch und eine andere	5	5	—	—
Landkreis Marienwerder				
deutsch	42 507	42 507	—	—
polnisch	203	21	182	—
deutsch und polnisch	408	399	9	—
eine andere	3	3	—	—
deutsch und eine andere	2	2	—	—
Landkreis Rosenberg (Westpr.)				
deutsch	59 869	59 866	3	—
polnisch	32	29	3	—
deutsch und polnisch	173	173	—	—
eine andere	3	3	—	—
deutsch und eine andere	13	13	—	—
Landkreis Stuhm				
deutsch	36 592	36 591	—	1
polnisch	712	286	425	1
deutsch und polnisch	1 879	1 825	54	—
eine andere	—	—	—	—
deutsch und eine andere	2	1	1	—

noch : 6. Die Reichsangehörigen nach Muttersprache und Volkszugehörigkeit
am 17. Mai 1939 in den Südmemelkreisen

Muttersprache	Reichsangehörige (ohne Juden)			
	insgesamt	davon nach Volkszugehörigkeit		
		deutsch	litauisch	sonstige
Abstimmungsgebiet Südmemelkreise				
deutsch	255 639	255 570	11	58
litauisch	312	284	27	1
deutsch und litauisch	421	410	11	—
eine andere	31	25	—	6
deutsch und eine andere	64	58	—	6
Stadtkreis Tilsit				
deutsch	55 867	55 859	8	—
litauisch	62	48	14	—
deutsch und litauisch	125	120	5	—
eine andere	11	10	—	1
deutsch und eine andere	24	24	—	—
Landkreis Elchniederung				
deutsch	53 363	53 362	—	1
litauisch	77	72	5	—
deutsch und litauisch	102	102	—	—
eine andere	4	4	—	—
deutsch und eine andere	7	7	—	—
Landkreis Labiau				
deutsch	50 108	50 095	—	13
litauisch	16	16	—	—
deutsch und litauisch	43	42	1	—
eine andere	5	3	—	2
deutsch und eine andere	13	7	—	6
Landkreis Schloßberg				
deutsch	40 924	40 918	2	4
litauisch	51	51	—	—
deutsch und litauisch	59	59	—	—
eine andere	8	6	—	2
deutsch und eine andere	9	9	—	—
Landkreis Tilsit-Ragnit				
deutsch	55 377	55 336	1	40
litauisch	106	97	8	1
deutsch und litauisch	92	87	5	—
eine andere	3	2	—	1
deutsch und eine andere	11	11	—	—

OSTPREUSSEN UND DANZIG Verwaltungsgrenzen 1939, 1946/48 und 1953



LITAUISCHE SOZ. SOVIET-REPUBLIK

LITAUISCHE SOZ. SOVIET-REPUBLIK

OBLAST' MEMEL

OBLAST' KÖNIGSBERG

OBLAST' KÖNIGSBERG

WOJEW. DANZIG

WOJEW. DANZIG

WOJEW. DANZIG

WOJEW. POMMERELLEN

WOJEW. BROMBERG

WOJEW. ALLENSTEIN

WOJEW. ALLENSTEIN

WOJEW. BIALYSTOK

WOJEW. BIALYSTOK

WOJEW. WARSCHAU

WOJEW. WARSCHAU

ZEICHENERKLÄRUNG :

- Staatsgrenzen 1937
- Grenze des Memelgebietes innerhalb Litauens
- Deutsche Verwaltungsgrenzen 1939
 - Provinz- u. Landsgrenzen
 - Grenzen der Regierungsbezirke
 - Grenzen der Stadt- bzw. Landkreise
- Polnische Verwaltungsgrenzen 1939
 - Grenzen der Wojewodschaften
- Polnische Verwaltungsgrenzen 1946/48
 - Sowjet-poln. Demarkationslinie
 - Grenzen der Wojewodschaften
 - Grenzen der Stadt- bzw. Landkreise
- Polnische Verwaltungsgrenzen 1953
 - Grenzen der Wojewodschaften
- Sowjetische Verwaltungsgrenzen 1946/48
 - Grenzen der Ukrainischen Soz. Sowjetrep.
 - Grenzen der Oblaste
- Sowjetische Verwaltungsgrenzen 1953
 - Grenzen der Ukrainischen Soz. Sowjetrep.

- Hauptstädte der deutschen Länder und preuß. Provinzen
- ⊙ Verwaltungssitze der deutschen Regierungsbezirke
- ⊙ Verwaltungssitze der polnischen Wojewodschaften (1946/48 = rot und 1953 = blau unterstrichen)
- Verwaltungssitze der sowjet. Oblaste sind 1946/48 rot bzw. 1953 blau gestrichelt unterstrichen.

Ostpommern

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	99
II. Das benutzte Quellenmaterial	100
III. Überblick über die Bilanz	102
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Ostpommerns im Mai 1939	103
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ostpommerns vom Mai 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	109
C. Die deutsche Bevölkerung Ostpommerns Ende 1944 (ohne Berücksichti- gung der Kriegsverluste)	111
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpommerns	111
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ostpommerns Ende Januar 1945	115
F. Die Vertriebenen aus Ostpommern	115
G. Die in Ostpommern zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	124
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegs- gefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostpommern	127
I. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ostpommern . . .	129
Anmerkungen	131

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Die frühere preußische Provinz Pommern hat wie die Provinz Mark Brandenburg erst 1938 die verwaltungsmäßige Abgrenzung erhalten, die sie dann bis Kriegsende behielt. Bei der Aufteilung der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen kamen die nördlich der Netze gelegenen Landkreise Deutsch-Krone, Flatow, Netzekreis und Schlochau sowie der Stadtkreis Schneidemühl zu Pommern. Aus diesen Kreisen wurde unter Einbeziehung der bisher neumärkischen Kreise Arnswalde und Friedeberg Nm. sowie der pommerschen Kreise Dramburg und Neustettin der neue Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen mit Sitz des Regierungspräsidenten in Schneidemühl geschaffen. Die Provinz Pommern, die nunmehr aus den drei Regierungsbezirken Stettin, Köslin und Grenzmark Posen-Westpreußen bestand, umfaßte im Jahre 1939 ein Areal von 38 400 qkm, auf dem 2 393 840 Einwohner lebten. Im Jahre 1945 wurden die Regierungsbezirke Köslin und Grenzmark Posen-Westpreußen sowie vom Regierungsbezirk Stettin das gesamte ostwärts der Oder gelegene Gebiet einschließlich des Stadtgebietes Stettin unter polnische Verwaltung gestellt. Durch einen Befehl der sowjetischen Militärregierung in der sowjetischen Besatzungszone mußten mit Wirkung vom 5. Oktober 1945 auch noch das westliche Vorland von Stettin und der östliche Teil der Insel Usedom mit der Stadt Swinemünde unter polnische Verwaltung gestellt werden.

Durch diese einseitig vorgenommenen Abtrennungen wurde von Pommern ein Gebiet von 31 301 qkm der polnischen Verwaltung unterstellt. In diesem Raum ostwärts der Oder-Neiße-Linie lebte am 17. Mai 1939 eine Bevölkerung von 1 895 230 Personen.

Nach der polnischen Verwaltungseinteilung vom 29. Mai 1946 ist aus dem ostwärts der Oder-Neiße liegenden Teil Pommerns zunächst die Wojewodschaft Stettin gebildet worden, die im Osten bis zur Leba reichte. Der Landkreis Lauenburg i. Pom. sowie die Kreise Schneidemühl, Friedeberg Nm. und der Netzekreis blieben außerhalb des Wojewodschaftsbereiches. Andererseits wurden aber die früheren brandenburgischen Kreise Soldin und Königsberg Nm., soweit deren Gebiet ostwärts der Oder liegt, der Stettiner Wojewodschaft zugeteilt.

Eine neuerliche polnische Verwaltungsgliederung wurde mit Wirkung vom 6. Juli 1950 durchgeführt. Hierbei wurden die östlichen Kreise von der Wojewodschaft Stettin abgetrennt und zu einer Wojewodschaft Köslin vereinigt.

Die vielfachen polnischen Verwaltungsänderungen, die Unsicherheit der polnischen Volkszählungsergebnisse und anderer statistischer Angaben erschweren die Durchführung der vorliegenden Untersuchung beträchtlich. Insbesondere stieß die exakte Ermittlung der heute noch in diesem Gebiet lebenden Deutschen auf größere Schwierigkeiten, weil hierüber nur wenige geeignete Unterlagen zur Verfügung stehen. Es gibt wohl einige einschlägige Arbeiten über Teilgebiete, die über das Kriegs- und Nachkriegsgeschehen in einzelnen Kreisen Auskunft geben¹⁾ und selbst noch Rückschlüsse auf die gleichzeitigen Vorgänge in den benachbarten Gebieten gestatten, doch liegt eine größere umfassende Darstellung für Ostpommern noch nicht vor. Wo genaues statistisches Material für das gesamte Untersuchungsgebiet

nicht zur Verfügung stand, mußten daher die Lücken durch Schätzungen geschlossen werden. So war es möglich, größenordnungsmäßig nicht nur die Zahl der in der Heimat verbliebenen Deutschen, sondern auch einige andere Positionen dieser Bilanz zu ermitteln.

II. Das benutzte Quellenmaterial

1. Für die Zeit bis 1945

Keller, K.: Die fremdsprachige Bevölkerung in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches. Begleitwerk zum Kartenwerk „Sprachatlas der deutschen Grenzgebiete“. Berlin 1929.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 451. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1936.

Beck, Robert: Schwebendes Volkstum im Gesinnungswandel. Stuttgart 1938.

Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich auf Grund der Volkszählung 1939. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1944.

Wirtschaft und Statistik, Jg. 1939 bis 1944. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Die Ausländer im Deutschen Reich nach den Ergebnissen der Volkszählung am 17. Mai 1939. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1944.

Amtliches Gemeinde- und Ortsnamenverzeichnis der deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung, Band I. Amtliches Gemeindeverzeichnis der deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung nach dem Gebietsstand am 1. September 1939, Remagen 1953.

Falk, H.-J.: Die Flucht und die Austreibung aus dem deutschen Osten, dargestellt an einem pommerschen Landkreis. Diss. Hamburg 1952.

Rospond, St.: Skorowidz, ustalonych nazw miesjscowoski na ziemach odcyskanych. Krakau 1948.

Przegląd zachodni, Nr. 9, Jg. 1948. Warschau.

Die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches 1940—1945. Ergebnisse der Verbrauchergruppen-Statistik. In: Statistische Berichte Arb.-Nr. VIII/19/1 vom 28. Februar 1953. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

2. Für die Zeit nach 1945

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Hrsg. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, Berlin 1951.

Die Flüchtlinge in Deutschland. Ergebnisse der Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/0/4 vom 25. März 1950. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. 1953.

Flygtninge i Danmark 1945—1949. Hrsg. Dänische Flüchtlingsadministration, Kopenhagen 1950.

Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, heimatlose Ausländer 1949—1952. Hrsg. Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1953.

Die Kriegsgefangenen und Vermißten aus dem Bundesgebiet. In: Wirtschaft und Statistik, 2. Jg. N. F., Heft 1, April 1950. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Platz: Endgültige Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1950. In: Berliner Statistik. 6. Jg., Heft 1, Januar 1952. Hrsg. Statistisches Landesamt, Berlin.

Arntz, H.: Menschenverluste zweier Weltkriege. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 64 vom 3. April 1953.

Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft. Oldenburg/O., 1954.

Heiratshäufigkeit, Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der Vertriebenen in den Jahren 1950 bis 1954 im Vergleich zur übrigen Bevölkerung. In: Wirtschaft und Statistik. N. F., 7. Jg., Heft 10, Oktober 1955. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Statystyka Polski, Serie W. Warschau 1949.

Kolpinski, J.: Granica pokoju. Posen 1948.

Olechnowicz, M.: Le peuplement des terres recouvrées de Pologne. In: Revue occidentale. Jg. 1, Nr. 2. Posen 1948.

Stålberg, H.: Det nya Polens befolkningsförhållanden och ekonomiska geografi. In: Svensk geografisk årsbok, Lund 1947.

Zielinski, H.: Population Changes in Poland 1939—1950, New York 1950.

Frumkin, Gregory (Grzegorz): Population Changes in Europe since 1939. A Study of Population Changes in Europe during and since World War II as shown by the Balance Sheets of Twenty-four European Countries, London 1951.

Vernant: The Refugee in the Post-War World. London 1953.

Mauldin, W. Parker and Akers, Donald S.: The Population of Poland. Hrsg. Bureau of the Census, Washington 1954.

Tymozasowe wyniki powszechnego sumarycznego spisu ludności z dnia 14 lutego 1946. Warschau 1946.

Slaski, K.: Przemiany etniczne na Pomorzu zachodnim. Posen 1954.

Geilke, G.: Übersicht über die Gesetzgebung Polens seit 1944 betr. die Rechtsstellung der Deutschen in Polen und den von Polen verwalteten Gebieten Ostdeutschlands. Oldenburg 1950.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung Ostpommerns im Mai 1939	
Stettin	734 000
Köslin	676 000
Grenzmark Posen-Westpreußen	474 000
Deutsche Bevölkerung insgesamt	1 884 000
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ostpommerns vom Mai 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	
Natürlicher Bevölkerungszuwachs	72 000
C. Die deutsche Bevölkerung Ostpommerns Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	
	1 956 000
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpommerns	
1. Militärische Kriegsverluste	
Wehrmachtssterbefälle	125 000
darunter des Volkssturms und anderer eingesetzter Formationen	15 000
2. Kriegsverluste der Zivilbevölkerung	
davon	43 000
a) durch Luftangriffe	8 000
b) bei Erdkämpfen und Besetzung	35 000
Kriegsverluste insgesamt	168 000
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ostpommerns Ende Januar 1945	
	1 788 000
F. Die Vertriebenen aus Ostpommern	
Stand: September 1950	
Insgesamt	1 430 000
darunter in der Bundesrepublik	891 000
Geburtenüberschuß vom Mai 1945 bis September 1950	33 000
darunter in der Bundesrepublik	31 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	1 397 000
G. Die in Ostpommern zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	
	55 000
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostpommern	
	6 000
I. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ostpommern	
De-jure-Bevölkerungsstand Ende Januar 1945	1 788 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	1 397 000
Zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	55 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte im September 1950	6 000
Geklärte Fälle	1 458 000
Ungeklärte Fälle	330 000

Zusammenfassung

Deutsche Bevölkerung im Mai 1939	1 884 000
Zunahme der Bevölkerung Mai 1939 bis Ende 1944	72 000
Kriegsverluste	168 000
Deutsche Bevölkerung Ende Januar 1945	1 788 000
Vertriebene Bevölkerung im September 1950	1 430 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	1 397 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	55 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	6 000
Geklärte Fälle	1 458 000
Ungeklärte Fälle	330 000

Die gesamten Verluste der deutschen Bevölkerung aus Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie durch Krieg, Verschleppung, Vertreibung und Verfolgungen jeder Art betragen insgesamt 498 000 Personen, fast ein Viertel des deutschen Bevölkerungsstandes dieses Gebietes im Mai 1939. Die Wehrmachtssterbefälle machen mit 125 000 Personen 6,6 vH des ostpommerschen deutschen Bevölkerungsstandes vom Mai 1939 aus. Die Kriegsverluste der ostpommerschen Zivilbevölkerung einschließlich der während der Kriegshandlungen auf hoher See umgekommenen, auf der Flucht befindlichen Personen beziffern sich auf 43 000 Personen, d. s. 2,3 vH der deutschen Bevölkerung Ostpommerns im Mai 1939, so daß die Gesamtverluste der Zivilbevölkerung 373 000 Personen betragen, 19,8 vH der deutschen Bevölkerung Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie im Mai 1939.

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Ostpommerns im Mai 1939

1. Die Gesamtbevölkerung der Provinz Pommern und des Untersuchungsgebietes am 17. Mai 1939

Den besten Ausgangspunkt für die Aufstellung einer Bevölkerungsbilanz Ostpommerns bilden die Ergebnisse der deutschen Volkszählung vom 17. Mai 1939, weil zwischen dieser Erhebung und dem Kriegsausbruch nur eine kurze Zeit lag.

Die Verteilung der rund 2 394 000 Bewohner der ehemaligen preußischen Provinz Pommern in der Aufgliederung nach Stadt- und Landkreisen bringt nachstehende Übersicht.

Die Tabelle zeigt, daß die Bevölkerung Pommerns nur zu einem relativ geringen Teil in Stadtkreisen lebte, ein Zeichen der vorwiegend landwirtschaftlichen Struktur dieses Gebietes.

Die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land, wie sie sich in folgenden Zahlen annähernd widerzuspiegeln vermag, ist in den drei Regierungsbezirken sehr unterschiedlich. Fast ausschließlich ländlich ist der Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen, in dem nur die Stadt Schneidemühl als Sitz des Regierungspräsidenten kreisfrei war. Aber auch der Regierungsbezirk Köslin hat nur drei städtische Gemeinden von größerer Bedeutung. Nur im Regierungsbezirk Stettin trat das städti-

Die Wohnbevölkerung der Provinz Pommern am 17. Mai 1939

Regierungsbezirk	Zahl der		Wohnbevölkerung					
	Stadt-	Land-	ins- gesamt	davon in				
				Stadtkreisen		Landkreisen		
				absolut		in vH	absolut	in vH
Stettin	4	14	1 237 782	401 317	32,4		836 465	67,6
Köslin	3	10	676 790	120 473	17,8		556 317	82,2
Grenzmark Posen-West- preußen	1	8	479 272	45 791	9,6		433 481	90,4
Provinz Pommern	8	32	2 393 844	567 581	23,7		1 826 263	76,3

sche Element stärker in Erscheinung. Allerdings entfielen von den 401 300 Einwohnern der vier Stadtkreise allein 271 600 auf die Provinzhauptstadt. Ostwärts der Oder-Neiße-Linie liegt außer Stettin als größere städtische Siedlung nur noch Stargard i. Pom. mit 37 000 Einwohnern.

Wie bereits eingangs erwähnt, kam nach Kriegsende von Pommern ein Gebiet von 31 301 qkm, das sind 81,5 vH der früheren Provinz unter polnische Verwaltung; in ihm lebte am 17. Mai 1939 eine Bevölkerung von 1 895 230 Personen, also 79,2 vH der Bevölkerung ganz Pommerns ²⁾).

Die Wohnbevölkerung Ostpommerns am 17. Mai 1939¹⁾

Gebiet	17. Mai 1939		
	Fläche	Bevölkerung	Bevölkerungs- dichte
	qkm	Anzahl	Einwohner je qkm
RB Stettin			
Stadtkreis Stettin	460,88	382 984	831
Landkreise			
Cammin i. Pom.	1 138,47	45 694	40
Greifenhagen	974,96	49 013	50
Naugard	1 261,89	61 320	49
Pyrütz	1 046,11	48 418	46
Saatzig m. Stkr. Stargard i. Pom.	1 218,83	83 018	68
Ueckermünde	636,79	16 857	26
Usedom-Wollin	336,51	51 864	154
zusammen	7 074,44	739 168	104
RB Köslin	12 769,16	676 790	53
RB Grenzmark Posen-Westpreußen .	11 457,35	479 272	42
Ostpommern insgesamt	31 300,95	1 895 230	61

¹⁾ Gebietsstand 1. 1. 1940.

2. Die Feststellung der deutschen Bevölkerung Ostpommerns

In der Wohnbevölkerung für das Gebiet Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie sind auch die Personen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit mit enthalten, also sowohl Ausländer nichtdeutscher Volkszugehörigkeit als auch Reichsangehörige

nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die von der Vertreibung nicht betroffen wurden. Die Feststellung der Ausländer und Staatenlosen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit bereitet keine besonderen Schwierigkeiten, weil entsprechende Angaben aus den veröffentlichten Ergebnissen der Volkszählung 1939 wie auch aus vorläufigen Ergebnissen einer Sonderauszählung aus diesem Zensus gewonnen werden können.

**Ausländer und Staatenlose nach der Volkszugehörigkeit in Ostpommern
am 17. Mai 1939³⁾**

Gebiet	Ausländer und Staatenlose						
	insgesamt	davon					
		Ausländer		Staatenlose		Ungeklärt	
		deut-scher	fremder	deut-scher	fremder	deut-scher	fremder
		Volkszugehörigkeit					
RF Stettin	13 230	5 485	4 478	2 887	320	51	9
RF Köslin	5 386	3 229	644	1 305	109	96	3
RF Grenzmark Posen-Westpreußen	7 211	4 444	1 200	1 410	87	49	21
Ostpommern	25 827	13 158	6 322	5 602	516	196	33

Der größte Teil der rund 25 800 Ausländer Ostpommerns lebte vor dem Zweiten Weltkrieg im Regierungsbezirk Stettin und hier wieder im Gebiet der Odermündung, d. h. im Stadtkreis Stettin und in den Landkreisen Cammin i. Pom., Greifenhagen, Ueckermünde und Usedom-Wollin. Die Ausländer in diesem Gebiet, bei denen der Anteil der Personen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit im allgemeinen höher lag als in den rein ländlichen ostwärtigen Regierungsbezirken, werden vor allem in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben tätig gewesen sein. In den Regierungsbezirken Köslin und Grenzmark Posen-Westpreußen ist der Anteil der Ausländer und Staatenlosen fremder Volkszugehörigkeit mit 756 bzw. 1308 und 14,0 bzw. 18,1 vH dagegen sehr klein. Die Gesamtzahl der Ausländer und Staatenlosen fremder Volkszugehörigkeit ist mit rund 6 900 außerordentlich gering.

Schwieriger ist die Feststellung der Reichsangehörigen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, weil darüber für 1939 nur für einzelne Auszählungsgebiete amtliche Unterlagen auf Grund der letzten deutschen Volkszählung vorhanden sind. Zu diesem Personenkreis gehören vor allem die Polen in den ostpommerschen Grenzgebieten. Eine Sonderstellung nehmen die zum überwiegenden Teil in den Landkreisen Bütow und Lauenburg i. Pom. des Regierungsbezirkes Köslin lebenden Kassuben ein, deren Zahl jedoch außerordentlich gering ist.

Während die Eigenständigkeit des polnischen Volkstums zweifelsfrei feststeht, ist sie für die Zeit der deutschen Ostkolonisation mit dem deutschen Volk in Kulturgemeinschaft lebenden Kassuben nicht ohne weiteres gegeben. Ihre Hausprache weist sie wohl als einen besonderen Zweig der westslawischen Sprachfamilie aus, doch gestattet deren Eigenart keineswegs ihre Zuordnung zum polnischen Volk. Kulturell jedoch und zum großen Teil auch gesinnungsmäßig fühlten

sich die Kassuben seit langer Zeit dem deutschen Volkstum nicht nur zugetan, sondern auch zugehörig. Diesem Umstand muß selbst die heutige Verwaltung dieser Gebiete und auch die amtliche polnische Statistik Rechnung tragen, da sie die Kassuben nicht einfach zum Polentum zählen können, sondern zur sogenannten „autochthonen Bevölkerung“ rechnen müssen, zu jener alteingesessenen Bevölkerung also, zu der neben der zwei- und mehrsprachigen Bevölkerung auch große Teile der in den Ostgebieten des Deutschen Reiches zurückgebliebenen rein deutschen Bevölkerung, ja selbst in Einzelfällen während des Krieges aus west- und mitteldeutschen Städten dahin evakuierte und zurückgehaltene Deutsche gezählt werden.

Schließlich seien der Vollständigkeit halber noch diejenigen sehr kleinen Bevölkerungsteile gleitender oder schwebender Volkszugehörigkeit erwähnt, die im allgemeinen zwei- und mehrsprachig waren und die mit wenigen Ausnahmen ursprünglich einem nichtdeutschen Volkstum angehörten. Sie befanden sich, im ganzen betrachtet, in einem mehr oder weniger weit fortgeschrittenen Eindeutschungsprozeß. Wenn Beck in seiner für die in Oberschlesien lebende volkstumsmäßige Zwischenschicht angestellten Untersuchung⁴⁾ sagt, daß es oft nur eines äußeren Anstoßes bedürfe, um eine volkliche Konversion auszulösen, dann war ohne Zweifel zumindest für einen Teil der zwei- und mehrsprachigen Bevölkerung auch in den ostpommerschen Grenzgebieten ein solcher Anlaß gegeben, als die Rote Armee einmarschierte und zahlreiche Zwei- und Mehrsprachige, auch, um Verfolgungen und Nachstellungen zu entgehen, nun ihre Nichtzugehörigkeit zum Deutschtum zum Ausdruck brachten. Das Ausmaß dieses Vorganges geht aus dem erhöhten Anteil der „Autochthonen“ hervor, die der „Polnische Volksrat für die wiedergewonnenen Gebiete“ im Jahre 1947 in den pommerschen Landkreisen mit doppelsprachiger Bevölkerung angibt⁵⁾. Aus diesem Grunde wurden von den Polen neben den Kassuben auch alle zweisprachigen Personen, die sie nicht als Polen zählen konnten, als „Autochthone“ ausgewiesen.

Die Gesamtzahl der Reichsangehörigen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit in den Gebieten Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Stand vom 17. Mai 1939 anzugeben, ist leider nicht möglich. Es sind lediglich vorläufige Ergebnisse für die ostpommerschen Grenzkreise Bütow und Lauenburg i. Pom. und für ein Auszählungsgebiet bekannt, das die zum ehemaligen Abstimmungsgebiet der früheren Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen gehörenden pommerschen Kreise — den Stadtkreis Schneidemühl sowie die Landkreise Deutsch Krone, Flatow, Schlochau und den Netzekreis — umfaßt. Für die übrigen Gebiete Ostpommerns liegen, da sie in die regionale Sonderauszählung nicht mit einbezogen wurden, keine Angaben über die Reichsangehörigen nach Volkszugehörigkeit und Muttersprache vor. Es ist aber allgemein bekannt, daß fremdsprachige bzw. fremdvölkische Bevölkerungsteile in erwähnenswerter Zahl nur in dem vorgenannten Auszählungsgebiet anzutreffen waren. Die aus der letzten deutschen Volkszählung für die pommerschen Grenzkreise vorliegenden amtlichen Zahlen ergeben tatsächlich nur ganz geringfügige nichtdeutsche Bevölkerungsteile und eine außerordentlich niedrige Zahl von Personen, die sich als Zwei- und als Mehrsprachige selbst zu erkennen gegeben haben. Um diese Bevölkerungsteile vollständig zu erfassen, wird man also zu den Ergebnissen der Sonderauszählung nur unbedeutende Zuschläge zu machen brauchen.

Die Volkszugehörigkeit der Reichsangehörigen in Ostpommern am 17. Mai 1939¹⁾

Gebiet	Muttersprache	Reichsangehörige (ohne Juden)				
		ins- gesamt	davon nach Volkszugehörigkeit			
			deutsch	kassu- bisch	polnisch	sonstige
Ostpommersche Grenzkreise (Ldkr. Bütow und Lauenburg i. Pom.)	deutsch	86 857	86 851	3	2	1
	kassubisch	385	350	23	12	—
	deutsch und kassubisch	1 036	1 021	7	8	—
	polnisch	185	39	3	143	—
	deutsch und polnisch	161	139	3	19	—
	eine andere	3	2	—	—	1
	zusammen	88 627	88 402	39	184	2
Zum ehemaligen Abstammungs- gebiet der früheren Provinz Grenzmark Posen-Westpreu- ßen gehörende pommersche Kreise (Stkr. Schneidemühl, Ldkr. Deutsch Krone, Flatow, Netzekreis und Schlochau)	deutsch	237 028	237 000	—	25	3
	polnisch	4 193	442	—	3 751	—
	deutsch und polnisch	1 178	1 013	—	163	2
	eine andere	13	10	—	—	3
	deutsch und eine andere	27	27	—	—	—
	zusammen	242 439	238 492	—	3 939	8
	Insgesamt	331 066	326 894	39	4 123	10

¹⁾ Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 17. Mai 1939.

Somit hätten sich im gesamten vorgenannten Auszählungsgebiet zusammen nur 4 172 Personen als Reichsangehörige nichtdeutscher Volkszugehörigkeit bekannt. Da zugleich eine Auszählung der Reichsangehörigen auch nach der Muttersprache vorgenommen wurde, ist es möglich, für das vorgenannte Gebiet auch die Zahl der Reichsangehörigen mit nichtdeutscher Muttersprache anzugeben: Sie betrug im Jahre 1939 insgesamt nur 4 779 Personen oder 1,4 vH der gesamten reichsangehörigen Bevölkerung des Auszählungsgebietes. Unter den Reichsangehörigen nicht-deutscher Volkszugehörigkeit und nichtdeutscher Muttersprache war das polnische Element weitaus am stärksten vertreten: Als Reichsangehörige polnischer Volkszugehörigkeit bekannten sich im vorgenannten Auszählungsgebiet 4 123 Personen; als Reichsangehörige mit polnischer Muttersprache wurden 4 378 gezählt. Von den Reichsangehörigen polnischer Volkszugehörigkeit lebten allein im Landkreis Flatow 94,7 vH, während sonst nur der Landkreis Bütow mehr als 200 Reichsangehörige nichtdeutscher Volkszugehörigkeit aufwies.

Auch die Zahl der zwei- und mehrsprachigen Reichsangehörigen, die sich fast durchweg als deutsche Volkszugehörige bekannten, ist in dem vorgenannten Auszählungsgebiet außerordentlich gering. Sie betrug insgesamt nur 2 402 Personen, darunter 1 036 mit deutscher und kassubischer Muttersprache sowie 1 339 mit deutscher und polnischer Muttersprache.

Auch von den zwei- und mehrsprachigen Reichsangehörigen lebte die überwiegende Zahl — beidemale nur jeweils etwa 1 000 Personen — in den Landkreisen Flatow und Bütow.

Vorstehende Zahlen gelten lediglich für das Auszählungsgebiet, das die beiden ostpommerschen Grenzkreise Bütow und Lauenburg und vom Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen den Stadtkreis Schneidemühl und die Landkreise

Deutsch Krone, Flatow, Schlochau sowie den Netzekreis umfaßt. Für das gesamte Gebiet Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie wird sich für 1939 lediglich die Zahl der Reichsangehörigen polnischer Volkszugehörigkeit um ein Geringes erhöhen, da sich im besonderen in Stettin und in den größeren Städten des Landes, etwa in Neustettin, Köslin, Stargard i. Pom. und Kolberg zusammengekommen noch einige Hundert Volkspolen und Reichsangehörige anderer nichtdeutscher Volkszugehörigkeit befunden haben dürften. Für die Kassuben wird sich jedoch kaum eine für die Bilanz noch merkliche Erhöhung ergeben, so daß man neben den 6 871 Ausländern nichtdeutscher Volkszugehörigkeit noch mit schätzungsweise insgesamt 4 500 bis 4 700 Reichsangehörigen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (zumeist Polen) wird rechnen müssen. Damit ergibt sich für Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie im Jahre 1939 eine nichtdeutsche Bevölkerung von zusammen höchstens 11 600 Personen, was einem Anteil von 0,6 vH an der Gesamtbevölkerung Ostpommerns gleichkommt.

Auf Grund der Volkszugehörigkeit kann der weitaus größte Teil der zweisprachigen und der kassubischen Bevölkerung mit zur deutschen Bevölkerung gezählt werden. Damit verbleibt nach dem Stand vom 17. Mai 1939 für Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie ein deutscher Bevölkerungsstand von rund 1 883 700 Personen.

Es darf dabei noch darauf hingewiesen werden, daß sich in dem Zeitraum zwischen den Volkszählungen von 1910 und 1933 eine rasche Schrumpfung der Bevölkerung mit nichtdeutscher Muttersprache, teils durch freiwillige Eindeutschung, teils durch Abwanderung vollzog. Hingegen zog die nach 1933 betriebene aktive deutsche Volkstumspolitik in den Ostgebieten des Deutschen Reiches eine intensivere Tätigkeit des Polnischen Westmarken-Verbandes nach sich, dem es gelang, das Volksbewußtsein der reichsangehörigen Polen zu stärken und auch bereits Zweisprachige zu polonisieren. Somit dürfte, von einer weiteren Schrumpfung der Zahl der Zweisprachigen abgesehen, der polnische Bevölkerungsstand zwischen 1933 und 1939 im wesentlichen erhalten geblieben sein⁶⁾.

Auf die einzelnen Regierungsbezirke bezogen, ergibt sich folgende Übersicht:

**Die Wohnbevölkerung in Ostpommern nach der Volkszugehörigkeit
am 17. Mai 1939**

in 1000

Gebiet	Wohnbevölkerung				
	ins- gesamt	davon			
		nichtdeutscher		deutscher	
		Volkszugehörigkeit			
		Aus- länder	Reichs- ange- hörige	zusammen	
RB Stettin	739,2	4,8	0,2	5,0	734,2
RB Köslin	676,8	0,8	0,3	1,1	675,7
RB Grenzmark Posen-Westpreußen	479,3	1,3	4,2	5,5	473,8
Ostpommern	1 895,2	6,9	4,7	11,6	1 883,7

Unter der deutschen Bevölkerung Ostpommerns befanden sich insgesamt etwa 2 500 Zweisprachige, unter diesen wiederum an 1 100 Personen, die als Muttersprache Deutsch und Kassubisch angegeben haben.

B. Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ostpommerns vom Mai 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die natürliche Entwicklung der Bevölkerung Ostpommerns vom 18. Mai 1939 bis zum 30. Juni 1944 ist auf Grund amtlicher Unterlagen zahlenmäßig genau erfaßbar. Diese fußen auf den in „Wirtschaft und Statistik“⁷⁾ veröffentlichten Ergebnissen der mit Hilfe der Standesamtsstatistiken bis zur Jahresmitte 1944 berechneten Lebendgeburten, Todesfälle und den daraus sich ergebenden Geburtenüberschüssen. Die Wehrmachtssterbefälle sind bei den Todesfällen nicht berücksichtigt; sie werden weiter unten noch besonders behandelt.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Ostpommern vom 18. Mai 1939 bis zum 30. Juni 1944

in 1000

Zeitraum	Lebendgeborene	Sterbefälle (ohne Wehrmachts- sterbefälle)	Geburtenüberschuß ¹⁾
18. 5. bis 31. 12. 1939 ...	26,7	14,6	+ 12,1
1940	41,4	25,0	+ 16,4
1941	50,2	32,1	+ 18,1
1942	29,9	22,8	+ 7,1
1943	36,3	23,6	+ 12,7
1. Halbjahr 1944	17,2	12,5	+ 4,7
18. 5. 1939 bis 30. 6. 1944	201,6	130,6	+ 71,0

¹⁾ Einschl. der Geburtenüberschüsse der evakuierten deutschen Bevölkerung.

Der natürliche Bevölkerungsüberschuß Ostpommerns würde somit vom 18. Mai 1939 bis zum 30. Juni 1944 insgesamt 71 000 Personen betragen haben. Für das zweite Halbjahr 1944 kann der Geburtenüberschuß bei weiter zurückfallenden Geburtenzahlen auf rund 3 000 Personen geschätzt werden, so daß sich für den Zeitraum vom 18. Mai 1939 bis 31. Dezember 1944 ein Geburtenüberschuß von 74 000 Personen ergibt. Da die Gesamtbevölkerung Ostpommerns im Jahre 1939 zu 99,4 vH deutsch war⁸⁾, kann der natürliche Bevölkerungszuwachs bilanzmäßig vollständig der deutschen Bevölkerung zugezählt werden⁹⁾.

Von einem gewissen Einfluß auf die natürliche Entwicklung der in Ostpommern bodenständigen deutschen Bevölkerung konnte der Aufenthalt der aus den deutschen Westgebieten und aus Groß-Berlin evakuierten Bevölkerung nur in den Jahren 1943 und 1944 sein, doch lag die Geburtenziffer der großstädtischen Bevölkerung tief unter jener der Landbevölkerung. Aus diesem Grunde dürfte der Anteil der Evakuierten an dem Geburtenüberschuß der ostpommerschen Bevölkerung nur sehr gering sein und schätzungsweise kaum über 2 000 Personen betragen haben.

Setzt man diese Personenzahl von dem für Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie berechneten Geburtenüberschuß ab, dann verbleibt für den gesamten Zeitraum von Mitte 1939 bis Ende Dezember 1944 bilanzmäßig ein natürlicher Bevölkerungszuwachs von 72 000 Personen zu berücksichtigen.

Schließlich noch ein Wort zu der Wanderungsbewegung, die sich einerseits in einer Abwanderung von Arbeitskräften, andererseits aber in einer wesentlich höheren Zuwanderung von außen äußerte. Alle diese Bewegungen sind weitgehend kriegsbedingt gewesen durch den erhöhten Einsatz von Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie und seit etwa der Mitte des Jahres 1942 auch durch die Evakuierung luftgefährdeter Bevölkerung aus dem Westen des Reiches und seit dem Herbst 1943 auch aus Groß-Berlin.

Den Umfang dieser Wandervorgänge genau zu bestimmen, ist wegen der fortgesetzten Einziehungen zur Wehrmacht und zum Arbeitsdienst und infolge des Ortswechsels durch Dienstverpflichtungen nicht möglich. Wohl aber gestatten die Ergebnisse der Verbrauchergruppen-Statistik, die für die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches von Februar 1943 bis Februar 1945 für die Bereiche der einzelnen Landesernährungsämter bis zu den Kreisen herab aufgedgliedert vorliegen, auch für das Gebiet Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie eine gewisse Übersicht über die Veränderungen der Zivilbevölkerung wenigstens von der 46. bis zur 70. Zuteilungsperiode.

Die Entwicklung der versorgten Zivilbevölkerung Ostpommerns zwischen 1943 und 1945

in 1000

Gebiet	Wohnbevölkerung	Versorgte Zivilbevölkerung ¹⁰⁾			
		1939	1943 ¹¹⁾	1944 ¹²⁾	1945 ¹³⁾
Stadtkreise:					
Stettin	388	354	272	238	
Stargard i. Pom.	40	35	42	45	
Landkreise:					
Cammin i. Pom.	46	43	50	64	
Greifenhagen	49	46	58	68	
Naugard	61	60	72	81	
Pyriz	48	45	51	55	
Saatzig	43	42	48	55	
Ueckermünde	17	16	19	20	
Usedom-Wollin	52	51	53	58	
RB Stettin (Ostteil)	739	692	665	684	
RB Köslin	677	618	722	777	
RB Grenzmark Posen-Westpreußen	479	443	519	570	
Ostpommern	1 895	1 753	1 906	2 031	

Wie aus der vorstehenden Übersicht hervorgeht, nahm die versorgte Zivilbevölkerung in Ostpommern vom Februar 1943 bis Anfang 1945 um 278 000 Personen zu. Da davon etwa 74 000 Personen auf den natürlichen Bevölkerungszuwachs entfallen, betrüge der Wanderungsgewinn für diesen Zeitraum 204 000 Personen. In Wirklichkeit ist er jedoch um die Gesamtzahl der vom Februar 1943 bis Anfang 1945 zum Wehrdienst, zum Arbeitsdienst und zu anderen Verbänden Einberufenen

größer. Man wird ihre Zahl ohne Berücksichtigung der Einziehungen zum Volkssturm auf mindestens 80 000 schätzen können. Der Wanderungsgewinn Ostpommerns dürfte somit in der Zeit von Anfang 1943 bis Januar 1945 wenigstens 284 000 Personen betragen haben; es wird sich hierbei hauptsächlich um Evakuierte und Beschäftigte in verlagerten Betrieben handeln.

Bei der Schätzung der Zahl der Einberufenen in der Zeit von Anfang 1943 bis Januar 1945 sowie der Gesamtzahl der aus Ostpommern Eingezogenen wurde von Überlegungen ausgegangen, die unter D 1 dargelegt werden.

Für die Entwicklung der Bevölkerung in den Kreisen Pommerns östlich der Oder ist die hauptsächlich durch Evakuierungsmaßnahmen hervorgerufene Zuwanderung als eine vorübergehende kriegsbedingte Erscheinung nur von sekundärer Bedeutung. Wie aus verschiedenen Unterlagen hervorgeht, hat erst seit etwa der Mitte des Monats Januar 1945 ein Teil der evakuierten deutschen Bevölkerung das pommerische Gebiet ostwärts der Oder verlassen. Der größere Teil der Evakuierten war gezwungen, das Schicksal der bodenständigen deutschen Bevölkerung, die von den unmittelbaren Kriegseignissen überrascht wurde, zu teilen¹⁴).

C. Die deutsche Bevölkerung Ostpommerns Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Da der deutsche Bevölkerungsstand in Ostpommern am 17. Mai 1939 in Position A mit 1 884 000 Personen errechnet wurde und der Geburtenüberschuß der ostpommerschen Bevölkerung von Mitte Mai 1939 bis Ende Dezember 1944 nach Position B 72 000 Personen betrug, kann der Sollbestand der deutschen Bevölkerung dieses Gebietes Ende 1944 ohne Berücksichtigung der Wehrmachtssterbefälle und der zivilen Kriegsverluste mit 1 956 000 angegeben werden. Kassuben und zweisprachige Deutsche sind in dieser Zahl mit enthalten, nichtbodenständige Bevölkerung, vor allem Evakuierte und Dienstverpflichtete, sind in dieser Summe jedoch nicht berücksichtigt.

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpommerns

1. Militärische Kriegsverluste

Genauere Angaben über die Einziehungen zum Wehrdienst, über die UK-Stellungen in den einzelnen Fachbereichen, aber auch für die einzelnen Wehrkreise, liegen vom Kriegsbeginn an nur bis Ende Mai 1943 vor¹⁵). Bei der Schätzung der Gesamtzahl der aus Ostbrandenburg Einberufenen ist folgendes zu bedenken:

Geht man davon aus, daß — wie aus der vom Statistischen Reichsamt angelegten „Kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz“ hervorgeht — Ende Mai 1943 rund 9 565 000 Mann aus dem Deutschen Reich in seinen Vorkriegsgrenzen unter Waffen standen¹⁶), die erst nach Kriegsbeginn eingezogen worden waren, dann würden, stets unter der Voraussetzung, daß die Einberufungen überall gleichmäßig stark erfolgten, auf Ostpommern anteilmäßig etwa 230 000 Mann ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste entfallen. In Wirklichkeit standen jedoch — die Kriegsverluste nicht eingerechnet — zu diesem Zeitpunkt wesentlich mehr Männer aus Ostpommern im Wehrdienst.

Es ist zu bedenken, daß bereits vor Kriegsbeginn viele Personen eingezogen wurden und daß die Einziehungen in allen Jahren in dem vorwiegend agrarischen Ostpommern stärker waren als im Durchschnitt des Reiches. Einen Anhaltspunkt hierfür bietet die Zahl der am 17. Mai 1939 ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten, Arbeitsmänner usw. sowie der Berufssoldaten. Die erstere Gruppe umfaßt über 43 000 Personen; zu den aktiven Offizieren, Unteroffizieren und längerdienenden Mannschaften der Wehrmacht, der Waffen-SS bzw. des Arbeitsdienstes werden etwa 15 000 bis 16 000 Mann zu rechnen sein. Zusammen ergibt sich somit eine Zahl von mindestens 60 000 Personen, immer ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste, die bereits vor Kriegsbeginn im Wehrdienst standen. Nun

Ist noch zu bedenken, daß in Ostpommern als einem vorwiegenden Agrargebiet die Einziehungen stärker waren als in anderen Teilen des Reiches. Man wird kaum fehlgehen, die Gesamtzahl der bis Ende Mai 1943 aus Ostpommern Eingezogenen auf etwa 320 000 zu schätzen.

Wieviele Männer aus Ostpommern vom 1. Juni 1943 bis zum Kriegsende noch zum Wehrdienst einberufen wurden, ist nicht bekannt. Aus den kriegswirtschaftlichen Kräftebilanzen läßt sich lediglich errechnen, daß in der Zeit vom 1. Juni 1943 bis Ende Mai 1944 rund 27 000 Personen eingezogen worden sind. Da aber in der zweiten Jahreshälfte 1944 nochmals stärkere Einziehungen erfolgten, wird man die Gesamtzahl der aus Ostpommern zum Wehrdienst Einberufenen mit fast 400 000 ansetzen können. Die in den letzten Kriegsmonaten erfolgten Einziehungen zum Volkssturm sind hierin noch nicht berücksichtigt.

Nach dem für Ende Mai 1943 festgestellten Anteil an Gefallenen und im Wehrdienst Verstorbenen an der Zahl der zum Wehrdienst Eingezogenen stand der Wehrkreis Stettin (II) hinter den Wehrkreisen Königsberg Pr. (I), Stuttgart (V) und Breslau (VIII) mit 9,5 vH an vierter Stelle¹⁷⁾. Da der Ende Mai 1943 für alle 18 Wehrkreise des damaligen Reichsgebietes errechnete Reichsdurchschnitt an den Verlustziffern 8,7 vH betrug, waren somit die militärischen Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Pommerns schon damals überdurchschnittlich. Diese Tatsache verdient als wichtiges Moment bei der Berechnung der militärischen Kriegsverluste der Bevölkerung aus den pommerschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie festgehalten zu werden.

Bei der im März 1950 durchgeführten Registrierung wurden von den nach der Vertreibung in der Bundesrepublik lebenden Deutschen aus den Gebieten Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie 33 571 Personen — einschließlich der Registrierungen in Berlin (West) 37 102 — als Wehrmachtsvermißte gemeldet. Es muß angenommen werden, daß von den im März 1950 noch vermißten ehemaligen Wehrmachtsangehörigen nur mehr wenige Personen am Leben waren. Deshalb wird man diese vermißten Wehrmachtsangehörigen bilanzmäßig zu den Wehrmachtssterbefällen rechnen müssen. Berücksichtigt man nun auch noch die aus der Registrierung gewonnenen Zahlen für die Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen, so ergeben sich für das Bundesgebiet 36 119 Personen, das sind 4,1 vH der bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet ermittelten Vertriebenen aus Ostpommern. Nun liegt erfahrungsgemäß dieser Anteilsatz, gemessen an der tatsächlichen Zahl der Gefallenen, um etwa 40 vH zu niedrig. Erhöht man ihn entsprechend, so errechnen sich 5,7 vH. Legt man nun diese Gefallenenuote auf die bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet ermittelten Vertriebenen aus Ostpommern um, dann ergibt sich für dieses Gebiet eine Zahl von rund 50 400 Gefallenen; auf die deutsche Vorkriegsbevölkerung Ostpommerns berechnet, ergibt sich eine Zahl von rund 107 500 Wehrmachtstoten. Nun ist aber zu bedenken, daß von der Registrierung im Bundesgebiet bzw. in Berlin (West) nur ein kleinerer Teil der aus Ostpommern stammenden Wehrmachtsvermißten, Kriegsgefangenen usw. erfaßt wurde, weil viele Vertriebene aus diesem Gebiet in der sowjetischen Besatzungszone ansässig geworden sind. Die errechnete Zahl der Wehrmachtstoten aus Ostpommern kann also nur ein Mindestwert sein. Die tatsächliche Zahl der militärischen Kriegsverluste dürfte bei etwa 120 000 bis 125 000 liegen. In der Bilanz wird mit der letzteren Zahl gerechnet werden. In diese Wehrmachtssterbefälle sind auch jene Verluste einbezogen, die der im Oktober 1944 geschaffene und im ostpommerschen Kampfgebiet von Ende Januar bis Mitte März 1945 eingesetzte Volkssturm erlitten hat¹⁸⁾.

An allen Brennpunkten der Kämpfe in Pommern standen pommersche Volkssturmeinheiten im Einsatz, trotzdem sie zumeist nur mangelhaft bewaffnet waren. An vielen Stellen haben Einheiten des Volkssturmes mit versprengten deutschen Soldaten die Hauptlast des Kampfes getragen und deshalb auch besonders hohe Verluste erlitten. Es ist jedoch schwierig, festzustellen, wie hoch die Verluste der ostpommerschen Volkssturmeinheiten im einzelnen gewesen sein können.

2. Die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung

a) durch Luftangriffe

Nach den Aufzeichnungen des Statistischen Reichsamtes, die über den Luftkrieg gegen das damalige Deutsche Reich und die durch ihn hervorgerufenen Zivilverluste und Zerstörungen für die Zeit von Kriegsbeginn bis Ende Januar 1945 Auskunft geben, sind im Bereich des Landeswirtschaftsamtes Stettin vom November 1940 bis 31. Januar 1945 an 3 900 Zivilpersonen durch den Luftkrieg ums Leben gekommen¹⁹⁾. Die Luftangriffe bis Ende März 1943 waren im pommerschen Raum nur Störungsangriffe, denen 25 Zivilisten zum Opfer gefallen waren. Die schweren Luftangriffe begannen im April 1943; allein in diesem Monat wurden im Bereich des LWA Stettin an 600 Luftkriegstote unter der Zivilbevölkerung festgestellt. Auch im August und Oktober 1943 wurden noch größere Luftangriffe gegen pommersche Städte und Industrieanlagen unternommen, so daß Ende Oktober 1943 bereits über 1 200 Luftkriegstote unter der pommerschen Zivilbevölkerung zu verzeichnen waren. Die schwersten Angriffe im Berichtszeitraum erfolgten, vor allem auf Stadt und Hafen Stettin, im August 1944; damals betrug die Zahl der Luftkriegsopfer unter der Zivilbevölkerung allein etwa 2 000 Personen.

Vorgenannte Angaben betreffen jeweils den gesamten Bereich des LWA Stettin, somit Vorpommern und Ostpommern zusammen. Für die Bilanz haben sie deshalb nur bedingten Wert. Über die schweren anglo-amerikanischen Luftangriffe, die nach dem 31. Januar 1945 gegen ostpommersches Gebiet geflogen wurden, sind keine amtlichen Zahlen erhalten geblieben. Sie richteten sich hauptsächlich gegen Stettin und Swinemünde, zu einer Zeit, in der Städte und Straßen des von der Roten Armee noch nicht besetzten ostpommerschen Gebietes von Hunderten von Trecks flüchtender Zivilbevölkerung überfüllt waren. Es steht ganz außer Zweifel, daß diese Luftangriffe besonders hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung verursachten. Wenn bis Ende Januar 1945 die Zivilverluste durch Bomben und Bordwaffenbeschuß im Bereich des LWA Stettin schon an 4 000 Personen heranreichten, so wird man wohl nicht fehlgehen, wenn man die Gesamtverluste der ostpommerschen Zivilbevölkerung durch den Luftkrieg bis zum Kriegsende insgesamt auf annähernd 8 000 Personen schätzt. Es sei dabei im besonderen auch darauf hingewiesen, daß solche Zivilverluste der ostpommerschen Bevölkerung auch noch auf hoher See und bei den Trecks und Flüchtlingszügen eintraten, die bereits östlich der Oder angelangt waren.

b) bei Erdkämpfen und Besetzung

Die fortschreitende Besetzung Ostpommerns durch die Rote Armee und durch die mit ihr operierenden polnischen Verbände forderte unter der Zivilbevölkerung zahlreiche Todesopfer. Diese waren um so höher, je erbitterter gekämpft wurde und besonders hoch in den eingeschlossenen Städten, in denen der Widerstand der deutschen Verteidiger oft erst nach tagelangem schwersten Artillerieeinsatz und immer engerer Einschnürung zum Erliegen kam. Wie auch aus den Aufzeichnungen und Erlebnisberichten in der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“²⁰⁾ hervorgeht, kamen bei der Besetzung der einzelnen Dörfer und Städte viel Zivilisten teils schon bei den Kämpfen, vielfach aber erst bei der Durchsuchung der einzelnen Häuser und bei den Plünderungen und Vergewal-

tigungen ums Leben. Wahlos wurden Männer und Frauen erschossen. Auch die bereits auf der Flucht befindliche Bevölkerung erlitt bei Überholung durch Verbände der Roten Armee oft Verluste an Menschenleben. So fiel beispielsweise am Morgen des 4. März bei Treptow ein Eisenbahnzug mit Müttern und Kindern der Beschießung durch russische Panzer zum Opfer²¹⁾.

Außerordentlich hoch war die Zahl jener, die sich angesichts der Schrecken ringsum, zum Teil bereits unmittelbar vor der Besetzung der einzelnen Ortschaften und Städte durch die Sowjets, selbst das Leben nahmen. So wird in der Dokumentation²²⁾ berichtet, daß sich allein in Schönlanke im Netzekreis etwa 500 Deutsche selbst den Tod gaben. In Eichfier im Kreis Deutsch Krone hätten unmittelbar nach dem Einzug der Sowjets überall Tote gelegen, Dorfbewohner und Flüchtlinge²³⁾. In Polzin, wo in der ersten Zeit nach der Besetzung täglich Erschießungen stattgefunden haben, sind in einer einzigen Nacht 200—300 Zivilisten umgekommen²⁴⁾. Nach der Besetzung von Zetthun, einer kleinen Gemeinde im Landkreis Köslin, seien 12 Einwohner erschossen worden, darunter vier Frauen²⁵⁾. In der Nacht vom 7. auf den 8. März 1945, vor dem Einmarsch der Sowjets in die Stadt Stolp, nahmen sich viele Einwohner, zumeist mit ihren nächsten Familienangehörigen, das Leben. Es wird geschätzt, daß allein auf diese Weise nur in der Stadt Stolp rund 1000 Personen ums Leben gekommen sind²⁶⁾. Als Lauenburg i. Pom. am Morgen des 11. März von Sowjettruppen besetzt wurde, hatten sich in der vorangegangenen Nacht etwa 600 Einwohner dieser Stadt selbst entleibt²⁷⁾.

Aus der Schrift Falks²⁸⁾ geht hervor, daß in 13 Gemeinden des Kreises Neustettin²⁹⁾ 44 Personen eines gewaltsamen Todes starben, während 7 Freitod begingen. Im Kreis Belgard starben nach den Aufzeichnungen Osterwalds³⁰⁾ in 28 Gemeinden des Kreises Belgard³¹⁾ 78 Einwohner eines gewaltsamen Todes, während hier 30 Personen selbst Hand an sich legten. Auf der Flucht fanden aus allen 41 Gemeinden zusammen 99 Zivilpersonen den Tod. Es ergibt sich folgende Übersicht.

Die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung
in 41 Gemeinden der Kreise Belgard und Neustettin

Kreis	Zahl der Ge- meinden	Ein- wohner	Verluste auf der Flucht	Kriegsverluste der Zivilbevölkerung			
				vor	nach	ins- gesamt	in vH der Bevöl- kerung
				der Besetzung			
Belgard	28	8 905	52	30	78	160	1,79
Neustettin	13	4 913	47	7	44	98	1,99
Zusammen	41	13 818	99	37	122	258	1,867

Legt man nun den mittels dieser stichprobenartigen Erhebung gewonnenen Hundertsatz von 1,867 auf die gesamte Vorkriegsbevölkerung Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie um, dann ergibt sich, daß auf gleiche Weise in ganz Ostpommern etwa 35 400 Personen kurz vor, während und unmittelbar nach den Kriegshandlungen den Tod gefunden haben. Die Verluste, die bei den Verschleppungen in die Sowjetunion und nach Polen sowie später bei den Vertreibungen nach dem Westen eintraten, sind in dieser Zahl nicht berücksichtigt; wohl aber

sind die Fluchtverluste, die auf See eintraten, in dieser Zahl bereits mit enthalten, weil sie fast ausschließlich auf Kriegshandlungen zurückgehen. — Die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung aus Ostpommern können in der Bilanz selbst, leicht erhöht, auf zusammen etwa 43 000 Personen beziffert werden. Mit den militärischen Kriegsverlusten würden die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostpommerns somit zusammen rund 168 000 Personen betragen.

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ostpommerns Ende Januar 1945

Ohne Berücksichtigung der Wehrmachtssterbefälle³²⁾ und der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung hätte die deutsche Bevölkerung Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie vor Beginn der Verschleppungen in die Sowjetunion, die bereits unmittelbar nach Abschluß der Kampfhandlungen begannen und noch vor dem 8. Mai 1945 beendet wurden, insgesamt 1 956 000 Personen umfaßt. Nach Abzug der militärischen und zivilen Kriegsverluste verbleibt für die deutsche Bevölkerung in Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie ein Stand von 1 788 000 Personen.

Die nach 1944 noch in dem pommerschen Vertreibungsgebiet lebende evakuierte deutsche Bevölkerung, die zumeist aus dem Ruhrgebiet, aus Westfalen und Groß-Berlin stammte, ist hier nicht mitgezählt, ebenso auch nicht die besonders seit Beginn des Jahres 1945 nach Ostpommern eingeströmte deutsche Bevölkerung aus weiter ostwärts liegenden deutschen Siedlungsgebieten, insbesondere aus dem Warthegau, aus Ostpreußen und dem Reichsgau Danzig-Westpreußen, die, soweit es ihr nicht gelang, rechtzeitig weiter zu fliehen, das Schicksal der einheimischen deutschen Bevölkerung teilen mußte. Es kann geschätzt werden, daß sich Ende Januar 1945 noch etwa eine halbe Million deutscher Evakuierter und Flüchtlinge in Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie befand.

F. Die Vertriebenen aus Ostpommern

Als deutscherseits mit der Möglichkeit eines sowjetrussischen Vordringens bis auf das Reichsgebiet gerechnet werden mußte, wurden Evakuierungspläne zur Herauslösung der deutschen Bevölkerung aus den gefährdeten Gebieten ausgearbeitet. Sie sahen, soweit sie pommersches Gebiet betrafen, die völlige Räumung der östlich der Pommernstellung gelegenen Gebiete von der Zivilbevölkerung vor.

Zu den im Ernstfall zu räumenden Gebieten gehörten der gesamte Netzekreis, für den der Kreis Grimmen als Aufnahmekreis vorgesehen war, weiter der vor der Pommernstellung gelegene Teil des Kreises Deutsch Krone, für den als Aufnahmegebiet der Kreis Demmin vorgesehen war, sowie auch die exponierten Teile der Kreise Arnswalde, Friedeberg, Schneidemühl, Neustettin und Flatow. Am 20. Januar 1945 war die Räumung aller vor der Pommernstellung gelegenen Gemeinden, etwa 70 an der Zahl, vorbereitet. Zuerst sollten die Evakuierten sowie die einheimischen Frauen und Kinder das gefährdete Gebiet verlassen³³⁾.

Ende Januar 1945 stießen die Sowjets durch das südpommerische Gebiet gegen die Oder vor, der Räumungsbefehl wurde jedoch nicht oder bereits zu spät gegeben³⁴⁾. Aus diesem Grunde setzte eine Fluchtbewegung überstürzt und panik-

artig ein, doch war es großen Teilen der Zivilbevölkerung gar nicht mehr möglich, sich der Gewalt der Sowjets zu entziehen. Da die Pommernstellung von den Sowjets von rückwärts genommen werden konnte, war eine geordnete Rückführung der Zivilbevölkerung aus dem gesamten südpommerischen Gebiet nicht mehr möglich.

Während des Monats Februar 1945 konnte die Front etwa 50 km nördlich der Warthe-Netze-Linie im großen ganzen gehalten werden. Dadurch wurde es möglich, wenigstens hier das Hinterland weitgehend zu evakuieren, doch stauten sich die Flüchtlingszüge und Trecks vor der Odermündung und im Küstengebiet dermaßen, daß der Abfluß der Zivilbevölkerung infolge der wachsenden militärischen und verkehrstechnischen Schwierigkeiten nur noch stockend vor sich ging. Aus der Festung Kolberg konnten bis zum 16. März 1945 noch 70 000 Zivilpersonen mit Schiffen abtransportiert werden³⁵).

Die Sowjets veranlaßten die Rückkehr aller abgeschnittenen und eingeholten Flüchtlingszüge in ihre Ausgangsorte. Als die Sowjets auch Vorpommern, Mecklenburg und Brandenburg besetzt hatten, bemühten sie sich, die gesamte, in ihrem Machtbereich angetroffene ostdeutsche Bevölkerung zur Rückkehr in ihre Heimatgebiete zu drängen. Von den während der letzten Kriegsmonate nach Westen gelangten Pommern verblieben im allgemeinen nur die in die britische Besatzungszone Eingewiesenen in den Aufnahmegebieten. Aus der sowjetischen Besatzungszone wanderten die meisten wieder ab. Es wird geschätzt, daß allein im Mai und Juni 1945 150 000 bis 180 000 Pommern aus Vorpommern und Mecklenburg über die Oder zurückkehrten³⁶). So geschah es, daß sich auch die ostpommerischen Gebiete wieder weitgehend mit Deutschen bevölkerten, zur gleichen Zeit, als die Polen, denen nach drei Monaten Brandschatzung und Ausplünderung gebietsweise die Verwaltung über die ostpommerischen Gebiete von den Sowjets übergeben worden war, bereits darangingen, die Deutschen aus ihrer Heimat auszutreiben. Auf diese Weise wuchs etwa die Zahl der Deutschen in Treptow, das 1939 10 900 Einwohner aufgewiesen hatte, wieder auf etwa 3 000 an³⁷), nach Köslin (1939 33 500 Einwohner) kehrten noch im April 1945 12 000 Deutsche zurück³⁸), in den Landkreis Köslin an 20 000 Deutsche, während sich in Dramburg, das in der Nacht vom 4. auf den 5. März im Straßenkampf von den Sowjets erobert worden war, im Mai 1945 wieder etwa 4 000 deutsche Bewohner der Stadt zusammenfanden³⁹).

Nach der Rückkehr der Geflüchteten weilte etwa noch die Hälfte des deutschen Bevölkerungsstandes von 1939 in Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie. Die ersten Vertreibungen Deutscher setzten im Juni 1945, zunächst völlig willkürlich und an verschiedenen Orten ein, hauptsächlich im westlichen Teil Ostpommerns⁴⁰). Die Bevölkerung, die damals noch immer auf die baldige Wiederkehr geordneter rechtlicher Verhältnisse hoffte, wurde durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz Anfang August 1945, welche die gänzliche Vertreibung der deutschen Bevölkerung auch aus Ostpommern vorsah, enttäuscht.

Die Vertreibung stand in engem Zusammenhang mit der schrittweise vorgenommenen, bis Mitte September 1945 anhaltenden Übernahme der lokalen Verwaltung durch die Polen, die bis dahin jeweils von sowjetrussischen Ortskommandanturen wahrgenommen wurde. Die neu eingesetzten Verwaltungen

waren in den ersten Wochen ihrer Tätigkeit vor allem bestrebt, die einzelnen deutschen Städte und auch die ländlichen Gebiete möglichst rasch von den Deutschen zu entvölkern. Seit Mitte August 1945 verlangsamte sich jedoch das Tempo der Vertreibung aus den ländlichen Gebieten, weil sowohl die Rote Armee, als auch die Polen auf die einheimische bäuerliche Bevölkerung zur Einbringung der Ernte nicht verzichten konnten. Von Ende August bis Mitte Oktober 1945 wurde vor allem die städtische Bevölkerung zum Verlassen ihrer Heimatorte gezwungen. Erst, als auch die Hackfrüchte eingebracht waren, wurde die arbeitsfähige landwirtschaftliche Bevölkerung in vollem Umfang in die Vertreibungsaktion mit eingeschlossen, die aus diesem Grunde ihren Höhepunkt während der Wintermonate 1945/46 erreichte.

Die Vertreibungen aus dem Ostteil Ostpommerns begannen erst ab Oktober 1945. In Stolp, das damals noch 20 000 Deutsche aufwies, begannen die Vertreibungen Anfang Dezember 1945⁴¹⁾. Die Dörfer der Umgebung von Stolp hatten im Winter 1945/46 noch etwa die Hälfte des deutschen Vorkriegsbevölkerungsstandes, der nun freilich rasch zusammenschmolz. Die Vertreibungen, die während des harten Winters 1945/46 besonders schwere Opfer forderten, wurden auch in den Gebieten von Kolberg und Dramburg mit großer Rücksichtslosigkeit fortgesetzt. Bis zur polnischen Volkszählung im Februar 1946 hatten mehr als zwei Drittel, bis Oktober 1946 etwa 90 vH der ansässigen Deutschen ihre ostpommersche Heimat aufgeben müssen⁴²⁾.

Viele Vertriebene konnten in den unmittelbar an ihre Heimat angrenzenden Gebieten der Sowjetzone bleibende Aufnahme finden, so in Vorpommern, Brandenburg und Mecklenburg. Durch die organisierten Vertriebenentransporte wurden jedoch Hunderttausende von Ostpommern hauptsächlich in die damalige britische Besatzungszone gebracht, besonders im Jahre 1946 im Zuge der „Operation Swallow“⁴³⁾. Welches Ausmaß diese Vertreibungsbewegung im Herbst 1946 bereits angenommen hatte, darüber gibt erstmalig die deutsche Volkszählung Aufschluß.

1. Stand: 29. Oktober 1946

Die ersten amtlichen Zahlen über die Vertriebenen liegen aus der Volkszählung vor, die am 29. Oktober 1946 in allen vier Besatzungszonen Deutschlands und in Berlin durchgeführt wurde. Da die Vertreibungen zu diesem Zeitpunkt im vollen Gange waren, kommt den Ergebnissen dieser Volkszählung, wenigstens soweit sie die Vertriebenen betreffen, praktisch nur der Wert einer Zwischenermittlung zu. Endgültige Ergebnisse konnten erst zu einem Zeitpunkt erwartet werden, zu dem die Vertreibung der deutschen Bevölkerung im wesentlichen abgeschlossen war. Dies war für den unter polnischer Verwaltung gestellten Teil Pommerns im Verlaufe des Jahres 1947 der Fall. Seit jener Zeit sind gewisse polnische Maßnahmen erkennbar, die darauf abzielen, die verbliebenen deutschen Bevölkerungsreste dem Land als Arbeitskräfte zu erhalten und sie sogar an ihrem Wegzug zu hindern.

Nachstehende Übersicht bestätigt, daß die unmittelbar an Ostpommern angrenzenden Länder der sowjetischen Besatzungszone vier Fünftel aller von dort in die sowjetische Besatzungszone vertriebenen Deutschen aufgenommen haben. In Mecklenburg, wohin allein 67,4 vH der in die sowjetische Besatzungszone vertriebenen

**Vertriebene aus Ostpommern in der sowjetischen Besatzungszone
am 29. Oktober 1946⁴⁴⁾**

Land	Vertriebene
Brandenburg	70 500
Mecklenburg	339 900
Sachsen-Anhalt	53 300
Thüringen	23 500
Sachsen	17 300
Sowjetische Besatzungszone	504 500

Pommern gekommen sind, zeigt im kleinen das gleiche Bild, wie es die sowjetische Besatzungszone als Aufnahmegebiet der vertriebenen Pommern als Ganzes bietet: Die der Heimat am nächsten gelegenen Gebiete zeigen eine besonders starke Belegung mit vertriebenen Pommern. Der Grund hierfür liegt ohne Zweifel zu einem erheblichen Teil in dem Wunsch, der Heimat möglichst nahe zu bleiben und in einer Umgebung leben zu können, die in vielem heimatliche Züge aufweist. Hierbei spielen Mundart, Brauchtum und kirchliche Verhältnisse ebenso eine Rolle wie die wirtschaftliche Struktur des Aufnahmegebietes: Sowohl Mecklenburg als auch Brandenburg sind vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete. Es ist anzunehmen, daß die aus ihrer Heimat vertriebenen Pommern, bei denen es sich vorwiegend um landwirtschaftliche Bevölkerung handelt, auch weitgehend hier ansässig geworden sind. Hierzu hat auch die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführte Bodenreform, die vor allem eine Ansiedlung des Großgrundbesitzes in Neubauernstellen mit sich brachten, nicht unerheblich beigetragen. Mit einem stärkeren Fortzug landwirtschaftlicher Vertriebenenbevölkerung aus vorwiegend landwirtschaftlichen Ländern in Industriegebiete ist, zumindest was die Vertriebenen aus Ostpommern betrifft, kaum zu rechnen. Daraus kann gefolgert werden, daß die Abwanderung ländlicher Vertriebenenbevölkerung aus der sowjetischen Besatzungszone in das Bundesgebiet bis Ende 1950 ohne Zweifel geringer war, als der von September 1946 bis September 1950 erfolgte Zustrom weiterer landwirtschaftlicher Bevölkerung aus Ostpommern in die sowjetische Besatzungszone. Über die mutmaßliche Zahl der Vertriebenen aus Ostpommern zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950 in der sowjetischen Besatzungszone soll noch berichtet werden.

Wie die Volkszählung von 1946 ergab, befand sich der größte Teil der vertriebenen Ostpommern schon damals im heutigen Bundesgebiet; auf deutschem Boden westlich der Oder-Neiße-Linie lebten bereits 1186500 ostpommersche Vertriebene. Es ist zu vermuten, daß diese Zahl einen Mindestwert darstellt, weil einzelne vertriebene Ostpommern keine Angaben in den Zählpapieren über den Wohnsitz am 1. September 1939 gemacht haben und auch aus anderen Angaben nicht auf ihre Herkunft geschlossen werden konnte. Erfahrungsgemäß ist ihre Zahl aber recht gering und soll hier nicht besonders berücksichtigt werden.

Die 24300 Vertriebenen aus Ostpommern, die sich Ende Oktober 1946 in Dänemark befanden, waren in den letzten Kriegsmonaten vor den andringenden Sowjettruppen, zum Teil auf dem Wasserwege, in das damals noch von deutschen Truppen besetzte Land evakuiert worden und nach der Kapitulation der deutschen

Wehrmacht zusammen mit etwa 160 000 Vertriebenen aus anderen Gebieten in eine Reihe dänischer Flüchtlingslager gebracht worden. — Die Zahl derjenigen Ostpommern, die bis zum Zeitpunkt der Volkszählung 1946 in andere europäische oder außereuropäische Länder abwanderten, wird außerordentlich gering sein, weil im allgemeinen die Grenzen der Länder für die Einwanderung Deutscher gesperrt waren. —

Die Vertriebenen aus Ostpommern im Jahre 1946⁴⁵⁾

Gebiet	Vertriebene
Britische Besatzungszone	597 200
Amerikanische Besatzungszone	54 900
Französische Besatzungszone	5 900
Zusammen	658 000
Sowjetische Besatzungszone	504 500
Berlin	24 100
Dänemark	24 300
Insgesamt	1 210 900

Die Gesamtzahl der aus Ostpommern Vertriebenen betrug Ende Oktober 1946 fast 1 211 000 Personen, d. s. 67,7 vH der deutschen Bevölkerung Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Stand von Ende 1944.

2. Stand: 13. September 1950

Wie bereits festgestellt wurde, war zum Zeitpunkt der ersten deutschen Nachkriegszählung am 29. Oktober 1946 die Vertreibung der deutschen Bevölkerung noch im vollen Gange. Bis zur zweiten deutschen Volkszählung nach dem Kriege, die in der sowjetischen Besatzungszone am 30. August 1950 und in der Bundesrepublik am 13. September 1950 durchgeführt wurde, sind noch weit über Hunderttausend Deutsche aus dem polnisch verwalteten Teil Pommerns nach dem Westen vertrieben worden. Schließlich kamen Zehntausende von Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft, die in Ostpommern beheimatet waren, hinzu. Im gleichen Zeitraum ist aber auch in den deutschen Aufnahmegebieten eine starke Wanderungsbewegung unter den Vertriebenen wahrzunehmen, in welcher der Wanderung zwischen der sowjetischen Besatzungszone und dem Bundesgebiet eine besondere Bedeutung zukommt. Weiterhin soll nicht übersehen werden, daß der Abtransport der zivilen deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den dänischen Flüchtlingslagern nach Deutschland am 1. November 1946 begann und bis zum 15. Februar 1949 abgeschlossen war⁴⁶⁾. Nicht zuletzt ist auch die natürliche Bevölkerungsbewegung von Einfluß auf die Entwicklung der Zahl der vertriebenen Pommern gewesen, während die Auswanderung kaum eine Rolle gespielt hat.

In welchem Umfange haben nun die einzelnen Faktoren eine Veränderung der Vertriebenenzahl bewirkt?

Die mutmaßliche Zahl der deutschen Bevölkerung in Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie kann, wie noch zu zeigen sein wird, am 29. Oktober 1946 mit mindestens 155 000 Personen angegeben werden. Da sich weiterhin der Stand der bodenständigen deutschen Bevölkerung in Ostpommern für Ende 1950 mit 55 000

errechnen läßt, wären in der Zwischenzeit etwa 100 000 Pommern nach Mitteldeutschland und in das Bundesgebiet vertrieben worden⁴⁷⁾. Ausweisungen sind von Ende 1946 an, vor allem in die sowjetische Besatzungszone gegangen. Man wird annehmen können, daß fast zwei Drittel in die sowjetische Besatzungszone und mehr als ein Drittel in das Bundesgebiet gekommen sind. Das würde also bedeuten, daß von den nach dem 29. Oktober 1946 aus Ostpommern Vertriebenen etwa 35 000 in das Bundesgebiet und 65 000 in die sowjetische Besatzungszone gekommen sind.

Aus Dänemark wurden bis Ende Februar 1949 rund 24 300 aus Ostpommern stammende und von dort zumeist über See geflüchtete Deutsche in das Bundesgebiet, nach Berlin und in die sowjetische Besatzungszone abtransportiert⁴⁸⁾. Von ihnen dürften etwa 18 000 in das Bundesgebiet, einige auch nach Berlin (West) gekommen sein⁴⁹⁾; für die sowjetische Besatzungszone und Ostberlin verblieben somit rund 6 000 Ostpommern.

Wie groß die Zahl der in der Zeit vom 29. Oktober 1946 bis zum 13. September 1950 aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen ehemaligen, aus Ostpommern stammenden deutschen Wehrmachtsangehörigen ist, kann nur annähernd geschätzt werden. Nach amtlicher Darstellung⁵⁰⁾ sind im vorgenannten Zeitraum in das Bundesgebiet 1 221 000 Deutsche aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden:

29. Oktober bis 31. Dezember 1946	47 000
1947	351 000
1948	500 000
1949	285 000
1. Januar bis 13. September 1950	38 000
29. Oktober 1946 bis 13. September 1950	1 221 000

Man kann nun diese Zahl zur Bevölkerungszunahme im Bundesgebiet zwischen 1946 und 1950 in Beziehung setzen und erhält den Anteil, den die Heimkehrer an der Bevölkerungsentwicklung gehabt haben. Legt man diesen Satz auf die Zunahme der Vertriebenen aus Ostpommern in der Bundesrepublik und in Berlin (West), die rund 249 000 Personen betrug, an, dann errechnet sich eine Zahl von rund 50 000 Ostpommern, die bis September 1950 aus der Kriegsgefangenschaft in diese Gebiete entlassen wurden.

Schon in jener Zeit bestand bei vielen Heimkehrern die Tendenz, nicht in das sowjetisch besetzte Mitteldeutschland, sondern in die Bundesrepublik oder nach Berlin (West) entlassen zu werden, auch wenn sie dort nur zu entfernteren Verwandten oder zu Kriegskameraden gehen konnten. Die eigenen Angehörigen wanderten dann, soweit sie im sowjetischen Besatzungsbereich lebten, in der folgenden Zeit meist nach. Dennoch wird die errechnete Zahl ein Höchstwert sein, weil der der Berechnung zugrunde gelegte Anteil der Heimkehrer an der Bevölkerungszunahme des Bundesgebietes für die zurückgekehrten Kriegsgefangenen aus Ostpommern etwas zu hoch sein dürfte. In der Bilanz soll nur mit 50 000 aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Ostpommern gerechnet werden. — Wenn man weiter berücksichtigt, daß im September 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) fast $\frac{2}{3}$ und in der sowjetischen Besatzungszone und Ostberlin etwa $\frac{1}{3}$ aller Vertriebenen aus Pommern lebten, dann müßte man für die letzteren Gebiete weitere 25 000 Heimkehrer ansetzen. Zusammen würden sich also 75 000 Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft ergeben, die zwischen der Volkszählung 1946 und derjenigen von 1950 in das Bundesgebiet und Mitteldeutschland entlassen wurden. Diese Zahl wird nicht zu hoch gegriffen sein.

Man wird weiter annehmen können, daß sich unter den Kriegsgefangenen und unter den zwischen Herbst 1946 und 1950 aus Pommern ostwärts der Oder-Neiße-Linie Vertriebenen auch Personen befunden haben, die aus Verschleppung oder Internierung zurückgekehrt sind. Für die übrigen wird man eine Zahl von insgesamt 11 000 schätzen können; von diesen werden ungefähr 3 000 in die sowjetische Besatzungszone oder nach Ostberlin gekommen und dort verblieben sein.

Was schließlich noch die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Vertriebenen aus Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie anlangt, so wird man nur für die im Bundesgebiet lebenden Vertriebenen bis Ende 1950 mit einem stärkeren Geburtenüberschuß rechnen können.

Nach den Berechnungen, die im Rahmen der vorliegenden Bilanzuntersuchungen durchgeführt wurden, hatten die 7 876 000 im Bundesgebiet lebenden Vertriebenen bis Ende 1950 einen Geburtenüberschuß von zusammen 275 000 Personen. Da auf die Vertriebenen aus Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie 1950 11,3 vH der Vertriebenenbevölkerung in der Bundesrepublik entfielen, würde unter der Voraussetzung, daß die natürliche Entwicklung bei allen Vertriebenengruppen gleichmäßig verlief, auf die Ostpommern ein Geburtenüberschuß von rund 31 000 Personen entfallen. Das wiederum bedeutet, daß von den im Jahre 1950 in der Bundesrepublik lebenden 891 000 Personen aus Ostpommern nur 860 000 von der Vertreibung unmittelbar betroffen wurden.

Außer den anläßlich der Volkszählung von 1946 ermittelten Angaben wurden in der sowjetischen Besatzungszone keine weiteren Mitteilungen über die Zahl der Heimatvertriebenen mehr gemacht, obgleich auch bei der Volkszählung im August 1950 der Wohnsitz am 1. 9. 1939 — das Kriterium für die Abgrenzung der Vertriebenen — erfragt wurde. Aus diesem Grunde ist es auch nicht möglich, die natürliche Entwicklung der in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Vertriebenen zu verfolgen. Seraphim⁵¹⁾ nimmt an, daß die Geburtenfrequenz der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone bis 1950 infolge der ungünstigeren Lebensbedingungen anteilmäßig etwa 10 vH unter denen der übrigen Bevölkerung lagen. Diese Mutmaßung Seraphims widerspricht allerdings dem biologischen Verhalten der Vertriebenen in der Bundesrepublik. Man wird deshalb voraussetzen können, daß die Geburtenziffern der aus Ostpommern Vertriebenen auch in der sowjetischen Besatzungszone eher höher und nicht niedriger als die der einheimischen Bevölkerung Mitteldeutschlands war⁵²⁾. Das besagt allerdings noch nicht, daß diese Vertriebenen in allen Jahren z. B. einen Geburtenüberschuß haben werden, wenn zur gleichen Zeit die übrige Bevölkerung ein Geburtendefizit zeigt.

Um diese Frage zu klären, soll folgende Überlegung angestellt werden: Die Hauptmasse der aus den Gebieten Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie stammenden „Umsiedler“ hat innerhalb der sowjetischen Besatzungszone in Mecklenburg Aufnahme gefunden. Für dieses Land sind folgende Geburten(+) bzw. Sterbefall(—)überschüsse (aT der Bevölkerung) festgestellt worden:

1947	— 3,5
1948	— 0,9
1949	+ 1,8
1950	+ 2,7
1947 bis 1950	+ 0,1

Die Verhältnisse bei den Vertriebenen aus Ostpommern werden voraussichtlich etwas günstiger als die eben skizzierten sein. Da die Lage in den übrigen Aufnahmegebieten für die Ostpommern innerhalb der sowjetischen Besatzungszone ähnlich ist, soll angenommen werden, daß die mecklenburgischen Zahlen auf diese Gebiete im wesentlichen übertragen werden können. Wenn man nun noch berücksichtigt, daß für die letzten Monate des Jahres 1946 ein relativ starker Sterbefallüberschuß vorhanden ist, dann kann man annehmen, daß die Vertriebenen aus Ostpommern in dem Zeitraum zwischen den beiden Volkszählungen nur einen relativ geringen Geburtenüberschuß gehabt haben. Er wird auf Grund der Erfahrungen bei anderen ostdeutschen Landsmannschaften höchstens bei 1 500—2 000 Personen liegen. Für Berlin wird man für die Zeit zwischen den beiden Volkszählungen bestenfalls einen Ausgleich von Geburten und Sterbefällen bei den vertriebenen Pommern annehmen können. Insgesamt soll in der Bilanz mit einem Geburtenüberschuß von 33 000 gerechnet werden.

Die Möglichkeit, freiwillig auszuwandern, bot sich den aus Ostpommern Vertriebenen praktisch nur vom Bundesgebiet aus. Eine nennenswerte legale Auswanderung aus dem Gebiet der Bundesrepublik setzte jedoch erst nach 1947 ein. Mangels einer ausreichenden deutschen Auswanderungsstatistik kann die Zahl der Ostpommern, die von 1946 bis 1950 in das westliche Ausland abgewandert sind, nur geschätzt werden. In dieser Zeit wanderten nach den Feststellungen Schusters⁶³⁾ insgesamt 64 300 Deutsche aus. Aus den Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes⁶⁴⁾ ergibt sich, daß in den Jahren 1947 bis 1950 einschließlich rund 71 000 Deutsche allein nach Übersee ausgewandert sind. Wie bereits in den methodischen Vorbemerkungen ausgeführt wurde, wird aber mit rund 120 000 deutschen Auswanderern in diesen Jahren zu rechnen sein, von denen der größte Teil auf Vertriebene entfallen wird. Es wurde eine Gesamtzahl von rund 100 000 angenommen. Die Pommern dürften in relativ etwas geringerem Maße ausgewandert sein, als z. B. die Polendeutschen oder die Sudetendeutschen, die über gute Beziehungen zu Angehörigen der gleichen Religionsgemeinschaft (z. B. Mennoniten) oder zu Landsleuten im Ausland hatten. Man wird in dieser Bilanz damit rechnen können, daß kaum mehr als 4 bis 5 aT der ostpommerschen Vertriebenen, d. s. etwa 4 000 Personen, zwischen den Volkszählungen 1946 und 1950 ausgewandert sind.

Zusammenfassend ergeben sich also für die Zeit zwischen den beiden Volkszählungen zunächst folgende Veränderungen in der Zahl der vertriebenen Pommern.

Veränderung der Zahl der Vertriebenen aus Ostpommern 1946 bis 1950

Art der Veränderung	Bundesgebiet und Berlin (West)	Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin
Aufnahme von Ausgewiesenen	+ 35 000	+ 65 000
Entlassungen aus Kriegsgefangenschaft	+ 50 000	+ 25 000
Entlassung aus Internierung	+ 8 000	+ 3 000
Rückführung von Vertriebenen aus Dänemark	+ 18 000	+ 6 000
Geburtenüberschuß	+ 31 000	+ 2 000
Zusammen	+ 142 000	+ 101 000
Auswanderung	— 4 000	—
Interzonenwanderung	+ 110 700	— 110 700
Insgesamt	+ 248 700	— 9 700

Aus den Ergebnissen der Volkszählungen 1946 und 1950 kann aber für die Bundesrepublik und für Berlin (West) eine Zunahme der Zahl der vertriebenen Pommern von rund 249 000 oder 36,9 vH festgestellt werden. Die Zunahme war in Berlin (West) mit 94,5 vH besonders hoch.

Die Vertriebenen aus Ostpommern in der Bundesrepublik und in Berlin (West) am 29. Oktober 1946 und am 13. September 1950

Gebiet	Vertriebene aus Ostpommern		Zunahme 1950 gegenüber 1946	
	1946 ⁵⁵⁾	1950 ⁵⁶⁾		
	Anzahl			vH
Bundesgebiet	658 000	891 100	+ 233 100	+ 35,4
Berlin (West)	16 100	31 700	+ 15 600	+ 96,9
Insgesamt	674 100	922 800	+ 248 700	+ 36,9

Die Gegenüberstellung dieser Zahlen mit derjenigen, die sich aus der Berechnung der einzelnen Veränderungsfaktoren für das Bundesgebiet und für Berlin (West) ergeben hat, zeigt eine Differenz von rund 111 000 Personen. Sie wird dadurch entstanden sein, daß in der Zeit von Herbst 1946 bis Herbst 1950 im Rahmen der Interzonenwanderung viele vertriebene Pommern, die zum Zeitpunkt der Volkszählung 1946 in der sowjetischen Besatzungszone oder in Ostberlin lebten, in das Bundesgebiet oder nach Berlin (West) weitergewandert sind.

Für die in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin lebende Bevölkerung aus Ostpommern ergibt sich aus dem Vorstehenden für September 1950 folgender Stand:

Stand: 29. Oktober 1946	
Sowjetische Besatzungszone	504 500
Ostberlin	8 000
zusammen	512 500
aus Dänemark eingeschleust	+ 6 000
aus der Heimat neu Vertriebene	+ 65 000
entlassene ehemalige Kriegsgefangene	+ 25 000
zurückgekehrte Zivilinternierte, Verschleppte und Sonstige	+ 3 000
Geburtenüberschuß	+ 2 000
zusammen	+ 613 500
Wanderungsverluste durch Interzonenwanderung	— 110 700
Stand: September 1950	502 800

Bei einer Abnahme von rund 10 000 Personen in der Zeit zwischen den beiden deutschen Nachkriegszählungen errechnet sich somit für September 1950 in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin eine Zahl von 503 000 vertriebenen Ostpommern. — Auf Grund vorstehender Berechnungen ergibt sich nach dem Stand von September 1950 folgende Übersicht über den Aufenthalt der vertriebenen deutschen Bevölkerung aus Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie:

Gebiet	Vertriebene
Bundesrepublik	891 000
Berlin (West)	32 000
Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin	503 000
Westliches Ausland	4 000
Insgesamt	1 430 000

Da in der zum Teil mit Hilfe von Schätzzahlen ermittelten ostpommerschen Vertriebenenbevölkerung für die Zeit von 1946 bis 1950 ein Geburtenüberschuß von 33 000 Personen noch mit enthalten ist, errechnet sich für die Bilanz nach dem Stand vom Herbst 1950 eine Zahl von rund 1 397 000 aus Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie vertriebener Deutscher, die von der Ausweisung direkt betroffen wurden.

G. Die in Ostpommern zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung Ende 1950

Die amtliche polnische Statistik gibt über den Verbleib deutscher Bevölkerung in den deutschen Ostgebieten keine oder nur ungenügende Auskunft. Auf Grund der am 14. Februar 1946 durchgeführten ersten polnischen Nachkriegszählung wurde für Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie ohne die ostpommerschen Kreise Lauenburg, Schneidemühl und Friedeberg, jedoch mit den märkischen Kreisen Soldin und Königsberg Nm. ein Bevölkerungsstand von 889 100 Personen angegeben. Davon waren nach der polnischen Darstellung⁵⁷⁾

Polen	405 400
Rehabilitanden und Verifikanten	5 900
Deutsche	474 000
Sonstige	7 800
Insgesamt	892 600

Eine Aufgliederung dieser Zahlen nach kleineren Gebietseinheiten wurde nicht veröffentlicht. Danach war also Mitte Februar trotz der Verschleppungen, Vertreibungen und Liquidierungen jedweder Art das anerkannte Deutschtum auch in Pommern ostwärts der Oder-Neiße-Linie gegenüber dem seit dem Frühjahr 1945 zugezogenen Polentum in der absoluten Mehrheit. — Rehabilitanden und Verifikanten waren Personen, die sich bisher als Deutsche bekannt hatten, auch wenn eine kleine Zahl von ihnen doppelsprachig war. Es handelte sich bei ihnen vor allem um denjenigen Bevölkerungsteil, der von den Polen als „Autochthone“ erklärt wurde und zu dem auch die kleine Zahl der Kassuben gehörte (vgl. auch A 2). Allein die Tatsache, daß diese Menschen einem Überprüfungsverfahren, eben dem Rehabilitations- oder dem Verifikationsprozeß unterworfen wurden, zeigt, daß hier ein Bevölkerungsteil vorhanden war, dessen Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum erst nachgewiesen werden sollte. Im übrigen handelte es sich hierbei um kein Optionsverfahren im üblichen Sinne, da der Betroffene keine Entscheidungsfreiheit hatte, ob er in das Verfahren einbezogen werden wollte oder nicht. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß Rehabilitanden und Verifikanten bei der Volkszählung im Februar 1946 noch nicht als Polen ausgewiesen wurden. Wenn man diesen Personenkreis zu den anerkannten Deutschen hinzurechnet, dann ergibt sich für Februar 1946 eine Zahl von rund 480 000 Deutschen.

Auch unter den „Sonstigen“ werden sich mit Bestimmtheit viele Personen deutscher Volkszugehörigkeit befunden haben, weil es sich hierbei zumeist um Fälle handeln wird, für die in den Zählpapieren keine oder nur ungenaue Angaben über die Volkszugehörigkeit enthalten waren. Verschiedene polnische Stellen haben dieser Tatsache auch Rechnung getragen⁵⁸⁾.

Kolpinski⁶⁰⁾ teilt auf Grund ihm vorliegender amtlicher polnischer Unterlagen mit, bis zum 1. November 1946, somit nur ein paar Tage nach der ersten deutschen Nachkriegszählung, seien 68,1 vH der im Februar 1946 im gesamten polnischen Herrschaftsbereich noch anwesenden deutschen Bevölkerung ausgewiesen worden. Es würden also, vorausgesetzt, daß die Vertreibung, von örtlichen und zeitlichen Schwankungen abgesehen, in allen ostdeutschen Vertreibungsgebieten und in Polen mit gleicher Intensität betrieben wurde, am 1. November 1946 in Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie noch etwa 155 000 Deutsche gelebt haben. Diese deutsche Bevölkerung war hauptsächlich in den von der Oder-Neiße-Linie weiter abgelegenen Gebieten Ostpommerns ansässig. Sie wurde durch Aussiedlungs-transporte, vor allem im Laufe des Jahres 1947, schnell reduziert.

Nach dem polnischen Statistischen Jahrbuch 1947⁶⁰⁾ lebten in der Wojewodschaft Stettin, das ist das bereits umseitig skizzierte Gebiet Ostpommerns, bei einer Gesamtbevölkerung von 951 000 Personen 116 000 Deutsche und 833 000 Polen. Nach einer anderen Quelle⁶¹⁾ gliederte sich die Zahl der Polen wie folgt auf:

Autochthone	27 000	3,2 vH
Rückwanderer	343 000	41,2 vH
Umsiedler	463 000	55,6 vH
Zusammen	833 000	100 vH

Zu den Autochthonen werden neben Deutschen sowie zum Deutschtum gehörende Kassuben, die durch ein Verifikations- oder Rehabilitationsverfahren gegangen sind, auch der größte Teil der vor dem Kriege hier ansässigen 4100 Polen gezählt worden sein. — Außerdem wurden im polnischen Statistischen Jahrbuch 1947 noch 2000 „Sonstige“ ausgewiesen. Nach den vorangegangenen Darlegungen wird man also für den 1. Juni 1947 noch mit mindestens 143 000 Deutschen rechnen können. Ihre Zahl ist innerhalb von sieben Monaten um 337 000 Personen zurückgegangen. Diese Minderung wurde in erster Linie durch die Ausweisungen verursacht.

Bei der deutschen Bevölkerung handelt es sich nicht mehr lediglich um „Bodenständige“, sondern um die vermutliche Gesamtzahl der noch in Ostpommern lebenden Deutschen, also einschließlich derjenigen, die aus Ostpreußen, anderen Teilen der deutschen Ostgebiete und aus Polen hierher gekommen und häufig auf den im Raum Köslin-Schlawe-Stolp errichteten großen Staatsgütern beschäftigt waren. Die Älteren und Arbeitsunfähigen unter diesen Deutschen waren meist schon bis Ende März 1946 über die Oder nach Westen abgeschoben worden⁶²⁾.

Die „Operation Link“⁶³⁾, die auf einem Abkommen der britischen und der sowjetischen Besatzungsmacht mit der polnischen Verwaltung beruhte und den Zweck hatte, die Zusammenführung von Familienangehörigen zu ermöglichen, brachte eine weitere zahlenmäßige Schwächung der noch zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung. An sich sollten nur Angehörige bereits vertriebener Deutscher ausgesiedelt werden, deren Zahl vorher festgelegt worden war. Die Praxis ergab aber, daß durchaus nicht alle für eine Zusammenführung vorgesehenen Personen die Ausreiseerlaubnis von der polnischen Verwaltung erhielten. An ihre Stelle wurden zum Teil andere Deutsche, vor allem ältere und nicht mehr arbeitsfähige Personen in die Aussiedlungstransporte aufgenommen. Nach Aufzeichnungen des Deutschen Roten Kreuzes sind vom Beginn der Operation Link bis 31. März 1955

über 4200 Deutsche aus Ostpommern in die Bundesrepublik gekommen. Der größte Teil von ihnen dürfte während des Jahres 1950 eingetroffen sein. Es ist anzunehmen, daß mindestens die gleiche Zahl auch in die sowjetische Besatzungszone und nach Ostberlin kam. Bis zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950 wird man mit rund 8000 deutschen Aussiedlern rechnen müssen.

Die Ermittlung der Zahl der im Herbst 1950 noch in Ostpommern lebenden Deutschen stößt auf größere Schwierigkeiten, zumal sich die amtliche polnische Statistik über die Gliederung der Bevölkerung nach der Volkszugehörigkeit ausschweigt. Auch die vom Deutschen Roten Kreuz mitgeteilte Zahl der gemeldeten Aussiedlungswilligen, die bisher nicht in die Bundesrepublik kommen konnten, gibt nur einen schwachen Anhaltspunkt für eine Feststellung der Zahl der Deutschen. Nach dem Stande vom 31. Juli 1955 waren noch fast 18600 aussiedlungswillige Deutsche in Pommern ostwärts der Oder-Neiße-Linie bekannt⁶⁴). In dieser Zahl sind nicht diejenigen Deutschen mitenthalten, die in die sowjetische Besatzungszone ausreisen wollten. Nimmt man an, daß für Mitteldeutschland nur etwa zwei Drittel soviel Aussiedlungswillige vorhanden waren, dann würde sich eine Gesamtzahl von rund 30000 errechnen. Nun wird im Herbst 1950 ihre Zahl aber sicher um rund 10000 höher gelegen haben. Da es sich bei den Aussiedlungswilligen nicht selten um ältere Menschen handelt, wird man annehmen müssen, daß zwischen 1950 und 1955 viele von ihnen noch in der Heimat verstorben sind. Die so für Herbst 1950 geschätzte Zahl von etwa 40000 Aussiedlungswilligen vermag aber noch kein zuverlässiges Bild von der Gesamtzahl der in Ostpommern zurückgebliebenen Deutschen zu vermitteln. Viele Deutsche durften sich nicht als Aussiedlungswillige melden, andere konnten es nicht, weil sie nicht die Voraussetzungen erfüllten (z. B. Verwandte in der Bundesrepublik, in Berlin oder in der sowjetischen Besatzungszone). Geschätzt, wird man im Herbst 1950 noch mit rund 60000 Deutschen in Ostpommern rechnen können. Wenn sich unter ihnen auch eine Anzahl von Nichtpommern befindet — worauf bereits hingewiesen wurde — dürfte sich die Gesamtzahl der noch in der Heimat zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Ostpommern mindestens auf 55000 belaufen. Man muß hierbei noch bedenken, daß eine kleinere Gruppe von Pommern zu dieser Zeit auch in anderen Teilen der Ostgebiete des Deutschen Reiches oder in Polen lebte.

Diese Zahl wird auch durch die im „Rocznik Statystyczny 1956“ enthaltenen Angaben über die Bevölkerung nach dem Wohnsitz 1939 in den einzelnen Wojewodschaften gestützt. Legt man die dort enthaltenen vH-Sätze auf die geschätzte Bevölkerungszahl der in Frage kommenden Wojewodschaften im Jahre 1950 um, dann ergibt sich, daß in der Wojewodschaft Köslin etwa 45000 Personen im Jahre 1950 dort lebten, die bereits bei Kriegsbeginn in der Wojewodschaft Köslin und in der Wojewodschaft Stettin ihren Wohnsitz hatten. Die entsprechende Zahl für die Wojewodschaft Stettin liegt bei 15000. Daraus ergibt sich eine Gesamtzahl von rund 60000 Personen einschließlich der nach 1939 geborenen Kinder. Wenn man bedenkt, daß diese Zahlen wohl etwas überhöht sein können, weil vermutlich auch Personen, die keine oder ungenaue Angaben gemacht hatten, zu der bodenständigen Bevölkerung gezählt worden sind, andererseits aber zum Zeitpunkt dieser Erhebung auch in den übrigen deutschen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung und in Polen selbst eine kleinere Zahl von Ostpommern lebten, dann

kommt man zu etwa 55000 noch in der Heimat lebender Ostpommern, die auch bei Kriegsende dort ansässig waren. Diese Zahl soll auch in die Bilanz eingesetzt werden.

Es ist bereits angedeutet worden, daß die deutsche Bevölkerung Ostpommerns erhebliche zahlenmäßige Einbußen auch durch den Überschuß der Sterbefälle über die Geburten erlitten hat. Auch Mauldin⁶⁵⁾ weist darauf hin, daß bis Ende 1948 die Sterbefälle der deutschen Bevölkerung ihre Geburtenzahlen weit überwogen. Da in den deutschen Ostgebieten erst im Juni 1949 die Gleichstellung der deutschen mit der polnischen Arbeiterschaft gesetzlich geregelt wurde, die im weiteren auch zu einer gewissen Normalisierung der Lebensverhältnisse der deutschen Restbevölkerung führte, kann bis Ende 1950 kaum mit einer erkennbaren Auswirkung dieses Gesetzes auf das biologische Verhalten der in ihrer Heimat verbliebenen Ostpommern gerechnet werden.

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostpommern

Bei der Anfang März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) durchgeführten Registrierung der deutschen Kriegsgefangenen und Vermißten konnte festgestellt werden, daß sich zu dieser Zeit noch 2628 Ostpommern in Kriegsgefangenschaft befanden, darunter 1750 in der Sowjetunion. Da die in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin befindliche sowie die in ihrer Heimat noch zurückgehaltene ostpommersche Bevölkerung an dieser Registrierung nicht teilnehmen konnte, wird man die Gesamtzahl der 1950 noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Ostpommern mit rund 4000 beziffern können.

Weiterhin wurden 37102 Personen, die aus Ostpommern östlich der Oder-Neisse-Linie stammen bzw. dort am 1. September 1939 wohnhaft waren⁶⁶⁾, von ihren, 1950 im Bundesgebiet oder in Berlin (West) lebenden nächsten Familienangehörigen als Wehrmachtsvermißte gemeldet. Von 12338 Wehrmachtsvermißten stammte die letzte Nachricht aus der Sowjetunion. Auch in diesem Fall bedeutet die ermittelte Zahl nur einen Teil, vermutlich jedoch mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Wehrmachtsvermißten aus Ostpommern. Wenn auch angenommen werden muß, daß die meisten dieser Vermißten verstorben waren, wird man doch mit etwa 500 damals noch am Leben befindlichen Wehrmachtsvermißten rechnen können, die aber aus irgendeinem Grunde kein Lebenszeichen geben konnten.

Als sogenannte Straf- und Untersuchungsgefangene wurden im März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) 224 aus den Gebieten Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie stammende Personen festgestellt; 69 unter ihnen wurden in der Sowjetunion zurückgehalten. Auch diese Zahl ist nur ein Teil der vermutlichen Gesamtzahl der aus Ostpommern stammenden, 1950 im Ausland noch in der Internierung lebenden Personen, unter denen die Zivilisten in der Mehrheit ge-

wesen sein dürften. Die Gesamtzahl der im Ausland befindlichen ostpommerschen Straf- und Untersuchungsgefangenen (Internierten) wird man 1950 mit etwa 500 ansetzen müssen.

Bei der Erhebung vom März 1950 wurden im Bundesgebiet und in Berlin (West) ferner 17577 Zivilpersonen als Vermißte registriert, die am 1. September 1939 im ostpommerschen Vertreibungsgebiet wohnhaft waren. Auch hier wird man aus den schon erwähnten Gründen eine höhere Zahl annehmen müssen. Sie dürfte für September 1950 noch bei mindestens 25000 liegen. Es läßt sich allerdings nicht entscheiden, wie viele dieser Vermißten auf Kosten von Kriegshandlungen oder von Verschleppungen bzw. Ermordungen kommen oder auf der Flucht umgekommen sind. Es ist aber anzunehmen, daß ein beträchtlicher Teil auf die Verschleppungen entfällt. Auf sie soll daher im folgenden kurz eingegangen werden:

Die Verschleppungen in die Sowjetunion erstreckten sich vor allem über den Zeitraum von Februar 1945 bis in den Monat April 1945. Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht sind, zumindest im pommerschen Vertreibungsgebiet, keine größeren Verschleppungsaktionen mehr durchgeführt worden.

Welchen Umfang die Verschleppungen aus Ostpommern in die Sowjetunion angenommen haben, ist nicht feststellbar, da Unterlagen darüber begreiflicherweise nicht bestehen. Die Aussagen darüber stützen sich im wesentlichen auf die Berichte ostpommerscher Vertriebener, die dann freilich durch die Aussagen später zurückgekehrter Verschleppter ergänzt, zum Teil wohl auch korrigiert wurden. Manche zwangsweise Wegführung von Deutschen erwies sich nicht als Verschleppung, sondern als Evakuierung, die von der Roten Armee aus militärischen Gründen vorgenommen wurde, zunächst aber durchaus den Anschein von einer Verschleppung hatte. Die aus den Frontgebieten in rückwärtige Gebiete evakuierte Bevölkerung konnte zumeist schon nach Wochen in ihre Heimatsorte zurückkehren, spätestens im Mai 1945, als die eigentlichen Kampfhandlungen beendet waren.

Die Verschleppungen in die Sowjetunion hatten den als Reparationsleistung vorgesehenen zwangseigenen Arbeitseinsatz der Verschleppten zum Ziel. Betroffen wurden davon alle Männer im Alter von 15 bis 60 Jahren, derer man habhaft werden konnte. Da den einzelnen Ortskommandanturen der Roten Armee offenbar jeweils ein bestimmtes Ablieferungs- als Transportsoll aufgetragen worden war, das erfüllt werden mußte, wurden überall dort, wo Männer in ausreichender Anzahl nicht zur Verfügung standen, auch Frauen und Mädchen verschleppt. Die größten Aufnahme- und Sammel-lager für die aus Pommern zur Verschleppung bestimmten Deutschen waren Graudenz, Schneidemühl, Posen und Soldau. Der Weg zu diesen Sammellagern mußte von den Verschleppten oft völlig zu Fuß zurückgelegt werden. Dabei gab es nicht geringe Ausfälle. Auch in den großen Lagern hielt der Tod reiche Ernte.

Die Reparationsverschleppungen in die Sowjetunion wurden manchenorts, so in Schivelbeim im Kreis Belgard durch Maueranschlag angekündigt⁶⁹⁾. Durch ihn wurden alle Männer verpflichtet, sich zum Arbeitseinsatz bei den Russen zu melden. Ohne erst den Erfolg dieser Aufforderung abzuwarten, wurden eines Tages „sämtliche Männer, vom Konfirmanden- bis zum Greisenalter, von den Straßen, aus den Häusern verhaftet und ... zusammengetrieben“. In Naseband, ebenfalls im Kreis Belgard, das am 4. März von den Sowjets besetzt worden war, kamen vier Tage danach berittene Sowjets, die alle anwesenden Männer gefangennahmen und in das Posener Auffanglager wegtrieben⁶⁸⁾. In Köslin wurde die gesamte zurückgebliebene Bevölkerung von den Sowjets registriert, wobei viele junge Menschen, Männer und Frauen, in ein Lager gebracht und dann verschleppt wurden⁶⁹⁾. Hernach wurde durch militärische Streifen nächtlicherweise noch nach arbeitsfähigen Männern gefahndet. In Stolz wurden fast alle Männer bis zu 60 Jahren und in einigen Fällen auch darüber hinaus in Kolonnen zusammengestellt und nach der Sowjetunion in Marsch gesetzt. Auch viele Frauen mußten diesen Weg gehen. Andere wurden in Güterwagen verladen und abgefahren. „Die Russen waren dauernd auf der Jagd nach Arbeitskräften“⁷⁰⁾. Es wird geschätzt, daß aus Stolz 3000 Männer in die Sowjetunion verschleppt wurden⁷¹⁾. Aus Neustettin wurden am 10. April 1945 600 Männer nach Schneidemühl weggeführt; 160 Alte und Kranke wurden von dort wieder in ihre Heimat entlassen.

Nach den Feststellungen des Deutschen Roten Kreuzes kamen allein 24 500 Verschleppte aus den Sammellagern Graudenz und Posen in die Sowjetunion⁷²⁾, wo sie vor allem in Nordrußland, im mittleren Ural und in Kasachstan als Reparationsverschleppte eingesetzt wurden. Auch in den Kohlengruben Oberschlesiens wurden Zwangsarbeiter aus Ostpommern festgestellt. Die Sterblichkeit unter den Verschleppten war außerordentlich hoch⁷³⁾. Es muß angenommen werden, daß mindestens ein Drittel der Verschleppten in der Zeit ihres Arbeitseinsatzes verstorben ist, zumeist infolge völliger Entkräftung und Überanstrengung. Erst 1947 besserte sich die Lage der Verschleppten ein wenig. 1949 wurden die deutschen Zivilgefangenen aus den Arbeitslagern herausgezogen, zu einem Teil entlassen, zum größeren Teil aber im Norden und Osten der Sowjetunion vielfach in unmittelbarer Nähe ihrer bisherigen Arbeitsstätte, zwangsangesiedelt. Diese Personen leben unter beschränkter Freiheit, dürfen einen bestimmten Umkreis des ihnen zum ständigen Aufenthalt zugewiesenen Ortes nicht verlassen und müssen sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen⁷⁴⁾.

Als die einzelnen Gebiete Ostpommerns von den Sowjets unter polnische Verwaltung gestellt wurden, kam es erneut zu Verschleppungen, nun nach Polen. Die Polen griffen viele Männer, auch Frauen, die im April oder kurz nach Kriegsende aus Mecklenburg, Vorpommern, Brandenburg usw. in ihre Heimat zurückgekehrt waren, und schafften sie weg.

Wenn es auch außerordentlich schwierig ist, den Umfang der Verschleppungen insgesamt zu schätzen, so kann doch angenommen werden, daß von den für den Herbst 1950 geschätzten 25 000 Zivilinternierten aus Ostpommern etwa 15 000 auf Verschleppte entfallen.

Es ist allerdings sehr fraglich, ob zu dem genannten Zeitpunkt noch viele von ihnen am Leben waren. In der Bilanz soll unter allem Vorbehalt nur mit einer Zahl von 1000 vermißten Zivilpersonen gerechnet werden, die 1950 noch am Leben waren. — Die Verschleppten, die vermutlich verstorben sind, wurden in dieser Bilanz bei den „ungeklärten Fällen“ ausgewiesen.

Aus nachstehenden Ausführungen ergibt sich zusammenfassend folgende Übersicht:

Die 1950 im Ausland noch zurückgehaltenen Ostpommern

Personengruppe	Im Bundesgebiet und in Berlin (West) registriert	Geschätzte Gesamtzahl der vermutlich noch lebenden Personen
Kriegsgefangene	2 628	4 000
Wehrmachtsvermißte	37 102	500
Zivilinternierte	224	500
Vermißte Zivilpersonen	17 577	1 000
Zusammen	57 531	6 000

Die vorstehenden Zahlen über die vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Wehrmachtsvermißten, Zivilinternierten und -vermißten stützten sich auf die Ergebnisse der Registrierung im März 1950. Es wurde aber auch berücksichtigt, daß bis zum Herbst 1950 noch eine Anzahl Kriegsgefangene, auch solche, die bis dahin noch als vermißt galten, aber auch Internierte und Verschleppte nach Deutschland zurückgekehrt sind.

I. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ostpommern

Aus den vorangegangenen Darlegungen ergab sich für Mai 1939 für Ostpommern ein deutscher Bevölkerungsstand von 1 884 000 Personen⁷⁵⁾. Nach Berücksichtigung der natürlichen Entwicklung von Mitte Mai 1939 bis Ende 1944 und nach Abzug

der Wehrmachtssterbefälle und der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung umfaßte der deutsche Bevölkerungsstand Ende 1944 1 788 000 Personen⁷⁹⁾.

Für die Feststellung der Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung, unter der alle Nachkriegsopfer, die bei den Verschleppungen, bei den Vertreibungen und Verfolgungen jeder Art, auch durch Selbstmord als letzter Ausflucht, eintraten, zusammengefaßt werden, dient der für Ende 1944 errechnete deutsche Bevölkerungsstand als Ausgangszahl, von der nachstehende, für September 1950 sich ergebende Personenbestände abzuziehen sind:

	Personen
a) Die in Ostpommern zurückgebliebene und zurückgehaltene bodenständige deutsche Bevölkerung ..	55 000
b) Die vertriebene deutsche Bevölkerung aus Ostpommern (ohne Geburtenüberschuß 1945—1950)	1 397 000
c) Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostpommern	6 000
Zusammen	1 458 000

Es verbleibt somit im September 1950 noch ein Restbestand von 330 000 Deutschen, die zur Jahreswende 1944/1945 noch in Ostpommern beheimatet waren, über deren Schicksal aber nichts bekannt war. Es muß angenommen werden, daß sie bei Kampfhandlungen, bei der Besetzung ihrer Heimat, bei der Vertreibung, der Verschleppung oder bei anderen Gewaltmaßnahmen ihr Leben lassen mußten. Es muß nochmals betont werden, daß diese Verluste der Zivilbevölkerung im allgemeinen nicht als Kriegsverluste angesprochen werden können.

Die Menschenverluste der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Pommerns östlich der Oder-Neiße-Linie sind im einzelnen auf folgende Weise entstanden:

Wehrmachtssterbefälle	125 000
darunter Verluste des Volkssturms, der HJ und anderer eingesetzter Formationen	15 000
Kriegsverluste der Zivilbevölkerung	43 000
und zwar a) Luftkriegsopfer	8 000
b) bei Erdkämpfen und Besetzung	35 000
Kriegsverluste	168 000
Nachkriegsverluste (ungeklärte Fälle)	330 000
Gesamtverluste	498 000

Durch Krieg, Flucht, Verschleppung, Vertreibung und Verfolgungen jeder Art hat somit die deutsche Bevölkerung aus Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie insgesamt 498 000 Personen verloren, mit 26,4 vH über ein Viertel des deutschen Bevölkerungsstandes im Mai 1939. Die Wehrmachtssterbefälle allein betragen 6,6 vH, die Kriegs- und Nachkriegsverluste der Zivilbevölkerung mit zusammen 373 000 Personen 19,8 vH des ostpommerschen Bevölkerungsstandes von 1939.

Anmerkungen

- ¹⁾ Im Manuskript vorliegende Dissertation von H. J. Falk: Die Flucht und die Austreibung aus dem deutschen Osten. Hamburg 1952.
- ²⁾ Nach Statistischem Jahrbuch 1955 (S. 573). Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1955.
- ³⁾ Die Zahlen, die zu den zu Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebieten des Regierungsbezirks Stettin gehören, fußen auf den vorläufigen Ergebnissen einer Sonderauszählung der Volkszählung 1939; jene für die Regierungsbezirke Köslin und Grenzmark Posen-Westpreußen sind dem Band 552 der Statistik des Deutschen Reichs, Heft 5, (Die Ausländer im Deutschen Reich) entnommen und stellen endgültige Ergebnisse dar.
- ⁴⁾ Beck, Robert: Schwebendes Volkstum im Gesinnungswandel. Stuttgart 1938.
- ⁵⁾ Przegląd zachodni Nr. 9, S. 309—318. Posen 1948.
- ⁶⁾ Wie schwach das polnische Volkselement in Pommern vertreten war, ist auch aus der Zahl der für die Polnische Volkspartei bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen zu ersehen. Die auf diese Partei entfallenen Stimmen beliefen sich im Wahlkreis 6 (Pommern) bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 auf 2983, bei der vom 20. Mai 1928 auf 812.
- ⁷⁾ Wirtschaft und Statistik 19. Jg.: Nr. 13, 24; 20. Jg.: Nr. 9, 13, 18; 21. Jg.: Nr. 13, 18; 22. Jg.: Nr. 1, 9; 23. Jg.: Nr. 5, 6, 12; 24. Jg.: Nr. 5, 6. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.
- ⁸⁾ Einschließlich 3000 Zweisprachige und 500 Kassuben.
- ⁹⁾ Die Ständesamtsstatistik wurde allerdings während des Krieges nicht einheitlich durchgeführt. Bis 1941 schließt sie die Todesfälle der Fremdarbeiter und der Angehörigen von Formationen wie z. B. der Organisation Todt mit ein, bis 1943 auch die Todesfälle unter der Zivilbevölkerung durch Feindeneinwirkung. Für 1944 berücksichtigen die mitgeteilten Sterbefälle nur die Abgänge durch Alter, Krankheit und andere, vom Krieg nicht unmittelbar bewirkte Todesursachen.
- ¹⁰⁾ Die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches 1940—1945. Ergebnisse der Verbrauchergruppen-Statistik, Arb. Nr. VIII/19/1 vom 28. Februar 1953. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- ¹¹⁾ Zuteilungsperiode Nr. 46 vom 8. Februar 1943 bis 7. März 1943.
- ¹²⁾ Zuteilungsperiode Nr. 59 vom 7. Februar 1944 bis 5. März 1944.
- ¹³⁾ Zuteilungsperiode Nr. 70 vom 11. Dezember 1944 bis 7. Januar 1945.
- ¹⁴⁾ Daß sich der Großteil der aus dem Westen evakuierten Bevölkerung noch in Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie befand, geht auch aus der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hervor. Vgl. Band I/1 Nr. 62 und Band I/2 Nr. 197, 208, 209.
- ¹⁵⁾ Angaben über die Einziehungen zum Wehrdienst sind in der vom Statistischen Reichsamt, Berlin, bearbeiteten und mit 20. Januar 1944 abgeschlossenen Kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz 1943 zusammengestellt worden.
- ¹⁶⁾ Die Entnahme dieser Arbeitskräfte gestaltete sich von Jahr zu Jahr durchaus nicht gleichmäßig: Am größten waren die Einziehungen naturgemäß zu Beginn des Krieges; im ersten Kriegsjahr 1939/40 sind allein 4,4 Millionen inländische Männer aus Wirtschaft und Verwaltung zum Wehrdienst eingezogen worden. Im zweiten Kriegsjahr 1940/41 waren die Einziehungen zum Wehrdienst mit 1,4 Millionen verhältnismäßig schwach; es ist das Jahr der „Entspannung“ im Kräfteinsatz. Von da ab waren die Einziehungen wieder erheblich höher: Im Jahre 1941/42 sind 2,0 Millionen und im Jahre 1942/43 1,7 Millionen inländische Männer zum Wehrdienst eingezogen worden. Die UK-Stellungen betrugen Ende Mai 1941 5,3 Millionen, Ende Mai 1942 5,2 Millionen und Ende Mai 1943 4,6 Millionen. Sie sind somit unter den verhältnismäßig hohen Einziehungen während des Jahres 1942/43 um 600 000 oder um 12 vH zurückgegangen. Wehrdiensteinziehungen und UK-Reserve zusammen betrugen Ende Mai 1942 13,1 Millionen und Ende Mai 1943 14,2 Millionen. Das bedeutet, daß die Wehrmacht von dem Vorkriegsstand an inländischen Männern in Höhe von 24,5 Millionen Ende Mai 1942 im ganzen 53 vH, Ende Mai 1943 jedoch 58 vH eingezogen oder als UK-Reserve erfaßt hatte (Vgl. Anm. 15).
- ¹⁷⁾ Für den Wehrkreis Stettin wurden bis 31. Mai 1943: 37 000 Gefallene oder im Wehrdienst Verstorbene verzeichnet.
- ¹⁸⁾ Der Volkssturm wurde auf Grund eines Erlasses Hitlers am 18. Oktober 1944 geschaffen. In ihm sollten alle Personen zwischen dem 16. und 65. Lebensjahr, die wegen kriegswichtigen Arbeiten oder wegen mangelnder Tauglichkeit vom Wehrdienst befreit waren, an der militärischen Verteidigung der Heimat teilnehmen.
- ¹⁹⁾ Unterlagen darüber sind im Statistischen Bundesamt vorhanden.
- ²⁰⁾ Zwei Bände. Hrsg. Bundesministerium für Vertriebene. Die darin aufgenommenen Erlebnisberichte handeln von den Vorgängen in Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie in Band I/1 die Nummern 45—73, 85, 87 und 88, in Band I/2 die Nummern 195—209, 284, 285, 289—291, 322—334, 361, 362 und 371.
- ²¹⁾ Vgl. Dokumentation Band I/1, Nr. 59, S. 229.
- ²²⁾ Band I/2, Nr. 196, S. 214.
- ²³⁾ Band I/1, Nr. 47, S. 193.

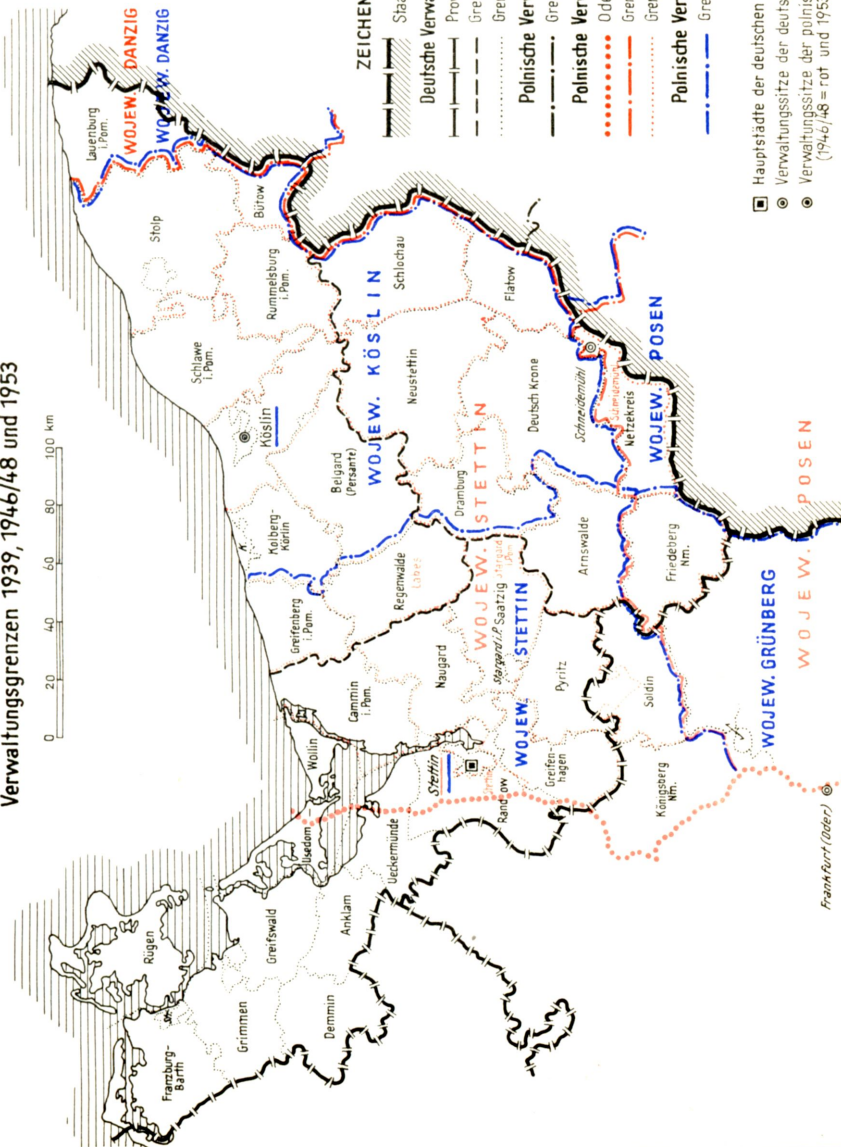
- ²⁴⁾ Band I/1, Nr. 53, S. 208.
- ²⁵⁾ Band I/2, Nr. 202, S. 241.
- ²⁶⁾ Band I/2, Nr. 208, S. 275.
- ²⁷⁾ Band I/1, Nr. 68, S. 266.
- ²⁸⁾ Vgl. Quellenangabe.
- ²⁹⁾ Es handelt sich um folgende Gemeinden des Kreises Neustettin: Alt Liepenfler, Drensch, Hochfelde, Klein Schwarzsee, Klingbeck, Kucherow, Neu Liepenfler, Neu Valm, Quarkow, Sassenburg, Stepen, Wallachsee und Wusterhanse.
- ³⁰⁾ Vgl. Quellenangabe.
- ³¹⁾ Es handelt sich um die Gemeinden Boissin, Brunow, Denzin, Dohnafelde, Eichenfelde i. Pom., Gauerkow, Grüssow, Gumtow, Kamissow, Karsbaum, Klein Panknin, Klein Rambin, Klein Satspe, Kollatz, Kreitzig, Kussenow, Naffin, Nurzlaff, Pustchow, Rarfin, Rostin, Rützenhagen, Schlenwin, Schlenzig, Schlönwitz, Standemin, Venzlaffshagen, Wussow.
- ³²⁾ Zu den Wehrmachtssterbefällen werden auch die Verluste von Wehrmachtsangehörigen mit hinzugezählt, die in der Gefangenschaft usw. bis Ende 1950 eingetreten sind, insbesondere ehemalige Wehrmachtsangehörige, die 1950 noch als vermißt gemeldet waren.
- ³³⁾ Vgl. Dokumentation Band I/1, S. 182, 222.
- ³⁴⁾ Für die unterlassene oder verspätet angeordnete Räumung werden allgemein Parteilstellen verantwortlich gemacht.
- ³⁵⁾ Nach einem Bericht in dem vom Göttinger Arbeitskreis herausgegebenen Artikeldienst — hvp — Nr. 17/15 vom 28. April 1955.
- ³⁶⁾ Dokumentation Band I/1, Nr. 62, S. 243.
- ³⁷⁾ Dokumentation Band I/2, Nr. 207, S. 267.
- ³⁸⁾ Dokumentation Band I/2, Nr. 203 und 333.
- ³⁹⁾ Dokumentation Band I/1, Nr. 50, S. 203.
- ⁴⁰⁾ In der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wird über die Vertreibungen im Kreis Greifenberg (Treptow) (Anfang Juni 1945: I/2, Nr. 207), im Kreis Pyritz (26. 6. 1945: I/2, Nr. 197), im Kreis Regenwalde (26. 6. 1945: I/2, Nr. 289), im Kreis Dramburg (28. 6. 1945: I/2, Nr. 290), aus den Dörfern des Netzebruchs (1. 7. 1945: I/2, Nr. 291), aus Neumecklenburg (2. 7. 1945: I/2, Nr. 291) berichtet.
- ⁴¹⁾ Dokumentation Band I/2, Nr. 328.
- ⁴²⁾ Während des Jahres 1946 wurden nach der Dokumentation Vertreibungen vor allem in den Gebieten von Deutsch Krone (I/2, Nr. 330), Köslin (I/2, Nr. 203 und 333) durchgeführt, während des Winters im Gebiet um Rummelsburg (I/2, Nr. 361).
- ⁴³⁾ Die Briten nannten die geregelte Überführung der Vertriebenen Transporte aus den deutschen Ostgebieten „Operation Schwalbe“. Durch sie wurden vom 21. November 1945 bis zum 27. Juli 1946 1 108 010 Vertriebene in die Westzonen überführt.
- ⁴⁴⁾ Nach: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone. Band III, Heft 1—5.
- ⁴⁵⁾ Nach: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszone und in Groß-Berlin, Tabellenteil, S. 150, Berlin 1949 — die Zahl der am 15. August 1946 in dänischen Flüchtlingslagern lebenden Ostpommern betrug nach einer Mitteilung der Flygtningeadministration — Kartoteket, Kopenhagen (K. Fredericksge 7) vom 14. Januar 1948 an Werner Essen, jetzt Bonn, insgesamt 24 307.
- ⁴⁶⁾ Ehemalige Wehrmachtsangehörige und politisch belastete Personen waren von den dänischen Behörden schon vorher an die Alliierten ausgeliefert worden.
- ⁴⁷⁾ Vgl. Position G.
- ⁴⁸⁾ Nach: Flygtninge i Danmark 1945—1949, Kopenhagen 1950.
- ⁴⁹⁾ Dabei wird auf Grund der Verteilungsquote angenommen, daß die restlichen 5800 ostpommerschen Vertriebenen aus Dänemark in die sowjetische Besatzungszone verbracht wurden. (Allgem. Anteil 24 vH der abtransportierten Vertriebenen aus Dänemark.) — Vgl. Flygtninge i Danmark.
- ⁵⁰⁾ Mitgeteilt in Wirtschaft und Statistik N. F. 3. Jg. 1951, H. 7.
- ⁵¹⁾ Seraphim, Peter Heinz: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. Berlin 1954, S. 65.
- ⁵²⁾ Heiratshäufigkeit, Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der Vertriebenen in den Jahren 1950 bis 1954 im Vergleich zu der übrigen Bevölkerung. In: Wirtschaft und Statistik, N. F. 7. Jg. 1955, H. 10, S. 497 ff.
- ⁵³⁾ Schuster, Hans: Auswanderung als Schicksal. Stuttgart 1955.
- ⁵⁴⁾ Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1955. Stuttgart 1955, S. 68.
- ⁵⁵⁾ Nach: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszone und Groß-Berlin, Tabellenteil, S. 150 — und Platz: Endgültige Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1950. In: Berliner Statistik, 6. Jg. Heft 1, Januar 1952, S. 4.

- ⁶⁶⁾ Nach: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35, H. 3 und Platz: Endgültige Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1950. In: Berliner Statistik, 6. Jg. H. 1, Januar 1952, S. 4.
- ⁶⁷⁾ Nach: Powszechny sumaryczny spis ludności z. dn. 14. II. 1946 r., Warschau 1947.
- ⁶⁸⁾ Nach: Statystyka Polski, Serie W. Warschau 1947.
- ⁶⁹⁾ Kolpinski, Juliusz in: Granica pokoju. Posen 1948.
- ⁶⁰⁾ Nach: Statistical Year Book of Poland 1947, S. 20, Tabelle 9. Warschau 1947.
- ⁶¹⁾ Nach: Zachodnia Agencja Prasowa, Nr. 45, Posen, und: Wiadomości Polskie, Jg. III, Nr. 11 vom 20. März 1948.
- ⁶²⁾ Dokumentation Band I/2, Nr. 209, S. 279. In diesem Bericht heißt es, daß selbst westdeutsche Evakuierte aus den Sowchosen nicht freigelassen wurden, „wenn auch nur ein 12jähriger Junge in der Familie war“.
- ⁶³⁾ Die Operation Link wurde auf Grund deutscher Initiative zwischen den Vertretern der westlichen Besatzungsmächte und der polnischen Regierung ermöglicht und hatte die Zusammenführung von Familienangehörigen zum Ziel.
- ⁶⁴⁾ Nach Mitteilung von Prof. Walter Kuhn, Hamburg, vom 7. Februar 1956.
- ⁶⁵⁾ Mauldin, Parker, and Akers, Donald: The Population of Poland, Washington 1954.
- ⁶⁶⁾ Die Untersuchung bezieht sich in jedem Falle nur auf Personen, die am 1. September 1939 in Pommern östlich der Oder-Neiße-Linie wohnhaft waren.
- ⁶⁷⁾ Dokumentation Band I/2, Nr. 204, S. 251.
- ⁶⁸⁾ Dokumentation Band I/2, Nr. 199, S. 232.
- ⁶⁹⁾ Dokumentation Band I/2, Nr. 203, S. 244.
- ⁷⁰⁾ Dokumentation Band I/2, Nr. 208, S. 270/271.
- ⁷¹⁾ Ebenda S. 275.
- ⁷²⁾ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 13 vom 27. Nov. 1951.
- ⁷³⁾ Dokumentation Band I/2, Nr. 200, S. 235. Vgl. Anm. 67—70.
- ⁷⁴⁾ Nach den Unterlagen des Deutschen Roten Kreuzes.
- ⁷⁵⁾ Vgl. S. 108.
- ⁷⁶⁾ Vgl. S. 115.

OSTPOMMERN

Verwaltungsgrenzen 1939, 1946/48 und 1953

0 20 40 60 80 100 km



ZEICHENERKLÄRUNG:

- ▬ Staatsgrenzen 1937
- ▬ Deutsche Verwaltungsgrenzen 1939
- ▬ Provinz- und Ländergrenzen
- ▬ Grenzen der Regierungsbezirke
- ▬ Grenzen der Stadt- bzw. Landkreise
- ▬ Polnische Verwaltungsgrenzen 1939
- ▬ Grenzen der Wojewodschaften
- ▬ Polnische Verwaltungsgrenzen 1946/48
- ▬ Oder-Neiße-Linie
- ▬ Grenzen der Wojewodschaften
- ▬ Grenzen der Stadt- bzw. Landkreise
- ▬ Polnische Verwaltungsgrenzen 1953
- ▬ Grenzen der Wojewodschaften

- ▣ Hauptstädte der deutschen Länder und preuß. Provinzen
- ⊙ Verwaltungssitze der deutschen Regierungsbezirke
- ⊙ Verwaltungssitze der polnischen Wojewodschaften (1946/48 = rot und 1953 = blau unterstrichen)

Ostbrandenburg

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	139
II. Das benutzte Quellenmaterial	140
III. Überblick über die Bilanz	142
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Ostbrandenburgs im Mai 1939	143
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs vom Mai 1939 bis Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste).	147
C. Die deutsche Bevölkerung Ostbrandenburgs im Mai 1945 (ohne Be- rücksichtigung der Kriegsverluste)	149
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs . .	150
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs im Mai 1945	152
F. Die Vertriebenen aus Ostbrandenburg	153
G. Die in Ostbrandenburg zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	157
H. Die verschleppten Deutschen aus Ostbrandenburg	160
I. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegs- gefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostbrandenburg . . .	161
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ostbrandenburg	161
Anmerkungen	163

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Von der früheren preußischen Provinz Mark Brandenburg wurde auf Grund des Potsdamer Abkommens der ostwärts der Oder-Neiße-Linie liegende Teil des Regierungsbezirks Frankfurt unter polnische Verwaltung gestellt¹⁾. Die zur Demarkationslinie gewordenen Flußläufe der Oder und der Lausitzer Neiße, die den Regierungsbezirk Frankfurt teilen, zerschneiden auch alle kleineren Verwaltungsbezirke, durch die sie ihren Weg nach Norden nehmen sowie eine stattliche Zahl von Gemeinden. Diese Grenzlinie hat nicht nur viele lebenswichtige Verbindungen, die von Ufer zu Ufer bestanden, zerschnitten, sondern auch eine organisch gewordene landsmannschaftliche Einheit zerstört.

Ostbrandenburg hat erst im Jahre 1938 die gebietliche Abgrenzung erhalten, die es auch zur Zeit seiner Unterstellung unter polnische Verwaltung besaß. Bei der Auflösung der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen²⁾ wurden die bisher zu diesem Verwaltungsgebiet gehörenden Kreise Meseritz und Schwerin (Warthe) sowie der nördliche Teil des Landkreises Bomst mit der gleichnamigen Kreisstadt und mit dem Gebiet um Unruhstadt zum Regierungsbezirk Frankfurt geschlagen.

Nach der Besetzung Ostbrandenburgs durch die Polen wurde es sogleich einer administrativen Umgliederung unterworfen, die aber in den folgenden Jahren mehrmals geändert worden ist. Zuerst bezeichneten die Polen Ostbrandenburg als das „Gebiet von Lebus“, ohne es deutlich abzugrenzen, dann wählten sie Landsberg (Warthe) als Verwaltungszentrum, ohne aber auch jetzt eine klare Abgrenzung des zugeordneten Gebietes vorzunehmen. Zum Zeitpunkt der polnischen Volkszählung am 14. Februar 1946 gehörte der Großteil von Ostbrandenburg zur Wojewodschaft Posen. Ende Juni 1950 wurden vom polnischen Sejm die Grenzen einiger Wojewodschaften geändert und drei neue Wojewodschaften geschaffen, die nach dem Ort ihres Verwaltungszentrums benannt werden. Ohne das Gebiet um Königsberg Nm. und Soldin, jedoch mit Einschluß nordschlesischer Gebiete, errichteten die Polen die Wojewodschaft Grünberg (Zielona Góra) mit der gleichnamigen Hauptstadt, zu der vor allem das verbleibende ostbrandenburger Gebiet unter der heutigen polnischen Verwaltung gehört.

Diese häufigen einschneidenden Gebietsveränderungen erschweren die Feststellung des jeweiligen Bevölkerungsstandes Ostbrandenburgs und damit die Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung erheblich.

Durch den Ausbruch des Krieges und die durch ihn im Bevölkerungsbild hervorgerufenen Veränderungen, sei es durch die Einberufungen zum Wehrdienst, durch Dienstverpflichtungen, durch Verlagerung von Betrieben aus luftkriegsgefährdeten Gebieten, und nicht zuletzt durch das Einströmen evakuierter Bevölkerung, ist eine klare Übersicht über die Entwicklung und das natürliche Wachstum der Bevölkerung Ostbrandenburgs stark behindert. Noch schwieriger freilich sind die Versuche, die tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse in diesem Gebiet nach dem Kriege kennenzulernen, die sich durch das unmittelbare Kriegs- und Nachkriegsgeschehen, die Verschleppung und Austreibung der deutschen Bevölkerung sowie durch das Einschleusen polnischer, zum Teil selbst heimatlos gewordener Bevölkerung ergeben haben.

II. Das benutzte Quellenmaterial

1. Für die Zeit bis 1945

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40, 1941/42. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Die Ausländer im Deutschen Reich nach den Ergebnissen der Volkszählung am 17. Mai 1939. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1944.

Die ständige Bevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen am 17. Mai 1939. In: Wirtschaft und Statistik, 20. Jg. (1940), Nr. 13. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Wirtschaft und Statistik, 19. Jg., Nr. 13, 19/20, 24; 20. Jg., Nr. 9, 13, 18; 21. Jg., Nr. 2, 7, 13, 18; 22. Jg., Nr. 1, 9; 23. Jg., Nr. 5, 6, 9, 12; 24. Jg. (1944), Nr. 4, 6, 7. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches 1940—1945. Ergebnisse der Verbrauchergruppen-Statistik. In: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/19/1 vom 28. 2. 1953. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz 1943, Heft 1: Die Wehrmacht in der Kräftebilanz 1943. Bearb. im Statistischen Reichsamt, abgeschl. am 20. Januar 1944.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 451/4, Berlin.

Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 291/II, IV; ... am 4. Mai 1924 und am 7. Dezember 1924, Band 315/I; ... am 20. Mai 1928, Band 372/I; ... am 14. September 1930, Band 382/I—III; ... am 31. Juli 1932, Band 434. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Keller, K.: Die fremdsprachige Bevölkerung im Freistaat Preußen. In: Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes, Jg. 1926.

Winkler, Wilhelm: Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschtum, Berlin 1927.

2. Für die Zeit nach 1945

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Hrsg. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, Berlin 1951.

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Band III/1—5. Hrsg. Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Statistisches Zentralamt, Berlin 1949.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1955. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1955.

Bevölkerungsbilanz Deutsche Bevölkerung des 2. Weltkrieges. In: Wirtschaft und Statistik 8. Jg. N. F., Heft 10, Oktober 1956. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Rhode, Gotthold: Die Deutschen im Osten nach 1945. In: Zeitschrift für Ostforschung, 2. Jg. 1953, Heft 3.

Schieder, Theodor, in Verbindung mit Adolf Distelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. In: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hrsg. Ministerium für Vertriebene, München 1953.

Persönliche Erlebnisberichte über die Vorgänge bei der Besetzung Ostbrandenburgs durch die Rote Armee und bei der Austreibung durch die Polen, mitgeteilt von der Landsmannschaft Ostbrandenburg-Neumark, Berlin-Charlottenburg.

Ostbrandenburg-Neumark. Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Ostbrandenburg im Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen, Jg. 4, Nr. 4 vom 15. Februar 1953.

Zipfel, Friedrich: Vernichtung und Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Band III, Tübingen 1955.

German Woman in Russian Hands. The Journal of a Young German Wife under Bolshevik Occupation from January 29 to May 31, 1945. Hrsg. App, Austin J., Boniface Press, Philadelphia, USA, 1950.

Rühmland, U.: Die geteilten Städte an Oder und Neiße. In: Das Parlament, Bonn, Nr. 36 vom 7. September 1955.

Aurich, Peter: Von der Landkarte getilgt — vom Aufbau vergessen. Die Situation in Ostbrandenburg heute. In: Ost-West-Kurier, Frankfurt a. M., Nr. 5 vom 28. Januar 1956.

Gleitze, Bruno: Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland. Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1956.

Seraphim, P. H.: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Band 7/I, Berlin 1954.

Handbuch der Presse der Heimatvertriebenen. Hrsg. im Auftrag des Göttinger Arbeitskreises von Karl O. Kurth, Kitzingen/Main 1953.

Mauldin, W. Parker, and Akers, Donald S.: The Population of Poland. Hrsg. Bureau of the Census, Washington 1954.

Powszechny sumaryczny spis ludności z dn. 14. II. 1946 r., Statystyka Polski, Serie D, Heft 1. Hrsg. Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej, Warschau 1947.

Polnisches Statistisches Jahrbuch 1947. Warschau 1948.

Die Grenze an Oder und Neiße. Die wiedergewonnenen Gebiete und die Kriegsverluste Polens. In: Dziennik Polski, London, Nr. 2 vom 3. Januar 1950.

Die Bevölkerungsproblematik der Westgebiete. In: Wiadomości Polskie, Jg. III., Nr. 11 vom 20. März 1949.

Jaroszyk, P.: Hier waren wir, hier sind wir und bleiben wir! In: Wrocławski Tygodnik Katolicki, Breslau, Jg. 2, Nr. 10 vom 7. März 1954.

Bevölkerungszuwachs in Polen. Auszug aus: Wiadomości, London, Jg. 9, Nr. 14 vom 4. April 1954, wiedergegeben in: Wissenschaftlicher Dienst, Jg. 4, Heft 6, Juni 1954. Hrsg. Johann Gottfried Herder-Institut, Marburg/Lahn.

Le Boule, Maurice: Wie deutsche Städte jenseits der Oder jetzt aussehen. I. Notizen einer Reise von Pommern nach Niederschlesien. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 39 vom 29. September 1955.

Broga, Walter: Wie deutsche Städte jenseits der Oder jetzt aussehen. II. Ein Breslauer sieht seine Heimatstadt wieder. Polen und Deutsche blicken nach dem Westen. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 40 vom 6. Oktober 1955.

Marzian, Herbert G.: Gegen das Argument des leeren Raumes. In: hvp-Artikeldienst und -Kommentare. Hrsg. Göttinger Arbeitskreis, Nr. 17/55 vom 28. April 1955.

Packheiser, Gustav: Die alliierten Pläne zum Bevölkerungs-Transfer. Theorie und Praxis. In: hvp-Artikeldienst und -Kommentare. Hrsg. Göttinger Arbeitskreis, Nr. 40/55 vom 6. Oktober 1955.

Brestel, Heinz: Jenseits der Oder-Neiße-Linie. Eindrücke von einer Reise durch Polen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 168 vom 23. Juli 1955.

Wie viele leben noch daheim? Neuestes Zahlenmaterial über die Deutschen jenseits von Oder und Neiße. In: Ost-West-Kurier, Frankfurt a. M., Nr. 38/September 1951.

Sch. . . , J.: Entvölkertes Land. In: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Stuttgart, vom 23. März 1955.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung Ostbrandenburgs im Mai 1939	642 000
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs vom Mai 1939 bis Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	15 000
C. Die deutsche Bevölkerung Ostbrandenburgs im Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	657 000
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs Wehrmachtssterbefälle	41 000
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs im Mai 1945	616 000
F. Die Vertriebenen aus Ostbrandenburg	
Stand: September 1950	395 000
darunter in der Bundesrepublik	131 200
Geburtenüberschuß vom Mai 1945 bis September 1950	6 000
darunter in der Bundesrepublik	5 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	389 000
G. Die in Ostbrandenburg zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	
Stand: September 1950	16 000
H. (Die verschleppten Deutschen aus Ostbrandenburg	30 000)

I. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostbrandenburg	
Kriegsgefangene	900
Zivilinternierte	100
Vermißte	1 000
Insgesamt	2 000
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ostbrandenburg	
De-jure-Bevölkerungsstand im Mai 1945	616 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	389 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung . . .	16 000
Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	2 000
Geklärte Fälle	407 000
Ungeklärte Fälle	209 000
darunter vermutlich Verluste der Zivilbevölkerung während der Kriegshandlungen und der Besetzung	12 000

Zusammenfassung

Von der bodenständigen deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs, die im Mai 1945, ohne Berücksichtigung der Evakuierten und Dienstverpflichteten aus anderen Reichsgebieten und der bis dahin eingetretenen Kriegsverluste, einen Stand von rund 616 000 Personen erreicht haben würde, sind nach Überprüfung aller gegebenen Möglichkeiten einer eingehenden Untersuchung etwa 197 000 Personen Ende 1950 nicht auffindbar. Nach Lage der Dinge handelt es sich hier hauptsächlich um solche Personen, die in der Zeit vom Beginn der Besetzung Ostbrandenburgs durch die Rote Armee bis zum Zeitpunkt der Austreibung durch die Polen Opfer des Terrors geworden sind. Das sind 30,7 vH der gesamten deutschen Bevölkerung dieses Gebietes im Jahre 1939.

Mit den Kriegsverlusten erhöhen sich die Gesamtverluste der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs auf 250 000 Personen (38,9 vH). Die mit 41 000 bezifferten Wehrmachtssterbefälle stellen mit einem Anteil von 6,4 vH an der deutschen Gesamtbevölkerung Ostbrandenburgs im Jahre 1939 an sich bereits eine verhältnismäßig hohe Verlustquote dar. Sie ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Ostbrandenburg als vorwiegendes Agrargebiet eine höhere Rekrutierungsquote aufwies als industriell bestimmte Gebiete, in denen infolge der größeren Zahl von dienstverpflichteten Fachkräften die Uk-Quote höher lag.

Die Verschleppungs- und Vertreibungsoffer der evakuierten Bevölkerung in Ostbrandenburg, von der ein kleiner Teil im Januar 1945 an der Flucht nach dem Westen gehindert wurde, sind in vorstehenden Zahlen nicht berücksichtigt.

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Ostbrandenburgs im Mai 1939

Ostbrandenburg umfaßt ein Gebiet von 11 328,68 qkm, in dem zum Zeitpunkt der Volkszählung 1939 eine Wohnbevölkerung von 644 830 Personen lebte; daraus errechnet sich eine Bevölkerungsdichte von 56,9 Einwohnern je qkm³).

Die Bevölkerung in den Kreisen von Ostbrandenburg
am 17. Mai 1939

Gebiet	Fläche	Bevölkerung	Bevölkerungs- dichte
	qkm	Anzahl	Einwohner je qkm
Stadtkreise			
Forst (Lausitz) ¹⁾	7,60	10 760	1 423,7
Frankfurt (Oder) ¹⁾	39,20	15 670	399,3
Guben ¹⁾	20,30	29 770	1 470,3
Landsberg (Warthe)	46,87	48 053	1 025,2
Landkreise			
Crossen (Oder)	1 307,36	61 666	47,2
Guben ¹⁾	472,10	16 010	33,9
Königsberg Nm. ¹⁾	1 407,60	83 250	59,1
Landsberg (Warthe)	1 166,06	53 024	45,5
Lebus ¹⁾	5,60	390	69,8
Meseritz	706,56	37 105	52,5
Oststernberg	1 120,28	40 901	36,5
Schwerin (Warthe)	657,56	22 498	34,2
Soldin	1 145,29	48 753	42,6
Sorau ¹⁾	999,10	72 280	72,3
Weststernberg	1 133,01	44 434	39,2
Züllichau-Schwiebus	1 094,19	60 286	55,1
Ostbrandenburg	11 328,68	644 830	56,9

¹⁾ Nur ostwärts der Oder-Neiße-Linie liegende Teile.

Ostbrandenburg ist hauptsächlich Agrargebiet, in dem die kleinen ländlichen Gemeinden weitaus überwiegen. Von den 859 Gemeinden im Jahre 1939 hatten 825 weniger als 2000 Einwohner, d. s. 96,1 vH aller Gemeinden; in ihnen lebten im Mai 1939 339 859 Einwohner, mit 52,8 vH etwas mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung.

Die Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen in Ostbrandenburg
am 17. Mai 1939

Gemeinden mit ... Einwohnern	Gemeinden		Bevölkerung	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
unter 100	65	7,6	3 202	0,5
100 bis „ 500	534	62,2	144 764	22,5
500 „ „ 1 000	167	19,4	114 452	17,8
1 000 „ „ 2 000	59	6,9	77 441	12,0
unter 2 000	825	96,1	339 859	52,8
2 000 bis „ 5 000	14	1,6	41 471	6,4
5 000 „ „ 10 000	10	1,2	71 125	11,0
10 000 „ „ 20 000	4	0,4	44 074	6,8
20 000 „ „ 50 000	5 ¹⁾	0,6	132 631	20,6
50 000 „ „ 100 000	1 ²⁾	0,1	15 670	2,4
Insgesamt	859	100	644 830	100

¹⁾ Darunter die Ostteile von drei von der Oder-Neiße-Linie durchschnittenen Gemeinden. — ²⁾ Ostwärts der Oder gelegenes Gebiet des Stadtkreises Frankfurt (Oder).

Vorstehende Gliederung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen zeigt bereits den überwiegend ländlichen Charakter Ostbrandenburgs. Noch deutlicher tritt dieses Bild durch die Tatsache hervor, daß bei der Volkszählung 1939 trotz des ständigen Rückganges der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung immer noch 38 vH der Bevölkerung der Landkreise zu dieser Wirtschaftsabteilung gerechnet werden mußten.

Auch der ostwärts der Oder-Neiße-Linie liegende Teil der Mark Brandenburg war fast rein deutsch besiedelt. Dies geht sowohl aus den Ergebnissen der Volkszählungen wie aus jenen der einzelnen Reichstagswahlen deutlich hervor. Eine kleine polnische Minderheit bestand nur in den drei früher zur Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen gehörenden Kreisen Schwerin (Warthe), Meseritz und Bomst. Ihre Zahl ging ständig zurück. So wurden in diesen drei Grenzkreisen bei der Volkszählung des Jahres 1910 zusammen 9214 Personen gezählt, die Polnisch als Muttersprache angegeben hatten, 1925 waren es nur mehr 3481 Reichsangehörige und im Jahre 1933 noch 2329. Bei der Volkszählung 1939 betrug die Zahl der reichsangehörigen Personen polnischer Muttersprache in den Kreisen Meseritz, Schwerin (Warthe) und Züllichau-Schwiebus — der größere nördliche Teil des Kreises Bomst kam 1938 zu diesem Kreise — zusammen 2489.

Der Rückgang der Zahl der Personen mit polnischer Muttersprache in ausgewählten Grenzkreisen Ostbrandenburgs 1910 bis 1939

Landkreis	Personen mit polnischer Muttersprache			
	1910 ¹⁾	1925 ²⁾	1933 ³⁾	1939 ³⁾
Bomst	3 477	1 979	1 532	1 531 ³⁾
Meseritz	4 015	1 350	741	918
Schwerin (Warthe)	1 722	152	56	40
Insgesamt	9 214	3 481	2 329	2 489

¹⁾ Ortsanwesende Bevölkerung. — ²⁾ Reichsangehörige, 1939 ohne Juden. — ³⁾ Landkreis Züllichau-Schwiebus, einschl. des nördlichen Teiles des 1938 aufgelösten Landkreises Bomst.

Der Rückgang der Personen polnischer Muttersprache, zum Teil hervorgerufen durch Abwanderung bzw. Auswanderung, zum anderen Teil durch Eindeutschung, ist in dem beobachteten Zeitabschnitt mithin sehr beträchtlich: Betrug der Anteil der polnisch sprechenden Bevölkerung dieser drei Grenzkreise im Jahre 1910 noch 13,6 vH, so fiel er 1925 auf 5,1 vH der reichsangehörigen Bevölkerung und 1933 auf 3,4 vH. Für 1939 steht im allgemeinen ein weiterer Rückgang der Zahl der Personen mit polnischer Muttersprache fest, auch wenn er infolge der Aufteilung des Landkreises Bomst nicht genau bestimmt werden kann. Wie in anderen Teilen der Ostgebiete des Deutschen Reiches liegt aber auch in Ostbrandenburg die Zahl der Personen, die sich zum polnischen Volkstum bekannten, niedriger als aus den Angaben über die Muttersprache geschlossen werden kann. Die Ergebnisse der Sonderauszählung aus der Volkszählung 1939 zeigen dies recht klar.

Das immer stärker werdende Bekenntnis zum Deutschtum der an sich schon sehr kleinen nichtdeutschen Bevölkerungssplitter kommt auch in der Zunahme der doppelsprachigen Bevölkerung in den drei Grenzkreisen zum Ausdruck, die in der nachstehenden Tabelle genannt sind. Von der Doppelsprachigkeit zur deutschen Einsprachigkeit war in vielen Fällen nur noch ein Schritt⁴⁾. Im gesamten übrigen

**Die Reichsangehörigen nach Muttersprache und Volkszugehörigkeit in den
Grenzkreisen Ostbrandenburgs am 17. Mai 1939**

Landkreis	Muttersprache	Reichsangehörige (ohne Juden)			
		insgesamt	davon waren nach ihrer Volkszugehörigkeit		
			deutsch	polnisch	sonstige
Meseritz	deutsch	33 276	33 275	1	—
	polnisch	918	95	822	1
	deutsch und polnisch ...	177	174	3	—
	eine andere	1	1	—	—
	deutsch und eine andere	3	3	—	—
Schwerin (Warthe)	deutsch	20 362	20 362	—	—
	polnisch	40	34	6	—
	deutsch und polnisch ...	87	87	—	—
	eine andere	1	1	—	—
	deutsch und eine andere	—	—	—	—
Züllichau- Schwiebus ¹⁾	deutsch	55 053	55 049	3	1
	polnisch	1 531	365	1 166	—
	deutsch und polnisch ...	597	586	11	—
	eine andere	2	1	—	1
	deutsch und eine andere	5	5	—	—
Insgesamt		112 053	110 038	2 012	3

¹⁾ Einschl. des nördlichen Teiles des 1938 aufgelösten Landkreises Bomst.

Gebiet von Ostbrandenburg wurden im Jahre 1939 nach den Ergebnissen der Sonderauszählung aus der damaligen Volkszählung nur an einzelnen Orten noch einige wenige Reichsangehörige polnischer Volkszugehörigkeit gezählt; ihre Gesamtzahl ist jedoch so gering, daß sie für die Untersuchung kaum von Belang ist.

Im gesamten Regierungsbezirk Frankfurt wurden am 17. Mai 1939 bei einer Gesamtbevölkerung von 1316590 Personen insgesamt 15563 Ausländer gezählt; von diesen waren 10741 deutscher und nur 4646 fremder Volkszugehörigkeit. Unter den Ausländern fremder Volkszugehörigkeit wiederum befanden sich lediglich 900 Personen polnischer Volkszugehörigkeit. Selbst wenn man annimmt, daß der größere Teil der Ausländer polnischer Volkszugehörigkeit 1939 im Ostteil des Regierungsbezirks Frankfurt, also in Ostbrandenburg lebte, dürfte die Gesamtzahl der Volkspolen — der Reichsangehörigen wie der Ausländer — in diesem Vertreibungsgebiet 3000 kaum überschritten haben; von ihnen lebte fast die Hälfte im Landkreis Züllichau-Schwiebus und hier wieder als kleine örtliche Minderheit im Gebiet um Unruhstadt und Bomst.

Diese Feststellungen werden durch die Ergebnisse der Wahlstatistik bestätigt. So liegt z. B. für die Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 eine vollständige Aufgliederung der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen nach Stadt- und Landkreisen und zum Teil noch für einzelne Gemeinden des Untersuchungsgebietes vor⁵⁾. Danach wurden in Ostbrandenburg, einschließlich der westlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Teile von durchschnittlichen Stadt- und Landkreisen insgesamt nur 1893 polnische Wählerstimmen, das sind 0,3 vH aller wahlberechtigten Personen dieses Gebietes, gezählt (s. folgende Tabelle).

Bei einem Vergleich einzelner Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1920 bis 1932 ergibt sich für das Gebiet des Wahlkreises Frankfurt a. d. O., der den gesamten

**Die Stimmen für die Polnische Volkspartei in Ostbrandenburg bei der
Reichstagswahl am 7. Dezember 1924**

Gebiet	Stimmberechtigte Wähler	Für Poln. Volkspartei abgegebene Stimmen
Stadtkreise		
Forst (Lausitz) ¹⁾	24 743	5
Frankfurt (Oder) ¹⁾	44 191	13
Guben ¹⁾	27 685	7
Landsberg (Warthe)	27 898	16
Landkreise		
Crossen (Oder)	37 817	13
Guben ¹⁾	28 588	15
Königsberg Nm. ¹⁾	63 091	50
Landsberg (Warthe)	36 264	11
Lebus ¹⁾	65 005	22
Meseritz	20 202	688
Oststernberg	27 817	10
Schwerin (Warthe)	13 444	41
Soldin	29 854	14
Sorau ¹⁾	55 779	23
Weststernberg	28 977	15
Züllichau-Schwiebus	32 233	39
Bomst	8 157	911
Insgesamt	571 745	1 893

¹⁾ Einschl. der westlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebietsteile.

Regierungsbezirk Frankfurt in den Grenzen vom 31. 12. 1937 sowie den gesamten pommerschen Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen (früher Regierungsbezirk Schneidemühl) umfaßte, ein Rückgang der für die Poln. Volkspartei abgegebenen Stimmen um fast zwei Drittel auf rund 4000⁶⁾.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß die hier eingesetzte Zahl von rund 3000 Volkspolen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen wird. Wie aus der Übersicht auf Seite 146 für die drei Grenzkreise Meseritz, Schwerin (Warthe) und Züllichau-Schwiebus zu ersehen ist, ist die Zahl der weder zum deutschen noch zum polnischen Volkstum sich bekennenden Personen völlig belanglos. Wenn man weiter in Rechnung stellt, daß auch in den übrigen ostbrandenburgischen Kreisen die Zahl der Personen nichtdeutscher und nichtpolnischer Volkszugehörigkeit so gering ist, daß sie in der Bilanzführung keinerlei Bedeutung beanspruchen kann, dann darf man für Ostbrandenburg insgesamt eine deutsche Bevölkerung am 17. Mai 1939 von 642 000 Personen ansetzen.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs vom Mai 1939 bis Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Für die Untersuchung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Ostbrandenburg während der Zeit vom Mai 1939 bis Ende 1944 stehen die vom Statistischen Reichsamt in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bis zur Jahresmitte 1944 veröffentlichten Ergebnisse über Geburten und Sterbefälle zur Verfügung⁷⁾. Da die Ergebnisse dieser Statistik nur für den ganzen Regierungsbezirk Frankfurt vorliegen, müssen sie unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Struktur auf den ostwärts der Oder-Neiße-Linie liegenden Teil umgerechnet werden (vgl. S. 30). Für die Zeit vom 18. Mai 1939 bis 30. Juni 1944 ergibt sich dabei für Ostbrandenburg

bei 62 000 Lebendgeborenen und 48 100 Gestorbenen ein Geburtenüberschuß von 13 900 Personen. Infolge der geringen Zahl von Volkspolen kann deren natürlicher Bevölkerungszuwachs im gleichen Zeitraum hier unberücksichtigt bleiben. — Eine Umsiedlung von Volkspolen wurde nach den vorliegenden amtlichen Unterlagen während des Krieges nicht vorgenommen⁸⁾.

Der natürliche Bevölkerungszuwachs der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs
vom 18. Mai 1939 bis 30. Juni 1944

in 1000

Zeitraum	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuß
18. 5.—31. 12. 1939	8,0	5,0	+ 3,0
1940	12,6	9,0	+ 3,6
1941	12,4	8,4	+ 4,0
1942	9,3	8,8	+ 0,5
1943	11,8	9,6	+ 2,2
1. 1.—30. 6. 1944	7,9	7,3	+ 0,6
18. 5. 1939—30. 6. 1944	62,0	48,1	+ 13,9

Die bis Mitte des Jahres 1944 eingetretenen Kriegsverluste, sowohl die Wehrmachtssterbefälle als auch die damals in Ostbrandenburg kaum nennenswerten Verluste der Zivilbevölkerung, sind in vorstehender Aufstellung nicht berücksichtigt. Für die zweite Jahreshälfte 1944 liegen über die natürliche Bevölkerungsentwicklung keine amtlichen Angaben mehr vor. Da jedoch der Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs infolge des Hinzutretens der evakuierten großstädtischen Bevölkerung für 1943 und das 1. Halbjahr 1944 um ein Geringes überhöht, der Geburtenüberschuß ab Jahresmitte 1944 jedoch stark zurückgefallen sein dürfte, kann für die gesamte bodenständige Bevölkerung Ostbrandenburgs vom Mai 1939 bis Ende Dezember 1944 mit einem natürlichen Zuwachs der deutschen Bevölkerung (ohne Evakuierte) von 15 000 Personen gerechnet werden.

Es wurde bereits weiter oben dargelegt, daß Ostbrandenburg als ein überwiegend landwirtschaftliches Gebiet angesprochen werden kann. Keine Stadt hatte mehr als 50 000 Einwohner. Diese Umstände sind die Voraussetzungen für zwei weitere, für unsere Untersuchung wichtige Momente: das eine gipfelt in der Tatsache umfangreicherer Einziehungen zum Wehrdienst und wesentlich geringerer Uk-Stellungen als in überwiegend industriell bestimmten Gebieten⁹⁾. Das andere Moment verweist auf die Möglichkeit vergrößerter Sicherheit und Aufnahmefähigkeit für die evakuierte Bevölkerung der durch den Luftkrieg bedrohten Großstädte und Industriegebiete.

Aus der Verbrauchergruppenstatistik¹⁰⁾ lassen sich nun für Ostbrandenburg an Hand des zahlenmäßigen Rückganges der Zivilbevölkerung einige Angaben gewinnen, die über den Umfang der Einziehungen zum Wehrdienst Aufschluß geben. Den Rückgang der Zivilbevölkerung festzustellen, ist vor allem auch notwendig, um auf die mutmaßliche Stärke der evakuierten Bevölkerung in Ostbrandenburg schließen zu können.

Am 8. Februar 1943, zu Beginn der 46. (Lebensmittelkarten-) Zuteilungsperiode, war die Zivilbevölkerung von Ostbrandenburg um 63 000 Personen geringer als

die Wohnbevölkerung am Tage der Volkszählung 1939. Da zu Beginn des Jahres 1943 die Belegung Ostbrandenburgs mit evakuierter Zivilbevölkerung noch nicht jenen großen Umfang angenommen hatte wie nach den ersten schweren Luftangriffen auf das Ruhrgebiet, Hamburg, Bremen und das nahegelegene Berlin, kann geschätzt werden, daß zum vorgenannten Zeitpunkt an 80 000 Ostbrandenburger im Wehrdienst standen, also etwa 12,5 vH der Gesamtbevölkerung. Es kann weiterhin angenommen werden, daß in den Jahren 1943 und 1944 noch an 40 000 Männer mehr zum Wehrdienst einberufen wurden, so daß sich deren Gesamtzahl bis Ende 1944 auf etwa 120 000, das sind rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Ostbrandenburgs im Jahre 1939, erhöht.

Trotz der großen Zahl der Einberufungen zum Wehrdienst hat sich der zahlenmäßige Stand der Zivilbevölkerung Ostbrandenburgs von 644 830 Personen im Mai 1939 auf rund 780 000 Personen Ende Dezember 1944, also um etwa 135 000 Personen erhöht¹¹⁾. Unter Berücksichtigung der aus Ostbrandenburg zum Wehrdienst Einberufenen würde demnach Ende 1944, während der 70. Zuteilungsperiode, die nach Ostbrandenburg evakuierte deutsche Zivilbevölkerung etwa 250 000 Personen betragen haben. Dies festzustellen, erscheint schon einmal aus dem Grunde bedeutsam, da zumindest ein Teil der nach Ostbrandenburg evakuierten Bevölkerung von dem später erfolgten Vorstoß der Roten Armee noch mit erfaßt und in das Kriegs- und Nachkriegsgeschehen in Ostbrandenburg selbst mit hineingezogen wurde.

Da an sich zwischen evakuierter Bevölkerung und den von außerhalb nach Ostbrandenburg gekommenen Belegschaften verlagelter Betriebe keine Trennungsmöglichkeiten bestehen, sind die in Rüstungs- und anderen kriegswichtigen Betrieben tätig gewesenen, von außerhalb zugezogenen (zumeist dienstverpflichteten) Personen in obiger Gesamtzahl der Evakuierten mit enthalten. Wenn man die in der Kleinen Verbraucherguppen-Statistik Ende 1944 ausgewiesenen rund 65 000 Gemeinschaftsverpflegten¹²⁾ mit den Dienstverpflichteten in kriegswichtigen Betrieben u. a. gleichsetzt, ergibt sich eine evakuierte Bevölkerung, die ohne Ausländer nahezu 200 000 Personen umfaßte.

C. Die deutsche Bevölkerung Ostbrandenburgs im Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste ergibt sich nach den bisherigen Feststellungen im Mai 1945 in Ostbrandenburg ein deutscher Bevölkerungsstand von 657 000 Personen. In dieser Zahl sind alle jene Deutschen zusammengefaßt, die bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 zur Wohnbevölkerung des ostwärts von Oder und Neiße gelegenen Gebietes von Brandenburg gehörten, zuzüglich jener 15 000 Personen, die auf Grund der natürlichen Entwicklung als Bevölkerungszuwachs der bodenständigen deutschen Bevölkerung zu bezeichnen sind.

Obgleich bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges Ostbrandenburg stets ein Abwanderungsgebiet war, dürfte infolge der umfangreichen Einziehungen zur Wehrmacht und der im Laufe des Krieges wachsenden Luftgefährdung in den Hauptzielgebieten der aus Ostbrandenburg Abwandernden, insgesamt gesehen, der Wanderungsverlust relativ nur noch gering gewesen sein. Da außerdem für die Wanderungsbewegungen während des Krieges keine statistischen Unterlagen greifbar sind, ist die Wanderungsbilanz dieses Gebietes unberücksichtigt geblieben.

Die evakuierte Bevölkerung ebenso wie die Dienstverpflichteten, die sich Ende Januar 1945 noch in Ostbrandenburg befanden und durch die Kampffronten vom übrigen Reichsgebiet völlig abgeschnitten waren, sind in vorstehender Zahl nicht mit enthalten. Es dürfte sich dabei Ende Januar 1945 noch um mindestens 50 000 deutsche Zivilisten gehandelt haben. Daß auch die evakuierte deutsche Bevölkerung, soweit sie nicht mehr rechtzeitig fliehen konnte, infolge des Kampfgeschehens und der nachfolgenden Ereignisse, welche durch die sowjetische, später polnische Besetzung ausgelöst wurden, schwere Opfer auf sich nehmen mußte, geht aus der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ hervor¹³).

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs

1. Wehrmachtssterbefälle

Wie bereits festgestellt wurde, darf aus der Kleinen Verbrauchergruppen-Statistik geschlossen werden, daß von Mai 1939 bis Anfang Februar 1943 an 80 000 Männer aus Ostbrandenburg zum Wehrdienst einberufen wurden. Die Fortdauer des Krieges, vor allem die fortgesetzte Verschlechterung der militärischen Lage, machte die Einberufung weiterer Jahrgänge und die äußerste Drosselung der Uk-Quote notwendig. Es wird geschätzt, daß bis Kriegsende aus Ostbrandenburg etwa 120 000 Männer (vgl. B, S. 149) zur Wehrmacht einberufen wurden, ohne den Volkssturm, der in der letzten Kriegsphase, im Oktober 1944, gebildet wurde und bei dem Herannahen der Fronten praktisch auch die letzten Wehrmöglichkeiten noch auszuschöpfen trachtete.

Nach der vom Statistischen Reichsamt bearbeiteten und mit dem 20. Januar 1944 abgeschlossenen Kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz 1943¹⁴) sind von den bis zum 31. Mai 1943 aus allen 18 Wehrkreisen des damaligen Deutschen Reiches (mit Österreich und den sudetendeutschen Gebieten) zum Wehrdienst eingezogenen 9564930 Männern 828956 bis zum gleichen Zeitpunkt bereits als gefallen oder im Wehrdienst verstorben gemeldet gewesen. Das heißt also, daß von den bis dahin Eingezogenen 8,7 vH gefallen oder im Wehrdienst verstorben waren. Da Ostbrandenburg als altes Reichsgebiet und als vorwiegendes Agrarland von Anfang an zu den deutschen Gebieten mit intensivster Rekrutierung gehörte, kann die Gefallenquote am 31. Mai 1943 so hoch wie in dem ähnlich struktuierten Wehrkreis Königsberg Pr. angesetzt werden, wo sie zum gleichen Zeitpunkt 10,4 vH aller aus diesem Wehrkreis zum Wehrdienst Eingezogenen betraf. Für Ostbrandenburg bedeutet dies, daß von den zum Wehrdienst Eingezogenen bis Ende Mai 1943 an 8300 Mann gefallen oder im Wehrdienst verstorben waren.

Die zweite Kriegshälfte forderte vom deutschen Volk noch höhere Blutopfer. Sie genau zu bestimmen, ist nicht möglich. Die Kriegstotenverzeichnisse der ehemaligen Deutschen Wehrmacht konnten nicht bis zum Zusammenbruch fortgeführt werden; sie reichen schon nicht mehr in das letzte Kriegsjahr. Um aber wenigstens annähernd die Wehrmachtssterbefälle zahlenmäßig zu ermitteln, die auf die Bevölkerung Ostbrandenburgs entfallen, soll zunächst auf die vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Berechnungen der im Zweiten Weltkrieg eingetretenen deutschen Kriegsverluste hingewiesen werden, deren Ergebnisse im Herbst 1956 veröffentlicht wurden¹⁵). Diese Berechnungen wurden mit Hilfe der standesamtlichen Beurkundungen

und gerichtlichen Todeserklärungen sowie auf Grund der Ergebnisse der Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten vom März 1950 vorgenommen. Von der Registrierung ist wohl nur ein kleinerer Teil der aus Ostbrandenburg stammenden Wehrmachtsvermißten erfaßt worden, weil infolge der unmittelbaren Nachbarschaft mit der sowjetischen Besatzungszone der größere Teil der aus Ostbrandenburg Vertriebenen dort Aufnahme gefunden hat¹⁶⁾. Bei völlig gleichmäßiger Aufteilung der Wehrmachtssterbefälle würde auf Grund obiger Berechnung für Ostbrandenburg mit etwa 35 800 Wehrmachtssterbefällen zu rechnen sein.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Einziehungen zur Wehrmacht im überwiegend agrarischen Ostbrandenburg stärker waren, als im Reichsdurchschnitt, und daß ohne Berücksichtigung des Volkssturmes aus Ostbrandenburg mindestens 120 000 Männer zum Wehrdienst einberufen wurden. Es muß also damit gerechnet werden, daß die Gefallenquote für Ostbrandenburg höher liegt, als im Reichsdurchschnitt und daß die genannte Zahl von rund 35 800 Wehrmachtstoten — einschließlich des Volkssturmes — zu niedrig ist. Aus Vergleichen mit anderen Teilen der deutschen Ostgebiete kann man annehmen, daß knapp $\frac{3}{10}$ der eingezogenen Männer als Wehrmachtstote — ohne Volkssturm — gebucht werden müssen; es soll daher im folgenden mit einer Zahl von rund 36 000 Wehrmachtstoten, ohne Berücksichtigung des Volkssturmes gerechnet werden.

Zu diesen Wehrmachtssterbefällen müssen jedoch noch die über dem Reichsdurchschnitt liegenden Verluste des Volkssturms hinzugerechnet werden, die dieser bei der letzten Verteidigung der Heimat erlitt. Auch hier liegen begreiflicherweise keine zahlenmäßigen Aufzeichnungen vor, so daß auf Schätzungen zurückgegriffen werden muß.

Hohe Verluste ostbrandenburgischer Volkssturmeinheiten scheinen hauptsächlich bei der versuchten Verteidigung der Odra-Stellung an der Ostgrenze Ostbrandenburgs eingetreten zu sein. Aus einem in die „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ aufgenommenen Erlebnisbericht¹⁷⁾ geht hervor, daß diese Abwehrstellung im Kreis Meseritz im letzten Januardrittel 1945 „vom Volkssturm, Arbeitern und Bauern aus der Gegend von Landsberg (Warthe), besetzt“ worden war, die „größtenteils in Zivil und ohne Waffen“ waren. Sie seien von den Russen einfach erschlagen worden. In einem weiteren Bericht der „Dokumentation“¹⁸⁾ wird mitgeteilt, daß ostbrandenburgische Volkssturmeinheiten besonders im Kreis Soldin tagelang in erbitterten Abwehrkämpfen standen. Es ist anzunehmen, daß auch in den Kämpfen um Landsberg (Warthe), Küstrin, zwischen Soldin und Arnswalde, und wohl noch an vielen anderen Orten Volkssturmverbände aus Ostbrandenburg schwere Verluste erlitten.

Man wird annehmen müssen, daß die Zahl der in Volkssturmeinheiten gefallenen Ostbrandenburger bei etwa 5 000 liegt. Damit erhöhen sich die Kriegsverluste der Ostbrandenburger Bevölkerung, die zu einem erheblichen Teil nach Beendigung der Kampfhandlungen eintraten, auf etwa 41 000 Mann. Es ergibt sich somit eine Gefallenquote von 6,4 vH¹⁹⁾.

2. Zivile Kriegsverluste

Nach erhalten gebliebenen Aufzeichnungen des Statistischen Reichsamtes, welche für die einzelnen Landeswirtschaftsämter, aber auch für die Großstädte die durch den Luftkrieg verursachten Bombenschäden und die Zahl der Zivilverluste unter

der deutschen Bevölkerung für den gesamten Bereich des Landeswirtschaftsamtes Brandenburg für die Zeit vom November 1940 bis Ende Januar 1945 wiedergeben, kann mit etwa 1500 bei Luftangriffen ums Leben gekommenen deutschen Zivilpersonen gerechnet werden. Es ist kaum anzunehmen, daß hiervon auf Ostbrandenburg in Anbetracht seines rein agrarischen Charakters mehr als 500 Luftkriegstote entfallen.

Kriegsverluste unter der Zivilbevölkerung traten vor allem von dem Augenblick an ein, als Ostbrandenburg unmittelbar zum Kriegsschauplatz wurde. Am 28. Januar 1945 hatten die sowjetrussischen Truppen Ostbrandenburg im Norden und Süden erreicht²⁰). Der südliche Angriff führte durch die Kreise Züllichau-Schwiebus, Cossen (Oder) und Guben bis Fürstenberg (Oder)²¹). Der nördliche Angriff ging über den Netzbruch, nördlich von Landsberg (Warthe) hinweg durch die Kreise Soldin und Königsberg Nm. und endete nach tagelangen schweren Kämpfen um die Festung Küstrin. Am 3. Februar befand sich bereits ganz Ostbrandenburg in den Händen der Roten Armee.

Die Bevölkerung von Ostbrandenburg wurde von den militärischen Ereignissen völlig überrascht. Obwohl sie seit dem 22. Januar 1945 den Durchzug von Flüchtlingen aus dem Warthegau erlebte, glaubte sie zunächst nicht an eine ernste, sie selbst bedrohende Gefahr²²). Die Räumungserlaubnis für die deutsche Bevölkerung wurde erst erteilt, als es vielfach bereits zu spät zur Flucht war. Nur den nahezu 200 000 Evakuierten, die sich im Januar 1945 noch in Ostbrandenburg befanden, war der Abreise über die Oder und Neiße nichts in den Weg gelegt worden. Trotzdem wurde auch ein Teil von ihnen, vielfach bereits auf der Flucht, von den sowjetischen Panzerspitzen eingeholt und überrollt.

Es kann angenommen werden, daß nur 30—35 vH der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs die Flucht über die Oder und Neiße geglückt ist²³). Zu diesem Bevölkerungsteil gehörte z. B. städtische Bevölkerung aus Schwerin (Warthe), Königsberg Nm., Landsberg (Warthe), die mit Sonderzügen über die Oder gelangten. Der großen Masse der Bevölkerung, besonders in den ländlichen Gebieten zwischen Warthe und Oder, wurde jedoch der Fluchtweg abgeschnitten.

Die Zahl der auf der Flucht Umgekommenen geht in die Tausende. Das Ineinandergreifen von Kriegshandlungen, Flucht und Vertreibung macht es allerdings unmöglich, die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung in Ostbrandenburg von den übrigen Verlusten zu trennen. Die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung werden daher in dieser Bilanz zusammen mit den Vertreibungs- und Verschleppungsverlusten behandelt werden (vgl. J).

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs im Mai 1945

Der tatsächliche Stand der deutschen Bevölkerung in Ostbrandenburg lag Ende Dezember 1944 unter Berücksichtigung des natürlichen Bevölkerungszuwachses seit dem 18. Mai 1939 bei etwa 657 000 Personen. Da von Januar bis Mai 1945 mit Gewißheit kein Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung in Ostbrandenburg mehr zu verzeichnen war, die wahrscheinliche Zahl der Wehrmachtstoten bis Mai 1945 mit 41 000 Personen errechnet wurde, ergäbe sich für Ostbrandenburg

bei Kriegsende ein deutscher Bevölkerungsstand von rund 616000 Personen. Die bis zu diesem Zeitpunkt durch Kriegsverluste der Zivilbevölkerung, durch Vertreibung und durch die Verschleppung Deutscher nach dem Osten bereits eingetretene Dezimierung der Bevölkerung, ist dabei noch nicht berücksichtigt. Von ihnen wird noch zu sprechen sein.

F. Die Vertriebenen aus Ostbrandenburg

Es wurde bereits erwähnt, daß sich etwa 30 vH der deutschen Bevölkerung von Ostbrandenburg auf die Westufer von Oder und Neiße retten konnten, noch bevor ihnen die militärische Zangenbewegung der Roten Armee die letzte Fluchtmöglichkeit nahm. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die nachfolgenden Monate, schon von Ende Januar 1945 ab, für die vom übrigen deutschen Reichsgebiet getrennte ostdeutsche Bevölkerung eine schwere Leidenszeit bedeuteten, die sich erst dann etwas milderte, als die Deutsche Wehrmacht bedingungslos kapitulierte hatte. Über das damalige rechtlose Geschehen in Ostbrandenburg ist an tiefgreifenden Einzelvorgängen verhältnismäßig wenig bekannt geworden, nur etwa, daß die erste große Ausweisung deutscher Bevölkerung im Stadtkreis Guben vorgenommen wurde, wo die gesamte Bevölkerung, mehr als 20000 Menschen, von Polen innerhalb weniger Stunden auf das linke Ufer der Neiße getrieben wurde.

Im Juni 1945 setzten dann die Massenausreibungen ein. Am 23. Juni wurde die Bevölkerung von Sorau ausgewiesen, am 24. Juni kam es zu großen Deutschen-austreibungen an der Südgrenze Ostbrandenburgs, am 25. Juni griffen die Ausreibungen auf die Kreise Meseritz, Schwerin (Warthe) und Züllichau-Schwiebus über. Fast Tag für Tag, auch während des Monats Juli 1945, kamen zahllose Elendszüge von Deutschen aus Ostbrandenburg über die Oder und Neiße, so daß die Zahl der noch in Ostbrandenburg weilenden deutschen Bevölkerung rasch immer mehr zusammengeschrumpft sein muß, im besonderen, wenn man bedenkt, daß in der Verschleppung von Deutschen auch eine Art der Vertreibung in umgekehrter Richtung ebenso rücksichtslos durchgeführt wurde²⁴⁾ und viele Deutsche infolge der Verfolgungen schon nicht mehr am Leben waren.

Die Absicht der Polen, zunächst durch Räumung der Gebiete unmittelbar an der Oder-Neiße-Linie ein Niemandsland zu schaffen, um die übrigen ostdeutschen Gebiete mit deren Bevölkerung von allen Verbindungen mit Mittel- und Westdeutschland abzuschneiden, wird gerade an der frühzeitig einsetzenden Massenausweisung der Ostbrandenburger Bevölkerung offenkundig. Es ist ersichtlich, daß die gewaltsame Räumung Ostbrandenburgs von der deutschen Bevölkerung bereits im Herbst 1945 außerordentlich weit vorgeschritten gewesen sein muß.

1. Die vertriebenen Ostbrandenburger nach dem Stand vom 29. Oktober 1946

Die Zahl der geflüchteten und bis Ende Oktober 1946 vertriebenen Ostbrandenburger wurde erstmals durch die Volkszählung am 29. Oktober 1946 festgehalten, die in allen vier Besatzungszonen, im Saarland und in Berlin nach einheitlichen Richtlinien durchgeführt wurde und in der vor allem die Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 gestellt worden war. Dadurch wurde die größtmögliche Gewähr gegeben, alle Ostbrandenburger zu erfassen, die während des Krieges und

nach dem Kriege bis zu diesem Tag im Zählungsgebiet Aufnahme gefunden hatten. Das Volkszählungsergebnis ist aus nachstehender Aufstellung zu ersehen²⁶⁾. Bei den Angaben wird es sich vermutlich um Mindestzahlen handeln.

Die Vertriebenen aus Ostbrandenburg am 29. Oktober 1946

Land	Vertriebene	Land	Vertriebene
Schleswig-Holstein	14 347	Brandenburg	150 374
Hamburg	1 681	Mecklenburg	30 764
Niedersachsen	31 957	Sachsen-Anhalt	32 781
Nordrhein-Westfalen	12 188	Thüringen	10 054
Britische Zone	60 173	Sachsen	5 638
Bremen	620	Sowjetische Zone	229 611
Hessen	4 829	Berlin	15 545
Württemberg-Baden	2 221	Saarländ	89 ²⁶⁾
Bayern	8 245	Insgesamt	322 752
Amerikanische Zone	15 915		
Rheinland-Pfalz	574		
Baden	370		
Württemberg-Hohenzollern	475		
Französische Zone	1 419		

Unter den in den letzten Kriegsmonaten nach Dänemark verschlagenen deutschen Vertriebenen befanden sich auch 4228 Deutsche aus Ostbrandenburg²⁷⁾. Schätzt man die zu diesem Zeitpunkt (Ende Oktober 1946) in anderen Aufnahmegebieten befindlichen Ostbrandenburger auf nochmals rund 1000 Personen, so ergibt sich für Ende Oktober 1946 eine Gesamtzahl von etwa 328 000 bereits geflüchteten oder vertriebenen Personen, die am 1. September 1939 noch in Ostbrandenburg wohnhaft gewesen waren. Wenn man annimmt, daß 30 vH der Ende Januar 1945 in Ostbrandenburg anwesenden einheimischen Bevölkerung — bei etwa 600 000 Personen wären dies etwa 180 000 — bereits diesseits der Oder-Neiße-Linie waren, dann dürften bis Ende Oktober 1946 etwa 150 000 Personen von den Polen aus Ostbrandenburg vertrieben und nach dem Westen abgeschoben worden sein. Daß außerdem noch Zehntausende der während des Krieges nach Ostbrandenburg evakuierten Bevölkerung mit nach Mittel- und Westdeutschland abgeschoben wurden, sei hier nur nebenbei mit verzeichnet.

Von den in Mittel- und Westdeutschland lebenden Ostbrandenburgern befanden sich zum Zeitpunkt der Volkszählung 1946 rund 229 600 in der sowjetischen Besatzungszone und 77 500 im Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Der Hauptteil der vertriebenen Ostbrandenburger (71,1 vH) lebte also damals in der sowjetischen Besatzungszone, darunter allein 150 370 Personen (46,6 vH) im damaligen Land Brandenburg. Auch die hier gewissermaßen zahlenmäßig zum Ausdruck kommende Vorliebe für das Verbleiben in der unmittelbaren Nachbarschaft der Heimat kann als ein untrügliches Zeichen dafür gewertet werden, daß die beständige Bereitschaft zur Rückkehr in hohem Maße besteht.

2. Die Zunahme der Vertriebenen aus Ostbrandenburg zwischen 1946 und 1950

Die Ausweisungen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches wurden bis in den Winter 1946/47 fortgesetzt und im Frühjahr 1947 neu aufgenommen. Wieviel

Deutsche aus Ostbrandenburg bis September 1950 nach Mittel- und nach Westdeutschland kamen, ist nicht einwandfrei festzustellen, weil die Ergebnisse der am 31. August 1950 in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten Volkszählung nicht mehr veröffentlicht wurden.

Auf Grund der Volkszählung am 13. September 1950 wurden in der Bundesrepublik fast 131 200 Deutsche festgestellt, die am 1. September 1939 in Ostbrandenburg ihren Wohnsitz hatten. Gegenüber der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 ist demnach die Zahl der deutschen Vertriebenen aus Ostbrandenburg im Gebiet der Bundesrepublik von 77 500 um 53 700 angestiegen. In welchem Umfang die Zahl der Ostbrandenburger in den einzelnen Bundesländern zugenommen hat, zeigt die nachfolgende Übersicht:

Die Vertriebenen aus Ostbrandenburg in den Ländern des Bundesgebietes
1946 und 1950

Land	Vertriebene		
	1946	1950	Zunahme 1950 gegenüber 1946
Schleswig-Holstein	14 347	20 054	+ 5 707
Hamburg	1 681	3 000	+ 1 319
Niedersachsen	31 957	47 244	+ 15 287
Bremen	620	1 239	+ 619
Nordrhein-Westfalen	12 188	26 215	+ 14 027
Hessen	4 829	9 889	+ 5 060
Rheinland-Pfalz	574	2 744	+ 2 170
Baden-Württemberg	3 066	6 937	+ 3 871
Bayern	8 245	13 841	+ 5 596
Insgesamt	77 507	131 163	+ 53 656

Die Zunahme der in der Bundesrepublik lebenden Vertriebenen aus Ostbrandenburg kann sowohl auf die Interzonenwanderung als auch auf die Rückkehr von Ostbrandenburgern aus der Kriegsgefangenschaft, der Internierung oder Verschleppung zurückgeführt werden. Wieviel Personen jeweils auf die einzelnen Gruppen entfallen, vor allem, wieviel Vertriebene nach der Volkszählung 1946 noch direkt aus Ostbrandenburg in das Gebiet der Bundesrepublik kamen, ist nicht feststellbar²⁸). Selbst die Angaben aus der im März 1950 angelaufenen „Operation Link“ können hierüber keinen Aufschluß geben.

Zwischen den sowjetzonalen Behörden und den Polen wurden nach der Volkszählung 1946 Vereinbarungen getroffen, welche die Aufnahme von Vertriebenen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und aus Polen vorsahen. Insgesamt sollten noch 200 000 Deutsche aus diesen Gebieten in die sowjetische Besatzungszone übernommen werden, um eine Familienzusammenführung zu ermöglichen. Nach Pressemitteilungen wurde diese Vereinbarung jedoch nur teilweise erfüllt, da nur etwa $\frac{2}{5}$ der vertraglich vorgesehenen Personen die Vereinigung mit ihren in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Familienangehörigen ermöglicht wurde. Wieviel Vertriebene davon aus Ostbrandenburg kamen, ist jedoch nicht bekannt. Wenn auch keine genauen Angaben über die Entwicklung der Vertriebenenzahlen in der sowjetischen Besatzungszone vorliegen, muß angenommen werden, daß die Zahl der in dem sowjetisch besetzten Mitteldeutschland lebenden Ausgewiesenen im Jahre 1950 höher lag als 1946 und zwar aus folgenden Erwägungen:

Das Hauptaufnahmegebiet für die aus Ostbrandenburg ausgewiesenen Deutschen ist die sowjetische Besatzungszone und in ihr vor allem Westbrandenburg geblieben.

Die Neigung der aus Ostbrandenburg vertriebenen, überwiegend landwirtschaftlichen Bevölkerung, die ihrer Heimat benachbarten Gebiete zu verlassen, in denen sie eine gleiche oder doch zumindest artverwandte Mentalität der Bevölkerung und ähnliche Lebensbedingungen in einem ebenfalls stark landwirtschaftlich ausgerichteten Gebiet vorfand, wird naturgemäß gering sein.

Die offizielle Aufnahme ostdeutscher Vertriebener in den Westzonen war von den verantwortlichen Besatzungsmächten seit 1947 beinahe drei Jahre lang auf ein Mindestmaß beschränkt, wenn nicht sogar monatelang völlig unterbunden.

In der gleichen Zeit, besonders in den Jahren 1947 und 1948, wurden weiter zahlreiche Vertriebene — auch aus Ostbrandenburg — in die sowjetische Besatzungszone ausgewiesen, so daß die Zahl der Vertriebenen trotz starker Abwanderung über die Interzonengrenze bis 1950 in Mitteldeutschland stetig anstieg.

Schließlich muß in der Zeit von 1946 bis 1950 vor allem die Entlassung ehemaliger Wehrmachtsangehöriger aus der Kriegsgefangenschaft und die Rückkehr Verschleppter, Internierter und anderer zwangsweise zurückgehaltener Personen zu einem Ansteigen der Zahl der Vertriebenen aus Ostbrandenburg geführt haben.

Auffallend ist, daß nach den Volkszählungsergebnissen von 1950 das Geschlechterverhältnis der im Bundesgebiet lebenden Ostbrandenburger mit 64 000 Männern und 67 000 Frauen fast ausgeglichen ist, während etwa schon in Berlin (West) unter der Vertriebenenbevölkerung aus Ostbrandenburg 8 774 Personen männlichen 12 961 Personen weiblichen Geschlechts gegenüberstehen. Dies läßt darauf schließen, daß der Frauenüberschuß der Vertriebenen aus Ostbrandenburg in der sowjetischen Besatzungszone noch höher sein dürfte (vgl. auch Anm. 19).

Aus all dem bisher Gesagten kann in Übereinstimmung mit Schätzungen von anderer Seite²⁹⁾ und im Vergleich mit der Entwicklung anderer Vertriebenengruppen angenommen werden, daß in der SBZ und Ostberlin die Zahl der Vertriebenen aus Ostbrandenburg von 1946 bis 1950 nur um etwa 6 000 auf rund 241 000 Personen angewachsen ist. Damit ergibt sich für August/September 1950 folgender Bevölkerungsstand der Vertriebenen aus Ostbrandenburg:

Die Vertriebenen aus Ostbrandenburg im Jahre 1950

Land	Vertriebene
Bundesrepublik Deutschland	131 200
Saarland	100 ¹⁾
Berlin (West)	21 700
Sowjetische Besatzungszone	236 000 ¹⁾
Ostberlin	5 000 ¹⁾
Andere Aufnahmeländer	1 000 ¹⁾
davon in	
Europa	500
Übersee	500
Insgesamt	395 000

¹⁾ Geschätzt.

3. Der Geburtenüberschuß der Vertriebenen aus Ostbrandenburg in den Aufnahmegebieten 1945—1950

Der gesamte Geburtenüberschuß der in der Bundesrepublik lebenden Vertriebenenbevölkerung von 1947 bis 1950 ist auf rund 275 000 geschätzt worden (vgl. S. 21). Gleichmäßige natürliche Bevölkerungsentwicklung bei allen Vertriebengruppen vorausgesetzt, würde somit auf die in der Bundesrepublik lebende Bevölkerung aus Ostbrandenburg bei einem Vertriebenenanteil von 1,66 vH ein Geburtenüberschuß von rund 4500 Kindern entfallen. Damit verringert sich in der Bundesrepublik die Zahl der von der Vertreibung direkt Betroffenen auf etwa 126 000 Personen.

Ohne Zweifel lag der Geburtenüberschuß der in der SBZ lebenden Vertriebenen aus Ostbrandenburg infolge der dort bestehenden und länger währenden schwierigen Lebensverhältnisse und auch infolge des ungleich ungünstigeren zahlenmäßigen Geschlechterverhältnisses relativ niedriger als im Bundesgebiet. Er dürfte keinesfalls höher als 5000 sein, so daß sich von der gesamten, aus Ostbrandenburg vertriebenen Bevölkerung für 1950 ein Geburtenüberschuß von 5500 Kindern ergeben würde. In der Bilanz soll mit einer gerundeten Zahl von 6000 gerechnet werden. Es folgt daraus, daß die Gesamtzahl der von der Vertreibung persönlich Betroffenen im September 1950 mit etwa 389 000 Personen anzusetzen ist.

G. Die in Ostbrandenburg zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

1. Der Rückgang der deutschen Bevölkerung von 1945 bis 1950

Im Verlauf der bisherigen Untersuchung wurde festgestellt, daß von der 1939 insgesamt 642 000 Personen zählenden deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs etwa 120 000 Männer zur Wehrmacht eingezogen waren. Es wurde weiter geschätzt, daß sich etwa 30 vH der im Januar 1945 in Ostbrandenburg noch anwesenden bodenständigen deutschen Bevölkerung durch die Flucht über die Oder und Neiße dem Zugriff der Sowjets, wenigstens zunächst, noch entziehen konnten. Damit hätten sich, die Vertreibung der Gubener Stadtbevölkerung auf das Westufer der Neiße schon eingerechnet, die bis dahin eingetretenen Kriegs- und Fluchtverluste der Zivilbevölkerung aber noch nicht berücksichtigt, Ende Februar 1945 noch etwa 330 000—340 000 Ostbrandenburger in ihrer Heimat befunden.

Nach amtlichen Publikationen, die Auskunft über die Ergebnisse der polnischen Volkszählung am 14. Februar 1946 geben³⁰⁾, befanden sich damals in den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches noch 2036 439 Deutsche. Wie groß nun der Anteil Ostbrandenburgs an dieser deutschen Bevölkerung im Februar 1946 noch war, läßt sich infolge der polnischen Verwaltungsneugliederung der ostdeutschen Gebiete mit Sicherheit nicht bestimmen.

Von Ostbrandenburg wurden die Kreise Königsberg Nm. und Soldin zur Wojewodschaft Pommern (poln.: Pomorskie), Sorau zur Wojewodschaft Breslau geschlagen; andererseits wurde der Kreis Grünberg, früher Niederschlesien, an Ostbrandenburg angegliedert, und dieses selbst an die Wojewodschaft Posen. Es blieb jedoch nicht bei dieser Regelung, da der Großteil von Ostbrandenburg, vermehrt

um die nördlichen Kreise von Niederschlesien, später aus der Wojewodschaft Posen herausgelöst und zu einer eigenen Wojewodschaft mit Grünberg umgebildet wurde. Grünberg wurde offenbar hauptsächlich aus dem Grund Sitz einer Wojewodschaft, weil es nach zuverlässig erscheinenden Berichten die einzige bedeutendere Stadt des gesamten Gebietes ist, die keine oder doch kaum nennenswerte Kriegszerstörungen davongetragen hat.

Bei der erwähnten polnischen Volkszählung waren die vorgenannten Landkreise noch der Wojewodschaft Posen zugehörig. Auf die gesamte Wojewodschaft Posen entfielen 65 725 Deutsche, 41 167 auf den polnischen Teil dieses Gebietes und 24 558 Deutsche auf den an die Wojewodschaft Posen angegliederten Restteil Ostbrandenburgs. Dazu kamen noch 5 412 Rehabilitanden und 1 022 „Sonstige“, die wohl gleichfalls vorzugsweise Deutsche waren, so daß sich die Zahl der Deutschen in dem verwaltungsmäßig an die Wojewodschaft Posen angegliederten Teil Ostbrandenburgs auf rund 31 000 Deutsche erhöht. Unter der Voraussetzung einer im allgemeinen gleichen Verteilung der im ganzen Untersuchungsgebiet Ostbrandenburg noch vorhandenen deutschen Bevölkerung dürfte diese im Februar 1946 noch mindestens 36 000 Köpfe stark gewesen sein.

Freilich muß in die Richtigkeit der Angaben, die die polnische Volkszählung 1946 brachte, einiges Mißtrauen gesetzt werden³¹⁾, obwohl andererseits auch wieder angenommen werden kann, daß die Polen von allem Anfang an ein besonderes Interesse daran hatten, das ihnen von den Sowjets überantwortete ostdeutsche Gebiet besonders in der Nähe der Oder-Neiße-Linie möglichst rasch von der hier noch verbliebenen deutschen Bevölkerung zu säubern.

Nach den Angaben im polnischen Statistischen Jahrbuch 1947³²⁾ hat der Stand der deutschen Bevölkerung in den neuerworbenen ostdeutschen Gebieten am 1. Juni 1947 noch 289 000 Personen betragen, in dem an die Wojewodschaft Posen angeschlossenen Hauptteil Ostbrandenburgs jedoch nur mehr 1 000 Personen. Danach wäre in der Zeit vom 14. Februar 1946 bis zum 1. Juni 1947 fast die gesamte deutsche Bevölkerung bis auf einen kleinen Rest ausgewiesen worden. Daß diese Angaben jedoch keineswegs stimmen können, wird noch gezeigt werden. Zunächst sei nur darauf hingewiesen, daß die Verifikanten³³⁾ im weiteren einfach als Polen gezählt wurden.

Daß die polnische Nationalitätenstatistik für die unter polnischer Verwaltung stehenden ostdeutschen Gebiete nicht mit den tatsächlichen Volkstumsverhältnissen übereinstimmen kann, bestätigt nicht nur die deutlich fühlbar werdende bewußte Verschleierung der nationalen Tatbestände, wie sie schon einmal durch die mehrfache verwaltungsmäßige Aufgliederung und Zerreißung der ostdeutschen Gebiete und im weiteren durch die Rehabilitations- und Verifikationsverfahren zu Tage treten, sondern auch der — auch in polnischen Exilkreisen — unternommene Versuch, die Zahl der Volkspolen in den ostdeutschen Gebieten nachträglich auf Kosten der 1939 einwandfrei erhobenen deutschen Bevölkerungsbestände zu erhöhen. Um diesem rein propagandistischen Versuch wenigstens den Anschein zu geben, als ob er auf dem Boden der Tatsachen fuße, bezeichnen die Polen einen Teil der deutschen Bevölkerung seit 1945 als Autochthone (vgl. auch S. 23/24).

Über die Autochthonen, Rückwanderer und Umsiedler in Ostbrandenburg werden nähere Angaben in der in Posen herausgegebenen „Zachodnia Agencja Prasowa“³⁴⁾

gemacht. Danach hatte Ostbrandenburg am 1. Juni 1947 einen Bevölkerungsstand von 361 000 Personen, die sich auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen wie folgt aufgeteilt haben:

Personengruppe	Personen	Anteil an der Bevölkerung insgesamt
	Anzahl	vH
Autochthone	9 000	2,5
Rückwanderer	187 000	51,9
Umsiedler	165 000	45,6
Insgesamt	361 000	100

Unter Rückwanderern wird jene polnische Bevölkerung verstanden, die aus den polnischen, an die Sowjetunion angegliederten Ostgebieten und aus dem Ausland in den ostdeutschen Gebieten angesiedelt wurde, und unter Umsiedlern die polnische Bevölkerung, die aus Innerpolen, zumeist aus Galizien stammt. Aus diesen Angaben kann geschlossen werden, daß im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Gebieten hier relativ die meisten Auslandspolen (aus Binnendeutschland, Frankreich und anderen Ländern reemigrierte Polen) angesiedelt wurden.

2. Die deutsche Bevölkerung in Ostbrandenburg im Jahre 1950

Da sich die amtliche polnische Statistik über die nationale Zusammensetzung der heutigen Bevölkerung in den Ostgebieten des Deutschen Reiches seit 1947 völlig ausschweigt, ist es außerordentlich schwierig, den mutmaßlichen Stand der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs im Jahre 1950 festzustellen oder auch nur annähernd zu bestimmen. Die zweite, nach dem Kriege durchgeführte polnische Volkszählung vom 3. Dezember 1950, deren Ergebnisse nur zum Teil veröffentlicht wurden, bringt aber einige Angaben, aus denen gewisse Schlüsse auf die Zahl der noch in Ostbrandenburg lebenden deutschen Bevölkerung gezogen werden können. Im polnischen Statistischen Jahrbuch 1956 sind aus dieser Zählung Angaben über den Wohnsitz veröffentlicht, auf die unten noch näher eingegangen wird. Zunächst soll versucht werden, auf Grund anderer Unterlagen ein Bild zu gewinnen.

Von den polnischen Angaben ausgehend, die in „The Population of Poland“³⁵⁾ als Grundlage einer eigenen Darstellung dienen, kommt man zu dem Ergebnis, daß im Jahre 1950 in Ostbrandenburg noch etwa 10 000 Deutsche gelebt haben, davon 9 000 als „Autochthone“ erklärte. Diese Zahlen müssen wohl als Mindestwerte aufgefaßt werden, da nach Aussagen später Ausgewiesener und nach Berichten ausländischer und deutscher Journalisten, denen seit 1955 die Möglichkeit gegeben wurde, Polen, Danzig und die unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebiete des Deutschen Reiches zu bereisen, sich auch im Jahre 1955 noch wesentlich mehr Deutsche in Ostbrandenburg befunden haben müssen. Der französische Journalist Maurice Le Boule etwa spricht allein von „10 000 Deutschen in der (hauptsächlich ostbrandenburgisches Gebiet umfassenden) Wojewodschaft Grünberg, die jedoch nicht aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie stammen“³⁶⁾.

Wenn diese Mitteilung vielleicht die tatsächlichen Verhältnisse auch nicht ganz genau trifft, so kann doch aus ihr geschlossen werden, daß neben den von polnischer

Seite zugegebenen 9000 „Autochthonen“ und 1000 anerkannten Deutschen, auch noch zahlreiche aus anderen Gebieten zugezogene Deutsche in Ostbrandenburg Ende 1950 gelebt haben.

Im polnischen Statistischen Jahrbuch 1956 werden nun aus der Volkszählung vom 3. Dezember 1950 Verhältniszahlen über die in den einzelnen Wojewodschaften bereits im August 1939 ansässige Bevölkerung gebracht, die interessante Aufschlüsse geben. In der Wojewodschaft Grünberg, die zum größten Teil ostbrandenburgisches Gebiet umschließt, wurden bei dieser Erhebung 2,6 vH der Gesamtbevölkerung als „bodenständig“ ermittelt. Da in dieser Wojewodschaft Anfang 1950 rund 553 000 Menschen lebten, müssen zum Zählungszeitpunkt mindestens 16 000 zu der schon vor dem Kriege ansässigen Bevölkerung gehört haben. Daß es sich bei ihnen fast ausschließlich um Deutsche handeln muß, geht aus den Ausführungen in Abschnitt A hervor.

Die Zahl findet auch eine Bestätigung durch die Berichte und Aussagen der in den letzten Jahren Ausgewiesenen. Nach ihnen haben im Jahre 1950 etwa 16 000 Ostbrandenburger in diesen und in Nachbargebieten gelebt, von denen mindestens 12 000 schon vor der Vertreibung in Ostbrandenburg ansässig waren, davon etwa 2 000 in den Städten und 10 000 auf den Kolchosen und Sowchosen. Wir können also in dieser Bilanz für 1950 mit 16 000 Deutschen rechnen³⁷⁾.

H. Die verschleppten Deutschen aus Ostbrandenburg

Die Verschleppungen deutscher Zivilisten in Ostbrandenburg begannen unmittelbar nach der militärischen Besetzung der einzelnen Gebiete durch die Rote Armee. Ihnen fiel z. T. die Einwohnerschaft ganzer Gemeinden, ja ganzer Landstriche zum Opfer. Zumeist mußte sich die Einwohnerschaft eines Ortes an einem bestimmten Platz versammeln. Daraufhin wurden die Arbeitsfähigen ohne Unterschied des Geschlechtes bestimmt und für gewöhnlich gleich fortgeschafft; wer von ihnen auf dem Weg blieb, wurde getötet oder einem nicht weniger mitleidslosen Schicksal, dem Tod durch Kälte, Erschöpfung oder Entkräftung preisgegeben³⁸⁾. Die zur Verschleppung bestimmten Personen wurden zum Teil erst in Massenauffanglager gebracht, wo Hunger und Ruhr viele Opfer forderten. Ein solches Massenauffanglager befand sich auch in Schwiebus, in das Tausende von Deutschen aus Landsberg (Warthe) kamen. Von hier aus wurden, noch mitten im Winter, Tausende in Viehwagen nach Rußland geschafft; so kam ein Teil der Bevölkerung aus dem Kreis Königsberg Nm. in Waldlager südöstlich von Moskau. In den meisten Fällen ist das persönliche Schicksal der Verschleppten jedoch unbekannt geblieben.

Wieviel Personen aus Ostbrandenburg in die Sowjetunion verschleppt wurden, läßt sich auch nicht annähernd genau feststellen, weil sie vielfach mit den Zwangsevakuierungen hinter der sowjetrussischen Front zeitlich zusammenfielen. Auf Grund von Schätzungen, die an Hand zahlreicher Einzelangaben angestellt werden können, ist anzunehmen, daß von den Verschleppungen nach dem Osten mindestens 30 000 Personen aus Ostbrandenburg betroffen wurden. Da die Verschleppung nur eine andere Art der Vertreibung darstellt, werden die Opfer, welche die Verschleppungen und Zwangsevakuierungen forderten, den Nachkriegsverlusten hinzugezählt.

I. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ostbrandenburg

Bei der amtlichen Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten, die im März 1950 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) zur Durchführung kam, wurden nur 5075 Zivilpersonen aus Ostbrandenburg als vermißt gemeldet. Diese Zahl erscheint verhältnismäßig gering; es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß der Großteil der Ostbrandenburger in der sowjetischen Besatzungszone Aufnahme gefunden hat und daß seit den Verschleppungen bereits wieder 4 bis 5 Jahre vergangen waren. In dieser Zeit wurde das Schicksal vieler Ostbrandenburger gewiß geklärt. In dieser Bilanz soll für 1950 noch mit rund 1 000 noch am Leben befindlichen vermißten Zivilpersonen gerechnet werden.

Von den im März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) registrierten Kriegsgefangenen, mit denen zu dieser Zeit noch schriftlicher Verkehr bestand, entfielen nur 443 auf Ostbrandenburg. Von diesen wurden 359 Kriegsgefangene in der Sowjetunion festgehalten. Da die Registrierung in der sowjetischen Besatzungszone nicht durchgeführt wurde, soll hier die Gesamtzahl der im Jahre 1950 noch zurückgehaltenen Gefangenen mit etwa 900 beziffert werden, wobei berücksichtigt ist, daß vom Zeitpunkt der Registrierung bis zur Volkszählung noch manche der Registrierten verstorben sein werden.

Hingegen wurden im März 1950 31 Personen aus Ostbrandenburg im Bundesgebiet und in Berlin (West) registriert, die als „Straf- oder Untersuchungsgefangene“ noch zurückgehalten wurden. Von diesen befanden sich 13 in der Sowjetunion. Die Gesamtzahl dieser Gefangenen dürfte die Mehrheit der Vertriebenenbevölkerung aus Ostbrandenburg in der sowjetischen Besatzungszone berücksichtigend, schätzungsweise bei etwa 100 liegen.

Somit ergibt sich für die im September 1950 mutmaßlich noch am Leben befindlichen Kriegs- und sonstigen Gefangenen aus Ostbrandenburg, zuzüglich der möglicherweise noch am Leben befindlichen Verschleppten, eine Gesamtzahl von etwa 2000 Personen.

J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ostbrandenburg

Von den rund 616000 Deutschen Ostbrandenburgs, die für Mai 1945 nach Abzug der Wehrmachtsverluste ermittelt wurden, konnte in der für September 1950 aufgestellten Bilanz das Schicksal von annähernd 407000 Personen geklärt werden. Die Untersuchung ergab, daß viele von ihnen nicht mehr am Leben waren. Es blieb noch ein ungeklärter Bestand von 209000.

Nun ist unter Abschnitt D bereits darauf hingewiesen worden, daß sich ein Teil der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung — z. B. die bei Luftangriffen ums Leben gekommenen — ermitteln läßt, daß aber eine vollkommene Trennung von Kriegsverlusten der Zivilbevölkerung in Ostbrandenburg und Flucht-, Verschleppungs- bzw. Vertreibungsverlusten kaum möglich ist. Es soll im folgenden dennoch versucht werden, wenigstens eine größenordnungsmäßige Vorstellung von den Kriegsverlusten der Zivilbevölkerung zu gewinnen.

Die Berichte in der Dokumentation der Vertreibung³⁹⁾ können hierzu einige Hinweise geben. Aus ihnen und aus anderen Unterlagen kann geschlossen werden, daß die Zahl der zivilen Todesopfer, die bei den Kämpfen und der militärischen Besetzung Ostbrandenburgs eintraten, relativ hoch waren. So wird bezeugt, daß z. B. die letzten Flüchtlingszüge auf der Ostbahn bei Küstrin und an anderen Stellen in feindliches Feuer gerieten, wobei allein in einem Falle über 200 Personen ums Leben kamen. Zahllose Menschen büßten ihr Leben auch durch Erschießungen und andere Gewalttaten der sowjetischen Truppen und der nachrückenden Polen ein.

Man wird die zivilen Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ostbrandenburgs auf etwa 2,5 vH der den Sowjets in die Hände gefallenen Bevölkerung schätzen können, das bedeutet, daß mit den rund 500 Toten, die der Luftkrieg forderte, annähernd 12 000 Personen als zivile Kriegsverluste der ostbrandenburgischen Bevölkerung angesetzt werden können; es ist aber auch möglich, daß ihre Zahl noch höher liegt.

Setzt man diese Verluste von den obengenannten 209 000 noch nicht geklärten Fällen ab, verbleiben immer noch 197 000 Personen, über deren Schicksal nichts bekannt ist. Unter ihnen werden viele Hunderte sein, die auf den schneeverwehten Straßen infolge von Erfrierungen und Erschöpfung starben oder in der bei einsetzendem Tauwetter Hochwasser führenden Netze und Warthe umkamen.

Anmerkungen

- ¹⁾ Am 5. Februar 1945 erklärte Bierut, der Ministerpräsident der Warschauer Regierung, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. Am 12. Januar 1949 gab die polnische Regierung die Einverleibung der Ostgebiete des Deutschen Reiches (mit Ausnahme des Nordteils von Ostpreußen) in das polnische Staatsgebiet bekannt.
- ²⁾ Die einzelnen Gebiete der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen gehörten zu den preußischen Provinzen Posen und Westpreußen, die nach dem Ersten Weltkrieg zum größten Teil an das 1917 von den Mittelmächten neugegründete Polen abgetreten werden mußten. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1938 wurden die nördlichen Gebiete der Grenzmark zum neuen Regierungsbezirk Posen-Westpreußen zusammengefaßt bzw. erweitert, während die Landkreise Meseritz, Schwerin (Warthe) und der nördliche Teil des Landkreises Bomst an den Regierungsbezirk Frankfurt angeschlossen wurden; zu gleicher Zeit kam der südliche Teil des Landkreises Bomst und der Landkreis Fraustadt zum schlesischen Regierungsbezirk Liegnitz.
- ³⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch 1955. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- ⁴⁾ Die Entwicklung der doppelsprachigen Bevölkerung (nach der Muttersprache) in den drei Grenzkreisen Schwerin (Warthe), Meseritz und Bomst zeigt nachstehende Übersicht:

Die Zweisprachigen in einigen Grenzkreisen Ostbrandenburgs 1910 bis 1939

Landkreis	Deutsch und Polnisch als Muttersprache			
	1910	1925	1933	1939
Bomst	108	642	603	597 ¹⁾
Meseritz	—	464	489	177
Schwerin (Warthe)	142	451	134	87

- ¹⁾ Landkreis Züllichau-Schwiebus einschl. des nördlichen Teiles des 1938 aufgelösten Landkreises Bomst.
- ⁵⁾ Die Wahlen zum Reichstag am 7. Dezember 1924. In: Statistik des Deutschen Reiches, Band 315/I, S. 59—62.
- ⁶⁾ Im gesamten Wahlkreis 5 (Frankfurt a. d. O.), zu dem die Regierungsbezirke Frankfurt und Schneidemühl gehörten, ergab sich bei den Reichstagswahlen ein Absinken der Zahl der Stimmen für die (katholische) Polnische Volkspartei von 11018 im Jahre 1920 auf 4022 im Jahre 1932.

Der Rückgang der polnischen Stimmen bei einzelnen Reichstagswahlen im Wahlkreis 5

Reichstagswahl	Zahl der polnischen Stimmen	vH aller abgegebenen Stimmen
6. Juni 1920	11 018	1,2
4. Mai 1924	8 611	0,8
7. Dezember 1924	5 562	0,7
20. Mai 1928	4 788	0,6
14. September 1930	5 154	0,6
31. Juli 1932	4 022	0,4

Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bände 291/II, IV; 315/I; 372/I; 434.

- ⁷⁾ Wirtschaft und Statistik, 19. Jg. (1939) bis 24. Jg. (1944), Berlin.
- ⁸⁾ In „Der Menscheneinsatz. Grundsätze, Anordnungen und Richtlinien“ — Hrsg. Hauptabteilung I des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums, Berlin, Dezember 1940 — findet sich über Umsiedlungen von Volkspolen aus Ostbrandenburg nach dem Generalgouvernement keine Angabe oder ein sonstiger Hinweis.
- ⁹⁾ Um eine Vorstellung von dem Umfang der Einziehungen zum Wehrdienst im Gebiet von Ostbrandenburg gewinnen zu können, sollen die Verhältnisse am Beispiel eines etwa gleichartigen landwirtschaftlichen Gebietes, wie es der Wehrkreis Königsberg (Pr.) darstellt, aufgezeigt werden: Am 31. Mai 1943 leisteten im Gebiet des Wehrkreises Königsberg (Pr.) 45,1 vH der am 31. Mai 1939 beschäftigten „inländischen“ Männer Wehrdienst. Zum gleichen Zeitpunkt waren im Königsberger Wehrkreis 10,4 vH der zum Wehrdienst Eingezogenen bereits gefallen oder im Wehrdienst verstorben. Zugleich lag Ende Mai 1943 die Uk-Quote im Wehrkreis Königsberg (Pr.) unter allen

18 deutschen Wehrkreisen mit 22,7 vH aller am 31. Mai 1939 beschäftigten inländischen Männer am niedrigsten. Damals betrug die durchschnittliche deutsche Wehrdienstquote 39,1, die der Uk-Quote 29,8.

(Nach: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz 1943, Heft 1: Die Wehrmacht in der Kräftebilanz. Bearbeitet vom Statistischen Reichsamt, Berlin, abgeschlossen am 20. Januar 1944).

¹⁰⁾ Die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches 1940 bis 1945. Ergebnisse der Verbrauchergruppen-Statistik. In: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/19/1 vom 28. Februar 1953.

¹¹⁾ Wohnbevölkerung und versorgte Zivilbevölkerung in Ostbrandenburg 1939 und Ende 1944 (Nach den Ergebnissen der Verbrauchergruppen-Statistik)

Stadt- bzw. Landkreis	Wohnbevölkerung am 17. 5. 1939	Versorgte Zivilbevölkerung Ende 1944	Zu- bzw. Abnahme 1944 gegenüber 1939
Stadtkreise			
Forst (Lausitz) ¹⁾	10 760	10 300	— 460
Frankfurt (Oder) ¹⁾	15 670	14 470	— 1 200
Guben ¹⁾	29 770	31 260	+ 1 490
Landsberg (Warthe)	48 053	52 079	+ 4 026
Landkreise			
Crossen (Oder)	61 666	63 879	+ 2 213
Guben ¹⁾	16 010	18 160	+ 2 150
Königsberg Nm. ¹⁾	83 250	118 978	+ 35 728
Landsberg (Warthe)	53 024	61 425	+ 8 401
Lebus ¹⁾	390	530	+ 140
Meseritz	37 105	46 221	+ 9 116
Oststernberg	40 901	51 252	+ 10 351
Schwerin (Warthe)	22 498	24 880	+ 2 382
Soldin	48 753	58 867	+ 10 114
Sorau ¹⁾	72 260	103 570	+ 31 310
Weststernberg	44 434	53 864	+ 9 430
Züllichau-Schwiebus	60 286	70 241	+ 9 955
Ostbrandenburg	644 830	779 976	+ 135 146

¹⁾ Nur ostwärts der Oder-Neiße-Linie liegende Gebietsteile; Bevölkerungsangaben z. T. geschätzt.

¹²⁾ Vgl. Anm. 10.

¹³⁾ Schieder, Theodor: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. München 1953. Vgl. hier in Band I/1 die persönlichen Erlebnisberichte Nr. 102—106 in Band I/2 die Nr. 157, 158, 210, 212, 292—296.

¹⁴⁾ Vgl. Anm. 9.

¹⁵⁾ „Deutsche Bevölkerungsbilanz des 2. Weltkrieges“. In: Wirtschaft und Statistik, 8. Jg., N. F., Heft 10, Oktober 1956, 493—500.

¹⁶⁾ Vgl. Seite 155/156.

¹⁷⁾ Schieder, Theodor a. a. O. Band I/1, Bericht Nr. 105.

¹⁸⁾ Schieder, Theodor a. a. O. Band I/1, Bericht Nr. 103.

¹⁹⁾ Eine indirekte Bestätigung der relativ hohen Wehrmachtsverluste der Bevölkerung Ostbrandenburgs geben die Zahlen über den Frauenüberschuß in den an der Oder-Neiße-Linie angrenzenden Bezirken der sowjetischen Besatzungszone, in denen ganz besonders viele Ostbrandenburger nach Vertreibung und Flucht Aufnahme gefunden haben. Im August 1950 kamen z. B. in den Bezirken Cottbus und Frankfurt (Oder) auf 1000 Frauen nur 798 bzw. 810 Männer.

²⁰⁾ Zipfel, Friedrich: „Vernichtung und Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie“. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Band III.

²¹⁾ Schieder, Theodor a. a. O. Band I/1, Seite 31 E.

²²⁾ Ebenda Band I/1, Seite 30 E.

²³⁾ Friedrich Zipfel spricht in „Vernichtung und Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie“, S. 165 von „etwa 40 bis 60 vH“ der Deutschen aus dem Wartheland und Ost-Brandenburgs, denen die Flucht über die Oder gelungen ist.

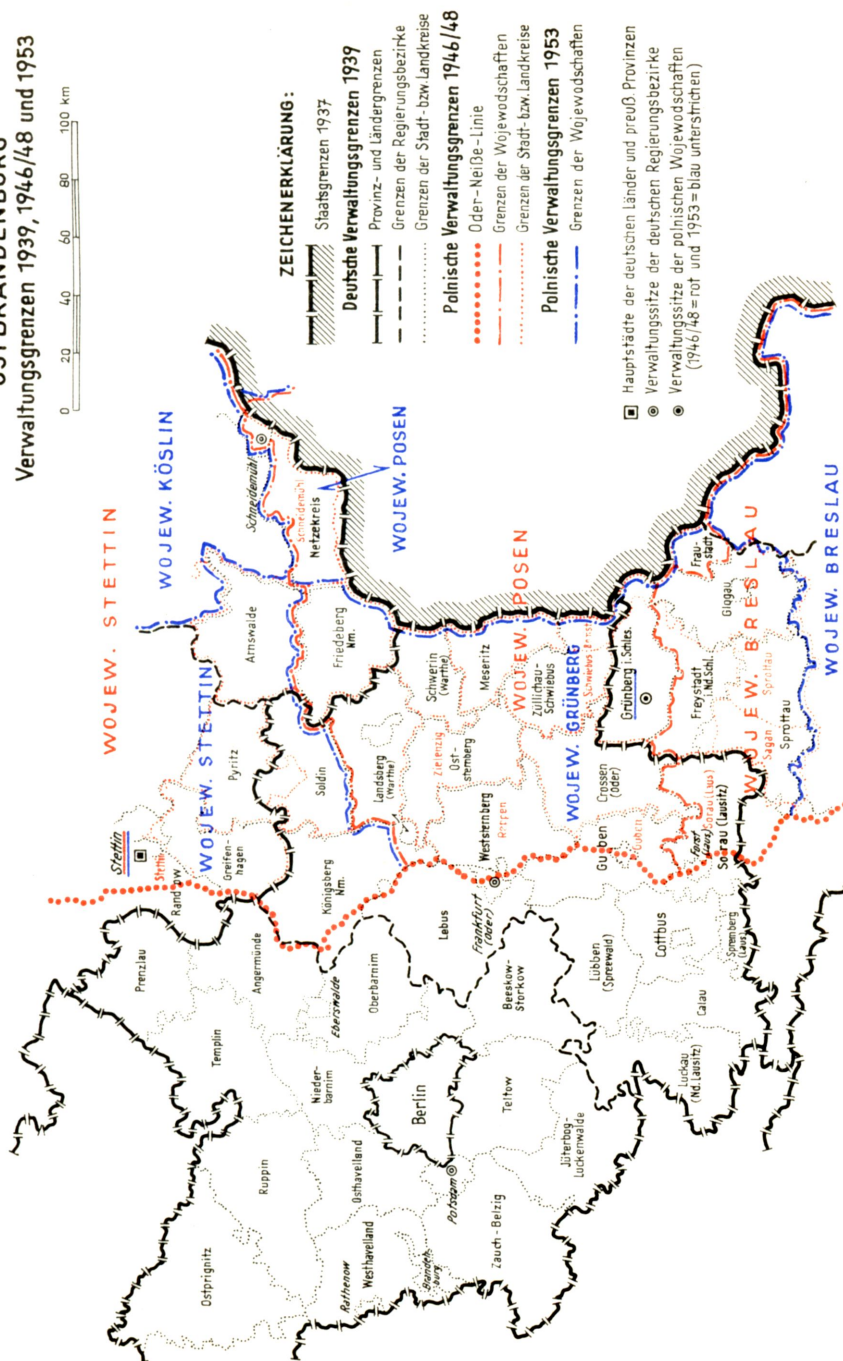
²⁴⁾ Schieder, Theodor a. a. O. Band I/1 und Band I/2. Vgl. Berichte Nr. 103, 157, 158, 210.

²⁵⁾ Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Hrsg. Ausschuß der deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, Berlin 1951.

- ²⁶⁾ Nach einer Mitteilung des Statistischen Amtes des Saarlandes vom 26. April 1955.
- ²⁷⁾ Nach einer Mitteilung von Flügtingeadministration, Kartoteket, Kopenhagen K, Frederiksgade 7, vom 14. Januar 1948.
- ²⁸⁾ Vgl. hierzu auch „Methode und Aufbau der Bevölkerungsbilanzen der Vertreibungsgebiete“, insbesondere S. 9 ff.
- ²⁹⁾ So wird in dem im Auftrage des Göttinger Arbeitskreises von Karl O. Kurth herausgegebenen „Handbuch der Presse der Heimatvertriebenen“, Kitzingen/Main, S. 103, von rund 300 000 Einwohnern aus Ostbrandenburg gesprochen, die 1950 in der sowjetischen Besatzungszone lebten.
- ³⁰⁾ Pow szechny sumaryczny spis ludności z dn. 14. II. 1946 r. Hrsg. Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej. Statystyka Polski, Serie D, Heft 1, Warschau 1947.
- ³¹⁾ Der Wert der polnischen Nachkriegsstatistiken wird u. a. von W. A. Zbyszewski in der Zeitschrift „Wiadomości“, London, Jg. 9, Nr. 14 v. 4. 4. 1954, wie folgt charakterisiert: „Die Statistiken des heutigen Polens verdienen kein Vertrauen, die Bevölkerungsstatistiken vielleicht noch weniger als die übrigen. Die Bevölkerungsstatistiken waren vor dem Kriege nicht fehlerlos; nach dem Kriege wurden sie noch schlechter.“ (Im Auszug wiedergegeben in: Wissenschaftlicher Dienst, Johann Gottfried Herder-Institut, Marburg/Lahn, Jg. 4, Heft 6, Juni 1954).
- ³²⁾ Warschau 1948, S. 20.
- ³³⁾ Verifikanten werden von polnischer Seite alle jene deutschen Staatsangehörigen genannt, deren Volkstum dahingehend überprüft werden soll, ob ihnen die polnische Staatsangehörigkeit zuerkannt werden kann oder nicht.
- ³⁴⁾ Nr. 45 für 1947.
- ³⁵⁾ Mauldin, W. Parker, and Akers, Donald S.: „The Population of Poland“. Washington 1954.
- ³⁶⁾ An anderer Stelle bemerkt Le Boule (vgl. Quellenangabe), der sich im besonderen um die Zahl der in den deutschen Ostgebieten zurückgebliebenen Deutschen bemüht hat: „Weder in den polnischen Ministerien, noch in der Warschauer Botschaft der Sowjetzonenregierung konnte man mir die genaue Zahl der einheimischen Deutschen angeben, und diese nicht unbeabsichtigte Unwissenheit läßt sich leicht erklären: Die polnischen Behörden sind sich darüber klar geworden, daß es angesichts der „Entspannung zwischen Ost und West nicht länger möglich sein wird, über das Problem der deutschen Minderheit Stillschweigen zu üben. Entscheidungen über diese Frage sind in Vorbereitung, wie man mir im polnischen Außenministerium sagte. So lange wird die Zahl der nichtamtlichen Deutschen geheim bleiben.“
- ³⁷⁾ Die z. B. in „Unsere Märkische Heimat“ geäußerte Annahme, daß auch heute von der Ostbrandenburger Bevölkerung noch jeder Achte ein Deutscher sei, findet bei eingehender Prüfung aller vorhandenen Unterlagen keine Bestätigung; („Unsere Märkische Heimat“, Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Ostbrandenburg-Neumark im Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen, Jg. 5, Nr. 1/2 vom 15. Januar 1954, S. 1, und Jg. 5, Nr. 15 vom 1. August 1954, S. 7).
- ³⁸⁾ Schieder, Theodor a. a. O. Dok. I/1 und I/2.
- ³⁹⁾ Ebenda Dok. I/1 z. B. Berichte Nr. 102, 103, 104, 106; Band I/2 Nr. 210.

OSTBRANDENBURG

Verwaltungsgrenzen 1939, 1946/48 und 1953



Schlesien

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	171
II. Das benutzte Quellenmaterial	172
III. Überblick über die Bilanz	174
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens im Mai 1939	176
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Schlesiens vom Mai 1939 bis Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	181
C. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens im Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	182
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Schlesiens	183
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Schlesiens im Mai 1945 . . .	185
F. Die Vertriebenen aus Schlesien	186
G. Die in Schlesien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	191
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus Schlesien	199
I. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Vermißten	199
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Schlesien . . .	200
Anmerkungen	201

Tabellenteil

1. Die Wohnbevölkerung in den Kreisen der Provinz Schlesien sowie des sächsischen Stadt- bzw. Landkreises Zittau am 17. Mai 1939	204
2. Die Reichsangehörigen nach Muttersprache und Volkszugehörigkeit am 17. Mai 1939 in ausgewählten Kreisen Schlesiens	206
3. Die Ausländer in Schlesien nach Volkszugehörigkeit und Muttersprache am 17. Mai 1939	208
4. Die polnischen Stimmen bei den Reichstagswahlen 1922 bis 1933 im Regierungsbezirk Oppeln	208
5. Bevölkerung mit polnischer Muttersprache nach den Volkszählungen von 1910, 1925, 1933 und 1939 sowie polnische Stimmen bei den Reichstagswahlen von 1924 in ausgewählten Kreisen des Regierungsbezirkes Oppeln	209
6. Abstimmungsergebnisse vom 20. März 1921 und Stimmen für die Polnisch-Katholische Volkspartei bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 in den Kreisen des Regierungsbezirkes Oppeln	209

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Das Gebiet Schlesiens, auf das sich die vorliegende Untersuchung erstreckt, deckt sich weder mit dem historischen Begriff Schlesien, der auch die jenseits der Grenzen von 1914 liegenden Herzogtümer Auschwitz, Zator, Teschen, Jägerndorf und Troppau umfaßt, noch stimmt es mit der Provinz Schlesien in ihren Grenzen von 1914 bzw. von Ende 1937 überein; es wird hier vielmehr derjenige Teil der Provinz Schlesien in den Grenzen von Ende 1937 untersucht, der jenseits der Oder-Neiße-Linie liegt und durch das Potsdamer Abkommen unter polnische Verwaltung gestellt worden ist.

Von vornherein muß dabei auf folgendes hingewiesen werden: Die Durchführung der Bestimmungen des Versailler Diktats löste tiefgreifende Veränderungen in den Gebiets- und Bevölkerungsverhältnissen Schlesiens aus. So wurden in den nord-schlesischen Kreisen Guhrau, Militsch, Groß Wartenberg und Namslau ohne Befragung der Bevölkerung „Grenzberichtigungen“ zugunsten Polens vorgenommen. Ebenso wurde das sogenannte Hultschiner Ländchen aus dem oberschlesischen Landkreis Ratibor herausgelöst und ohne Volksabstimmung der Tschechoslowakei zugeteilt.

Für den größten Teil Oberschlesiens — ohne die Kreise Grottkau, Falkenberg O.S., Neiße und etwa die Hälfte des Kreises Neustadt O.S. — und für zahlreiche Orte des niederschlesischen Kreises Namslau wurde eine Abstimmung für den 20. März 1921 angesetzt, welche die künftige Zugehörigkeit dieses gesamten Gebietes zum Deutschen Reich oder zu Polen entscheiden sollte. Obwohl 707 393 Abstimmungsberechtigte den weiteren Verbleib dieses Gebietes beim Deutschen Reich forderten und nur 479 365 Personen den Anschluß an Polen verlangten, wurde das Land geteilt (vgl. G). Der größte Teil des Industriegebietes wurde Polen zugesprochen, und zwar in der Weise, daß lediglich die Städte Gleiwitz, Beuthen O.S. und Hindenburg O.S. sowie Teile der Landkreise Rybnik, Beuthen, Tarnowitz und Lublinitz mit dem übrigen westlichen Oberschlesien sowie mit Namslau beim Deutschen Reiche verblieben.

Im Zuge der verwaltungsmäßigen Neugliederung wurde mit Gesetz vom 14. Oktober 1919 der Regierungsbezirk Oppeln zur selbständigen Provinz Oberschlesien erhoben. Diese innergebietliche Regelung galt bis Anfang 1938. Am 21. März 1938 wurde die Provinz Oberschlesien wieder aufgelöst und als Regierungsbezirk Oppeln mit den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz neuerdings zur Provinz Schlesien vereinigt. Gleichzeitig wurde die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen aufgelöst; der Kreis Fraustadt wurde mit zehn Gemeinden des Kreises Bomst dem Regierungsbezirk Liegnitz zugeteilt.

Die Besetzung polnischen Gebietes im Jahre 1939, das bis zum Ende des Ersten Weltkrieges vorzugsweise zu Deutschland gehört hatte, brachte für Schlesien erneut innergebietliche Veränderungen. Der 1921 Polen zugeschlagene Teil Oberschlesiens, weiter das Gebiet von Teschen-Bielitz-Saybusch sowie einige altpolnische Gebiete wurden nun der Provinz Schlesien angegliedert. Mit Wirkung vom 1. Februar 1941 wurde aus den Regierungsbezirken Oppeln und Kattowitz erneut die Provinz

Oberschlesien geschaffen, während die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz wie schon 1919 wiederum die Provinz Niederschlesien bildeten.

Das Kriegsende 1945 brachte nicht nur die Besetzung Schlesiens durch die Rote Armee und die Unterstellung Schlesiens bis zur Lausitzer Neiße unter polnische Verwaltung, sondern hatte auch die Austreibung der Deutschen aus diesem Gebiet und tiefgreifende verwaltungsmäßige Veränderungen zur Folge.

Abschließend kann also festgestellt werden, daß der Raum, auf den sich diese Untersuchung erstreckt, vom Gebiet Schlesiens gebildet wird, das im Nordosten, Osten und Süden durch die Grenzen von 1919 und 1921 abgesteckt ist; im Norden ist es um den Kreis Fraustadt mit den zehn Gemeinden des früheren Landkreises Bomst erweitert; im Westen bildet die Lausitzer Neiße die Grenze, so daß die Ostteile der Stadt- und Landkreise Görlitz und Rothenburg (Ob.-Lausitz) in den Untersuchungsbereich fallen; schließlich ist auch der ostwärts der Neiße gelegene Teil des Stadt- und Landkreises Zittau mit in das Gebiet einbezogen. Durch die Errichtung einer Demarkationslinie an der Lausitzer Neiße wurden der westlich dieses Flusses gelegene Landkreis Hoyerswerda sowie Teile des Stadtkreises Görlitz und der Landkreise Görlitz und Rothenburg (Ob.-Lausitz) zur sowjetischen Besatzungszone geschlagen.

II. Das benutzte Quellenmaterial

Amtliches Gemeinde- und Ortsnamenverzeichnis der deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung. Band I: Amtliches Gemeindeverzeichnis der deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung nach dem Gebietsstand am 1. 9. 1939, Remagen 1953.

Statistisches Handbuch von Deutschland, Teil I: Bevölkerung und Beschäftigung. Hrsg. Arbeitsgruppe Statistik im Ministerial Collecting Center, Fürstenhagen 1946.

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Volkszählung — Textteil. Hrsg. Ausschuß deutscher Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, Berlin.

Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, heimatlose Ausländer 1949—1952. Hrsg. Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1953.

Frumkin, Gregory (Grzegorz): Population Changes in Europe since 1939. A Study of Population Changes in Europe during and since World War II as shown by the Balance Sheets of Twenty-four European Countries, London 1951.

Integration Bulletin International, Heft 1—4/1954 und Heft 2/1955, München.

Kaps, Johannes: Die Tragödie Schlesiens 1945/46 in Dokumenten unter Berücksichtigung des Erzbistums Breslau, München 1952/53.

Kulischer, Eugène M.: The Displacement of Population in Europe, Montreal 1943.

Kulischer, Eugène M.: Europe on the Move. War and Population Changes 1917—1947, New York 1948.

Lemberg, Eugen und Lothar Kreckler: Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen. Untersuchungen zum Strukturwandel von Land und Leuten unter dem Einfluß des Vertriebenen-Zustromes, Marburg a. d. Lahn, 1950.

Mauldin, W. Parker and Akers, Donald S.: The Population of Poland. Hrsg. Bureau of the Census, Washington 1954.

Schlesien nach der Teilung. Die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf Schlesien. Hrsg. Plankammer des Preußischen Statistischen Landesamtes, Berlin 1924.

Siedlung in den polnischen Westgebieten. In: Zachodnia Agencja Prasowa, Nr. 9/Mn. Posen/Warschau 1947.

Reichling, G. und F. H. Betz: Die Heimatvertriebenen — Glied oder Außenseiter der deutschen Gemeinschaft? In: Kleine Schriften für den Staatsbürger. Hrsg. Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Frankfurt a. M. 1949.

Reitzig: Ermittlungen der z. Z. in den Kreisen Schlesiens lebenden deutschen Bevölkerung, 1955.

Rhode, Gotthold: Die Ostgebiete des Deutschen Reiches. Hrsg. im Auftrage des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates, Würzburg 1955.

Schieder, Theodor, in Verbindung mit Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. In: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, München 1953.

Seraphim, P. H.: Die Heimatvertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone. In: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Hrsg. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1955.

Statistisches Handbuch für das Saarland 1950. Hrsg. Statistisches Amt des Saarlandes, Saarbrücken 1950.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1955. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1955.

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953.

Die Wohngebäudeschäden und Personenverluste durch Luftkriegseinwirkung im Großdeutschen Reich nach Landeswirtschaftsamtbezirken und Monaten in der Zeit vom 1. 10. 1940 bis 31. 1. 1945. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches 1940—1945. Ergebnisse der Verbrauchergruppen-Statistik. In: Statistische Berichte, Arb. Nr. VIII/19/1 vom 28. 2. 1953. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Ausländer im Deutschen Reich nach den Ergebnissen der Volkszählung am 17. 5. 1939. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1944.

Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 291. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1920.

Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 und am 7. Dezember 1924. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 315. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1925.

Die Wahlen zum Reichstag am 20. Mai 1928. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 372. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1930.

Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 382. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1932.

Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 5. November 1932 und am 5. März 1933. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 434. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1935.

Wirtschaft und Statistik, Jg. 1939 bis 1944. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Vernant, Jacques: The Refugee in the Post-War World, London 1953.

Zipfel, Friedrich: Vernichtung und Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Band III, Tübingen 1955.

Nellner, Werner: Das Schlesiertum in Heimat und Vertreibung. In: „Schlesien“, 1. Jg., Heft 2, 1956.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens im Mai 1939

Reg.-Bez. Breslau	1 966 000
Reg.-Bez. Liegnitz	1 063 000
Reg.-Bez. Oppeln	1 523 000
Stkr. und Lkr. Zittau	25 000
Deutsche Bevölkerung insgesamt	4 577 000

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Schlesiens vom Mai 1939 bis

Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Natürlicher Bevölkerungszuwachs	174 000
---	---------

C. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens im Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

.	4 751 000
-----------	-----------

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Schlesiens

1. Wehrmachtssterbefälle	280 000
2. Kriegsverluste der Zivilbevölkerung	81 000
Insgesamt	361 000

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Schlesiens im Mai 1945

F. Die Vertriebenen aus Schlesien

Stand: September 1950

Insgesamt	3 197 000
darunter in der Bundesrepublik	2 053 000
Geburtenüberschuß vom Mai 1945 bis September 1950	76 000
darunter in der Bundesrepublik	72 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene aus Schlesien	3 121 000

G. Die in Schlesien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

Stand: September 1950	870 000
---------------------------------	---------

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen

Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus Schlesien

1. Kriegsgefangene	10 000
2. Zivilinternierte	1 200
Insgesamt	11 200

I. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Vermißten	1 000
--	-------

J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Schlesien	
De-jure-Bevölkerungsstand im Mai 1945	4 390 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	3 121 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung . .	870 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene und Zivilinternierte	11 200
Vermutlich noch am Leben befindliche <u>Kriegs- und Zivilvermißte</u>	1 000
Geklärte Fälle	4 003 200
Ungeklärte Fälle.	386 800

Die Zahl der in der Bilanz ungeklärt gebliebenen Fälle umfaßt die nach dem unmittelbaren Kriegs- und Kampfgeschehen als direkte oder indirekte Folge der Vertreibung eingetretenen Verluste.

Zusammenfassung

Deutsche Bevölkerung im Mai 1939	4 577 000
Zunahme der deutschen Bevölkerung Mai 1939 bis Mai 1945	174 000
Kriegsverluste	361 000
Deutsche Bevölkerung im Mai 1945	4 390 000
Vertriebene Bevölkerung im September 1950	3 197 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	3 121 000
Zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	870 000
Noch lebende Kriegsgefangene, Zivilinternierte und <u>Vermiße</u>	12 200
Geklärte Fälle insgesamt	4 003 200
Ungeklärte Fälle	386 800

Die Verluste, welche die deutsche Bevölkerung Schlesiens durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen gehabt hat, sind hoch. Sie betragen insgesamt 747 800 Personen, also 16,6 vH des deutschen Bevölkerungsstandes Schlesiens vom Mai 1939. Das heißt: Jeder sechste Schlesier hat durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse sein Leben verloren oder es ist über seinen Verbleib nichts bekannt.

Von der Gesamtzahl dieser Verluste entfallen 361 000, d. s. 48,3 vH, auf Wehrmachtssterbefälle und zivile Kriegsverluste. 386 800 bzw. 51,7 vH sind durch Vertreibung umgekommen¹⁾. Die Nachkriegsverluste haben also der Substanz der schlesischen Volksgruppe höhere Schäden zugefügt als die reinen Kriegsverluste. Fast jeder elfte Schlesier hat sein Leben aus Gründen hergeben müssen, die mit dem unmittelbaren Kriegsgeschehen nichts zu tun haben.

Die Verluste der deutschen nichtschlesischen Bevölkerung, die im behandelten Zeitraume, z. B. als Evakuierte oder als Beschäftigte in verlagerten Betrieben, in Schlesien nach dem 17. Mai 1939 zugezogen ist, sind in dieser Untersuchung nicht erfaßt; desgleichen nicht die Verluste von Personen anderer ostdeutscher Volksgruppen, die der Fluchtweg durch Schlesien geführt hat.

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens im Mai 1939

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die deutsche Volkszählung vom 17. Mai 1939. Sie steht zeitlich so kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, daß sie klar auszusagen vermag, wieviel Deutsche damals in Schlesien lebten.

1. Gesamtbevölkerung der Provinz Schlesien am 17. Mai 1939

Am 17. Mai 1939 hatte die Provinz Schlesien eine Wohnbevölkerung von insgesamt 4 815 797 Personen, die sich auf die drei Regierungsbezirke Breslau, Liegnitz und Oppeln wie folgt verteilte:

Breslau	1 971 829 Personen
Liegnitz	1 314 710 „
Oppeln	1 529 258 „
Schlesien	4 815 797 Personen

Die Regierungsbezirke waren in 14 Stadt- und 49 Landkreise gegliedert (vgl. Tabellenteil, Tabelle 1).

In den Stadtkreisen wohnten ein knappes Drittel, in den Landkreisen über zwei Drittel der schlesischen Bevölkerung.

Die Wohnbevölkerung Schlesiens nach Stadt- und Landkreisen am 17. Mai 1939

Regierungsbezirk	Zahl der		Wohnbevölkerung				
	Stadt-	Land-	ins- gesamt	davon in			
kreise			Stadtkreisen		Landkreisen		
			absolut		in vH	absolut	in vH
Breslau	4	18	1 971 829	764 172	38,8	1 207 657	61,2
Liegnitz	4	17	1 314 710	246 280	18,7	1 068 430	81,3
Oppeln	6	14	1 529 258	485 384	31,7	1 043 874	68,3
Provinz Schlesien	14	49	4 815 797	1 495 836	31,1	3 319 961	68,9

Bei den Regierungsbezirken sind beträchtliche Unterschiede in der Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land zu erkennen. Den stärksten Anteil der Bevölkerung in den Stadtkreisen hat der Regierungsbezirk Breslau (38,8 vH), allerdings ausschließlich durch die hohe Einwohnerzahl der Provinzhauptstadt Breslau mit rund 630 000; die drei anderen Stadtkreise im Regierungsbezirk Breslau erreichen die 100 000-Grenze bei weitem nicht. Am geringsten ist der Anteil der Einwohner von Stadtkreisen im Regierungsbezirk Liegnitz (18,7 vH), ein Spiegelbild der vorwiegend agrarischen Struktur dieses Gebietes. Etwa dem Provinzdurchschnitt entspricht die Verteilung der Bevölkerung auf die Stadt- und Landkreise im Regierungsbezirk Oppeln.

2. Feststellung der deutschen Bevölkerung der Provinz Schlesien

Von der Austreibung wurde ausschließlich die deutsche Bevölkerung Schlesiens betroffen. Maßgebend war hierbei die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum, nicht die Staatsangehörigkeit. Es wurden also auch Deutsche nichtdeutscher Staatsangehörigkeit von der Vertreibung betroffen.

Die Feststellung der Zahl der „Ausländer im Deutschen Reich“²⁾ war 1939 mit der Angabe verbunden, welchen Status der einzelne Ausländer besitzt: ob er eine bestimmte Staatsangehörigkeit nachweisen kann, ob er staatenlos oder ob seine Staatsangehörigkeit ungeklärt ist. Die Volkszählung 1939 gab aber auch Auskunft, ob sich ein Ausländer zum deutschen oder zu einem anderen Volkstum bekennt.

Außerdem liegen Angaben aus einer nicht veröffentlichten Sonderauszählung nach der „Volkszugehörigkeit und Muttersprache“ vor, die für alle jene Grenzkreise vorgenommen wurde, die auch nichtdeutschsprachige Bevölkerungsteile aufweisen. Mit deren Hilfe kann die Zahl der deutschen Staatsbürger ermittelt werden, die sich — ob mit, ob ohne deutsche Muttersprache — zum deutschen Volkstum bekannt haben. Diese Auszählung erscheint vor allem deshalb so wichtig, weil in den Grenzgebieten der deutschen Ostprovinzen der Gebrauch einer Muttersprache mit dem Volkstumsbekenntnis nicht gleichgesetzt werden darf.

a) Ausländer und Staatenlose nichtdeutscher Volkszugehörigkeit

Die Zahl der Ausländer in Schlesien betrug am 17. Mai 1939 rund 61 400. Von ihnen gehörten etwa 47 300 zum deutschen Volkstum, unter ihnen rund 5 000 mit nichtdeutscher Muttersprache. Als Ausländer mit fremdem Volkstum gaben sich über 14 000 aus, unter ihnen rund 2 000 mit deutscher Muttersprache. Diese 14 000 Personen sind von der schlesischen Wohnbevölkerung als nicht zum deutschen Volkstum gehörend abzusetzen. In den einzelnen Regierungsbezirken sind diese Personengruppen recht unterschiedlich vertreten:

Ausländer und Staatenlose deutscher und nichtdeutscher Volkszugehörigkeit in der Provinz Schlesien am 17. Mai 1939

Regierungsbezirk	Ausländer		
	Insgesamt	davon mit	
		deutscher	fremder
		Volkszugehörigkeit	
Breslau	19 967	13 921	6 046
Liegnitz	14 631	9 776	4 855
Oppeln ¹⁾	26 800	23 650	3 150
Provinz Schlesien	61 398	47 347	14 051

¹⁾ Ohne Hultschiner Ländchen.

Die absolut größte Zahl von Ausländern gab es also im Regierungsbezirk Oppeln; ebenso auch die absolut größte Zahl von Ausländern mit deutscher Volkszugehörigkeit. Bei der letzten Gruppe handelt es sich ohne Zweifel in der Hauptsache um Deutsche, die aus den 1921 dem polnischen Staat einverleibten oberschlesischen Gebieten in den deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens zugezogen waren. Dagegen findet sich im Regierungsbezirk Oppeln auch die geringste Zahl von Ausländern mit fremder Volkszugehörigkeit. In den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz bekannten sich jeweils ungefähr zwei Drittel der Ausländer zum deutschen, ein Drittel zu einem fremden Volkstum (vgl. auch Tabellenteil, Tabelle 3).

b) Reichsangehörige fremder Volkszugehörigkeit

Für alle Gebietsteile, die von einer gemischtsprachigen Bevölkerung bewohnt waren, wurde, wie bereits erwähnt, im Rahmen der Volkszählung 1939 eine Sonderauszählung durchgeführt, die Muttersprache und Volkszugehörigkeit erfaßte. Dies geschah in den Lausitzer Kreisen Hoyerswerda und Rothenburg (Ob.-Lausitz), in den niederschlesischen Grenzkreisen Namslau, Groß Wartenberg, Militsch, Guhrau und Fraustadt sowie im gesamten Regierungsbezirk Oppeln.

Da die Erfahrungen gezeigt haben, daß die Angabe der Muttersprache im allgemeinen nicht als Kriterium für die Volkszugehörigkeit aufgefaßt werden darf, war es von Belang zu erfahren, welchem Volkstum sich diejenigen reichsangehörigen Personen zugehörig fühlten, welche die oberschlesische oder wendische Haussprache sprechen oder zweisprachig waren. Aus der Erhebung ergibt sich folgendes Bild (vgl. auch Tabellenteil, Tabelle 2):

Die Volkszugehörigkeit der Wenden und „Oberschlesier“ am 17. Mai 1939

Gebiet	Muttersprache	Reichsangehörige (ohne Juden)					
		insgesamt	davon nach Volkszugehörigkeit				
			deutsch	polnisch	mährisch	wendisch	sonstige
Lausitz: Lkr. Hoyerswerda Rothenburg (Ob.-Lausitz)	wendisch	3 501	3 501	—	—	—	—
	deutsch und wendisch	3 950	3 949	—	—	1	—
Niederschlesien Grenzkreise: Namslau, Groß Wartenberg Militsch, Guhrau, Fraustadt	polnisch	107	102	5	—	—	—
	deutsch und polnisch	337	335	2	—	—	—
Regierungsbezirk Oppeln	polnisch	3 731	1 244	2 466	—	—	21
	deutsch und polnisch	6 938	6 751	185	—	—	2
	oberschlesisch	11 112	11 023	86	3	—	—
	deutsch und oberschlesisch	18 715	18 692	23	—	—	—
	mährisch	49	49	—	—	—	—
	deutsch und mährisch	228	228	—	—	—	—
Insgesamt	absolut	48 668	45 874	2 767	3	1	23
	vH	100	94,3	5,7	0,0	0,0	0,0

In der Lausitz, in der 7451 Personen mit wendischer bzw. deutscher und gleichzeitig wendischer Muttersprache ermittelt wurden, spielt das Bekenntnis zum wendischen Volkstum praktisch überhaupt keine Rolle. In den niederschlesischen Grenzkreisen ging es um die Ermittlung etwaiger polnischer Volkszugehöriger. Hier erklärten von 444 Personen, die Polnisch bzw. Deutsch und Polnisch als Muttersprache angegeben hatten, nur sieben, daß sie Volkspolen sind. Die Regierungsbezirke Liegnitz und Breslau wurden demnach von einer rein deutschen Bevölkerung bewohnt.

Differenzierter mußte die Fragestellung im Regierungsbezirk Oppeln sein, damit man die dortigen Verhältnisse nach dem wirklichen Volkstumsbekenntnis der rein deutschsprachigen Bevölkerung beurteilen kann. Im Regierungsbezirk Oppeln wird nämlich neben dem Deutschen, Polnischen und Mährischen eine Haussprache slavischer Färbung gesprochen, das Oberschlesische, das keineswegs als polnischer Dialekt gelten kann³⁾. Es wurde deshalb ebenso als besondere Muttersprache erfragt wie andere eigenständige Haussprachen, zu denen auch das im benachbarten Teschener Schlesien gesprochene Schlonsakisch gehörte. Hier betonten die bodenständigen Bewohner stets ausdrücklich, daß sie „po naszemu“, also „auf unsere Art“ sprächen, nicht etwa Polnisch oder Tschechisch.

Im Regierungsbezirk Oppeln wurden insgesamt 40 773 Personen ermittelt, die Deutsch mit Polnisch, Oberschlesisch oder Mährisch zusammen bzw. eine der drei letzten Sprachen allein als Muttersprache angegeben hatten. Von ihnen erklärten aber nur 2 760, auch Angehörige des polnischen Volkes zu sein. Zu beachten ist hierbei, daß von den 3 731 Personen, die nur Polnisch als Muttersprache genannt hatten, rund ein Drittel dennoch seine deutsche Volkszugehörigkeit betonte. Besonders eindrucksvoll ist jedoch das Bekenntnis der deutschen Volkszugehörigkeit bei den oberschlesisch oder mährisch sprechenden Menschen. Auch der Regierungsbezirk Oppeln hat also volkstumsmäßig eine rein deutsche Bevölkerung gehabt.

In allen drei Zählbezirken zusammen wurden 48 668 Personen durch diese Sonderauszählung erfaßt. 45 874 oder 94,3 vH von ihnen erklärten ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volke trotz nichtdeutscher bzw. nicht reindeutscher Muttersprache. Nur 2 767, d. s. 5,7 vH, waren Volkspolen. Bezieht man diese geringe Zahl von polnischen Volksangehörigen auf die Wohnbevölkerung der ganzen Provinz Schlesien bzw. des Regierungsbezirkes Oppeln, dann beträgt ihr Anteil nur 0,06 vH bzw. 0,2 vH.

Diese Ergebnisse erhöhen sich um ein geringes, wenn man die Reichsangehörigen deutscher und weiterer Muttersprachen hinzuzählt, die nichtdeutsche Volkszugehörige sind.

Der rein deutsche Charakter der Provinz Schlesien und — wie schon betont — ebenso des Regierungsbezirkes Oppeln allein ist damit klar erwiesen. Die Ergebnisse der Wahlstatistik und die Erhebungen über die Muttersprache aus den Volkszählungen seit 1910 lassen die Ergebnisse der Volkszählung 1939 über die Volkszugehörigkeit der oberschlesischen Bevölkerung absolut verständlich erscheinen. (Eine ausführliche Erörterung dieses Fragenkomplexes erfolgt unter G).

Diese Tatsache wird noch durch die Ausführungen über die Volkszugehörigkeit der Ausländer (vgl. A 2 a) erhärtet. Ihr Bekenntnis zum deutschen Volkstum — gerade im Regierungsbezirk Oppeln — ist auffallend eindrucksvoll und gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß es von ihnen trotz anderer Staatsangehörigkeit abgelegt worden ist. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß unter ihnen überwiegend Oberschlesier anzutreffen sind, die aus den zu Polen geschlagenen Gebietsteilen zuwanderten. Wenn schon von diesen die deutsche Volkszugehörigkeit so eindeutig bezeugt wird, ist das bei den Oberschlesiern des Regierungsbezirkes Oppeln in eben dem gleichen Ausmaße zu erwarten gewesen.

Wie die nachstehende Übersicht ergibt, hat die deutsche Bevölkerung der Provinz Schlesien bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 insgesamt rund 4 799 000 Personen betragen.

**Die Wohnbevölkerung
der Provinz Schlesien nach der Volkszugehörigkeit am 17. Mai 1939**

Regierungsbezirk	Wohnbevölkerung		
	insgesamt	Personen fremder Volks- zugehörigkeit ¹⁾	Deutsche Bevölkerung
Breslau	1 971 829	6 058	1 965 771
Liegnitz	1 314 710	4 878	1 309 832
Oppeln	1 529 258	6 074	1 523 184
Provinz Schlesien	4 815 797	17 010	4 798 787

¹⁾ Reichsangehörige und Ausländer fremder Volkszugehörigkeit.

3. Die Bevölkerung des Untersuchungsgebietes am 17. Mai 1939

Die bisher ermittelten Zahlen können der vorliegenden Untersuchung noch nicht zugrunde gelegt werden, weil sie sich auf die ganze Provinz Schlesien beziehen, von der 1945 die westlich der Lausitzer Neiße liegenden Gebiete zur sowjetischen Besatzungszone geschlagen wurden und hier nicht berücksichtigt werden können. Andererseits wurden aber die ostwärts der Neiße liegenden Teile des sächsischen Stadt- bzw. Landkreises Zittau in den schlesischen Regierungsbezirk Liegnitz einbezogen. Um die für das Austreibungsgebiet gültigen Zahlen zu erhalten, mußten also lediglich die Angaben für diesen Regierungsbezirk geändert werden.

Nach den Volkszählungsergebnissen von 1939 ergibt sich für das Untersuchungsgebiet folgende regionale Verteilung von Gemeinden und Wohnbevölkerung:

**Die regionale Verteilung der Gemeinden und Wohnbevölkerung
in Schlesien am 17. Mai 1939**

Gebiet	Gemeinden	darunter ostwärts der Oder-Neiße- Linie	Wohn- bevölkerung	darunter ostwärts der Oder-Neiße- Linie
RB Breslau	1 782	1 782	1 971 829	1 971 829
RB Liegnitz	1 282	1 071 ¹⁾	1 314 710	1 066 500
RB Oppeln	963	963	1 529 258	1 529 258
Provinz Schlesien	4 027	3 816	4 815 797	4 567 587
sächsische Gebiete:				
Stkr. Zittau	1	¹⁾	38 628	1 130
Lkr. Zittau	52	22 ¹⁾	85 578	23 940
Insgesamt	4 080	3 838	4 940 003	4 592 657

¹⁾ Ferner sind im Regierungsbezirk Liegnitz 13 Gemeinden, im Landkreis Zittau 3 Gemeinden und der Stadtkreis Zittau von der Lausitzer Neiße durchschnitten.

Von der Wohnbevölkerung des Regierungsbezirkes Liegnitz gehörten demnach rund 81 vH in das Austreibungsgebiet Schlesien. Vom Stadt- und Landkreis Zittau wurden rund 25 000 Personen von der Austreibung betroffen, so daß die Wohnbevölkerung des gesamten Untersuchungsgebietes Schlesien am 17. Mai 1939 an 4 593 000 Personen betrug.

Auch die Zahlen für die deutsche Bevölkerung müssen entsprechend umgerechnet werden.

**Die Wohnbevölkerung
im Untersuchungsgebiet Schlesien nach der Volkszugehörigkeit am 17. Mai 1939**

Gebiet	Wohnbevölkerung		
	insgesamt	Personen fremder Volks- zugehörigkeit	deutsche Bevölkerung
RB Breslau	1 971 829	6 058	1 965 771
RB Liegnitz	1 066 500	3 960 ¹⁾	1 062 540
RB Oppeln	1 529 258	6 074	1 523 184
Provinz Schlesien	4 567 587	16 092	4 551 495
sächsishe Gebiete:			
Stkr. Zittau	1 130	} 50 ²⁾	} 25 020
Lkr. Zittau	23 940		
Insgesamt	4 592 657	16 142	4 576 515

¹⁾ Berechnet aus den Zahlen für den Regierungsbezirk Liegnitz insgesamt. — ²⁾ Geschätzt.

Stadt- und Landkreis Zittau sind, was die Volkszugehörigkeit der reichsangehörigen Bevölkerung betrifft, rein deutsche Gebiete. Was die Volkszugehörigkeit der ostwärts der Oder-Neiße-Linie wohnenden rund 200 Ausländer anlangt, kann angenommen werden, daß etwa drei Viertel davon Volksdeutsche sind. So ergibt sich für das gesamte Untersuchungsgebiet Schlesien eine deutsche Bevölkerung von insgesamt 4 577 000 Personen. Das Untersuchungsgebiet Schlesien ist also volkstumsmäßig rein deutsches Gebiet.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Schlesiens vom 1. Mai 1939 bis Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Über den natürlichen Bevölkerungszuwachs ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste lassen sich bis zur Jahresmitte 1944, also bis tief hinein in die Zeit des Zweiten Weltkrieges, zuverlässige Angaben machen. Als wichtigste Unterlagen stehen dafür die entsprechenden Veröffentlichungen über die Bevölkerungsbewegung in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“⁽⁵⁾ zur Verfügung. Allerdings erfolgt dort die Berichterstattung in bezug auf Zeiträume und Gebietsteile nicht einheitlich, so daß z. T. zusätzliche Berechnungen erforderlich waren.

Während für das Jahr 1939 die Unterlagen vollständig vorlagen, waren Angaben für die Jahre 1940 und 1941 jeweils nur für das erste bis dritte Vierteljahr vorhanden. Der Geburtenüberschuß für das vierte Vierteljahr mußte entsprechend dem Verhältnis des schlesischen Geburtenüberschusses zum preußischen aus dem ersten bis dritten Vierteljahr berechnet werden. Für die Zeit vom 1. Januar 1942 bis zum 30. Juni 1944 standen Zahlenangaben nur noch für die beiden neugeschaffenen schlesischen Provinzen bzw. für die neugegliederten oberschlesischen Regierungsbezirke zur Verfügung. Dementsprechend mußte der Geburtenüberschuß für den Regierungsbezirk Oppeln nach dem Anteil seiner Wohnbevölkerung vom 17. Mai 1939 an der Gesamteinwohnerzahl der Provinz Oberschlesien festgestellt werden. Für das zweite Halbjahr 1944 wurde der Geburtenüberschuß auf Grund der Entwicklung seit dem 1. Januar 1943 geschätzt.

In der so erhaltenen Gesamtzahl sind aber auch jene Geburten enthalten, die der deutschen, aber nichtschlesischen Bevölkerung zuzurechnen sind, also den Eva-

kuierten, und der nicht zum deutschen Volkstum sich bekennenden Bevölkerung (Reichsangehörige und Ausländer). Um diese vorhandenen Anteile mußten die Ergebnisse des Geburtenüberschusses bereinigt werden, ehe dann der Überschuß für die deutsche Bevölkerung des Untersuchungsgebietes Schlesien endgültig berechnet werden konnte.

Der natürliche Bevölkerungszuwachs vom Mai 1939 bis Mai 1945 beträgt für die schlesische Wohnbevölkerung insgesamt rund 185 000, für die deutsche Bevölkerung des Austreibungsgebietes Schlesien rund 174 000 Personen (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste):

**Der natürliche Bevölkerungszuwachs in Schlesien¹⁾
vom 18. Mai 1939 bis Mai 1945**

Zeitraum	Geburtenüberschuß der	
	Bevölkerung insgesamt	deutschen Bevölkerung des Untersuchungsgebietes ²⁾
18. 5. 1939 bis 31. 12. 1939	31 900	30 100
1940	40 800	38 500
1941	36 800	34 700
1942	13 800	13 300
1943	24 200	23 000
1. Halbjahr 1944	17 000	} 34 000
2. Halbjahr 1944 ³⁾	20 100	
Januar bis Mai 1945	—	—
Mai 1939 bis Mai 1945	184 600	173 600

¹⁾ Einschl. Stadt- und Landkreis Zittau. — ²⁾ Ohne Evakuierte. — ³⁾ Geschätzt.

Um den Geburtenüberschuß für die evakuierte Bevölkerung festzustellen, wurden die Zahlen für die wichtigsten Herkunftstgebiete — Berlin, Hamburg, Rheinprovinz — anteilmäßig auf die Zahl der in Schlesien wohnhaften evakuierten Bevölkerung umgerechnet. Hierbei ergab sich die Tatsache, daß für die evakuierte Bevölkerung ein Geburtenüberschuß kaum in Betracht kommt⁴⁾. Der Geburtenüberschuß von rund 174 000 kann somit ganz der schlesischen Bevölkerung des Untersuchungsgebietes zugezählt werden.

In der Zeit von Januar 1945 bis zur Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist, auch ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste, ein Bevölkerungszuwachs mit Sicherheit nicht mehr eingetreten. Ohne bereits hier auf Einzelheiten einzugehen, ist auf die hohen Verluste der Zivilbevölkerung hinzuweisen, die ihr in der letzten Kriegsphase aus Kampf und Besetzung auf schulischem Boden selbst erwachsen; sie konnten auch nicht im entferntesten mehr ausgeglichen werden.

Ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste kann also festgestellt werden, daß der Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung des Untersuchungsgebietes Schlesien von Mai 1939 bis Mai 1945 rund 174 000 Personen beträgt.

C. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens im Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die Berechnung des deutschen Bevölkerungsstandes im Untersuchungsgebiet Schlesien erfolgte unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte: In die Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung wurde die nach Schlesien evakuierte Bevölkerung

nicht einbezogen (vgl. auch B). Desgleichen ist hierbei nicht der Wanderungsgewinn angesetzt, der sich aus dem Zuzug von deutschen dienstverpflichteten Personen ergab, die auf Grund der Verlagerung kriegswichtiger Betriebe nach Schlesien verzogen waren.

Demnach hätte im Mai 1945, also bei Beendigung der schweren Kämpfe um Schlesien selbst, die deutsche Bevölkerung im Untersuchungsgebiet Schlesien ohne Berücksichtigung aller Kriegsverluste folgenden Stand haben müssen:

Deutsche Bevölkerung am 17. Mai 1939	4 577 000
Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung von Mai 1939 bis Mai 1945	174 000
Insgesamt	4 751 000

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Schlesiens

Um die mutmaßliche Höhe der Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus dem Untersuchungsgebiet Schlesien feststellen zu können, bedarf es der anteilmäßigen Berechnung auf Grund der Gesamtzahl der Wehrmachtssterbefälle und der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung, die vor allem in dem schwer umkämpften niederschlesischen Raum besonders hoch sein müssen. Leider liegen hierfür nur wenige Unterlagen vor, so daß es außerordentlich schwerfällt, wenigstens einigermaßen sichere Schlüsse zu ziehen.

1. Wehrmachtssterbefälle

Die Kriegstotenverzeichnisse reichen leider nur bis in das Jahr 1944; es fehlen also vor allem Angaben für das letzte Kriegsjahr, in dessen Verlauf die Wehrmachtssterbefälle noch besonders hoch anstiegen. Die Unvollständigkeit der Unterlagen macht eine Berechnung der Kriegsverluste erforderlich.

Bei der Berechnung der Wehrmachtssterbefälle soll die bereits auf Seite 15 ff. erwähnte Methode zugrunde gelegt werden, die auf den Ergebnissen der Kriegsgefangenen- und Vermißtenregistrierung vom März 1950 basiert. Damals wurden im Bundesgebiet 85 807 Wehrmachtsvermißte gemeldet, die ehemals in Schlesien beheimatet waren. Weiterhin sind 6341 Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene registriert worden, zusammen also 92 148 Personen. Ihr Anteil an den bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet festgestellten 2 053 000 Vertriebenen aus Schlesien betrug 4,5 vH. Erhöht man diesen Anteilsatz um 40 vH, was dem Unterschied zwischen den Registrierten und den Gefallenen aus dem Bundesgebiet entspricht, so steigt er auf 6,3 vH an. Auf die Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung Schlesiens bei Kriegsbeginn umgerechnet, ergibt dies 288 000 Wehrmachtstote einschließlich der Verluste des Volkssturmes.

Es ist möglich, daß diese Zahl um ein geringes zu hoch liegt, weil die Mehrzahl der vertriebenen Schlesier zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950 bzw. der Registrierung im Bundesgebiet ansässig war. Obgleich Doppelregistrierungen im allgemeinen ausgeschaltet wurden, werden doch auch manche Vermißte bzw. Kriegsgefangene registriert worden sein, deren nächste Angehörige in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin Aufnahme gefunden hatten. In der Bilanz soll daher nur mit rund 280 000 Wehrmachtssterbefällen gerechnet werden, das ist eine Quote von 6,1 vH.

2. Kriegsverluste der Zivilbevölkerung

Die schlesische Zivilbevölkerung hatte, seit die Kämpfe mit der sowjetischen Armee schlesischen Boden erreichten, in stets steigendem Maße Verluste an Menschenleben zu beklagen. Dennoch bleibt auch hier zunächst die Frage offen, ob alle diese Verluste als „Kriegsverluste“, also durch Luftangriffe oder Erdkämpfe während der eigentlichen Kampfhandlungen bzw. in engem Zusammenhang mit ihnen eingetreten, betrachtet werden dürfen. Obgleich bereits an anderer Stelle (vgl. S. 14) auf die Abgrenzung der zivilen Kriegsverluste gegenüber den Vertreibungsverlusten näher eingegangen wurde, sollen hier doch noch einige Hinweise gegeben werden, die für die schlesischen Verhältnisse kennzeichnend sind.

Als Kriegsverluste haben ohne Zweifel alle Verluste der Zivilbevölkerung in der Festung Breslau während der Kämpfe bis zur Kapitulation zu gelten. Denn kaum eine Belagerung oder Eroberung eines Ortes oder bestimmten Gebietes wird ohne Verluste unter der zurückgebliebenen Zivilbevölkerung vor sich gehen. Das Beispiel Breslau zeigt aber, wo etwa die Grenze zu ziehen ist, über die hinaus dann die Verluste der schlesischen Bevölkerung als nicht mehr „normale“ Kriegsverluste angesehen werden können. Die nachher eingetretenen Verluste unter der Zivilbevölkerung können nicht mehr den eigentlichen Kriegsverlusten zugerechnet werden. Man muß sie bereits den Austreibungsverlusten zuzählen; denn die Beseitigung der Zivilbevölkerung geschah allein mit der Absicht, sie auszurotten, weil es sich um deutsche Menschen handelte⁷⁾, und nicht aus militärischen Erfordernissen.

Daß die nach Beendigung der Kämpfe eingetretenen Verluste statistisch nicht erfaßbar, ja vielfach von den bereits vorher erlittenen Verlusten zahlenmäßig gar nicht zu trennen sind, ist wohl gewiß.

a) Verluste während der Kämpfe mit der sowjetischen Armee⁸⁾

Mit einiger Aussicht auf Erfolg läßt sich der Versuch unternehmen, die als reine Kriegsverluste anzusehenden Menschenverluste der Zivilbevölkerung zu schätzen. Das ist einerseits hinsichtlich der Totenziffern durch den Luftkrieg möglich. Zum anderen lassen sich die in den verschiedenen Frontabschnitten eingetretenen Menschenverluste der Zivilbevölkerung jedenfalls größenordnungsmäßig einsetzen, wenn ein Überblick über die Entwicklung der Kämpfe im schlesischen Raume gewonnen wird. Dann heben sich die Brennpunkte des Kampfgeschehens heraus, in denen zivile Menschenverluste als Kriegsverluste eingetreten sind.

Nachdem die sowjetischen Truppen seit dem 20. Januar 1945 ostwärts Breslau die alte Reichsgrenze überschritten hatten, drangen sie nur abschnittsweise vor: Ein bestimmtes Gebiet wurde eingenommen; dann brach sich die Flut der vordringenden Truppen an festungsartigen Stützpunkten, oder sie verhielt von selbst. Oftmals wurde um Stützpunkte verblissen gerungen. An solchen Stellen wurde die Zivilbevölkerung durch die Kämpfe selbst und ihre unmittelbaren Nachwirkungen in schwere Mitleidenschaft gezogen. Es traten hohe Verluste ein, die in der Art denen der kämpfenden Truppe gleichzusetzen sind. Das geschah vor allem in Breslau, Glogau, Steinau a./Oder, Brieg, Striegau, Jauer, Lauban und um Görlitz.

In den Landkreisen ostwärts der Oder blieben zwischen Glogau und Oppeln schätzungsweise rund 100 000 Menschen zurück; im oberschlesischen Industriegebiet kann mit mindestens 500 000 Personen gerechnet werden, die ihre Heimat nicht

verließen bzw. nicht mehr verlassen konnten und so vom Kampfgeschehen erfaßt wurden. In der Festung Breslau waren rund 200 000 Zivilpersonen eingeschlossen⁹⁾. Einzelne Städte konnten dagegen weitgehend geräumt werden, z. B. Liegnitz bis auf etwa 20 000, Grünberg i. Schles. bis auf 4 000, Neiße bis auf 2 000 Personen. In anderen Städten waren jedoch große Teile der Bevölkerung zurückgeblieben, z. B. in Striegau etwa 15 000 Zivilisten.

Die im Zusammenhang mit Kriegshandlungen stehenden Verluste der Zivilbevölkerung sind nicht registriert; über ihre Höhe kann man nur Schätzungen anstellen. Hier und da allerdings gibt es Mitteilungen, die auf große Genauigkeit Anspruch erheben können. So sind in der Festung Breslau rund 40 000 Zivilpersonen ums Leben gekommen. Die in Striegau bei der Besetzung des Ortes im Februar 1945 zurückgebliebene Bevölkerung von 15 000 Personen war bei der Rückeroberung der Stadt durch deutsche Truppen im März 1945 entweder tot oder verschleppt. Diese Verluste wird man höchstens zu einem Drittel als reine Kriegsverluste ansetzen dürfen, also mit etwa 5 000 Personen. Rechnet man die in den anderen Brennpunkten des Kampfes eingetretenen Verluste der Zivilbevölkerung im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen auf rund weitere 35 000 Personen, dann würde sich ein Gesamtverlust der Zivilbevölkerung aus Kriegshandlungen von rund 80 000 Personen ergeben.

b) Verluste durch den alliierten Luftkrieg

Vom Luftkrieg blieb Schlesien bis weit in das Jahr 1944 hinein verschont. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 setzten Luftangriffe auf Breslau und das oberschlesische Industriegebiet ein. Größere Verluste unter der Zivilbevölkerung traten nicht ein. In einer vom Statistischen Reichsamt geführten Statistik¹⁰⁾ werden bis zum 31. Januar 1945 für den Landeswirtschaftsbezirk Breslau 89 und für den Landeswirtschaftsbezirk Kattowitz (der allerdings die ganze damalige Provinz Oberschlesien umfaßte) 581 Luftkriegstote der Zivilbevölkerung angegeben. Selbst wenn man diese Zahlen für zu niedrig hält, wird man annehmen dürfen, daß im Bereich des Untersuchungsgebietes Schlesien von der deutschen Bevölkerung kaum mehr als 1 000 Zivilpersonen durch Luftangriffe getötet worden sind.

Zusammenfassend ergeben sich für das Untersuchungsgebiet Schlesien folgende Kriegsverluste:

Wehrmacht	230 000
Zivilbevölkerung	81 000
Insgesamt	361 000

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Schlesiens im Mai 1945

Ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste betrug die deutsche Bevölkerung des Austreibungsgebietes Schlesien im Mai 1945 rund 4 751 000 Personen. Da die Kriegsverluste insgesamt 361 000 Personen betrugen, ist für Mai 1945 die deutsche De-jure-Bevölkerung noch mit rund 4 390 000 Personen anzusetzen.

F. Die Vertriebenen aus Schlesien

Die Bilanz der personellen Verluste der deutschen Bevölkerung im Untersuchungsgebiet Schlesien ist für den 8. Mai 1945 gezogen. Spätestens vom Zeitpunkt der Kapitulation der deutschen Wehrmacht angefangen, hätten (von den Sterbefällen in Kriegsgefangenenlagern abgesehen) Kriegsverluste nur mehr auf Grund von schweren, vorher erlittenen Kriegsverwundungen eintreten dürfen.

Wie schon ausgeführt wurde, waren in den vier letzten Kriegsmonaten jedoch auch weitere Verluste an Menschen eingetreten, die nicht auf das Konto der reinen Kriegsverluste gesetzt werden können und die in der bisherigen Bilanz noch nicht ausgewiesen sind. Diese Verluste können aber nicht in solche aufgegliedert werden, die während der Flucht vor der sowjetischen Armee auch während des tschechischen Aufstandes im Gebiet des Protektorats eingetreten sind oder in Personen, die durch die Vertreibungen ihr Leben verloren haben oder bei Verschleppungen verstorben sind. Im Grunde ist es, wie gleichfalls schon dargelegt wurde, auch nicht erforderlich, hier besonders zu unterscheiden; denn diese Todesfälle traten ein, weil die betreffenden Menschen Deutsche waren und weil es lediglich darauf ankam, sie ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben auszutreiben oder auf andere Weise zu liquidieren.

Es ist aber auch bekannt, daß eine Anzahl deutscher Schlesier zurückgeblieben, ja in den meisten Fällen zwangsweise zurückgehalten worden ist. Diese Tatsache bedarf im weiteren einer eingehenden Untersuchung. Sie kann aber nur recht aufgefaßt und dargestellt werden, wenn man sie im Bereich der volkstumsmäßigen Auseinandersetzung vornimmt und sich mit den Methoden befaßt, die gerade von polnischer Seite her angewendet wurden.

War als Ausgangspunkt der Gesamtuntersuchung die Volkszählung von 1939 gesetzt worden, weil sie die Basis für alle Vorgänge bildet, die sich um den und in dem schlesischen Stammeskörper abspielten, so bilden den Endpunkt die großen statistischen Erhebungen des Jahres 1950. Zwischen dem Zeitpunkt der Kapitulation und jenem der Volkszählung von 1950 liegt die Volkszählung vom Oktober 1946, die aber insofern für die Untersuchung nur von bedingtem Wert ist, da sie stattfand, als die große erzwungene Ost-West-Wanderung noch im Gange war. Andererseits ist sie deswegen nicht zu entbehren, weil ihre Ergebnisse die letzten veröffentlichten Daten aus der sowjetischen Besatzungszone sind.

Damit sind die Punkte angedeutet, mit denen sich die weitere Untersuchung zu befassen hat. Zunächst ist also der Vorgang der Vertreibung zu erörtern; danach sind die Ergebnisse der Volkszählung von 1946 und der von 1950 zu besprechen. Daran hat sich die Untersuchung über die in Schlesien noch wohnhafte deutsche Bevölkerung zu schließen.

Erst dann wird es möglich sein, die vollständige Bilanz der personellen Vertreibungsverluste zu ziehen.

1. Die Flucht vor der sowjetischen Armee

Wie bereits an anderer Stelle angedeutet, wurden große Teile der schlesischen Bevölkerung auf der Flucht vor der andringenden sowjetischen Armee von dieser vor sich hergetrieben. Oft nahm diese in höchster Lebensbedrohung panikartigen Charakter an, Menschenverluste waren auch hier unvermeidbar. Es muß aber eindeutig darauf hingewiesen werden, daß wohl die weitaus meisten Menschen diese

Flucht als eine nur vorübergehende Entfernung aus der Heimat ansahen, daß also die feste Absicht bestand, ehestens wieder zurückzukehren¹¹⁾. Weiterhin ist das Besondere an dieser Flucht die „Plötzlichkeit“¹²⁾, mit der sie einsetzte, d. h. also, daß sie elementar vor sich ging und nicht vorausgeplant war. Von einem vorbedachten Aufgeben-Wollen der Heimat zu sprechen, oder von der Erkenntnis, nicht mehr dorthin zurückkehren zu können, ist deshalb völlig abwegig. Trotzdem ging die Potsdamer Konferenz von dieser falschen Auffassung aus und machte so jenen Vorgang, der nur eine zeitbegrenzte Schutzmaßnahme zur Erhaltung des Lebens darstellte, zum ersten Abschnitt der Austreibung.

In Anlehnung an Schätzungen¹³⁾ kann man annehmen, daß die schlesische Zivilbevölkerung am Tage der Kapitulation etwa folgendermaßen über Schlesien und die angrenzenden Gebiete hin verstreut war:

In der Heimat verblieben oder vom Feinde überrollt ..	1,2 Mill.,
in den angrenzenden sudetendeutschen Gebieten	1,2 Mill.,
im angrenzenden alten Reichsgebiet	1,3 Mill.

Daß diese Lage von den Schlesiern als nur vorübergehender Zustand angesehen wurde, ergibt sich weiter daraus, daß mit dem Tage des Waffenstillstandes eine große Rückwanderung einsetzte. So kamen zum Beispiel über 800 000 Schlesier aus den Sudetengebieten nach Schlesien zurück, etwa 200 000 zunächst Geflohene überschritten die Lausitzer Neiße wieder nach Osten, um in ihre Heimat zu gelangen. Demnach wären im Juni 1945 wieder rund 2,5 Millionen Deutsche in Schlesien wohnhaft gewesen. Ob diese Rückkehrbewegung noch länger angehalten hätte, wenn sie nicht von den Polen unterbunden worden wäre, ist wohl wahrscheinlich. Wenige Wochen nach der Kapitulation setzten jedoch die unorganisierten Austreibungen in großem Maße ein.

2. Die unorganisierten Austreibungen

Übereinstimmend wird in verschiedenen Berichten¹⁴⁾ ausgeführt, daß die Polen bald, nachdem ihnen die Sowjets Schlesien als Verwaltungsgebiet zugewiesen hatten, längs der Oder-Neiße-Linie aus eigener Machtvollkommenheit eine menschenfreie Zone schaffen wollten. Daher trieben sie damals auf der Linie Stettin—Zittau rund 200 000 Deutsche in die sowjetisch besetzte Zone. Diese Zahl dürfte etwa zur Hälfte Schlesier betreffen. Dann — im Hinblick auf die beginnende Potsdamer Konferenz, vor allem aber wohl infolge der Überfüllung Mitteldeutschlands mit Flüchtlingen und Vertriebenen — geboten die Sowjets Einhalt. Obwohl die Übereinkommen auf der Potsdamer Konferenz davon sprachen, daß die Ausweisung der Deutschen aus ihrer Heimat nur nach Vereinbarungen unter den Besatzungsmächten und — lt. Art. XIII — „auf eine geregelte und menschliche Weise erfolgen soll“, wurde danach — im Herbst 1945 — dessenungeachtet mehr als eine halbe Million Menschen einfach nach Westen vertrieben. Auch diesmal läßt sich der Anteil der davon betroffenen schlesischen Bevölkerung nicht aus vorhandenen Unterlagen bestimmen; er kann jedoch mit etwa der Hälfte dieser ausgetriebenen Gruppe angesetzt werden.

3. Die organisierten Austreibungen

Im Februar 1946 begannen die organisierten Ausweisungen der schlesischen Bevölkerung nach Westen. Aufnahmegebiete waren die sowjetische und die britische Besatzungszone. Soweit Schlesier zu jener Zeit in anderen Gebieten Aufnahme

fanden, handelte es sich fast ausschließlich um solche, die ihren Fluchtweg von Schlesien durch die Sudetenländer oder auch über Österreich bis tief in das südliche Deutschland fortgesetzt hatten und nach der Kapitulation infolge des feindseligen Verhaltens der Tschechen an der Heimkehr gehindert wurden.

Die organisierten Austreibungen fallen in die Jahre 1946 und 1947, während die Ausweisungen im Zuge der Familienzusammenführung im Frühjahr 1950 unter der Bezeichnung „Operation Link“ anliefen. Die organisierten Austreibungen seit 1946 brachten rund 3 Millionen Ostdeutsche in die westlichen Besatzungszonen, davon rund 1,4 Millionen im Verlauf der sogenannten „Operation Schwalbe“ aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches in das Gebiet der britischen Besatzungszone; rund 625 000 kamen in die sowjetische Besatzungszone. Im Zuge der organisierten Ausweisungstransporte dürften etwa 900 000 Schlesier in die britische Besatzungszone und nahezu 600 000 Schlesier in die sowjetische Besatzungszone gekommen sein.

Bedenkt man — um es vorwegzunehmen —, daß die Volkszählung von 1946 für die sowjetische Besatzungszone die Anwesenheit von etwas mehr als einer Million Schlesiern nachwies, dann zeigt sich, daß diejenigen, die von den wilden Austreibungen der Polen betroffen worden waren, wohl hauptsächlich in der sowjetischen Besatzungszone geblieben waren und daß die Schätzungen, die in diesem Zusammenhang für 1945 eine Zahl von rund 300 000 Schlesiern angeben, zutreffen müssen. Bei dem Rest von rund 100 000, der zu der Zahl des Volkszählungsergebnisses von rund 1,05 Millionen fehlt, handelt es sich offenbar um jene Schlesier, die nach der Kapitulation aus der sowjetischen Besatzungszone nach Schlesien nicht mehr zurückgekehrt sind.

Die „Operation Link“ beruht auf einem Abkommen der britischen und der sowjetischen Besatzungsmacht mit den polnischen Verwaltungsbehörden, demzufolge zum Zwecke der Familienzusammenführung ein zahlenmäßig genau abgegrenzter Personenkreis, der aus den nächsten Angehörigen der bereits Vertriebenen bestehen sollte, die deutschen Ostgebiete verlassen durfte. Der Schwerpunkt dieser Aktion lag in Schlesien. Rund 47 000 Personen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches wurden während ihrer gesamten Dauer erfaßt, die in die Westzonen umgesiedelt wurden, davon etwa 33 000 allein im Jahre 1950. Bis zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950 dürften darunter 25 000 Schlesier zu ihren Angehörigen in Westdeutschland, vorzugsweise in die britische Besatzungszone gekommen sein. Es muß angenommen werden, daß auf dem Wege über die Familienzusammenführung in die sowjetische Besatzungszone allenfalls genau so viele Vertriebene aufgenommen wurden wie in die britische, daher wird man mit insgesamt etwa 50 000 Schlesiern rechnen können, die im Jahre 1950 ausgesiedelt wurden.

Aus diesen Schätzungen über die wilden und organisierten Austreibungen nach Kriegsende ergibt sich die folgende Übersicht:

Juni/Juli 1945 mindestens	100 000
Herbst 1945 mindestens	250 000
1946/47 rund	1 500 000
während des Jahres 1950 rund	50 000
Insgesamt rund	1 900 000

Dazu kommen die Schlesier, die nach ihrer Flucht aus dem schlesischen Kampfgebiet nach Binnendeutschland nicht mehr in die Heimat zurückgekehrt waren und sich über alle vier Besatzungszonen verteilten.

4. Die Ermittlung der vertriebenen Schlesier

a) Die Volkszählung vom 29. Oktober 1946

Die erste, nach einheitlichen Grundsätzen in allen vier Besatzungszonen durchgeführte Volkszählung nach dem Kriege gestattet mit ihren Ergebnissen eine erste große Übersicht über den Umfang der bis Ende Oktober 1946 durchgeführten Vertreibungen; sie bietet jedoch keine Grundlage, um verlässlich zu bestimmen, wie hoch die Zahl derer ist, die in der Heimat geblieben sind. Deshalb ist auch die Feststellung der Vertreibungsverluste zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht möglich. Auch die Kriegsgefangenen waren zum größten Teil noch nicht zurückgekehrt; Internierte wurden noch von den Siegermächten zurückgehalten; kurz — alles war noch im Fluß. Die Ergebnisse von 1946 können daher lediglich als Zwischenbilanz betrachtet werden. Die Fragestellung nach der Vertriebeneneigenschaft war in allen vier Besatzungszonen einheitlich geregelt worden; sie konnte aus der Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 abgeleitet werden. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens, soweit sie damals bereits in den Besatzungszonen lebte, war räumlich auf das Vier-Zonen-Gebiet wie folgt verteilt¹⁵⁾:

Vertriebene aus Schlesien am 29. 10. 1946

Gebiet	Vertriebene
Vier-Zonen-Gebiet und Berlin	2 698 903
davon:	
Bundesgebiet	1 622 907
Britische Besatzungszone	1 041 663
Amerikanische Besatzungszone	561 355
Französische Besatzungszone	19 889
Sowjetische Besatzungszone	1 048 673
Berlin	27 318

Dazu kamen 1017 Schlesier im Saarland. In Österreich dürfte die Zahl der Schlesier nicht hoch gewesen sein, da im Zuge der sogenannten „German delegation“, jener westlichen Operation, die den Abtransport aller Ost- und Sudetendeutschen aus Österreich vorsah, allein 1945/46 etwa 150 000 Reichsdeutsche in das Gebiet der späteren Bundesrepublik und in die sowjetische Besatzungszone abgeschoben worden waren. Amtliche statistische Unterlagen, die verlässliche Angaben über die Herkunft der Vertriebenen in Österreich enthalten würden, gibt es nicht¹⁶⁾. Im Höchstfalle dürften sich damals noch etwa 7 000 Schlesier in Österreich aufgehalten haben. Unter den deutschen Flüchtlingen in Dänemark, die nach der Kapitulation in Lagern untergebracht wurden, befand sich auch eine Gruppe Schlesier, die nach Angabe der Flygtningeadministration in Kopenhagen am 15. August 1946 507 Personen umfaßte. Im November 1946 wurde mit ihrer Überführung in die Bundesrepublik und in die sowjetische Besatzungszone begonnen.

Für andere europäische Länder oder für überseeische Staaten sind ebenfalls keine Unterlagen vorhanden. Allerdings waren zu jener Zeit (1946) die Grenzen anderer Staaten im allgemeinen für die Einwanderung Deutscher noch nicht geöffnet, so daß höchstens einzelne Personen damals schon ihren Aufenthalt im Ausland genommen haben können, nicht etwa ganze Gruppen ostdeutscher Vertriebener.

Somit wird man die Gesamtzahl der geflüchteten und vertriebenen Schlesier zum Zeitpunkt der ersten deutschen Volkszählung nach dem Kriege mit rund 2 707 000 angeben können.

b) Die Volkszählung vom 13. September 1950

Im Jahre 1950 waren die großen Zwangswanderungen im wesentlichen abgeschlossen. Die noch laufende „Operation Link“ erfaßte nur einen verhältnismäßig kleinen Bevölkerungskreis, dessen Zahl im Gegensatz zu denen der großen Auswanderungs- und Austreibungswellen auch bei der Ankunft registriert wurde. Mitte September 1950 befand sich jedoch auch schon die Mehrzahl der im Zuge der Operation Link in das Bundesgebiet überzuführenden Personen bei ihren Angehörigen in West- und Mitteldeutschland. So lagen die Volkszählungstermine günstig: am 31. August 1950 für die sowjetische Besatzungszone mit Ostberlin, am 13. September 1950 für die Bundesrepublik mit Berlin (West).

Die Ergebnisse aus der sowjetischen Besatzungszone und aus Ostberlin wurden nicht veröffentlicht. Es liegen auch keine anderen verlässlichen Schätzungen vor. Man wird aber annehmen können, daß einerseits ein erheblicher Zuwachs durch Rückkehrer aus Kriegsgefangenschaft und Internierung und durch Familienzusammenführung im Rahmen des polnisch-sowjetischen Abkommens¹⁷⁾ eingetreten ist. Die Zunahme durch Geburtenüberschuß wird wahrscheinlich außerordentlich gering sein. Andererseits wurde diese Zunahme jedoch durch die beginnende Abwanderung nach Westen nahezu vollständig kompensiert. So dürfte es vertretbar sein, für die sowjetische Besatzungszone im Jahre 1950 eine Zahl von 1,08 Mill. schlesischer Vertriebenen anzusetzen¹⁸⁾. In Ostberlin dürfte die Zahl der Schlesier zwischen 1946 und 1950 höchstens auf 10 000 angestiegen sein.

Die Auswirkungen der Abwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone und aus Ostberlin, die auch die Vertriebenen erfaßt hat, wird besonders deutlich an der Zunahme der schlesischen Vertriebenen in Berlin (West), wo diese Zahl fast auf das Doppelte, von 19 000 auf 37 000 anstieg.

In der Bundesrepublik betrug die Zunahme rund 430 000.

Im Saarland dürften zu dieser Zeit etwa 1 200 Schlesier ansässig gewesen sein¹⁹⁾.

Die Vertriebenen aus Schlesien nach Aufnahmegebieten

Aufnahmegebiet	Schlesische Vertriebene
Bundesrepublik	2 053 400
Saarland	1 200
Berlin (West)	36 600
Sowjetische Besatzungszone	1 080 000
Ostberlin	10 000
Zusammen	3 181 200
Österreich	6 000
Andere Aufnahmelande	
in Europa	3 000
außerhalb Europas	7 000
Insgesamt	3 197 200

Auch für 1950 liegen keine Angaben über schlesische Vertriebene in Österreich vor²⁰). Ihre Zahl wird aber gegenüber 1946 weiter abgenommen haben.

Es ist kaum anzunehmen, daß in anderen Ländern West- und Nordeuropas Schlesier in nennenswerter Zahl anzutreffen sind und größere Gruppenauswanderungen rein schlesischer Bevölkerung in außerdeutsche Gebiete vor 1950 nicht bekanntgeworden sind. Wenn man annimmt, daß in diesen Ländern eine Gesamtzahl von 3 000 Schlesiern ansässig geworden ist, so könnte das ein Maximum sein. Auch nach außereuropäischen Gebieten war, wie von unterrichteter Seite auch bestätigt wird²¹), die Neigung zur Auswanderung bei den Schlesiern nicht groß. Ihre Zahl dürfte darum kaum 7 000 überschreiten.

Insgesamt konnten also im August/September 1950 rund 3 197 000 Schlesier in Gebieten westlich der Oder-Neiße-Linie (einschl. Übersee) nachgewiesen werden.

5. Natürliche Bevölkerungsentwicklung der vertriebenen Schlesier in den Aufnahmegebieten 1945 bis 1950

In der Zahl von 3 197 000 ist auch der Geburtenüberschuß enthalten, den die schlesische Volksgruppe in der Zeit von 1945 bis 1950 hatte. Diesen gilt es zahlenmäßig zu bestimmen, um danach die Zahl der persönlich ausgetriebenen Schlesier erhalten zu können.

Erst seit 1950 wird eine Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung für die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik geführt. Das Statistische Bundesamt hat jedoch auch Berechnungen über die Entwicklung von 1947 ab durchgeführt und danach für die Zeit von 1947 bis 1950 bei der vertriebenen Bevölkerung einen Geburtenüberschuß von 275 000 festgestellt.

Da der Anteil der Schlesier an der Gesamtzahl der Vertriebenen im Bundesgebiet 26,06 vH beträgt, würde auf sie ein Geburtenüberschuß von 71 665 entfallen, vorausgesetzt, daß alle Landsmannschaften die gleiche Entwicklung haben. Im Bundesgebiet leben jedoch nur 64,23 vH der 3 197 000 Schlesier, die 1950 erfaßt wurden. Dementsprechend ist der Geburtenüberschuß für die Gesamtheit der in den vier Besatzungszonen und Österreich lebenden Schlesier zu erhöhen, allerdings nicht um den vollen Anteil, da in der sowjetischen Besatzungszone der Geburtenüberschuß viel geringer ist. Insgesamt wird man einen Geburtenüberschuß von etwa 76 000 annehmen können. Um diese Zahl ist die Summe der rund 3 197 000 schlesischen Vertriebenen zu kürzen. Mit 3 121 000 ergibt sich sodann die Zahl derer, die persönlich das Austreibungsgebiet Schlesien bis zum Zeitpunkt der Volkszählung von 1950 verlassen mußten, oder nach Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft, Internierung, Verschleppung usw. nicht mehr in die Heimat gehen konnten.

G. Die in Schlesien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

Nach Abzug der Kriegsverluste betrug die Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung im Untersuchungsgebiet Schlesien gegen Kriegsende 4,39 Millionen. Die Zahl der von der Vertreibung direkt betroffenen Schlesier ist mit rund 3 121 000 errechnet worden. Demnach erscheint zunächst noch das Schicksal von 1 269 000 Schlesiern ungeklärt.

Es ist bekannt, daß viele Schlesier im Zusammenhange mit den Ereignissen des Jahres 1945 umgekommen sind. Ebenso bekannt und unbestritten ist, daß ein nicht unerheblicher Teil der schlesischen Bevölkerung noch in der Heimat wohnt. Im weiteren ergibt sich somit die Frage, wie hoch im Jahre 1950 die Zahl der in den deutschen Ostgebieten zurückgebliebenen schlesischen Bevölkerung war.

Amtliche Unterlagen, die über die Volkszugehörigkeit der nach 1945 in Schlesien wohnenden Bevölkerung etwas auszusagen vermögen, sind nur durch die polnische Volkszählung vom 14. Februar 1946 gegeben²²⁾. Diese ist auch in einer Veröffentlichung des Washingtoner Statistischen Büros ausgewertet²³⁾. Es gibt auch deutsche Darstellungen, in denen mit geschätzten Zahlen operiert wird, vor allem aber zahllose Presseberichte mit ihren zwar immer wiederholten, im einzelnen aber nicht belegbaren Zahlen. All das verwirrt und erschwert zugleich auch das Bemühen, zu zuverlässigen Ergebnissen zu gelangen. Vor allem zeigt sich, daß die polnische Terminologie, die von in Schlesien lebenden „Autochthonen“ spricht, durch deren ständige Anwendung auch außerhalb Polens Glauben und Aufnahmebereitschaft gefunden hat. Die Bezeichnung „autochthone Bevölkerung“ ist aber ausschließlich eine Bezeichnung der polnischen Propaganda, die also Wirkung gezeigt hat. Deshalb ist es notwendig, durch Klarlegung der Tatbestände der zunehmenden Begriffsverwirrung zu begegnen.

Es sei zunächst an das unter A bis C Gesagte erinnert, wo nachgewiesen wird, daß Schlesien auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung von 1939 von einer rein deutschen Bevölkerung bewohnt wird. Da jedoch z. B. englische Veröffentlichungen auf Ergebnisse früherer Volkszählungen zurückgreifen und da die polnische Statistik die nach der Austreibung zurückgehaltene schlesische Bevölkerung als Polen in Anspruch nimmt, ist es nicht damit getan, diese Behauptungen nur zurückzuweisen.

Einige Bemerkungen zur Volkstumsfrage in Oberschlesien sind daher notwendig, um die tatsächliche Entwicklung zu erkennen und falsche Folgerungen zu entkräften. Danach kann man an die Auswertung der Ergebnisse der polnischen Volkszählung vom 14. Februar 1946 gehen, wobei zum völligen Verständnis einiges über die Art ihrer Durchführung angemerkt werden muß. In diesem Zusammenhang sind Hinweise auf die polnische Volkstumspolitik nach 1945 erforderlich. Sodann wird sich der Nachweis über Volkszugehörigkeit und Anzahl der zurückgehaltenen Schlesier ohne weiteres erbringen lassen.

1. Zur Volkstumsfrage in Schlesien

Mauldin²⁴⁾, in dessen statistischer Untersuchung die Frage nach den in den Austreibungsgebieten verbliebenen Reichsangehörigen einen verhältnismäßig breiten Raum einnimmt, geht für Schlesien u. a. vom Abstimmungsergebnis des Jahres 1921 und von den deutschen Volkszählungen der Jahre 1925 und 1933 aus, welche die üblichen Fragen nach der Muttersprache enthielten. Dementsprechend gibt er eine Zahl von rund 500 000 „Polen“ an, die als wirkliche „Autochthone“ gelten könnten, weil sie in der deutschen Volkszählung von 1933 als „Polen“ erfaßt seien. Immerhin würden — nach seiner Rechnung — überdies weitere 800 000 Personen als „Autochthone“ erklärt und damit als Polen gelten; denn die Polen sprächen von 1,3 Million „Autochthonen“. Die Masse dieser großen Personengruppe sei in Oberschlesien anzutreffen.

Für Oberschlesien selbst setzt er eine Zahl von 352 000 polnisch sprechenden Personen an, wobei er die gemischtsprachige Bevölkerung einbezieht²⁶). Alle diese Personen läßt er als Volkspolen gelten. Dies widerspricht aber den tatsächlichen Verhältnissen.

Das Abstimmungsergebnis vom 21. März 1921 darf man nicht als freie Willenskundgebung der oberschlesischen Bevölkerung ansehen. Die Abstimmung vollzog sich nämlich unter polnischem Terror unter weitestgehender Duldung durch die französische Besatzungsmacht; um so gewichtiger erscheint das damalige Bekenntnis zum Reich, das in dem Abstimmungsergebnis zum Ausdruck kam.

Man muß daher zum Vergleich die Wahlergebnisse zum deutschen Reichstage und zur Frage der oberschlesischen Autonomie herbeiziehen, um zu besseren Erkenntnissen zu kommen²⁶). Hierbei zeigt sich (vgl. auch Tabellenteil, Tabellen 4, 5 und 6), daß bei jenen bald nach der Abstimmung einsetzenden Wahlen in demselben Gebiet — nach Ausgliederung der an Polen abzutretenden Gemeinden westoberschlesischer Kreise — statt rund 200 000 polnische Stimmen im Höchstfalle 50 000 und danach von Wahl zu Wahl immer weniger abgegeben wurden. Man kann z. B. ohne weiteres annehmen, daß der Großteil der 50 000 Stimmen für ein autonomes Oberschlesien aus dem bis dahin noch polnisch orientierten Bevölkerungskreis stammt. Wenn man dabei bedenkt, daß für die damalige Provinz Oberschlesien (Regierungsbezirk Oppeln) die Bestimmungen des Genfer Minderheitenabkommens vom Jahre 1922 galten, die den Polen in Oberschlesien freie Entfaltung ihres volklichen Lebens zugestanden, dann wird man sowohl das Einmalige des Abstimmungsergebnisses mit der relativ hohen polnischen Stimmenzahl erkennen, als auch feststellen müssen, daß trotz aller gegebenen Freiheiten das Bekenntnis zum polnischen Volkstum abflaute. Daraus wird klar, daß es falsch ist, in den deutschen Ostgebieten Sprache und Volkstumsbekenntnis gleichzusetzen. Das ist der zweite Trugschluß, den Mauldin begeht, nachdem er schon das Abstimmungsergebnis nur von der Zahl her gewertet hat.

Die demokratischen Wahlen der damaligen Zeit — in Oberschlesien wurden diese noch unter dem besonderen Schutz des Genfer Abkommens durchgeführt — unterstreichen das zum Ausdruck gebrachte Bekenntnis der deutschen Volkszugehörigkeit, während die Bedeutung der Muttersprache hier offenkundig weit zurücktritt.

Zu der in nachstehender Übersicht durchgeführten Berechnung der polnischen Volkzugehörigen auf Grund der für die Polnisch-Katholische Volkspartei abgegebenen Stimmen ist noch folgendes zu bemerken: Da das Wahlalter bei 20 Jahren lag und der Anteil der unter 20jährigen im Regierungsbezirk Oppeln bei der Volkszählung 1925 mit 42,2 vH, bei derjenigen des Jahres 1933 38,8 vH betrug, wurden zu der abgegebenen Stimmenzahl in den Jahren 1924 und 1928 jeweils 42,2 vH, zu der Stimmenzahl des Jahres 1930 aber nur 38,8 vH zugeschlagen. Das Ergebnis dieser Berechnung wird größenordnungsmäßig den tatsächlichen Verhältnissen durchaus entsprechen, da die Zahl der ungültigen Stimmen bzw. der Nichtwähler in Anbetracht der relativ geringen Zahl dieser Bevölkerungsgruppe ebenfalls recht klein gewesen sein mag.

Der Muttersprache nach hätten also weitaus mehr polnische Stimmen abgegeben werden müssen. Dabei ist in der nachstehenden Übersicht die zweisprachige Bevölkerung noch nicht berücksichtigt.

**Polnische Muttersprache und bei Reichstagswahlen abgegebene Stimmen für die
Polnisch-Katholische Volkspartei im Regierungsbezirk Oppeln**

Polnische Muttersprache lt. Volkszählungen	Stimmen für die Polnisch-Katholische Volkspartei	Auf Grund des Wahlergebnisses mögliche Zahl polnischer Volkszugehöriger
	4. 5. 1924: 49 259	70 000
	7. 12. 1924: 42 051	60 000
1925: 151 168	20. 5. 1928: 30 209	43 000
1933: 99 193	31. 7. 1932: 14 565	20 000
1939: 3 731	6. 11. 1932: 12 098	17 000

Um solchen Mißverständnissen aus dem Wege zu gehen, kam es bei der Volkszählung von 1939 zu der viel differenzierteren Fragestellung hinsichtlich Muttersprache und Volkszugehörigkeit. Das Ergebnis, das nur noch eine geringe Zahl polnischer Volkszugehöriger auswies, überrascht keineswegs, sondern ist die logische Folge einer Entwicklung, die sich nach 1919 unter dem Schutz des Genfer Abkommens von selbst immer schneller vollzog.

Auch aus den demokratischen geheimen Willenskundgebungen, wie es Wahlen nun einmal sind, wird damit der Nachweis erbracht, daß die Muttersprache als alleiniges Kriterium für die Bestimmung der Volkszugehörigkeit in den deutschen Ostgebieten nicht ausreicht.

2. Polnische Verwaltung und Volkszählung 1946

In der Zeit von Mai bis August 1945 wurde das Reichsgebiet ostwärts der Oder-Neiße-Linie allmählich vollständig unter polnische Verwaltung gestellt, die ihre Weisungen bald zentral durch das „Ministerium für die wiedergewonnenen Gebiete“ (MZO) erhielt. Schon von diesem Zeitpunkt an wurden Maßnahmen erkennbar, die eindeutig auf schnelle Polonisierung des gesamten Gebietes abzielten. Ihren Niederschlag finden sie in verschiedenen Publikationen²⁷⁾, die vor allem im Zusammenhang mit der polnischen Volkszählung vom 14. Februar 1946 stehen.

Diese ist wegen der damaligen Verhältnisse nicht mit der erforderlichen Sorgfalt durchgeführt worden²⁸⁾ und eindeutig darauf abgestellt, für das besetzte Reichsgebiet das Vorhandensein einer möglichst großen Zahl bodenständiger polnischer Bevölkerung nachzuweisen. Das muß besonders hervorgehoben werden, weil sonst der Verbleib der oberschlesischen Bevölkerung, die nach der deutschen Volkszählung von 1939 als rein deutsch anzusehen ist, nicht geklärt werden kann. Die polnische Volkszählung vom 14. Februar 1946, also kurz vor Beginn der organisierten Austreibung, stellt nämlich für den Bereich des Regierungsbezirkes Oppeln eine deutsche Bevölkerungszahl von nur 146 000 fest²⁹⁾. Demnach müßte gegenüber dem Volkszählungsergebnis von 1939 dem Schicksal von rund 1 380 000 Deutscher nachgegangen werden; das wäre eine unverständlich hohe Zahl.

An dieser Stelle muß jedoch bereits bemerkt werden, daß gerade die Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebietes kaum Zeit und Möglichkeit hatte, die Heimat vor der Besetzung durch die sowjetische Armee zu verlassen, da diese das Industriegebiet umging, dann von Westen her eindrang und so zahlreiche Fluchtwege abschnitt. Es ist auch schon unter F 1 ausgeführt worden, daß Hunderttausende von Schlesiern nach der Kapitulation in die Heimat zurückkehrten, vor allem aus den

angrenzenden Sudetengebieten; d. h. also, auch in die landwirtschaftlichen Gebiete Oberschlesiens. Zahlen, wie die von der amtlichen polnischen Statistik genannten, lassen aber die Fehlmeinung aufkommen, als sei Oberschlesien 1945 nahezu frei von Deutschen gewesen.

„Autochthone“ oder zurückgehaltene Deutsche ?

Mit dem Begriff „autochthon“ verbindet die polnische Propaganda das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum. Daß sie sich selbst aber in Wirklichkeit über die Fragwürdigkeit einer solchen Koppelung klar ist, geht daraus hervor, daß sie den Personenkreis, den sie als volkstumsmäßig polnischer Abkunft bezeichnet, erst einem sogenannten Verifizierungsverfahren unterwarf. Dazu war die Nachweisung wenigstens eines polnischen Ahnen notwendig³⁰⁾. Man darf dies keineswegs als echtes Optionsverfahren ansehen, da der Betroffene keine Entscheidungsfreiheit hatte, ob er in dieses Verfahren einbezogen werden wollte oder nicht.

Aus den Unterlagen der polnischen Statistik kann man über das Vorhandensein großer Teile der deutschen schlesischen Bevölkerung in der Heimat schließlich folgendes entnehmen:

Am 1. Juni 1947 gab es nach der polnischen Statistik in Niederschlesien 113 000 und im Regierungsbezirk Oppeln 8 000 anerkannte Deutsche. Diese Zahl hat sich im zweiten Halbjahr 1947 zweifellos noch verringert, da die Austreibungen anhielten. Hinzu kommt, daß hauptsächlich unter dem Titel „Familienzusammenführung“, so etwa im Zuge der „Operation Link“, im Jahre 1950 schätzungsweise 50 000 Schlesier ausgesiedelt wurden. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß — wie aus Briefen und sonstigen Berichten bekannt ist — die gesundheitliche Verfassung der Deutschen in Schlesien in jenen Jahren besonders schlecht war, so daß auch mit einem nicht unerheblichen Sterbefallüberschuß gerechnet werden muß. Bis Herbst 1950 dürfte sich die Zahl der Deutschen wie folgt verringert haben:

Planmäßige Aussiedlungen im 2. Halbjahr 1947	10 000
Aussiedlungen durch Familienzusammenführung 1950 ...	50 000
Überschuß an Sterbefällen von Mitte 1947 bis Herbst 1950 ³¹⁾ ..	2 000
Insgesamt	62 000

Im gesamten Austreibungsgebiet Schlesien dürften demnach im Herbst 1950 noch etwa höchstens 59 000 dieser, von der polnischen Statistik genannten Deutschen gelebt haben. Nach einer vorliegenden privaten deutschen Erfassung betrug Ende 1954 die Zahl der Deutschen in Niederschlesien rund 30 000³²⁾. Diese Zahl dürfte allerdings eine Mindestzahl sein; es soll hier mit wenigstens 35 000 gerechnet werden. Der Rest von 24 000 würde Deutsche betreffen, die im Regierungsbezirk Oppeln lebten.

Es wurde bereits angedeutet, daß die Frage nach den zurückgehaltenen Deutschen im Regierungsbezirk Oppeln besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Wenn Mitte 1947 nach den obengenannten polnischen Statistiken nur noch 8 000 anerkannte Deutsche dort ansässig gewesen sein sollen, dann müßten — unter Berücksichtigung des natürlichen Bevölkerungswachstums von 1939 bis 1945, der Kriegs- und der Zivilverluste — rund 1 500 000 Personen aus dem Regierungsbezirk Oppeln ausgetrieben worden sein. Das trifft jedoch, wie aus der folgenden Übersicht zu erschen ist, nicht zu.

Regierungsbezirk Oppeln

Deutsche Bevölkerung am 17. Mai 1939	1 523 000
Natürlicher Bevölkerungszuwachs 1939/45	68 000
Deutscher Bevölkerungsstand im Mai 1945, ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste	1 591 000
Wehrmachtsverluste ³³⁾	75 000
Verluste durch den alliierten Luftkrieg	500
Kriegsverluste der Zivilbevölkerung	10 000
Verluste der deutschen Bevölkerung insgesamt	85 500
Stand der deutschen Bevölkerung im Mai 1945	1 505 500
Dagegen Vertriebene im August/September 1950:	
In der Bundesrepublik und in Berlin (West)	540 000
In der sowjetischen Besatzungszone	50 000
In anderen Gebieten	2 000
Insgesamt	602 000
Geburtenüberschuß vom Mai 1945 bis September 1950	33 000
von der Vertreibung direkt Betroffene	569 000

Die geringe Zahl der für die sowjetische Besatzungszone angenommenen Vertriebenen aus dem Regierungsbezirk Oppeln erklärt sich daraus, daß dorthin außer der schon 1945 über die Oder-Neiße-Linie getriebenen Bevölkerung aus Niederschlesien fast nur organisierte Transporte aus den Regierungsbezirken Liegnitz und Breslau geleitet wurden.

Dazu kommen rund 24 000 Oberschlesier, die 1950 noch als Deutsche von den Polen zurückgehalten wurden (59 000 Deutsche im Austreibungsgebiet, davon 35 000 in Niederschlesien). Danach muß das Schicksal von rund 913 000 deutschen Bewohnern des Regierungsbezirks Oppeln noch geklärt werden.

Auch hier sind weitere Aufschlüsse möglich, eben aus den statistischen Angaben über jene Bevölkerungsgruppe, die von den Polen „Autochthone“ genannt werden. Damit sind zweifellos diejenigen Bewohner Schlesiens gemeint, die tatsächlich polnisch sprechen (das sind nachgewiesenermaßen nur wenige), oder die sich der ober-schlesischen Haussprache bedienen (die keine Schriftsprache ist), oder die zweisprachig sind; als weitaus stärkste Gruppe muß aber eine große Anzahl nur deutsch sprechender Oberschlesier hier mit einbezogen sein. Es sei aber noch einmal nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das Bekenntnis zu einer anderen als der deutschen Muttersprache keineswegs die Abwendung vom deutschen Volkstum in sich schließt.

Zwei Beweismittel, deren Zustandekommen zeitlich nicht weit auseinanderliegt, können dazu dienen, weitere Einzelheiten über den Verbleib großer schlesischer

Die „Autochthonen“ in Schlesien im Jahre 1947 nach polnischen Quellen

Wojewodschaft bzw. Wojewodschaftsteil	„Autochthone“ nach	
	der polnischen Statistik für 1. 6. 1947	Atlas über die wiedergewonnenen Gebiete für 31. 7. 1947
Breslau	17 000	30 000
Oberschlesien	852 000	790 000
Insgesamt	869 000	820 000

Bevölkerungsgruppen aufzuhellen: Die von der polnischen Statistik herausgegebenen Veröffentlichungen³⁴⁾ und der „Atlas über die wiedergewonnenen Gebiete“³⁵⁾. Aus diesem Quellenmaterial kann die vorstehende Übersicht erstellt werden.

Zu den Unterschieden, die sich aus der Gegenüberstellung obiger Zahlen ergeben, ist folgendes zu sagen:

Die Zahlen der amtlichen polnischen Statistik sind auf Grund von Angaben des „Ministeriums für die wiedergewonnenen Gebiete“ geschätzt. Die Werte aus dem „Atlas“ sind aus graphischen Darstellungen abgelesen. Es können sowohl Fehler der Unterlagen vorliegen, als auch — wenigstens in begrenztem Umfang — sogenannte Verifizierungen rückgängig gemacht worden sein. Auf alle Fälle ist auch bei diesem Vergleich die Tatsache zu beachten, daß die polnische Propaganda möglichst hohe Zahlen für diese, dem Polentum angeblich zurückzugewinnende Bevölkerungsgruppe erstrebt. Schließlich muß aber auch bei dieser Bevölkerungsgruppe eine hohe Sterblichkeit angenommen werden. Wenn man das alles berücksichtigt, dann lassen sich aus obigen Angaben die nachstehenden Werte als annähernd richtig ermitteln.

Die für Niederschlesien (Wojewodschaft Breslau) im „Atlas“ angegebene Zahl ist sicher zu hoch. Glaubhafter ist die Zahl der polnischen Statistik von 17000, zumal bei der polnischen Volkszählung 1946 in der Wojewodschaft Breslau nur 9 200 Rehabilitanden und Verifikanten ausgewiesen wurden. Zählt man von den 10 950 „Übrigen“ auch noch den größten Teil zu den späteren „Autochthonen“, weil sich 1946 in dieser Gruppe ohne Zweifel noch viel Personen befanden, deren Volkstumsstatus von polnischer Seite noch „ungeklärt“ war, dann dürfte man sich mit 17000 der tatsächlichen Zahl sehr nähern. In der Bilanz soll mit rund 20 000 gerechnet werden.

Umgekehrt erscheint die von der polnischen Statistik für Oberschlesien genannte Zahl von 852 000 „Autochthonen“ als überschätzt. Man muß zweierlei bedenken: Die polnischen Ansprüche auf Oberschlesien — von denen 1921 nur ein Teil verwirklicht werden konnte — müssen um so gewichtiger werden, je größer die Zahl seiner polnischen Bewohner angegeben, und je intensiver nachgewiesen wird, daß diese „polnische“ Bevölkerung alteingesessen ist. Zum anderen braucht man nicht daran zu zweifeln, daß zwar im „Atlas“ ebenfalls das Bestreben vorherrscht, die für Polen günstigsten Werte darzustellen³⁶⁾, daß hier aber wohl doch die polnische Schätzung etwas zu tief liegt. Man wird demnach besser von einer Zahl ausgehen, die zwischen beiden Quellen liegt. In der Bilanz wird eine gerundete Zahl von 830 000 „Autochthonen“ eingesetzt werden. Es erscheint nicht vertretbar, hiervon Abschläge zu machen, weil das nur mit Hilfe nicht beweisbarer Schätzungen geschehen könnte³⁷⁾.

Unzweifelhaft ist aber mit diesen 830 000 von den Polen als „Autochthone“ bezeichneten Personen derjenige Teil der deutschen Volkszugehörigen erfaßt, der im Regierungsbezirk Oppeln zurückgehalten worden ist.

Im Austreibungsgebiet Schlesien befanden sich demnach im Herbst 1950:

Als Deutsche bezeichnete Personen	59 000
Als Personen polnischer Volkszugehörigkeit bezeichnet, aber deutschen Volkstums	850 000
Insgesamt	909 000

In dieser Zahl sind die nach Kriegsende Geborenen mit einbegriffen. Wenn man den Verbleib der bei Kriegsende in Schlesien lebenden Deutschen nachweisen will, muß man also den Geburtenüberschuß von dieser Zeit bis Herbst 1950 eliminieren. Er wird mit etwa 50 000 zu beziffern sein, wovon der überwiegende Teil auf den Regierungsbezirk Oppeln fallen dürfte, weil dort die Altersgliederung der deutschen Bevölkerung und die Lebensverhältnisse erheblich günstiger als in Niederschlesien waren. Man würde also zu einer Zahl von rund 860 000 zurückgehaltenen Deutschen kommen, die dort schon bei Kriegsende ansässig waren.

Diese Zahl dürfte keinesfalls zu hoch angesetzt sein, wie sich aus Angaben ableiten läßt, die im Rocznik Statystyczny 1956 für die bereits bei Kriegsbeginn in den einzelnen Wojewodschaften schon ansässig gewesene Bevölkerung zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950 ableiten läßt⁸⁸). Bei einer Umlegung der dort veröffentlichten vH-Zahlen auf die Gesamtbevölkerung der Wojewodschaften und einer gebietsmäßigen Umrechnung der Ergebnisse auf das Gebiet Schlesiens in den Grenzen von Ende 1937 erhält man eine Zahl von rund 1 020 000 deutscher bodenständiger Bevölkerung, einschließlich der nach August 1939 geborenen Kinder. Diese Zahl wird jedoch etwas zu hoch liegen, auch nachdem bereits die nichtdeutsche Vorkriegsbevölkerung Schlesiens in Höhe von rund 20 000 Personen (vgl. S. 128/129) abgesetzt worden ist; der Geburtenüberschuß ist hierbei schon berücksichtigt.

Es ist zu bedenken, daß bei Kriegsende für den Regierungsbezirk Oppeln, in dem der überwiegende Teil der „bodenständigen“ Bevölkerung laut polnischem Statistischen Jahrbuch 1956 lebt, eine deutsche Bevölkerung von 1 591 000 Personen festgestellt wurde. Von diesen konnten als Vertriebene im Jahre 1950 rund 569 000 nachgewiesen werden. Weitere 86 000 Personen wurden als Wehrmachtstote oder Kriegsverluste der Zivilbevölkerung errechnet; zusammen also 655 000 Personen. Das bedeutet aber, daß allenfalls 936 000 Personen, die sich bei Kriegsende zum Deutschtum bekannten, 1950 noch im früheren Regierungsbezirk Oppeln ansässig waren. Nun hat aber die deutsche Bevölkerung des Regierungsbezirkes Oppeln noch viele tausend „ungeklärter Fälle“ gehabt, das heißt Verschleppte und auf der Flucht oder in der unmittelbaren Nachkriegszeit Umgekommene, über deren Verbleib keinerlei Nachrichten vorliegen. Nach dieser Berechnung käme man auf eine Zahl von schätzungsweise 820 000—830 000 Deutschen, die schon bei Kriegsende im Regierungsbezirk Oppeln ansässig waren. Für Gesamtschlesien ließen sich nach der gleichen Methode 860 000—870 000 Deutsche schätzen.

Aus dem polnischen Statistischen Jahrbuch errechnet sich aber eine Zahl von rund 900 000 Deutschen einschließlich der nach August 1939 geborenen Kinder. Berücksichtigt man nun noch den Geburtenüberschuß dieser Bevölkerung, der in den ersten schweren Nachkriegsjahren ohne Zweifel niedriger war als in der vorangegangenen Zeit und hier mit knapp 40 000 in Rechnung gestellt werden soll, dann würden immer noch rund 860 000 Personen für die deutsche bodenständige Bevölkerung im Regierungsbezirk Oppeln übrigbleiben. Für das gesamte Untersuchungsgebiet Schlesien errechnet sich für die Deutschen, die schon bei Kriegsende dort lebten, eine Zahl von etwa 950 000. Sie liegt, wie bereits angedeutet, wahrscheinlich etwas zu hoch. Andererseits dürfte mit 860 000 Deutschen eine untere Grenze bestimmt sein. In der Bilanz soll mit wenigstens 870 000 Deutschen (anerkannte Deutsche sowie Autochthone) gerechnet werden.

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus Schlesien

1. Kriegsgefangene

Die Erhebung vom März 1950 über die noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen brachte als Ergebnis, daß 6150 Schlesier noch in Kriegsgefangenenlagern lebten, darunter 4315 in solchen der Sowjetunion. Bei dieser Zahl ist wiederum zu bedenken, daß es sich nur um eine Teilregistrierung handelt, die ausschließlich auf Angaben aus der Bundesrepublik und Berlin(West) beruht. Andererseits sind bis zum Zeitpunkt der Volkszählung aber auch Kriegsgefangene zurückgekehrt oder in Kriegsgefangenschaft verstorben. Wenn man auch die 1950 noch von schlesischen Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin aus Kriegsgefangenschaft zurückerwarteten Angehörigen berücksichtigt, dann wird man nicht in der Annahme fehlgehen, daß man zu dieser Zeit noch mit etwa 10 000 lebenden Kriegsgefangenen rechnen muß. Hierbei ist auch berücksichtigt, daß die in der Heimat zurückgebliebene deutsche Bevölkerung keine Gelegenheit hatte, sich an der Registrierung zu beteiligen.

2. Zivilinternierte

Ferner wurden bei der genannten Registrierung 597 Schlesier als Straf- und Untersuchungsgefangene erfaßt, die noch in ausländischem Gewahrsam gehalten wurden, darunter 159 in der Sowjetunion. Soweit überhaupt ersichtlich ist, waren die von den Polen zurückgehaltenen Zivilinternierten fast ausschließlich in Zentralpolen zusammengezogen und brauchen daher nicht zu der in der Heimat zurückgehaltenen deutschen Bevölkerung gerechnet zu werden. Man wird auch hier nicht umhin können, die tatsächliche Zahl der Zivilinternierten höher zu veranschlagen, als es die Erhebung ausweist; aber mehr als 1 200 Zivilinternierte dürfte es im Zeitpunkt der Volkszählung 1950 nicht gegeben haben.

Am Leben befindliche deutsche Kriegsgefangene und Zivilinternierte aus Schlesien: 11 200.

I. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Vermißten

1. Kriegsvermißte

Bei der schon mehrfach genannten Kriegsgefangenen- und Vermißtenregistrierung vom 1. bis 11. März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) wurden von ihren Angehörigen noch insgesamt 90 413 schlesische Soldaten als vermißt gemeldet, von denen etwa ein Drittel, nämlich 31 443, das letzte Lebenszeichen aus der Sowjetunion gegeben hatten. Zur Zeit der Volkszählung 1950 befanden sich rund 2 090 000 Schlesier in der Bundesrepublik und in Berlin (West), etwa zwei Drittel aller im Bundesgebiet, Berlin und der sowjetischen Besatzungszone damals lebenden Schlesier. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß möglicherweise auch einige in Ostberlin lebende Schlesier sich an der Registrierung beteiligt haben, kann die Zahl der zu jenem Zeitpunkt noch vermißten schlesischen Soldaten rund 125 000 betragen haben. Ob von dieser Zahl noch einzelne am Leben sind, kann mit Sicherheit nicht gesagt

werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der eine oder andere dieser als vermißt gemeldeten Soldaten zurückkehrt. Insgesamt wird man für 1950 mit weniger als 1 000 am Leben befindlichen vermißten Wehrmachtsangehörigen rechnen müssen.

2. Zivilvermißte

Durch die Erhebung vom März 1950 wurde im Bundesgebiet und Berlin (West) ferner festgestellt, daß 26 223 schlesische Zivilpersonen vermißt sind. Auch hier wird man in Wirklichkeit aus den oben erwähnten Gründen eine höhere Zahl annehmen müssen, die entsprechend den bisherigen Schätzungen mit 35 000 anzusetzen wäre.

Zur Klärung der Frage, ob diese vermißten Zivilpersonen als Kriegs- oder Vertriebungsverluste gewertet werden müssen, sei in diesem Zusammenhang auf die unter D 2 gemachten Ausführungen verwiesen. Es läßt sich nicht entscheiden, wieviele dieser Vermißten auf Kosten von reinen Kriegshandlungen oder von Verschleppungen bzw. Ermordungen zu setzen oder auf der Flucht in den Wintermonaten von 1945 umgekommen sind. Ebensowenig läßt sich mit einiger Sicherheit die Frage beantworten, wieviele von ihnen noch am Leben sein könnten. Man sollte nur geringe Zahlen ansetzen. Nur wenige Hundert dürften es allenfalls sein; aber auch dies ist eine Annahme, die so wenig gestützt ist wie eine Behauptung, daß niemand von den vermißten Zivilpersonen zu seinen Angehörigen zurückkehren werde.

Es soll in dieser Bilanz mit 1 000 vermutlich am Leben befindlichen Kriegs- und Zivilvermißten aus Schlesien gerechnet werden.

J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Schlesien

Der Stand der deutschen Bevölkerung aus dem Untersuchungsgebiet Schlesien war nach Abzug der militärischen und zivilen Kriegsverluste bei Kriegsende mit 4 390 000 Personen errechnet worden. Es war möglich, den Verbleib von 4 003 200 Menschen dieses Personenkreises zu ermitteln. Diese Zahl faßt die persönlich Vertriebenen, die noch in der Heimat Zurückgehaltenen sowie die am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und möglicherweise noch lebenden Vermißten für September 1950 zusammen.

Im gleichen Zeitpunkt war also das Schicksal von 386 800 Deutschen aus Schlesien nicht geklärt. Diese große Zahl deutscher Schlesier hat durch Ermordung, Verschleppung und Vertreibung ihr Leben verloren.

Wie nachgewiesen wurde, können diese Personenverluste nicht als reine Kriegsverluste angesehen werden. Sie stehen in engstem Zusammenhange mit den Absichten, das Deutschtum in Schlesien auszulöschen. Diese Verluste werden daher unter dem Gesamtbegriff „Nachkriegsverluste“ zusammengefaßt.

Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung des Untersuchungsgebietes Schlesien: 386 800.

Anmerkungen

- ¹⁾ In den Nachkriegsverlusten sind auch die Opfer mit einbezogen, welche durch die Verschleppungsaktionen verursacht worden sind.
- ²⁾ Die Ausländer im Deutschen Reich. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552, Berlin 1943.
- ³⁾ Nellner, Werner: Das Schlesiertum in Heimat und Vertreibung. In: „Schlesien“, 1. Jg., Heft 2, 1956.
- ⁴⁾ Es handelt sich um folgende Gemeinden: Stadtkreis Görlitz, Weinhübel (Landkreis Görlitz); Buchwalde, Burglehn Muskau, Köbels, Lugknitz, Muskau, Neißebück, Pechern, Sänitz, Sagar, Tormersdorf und Zoblitz-Lodenau (sämtlich Landkreis Rothenburg [Ob.-Laus.]); Stadtkreis Zittau; Hirschfelde, Mariental und Ostritz (sämtlich Landkreis Zittau).
- ⁵⁾ Wirtschaft und Statistik, 19. Jg. (1939) bis 24. Jg. (1944), Berlin.
- ⁶⁾ Die Evakuierungen aus den luftgefährdeten Gebieten setzten 1943 ein. Bis Ende 1944 stieg ihre Zahl, zu der auch die Dienstverpflichteten gezählt werden müssen, die mit der Verlagerung von kriegswichtigen Betrieben während des Krieges nach Schlesien kamen — wie aus der Verbrauchergruppen-Statistik geschlossen werden kann — auf rund 500 000 für das Gebiet der Provinz Schlesien in den Grenzen von 1937.
Die Evakuierten kamen vor allem aus den luftgefährdeten Gebieten Berlin, Hamburg und Rheinprovinz. Die Berliner Bevölkerung hatte — den Angaben d. Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 1944, zufolge — im Jahre 1943 einen Überschuß der Sterbefälle von rund 2150 und im ersten Halbjahre 1944 von rund 14 300. In Hamburg betrug der Geburtenüberschuß im Jahre 1943 rund 2200 und im ersten Halbjahre 1944 rund 50. Für die Rheinprovinz ergab sich zwar im Jahre 1943 ein Geburtenüberschuß von rund 9500 und für das erste Halbjahr 1944 von rund 4000; jedoch dürfen gerade diese Zahlen nicht anteilmäßig auf die evakuierte Bevölkerung umgelegt werden. Denn diese stammte aus den Groß- und Industriestädten der Rheinprovinz, die eine ähnliche Bevölkerungsbewegung verzeichnen wie die Großstädte Berlin und Hamburg. Man kann deshalb für die evakuierte Bevölkerung keinen Geburtenüberschuß ansetzen.
- ⁷⁾ Aufruf Ilja Ehrenburgs.
- ⁸⁾ Schieder, Theodor: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, München 1953.
Kaps, Johannes: Die Tragödie Schlesiens 1945/46 in Dokumenten unter besonderer Berücksichtigung des Erzbistums Breslau, München 1952/53.
In beiden Werken finden sich zahlreiche Berichte.
- ⁹⁾ Schieder, Theodor, a. a. O., S. 51 E ff.
- ¹⁰⁾ „Die Wohngebäudeschäden und Personenverluste durch Luftkriegseinwirkung im Großdeutschen Reich nach Landeswirtschaftsamtbezirken und Monaten in der Zeit vom 1. Oktober 1940 bis 31. Januar 1945“. Bearb. im Statistischen Reichsamt Berlin. Nicht veröffentlicht.
- ¹¹⁾ Schieder, Theodor, a. a. O., S. 51 E ff.
- ¹²⁾ Siehe Anm. 8.
- ¹³⁾ Siehe Anm. 8.
- ¹⁴⁾ Siehe Anm. 8. Ferner: Rhode, Gotthold: Die Ostgebiete des Deutschen Reiches, Würzburg 1955.
Zipfel, Friedrich: Vernichtung und Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, Tübingen 1955.
- ¹⁵⁾ Nach: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, Volkszählung-Textteil, Berlin 1951.
- ¹⁶⁾ Mitteilung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, Wien, vom 8. Februar 1956.
- ¹⁷⁾ Entsprechend der zwischen der britischen Besatzungsmacht und der polnischen Regierung vereinbarten „Operation Link“ wurde auch von sowjetzonaler Seite ein Abkommen über die Familienzusammenführung mit den polnischen Behörden geschlossen.
- ¹⁸⁾ Die von Kaps, a. a. O., genannten Zahlen über die Heimatvertriebenen treffen nicht zu. Er gibt (S. 87) für die Volkszählung 1950 z. B. folgende Zahlen an: Vertriebene aus dem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie: im Bundesgebiet 4 469 460, in der sowjetisch besetzten Zone 4,4 Millionen. Schlesien: im Bundesgebiet 2 204 000, in Berlin (West) 100 000. Die amtlichen Ergebnisse sind bekannt. Zwischen 1946 und 1950 hat sich in der sowjetisch besetzten Zone die Zahl der vertriebenen Ostdeutschen und damit auch der Schlesier nicht so verändert, daß sich die von Kaps genannten Zahlen ergeben.
- ¹⁹⁾ Mitteilung des Statistischen Amtes Saarland vom 6. Februar 1956.
- ²⁰⁾ Siehe Anm. 16. Ferner: Mitteilung der Deutschen Botschaft in Wien vom 9. März 1956.
- ²¹⁾ Mitteilung des Herrn von Witzendorff-Rehdiger, Neu Hammerstein/Börslage, vom 12. Februar 1956.
- ²²⁾ Veröffentlicht in: Polska Agencja Prasowa (Nachrichtenagentur WEST), „Demographische Probleme Polens (III) — Zwei Jahre Siedlung in den Westgebieten“, Februar 1948.
- ²³⁾ Mauldin, W. Parker und Akers, Donald S.: The Population of Poland, International Population Statistics Reports Series P-90, No. 4, Bureau of the Census, Washington 1954.

- ²⁴⁾ Mauldin, a. a. O., S. 78. „... No more than 500 000 of the ‚autochthonous‘ Poles could be persons or children of persons, reported a Polish in the German census of 1933 ...“
- ²⁵⁾ Mauldin, a. a. O., S. 78. „... In 1933 the Germans reported only 352 000 Polish-speaking persons in Upper-Silesia ...“.
- ²⁶⁾ Die Wahlen zum Deutschen Reichstag am In: Statistik des Deutschen Reichs, Bände 315, 372, 382, 434, Berlin.
- ²⁷⁾ Siehe Anm. 22.
- ²⁸⁾ Mauldin, a. a. O., S. 37. „... but it is the opinion of the writers that the 1950 population count is more nearly correct than the 1946 Population count ...“.
M. zitiert außerdem (S. 176/77) aus: Kozłowski, Czesław: Powszechny Spisy Ludności, Warsaw, 1951: „... that the Polish population was enumerated accurately ...“. Diese Hervorhebung ist auffallend.
- ²⁹⁾ Powszechny sumaryczny spis ludności z dn. 14. II. 1946 r., Warschau 1947, S. XVI sowie Nachrichtenagentur WEST, Tabelle 1.
- ³⁰⁾ Mauldin, a. a. O., S. 78, über den Begriff „autochthon“: „... it was sufficient for a resident to have had a Polish ancestor to be classified as being of Polish stock ...“.
- ³¹⁾ Mauldin, a. a. O., Table C-c „Assumed birth and death rates for postwar Poland by ethnic groups 1939 to 1949“.
Für 1946 bis 1948 übernimmt er die entsprechenden Daten der sowjetisch besetzten Zone, nach denen sich ein Überschuß der Sterbefälle ergibt.
- ³²⁾ Reitzig: Ermittlungen der z. Z. in den Kreisen Schlesiens lebenden deutschen Bevölkerung. 1955 (Manuskript).
- ³³⁾ Für den Reg.-Bez. Oppeln errechnet sich nach der a. a. O. behandelten Berechnungsmethode eine Zahl von rund 95 000 Wehrmachtstoten. Dies dürfte aber für das stark industrialisierte Oberschlesien zu hoch sein, da dort zahlreiche UK-Stellungen erfolgten. Es wird daher hier eine Zahl von rund 75 000 Wehrmachtssterbefällen eingesetzt, die den tatsächlichen Verhältnissen nahekommen dürften.
- ³⁴⁾ Hier zitiert nach der genannten Veröffentlichung der Nachrichtenagentur WEST; das gilt auch für die weiterhin angegebenen Zahlen der polnischen Statistik, soweit nichts anderes bemerkt wird.
- ³⁵⁾ Atlas Ziemi Odzyskanych, unter Leitung von Józef Zaremba. Hrsg. Główny Urząd Planowania Przestrzennego, Warschau, 1. Aufl. 1947, 2. Aufl. Dezember 1947. Im folgenden kurz mit „Atlas“ bezeichnet.
- ³⁶⁾ Vom polnischen Hauptplanungsamt herausgegeben, also von einer staatlichen Stelle.
- ³⁷⁾ Es liegt überhaupt die Vermutung vor, daß die öfter wechselnden Zahlen der polnischen Statistik mit gewissem Vorbedacht mitgeteilt werden, um keine Klarheit aufkommen zu lassen.
- ³⁸⁾ Vergleiche hierzu: Rocznik Statystyczny 1956, Warschau 1956, S. 76—78.

Tabellenteil

**1. Die Wohnbevölkerung in den Kreisen der Provinz Schlesien
sowie des sächsischen Stadt- bzw. Landkreises Zittau am 17. Mai 1939**

Gebiet	Wohn- bevölke- rung
Stkrs. Breslau	629 565
Brieg	31 419
Schweidnitz	39 052
Waldenburg i. Schles.	64 136
Lkrs. Breslau	103 857
Brieg	39 745
Frankenstein i. Schles.	75 338
Glatz	125 273
Groß Wartenberg	27 525
Guhrau	39 895
Habelschwerdt	56 332
Militzsch	48 553
Namslau	32 430
Neumarkt	56 962
Oels	72 844
Ohlau	53 187
Reichenbach (Eulengebirge)	85 428
Schweidnitz	94 855
Strehlen	57 505
Trebnitz	54 307
Waldenburg i. Schles.	117 918
Wohlau	65 703
RB Breslau	1 971 829
Stkrs. Glogau	33 495
Görlitz	93 808
darunter ostwärts der Oder-Neiße-Linie	8 808
Hirschberg i. Rsgb.	35 296
Liegnitz	83 681
Lkrs. Bunzlau	74 336
Fraustadt	19 894
Freystadt i. Niederschles.	54 387
Glogau	62 236
Görlitz	60 923
darunter ostwärts der Oder-Neiße-Linie	35 275
Goldberg	70 243
Grünberg i. Schles.	66 711
Hirschberg i. Rsgb.	80 257
Hoyerswerda (der ganze Kreis liegt westwärts der Oder-Neiße-Linie)	60 143
Jauer	58 994
Landeshut i. Schles.	47 867
Lauban	72 813
Liegnitz	41 641
Löwenburg i. Schles.	63 476
Lüben	40 461
Rothenburg (Ob. Lausitz)	92 337
darunter ostwärts der Oder-Neiße-Linie	14 903
Sprottau	101 711
RB Liegnitz	1 314 710

noch: 1. Die Wohnbevölkerung in den Kreisen der Provinz Schlesien
sowie des sächsischen Stadt- bzw. Landkreises Zittau am 17. Mai 1939

Gebiet	Wohnbevölkerung	
	insgesamt	darunter mit polnischer Volkszugehörigkeit
Stkrs. Beuthen O. S.	101 084	416
Gleiwitz	117 240	87
Hindenburg O. S.	126 220	233
Neiße	37 859	2
Oppeln	52 977	97
Ratibor	50 004	123
Lkrs. Beuthen-Tarnowitz	94 568	203
Cosel	90 305	101
Falkenberg O. S.	40 820	11
Groß Strehlitz	94 062	316
Grottkau	40 374	—
Guttentag	21 888	81
Kreuzburg O. S.	51 485	10
Leobschütz	82 518	—
Neiße	70 906	—
Neustadt O. S.	96 538	114
Oppeln	145 087	405
Ratibor	62 753	272
Rosenberg O. S.	57 265	160
Tost-Gleiwitz	95 305	163
RB Oppeln	1 529 258	2 794
Provinz Schlesien	4 815 797	.
Außerdem vom Land Sachsen		
Stkrs. Zittau	38 628	—
darunter ostwärts der Oder-Neiße-Linie	1 128	—
Lkrs. Zittau	85 578	—
darunter ostwärts der Oder-Neiße-Linie	23 941	—
Provinz Schlesien einschl. Stadt- und Landkreis Zittau	4 940 003	.

2. Die Reichsangehörigen nach Muttersprache und Volkszugehörigkeit am 17. Mai 1939 in ausgewählten Kreisen Schlesiens

Muttersprache	Reichsangehörige (ohne Juden)					
	ins- gesamt	davon nach Volkszugehörigkeit				
		deutsch	polnisch	mährisch	wendisch	Sonstige
Lausitz: Lkr. Hoyerswerda und Rothenburg (Ob. Lausitz)						
deutsch	141 475	141 468	—	—	1	6
wendisch	3 501	3 501	—	—	—	—
deutsch und wendisch	3 950	3 949	—	—	1	—
eine andere	72	58	—	—	—	14
deutsch und eine andere	110	109	—	—	—	1
Niederschles. Grenzkreise: Lkr. Namslau, Gr. Wartenberg, Militsch, Gubrau und Fraustadt						
deutsch	158 636	158 633	3	—	—	—
polnisch	107	102	5	—	—	—
deutsch und polnisch	337	335	2	—	—	—
eine andere	9	7	—	—	—	2
deutsch und eine andere	6	6	—	—	—	—
RB Oppeln						
deutsch	1 439 418	1 439 304	32	6	—	76
polnisch	3 731	1 244	2 466	—	—	21
deutsch und polnisch	6 938	6 751	185	—	—	2
oberschlesisch	11 112	11 023	86	3	—	—
deutsch und ober Schlesisch	18 715	18 692	23	—	—	—
mährisch	49	49	—	—	—	—
deutsch und mährisch	228	228	—	—	—	—
eine andere	125	107	2	1	—	15
deutsch und eine andere	140	137	—	—	—	3
Stkr. Beuthen O. S.						
deutsch	93 334	93 305	4	—	—	25
polnisch	410	29	380	—	—	1
deutsch und polnisch	332	317	15	—	—	—
oberschlesisch	315	300	15	—	—	—
deutsch und ober Schlesisch	461	459	2	—	—	—
mährisch	—	—	—	—	—	—
deutsch und mährisch	5	5	—	—	—	—
eine andere	5	4	—	—	—	1
deutsch und eine andere	3	2	—	—	—	1
Stkr. Gleiwitz						
deutsch	110 022	109 993	4	—	—	25
polnisch	120	50	70	—	—	—
deutsch und polnisch	354	344	10	—	—	—
oberschlesisch	299	296	3	—	—	—
deutsch und ober Schlesisch	571	571	—	—	—	—
mährisch	—	—	—	—	—	—
deutsch und mährisch	6	6	—	—	—	—
eine andere	7	7	—	—	—	—
deutsch und eine andere	10	10	—	—	—	—
Stkr. Hindenburg O. S.						
deutsch	119 332	119 322	7	—	—	3
polnisch	333	121	205	—	—	7
deutsch und polnisch	1 081	1 066	13	—	—	2
oberschlesisch	386	380	6	—	—	—
deutsch und ober Schlesisch	678	678	—	—	—	—
mährisch	3	3	—	—	—	—
deutsch und mährisch	4	4	—	—	—	—
eine andere	12	9	2	—	—	1
deutsch und eine andere	8	8	—	—	—	—

**noch: 2. Die Reichsangehörigen nach Muttersprache und
Volkszugehörigkeit am 17. Mai 1939 in ausgewählten Kreisen Schlesiens**

Muttersprache	Reichsangehörige (ohne Juden)					
	ins- gesamt	davon nach Volkszugehörigkeit				
		deutsch	polnisch	mährisch	wendisch	Sonstige
Lkr. Groß Strehlitz						
deutsch	84 950	84 946	—	4	—	—
polnisch	471	192	279	—	—	—
deutsch und polnisch	849	820	29	—	—	—
oberschlesisch	2 072	2 066	6	—	—	—
deutsch und ober-schlesisch	2 549	2 547	2	—	—	—
mährisch	—	—	—	—	—	—
deutsch und mährisch	—	—	—	—	—	—
eine andere	5	5	—	—	—	—
deutsch und eine andere	—	—	—	—	—	—
Lkr. Grottkau						
deutsch	39 726	39 726	—	—	—	—
polnisch	5	5	—	—	—	—
deutsch und polnisch	33	33	—	—	—	—
oberschlesisch	1	1	—	—	—	—
deutsch und ober-schlesisch	8	8	—	—	—	—
mährisch	—	—	—	—	—	—
deutsch und mährisch	1	1	—	—	—	—
eine andere	—	—	—	—	—	—
deutsch und eine andere	5	3	—	—	—	2
Lkr. Neiße						
deutsch	69 820	69 820	—	—	—	—
polnisch	6	6	—	—	—	—
deutsch und polnisch	47	47	—	—	—	—
oberschlesisch	5	5	—	—	—	—
deutsch und ober-schlesisch	7	7	—	—	—	—
mährisch	—	—	—	—	—	—
deutsch und mährisch	3	3	—	—	—	—
eine andere	7	7	—	—	—	—
deutsch und eine andere	—	—	—	—	—	—
Lkr. Oppeln						
deutsch	132 764	132 761	1	2	—	—
polnisch	580	226	354	—	—	—
deutsch und polnisch	1 109	1 077	32	—	—	—
oberschlesisch	2 888	2 874	12	2	—	—
deutsch und ober-schlesisch	6 291	6 285	6	—	—	—
mährisch	—	—	—	—	—	—
deutsch und mährisch	—	—	—	—	—	—
eine andere	25	24	—	—	—	1
deutsch und eine andere	72	72	—	—	—	—
Lkr. Ratibor (ohne Hultschiner Ländchen)						
deutsch	56 922	56 922	—	—	—	—
polnisch	334	87	247	—	—	—
deutsch und polnisch	410	405	5	—	—	—
oberschlesisch	1 385	1 372	13	—	—	—
deutsch und ober-schlesisch	2 557	2 550	7	—	—	—
mährisch	30	30	—	—	—	—
deutsch und mährisch	134	134	—	—	—	—
eine andere	18	18	—	—	—	—
deutsch und eine andere	8	8	—	—	—	—

3. Die Ausländer in Schlesien nach Volkszugehörigkeit und Muttersprache am 17. Mai 1939

Gebiet a = Ausländer mit bestimmter Staatsange- hörigkeit b = Staatenlose c = Staatsange- hörigkeit uner- mittelt und ungeklärt d = Ausländer insgesamt	Ausländer insgesamt	Von den Ausländern sind			
		deutsche Volkszugehörige		fremde Volkszugehörige	
		insgesamt	darunter mit deutscher Muttersprache	insgesamt	darunter mit fremder Muttersprache
RB Breslau a	16 027	10 523	8 886	5 504	808
b	3 658	3 167	2 832	491	339
c	282	231	205	51	8
d	19 967	13 921	11 923	6 046	1 155
RB Liegnitz a	11 944	7 346	6 438	4 598	469
b	2 323	2 158	1 960	165	72
c	364	272	254	92	11
d	14 631	9 776	8 652	4 855	552
RB Oppeln ¹⁾ a	22 840	20 230	18 340	2 610	210
b	3 160	2 940	2 630	220	140
c	800	480	370	320	10
d	26 800	23 650	21 340	3 150	360
Provinz Schlesien . a	50 811	38 099	33 664	12 712	1 487
b	9 141	8 265	7 422	876	551
c	1 446	983	829	463	29
d	61 398	47 347	41 915	14 051	2 067

¹⁾ Ohne Hultschiner Ländchen.

4. Die polnischen Stimmen bei den Reichstagswahlen 1922 bis 1933 im Regierungsbezirk Oppeln

Wahltermin	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfielen auf die Polnisch-Katholische Volkspartei	
		Anzahl	vH
19. 11. 1922	511 434	51 423	10,1
4. 5. 1924	567 949	49 259	8,7
21. 9. 1924	457 210	36 079	7,9
7. 12. 1924	540 708	42 051	7,8
20. 5. 1928	563 944	30 209	5,4
14. 9. 1930	666 695	36 866	5,5
31. 7. 1932	697 804	14 565	2,1
6. 11. 1932	665 776	12 098	1,8
5. 3. 1933	780 554	.	.

**5. Bevölkerung mit polnischer Muttersprache nach den Volkszählungen
von 1910, 1925, 1933 und 1939 sowie polnische Stimmen bei den
Reichstagswahlen von 1924 in ausgewählten Kreisen
des Regierungsbezirkes Oppeln**

Gebiet	Personen mit polnischer Muttersprache				Stimmen für die Polnisch-Katholische Volkspartei	
	1910	1925	1933	1939	4. 5. 24	7. 12. 24
RB Oppeln	581 701	151 168	99 193	3 731	49 259	42 051
darunter:						
Stadtkreise						
Beuthen O. S.	27 294	2 188	776	410	883	796
Gleiwitz	17 940	2 066	529	120	874	493
Hindenburg O. S.	41 170	3 046	1 239	333	3 340	2 650
Landkreise						
Groß Strehlitz	57 554	21 723	15 888	471	6 508	5 884
Grottkau	825	45	46	5	8	16
Neiße	651	35	30	6	23	14
Oppeln	89 326	27 634	23 374	580	12 048	11 327
Ratibor	39 234	12 005	9 842	334	5 318	3 519

**6. Abstimmungsergebnisse vom 20. März 1921 und Stimmen für die
Polnisch-Katholische Volkspartei bei der Reichstagswahl vom
7. Dezember 1924 in den Kreisen des Regierungsbezirkes Oppeln**

Gebiet	Abstimmungsergebnis vom 20. 3. 1921 ¹⁾		Stimmen für die Polnisch-Katholische Volkspartei am 7. 12. 1924
	deutsche	polnische	
	Stimmen		
Stadtkreise			
Beuthen O. S.	29 890	10 101	796
Gleiwitz	32 029	8 558	493
Hindenburg O. S.	45 219	43 261	2 650
Neiße	—	—	13
Oppeln	20 816	1 098	239
Ratibor	22 291	2 227	770
Landkreise			
Beuthen-Tarnowitz	60 755	90 534	4 443
Cosel	37 651	12 449	2 305
Falkenberg O. S.	—	—	108
Groß Strehlitz	22 415	23 046	5 884
Grottkau	—	—	16
Guttentag	15 453	13 679	672
Kreuzburg O. S.	37 975	1 652	212
Leobschütz	65 128	259	28
Neiße	—	—	14
Neustadt O. S.	31 825	4 268	1 282
Oppeln	56 170	24 726	11 327
Ratibor	26 349	18 518	3 519
Rosenberg O. S.	23 857	11 150	2 974
Tost-Gleiwitz	20 098	27 198	4 010
RB Oppeln	547 921	292 724	42 051²⁾

¹⁾ Einschl. derjenigen Gemeinden, die 1921 aus einzelnen Kreisen an Polen abgetreten wurden. —

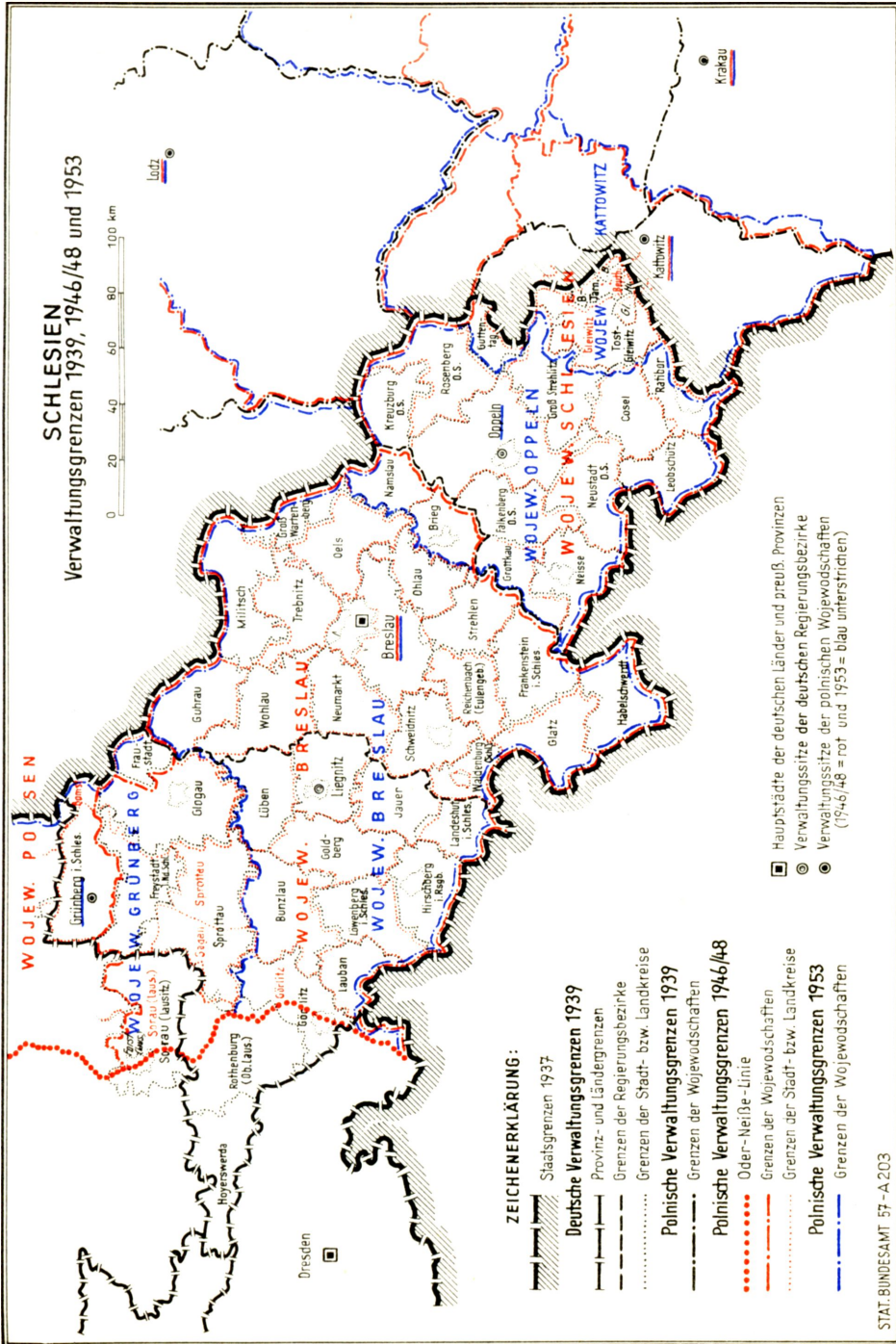
²⁾ Einschl. Restkreis Rybnik: 296 polnische Stimmen.

SCHLESIEN

Verwaltungsgrenzen 1939, 1946/48 und 1953

0 20 40 60 80 100 km

Łódź



ZEICHENERKLÄRUNG:

Staatsgrenzen 1937

Deutsche Verwaltungsgrenzen 1939

Provinz- und Ländergrenzen

Grenzen der Regierungsbezirke

Grenzen der Stadt- bzw. Landkreise

Polnische Verwaltungsgrenzen 1939

Grenzen der Wojewodschaften

Polnische Verwaltungsgrenzen 1946/48

Oder-Neiße-Linie

Grenzen der Wojewodschaften

Grenzen der Stadt- bzw. Landkreise

Polnische Verwaltungsgrenzen 1953

Grenzen der Wojewodschaften

- Hauptstädte der deutschen Länder und preuß. Provinzen
- ⊙ Verwaltungssitze der deutschen Regierungsbezirke
- Verwaltungssitze der polnischen Wojewodschaften (1946/48 = rot und 1953 = blau unterstrichen)

Baltische Staaten und Memelgebiet

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	215
II. Das benutzte Quellenmaterial.	217
1. für die Zeit von 1920 bis 1939	217
2. für die Zeit von 1940 bis 1945	218
3. für die Zeit nach 1945	219
III. Überblick über die Bilanz	220
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung in den baltischen Staaten und im Memelgebiet am 1. September 1939	224
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung in den baltischen Staaten und im Memelgebiet vom 1. September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berück- sichtigung der Kriegsverluste)	233
C. Die deutsche Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	237
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet	238
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet Ende 1944	240
F. Die deutschen Vertriebenen aus den baltischen Staaten und dem Memel- gebiet	240
G. Die in den baltischen Staaten und im Memelgebiet zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	246
H. Die 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegs- gefangenen und Zivilinternierten aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet	246
I. Die 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegs- und Zivil- vermißten	247
J. Die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet	247
Anmerkungen	248
Tabellenteil	
1. Die deutsche Bevölkerung in Estland am 1. März 1934 nach Kreisen . . .	252
2. Die deutsche Bevölkerung in Lettland am 10. Februar 1935 nach Kreisen	252
3. Die deutsche Bevölkerung in Litauen am 17. September 1923 nach Kreisen	254

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Vorliegende Untersuchung der Vertreibungsverluste der deutschen Bevölkerung des Baltikums und des Memelgebietes umfaßt die baltendeutschen Volksgruppen in den 1918 entstandenen Staaten Estland, Lettland und Litauen und die deutsche Bevölkerung des 1919 auf Grund des Versailler Diktats vom Deutschen Reich abgetrennten und 1924 Litauen einverleibten Memelgebietes.

Zum Verständnis der deutschen Bevölkerungsverhältnisse im Baltikum muß auf wesentliche Unterschiede hinsichtlich der geschichtlichen Entstehung sowie des sozialen und biologischen Aufbaues der deutschen Volksgruppen Estlands, Lettlands und Litauens hingewiesen werden.

Die deutsche Bevölkerung in Estland und Lettland hatte im allgemeinen die gleiche Entwicklung aufzuweisen. Obwohl ihr Siedlungsraum im Laufe einer 700-jährigen Geschichte zu verschiedenen staatlichen Machtbereichen gehörte — die innere deutsche Ordnung im Lande wurde dadurch kaum berührt — bildeten die Baltendeutschen im Raum der Ostseeprovinzen in jeder Hinsicht eine Einheit. Erst seit der Gründung der selbständigen Staaten Estland und Lettland traten sie notgedrungen als zwei getrennte deutsche Volksgruppen in Erscheinung. Dagegen ist die deutsche Volksgruppe Litauens jüngerer Ursprungs; sie hatte auch eine ganz andere geschichtliche Entwicklung.

In vorliegender Untersuchung werden, der heutigen Sprachregelung entsprechend (die auch in der Statistik der Bundesrepublik angewandt wird), die Deutschen aller drei baltischen Staaten als „Baltendeutsche“ bezeichnet. Früher verstand man in der geschichtlichen Betrachtung unter „Baltendeutschen“ bzw. „Deutsch-Balten“ oder „Balten“ schlechthin nur die Deutschen der früheren russischen Ostseeprovinzen Livland, Estland und Kurland, dem späteren Estland und Lettland, während nun auch die Litauendeutschen miteinbezogen werden.

Seit über 700 Jahren im Gebiet Estlands und Lettlands beheimatet, haben die Deutschen, obwohl zahlenmäßig nie sehr stark, das Land und die einheimische Bevölkerung kulturell deutsch geprägt und beherrscht. Bis zum Zerfall des Deutschen Ordensstaates (1561) war das Land sogar Bestandteil des Deutschen Reiches. Ihrer Siedlungsgeschichte zufolge fehlte der deutschen Bevölkerung dieses Raumes jedoch ein deutscher Bauernstand. Neben einer zahlenmäßig starken, vornehmlich aus deutschen Kaufleuten und Handwerkern bestehenden Stadtbevölkerung gab es auf dem flachen Lande außer deutschen adligen Großgrundbesitzern nur eine dünne deutsche Oberschicht.

Die deutsche Siedlung in Litauen entstand erst im ausgehenden Mittelalter. Sie erfolgte nicht in geschlossenem Zuge, sondern beschränkte sich auf Einzelwanderungen. Die ersten Deutschen waren Kaufleute und Handwerker, die sich in den litauischen Städten niederließen. Mitte des 18. Jahrhunderts begannen auch Bauern in größerer Zahl in die westlitauischen Gebiete einzuwandern. Einen politischen Einfluß im Lande erlangte das litauische Deutschtum jedoch nicht. Litauen war im Laufe seiner Geschichte auch niemals Teil des Deutschen Reiches. Bedingt durch

diese Entwicklung hatte das Deutschtum Litauens auch eine völlig andere soziale Struktur als die deutsche Bevölkerung Estlands und Lettlands.

Das Memelgebiet, das mit seiner überwiegend geschlossen lebenden deutschen Bevölkerung erst 1919 aus dem deutschen Staatsverband herausgelöst wurde, unterschied sich nur wenig von dem angrenzenden nördlichen Ostpreußen. Ein Teil der Bevölkerung war wohl litauischer Abstammung, doch durch das jahrhundertelange Zusammenleben mit den Deutschen kulturell rein deutsch geprägt. Auch gehörten sie, im Gegensatz zu den Litauern jenseits der Grenze, den sogenannten Großlitauern, zur lutherische Kirche.

Kriegs- und Vertreibungsverluste der in mancher Beziehung unterschiedlichen deutschen Volksgruppen der baltischen Staaten lassen sich leider statistisch nicht gesondert ermitteln, da die deutsche amtliche Statistik bei der Erfassung der Vertriebenen nach den Herkunftsgebieten alle Vertriebenen aus den baltischen Staaten zusammenfaßt. So können die vertriebenen Deutschen dieser drei Staaten im Rahmen der Bevölkerungsbilanz nur als eine volkliche Einheit behandelt werden. — Nur die Deutschen des Memelgebietes werden zum Teil besonders erfaßt und entsprechend in der Statistik ausgewiesen.

Die Bilanz der Deutschen aus den baltischen Staaten geht von den Ergebnissen der Volkszählungen dieser drei Staaten aus, die jedoch alle zu verschiedenen Zeiten durchgeführt wurden. Die letzte Volkszählung in Estland fand am 1. März 1934 statt, in Lettland am 10. Februar 1935 und in Litauen am 17. September 1923. Daher mußte der Bevölkerungsstand zum 1. September 1939 unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungen errechnet werden. Da die amtliche Statistik der drei Staaten Geburten- und Sterbezahlen nach der Volkszugehörigkeit auswies, handelt es sich bei der für 1939 ermittelten Bevölkerungszahl im allgemeinen nicht um Schätzungen, sondern um Zahlenangaben, die mit einiger Genauigkeit errechnet wurden.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die Zahlen der amtlichen Statistik der drei baltischen Staaten hinsichtlich der Volkszugehörigkeit der Bevölkerung kritisch beurteilt werden müssen. Die ermittelten Zahlen für die nationalen Minderheiten, und damit auch für die Deutschen, liegen sicherlich erheblich unter dem tatsächlichen Stand, da die Regierungen und damit die amtlichen Volkszählungsorgane den Bevölkerungsanteil des jeweiligen Staatsvolkes möglichst groß erscheinen lassen wollten. Dieses gilt insbesondere für Litauen und die Ergebnisse der litauischen Volkszählung von 1923¹⁾. Für Estland und Lettland geht die gleiche Tatsache deutlich daraus hervor, daß die Zahl der Umsiedler erheblich höher war, als es nach der offiziellen Statistik in diesen Staaten gab. Selbst wenn man annehmen kann, daß durch großzügige Auslegung der Umsiedlungsbestimmungen eine gewisse Zahl von Esten und Letten nach Deutschland übersiedeln durfte, ergeben sich für die baltendeutschen Volksgruppen höhere Zahlen, die zum Teil auf das Bestehen einer volklichen Zwischenschicht hinweisen (hohe Zahl nationaler Mischehen). Diesen zahlenmäßigen Unterschied gilt es bei der Beurteilung der Vertreibungsverluste zu berücksichtigen, soll die Untersuchung nicht zu Fehlergebnissen führen.

Noch schwieriger war die Bilanz für die deutsche Bevölkerung des Memelgebietes aufzustellen. Die litauische Volkszählung von 1923 erfaßte das Memelgebiet nicht. Ebenso wurde die deutsche Volkszählung vom 17. Mai 1939 im Memelgebiet nicht

durchgeführt, obwohl es bereits am 22. März 1939 wieder zum Deutschen Reich gehörte. Erfreulicherweise liegen jedoch aus der Volkszählung 1950 gesonderte Angaben für die aus dem Memelgebiet vertriebene, bzw. geflüchtete deutsche Bevölkerung vor.

Die zahlenmäßigen Angaben über den Bevölkerungsstand der Balten- und der Memeldeutschen bei Kriegsende wurden auf die Weise ermittelt, daß von den für den 1. September 1939 errechneten bzw. von den in der Umsiedlungsstatistik enthaltenen Zahlen ausgegangen wurde. Es wurde zunächst, wenigstens annähernd, der zahlenmäßige Zu- bzw. Abgang aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung für die Zeit von 1939 bis 1945 festgestellt, wobei die Auswirkungen der Kriegszeit bereits berücksichtigt wurden. Im weiteren wurde versucht, die Kriegsverluste zu bestimmen, die sich aus den Wehrmachtssterbefällen und aus den durch Feindeinwirkung getöteten Zivilpersonen zusammensetzen. Bei der Ermittlung der Zahl der Wehrmachtssterbefälle wurde von der im Statistischen Bundesamt entwickelten Berechnungsmethode ausgegangen. Außerdem konnten die Angaben der baltischen Totenschau herangezogen werden. Nur eine später vielleicht möglich werdende genauere Berechnung der Kriegsverluste durch Klärung einer möglichst hohen Zahl von Einzelschicksalen könnte u. U. noch höhere Wehrmachtsverluste ergeben.— Die auf vorgenannte Weise ermittelten Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung von 1939 bis 1945 und die Kriegsverluste geben, auf den Stand von 1939 bezogen, auch den Bevölkerungsstand bei Kriegsende 1945 an.

Die Vertreibungsverluste sind mit Hilfe der bereits a. a. O. ausführlich behandelten Methode ermittelt worden. Soweit es das vorhandene Zahlenmaterial zuläßt, wird eine Aufgliederung der deutschen Bevölkerung in den Heimatgebieten nach Kreisen durchgeführt, um die gebietliche Verteilung der Deutschen vor der Umsiedlung aufzuzeigen (vgl. Tabellenteil).

II. Das benutzte Quellenmaterial

Die Untersuchung stützt sich in der Hauptsache auf amtliche statistische Unterlagen, für die Zeit vor dem Kriege vor allem auf die Ergebnisse der estnischen (1934), lettischen (1935) und litauischen (1923) Volkszählung; für die Zeit nach dem Kriege auf die Ergebnisse der deutschen Volkszählungen von 1946 und 1950.

Da, wie bereits erwähnt, in keinem der Länder für 1939, dem Ausgangsjahr der Untersuchung, Volkszählungsergebnisse vorliegen, mußte auf verschiedene Publikationen zurückgegriffen werden, die Angaben über die Bevölkerung der betreffenden Länder enthalten. Es ließ sich jedoch nicht vermeiden, daß manche andere Materiallücken nur durch Schätzungen geschlossen werden mußten. Schätzungen, die stets mit größter Vorsicht und nach bestem Wissen gegeben sind, werden im Text jeweils als solche kenntlich gemacht.

1. Für die Zeit von 1920 bis 1939

Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Band I—III. Hrsg. Carl Pertersen, Breslau 1933, 1936 und 1938.

Winkler, Wilhelm: Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschtum, Berlin 1927.

Harmsen und v. Loesch: Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum. In: Zeitschrift für Geopolitik, Beilage 5, Berlin 1929.

Maydell, K. v.: Die Baltendeutschen vor ihrer Umsiedlung. In: „Jomsburg“, Jg. 3. Teine Rahvaloendus Eestis 1. März 1934; Rahvaloenduse andmed. Die zweite Volkszählung in Estland vom 1. März 1934. Ergebnisse der Volkszählung, Reval 1934/35.

Pullerits, A.: Estland — 20 Jahre Selbständigkeit.

Engelhardt, M. v.: Das Deutschtum Estlands. In: Balt. Monatsschr. Heft 7/8, 1936.

Handrack, H.: Die deutsche Volksgruppe in Estland. Als Manuskript erschienen 1939.

Handrack, H.: Das estländische Deutschtum und die nationalen Mischehen. In: Balt. Monatsschr. 1936.

Ceturta tautas skaitīšana Latvijā 1935 g. Riga 1935/36. Vierte Volkszählung in Lettland im Jahre 1935.

Handrack, H.: Die Bevölkerungsentwicklung der deutschen Minderheit in Lettland, Diss., Jena 1932.

Lietuva skaitmenimis 1918—28. — La Lithuanie en chiffres 1918—28, Kaunas 1928.

Lietuvos Gyventojai 17. September 1923. — Population de la Lithuanie. Données du premier recensement du 17^e septembre 1923, Kaunas 1926.

Essen, W.: Litauen. Ein Beitrag zu einer Staats- und Volksentwicklung. In: Zeitschr. f. Politik, Jg. 25, 1935.

Essen, W.: Die ländlichen Siedlungen in Litauen, Text und Kartenband, Leipzig 1931.

Hellmann, M.: Wesen und Werden der deutschen Volksgruppe in Litauen. In: Deutsche Monatshefte 1940.

Essen, W.: Litauen und Memelgebiet. In: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums.

Litauen und seine Deutschen. Beiheft z. Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr. XIII/1955.

Schmidt-Orendi, I.: Deutschtum in Litauen. In: Deutschtum im Ausland, 1941.

Zählung im Memelgebiet von 1925. In: Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes Berlin 450, Band II.

Horn, Erna: Deutsches Memelland. In: Jomsburg, Jg. 3, 1939.

Statistische Mitteilungen. Hrsg. Statistisches Büro des Memelgebietes, 15. Jg., 1935.

2. Für die Zeit von 1940 bis 1945

Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich auf Grund der Volkszählung 1939. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40, 1941/42. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Wirtschaft und Statistik, Jg. 1939 bis 1944. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches 1940—1945. Ergebnisse der Verbrauchergruppen-Statistik. In: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/19/1 vom 28. Februar 1953. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Kleiner Umsiedlungsspiegel, 1944.

Angelus, O.: Eestist Saksamaale umberasunute nimestik, Reval 1939. Verzeichnis der aus Estland nach Deutschland Umgesiedelten.

Eesti Vabariigi Kodakondsusest lahkunud isikute nimestik. — Verzeichnis der aus der Staatsbürgerschaft der Estnischen Republik ausgeschiedenen Personen, Reval 1940.

Hippius, R.: Die Umsiedlergruppe aus Estland. In: Deutsche Monatshefte, Sept./Okt. 1940.

Izcelojušo vācu tautības pilsonu saraksts. — Verzeichnis der auswandernden deutschen Bürger, Riga 1940.

Menešu biletens: Die Deutschen in Lettland. Monatsberichte der Statistischen Verwaltung Lettlands. Heft 7, 1939.

Lietuvos Statistikos Metraštis. — Annuaire statistique de la Lithuanie, Band 12, 1939.

3. Für die Zeit nach 1945

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Band III, Heft 1—5. Hrsg. Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone. Statistisches Zentralamt, Berlin 1949.

Die Flüchtlinge in Deutschland. Ergebnisse der Sonderauszählungen aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/0/4 vom 25. März 1950. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Bevölkerung nach ihrem Wohnsitz am 1. September 1939. Endgültige Ergebnisse der Volkszählung am 13. September 1950. In: Wirtschaft und Statistik, 3. Jg. N. F. Heft 12. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953. Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, heimatlose Ausländer 1949—1952. Hrsg. Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1953.

Zipfel, Friedrich: Vernichtung und Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Band III. Tübingen, 1955.

Schieder, Theodor, in Verbindung mit Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. In: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, München 1953.

Arntz: Menschenverluste zweier Weltkriege. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 64, vom 3. April 1953.

Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft.
— Der Bericht der Sachverständigen. — Oldenburg i. O. 1953.

Seraphim, P. H.: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Band 7/I, Berlin 1954.

Amtliches Zahlenmaterial zum Flüchtlingsproblem in Bayern. In: Statistischer Informationsdienst des Bayerischen Staatsministeriums des Innern. — Der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen: München 1946, 1947.

Vernant, Jacques: The Refugee in the Post-War World, London 1953.

Les Transferts Internationaux de Populations, Ministère de l'Economie National, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Paris 1946.

Bohmann, A.: Die Kriegs- und Vertreibungsoffer der Sudetendeutschen. In: Sudetendeutscher Artikeldienst, München, vom 19. Juni 1954.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung in den baltischen Staaten und im Memelgebiet am 1. September 1939

Zahl der Deutschen

1. in Estland	17 000
2. in Lettland	63 000
3. in Litauen	51 500
Baltendeutsche zusammen	131 500
4. im Memelgebiet	118 000
Insgesamt	249 500

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung in den baltischen Staaten und im Memelgebiet vom 1. September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Natürliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung

1. in Estland	— 500
2. in Lettland	— 1 500
3. in Litauen	+ 1 700
Baltendeutsche zusammen	— 300
4. im Memelgebiet	+ 6 700
Insgesamt	+ 6 400

C. Die deutsche Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

1. aus Estland	16 500
2. aus Lettland	61 500
3. aus Litauen	53 200
Baltendeutsche zusammen	131 200
4. aus dem Memelgebiet	124 700
Insgesamt	255 900

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet

a) Wehrmachtssterbefälle

1. aus Estland	1 000
2. aus Lettland	3 800
3. aus Litauen	3 100
Baltendeutsche zusammen	7 900
4. aus dem Memelgebiet	7 100
Insgesamt	15 000

b) Kriegsverluste der Zivilbevölkerung

1. aus Estland	700
2. aus Lettland	2 500
3. aus Litauen	1 300
Baltendeutsche zusammen	4 500
4. aus dem Memelgebiet	3 100
Insgesamt	7 600

c) Wehrmachtssterbefälle und Kriegsverluste der Zivilbevölkerung

1. aus Estland	1 700
2. aus Lettland	6 300
3. aus Litauen	4 400
Baltendeutsche zusammen	12 400
4. aus dem Memelgebiet	10 200
Insgesamt	22 600

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet Ende 1944

1. aus Estland	14 800
2. aus Lettland	55 200
3. aus Litauen	48 800
Deutsche Bevölkerung aus den baltischen Staaten	118 800
4. Deutsche Bevölkerung aus dem Memelgebiet	114 500
Insgesamt	233 300

F. Die deutschen Vertriebenen aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet

Stand: September 1950

Bundesrepublik Deutschland	107 600
Berlin (West)	2 300
Sowjetische Besatzungszone	46 200
Ostberlin	800
Zusammen	156 900

Österreich	500
andere europäische Länder	2 600
außereuropäische Länder	9 500
Insgesamt	169 500
davon Baltendeutsche	91 500
Memeldeutsche	78 000
Von den deutschen Vertriebenen aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet entfallen für die Zeit vom Mai 1945 bis September 1950 auf den Sterbefallüberschuß zusammen	
davon Baltendeutsche (Sterbefallüberschuß)	— 700
Memeldeutsche (Geburtenüberschuß)	— 2 200
	+ 1 500
Von der Vertreibung direkt Betroffene aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet (September 1950)	
davon Baltendeutsche	170 200
Memeldeutsche	93 700
	76 500
G. Die in den baltischen Staaten und im Memelgebiet zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	
Stand: September 1950	
Zurückgehaltene Baltendeutsche	5 000
Zurückgehaltene Memeldeutsche	10 000
Insgesamt	15 000
H. Die 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegs- gefangenen und Zivilinternierten aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet	
Baltendeutsche	700
Memeldeutsche	500
Insgesamt	1 200
I. Die 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegs- und Zivil- vermißten	
1. Kriegsvermißte	100
2. Zivilvermißte	3 000
Insgesamt	3 100
davon Baltendeutsche	600
Memeldeutsche	2 500
J. Die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet	
De-jure-Bevölkerungsstand Ende 1944	233 300
davon Baltendeutsche	118 800
Memeldeutsche	114 500

Von der Vertreibung direkt Betroffene	170 200
davon Baltendeutsche	93 700
Memeldeutsche	76 500
In den baltischen Staaten und im Memelgebiet zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	15 000
davon Baltendeutsche	5 000
Memeldeutsche	10 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene und Zivilinternierte	1 200
davon Baltendeutsche	700
Memeldeutsche	500
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegs- und Zivilvermißte	3 100
davon Baltendeutsche	600
Memeldeutsche	2 500
<hr/>	
Geklärte Fälle	189 500
Ungeklärte Fälle	43 800
davon Baltendeutsche	18 800
Memeldeutsche	25 000

Entsprechend der obigen Bilanz wurden 43 800 ungeklärte Fälle festgestellt. Über das Schicksal dieser, Anfang 1945 in Westpreußen und im Warthegau ansässigen Deutschen aus den baltischen Staaten, die 1939/41 dort angesiedelt worden waren, und der noch in ihrer Heimat ansässigen Memeldeutschen ist nach dem Krieg nichts bekannt geworden. Es muß daher angenommen werden, daß diese große Zahl von Menschen kurz vor oder nach dem deutschen Zusammenbruch, sei es bei Gewaltakten, sei es durch Hunger und Seuchen, in sowjetrussischen und polnischen Konzentrationslagern den Tod gefunden hat. Von den 43 800 ungeklärten Fällen entfällt ein recht erheblicher, jedoch zahlenmäßig nicht zu bestimmender Anteil auf die Deportationen, die von den Sowjetrussen bei der Eroberung des Memelgebietes und der deutschen Ostgebiete in rücksichtsloser Weise vorgenommen wurden. Erfahrungsgemäß ist ein großer Teil der Deportierten vielfach schon auf dem Transport oder später in den Jahren der Zwangsarbeit in der Sowjetunion umgekommen.

Zusammenfassung

Deutsche Bevölkerung am 1. September 1939	249 500
Zunahme der deutschen Bevölkerung vom 1. September 1939 bis Ende 1944	6 400
Kriegsverluste	22 600
Deutsche Bevölkerung Ende 1944	233 300
Vertriebene Bevölkerung — Stand 1950	169 500
Von der Vertreibung direkt Betroffene	170 200
Zurückgebliebene u. zurückgehaltene deutsche Bevölkerung — Stand 1950	15 000
Noch lebende Kriegsgefangene und Zivilinternierte	1 200
Noch lebende Kriegs- und Zivilververmißte	3 100
<hr/>	
Geklärte Fälle	189 500
Ungeklärte Fälle	43 800

Nach dieser Zusammenfassung betragen die Gesamtverluste der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet in den Grenzen von 1937 durch Krieg und Vertreibung rund 66 000 Personen. Auf den Bevölkerungsstand vom 1. September 1939 bezogen, sind das 26,6 vH. Davon entfallen 9,2 vH auf die Kriegeverluste und 17,6 vH auf die Nachkriegsverluste.

Auf die Deutschen aus den baltischen Staaten bezogen, betragen die Gesamtverluste der drei Volksgruppen aus Estland, Lettland und Litauen 23,7 vH ihres Bestandes vom 1. September 1939, davon Kriegeverluste 9,4 vH, Nachkriegsverluste 14,3 vH.

Die Verluste der deutschen Bevölkerung aus dem Memelgebiet betragen insgesamt 29,8 vH ihres Bestandes vom 1. September 1939, davon Kriegeverluste 8,6 vH, Nachkriegsverluste 21,2 vH.

In dieser Aufstellung der Verluste sind alle jene Deutschen berücksichtigt, die ihren Wohnsitz am 1. September 1939 in den baltischen Staaten oder im Memelgebiet hatten. — Die zahlreichen Baltendeutschen, besonders aus Estland und Lettland, die vor 1939 in das Deutsche Reich abgewandert waren, sind nicht in dieser Bilanz aufgeführt.

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung in den baltischen Staaten und im Memelgebiet am 1. September 1939

Die letzten Volkszählungen, durch die das Deutschtum in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen erfaßt wurde, waren: die estnische Volkszählung vom 1. März 1934, die lettische Volkszählung vom 10. Februar 1935 und die litauische vom 17. September 1923. Bei den Volkszählungen in den drei baltischen Staaten sind in der Zahl der Deutschen die jeweils in diesen Ländern wohnenden reichsdeutschen Staatsangehörigen mit enthalten. Zur Feststellung der Zahl der Deutschen des Memelgebietes muß man sich verschiedener Quellen bedienen, wie z. B. der Wahlergebnisse, da die litauische Zählung von 1923 und auch die deutsche Volkszählung vom 17. Mai 1939 die Bevölkerung des Memelgebietes nicht erfaßten.

Für die drei baltischen Staaten lassen sich die Zahlen für das Jahr 1939 ohne allzugroße Fehlerquellen durch Fortschreibung ermitteln, da Angaben über die natürliche Bevölkerungsbewegung vorliegen. Außerdem können zum Vergleich der amtlichen Volkszählungsergebnisse die Zahlen über die Umsiedlung der Deutschen dieser Länder von 1939 bis 1941 herangezogen werden. Da sich den Umsiedlungsaktionen fast alle Deutschen anschlossen, wurden hierbei auch alle jene Personen deutscher Volkszugehörigkeit erfaßt, die in der amtlichen Statistik nicht zum Deutschtum gerechnet wurden, z. B. Kinder aus nationalen Mischehen.

Für das gesamte Gebiet der drei baltischen Staaten ergeben sich nach dem Stand vom 1. September 1939 folgende Zahlen für die deutschen Volksgruppen:

Estland	17 000
Lettland	63 000
Litauen	51 500
Baltische Staaten	131 500
Memelgebiet	118 000
Insgesamt.....	249 500

Somit bezog sich die Untersuchung am 1. September 1939 auf ein Vertreibungsgebiet, das rund 250 000 Deutsche aufwies.

1. Die deutsche Bevölkerung in Estland am 1. September 1939

Kaum eine andere deutsche Volksgruppe im Ausland hat durch den Ersten Weltkrieg eine so starke Abnahme ihres zahlenmäßigen Bestandes und so schwerwiegende Veränderungen ihrer biologischen und soziologischen Struktur erfahren wie jene in Estland²⁾.

Die Teilung des baltischen Deutschtums der drei ehemaligen russischen Ostseeprovinzen (Estland, Kurland, Livland) in zwei gesonderte Volksgruppen erfolgte erst nach dem Ersten Weltkrieg durch die Staatwerdung Estlands und Lettlands im Jahre 1918. Das Gebiet der Republik Estland setzte sich aus der früheren russischen Provinz Estland und den nördlichen Kreisen der Provinz Livland zusammen. In diesem Gebiet der Republik Estland lebten nach den estnischen Volkszählungen:

Jahr	Gesamtbevölkerung	Deutsche	
	Anzahl		vH
1922	1 107 059	18 319	1,7
1934	1 126 413	16 346	1,5

Der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung Estlands, der zuletzt nur 1,5 vH betrug, ist auch früher niemals sehr groß gewesen (1881: 5,3 vH). Jedenfalls spiegelt er in keiner Weise den überaus starken kulturellen und wirtschaftlichen Einfluß der Deutschen wider. Selbst nach der Güterenteignung gehörten den Deutschen nach der amtlichen estnischen Statistik 1939 noch fast $\frac{1}{5}$ des Volksvermögens in Estland.

In der Zahl der 16 346 Deutschen sind etwa 600 im Lande lebende reichsdeutsche Staatsangehörige mit enthalten. Es handelt sich bei diesen größtenteils um Familien, die schon länger in Estland sesshaft waren.

Die Ergebnisse der amtlichen estnischen Volkszählungen entsprechen hinsichtlich der nationalen Minderheiten nicht ganz den tatsächlichen Verhältnissen; das gilt auch für die Zahl der Deutschen. Diese Zahl dürfte um mehr als 2 000 höher liegen. Einmal gab es Deutsche, die aus Opportunismus in ihrem Personalausweis die estnische Volkszugehörigkeit hatten eintragen lassen (die sog. „Paß-Esten“) und die dementsprechend bei den Volkszählungen als Esten gezählt wurden. Zum anderen geschah es häufig, daß Deutsche, die mit einem estnischen Ehepartner verheiratet waren, dem estnischen Volkstum zugezählt wurden. Diese Annahme findet ihre Bestätigung durch die Zahlen der Umsiedlungen von 1939 und 1941, bei denen rund 16 700 Deutsche aus Estland nach Deutschland umgesiedelt wurden.

Umsiedlung ³⁾1939:	13 693
Nachumsiedlung1941: rund	3 000

Selbst wenn man berücksichtigt, daß bei der Umsiedlung von seiten des Deutschen Reiches in großzügiger Weise eine gewisse Zahl von nur entfernt deutschstämmigen Esten mit umgesiedelt wurde, so war diese Zahl bestimmt nicht größer als die Zahl der letztlich nach den Umsiedlungen doch im Lande verbliebenen Deutschen, die man auf etwa 500 schätzen kann⁴⁾.

Von den Baltendeutschen in Estland lebte im Jahre 1934 der weit überwiegende Teil (84 vH) in den Städten, besonders in den großen Städten; in Reval wurden 6575, in Dorpat 2706 Deutsche gezählt. Dem Deutschtum auf dem Lande war durch die Güterenteignung die materielle Basis gänzlich entzogen. In Estland gab es nur zwei kleinere deutsche Bauernsiedlungen: Heimthal (250 Deutsche) und Wissust.

Infolge Überalterung, Frauenüberschuß und Geburtenrückgang hatte die deutsche Volksgruppe im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1939 einen Sterbefallüberschuß von 10 aT der Bevölkerung, der absoluten Zahl nach etwa 160 Personen jährlich.

In den letzten fünf Jahren vor der Umsiedlung (1934—1939) verringerte sich demnach allein durch ungünstige natürliche Bevölkerungsentwicklung die Zahl der Deutschen um 900. Daneben fand gerade in diesen Jahren eine ständige Abwanderung von Baltendeutschen in das Deutsche Reich statt, wo sich ihnen weit günstigere Fortkommensmöglichkeiten boten.

Trotz dieser Abnahme ist für den 1. September 1939, entsprechend den Umsiedlerzahlen, mit Sicherheit mit einer deutschen Bevölkerungszahl in Estland von rund 17 000 zu rechnen.

2. Die deutsche Bevölkerung in Lettland am 1. September 1939

Gleich dem nördlicher gelegenen Estland entstand im Jahre 1918 die Republik Lettland. Das Staatsgebiet setzte sich zusammen aus der früheren russischen Provinz Kurland, den vier südlichen Kreisen der Provinz Livland sowie den drei westlichen Kreisen der Provinz Witebsk.

Bis zur Umsiedlung der deutschen Volksgruppe aus Lettland im Jahre 1939 fanden vier amtliche Volkszählungen⁵⁾ statt.

Die Bevölkerung Lettlands 1920 bis 1935

Jahr	Gesamtbevölkerung	Deutsche	
		Anzahl	vH
1920	1 596 131	58 133	3,6
1925	1 844 805	70 964	3,8
1930	1 900 045	69 855	3,7
1935	1 950 502	62 144	3,2

Etwas höher ist der Anteil der Deutschen, wenn man die östlichen Landesteile Lettgallen und den Kreis Illukst ausklammert, die, historisch gesehen, nicht zum eigentlichen deutsch-baltischen Siedlungsgebiet gehörten und in denen nur ganz verstreut einige Deutsche lebten: 1935 wurden dort nur 1061 Deutsche gezählt. Auf den restlichen Teil Lettlands bezogen, betrug der Anteil der Deutschen:

1881	11,3 vH
1925	5,6 vH
1935	4,6 vH

Danach ist der Bevölkerungsanteil der Deutschen in Lettland etwas höher als in Estland. Es ist jedoch in gleicher Weise ein erheblicher zahlenmäßiger Rückgang festzustellen. Besonders schwer waren die Kriegs- und Revolutionsverluste, die nicht nur die absolute Zahl der Deutschen verminderten, sondern auch die biologische Struktur der Volksgruppe stark veränderten.

Überalterung und Frauenüberschuß wirkten sich in geringerer Geburtenzahl aus. Des weiteren haben die nationalen Mischehen dazu beigetragen, den Bestand des Deutschtums zu verringern. Seit 1930 nahm die Zahl der Deutschen durch Sterbefallüberschuß, Abwanderung und Übergang zu fremdem, vorwiegend lettischem Volkstum jährlich um etwa 1500 Personen ab.

Hinsichtlich der Gliederung in Stadt- und Landbevölkerung sind die Verhältnisse bei den Deutschen Lettlands denen in Estland sehr ähnlich. So lebten 1935 allein 51 106 in den Städten (82 vH) und nur 11 038 Deutsche auf dem Lande. Allein 38 523 Deutsche lebten in Riga = 10 vH der Bevölkerung (1881 lebten in Riga 66 775 Deutsche = 40 vH der Bevölkerung).

Deutsche Bauern gab es früher, außer in der Siedlung Hirschenhof, fast gar nicht. Erst nach der Revolution von 1905 versuchten die Deutschen zielbewußt, deutsche Bauernfamilien aus Wolhynien in Kurland anzusiedeln. Bis 1914 kamen so 20 000 Deutsche ins Land. Nach dem Weltkrieg wurden diese deutschen Siedler zu einem großen Teil durch das deutschfeindliche lettische Staatsangehörigkeitsgesetz wieder zur Auswanderung gezwungen. Der deutsche Grundbesitz wurde durch die Güterenteignung zerschlagen und damit dem Deutschtum auf dem Lande fast völlig die Lebensgrundlage entzogen.

Für die Zuverlässigkeit der Angaben der lettischen Volkszählungen hinsichtlich der Aufgliederung nach der Volkszugehörigkeit gilt dasselbe wie für die estnischen Zählungen. Aus nationalistischen Gründen wurden manche Deutsche als Letten gezählt, besonders solche, die mit einem lettischen Ehepartner verheiratet waren. Dadurch dürften in der amtlichen lettischen Statistik 4000—5000 Deutsche nicht als solche gezählt worden sein⁶⁾. Diese Annahme wird durch die deutschen Umsiedlerzahlen in den Jahren 1939 und 1941 voll bestätigt.

Nach der amtlichen lettischen Statistik würde bei einer gleichbleibenden Abnahme von 1935 bis 1939 die Zahl der Deutschen nur noch 46 000 betragen haben; tatsächlich sind jedoch aus Lettland 64 000 Deutsche umgesiedelt worden. Selbst, wenn man annimmt, daß darunter etwa 3000 Personen fremder Volkszugehörigkeit bzw. nur entfernt Deutschstämmigen waren, denen Gelegenheit gegeben wurde, das Land zu verlassen, sind 61 000 Deutsche umgesiedelt worden. Bei Berücksichtigung der nach der Umsiedlung im Lande verbliebenen Deutschen, die man auf 2000 schätzen kann, geben die Umsiedlerzahlen für Lettland zum 1. September 1939 eine deutsche Bevölkerung von rund 63 000 an. Die Zahl von 2000 in Lettland verbliebenen Deutschen beruht auf Feststellungen der Leitung der Heimatortskartei, welche diese Personen zum Teil sogar namentlich erfaßt hat.

3. Die deutsche Bevölkerung in Litauen am 1. September 1939

In Litauen, dem dritten und südlichsten der baltischen Staaten, hat in der Zeit seines Bestehens von 1918 bis 1940 nur eine amtliche Volkszählung stattgefunden. Diese Volkszählung vom 17. September 1923 umfaßte Litauen ohne das Memelge-

biet und ohne das damals wieder von Polen annektierte Wilnagebiet. Nach dieser Volkszählung von 1923 betrug die Zahl der Deutschen bei einer Gesamtbevölkerung von 2021 792 Einwohnern $29231 = 1,4 \text{ vH}$.

Es ist erwiesen, daß diese Zahlenangaben für die deutsche Volksgruppe in Litauen ebenso, wie auch für die anderen Volksgruppen in Litauen, zu niedrig waren. Litauen war bestrebt, den Anteil des litauischen Volkes an der Gesamtbevölkerung möglichst groß erscheinen zu lassen. Dieses Bestreben führte zu Protesten im litauischen Parlament, worauf die Zahl der Deutschen von 23973 einfach auf 29231 heraufgesetzt wurde, ohne daß eine Nachzählung vorausgegangen wäre. Doch auch die nachträglich erhöhte Zahl stimmt bei weitem nicht, wie ein Vergleich der nationalen und der konfessionellen Gliederung der Bevölkerung zeigt.

Die litauische Volkszählung vom 17. September 1923 ergab 66578 Lutheraner und 10678 Reformierte. Während die Reformierten fast durchweg Angehörige der reformierten lettischen Gemeinde in Birsen sind, waren nach Angaben lutherischer Pfarrer von den 66578 Lutheranern höchstens je 12000 evangelische Letten und evangelische Litauer, die übrigen jedoch Deutsche.

Die Deutschen waren zu 98 vH lutherisch, zu 0,7 vH reformiert und nur zu 0,7 vH katholisch. Die Litauer dagegen waren zu 98 vH Katholiken. Die Korrektur der Zahl der Deutschen mit Hilfe der konfessionellen Gliederung der Bevölkerung ergibt für das Jahr 1923 eine Zahl von 43000 Deutschen⁷⁾.

Die Gliederung der deutschen Volksgruppen nach Kreisen (vgl. Tabellenteil) läßt erkennen, daß die Zahl der Deutschen in den, der deutschen Grenze benachbarten Kreisen am höchsten ist.

Ebenso wie bei den deutschen Volksgruppen in Estland und Lettland ist in Litauen die Zahl der Deutschen durch den Ersten Weltkrieg erheblich zurückgegangen. Einem Bericht der Deutschen Militärverwaltung in Litauen vom Jahre 1916 zufolge ergab eine Nationalitätenzählung, daß im früheren Gouvernement Kaun (Kowno) etwa 60 vH der deutschen Wohnbevölkerung fehlten. Sie waren von den Russen evakuiert worden und sind nach Beendigung des Krieges nur zum Teil wieder zurückgekehrt⁸⁾.

Die wirtschaftliche Verelendung trieb bereits vor dem Ersten Weltkrieg viele deutsche Bauern aus Litauen zur Auswanderung. Im Jahre 1904 wanderten z. B. 3000 deutsche Bauern nach Brasilien aus.

Die Struktur des Deutschtums in Litauen wird dadurch gekennzeichnet, daß nach der Volkszählung von 1923 auf dem Lande 58,1 vH, in den Flecken 7,2 vH und in den Städten nur 34,7 vH der deutschen Bevölkerung lebten. Die Litauendeutschen hatten demnach, im Gegensatz zu den Deutschen in Estland und Lettland, einen gesunden biologischen Aufbau und dementsprechend eine günstige natürliche Bevölkerungsentwicklung.

Nach der amtlichen litauischen Statistik betrug der Geburtenüberschuß der Deutschen 1928 (ohne das Memelgebiet) 10,4 aT; in den folgenden Jahren betrug der Geburtenüberschuß der Deutschen Litauens einschließlich der etwas geburtenärmeren Memeldeutschen:

1929	5,0 aT
1930	6,4 aT
1931	5,8 aT
1932	6,4 aT
1933	7,8 aT

Für die Deutschen Litauens (ohne Memelgebiet) kann somit ein Geburtenüberschuß von 8 bis 9 aT angenommen werden. Die natürliche Bevölkerungszunahme würde somit in den 16 Jahren von 1923 bis 1939 rund 6500 betragen haben.

Selbst wenn man diese Bevölkerungszunahme berücksichtigt, zeigt die Statistik der deutschen Umsiedlung im Jahre 1941, daß die Volkszählung von 1923 den tatsächlichen Bestand des Deutschtums um etwa 15 000 zu gering angegeben hat. Auf Grund des Umsiedlungsvertrages vom 10. Januar 1941 wurden aus Litauen insgesamt 52 870 Personen umgesiedelt. Spätere Erhebungen ergaben, daß hiervon nur 811 Personen einwandfrei nichtdeutscher Volkszugehörigkeit waren, während alle anderen ihre deutsche Abstammung nachweisen konnten.

Bei Berücksichtigung dieser Angaben der Umsiedlungsstatistik kann der Bestand der deutschen Volksgruppe in Litauen am 1. September 1939 mit 51 500 berechnet werden.

4. Die deutsche Bevölkerung im Memelgebiet am 1. September 1939

Das Memelgebiet mit der Stadt Memel, einer Gründung des Livländischen Zweiges des Deutschen Ordens, hat nie zu Litauen gehört, sondern seit dem 13. Jahrhundert zum Deutschen Ordensstaat, später zu Preußen und Deutschland, ehe es auf Grund der Bestimmungen des Versailler Diktats vom Deutschen Reiche abgetrennt wurde.

Nach dreijähriger französischer Besatzungszeit wurde das Memelgebiet am 10. Januar 1923 von den Litauern besetzt und ohne Volksabstimmung am 14. März 1924 von den Alliierten Litauen zugesprochen. Die Alliierten beriefen sich bei ihrer Entscheidung auf das Vorhandensein einer bedeutenden litauischen Mehrheit, vor allem in den drei Landkreisen Memel, Heydekrug und Pogegen.

16 Jahre lang gehörte das Memelgebiet zu Litauen. Es hatte wohl eine gewisse Autonomie und einen eigenen Landtag. Die deutsche Bevölkerung war jedoch mancher Benachteiligung und Unterdrückung (Ausnahmezustand) ausgesetzt, die zu einer Abwanderung einer größeren Zahl von deutschen Einwohnern führte. Erst am 22. März 1939 kam das Memelgebiet durch einen Vertrag zwischen Deutschland und Litauen wieder zum Deutschen Reich zurück.

Durch diesen Besitzwechsel des Landes haben dort weder die litauische Volkszählung vom 17. September 1939 noch die allgemeine deutsche Volkszählung vom 17. Mai 1939 stattgefunden.

Zur Klärung der Volkstumsverhältnisse im Memelgebiet ist es daher erforderlich, neben der litauischen Zählung von 1925, die speziell nur im Memelgebiet durchgeführt wurde, die Ergebnisse der früheren deutschen Volkszählungen vom 1. Dezember 1910 und vom 30. September 1920 sowie die Ergebnisse der Wahlen zum Memeländischen Landtag mit heranzuziehen.

Die älteren deutschen Volkszählungen benutzten zur Feststellung der „Volkszugehörigkeit“ die Muttersprache. Von den 141 238 Einwohnern des späteren Memelgebietes haben im Jahre 1910 als ihre Muttersprache angegeben:

Deutsch	73 809	52,3 vH
Litauisch	67 138	47,5 vH
Polnisch	126	0,1 vH
eine andere Sprache	165	0,1 vH

Nach der Religionszugehörigkeit ergab sich im gleichen Jahr nachstehende Gliederung der Bevölkerung:

Evangelische	133 330
Römisch-Katholische	5 403
Israeliten	1 361
andere Religionszug.	1 144

Bei der Zählung vom 30. September 1920, als das Memelgebiet bereits von französischen Truppen besetzt war, gaben von den damals 140 746 Einwohnern als ihre Muttersprache an:

Deutsch	71 156	50,5 vH
Litauisch	67 239	47,8 vH
Polnisch/Masurisch	132	0,1 vH
andere und unbekannt	2 199	1,6 vH

Nach diesen beiden deutschen Volkszählungen von 1910 und 1920 hat etwas weniger als die Hälfte der Memelländer Litauisch als ihre Muttersprache angegeben. Die Angabe der litauischen Muttersprache darf jedoch keineswegs mit litauischer Volkszugehörigkeit bzw. mit dem politischen Bekenntnis zum Litauertum gleichgesetzt werden. Durch Generationen zum Deutschen Reich gehörend, dazu evangelisch-lutherischer Konfession, empfanden und rechneten sich diese Einwohner des Memelgebietes ganz zum deutschen Kulturkreis, trotz ihrer litauischen Muttersprache, die sich mehr als ein provinzieller Dialekt erhalten hatte. Mit den sogenannten Großlitauern jenseits der Grenze jedenfalls hatten sie nichts gemeinsam. Vielmehr unterschieden sie sich durch Lebensart und Lebensstandard, Kulturniveau und Glaubensbekenntnis sehr wesentlich von ihnen. Der beste Beweis, daß sich bis auf ganz geringe Ausnahmen die Bevölkerung des Memelgebietes, auch die Personen litauischer Umgangssprache, zum Deutschtum bekannte und deutsch empfand, sind die Wahlergebnisse in der Zeit der Zugehörigkeit des Landes zu Litauen (siehe Ausführungen Seite 231).

Die von der litauischen Verwaltung im Memelgebiet am 20. Januar 1925 durchgeführte Zählung bietet keine zuverlässigen und objektiven Angaben über die Aufgliederung der Bevölkerung nach der Volkszugehörigkeit, denn zur Verschleierung des deutschen Charakters der Bevölkerung wurde als neuer Volkstumsbegriff der des „Memelländers“ eingeführt. Es wurden also neben Litauern und Deutschen auch Memelländer gezählt. Die Litauer operierten dann mit der Zahl der „Memelländer“ so, wie wenn es sich hier eher um Litauer als um Deutsche handeln würde.

Der Wert dieser litauischen Zählung ist demnach hinsichtlich der Volkszugehörigkeit der Bevölkerung recht problematisch; sie vermittelt kein richtiges Bild.

Gliederung der Bevölkerung des Memelgebietes nach der Volkszugehörigkeit am 20. Januar 1925:

Deutsche	61 630	43,5 vH
„Memelländer“	35 666	25,2 vH
Litauer	39 080	27,6 vH
andere und unbekannt ..	5 269	3,7 vH
Insgesamt	141 645	100 vH

Die sogenannten „Memelländer“ dieser litauischen Zählung wird man aus den bereits genannten Gründen mit Fug und Recht der Zahl der Deutschen zurechnen dürfen. Wenn diese „Memelländer“ auch nur ein Merkmal litauischen Volkstums aufzuweisen, bzw. sich auf irgendeine Weise zum litauischen Volkstum bekannt hätten, würde sie die litauische Statistik gewiß als Litauer gezählt haben. Vermutlich ist sogar der Anteil der Litauer mit 27 vH noch zu hoch angegeben. (Vgl. hierzu

die Ausführungen über die Fehler der allgemeinen litauischen Volkszählung von 1923 auf Seite 216.) Im Jahr 1925 dürfte der Anteil der nach der Einverleibung des Memelgebietes zugezogenen Großlitauer allenfalls 10 vH der Gesamtbevölkerung betragen haben, d. h. 14000—15000 Personen, vorwiegend litauische Beamte und deren Familien. Die übrigen 17 vH „Litauer“ setzten sich vermutlich aus Personen zusammen, die sich aus Opportunismus als Litauer bezeichneten, bzw. die wegen ihrer litauisch klingenden Namen als Litauer gezählt wurden. Jedenfalls bringt selbst die in dieser Hinsicht sehr großzügige litauische Statistik nicht mehr als 27 vH Litauer im Memelgebiet zusammen.

Aufschlußreicher als die litauische Zählung von 1925 sind die Wahlergebnisse im Memelgebiet während der Zeit der Zugehörigkeit des Landes zu Litauen, die eindrucksvoll den deutschen Charakter des Landes widerspiegeln. Bei den Wahlen zum Memelländischen Landtag erhielten die deutschen Parteien stets mindestens $\frac{4}{5}$ aller Stimmen⁹⁾.

Wahlergebnisse zum Memelländischen Landtag

Zeitpunkt	Abgegebene Stimmen					
	insgesamt	davon für die				
		deutschen Parteien		litauischen Parteien		
		Anzahl	vH	Anzahl	vH	
19. Oktober 1925	62 517	58 756	94,0	3 761	6,0	
30. August 1927 . .	54 756	45 968	84,0	8 788	16,0	
10. Oktober 1930	49 630	40 813	82,0	8 817	18,0	
4. Mai 1932	65 767	53 128	80,8	12 639	19,2	
29./30. Sept. 1935	67 657	54 917	81,2	12 740	18,8	
11. Dezember 1938	72 247	62 986	87,2	9 261	12,8	

Die Wahlergebnisse während der ganzen 16 Jahre der litauischen Herrschaft im Memelgebiet zeigen eindeutig, daß sich jeweils nur 12 bis 18 vH der Bevölkerung, verschieden je nach Wahlbeteiligung, für die litauischen Parteien (einschließlich der Kommunisten) und damit für den litauischen Staat entschieden. Es sind dies nur wenig mehr als die Zahl der nach 1923 zugewanderten Großlitauer ausmacht, obwohl der litauische Staat natürlich mit allen Mitteln die litauischen Parteien zu fördern trachtete. Zu den deutschen Parteien und damit zum Deutschtum bekannten sich mit ganz geringen Ausnahmen also auch die Memelländer, die 1910 und 1920 als Personen mit litauischer Muttersprache gezählt wurden.

Wahlergebnisse im Memelgebiet im Jahre 1938 nach Kreisen

Kreis	Abgegebene gültige Stimmen				
	insgesamt	davon entfielen auf die			
		deutschen Parteien		litauischen Parteien	
		Anzahl	vH	Anzahl	vH
Stadtkreis Memel	24 472	19 883	81,2	4 589	18,8
Landkreis Memel	12 922	11 197	86,7	1 725	13,3
Landkreis Heydekrug	16 862	15 654	92,8	1 208	7,2
Landkreis Pogegen	17 991	16 252	90,3	1 739	9,7

Die Einwohner des Memelgebietes, die z. T. litauische Namen tragen und Litauisch früher als ihre Muttersprache angegeben hatten, haben sich jedenfalls auch weiterhin in ihrer überwiegenden Mehrheit eindeutig zum Deutschtum bekannt¹⁰⁾. Dieses Bekenntnis hatte um so mehr Gewicht, als es in der Zeit der Zugehörigkeit des Memelgebietes zum litauischen Staat abgegeben wurde.

Aus der Darstellung der Ergebnisse der Volkszählungen und der Wahlen im Memelgebiet wird ersichtlich, wie schwierig es in diesem Grenzraum ist, genaue Zahlen für die Gliederung der Bevölkerung nach dem Volkstum anzugeben. Diese Schwierigkeit macht eine in jeder Hinsicht objektive Beurteilung der Verhältnisse kaum möglich.

Bei vorsichtiger Beurteilung des zur Verfügung stehenden Zahlenmaterials der Volkszählungen und der Wahlergebnisse wird in folgender Übersicht der Versuch gemacht, die Gliederung der Bevölkerung des Memelgebietes nach dem Volkstum und deren Veränderung wiederzugeben. Die Zahlen beruhen teilweise auf Schätzungen.

**Die Bevölkerung des Memelgebietes nach der Volkszugehörigkeit
in 1000**

Zeit	Gesamtbevölkerung	Deutsche	Einheimische Memellitauer	Zugewanderte Großlitauer
30. September 1920	140,7	116,0	22,4	—
25. Januar 1925	141,5	102,7	24,8	14,2
1939 vor dem Anschluß . .	154,0	103,0	25,0	26,0
1939 nach dem Anschluß . .	150,0	118,0	24,0	8,0
10. Oktober 1941	134,0	112,0	22,0	—

Zu vorstehender Übersicht ist noch folgendes zu bemerken:

Die Zahl der Deutschen setzte sich 1920 aus den Einwohnern deutscher Muttersprache und $\frac{2}{3}$ der Einwohner litauischer Muttersprache zusammen. Die Annahme, daß höchstens $\frac{1}{3}$ der Einwohner litauischer Muttersprache stärker zum litauischen Volkstum tendiere, wird durch die späteren Wahlergebnisse bestätigt. Bei den Wahlen hat sogar dieses Drittel bis auf geringe Ausnahmen die deutschen Parteien gewählt und sich damit zum Deutschtum bekannt.

Für 1925 entspricht bei gleicher Annahme die sich so ergebende Zahl der Litauer sogar genau dem bei der litauischen Volkszählung von 1925 bestimmt sehr hoch berechneten litauischen Bevölkerungsstand von 27,6 vH.

Von 1920 bis 1925 hat die Zahl der Deutschen durch Abwanderung um 17 000 abgenommen, um dann bis 1939 durch natürliche Bevölkerungszunahme (Geburtenüberschuß) um 3000 wieder zuzunehmen. Nach dem Wiederanschluß des Gebietes an Deutschland stieg die Zahl der Deutschen sofort wieder um 15 000.

Die für 1920 mit 22 000 angenommene Zahl der einheimischen Litauer hat durch den Geburtenüberschuß eine geringe Zunahme erfahren. Die Zahl der zugewanderten Litauer, der sogenannten Großlitauer, stieg seit dem Anschluß des Gebietes an Litauen bis zum Jahre 1939 auf 26 000; darunter befand sich auch eine größere Zahl litauischer Juden. Vor und nach der Rückgliederung des Gebietes an das Deutsche Reich wanderten diese Litauer größtenteils wieder ab. Im Frühjahr 1941 wurde der

verbliebene Rest auf Grund des Umsiedlungsvertrages nach Litauen ausgesiedelt, zusammen mit einigen einheimischen Litauern, die sich eindeutig als Litauer bekannt hatten.

Die Einwohnerzahl von 1941 ergibt sich auf Grund der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober 1941 und kann unter Berücksichtigung der inzwischen veränderten Kreisgrenzen errechnet werden.

Einwohnerzahl des Memelgebietes am 10. Oktober 1941

Stadtkreis Memel	41 297	
Landkreis Memel	27 752	
Landkreis Heydekrug	41 083	(ohne 155 Einwohner der Gemeinde Elchenried und 354 Einwohner der Gemeinde Skirwiet des Landkreises Elchniederung)
Landkreis Pogegen . . .	23 902	(einschl. 637 Einwohner der Gemeinde Übermemel, die seit Oktober 1939 zum Stadtkreis Tilsit gehört)
<hr/>		
134 034		

Die Abnahme im Vergleich zum 1. September 1939 erklärt sich einmal durch Aussiedlung der letzten Litauer und zum anderen durch die inzwischen erfolgten Einberufungen zur deutschen Wehrmacht.

Zum 1. September 1939 kann für das Memelgebiet mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 150 000 Personen gerechnet werden. Darunter waren noch 8 000 Litauer (Großlitauer), die in der Zeit der litauischen Herrschaft zugewandert waren und die bis zum Frühjahr 1941 aus dem Memelgebiet ausgesiedelt wurden.

Der Aufgliederung der einheimischen Bevölkerung des Memelgebietes für das Jahr 1939 in 118 000 Deutsche und 24 000 litauische Memelländer liegt die Annahme zugrunde, daß damals höchstens 24 000 Einwohner nach Sprache und Abkunft nicht ohne weiteres zum Deutschtum gerechnet werden können. Die Unterscheidung bezieht sich nur auf Abkunft und Muttersprache und trat nach der Rückgliederung in keiner Weise praktisch in Erscheinung. Alle Memelländer erhielten ohne irgendwelche Beschränkung auch sogleich wieder die deutsche Staatsangehörigkeit.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung in den baltischen Staaten und im Memelgebiet vom 1. September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Für die Ermittlung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung der deutschen Volksgruppen der baltischen Staaten und des Memelgebietes vom 1. September 1939 bis zum Zusammenbruch im Mai 1945 stehen keinerlei amtliche Unterlagen zur Verfügung. In diesen Zeitraum fällt für die deutschen Volksgruppen der drei baltischen Staaten die Umsiedlungsaktion in das Deutsche Reich bzw. in die damals neu erworbenen Ostgebiete. Die baltendeutschen Volksgruppen verlieren mit diesem Zeitpunkt ihren bisherigen Charakter als deutsche Volksgruppen im Ausland und gehen im großen deutschen Volkskörper auf. Sie führen kein Eigenleben mehr in einem fremden Staat und somit gibt es keine amtliche Statistik, die ihre natürliche Bevölkerungsentwicklung gesondert beobachten und erfassen würde.

Man kann daher die Bevölkerungsentwicklung in diesen 5½ Jahren, die zudem Kriegsjahre sind, nur an Hand der statistischen Zahlen der früheren Jahre errechnen, d. h. entsprechend der bisherigen Entwicklung unter Berücksichtigung von Altersaufbau, Frauenüberschuß und Geburtenhäufigkeit.

1. Bevölkerungsentwicklung der deutschen Volksgruppe Estlands in der Zeit vom 1. September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung der kleinen deutschen Volksgruppe Estlands kann in den 5½ Jahren vom 1. September 1939 bis Ende 1944 nur auf Grund der Zahlen für die Jahre vor der Umsiedlung errechnet werden.

Am 15. Oktober 1939 wurde zwischen dem Deutschen Reich und Estland ein Umsiedlungsvertrag unterzeichnet, auf Grund dessen die deutsche Bevölkerung Estlands nach Deutschland umgesiedelt wurde. Ein später am 10. Januar 1941 zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossener Vertrag regelte die Nachumsiedlung der letzten, noch in Estland verbliebenen Deutschen.

Die umgesiedelten Baltendeutschen aus Estland und Lettland wurden zu 74 vH im Warthegau und in Westpreußen angesiedelt, wo sie, zusammen mit den dort ansässigen Deutschen und anderen deutschen Umsiedlergruppen, eine neue deutsche Bevölkerung zu bilden begannen. Nach dem Zusammenbruch erlitten die Baltendeutschen gemeinsam mit den anderen Deutschen der Ostgebiete das schwere Schicksal von Flucht und Vertreibung.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung hatte sich bei den Deutschen Estlands durch die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges besonders ungünstig entwickelt. Das gilt vor allem für das Jahrzehnt vor der Umsiedlung. Schwere Kriegsverluste, Abwanderung nach Deutschland und Verstädterung durch die rigorose Güterenteignung bewirkten eine starke Überalterung der Bevölkerung und einen unvorstellbar hohen Frauenüberschuß (1500 Frauen auf 1000 Männer). Hinzu kam wegen des Fehlens der materiellen Voraussetzung zur Eheschließung ein spätes Heiratsalter und ein hoher Hundertsatz von Ledigen. Diese Umstände verstärkten den Geburtenrückgang. So wies die deutsche Volksgruppe einen wachsenden Sterbefallüberschuß auf. Auch die häufigen nationalen Mischehen verringerten den Bestand, denn Kinder aus nationalen Mischehen gingen dem Deutschtum vielfach verloren.

Im Durchschnitt der letzten Jahre vor der Umsiedlung 1935—1939 hatten die Deutschen Estlands einen Sterbefallüberschuß von fast 9 aT¹¹).

Der im Zeitraum von 1922 bis 1934 feststellbare Rückgang der deutschen Bevölkerungszahl von 18319 auf 16346 war neben der Abwanderung eine Folge der ungünstigen natürlichen Bevölkerungsbewegung.

Nun gab die Umsiedlung den Baltendeutschen gerade in den ersten Jahren einen erheblichen Auftrieb. Günstige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit und Zukunftshoffnung führten zu einem starken Anstieg der Eheschließungen und der Geburten. Es ist aber trotzdem in diesen Jahren allenfalls zu einem Ausgleich der Geburten und Sterbefälle gekommen, jedoch vermutlich kaum zu einer Bevölkerungszunahme, zumal in den letzten Kriegsjahren durch Einberufung vieler Männer wieder eine Abnahme der Geburten eintrat.

Bei vorsichtiger Beurteilung wird man daher für die Zeit vom 1. September 1939 bis Ende 1944 mit einer Abnahme der Zahl der Deutschen aus Estland von 500 rechnen müssen, ohne daß hierbei die Kriegsverluste berücksichtigt wurden.

Erwähnt muß weiter werden, daß andererseits die Zahl der in den Ostgebieten angesiedelten Baltendeutschen durch den Zuzug solcher ehemaliger Angehöriger der

Volksgruppe verstärkt wurde, die bereits in den früheren Jahren nach Deutschland ausgewandert waren. Dieser Zugang kann jedoch bei der Bilanz nicht berücksichtigt werden, da diese Baltendeutschen im Jahre 1939 bereits im Reich lebten.

Ende 1944 dürfte demnach — ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste — die Zahl der Deutschen aus Estland 16500 betragen haben.

2. Bevölkerungsentwicklung der deutschen Volksgruppe Lettlands in der Zeit vom 1. September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe in Lettland erfolgte auf Grund des Staatsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Lettland vom 30. Oktober 1939 und auf Grund des Nachumsiedlungsvertrages vom 10. Januar 1941. Ebenso wie in Estland verließ die deutsche Volksgruppe in Lettland bis auf einen kleinen Rest geschlossen ihre Heimat und wurde vorwiegend im Warthegau und Westpreußen angesiedelt.

Die biologische Struktur der deutschen Volksgruppe in Lettland war durch die Weltkriegsverluste, durch Abwanderung und Verstärkung als ungesund gekennzeichnet. Die Folgen: Überalterung, Frauenüberschuß und Geburtenrückgang zehrten am Bestande der Volksgruppe ebenso wie die häufigen nationalen Misch-ehen.

Für die natürliche Bevölkerungsentwicklung der deutschen Volksgruppe Lettlands zwischen dem 1. September 1939 und Ende 1944 gilt somit im ganzen das Gleiche wie für die Deutschen Estlands. Die Geburtenziffer lag in den letzten Jahren vor der Umsiedlung bei 12 aT, der Sterbefallüberschuß betrug im Durchschnitt 5 aT¹²).

Nach der Ansiedlung im Deutschen Reich trat bei der deutschen Volksgruppe Lettlands ebenso wie bei den Estlanddeutschen ein erheblicher wirtschaftlicher Aufschwung und eine Belebung der natürlichen Bevölkerungsbewegung ein. Es ist jedoch trotzdem in diesen 5½ Jahren mit einer Abnahme der Zahl der Deutschen aus Lettland um etwa 1500 Personen zu rechnen. Der Geburtenanstieg in den Jahren 1939 bis 1942 konnte zwar die jährlichen Sterbeüberschüsse verringern, keineswegs sie aber völlig beseitigen.

Ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste betrug demnach die Zahl der Deutschen aus Lettland Ende 1944 etwa 61500, von denen der überwiegende Teil im Warthegau und in Westpreußen lebte. Nur etwa 20 vH fanden nach der Umsiedlung im Altreich und in ganz geringem Umfang in Österreich eine neue Existenz.

3. Bevölkerungsentwicklung der deutschen Volksgruppe Litauens in der Zeit vom 1. September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die litauendeutsche Volksgruppe wurde als letzte deutsche Gruppe des Baltikums in das Reich umgesiedelt. Grundlage der Umsiedlung war der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion vom 10. Januar 1941. Die Umsiedlungsaktion wurde von Mitte Januar bis 25. März 1941 durchgeführt. Nach der amtlichen

Statistik siedelten 52870 Deutsche aus Litauen um. Eine spätere Nachumsiedlung wie aus Estland und Lettland hat es nicht gegeben. Die Litauendeutschen wurden ebenfalls zu einem großen Teil (57,2 vH), wie vordem die Baltendeutschen aus Estland und Lettland, im Warthegau und in Westpreußen angesiedelt. Die übrigen, etwa 22000 Personen, wurden im Altreich verteilt angesetzt.

Entsprechend dem gesunden biologischen und sozialen Aufbau sowie dank des großen Anteils der Landbevölkerung (1923: 58 vH), wies die litauendeutsche Volksgruppe eine sehr viel günstigere natürliche Bevölkerungsentwicklung auf als die Volksgruppen aus Estland und Lettland. Wenn auch für die Zeit nach Kriegsbeginn für die Deutschen Litauens keine statistischen Unterlagen über die Zahl der Geburten- und Sterbefälle vorliegen, so läßt sich die Entwicklung aus den Zahlen für die Vorjahre sicher ableiten. Im Durchschnitt der Jahre 1937—1939 hatte die deutsche Volksgruppe in Litauen einen Geburtenüberschuß von 8 aT aufzuweisen¹³⁾.

Man kann annehmen, daß die natürliche Bevölkerungsentwicklung vom 1. September 1939 bis Ende 1944 zunächst gleich blieb. In den letzten zwei Kriegsjahren dürfte jedoch durch Einberufungen der Geburtenüberschuß mindestens um die Hälfte zurückgegangen sein. Es ergibt sich demnach für die Deutschen Litauens in dieser Zeit eine natürliche Bevölkerungszunahme von rund 1700 Personen.

Ohne Kriegsverluste betrug demnach die Zahl der Deutschen aus Litauen Ende 1944 etwa 53200.

4. Bevölkerungsentwicklung der Deutschen des Memelgebietes in der Zeit vom 1. September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Deutschen des Memelgebietes ist auf Grund amtlicher Angaben¹⁴⁾ für die Zeit vom 1. September 1939 bis zur Jahresmitte 1944 genau verfolgbar. Die entsprechenden Zahlen für die zweite Jahreshälfte 1944 mußten durch Schätzung gewonnen werden. Die mittlerweile eingetretenen Kriegsverluste wurden in nachstehender Zusammenstellung noch nicht berücksichtigt.

Der natürliche Bevölkerungszuwachs im Memelgebiet vom 1. September 1939 bis Ende 1944

in 1 000

Zeit (Jahr)	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuß
1. 9. —31. 12. 1939 ¹⁾	1,0	0,7	0,3
1940	3,7	2,0	1,8
1941	3,8	2,3	1,5
1942	3,0	2,1	0,9
1943	3,4	2,1	1,3
1944/I. Hj.	1,8	1,2	0,6
1944/II. Hj. ²⁾	1,5	1,2	0,3
1. 9. 1939—31. 12. 1944	18,2	11,6	6,7

¹⁾ Anteilmäßig errechnet. — ²⁾ Geschätzt.

Somit läßt sich für die Zeit vom 1. September 1939 bis Ende 1944 für die deutsche Bevölkerung des Memelgebietes, die im Gegensatz zu den deutschen Volksgruppen der baltischen Staaten nicht umgesiedelt wurde, beim Vorstoß der sowjetischen Armeen jedoch bestrebt war, in die zunächst noch nicht bedrohten Gebiete zu fliehen, ein Geburtenüberschuß von rund 6700 errechnen. Dadurch ergibt sich für Ende 1944 ein deutscher Bevölkerungsstand von 124700 Personen.

Deutscher Bevölkerungsstand am 1. September 1939...	118 000
Natürliche Bevölkerungszunahme vom 1. September 1939 bis 31. Dezember 1944	6 700
Deutscher Bevölkerungsstand Ende 1944	124 700

Hierbei sind die Kriegsverluste der Bevölkerung nicht berücksichtigt.

Memeldeutsche Rückwanderer

Wie aus einem Vergleich der Zahlen von 1939 und der Angaben der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober 1941 hervorgeht, ist eine nennenswerte Zuwanderung aus dem Reich in das wieder eingegliederte Memelgebiet nach dem Kriegsbeginn am 1. September 1939 nicht mehr erfolgt. Die Bevölkerung hat vielmehr durch Einberufungen zum Wehrdienst schon wieder abgenommen. Eine beachtliche Einwanderung aus dem Reich, bzw. Rückwanderung von ehemaligen Memeldeutschen ist nur gleich nach dem Anschluß vom März 1939 bis zum Herbst 1939 festzustellen gewesen; der Zuwachs der deutschen Bevölkerung durch diese Wanderungsbewegung betrug rund 15000 Personen.

C. Die deutsche Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Aus der Untersuchung über den Stand der deutschen Bevölkerung in den baltischen Staaten und im Memelgebiet am 1. September 1939 und über den Bevölkerungszuwachs bzw. die Bevölkerungsabnahme in der Zeit vom 1. September 1939 bis Ende 1944 (vgl. A und B) ergibt sich für die inzwischen aus den baltischen Staaten in das Reich umgesiedelten Deutschen Ende 1944 ein Bevölkerungsstand von 131200 und für die Deutschen des Memelgebietes von 124700 Personen, zusammen 255900 Deutsche. In diesen Zahlen sind die Kriegsverluste noch nicht berücksichtigt.

Gegliedert nach Herkunftsgebieten, betrug die Zahl der Deutschen Ende 1944 (ohne Kriegsverluste) in

Estland	16 500 Deutsche
Lettland	61 500 Deutsche
Litauen	53 200 Deutsche
Baltendeutsche	131 200
Memeldeutsche	124 700
Balten- und Memeldeutsche insgesamt	255 900

Wie bereits erwähnt, beruhen obige Zahlen zum Teil auf Schätzungen, wobei die amtlichen Zahlen der früheren Jahre zugrunde gelegt werden.

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet

a) Wehrmachtssterbefälle

Zum Kriegsdienst in der Deutschen Wehrmacht wurden sowohl in das Deutsche Reich umgesiedelte Angehörige der Volksgruppen der drei baltischen Staaten als auch Einwohner des Memelgebietes eingezogen. Da die deutsche Volksgruppe aus Litauen erst im Frühjahr 1941 umgesiedelt wurde, erfolgte die Einberufung der Wehrfähigen erst später, so daß die Verluste dieser Volksgruppe relativ niedriger lagen. Dieser Umstand dürfte jedoch keinen wesentlichen Unterschied bedeuten, da die Kämpfe in den ersten Kriegsjahren bei weitem nicht so verlustreich waren wie in den letzten Kriegsjahren.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die wehrfähigen Einwohner des Memelgebietes nach der Rückgliederung an das Reich unterschiedslos eingezogen wurden, d. h., daß auch diejenigen Memelländer zum Waffendienst herangezogen wurden, die man nach ihrem Volkstumsbekenntnis als zum litauischen Volkstum gehörend betrachten muß.

Zur Feststellung der Zahl der deutschen Kriegsgefallenen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in den ehemaligen baltischen Staaten und im Memelgebiet hatten, fehlen entsprechende amtliche Unterlagen. Die vorhandenen Kriegstotenverzeichnisse der Deutschen Wehrmacht sind lückenhaft, zudem reichen sie auch nicht bis in das letzte Kriegsjahr. Vor allem sind sie auch nicht nach den Herkunftsgebieten der gefallenen oder verstorbenen Wehrmachtsangehörigen aufgegliedert.

Von den verschiedenen Versuchen, die deutschen Wehrmachtsverluste zahlenmäßig zu erfassen, hat die vom Statistischen Bundesamt im Jahr 1956 durchgeführte Untersuchung ohne Zweifel die bisher zuverlässigsten Ergebnisse gebracht. Die bei dieser Untersuchung angewandte Methode (vgl. Seite 15), die auf der Registrierung der Wehrmachtsvermißten, der Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen im März 1950 basiert, kann jedoch nicht ohne gewisse Einschränkungen auf die Balten- und Memeldeutschen übertragen werden.

Zunächst liegen die Registrierungsergebnisse für die Balten- und Memeldeutschen nur in einer Summe mit den entsprechenden Angaben für die Rußlanddeutschen vor. Man muß also zunächst die Angaben für die Rußlanddeutschen eliminieren, wobei nach der Stärke der Volksgruppen aufgeschlüsselt werden muß. Es ergibt sich dann für das Bundesgebiet eine Zahl von 6300 Wehrmachtsvermißten, Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen. Ihr Anteil an den bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet festgestellten Vertriebenen aus den baltischen Staaten und dem Memelland belief sich auf 5,9 vH. Wird dieser Prozentsatz nun entsprechend der Differenz zwischen den Vermißten und den Gefallenen aus dem Bundesgebiet um 40 vH erhöht, so erhält man 8,2 vH und eine Gefallenenzahl von rund 8800. Würde man die Gefallenenquote von 8,2 vH auf die Balten- und Memeldeutschen z. Z. des Kriegsbeginns umlegen, dann würden sich rund 20000 Wehrmachtstote errechnen. Diese Zahl scheint aber überhöht, weil der überwiegende Teil der deutschen Vertriebenen aus diesen Gebieten z. Z. der Volkszählung 1950 bzw. der Registrierung im Bundesgebiet lebte. Wenn auch im allgemeinen Doppelzählungen ausgeschaltet werden konnten, muß doch angenommen werden, daß auch eine größere Zahl Vermißter und Kriegsgefangener registriert worden ist, deren nächste Angehörige in

Ostberlin und der sowjetischen Besatzungszone ansässig waren oder noch in der Heimat lebten. Bei Berücksichtigung dieser Möglichkeit wird man aber immerhin noch mit einer Mindestzahl von 15 000 Wehrmachtstoten rechnen müssen, was einer Gefallenquote von 6,0 vH entspricht. Da diese Zahl auch durch die Auswertung der „Baltischen Totenschau von 1939 bis 1947“ von Adelheim¹⁶⁾ und durch andere Überlegungen¹⁸⁾ in etwa bestätigt wird, soll sie in der Bilanz eingesetzt werden. Die recht hohe Gefallenquote ist damit zu erklären, daß auch sehr viele Angehörige älterer Jahrgänge der Baltendeutschen wegen ihrer russischen Sprachkenntnisse zum Wehrdienst einberufen und zumeist als Dolmetscher verwendet wurden.

b) Kriegsverluste der Zivilbevölkerung

Noch schwieriger als die Feststellung der Wehrmachtssterbefälle ist es, die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung auch nur annähernd zu erfassen. Es handelt sich hierbei um die bei Luftangriffen Umgekommenen, um die große Zahl von Toten, die bei dem Untergang einer Anzahl großer Transportschiffe mit Flüchtlingen zu beklagen waren und um die zahlreichen Deutschen, die auf dem Treck, bei den Kampfhandlungen und beim Einmarsch der Roten Armee umkamen¹⁷⁾. Die wenigen persönlichen Erlebnisberichte, die über festgestellte Verluste vorliegen, bieten für diese Schätzung nur eine unsichere Grundlage.

Für die Deutschen aus Estland und Lettland ergab die Bearbeitung der erwähnten „Baltischen Totenschau“, daß etwa 3200 Angehörige der beiden Volksgruppen als Zivilpersonen auf der Flucht, bei Fliegerangriffen, bei Kampfhandlungen und beim Einmarsch der Russen den Tod fanden. Diese Zahl entspricht einer Quote von fast 4 vH der Bevölkerung. Es kann wohl angenommen werden, daß die Zivilverluste der Litauendeutschen und Memeldeutschen nicht viel geringer gewesen sind.

Zu den 15 000 Wehrmachtssterbefällen müßten demnach noch etwa 7600 Tote der deutschen Zivilbevölkerung hinzugerechnet werden, davon 4500 aus den baltischen Staaten und 3100 aus dem Memelgebiet.

c) Kriegsverluste insgesamt

Bei rund 15 000 Wehrmachtssterbefällen und etwa 7600 zivilen Opfern des Krieges ergibt sich für die deutschen Volksgruppen der baltischen Staaten und für die deutsche Bevölkerung des Memelgebietes folgende Übersicht:

Kriegsverluste der deutschen Volksgruppen

Deutsche Volksgruppe aus	Wehrmachts- sterbefälle	Zivile Kriegsopfer	Zusammen
Estland	1 000	700	1 700
Lettland	3 800	2 500	6 300
Litauen	3 100	1 300	4 400
Baltische Staaten	7 900	4 500	12 400
Memelgebiet	7 100	3 100	10 200
Insgesamt	15 000	7 600	22 600

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet Ende 1944

Ohne Berücksichtigung der Verschleppungs- und Vertreibungsverluste ergibt sich für die aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet stammenden Deutschen Ende 1944 folgender tatsächlicher Bevölkerungsstand.

Die deutsche Bevölkerung Ende 1944

Deutsche Volksgruppe aus	Angenommener Bevölkerungsstand ohne Kriegsverluste Ende 1944	Kriegsverluste	De-jure-Stand Ende 1944
Estland	16 500	1 700	14 800
Lettland	61 500	6 300	55 200
Litauen	53 200	4 400	48 800
Baltischen Staaten	131 200	12 400	118 800
Memelgebiet	124 700	10 200	114 500
Insgesamt	255 900	22 600	233 300

F. Die deutschen Vertriebenen aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet

Der Hergang der Flucht und der Vertreibung der Angehörigen der baltendeutschen Volksgruppen aus ihren, nach der Umsiedlung aus der Heimat neu zugewiesenen Siedlungsgebieten Westpreußen und Warthegau ist ein sehr unterschiedlicher gewesen.

Die Baltendeutschen waren in ihren neuen Siedlungsgebieten nicht geschlossen angesiedelt worden, sondern lebten über das ganze Land verstreut unter der übrigen deutschen Bevölkerung. In größeren Gruppen waren die Baltendeutschen nur in den Städten Posen, Lodz (Łódź) und Gdingen (Gdańsk) anzutreffen. Daraus erklärt es sich, daß die Baltendeutschen das gleiche Schicksal der Flucht und Vertreibung wie alle anderen Deutschen dieser Gebiete erlitten.

Einem großen Teil der Baltendeutschen gelang die Flucht noch vor dem Einrücken der Roten Armee mit Hilfe der normalen Verkehrsmittel oder in Trecks, obwohl in allen Fällen die Fluchtgenehmigung leider viel zu spät erteilt wurde. Infolge der dadurch eingetretenen Verzögerung gelang es einem Teil der deutschen Bevölkerung, und damit auch einem Teil der Baltendeutschen, nicht mehr, sich in Sicherheit zu bringen. Sie wurden an ihrem Wohnsitz überrascht oder auf dem Treck überrollt, im weiteren Verlauf entweder nach Rußland verschleppt oder später, nach längerer Notzeit in Arbeitslagern, von den Polen vertrieben.

Die Deutschen aus Westpreußen waren vielfach zur Flucht auf dem Seewege über Danzig und Gdingen (Gdańsk) gezwungen.

Die Flucht und Vertreibung der Deutschen des Memelgebietes aus ihrer Heimat begann bereits im August 1944, als ein Einbruch vorgeprellter sowjetrussischer

Truppen in das Memelgebiet einen Teil der deutschen Bevölkerung zu vorübergehender Flucht zwang. Die Besetzung des nördlichen Memelgebietes erfolgte im Zuge des russischen Angriffs vom 5. Oktober 1944, als die Heeresgruppe Nord in Kurland abgeschnitten wurde. Eine zweite russische Offensive begann am 16. Oktober 1944 und kam bis Gumbinnen. Damit fiel der östliche Teil Ostpreußens in russische Hand. Während die ostpreußische Bevölkerung sich damals größtenteils durch die Flucht retten konnte, ist nach einem Bericht des Stabschefs der 4. Armee Dethleff etwa ein Viertel der Memelländer den Russen in die Hände gefallen¹⁸). Ein großer Teil der Memeldeutschen wurde bei den im Herbst 1944 beginnenden Angriffen in das weiter westlich gelegene Hinterland evakuiert. Nur wenige setzten ihre Flucht nach Mittel- oder Westdeutschland fort, da damals noch allgemein angenommen wurde, daß die Heimat nur vorübergehend verlassen werden müsse.

Im weiteren Verlauf der Kampfhandlungen um Ostpreußen wurden die Memeldeutschen in die allgemeine Flucht und die spätere Vertreibung der Ostpreußen mit hineingerissen. Es läßt sich nur schwer abschätzen, wieviel Memelländern die Flucht nicht mehr rechtzeitig gelang. Der Teil der im Lande verbliebenen Memelländer, der den Nachweis litauischer Abstammung nicht erbringen konnte, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach von den Russen verschleppt worden sein.

Das Memelgebiet ist nach 1945 von der Sowjetunion der Sowjetrepublik Litauen angegliedert worden. Es ist anzunehmen, daß mancher Deutsche des Memelgebietes, als Litauer getarnt, in seiner Heimat verblieb.

Die deutsche Bevölkerung des Memelgebietes hat somit, bis auf den zeitlich etwas früheren Beginn der Flucht, im großen ganzen denselben Fluchtweg eingeschlagen und dabei relativ etwa gleich hohe Menschenverluste wie die Bevölkerung Ostpreußens erlitten¹⁹).

Die Volkszählung 1946

Die erste Volkszählung nach dem Kriege fand am 29. Oktober 1946 in allen vier Besatzungszonen und in Berlin statt. Bei dieser Zählung war auch die Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 gestellt worden.

Leider war es in den drei westlichen Besatzungszonen nicht möglich, die Vertriebenen nach dem Herkunftsland differenziert genug auszuzählen. So werden z. B. die Vertriebenen der drei baltischen Staaten und des Memelgebietes unter der allgemeinen Bezeichnung „Vertriebene aus der Sowjetunion“ geführt. In den Veröffentlichungen der Ergebnisse dieser Zählung findet sich lediglich die Angabe, daß in der britischen Besatzungszone 21 603 Vertriebene aus dem Memelland gezählt worden sind. Von diesen waren 21 301 evangelisch²⁰). Bei diesen Angaben handelt es sich um Mindestzahlen, weil in ihnen Zivilinternierte, Dienstgruppenangehörige und Flüchtlinge in Durchgangslagern nicht enthalten sind.

Für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands sind die Ergebnisse der Zählung von 1946 soweit gegliedert veröffentlicht, daß Zahlen für die Vertriebenen aus den drei baltischen Staaten und dem Memelgebiet vorliegen, jedoch nicht gesondert für jedes einzelne Herkunftsgebiet.

Die Zahl der Vertriebenen aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet in der sowjetischen Besatzungszone am 29. Oktober 1946:

Brandenburg	7 282
Mecklenburg	13 298
Sachsen-Anhalt	8 507
Thüringen	8 125
Sachsen	9 034
Sowjetische Besatzungszone	46 246

Die Gliederung dieser Zahl nach dem Geschlecht — 17465 Männer und 28781 Frauen — läßt mit Sicherheit den Schluß zu, daß im Oktober 1946 ein großer Teil der Männer noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft entlassen war.

Leider sind die Ergebnisse der Zählung von 1946 die einzigen Angaben, die über die Zahl der Vertriebenen aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet in der sowjetischen Besatzungszone vorliegen. Sie können nur als Anhaltspunkte gewertet werden, da zu jener Zeit die Nachkriegsentwicklung keineswegs abgeschlossen war. Es fehlen noch viele Kriegsgefangene, die in den folgenden Jahren heimgekehrt sind; die Vertreibung aus den Ostgebieten war noch nicht beendet und eine größere Zahl der Vertriebenen wanderte weiter westwärts.

Eine Gruppe Memeldeutscher war auf der Flucht auch nach Dänemark gelangt und dort nach dem deutschen Zusammenbruch mit anderen deutschen Flüchtlingen in Lagern untergebracht worden. Ihre Zahl wird von der Flygtningeadministration in Kopenhagen für den 15. 8. 1946 mit 1398 angegeben. Die Überführung in das Bundesgebiet und in die sowjetische Besatzungszone begann im November 1946.

Die Volkszählung von 1950

Die zweite deutsche Volkszählung nach dem Kriege fand in der sowjetischen Besatzungszone am 31. August 1950 und in der Bundesrepublik am 13. September 1950 statt.

Die Volkszählung von 1950 wurde schon zu einer Zeit durchgeführt, als ein Großteil der Kriegsgefangenen und Internierten zurückgekehrt war und auch die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten im wesentlichen abgeschlossen war. Wie schon erwähnt, wurden die Ergebnisse der Volkszählung von 1950 in der sowjetischen Besatzungszone nicht veröffentlicht. Für vorliegende Untersuchung besteht die besondere Schwierigkeit somit darin, daß für die Vertriebenen aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet Zahlenangaben für die sowjetische Besatzungszone nur für das Jahr 1946 und für das Bundesgebiet nur für das Jahr 1950 vorliegen. Durch diese Tatsache wird in die Berechnung der Bilanz ein erheblicher Unsicherheitsfaktor hineingebracht. Die Erstellung einer noch genaueren Bilanz wäre erst möglich, wenn es gelingen würde, die Zahl der Vertriebenen für 1950 auch in der sowjetischen Besatzungszone zu ermitteln.

Die Zählung von 1950 erfaßt nicht nur die Vertriebenen und Flüchtlinge nach ihrem Wohnsitz am 1. September 1939, sondern auch nach der Muttersprache. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, Flüchtlinge nichtdeutscher Volkszugehörigkeit aus dem Baltikum (Ausländer und DP's) von der Gesamtzahl der Vertriebenen dieser Gebiete abzuziehen.

**Deutsche aus den baltischen Staaten in der Bundesrepublik und in Berlin(West)
am 13. September 1950**

Schleswig-Holstein	9 403
Hamburg	1 541
Niedersachsen	22 746
Bremen	509
Nordrhein-Westfalen	6 547
Hessen	3 680
Rheinland-Pfalz	953
Baden-Württemberg	5 200
Bayern	8 861
<hr/> Bundesrepublik zusammen	<hr/> 59 440
Berlin (West)	1 511
Insgesamt	60 951

In der Bundesrepublik einschließlich Berlin(West) wurden 87365 Personen gezählt, die am 1. September 1939 in den baltischen Staaten lebten. Von diesen hatten jedoch nur 60951 Deutsch als Muttersprache angegeben, dagegen 26414 eine nichtdeutsche Muttersprache. Demnach betrug die Zahl der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den baltischen Staaten nur 60951 Personen.

Diese große Zahl der Nichtdeutschen aus den baltischen Staaten erklärt sich einmal daraus, daß beim Abzug der deutschen Truppen aus Estland und Lettland vielen Esten und Letten die Möglichkeit zur Flucht nach Deutschland gegeben wurde und daß im Rahmen der Waffen-SS eine estnische und zwei lettische Divisionen kämpften. Wie schon erwähnt, war eine kleinere Zahl von Esten und Letten bei der Umsiedlung von 1941 mit den restlichen Deutschen ins Deutsche Reich gekommen.

**Memeldeutsche in der Bundesrepublik und in Berlin (West)
am 13. September 1950**

Schleswig-Holstein	13 920
Hamburg	1 384
Niedersachsen	15 360
Bremen	585
Nordrhein-Westfalen	6 991
Hessen	1 883
Rheinland-Pfalz	857
Baden-Württemberg	2 507
Bayern	4 684
<hr/> Bundesrepublik zusammen	<hr/> 48 171
Berlin (West)	762
Insgesamt	48 933

Von den 48933 Personen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz im Memelgebiet hatten, gaben 437 Deutsch nicht als ihre Muttersprache an, vermutlich also Litauisch. Diese äußerst geringe Zahl von Personen nichtdeutscher Muttersprache, die 1950 unter den Memeldeutschen gezählt wurde, ist hier nicht von der Zahl der Memeldeutschen in Abzug gebracht, weil auch bei der Berechnung des Bestandes am 1. September 1939 angenommen wurde, daß sich unter den Memeldeutschen eine größere Zahl von Personen litauischer Muttersprache und Abstammung befindet, die sich jedoch bewußt zum Deutschtum bekannten.

Sowjetische Besatzungszone: Für 1950 kann man den Bestand der Deutschen aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet in der sowjetischen Besatzungszone nur auf Grund der Ergebnisse der Zählung von 1946 schätzen.

Es kann angenommen werden, daß die Zahl von 46246, die im Jahre 1946 ermittelt wurde, in den vier Jahren bis 1950 einerseits durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen und weiteren Vertriebenen aus den Ostgebieten, sowie durch Rückführung von deutschen Flüchtlingen aus dem Memelgebiet, die kurz vor Kriegsende Zuflucht in Dänemark gefunden hatten, eine Zunahme erfahren hat, andererseits jedoch durch Abwanderung nach Westdeutschland wieder abgenommen hat. Man wird nicht fehlgehen, wenn man daher für die sowjetische Besatzungszone im Jahre 1950 mit der gleichen Zahl von Balten- und Memeldeutschen wie 1946 rechnet, das sind rund 46200²¹).

Für Berlin sind für 1950 nur Angaben für Berlin (West) vorhanden. Die Zahl der Baltendeutschen betrug 1511, die Zahl der Memeldeutschen 762. Für Ostberlin kann man die entsprechenden Zahlen nur schätzen und zwar auf etwa 500 Baltendeutsche und 300 Memeldeutsche²²).

Für das Saarland liegen weder für 1946 noch für 1951 Einzelangaben vor. Die Zahl der dort wohnenden Balten- und Memeldeutschen dürfte so gering sein, daß sie in der Bilanz unberücksichtigt bleiben kann.

Österreich: Amtlichen statistischen Angaben zufolge sind in Österreich von 1945 bis zum 1. Juli 1955 insgesamt 450 Personen aus den baltischen Staaten eingebürgert worden. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Deutsche aus Estland und Lettland, die nach erfolgter Umsiedlung nach Österreich eingewiesen wurden. Da bisher sicher noch nicht alle eingebürgert wurden, kann man mit etwa 500 Balten-deutschen rechnen²³).

Deutsche aus dem Memelgebiet werden in dieser Aufstellung nicht erwähnt. Es ist auch kaum anzunehmen, daß Memeldeutsche in größerer Anzahl nach Österreich verschlagen wurden.

Von den anderen europäischen Ländern haben besonders Schweden und England eine größere Anzahl von Baltendeutschen aufgenommen, weil zwischen den Deutschen aus Estland und Lettland engere Beziehungen zu Schweden bestanden. In Schweden lebten etwa 1100, in England und der Schweiz zusammen 500 Balten-deutsche, also insgesamt etwa 1600 Baltendeutsche²⁴). Die Zahl der Memeldeutschen in Europa außerhalb Deutschlands kann man auf 1000 schätzen²⁵).

In die außereuropäischen Länder, vor allem nach Kanada, in die USA und nach Australien sind rund 7500 Deutsche aus den baltischen Ländern ausgewandert, davon 3800 aus Estland und Lettland²⁶).

Obwohl keine Unterlagen über die Zahl der ausgewanderten Memeldeutschen beschafft werden konnten, wird man mit insgesamt 2000 rechnen können. Die Zahl der ausgewanderten Deutschen aus den baltischen Staaten war wohl deshalb viel größer, weil es diesen, als DP's getarnt, leichter gelang, die Einreisegenehmigung nach Überseeländern zu erhalten.

Für das Jahr 1950 kann nach den Ergebnissen der Volkszählung sowie auf Grund von Berechnungen und Schätzungen folgende Aufgliederung der vertriebenen Deutschen aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet gegeben werden:

Vertriebene aus den Baltischen Staaten und dem Memelgebiet 1950

Aufnahmegebiet	Baltendeutsche	Memeldeutsche	Zusammen
Bundesrepublik			
Deutschland	59 440	48 171	107 611
Berlin (West)	1 511	762	2 273
Sowjetische			
Besatzungszone	20 400 ¹⁾	25 800 ¹⁾	46 200 ²⁾
Ostberlin	500 ¹⁾	300 ¹⁾	800 ¹⁾
Zusammen	81 851	75 033	156 884
Österreich	500 ¹⁾	—	500 ¹⁾
Andere europäische Länder	1 600 ¹⁾	1 000 ¹⁾	2 600 ¹⁾
Außereuropäische Länder	7 500 ¹⁾	2 000 ¹⁾	9 500 ¹⁾
Insgesamt	91 451	78 033	169 484

¹⁾ Geschätzte Zahlen.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung der vertriebenen Balten- und Memeldeutschen von 1945 bis 1950

Die Zahl der für 1950 festgestellten vertriebenen Balten- und Memeldeutschen von rund 169 500 enthält auch den Geburtenüberschuß bzw. den Sterbefallüberschuß der fünf Jahre von 1945 bis 1950. Dieser Geburtenüberschuß oder -unterschluß muß in bezug auf den Bevölkerungsstand von 1950 berücksichtigt werden, um die Zahl jener Personen zu ermitteln, die Flucht und Vertreibung miterlebt haben.

Im Statistischen Bundesamt wurde für die Gesamtzahl der Vertriebenen in der Bundesrepublik von 1947 bis 1950 ein Geburtenüberschuß von rund 275 000 errechnet²⁷⁾. Die Grundlage für diese Berechnung bietet die Statistik der natürlichen Bevölkerungsentwicklung der Vertriebenen, die seit 1950 vorliegt. Die hier zu untersuchenden viel geburtenärmeren baltendeutschen Volksgruppen haben aber wesentlich geringere Geburtenüberschüsse (bzw. sogar Sterbefallüberschüsse), als ihr zahlenmäßiger Anteil an der natürlichen Bevölkerungsentwicklung aller Vertriebenen betragen würde. Es wird daher von den Geburtenzahlen der einzelnen Volksgruppen in den letzten Vorkriegsjahren ausgegangen, wobei zur Berücksichtigung der ungünstigen Zeitverhältnisse eine Verringerung der Geburtenziffer von wenigstens 30 vH angenommen werden muß.

Die Geburtenüberschüsse der Balten- und Memeldeutschen in der sowjetischen Besatzungszone und in den übrigen Aufnahmegebieten sind so gering, daß sie hier nicht berücksichtigt zu werden brauchen.

Für die besonders geburtenarmen Deutschen aus Estland und Lettland wird deshalb ein Sterbefallüberschuß von 9 aT, für die geburtenreichen Litauendeutschen eine Zunahme von 4 aT und für die Memeldeutschen ein Geburtenüberschuß von 3 aT anzusetzen sein. Für die fünf Jahre von 1945 bis 1950 ergibt das folgende absolute Zahlen: Deutsche aus Estland und Lettland minus 3200, Deutsche aus Litauen plus 1000, Memeldeutsche plus 1500.

Von dem für 1950 festgestellten Bevölkerungsstand sind demnach von der Flucht und Vertreibung direkt betroffen:

Baltendeutsche zusammen	91 500 + 2 200 = 93 700
Memeldeutsche	78 000 — 1 500 = 76 500
Balten- und Memeldeutsche	169 500 + 700 = 170 200

G. Die in den baltischen Staaten und im Memelgebiet zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

Über die Zahl der noch im Baltikum und im Memelgebiet zurückgehaltenen und zum Teil freiwillig dort verbliebenen Deutschen liegen nur wenige Angaben vor, die sich vor allem nicht überprüfen lassen.

In Estland und Lettland sind nach der Umsiedlung noch etwa 2500 zum Teil namentlich bekannte Deutsche freiwillig zurückgeblieben²⁸). Der Grund war vielfach Versippung mit der estnischen bzw. lettischen Bevölkerung durch Mischehen. Für Litauen wird deren Zahl mit etwa 2000 angegeben. Eine Zunahme ist noch dadurch eingetreten, daß die Sowjetrussen deutsche Umsiedler und besonders Nachumsiedler, die noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hatten, bei der Besetzung der Ostgebiete und selbst noch aus der sowjetischen Besatzungszone in ihr Herkunftsland zurückgebracht haben. Durch einige in letzter Zeit aus dem Baltikum nach Deutschland zurückgekehrte Deutsche sind hierüber Nachrichten eingetroffen.

Man wird demnach mit 5000 Deutschen rechnen können, die 1950 noch in den ehemaligen baltischen Staaten gelebt haben.

Die Zahl der im Memelgebiet zurückgebliebenen Deutschen, die zum Teil freiwillig blieben oder vor dem Einmarsch der Roten Armee nicht mehr fliehen konnten, dürfte noch erheblich größer sein. Wieviele von ihnen jedoch später in die Sowjetunion verschleppt und dort interniert wurden, läßt sich annähernd bestimmen. Aus der Sowjetunion treffen jetzt Briefe von Memeldeutschen ein, die um den Nachweis ihrer deutschen Staatsangehörigkeit bitten, da sie von der Sowjetunion als litauische Staatsangehörige angesehen werden und nach Litauen geschickt werden sollen²⁹).

Man wird als Annäherungswert die Zahl dieser Memeldeutschen auf etwa 10000 schätzen können.

H. Die 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet

Nach der im März 1950 im Bundesgebiet und Berlin (West) durchgeführten amtlichen Registrierung der deutschen Kriegsgefangenen, Vermißten und Zivilinternierten, wurden 1324 Straf- und Untersuchungsgefangene und nur 28 Kriegsgefangene ermittelt, die ihren Wohnsitz am 1. September 1939 in der Sowjetunion einschließlich der baltischen Staaten und dem Memelgebiet hatten. Entsprechend dem Bevölkerungsanteil der Balten- und Memeldeutschen würden auf diese Gruppen etwa 800 Kriegs- und sogenannte Strafgefangene entfallen.

Diese Registrierung kann jedoch keineswegs als vollständig angesehen werden, da sie weder in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt wurde, noch sich die inzwischen ausgewanderten Vertriebenen an ihr beteiligen konnten. Man kann aber annehmen, daß die Zahl der balten- und memeldeutschen Kriegsgefangenen und Internierten im Jahre 1950 etwa 1200 betrug³⁰), von denen etwa 700 auf die Baltendeutschen und 500 auf die Memeldeutschen entfallen.

I. Die 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegs- und Zivilvermißten

1. Kriegsvermißte

Bei der Registrierung im März 1950 wurden in der Bundesrepublik und in Berlin (West) noch 8190 Wehrmachtsvermißte festgestellt, die aus den Gebieten der Sowjetunion einschließlich der baltischen Staaten und dem Memelgebiet stammten. Von diesen entfallen entsprechend dem Bevölkerungsanteil etwa 5560 auf die baltischen Staaten und das Memelgebiet. Es muß nach den bisherigen Erfahrungen leider angenommen werden, daß sich von den Wehrmachtsvermißten nur noch wenige am Leben befinden; die meisten sind vermutlich gefallen oder in der Kriegsgefangenschaft gestorben. Vorsichtig geschätzt, mögen noch etwa 100 von ihnen am Leben sein.

2. Zivilvermißte

Die Zahl der 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) registrierten Zivilvermißten, bzw Verschleppten betrug, einschließlich der in der Sowjetunion Behelmten, 8033. Das wären entsprechend dem Bevölkerungsanteil rund 5460 aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet. Wegen der Unvollständigkeit der Registrierung dürfte die tatsächliche Zahl der Zivilvermißten bzw. Verschleppten höher liegen. Man kann wohl mit etwa 6000 Personen rechnen, die aus den baltischen Staaten und aus dem Memelgebiet stammten. Von diesen dürften 1950 kaum mehr als 3000 noch am Leben gewesen sein.

Von den Zivilverschleppten entfällt der überwiegende Teil auf die Memeldeutschen, da bei den überraschenden Angriffen der Roten Armee im Herbst 1944 viele Bewohner des südöstlichen Memelgebietes den Russen in die Hände fielen, die vermutlich einen großen Teil verschleppt haben.

Kriegs- und Zivilvermißte sowie Verschleppte 1950

Aus den baltischen Staaten	600 Deutsche
Aus dem Memelgebiet	2 500 Deutsche
Insgesamt	3 100 Deutsche

J. Die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet

Vorliegende Untersuchung der Kriegs- und Nachkriegsverluste der Balten- und der Memeldeutschen wurde unter Benutzung alles zugänglichen amtlichen Zahlenmaterials mit größter Sorgfalt erarbeitet. Soweit Schätzungen nicht zu vermeiden waren, wurden diese mit äußerster Vorsicht vorgenommen.

Es ergab sich, daß die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus den baltischen Staaten und dem Memelgebiet zusammen etwa 66 000 Personen betragen. Diese Verluste wiegen vor allem deshalb sehr schwer, weil sie die zahlenmäßig ohnedies schwachen Volksgruppen der Deutschen des Baltikums und des Memelgebietes betroffen haben; sie büßten ein Viertel ihres Bestandes von 1939 ein.

Diese hohen Bevölkerungseinbußen der Balten- und Memeldeutschen entfallen nur zu einem Drittel auf unmittelbar eingetretene Kriegsverluste; der weit größere Teil, etwa 44 000 Deutsche dieser Gebiete, kam nach dem Zusammenbruch durch Mord, Deportation in die Sowjetunion, durch Hunger in den russischen und polnischen Konzentrationslagern und infolge der Strapazen auf der Flucht oder bei der Vertreibung um.

Anmerkungen

¹⁾ Hellmann, M.: Wesen und Werden der deutschen Volksgruppe in Litauen. In: Deutsche Monatshefte, Juli/August 1940. Nach dem Protest der deutschen Vertreter im litauischen Parlament wurde bei der Volkszählung von 1923 die Zahl der Deutschen von 23 973 auf 29 231 geändert, ohne daß eine Nachzählung durchgeführt wurde.

²⁾ Den starken Rückgang des baltischen Deutschtums seit Ende des vorigen Jahrhunderts zeigt folgende Zusammenstellung der Zahl der Deutschen auf dem Gebiet:

Zeitraum	Estland	Lettland	Insgesamt
1881	46 779	136 687	183 466
1897	32 936	120 191	153 127
1922/25	18 319	70 964	89 283
1934/35	16 346	62 144	78 490

Bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts wächst das Deutschtum durch ständige Zuwanderung aus Deutschland und durch natürliche Bevölkerungszunahme. Um die Jahrhundertwende hört die Zuwanderung auf und es setzt eine starke Abwanderung von Baltendeutschen nach Rußland ein. Hinzu treten die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges.

³⁾ Hippus, R.: Die Umsiedlungsgruppe aus Estland. In: Deutsche Monatshefte 1940, Seite 1923, es wurden bei der ersten Umsiedlung aus Estland 13 693 Deutsche gezählt.

⁴⁾ Nach Ansicht von G. v. Krusenstjern, dem Leiter der Heimatortskartei Baltikum, sind etwa 400 Deutsche in Estland verblieben, die zum Teil namentlich bekannt sind.

⁵⁾ Die Zahlen für 1920 sind vor allem deshalb so niedrig, weil noch viele Letten und Deutsche infolge der Kriegereignisse in Rußland und Deutschland lebten. Es wurden z. B. im Deutschen Reich 1918/19 40 000 deutsche Flüchtlinge aus dem Gebiet von Lettland und Estland gezählt, die später vielfach nicht mehr zurückkehren konnten.

⁶⁾ Vgl. Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, in dem die Zahl der Deutschen in Lettland um 4000 höher geschätzt wird.

⁷⁾ Werner Essen gibt im Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Seite 365, die Zahl der Litauendeutschen 1923 mit rund 40 000 an.

⁸⁾ Vgl. Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Seite 119 ff.

⁹⁾ Litauen und seine Deutschen, Beiheft zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg XIII/1955, Seite 63. Horn, Erna: „Das deutsche Memelland“.

¹⁰⁾ Auf ähnliche Verhältnisse hinsichtlich der Volkszugehörigkeit in der polnischen Oberschicht und im Bürgertum weist z. B. Beyer hin. Vgl. Beyer, Hans Joach.: Der Ursprung der polnischen Führungsschicht nach dem Zusammenbruch des polnischen Staates. In: Deutsche Monatshefte, 1940, Seite 220.

¹¹⁾ Natürliche Bevölkerungsbewegung der Deutschen Estlands aT der Bevölkerung:

	1927 bis 1929	1930 bis 1932	1933 bis 1934
Geburten	10,0	7,6	7,7
Sterbefälle	17,3	16,1	16,8
Sterbefallüberschuß	7,3	8,5	9,1

12) Natürliche Bevölkerungsbewegung der Deutschen Lettlands aT der Bevölkerung :

	1927 bis 1929	1930 bis 1932	1933 bis 1934
Geburten	13,0	12,6	11,4
Sterbefälle	16,5	17,1	16,6
Sterbefallüberschuß	3,5	4,5	5,2

13) Natürliche Bevölkerungsbewegung der Deutschen Litauens (ohne Memel) aT der Bevölkerung :

	1937	1938	1939
Geburten	604	586	598
Sterbefälle	364	345	437
Geburtenüberschuß	240	241	161

14) Wirtschaft und Statistik. Jahrgänge 1939 bis 1944/Heft 7. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

15) Adelheim, Georg: Baltische Totenschau 1939—1947, Göttingen 1947; Nachtrag 1952. Enthält nach Schätzung des Verfassers rund 70 vH der baltendeutschen Toten (Estland und Lettland) mit Sterbedaten und Ort.

16) Daß die Zahl der Wehrmachtssterbefälle der Baltendeutschen und der Memelländer besonders hoch ist, erscheint durchaus möglich, denn auch unter den „Heimkehrern“, die nach dem Adenauer-Besuch in Moskau aus sowjetischer Gefangenschaft zurückkehrten, lag der Anteil der Baltendeutschen weit über dem Durchschnitt. Es kehrten bis Mitte Dezember 1955 schon 155 Deutsche aus Estland und Lettland zurück. Allein die Kenntnis der russischen Sprache genügte bekanntlich zu langjähriger Verschickung von Kriegsgefangenen in sowjetische Straflager.

17) Zum Beispiel ertranken von 6000 Menschen auf der „Wilhelm Gustloff“ mehr als 5400 beim Untergang des Schiffes in der Ostsee.

18) Zipfel, Friedrich: Vernichtung und Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. — Vgl. auch Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-europa, Band I.

19) In der Abhandlung von Fr. Zipfel finden sich folgende interessante Zahlenangaben über Flucht und Vertreibung der Bevölkerung Ostpreußens einschließlich des Memelgebietes und des Regierungsbezirkes Westpreußen:

Ende 1944	2 653 000 Einwohner
nach der Flucht	600 000 Einwohner
vor der Vertreibung	800 000 Einwohner

Nach diesen Schätzungen ist der Großteil der Bevölkerung Ostpreußens einschließlich des Memelgebietes noch vor der Vertreibung geflohen. Soviel bekannt geworden ist, hat aus dem Memelgebiet eine Ausweisung der nach der Flucht dort noch verbliebenen Bevölkerung nach Deutschland nicht stattgefunden. Mit ziemlicher Sicherheit ist jedoch anzunehmen, daß zumindest die Memel-deutschen, die nicht mehr fliehen oder sich als Litauer ausgeben konnten, nach Rußland verschleppt wurden.

20) Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/0/4 vom 25. März 1950.

21) Nach Angaben der Heimatortskartei für die Baltendeutschen betrug die Zahl der namentlich bekannten Baltendeutschen in der sowjetischen Besatzungszone aus Estland und Lettland rund 12 400, aus Litauen etwa 5 000; demnach betrug die Zahl der Memeldeutschen rund 25 800.

22) Die Schätzung für Ostberlin erfolgte auf Grund einer Mitteilung der Ortsgruppe der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft Berlin (West). Obwohl die Baltendeutschen bemüht waren, aus dem sowjetischen Machtbereich herauszukommen, werden sie vielfach durch den Umstand an der Abwanderung behindert, daß sie in der sowjetischen Besatzungszone, was auch für ältere Leute zutrifft, entsprechend ihren russischen Sprachkenntnissen vielfach als Dolmetscher recht gute Arbeitsmöglichkeiten haben.

23) „Salzburger Nachrichten“ vom 11. November 1955: Einbürgerung von Volksdeutschen.

24) Nach Angaben des Leiters der Außenstelle der Baltendeutschen Landsmannschaft A. v. Pilar, Bremen.

25) „Die Welt“, Hamburg, vom 17. August 1955, über verschleppte Memelländer.

- ²⁶⁾ Die Zahlen der ausgewanderten Baltendeutschen aus Estland und Lettland hat Baron v. Pilar, Bremen, zur Verfügung gestellt, der im Auftrage der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft die Auswanderer betreut. Die Zahlen für die ausgewanderten Litauendeutschen wurden von der Heimatortskartei für die Deutschbalten, Nebenstelle für Litauen, Burg i. Dithmarschen, genannt. Die Zahl der ausgewanderten Memeldeutschen mußte geschätzt werden.
- ²⁷⁾ Bei der Berechnung des Geburtenüberschusses für die Vertriebenen in der Zeit von 1947 bis 1950 wurde von folgenden Überlegungen ausgegangen: der Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung für die Jahre 1946 bis 1954 ist bekannt. Außerdem ist für die Jahre 1950 bis 1954 der Anteil der Vertriebenen an den Lebendgeborenen sowie an den Gestorbenen der Gesamtbevölkerung bekannt. Das Verhältnis dieser vH-Zahlen zu den Anteilen der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung (vH-Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung = 100) ergibt Meßzahlen, die graphisch dargestellt wurden. Die gewonnenen Kurven sind nach 1946 hin extrapoliert worden. Durch Umrechnung mit den für die Jahre 1946 bis 1949 aus den extrapolierten Kurven abgelesenen Werten läßt sich der Anteil der Vertriebenen unter den Lebendgeborenen sowie unter den Gestorbenen für die Jahre 1946 bis 1949 ermitteln; mit diesen relativen Werten konnten dann — auch für 1950 — die absoluten Zahlen der Lebendgeborenen und der Gestorbenen der Vertriebenen geschätzt werden.
- ²⁸⁾ Aus der Untersuchung der Kriegs- und Vertreibungsverluste des Rußlanddeutschtums geht hervor, daß 1941, beim Vormarsch der deutschen Truppen im Raum von Leningrad und in Weißrußland, viele Baltendeutsche angetroffen wurden. Diese Baltendeutschen wurden mit den Rußlanddeutschen in das Deutsche Reichsgebiet und in den Warthegau umgesiedelt.
- ²⁹⁾ So „Die Welt“, Hamburg, vom 17. August 1955 und Angaben der Heimatstellen.
- ³⁰⁾ Möglicherweise aber liegt diese Zahl noch höher. So kamen allein mit den letzten Heimkehrertransporten Ende 1955 155 Baltendeutsche aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik.

Tabellenteil

1. Die deutsche Bevölkerung in Estland am 1. März 1934 nach Kreisen

Kreis Harrien	7 906	Kreis Ösel	400
Stadt Reval	6 575	Stadt Arensburg	321
Stadt Nõmme	869		
Kreis Wierland	1 267	Kreis Pernau	1 098
Stadt Narwa	499	Stadt Pernau	871
Stadt Wesenberg	281		
Kreis Jerwen	324	Kreis Fellin	594
Stadt Weißenstein	132	Stadt Fellin	345
Kreis Wieck	460	Kreis Dorpat	3 252
Stadt Hapsal	251	Stadt Dorpat	2 706
Nord-Estland	9 957	Kreis Walk	218
davon		Stadt Walk	143
in den Städten	8 607	Kreis Werro und Petschur	682
auf dem Lande	1 350	Stadt gesondert gezählt	145
		Süd-Estland	6 244
		davon	
		in den Städten	4 531
		auf dem Lande	1 713
Estland insgesamt	16 346		
davon			
in den Städten	13 138		
auf dem Lande	3 063		

2. Die deutsche Bevölkerung in Lettland am 10. Februar 1935 nach Kreisen

Riga, Stadt	38 523	Kreis Tukkuim	1 596
Kreis Riga	1 696	Stadt Tukkuim	451
Städte	865	Land	1 145
Land	831		
Kreis Wenden	394	Kreis Mitau	3 061
Stadt Wenden	221	Stadt Mitau	2 319
Land	173	andere Städte	182
Kreis Wolmar	407	Land	560
Stadt Wolmar	211		
Land	196	Kreis Bauske	302
Kreis Walk	343	Stadt Bauske	173
Stadt Walk	146	Land	129
Land	197		
Kreis Modohn	1 784	Kreis Jakobstadt	188
Stadt	50	Stadt Jakobstadt	90
Land	1 734	Land	98
Livland zusammen	4 624	Kreis Illukst	169
davon		Stadt Illukst	32
in den Städten	1 493	Land	137
auf dem Lande	3 131	Semgallen zusammen	5 316
		davon	
		in den Städten	3 247
		auf dem Lande	2 069

noch: 2. Die Deutsche Bevölkerung in Lettland am 10. Februar 1935
nach Kreisen

Kreis Libau	5 484	Kreis Dünaburg	650
Stadt Libau	4 620	Stadt Dünaburg	508
andere Städte	59	andere Städte	68
Land	805	Land	76
Kreis Hasenpoth	1 848	Kreis Rositten	122
Stadt Hasenpoth	303	Stadt Rositten	69
Land	1 545	Land	43
Kreis Goldingen	3 271	Kreis Ludsen	77
Stadt Goldingen	915	Stadt Ludsen	50
andere Städte	178	Land	27
Land	2 178		
Kreis Windau	1 162	Kreis Neulettgallen	53
Stadt Windau	728	Stadt Neulettgallen	12
andere Städte	9	Land	41
Land	425	Lettgallen zusammen	892
Kreis Talsen	1 024	davon	
Stadt Talsen	144	in den Städten	705
andere Städte	182	auf dem Lande	187
Land	698		
Kurland zusammen	12 789		
davon			
in den Städten	7 138		
auf dem Lande	5 651		
Lettland insgesamt		62 144	
davon			
in den Städten		51 106 = 82,3 vH	
auf dem Lande		11 038 = 17,7 vH	

3. Die deutsche Bevölkerung in Litauen am 17. September 1923 nach Kreisen

Die Zahl der Personen deutscher Volkszugehörigkeit sowie die Zahl der Lutheraner im Vergleich*)

Kreis	Deutsche		Lutheraner	
	Anzahl	vH der Gesamtbevölkerung	Anzahl	vH der Gesamtbevölkerung
Alytus	419	0,4	629	0,5
Birsen	169	0,1	3 799	3,3
Kauen	592	0,6	938	0,9
Kauen (Stadt)	3 269	3,6	4 821	5,2
Keidanan	271	0,3	407	0,5
Krottingen	479	0,5	3 913	4,2
Mariampol	3 395	3,4	4 947	4,9
Moscheiken	341	0,5	3 504	4,9
Ponjewesch	137	0,1	274	0,2
Ponjewesch (Stadt)	109	0,6	260	1,3
Raseinen	2 029	1,9	4 206	3,9
Rokischken	57	0,1	670	0,8
Sarasen	17	0,0	73	0,2
Seinen	169	0,4	489	1,3
Schaken	2 861	4,2	5 564	8,2
Schaulen	576	0,3	5 639	3,2
Schaulen (Stadt)	198	0,9	439	2,1
Tauroggen	3 731	3,4	13 317	12,0
Telschen	215	0,3	289	0,4
Traken	63	0,1	106	0,1
Utena	46	0,0	96	0,1
Wilkomir	24	0,0	72	0,1
Wilkomir (Stadt)	19	0,1	53	0,5
Wilkowischken	10 045	12,6	12 073	14,9
Insgesamt	29 231	1,4	66 578	3,3

*) Die Zahl der Personen deutscher Volkszugehörigkeit und jener der Lutheraner in Litauen ist hier im Vergleich gegenübergestellt worden, weil die Zahlen der konfessionellen Gliederung der litauischen Volkszählung zuverlässiger waren. Die Deutschen Litauens waren zu 98 vH Lutheraner, die Litauer dagegen zu 93 vH Katholiken. (Vgl. die Ausführungen hierüber Seite 228.)

Danzig

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	257
II. Das benutzte Quellenmaterial	257
III. Überblick über die Bilanz	258
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Danzigs im September 1939	259
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Danzigs vom September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste).	260
C. Die deutsche Bevölkerung Danzigs Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	261
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Danzigs	261
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Danzigs Ende 1944 (ohne Be- rücksichtigung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung)	261
F. Die Vertriebenen aus Danzig	262
G. Die in Danzig zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	265
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegs- gefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Danzig	265
I. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Danzig	266
Anmerkungen	267

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Das Deutschtum des Danziger Gebietes hat seine Wurzeln in der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung. Danzig selbst ist als deutsche Stadt schon 1236 erwähnt, als das Gebiet noch zum ostpommerschen Staate gehörte. Die Besiedlung der dörflichen Umgebung erfolgte unter der Herrschaft des Deutschen Ritterordens am Ausgang des 13. und im 14. Jahrhundert. Nur die schwer zugänglichen Depressionsgebiete im Norden und Nordosten des Werders wurden erst im 16. Jahrhundert erschlossen.

Seit dem Zweiten Thorner Frieden 1466 gehörte Danzig zum polnischen Staate, sicherte sich aber innerhalb desselben eine weitgehende Autonomie, die den deutschen Charakter der Stadt und ihres Territoriums verbürgte. Bei der zweiten Teilung Polens 1793 und — nach einer kurzen Periode erzwungener Selbständigkeit ab 1807 — kam Danzig 1814 endgültig an Preußen.

Die Begründung der „Freien Stadt Danzig“ durch den Versailler Friedensvertrag 1919 berief sich zwar auf die älteren geschichtlichen Parallelen, war aber im Grunde nur ein schlechter Kompromiß. Der polnischen Forderung nach der Weichselmündung stand der von keiner Seite ernstlich bestrittene rein deutsche Charakter Danzigs und der klare Wille seiner Bewohner, beim Deutschen Reiche zu verbleiben, entgegen. So wurde Danzig samt einem bedeutenden Landgebiete, unter Nichtachtung seines Selbstbestimmungsrechtes, zu einer unerwünschten staatlichen Selbständigkeit gezwungen, die aber durch wirtschaftliche und politische Bindungen an Polen belastet war.

Die Grenzen gegen Polen wurden so gezogen, daß nur rein oder überwiegend deutsche Orte dem Danziger Territorium angeschlossen wurden. Daher bildeten die Polen unter den Staatsbürgern der Freien Stadt eine zahlenmäßig belanglose Minderheit. Sie wurde aber volkspolitisch von Polen her gestützt und durch neue Zuwanderer polnischer Staatsangehörigkeit vermehrt. Nationale Zwischengruppen, die mit polnischer Haussprache deutsche Gesinnung vereinigten, wie sie etwa in Ostpreußen, Schlesien und Polen vorhanden waren und die Deutschtumsstatistik und die Berechnung der Vertreibungsverluste erschweren, gab es in Danzig so gut wie nicht. — Damit sind die sachlichen Voraussetzungen für die Feststellung der Kriegs- und Vertreibungsverluste vergleichsweise einfach und klar.

II. Das benutzte Quellenmaterial

Danziger Statistisches Taschenbuch 1930/31, Danzig 1930.

Danziger Statistische Mitteilungen, Jg. 19/1939.

Die Flüchtlinge in Deutschland. Ergebnisse der Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Statistische Berichte, Arb. Nr. VIII/0/4 vom 25. März 1950. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Flüchtlinge in Bayern. Ergebnisse einer Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 142, München 1948.

Statistik und Wirtschaft in Hessen. Statistische Mitteilungen, Jg. 7/1952. Hrsg. Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden.

Schieder, Theodor, in Verbindung mit Adolf Distelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. In: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, München 1953.

Flygtninge i Danmark 1945—1949. Hrsg. Dänische Flüchtlingsadministration, Kopenhagen 1950.

Powszechny sumaryczny spis ludności z dn. 14. II. 1946 r., Statystyka Polski, Serie D, Heft 1. Hrsg. Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej Warschau 1947. Rocznik Statystyczny 1947 und 1948, Warschau.

Atlas Ziem Odzyskanych. Hrsg. Główny Urząd Planowania Przestrzennego, Warschau 1947.

Kalendarz Ewangelicki. Hrsg. Warschauer Kirchenleitung 1953, 1955.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung Danzigs im September 1939	380 000
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Danzigs vom September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste) . . .	15 000
C. Die deutsche Bevölkerung Danzigs Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	395 000
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Danzigs Wehrmachtsverluste	22 000
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Danzigs Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung) . . .	373 000
F. Die Vertriebenen aus Danzig Stand: September 1950	290 800
darunter in der Bundesrepublik	225 000
Geburtenüberschuß vom Zeitpunkt der Vertreibung bis September 1950	7 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	283 800
G. Die in Danzig zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung Stand: September 1950	4 000
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Danzig . . .	2 000

I. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Danzig

De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung)	373 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	283 800
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	4 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivilinter-	
nirierte und Vermißte	2 000
Geklärte Fälle	289 800
Ungeklärte Fälle	83 200

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Danzigs im September 1939

Bei der Volkszählung am 18. August 1929 wurde in der Freien Stadt Danzig eine Gesamtbevölkerung von 407 517 Personen festgestellt¹⁾. Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung²⁾ stieg diese Zahl bis 1934 auf 409 000, um dann bis 1938 auf 403 000 abzusinken. Da bei der Personenstandsaufnahme am 10. Oktober 1941 im Gebiet der Freien Stadt genau 404 000 Einwohner gezählt wurden, kann die Zahl der Bewohner Danzigs unmittelbar vor Kriegsausbruch (1. September 1939) mit 403 000 angesetzt werden.

Eine Aufgliederung der Bevölkerung nach der Muttersprache ist letztmalig in der Volkszählung vom 1. November 1923 durchgeführt worden³⁾.

Die Bevölkerung der Freien Stadt Danzig nach Staatsangehörigkeit und Muttersprache im Jahre 1923

Muttersprache	Bevölkerung insgesamt		Von der Bevölkerung waren			
			Staatsbürger		Staatsfremde	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
deutsch	348 493	95,0	327 827	97,6	20 666	67,1
zweisprachig und fremd-						
sprachig	16 886	4,6	8 017	2,4	8 869	28,8
davon						
deutsch-polnisch	1 629	0,4	1 108	0,3	521	1,7
polnisch	12 027	3,3	6 788	2,0	5 239	17,0
ostslawisch	2 628	0,7	99	0,0	2 529	8,2
jiddisch	602	0,2	22	0,0	580	1,9
unbekannt	1 351	0,4	77	0,0	1 274	4,1
Insgesamt	366 730	100	335 921	100	30 809	100

Danach waren von der gesamten Bevölkerung der Freien Stadt Danzig im Jahr 1923 95,0 vH deutschsprachig. Das nichtdeutsche Element war in seiner Mehrheit nicht bodenständig; von den Danziger Staatsbürgern waren nur 2,4 vH nichtdeutsch, von den Staatsfremden hingegen 28,8 vH.

Wie die Danziger Wahlstatistiken aus der nachfolgenden Zeit beweisen, war das Polentum zwar in ständigem Wachstum begriffen, aber zahlenmäßig weiterhin bedeutungslos. Bei den Wahlen zum Danziger Volkstag am 28. Mai 1933 wurden für die polnischen Listen 6743, das sind 3,2 vH aller gültigen Stimmen abgegeben, bei den Volkstagswahlen am 7. April 1935 8294 Stimmen⁴⁾ (3,5 vH).

Gleiche Verhältnisse wie für 1923 vorausgesetzt, würde es im Jahre 1939 unter den 403000 Danzigern 369000 Staatsbürger und 34000 Staatsfremde gegeben haben. Auf Grund der Wahlstatistik aus dem Jahre 1935 kann unter den Staatsbürgern die Zahl der Polen für 1939 mit 13000 (3,5 vH) angenommen werden. Andere Nationalitäten spielten keine Rolle. Unter den Staatsfremden wiederum 28,8 vH mit nichtdeutscher Muttersprache vorausgesetzt, würde die Zahl der Nichtdeutschen unter den Staatsfremden im Jahre 1939 rund 10000 betragen haben.

So darf man annehmen, daß sich am 1. September 1939 unter den 403000 Bewohnern der Freien Stadt Danzig 380000 Deutsche und 23000 Nichtdeutsche befunden haben. Diese Zahl der Deutschen ist Ausgangspunkt der Bilanzrechnung.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Danzigs vom September 1939 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die Wandlungen in der Danziger Bevölkerung nach dem 1. September 1939 durch Wegzug von Polen und Zuwanderung von Deutschen (Umsiedlern und Reichsdeutschen) sind für die Berechnung der Vertreibungsverluste ohne Belang. Wichtig sind nur die Veränderungen der Ausgangszahl von 380000 durch Geburten und Todesfälle.

Die Verhältnisziern der natürlichen Bevölkerungsbewegung in der Freien Stadt Danzig waren in den letzten Vorkriegsjahren:

Jahr	Auf 1000 der Bevölkerung entfielen		
	Geburten	Sterbefälle	Geburten- überschuß
1933	18,8	11,3	+ 7,5
1934	21,6	11,6	+ 10,0
1935	22,7	12,2	+ 10,5
1936	22,0	11,6	+ 10,4
1937	21,4	11,4	+ 10,0
1938	22,0	10,8	+ 11,2

Danach betrug der Geburtenüberschuß seit 1934 ziemlich gleichbleibend 10 bis 11 aT der Bevölkerung jährlich.

Im Durchschnitt der Jahre 1940 bis 1944 sank die Geburtenziffer des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 um rund ein Siebentel. Nimmt man einen gleichen Rückgang auch für Danzig an, was durchaus berechtigt erscheint, so betrug die Geburtenziffer hier durchschnittlich 18,8, die Überschußziffer bei gleichbleibender Sterblichkeit also rund 7,3. Das ergibt für die Zeit vom 1. September 1939 bis Ende 1944 ein Anwachsen der 380000 Deutschen um 14800 Personen; in der Bilanz wird mit rund 15000 Personen gerechnet.

C. Die deutsche Bevölkerung Danzigs Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Nach der Entwicklung der deutschen Bevölkerung im Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig vom September 1939 bis Ende 1944 hatte diese — ohne Berücksichtigung der militärischen und zivilen Kriegsverluste — Anfang 1945 einen Stand von 395 000 Personen.

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Danzigs

Zu den normalen Sterbefällen treten die Wehrmachtstoten und die ihnen praktisch gleich zu achtenden Kriegsvermißten. Nach den Berechnungen, die im Statistischen Bundesamt auf Grund amtlicher Unterlagen durchgeführt wurden, kann die Zahl der auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig entfallenden Wehrmachtsterbefälle auf rund 22 000 beziffert werden. Von diesen entfällt etwa die Hälfte auf Vermißte: bei der im März 1950 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) vorgenommenen Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten wurden von den dort lebenden 224 812 Deutschen aus Danzig 9 276 Angehörige als Wehrmachtsvermißte gemeldet. Dabei können zwar auch Vermißte registriert worden sein, deren nächste Angehörige zum Zeitpunkt der Meldung noch in der sowjetischen Besatzungszone, in Ostberlin, im Ausland oder noch in Danzig lebten (Doppelregistrierungen wurden ausgeschaltet). Andererseits werden aber auch zahlreiche vermißte Wehrmachtsangehörige nicht erfaßt worden sein, deren Familien durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse völlig ausgerottet wurden oder deren Angehörige nur in den vorgenannten Gebieten lebten. Die tatsächliche Zahl der Wehrmachtsvermißten wird bei 12 000 bis 13 000 liegen. Von ihnen werden 1950 vermutlich nur noch wenige am Leben gewesen sein. In dieser Bilanz soll mit rund 11 000 verstorbenen Wehrmachtsvermißten gerechnet werden.

Die Zahl der Luftkriegsopfer unter der Danziger Zivilbevölkerung war bis Ende 1944 unbedeutend. Die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung müssen bei den ungeklärten Fällen berücksichtigt werden, weil sie von den durch Flucht, Besetzung durch Truppen der Roten Armee, Verschleppung und Vertreibung entstandenen Verlusten z. T. nicht zu trennen sind.

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Danzigs Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung)

Nach Abzug der militärischen Kriegsverluste ergibt sich für Ende 1944 ein deutscher Bevölkerungsstand von 373 000 Personen. In diese Zahl sind alle Deutschen, Zivil- wie Militärpersonen, mit einbezogen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in der Freien Stadt Danzig hatten.

F. Die Vertriebenen aus Danzig

I. Stand: 29. Oktober 1946

Im Herbst 1946 befanden sich nur noch wenige Danziger in ihrer Heimat, die meisten in den vier Besatzungszonen Deutschlands; Zehntausende in Flüchtlingslagern Dänemarks. Die Zahl der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Danziger war verhältnismäßig groß.

Bei der ersten deutschen Nachkriegsvolkszählung, die am 29. Oktober 1946 in allen vier Besatzungszonen sowie in Berlin durchgeführt wurde, konnten rund 217000 Vertriebene festgestellt werden, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz im Gebiet der Freien Stadt Danzig hatten. Bei der Volkszählung im Saarland wurde die Zahl der Vertriebenen aus Danzig nicht eigens ausgewiesen. Es ergibt sich folgende Übersicht⁵⁾:

Vertriebene aus Danzig am 29. Oktober 1946

Schleswig-Holstein	66 000
Hamburg	4 300
Niedersachsen	33 000
Nordrhein-Westfalen	17 700
Britische Besatzungszone	121 000
Bremen	1 900
Hessen	5 000
Württemberg-Baden	3 400
Bayern	7 400
Amerikanische Besatzungszone	17 700
Rheinland-Pfalz	700
Baden	500
Württemberg-Hohenzollern	600
Französische Besatzungszone	1 800¹⁾
Bundesgebiet	140 500
Brandenburg	7 900
Mecklenburg	35 400
Sachsen-Anhalt	18 700
Thüringen	7 400
Sachsen	2 700
Sowjetische Besatzungszone	72 100
Berlin	4 300 ¹⁾
Saarland	100 ¹⁾
Insgesamt	217 000

¹⁾ Geschätzt.

Obwohl genaue Zahlen für einzelne Länder vorliegen, sind sie einander nicht völlig gleichwertig. In der britischen und amerikanischen Zone sind als Vertriebene alle Personen deutscher Muttersprache ausgewiesen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in Danzig hatten; in der französischen und sowjetischen Besatzungszone dagegen sind die Menschen von Danziger Herkunft ohne Unterscheidung der Muttersprache erfaßt. Doch gab es, wie bei dem rein deutschen Charakter dieses Vertreibungsgebietes nicht anders zu erwarten, unter den Danzigern kaum Nichtdeutsche. Bei der Zählung 1950 waren es im ganzen Bundesgebiet nur 263. Ähnlich wird es 1946 gewesen sein.

Entsprechend der Lage Danzigs und den zum Teil über See führenden Fluchtwegen waren die heimatvertriebenen Danziger zunächst hauptsächlich im nord-deutschen Raum konzentriert, in Mecklenburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Aber auch in Dänemark hatten Zehntausende von Vertriebenen aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig in Flüchtlingslagern Aufnahme gefunden. Am 15. August 1946 waren es nach einer Mitteilung⁶⁾ der Flygtningeadministration, Kartoteket, in Kopenhagen 37294 Personen. Da die Gesamtzahl der deutschen Vertriebenen in Dänemark vom August bis zum 29. Oktober 1946 nur von 196000 auf 193000 abnahm⁷⁾, ist im Zeitpunkt der deutschen Volkszählung noch mit 37000 Danzigern in Dänemark zu rechnen.

Danach befanden sich im Oktober 1946 insgesamt 254000 Vertriebene aus der Freien Stadt Danzig in den vier Besatzungszonen Deutschlands sowie in Dänemark.

2. Stand: 13. September 1950

Bei der Volkszählung am 13. September 1950 wurden im Bundesgebiet und Berlin (West) folgende Zahlen für Personen mit deutscher Muttersprache ermittelt, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in der Freien Stadt Danzig hatten:

Schleswig-Holstein	70 139
Hamburg	8 336
Niedersachsen	49 350
Bremen	3 381
Nordrhein-Westfalen	43 666
Hessen	9 908
Rheinland-Pfalz	6 541
Baden-Württemberg	22 107
Bayern	11 384
Bundesgebiet zusammen	224 812
Berlin (West)	5 249
Insgesamt	230 061

Ergebnisse über die bei der in der sowjetischen Besatzungszone am 31. August 1950 durchgeführten Volkszählung wurden im einzelnen über die Vertriebenen nicht ausgewiesen. Diese Zahlen müssen daher im weiteren durch Vergleich mit jenen von 1946 errechnet werden (vgl. S. 19 ff). Es ergeben sich danach 60000 vertriebene Danziger in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin.

Die 37000 deutschen Flüchtlinge aus Danzig in dänischen Lagern wurden bis 1949 sämtlich nach Deutschland gebracht. Über drei Viertel von ihnen kamen sicherlich in die Westzonen.

Von einer stärker ins Gewicht fallenden Auswanderung von Danzigern aus Deutschland zwischen 1946 und 1950 ist nichts bekannt; sie darf höchstens auf 1000 Personen veranschlagt werden.

Wie soeben erwähnt, muß die Entwicklung der Zahlen für die Vertriebenen aus Danzig in der sowjetischen Besatzungszone im Rahmen der Gesamtentwicklung dieser Vertriebenengruppe zwischen den beiden deutschen Nachkriegszählungen ermittelt werden. Hierbei ist es vor allem erforderlich, eine Vorstellung von dem Umfang der Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft, die in Danzig beheimatet waren und über die Aussiedlungen in den Jahren 1947 bis 1950 zu gewinnen. Mit Hilfe der im Statistischen Bundesamt entwickelten Methode errechnet sich für die zurückgekehrten Kriegsgefangenen, die vor dem Kriege in Danzig ihren Wohnsitz hatten, eine Zahl von 23000 Personen. Vergleicht man jedoch diesen Wert mit den ent-

sprechenden Zahlen für die anderen Landsmannschaften und berücksichtigt noch, daß es sich bei den Danzigern um eine vorwiegend städtische Bevölkerung handelte, die im allgemeinen nicht so hohe Einziehungsquoten hatten wie eine vorzugsweise ländliche Bevölkerung, dann wird man allenfalls mit insgesamt 20 000 heimgekehrten Kriegsgefangenen dieser Vertriebenengruppe im genannten Zeitabschnitt rechnen können.

Da die deutsche Bevölkerung aus Danzig schon bis Ende Oktober 1946 fast vollständig ausgewiesen worden war, können in den Jahren bis zur Volkszählung 1950 nur noch wenige Danziger die Heimat verlassen haben. Wie sich aus den Darlegungen im Abschnitt G noch ergeben wird, ist eine Zahl von annähernd 10 000 in diesem Zeitraum ausgewiesener Danziger wahrscheinlich.

Schließlich muß noch bedacht werden, daß wenigstens in der Bundesrepublik die Vertriebenen aus Danzig einen Geburtenüberschuß gehabt haben. Er ist auf Grund der im Statistischen Bundesamt entwickelten Berechnungsmethode mit 7 000 Personen anzusetzen. Für die sowjetische Besatzungszone kann für den gleichen Zeitraum kein nennenswerter Geburtenüberschuß angenommen werden. Er wird in dieser Bilanz nicht berücksichtigt. — Stellt man für das Bundesgebiet und Berlin (West) diese Veränderungsfaktoren zusammen, dann ergibt sich gegenüber der tatsächlichen Veränderung der Danziger in diesen Gebieten auf Grund der Volkszählungsergebnisse eine Differenz von 32 600 Personen. Sie kann nur durch Interzonenwanderung entstanden sein.

Veränderung der Vertriebenen aus Danzig 1946 bis 1950

Art der Veränderung	Bundesgebiet und Berlin (West)	Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin
Aufnahme von Ausgewiesenen	3 000	7 000
Entlassung aus Kriegsgefangenschaft	17 000	3 000
Rückführung von Vertriebenen aus Dänemark	28 000	9 000
Geburtenüberschuß	7 000	—
Zusammen	55 000	19 000
Auswanderung	— 1 000	—
Interzonenwanderung	+ 32 600	— 32 600
Insgesamt	86 600	— 13 600

Falls bei dieser z. T. durch Schätzung ermittelten Aufteilung der Veränderungen auf das Bundesgebiet und Berlin (West) bzw. auf die sowjetische Besatzungszone und Ostberlin Ungenauigkeiten vorliegen sollten, würden diese nur die Höhe der Interzonenwanderung beeinflussen.

Ausgehend von der Zahl der Vertriebenen am 29. Oktober 1946 ergibt sich auf Grund vorstehender Berechnungen nach dem Stand vom 13. September 1950 folgende Übersicht über den Aufenthalt der vertriebenen Deutschen aus Danzig:

Gebiet	Vertriebene
Bundesrepublik	224 800
Berlin (West)	5 200
SBZ und Ostberlin	59 800
Ausland	1 000
Insgesamt	290 800

G. Die in Danzig zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

1. Stand: 29. Oktober 1946

Die polnische Zählung vom 14. Februar 1946 nennt für das Gebiet der früheren Freien Stadt Danzig noch 39518 Deutsche⁸⁾. Die Frage ist, wieviele von ihnen am 29. Oktober 1946 noch in Danzig zurückgeblieben waren. Die Deutschenausweisungen, die den Winter 1945/46 über eingedämmt worden waren, setzten bereits im Frühjahr 1946 wieder ein. Ein in der „Dokumentation“ abgedruckter Bericht⁹⁾ eines Augenzeugen besagt darüber zum Mai 1946: „Dann hieß es, die Deutschen müssen raus. Straßenweise wurde geräumt“. Das Ausmaß dieser Vertreibungen läßt sich aus dem Vergleich verschiedener polnischer Veröffentlichungen ermitteln.

Am 14. Februar 1946⁸⁾ wurden in Polen, Danzig und in den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches noch 2288300 Deutsche gezählt. Zieht man von dieser Summe die jeweils ausgewiesenen Deutschen ab, so blieben am 1. Juli 1946 noch 1519000, am 1. November 1946 noch 901000¹⁰⁾. Für die gleichen Termine gibt der amtliche polnische „Atlas der wiedergewonnenen Gebiete“¹¹⁾ 1269645 bzw. 675000 Deutsche an, die in den besetzten deutschen Ostgebieten zurückgeblieben waren. Durch Differenzbildung ergeben sich für Polen in den Grenzen von 1937 und Danzig zusammen 249000 bzw. 226000 Deutsche. Aus den alten polnischen Gebieten fanden in dieser Zeit keine Austreibungen statt; ihre Deutschenzahl hielt sich, abgesehen von den Sterbeverlusten in den Lagern, auf der Höhe der Zählung vom 14. Februar 1946 (212000). Die Verminderung muß demnach, wenn die polnischen Unterlagen richtig sind, nur die Danziger Deutschen betroffen haben, von denen dann Anfang November 1946 nur noch 14000 in der Heimat gewesen sein dürften.

2. Stand: 13. September 1950

In den folgenden Jahren schmolz diese geringe Zahl weiterhin zusammen. Am 1. Juni 1947 waren nach polnischen Angaben noch 7000 Deutsche in Danzig¹²⁾. Berichte von später Ausgewiesenen sprechen von 3000 bis 8000 zurückgebliebenen Deutschen; diese Angaben dürften jedoch überholt sein.

In der Tat gab es in den letzten Jahren kaum mehr eine Abwanderung. Vom März 1950 (Beginn der Operation Link) bis zum 1. März 1955 wurden nur 194 Deutsche aus Danzig in das Bundesgebiet gebracht; weitere 1010 Personen waren am 31. März 1955 noch als Aussiedlungswillige gemeldet¹³⁾. Für die Evangelischen des Danziger Territoriums besteht gegenwärtig nur eine einzige Pfarrgemeinde in Zoppot¹⁴⁾. Im ganzen kann für September 1950 kaum mit mehr als 4000 Deutschen in Danzig gerechnet werden.

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Danzig

Bis 1950 wurden die deutschen Kriegsgefangenen in den westlichen Ländern fast sämtlich entlassen. Die amtliche Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten im März 1950, die im Bundesgebiet und in Berlin (West) vorgenommen wurde, ergab

für Danzig 768 Kriegsgefangene, 482 befanden sich zum Zeitpunkt der Registrierung in der Sowjetunion. Als sogenannte Straf- und Untersuchungsgefangene wurden 76 Personen ermittelt. Mit Einbeziehung der sowjetischen Besatzungszone und Ostberlins wird man den Kreis dieser Personen, die 1950 noch am Leben waren, auf rund 1 000 begrenzen können. Aus den Ausführungen in Abschnitt D kann geschlossen werden, daß von den Wehrmachtsvermißten gleichfalls noch mindestens 1 000 lebten.

I. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Danzig

Nach dem Stand vom 13. September 1950 konnten folgende Zahlen für die Danziger nachgewiesen werden:

Bundesrepublik Deutschland	224 800
Berlin (West)	5 200
Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin	59 800
Ausland.....	1 000
zusammen	290 800
Geburtenüberschuß der Vertriebenen für die Zeit von der Vertreibung bis September 1950	7 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	233 800
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene und Zivilinternierte	1 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Wehrmachts- vermißte	1 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Be- völkerung	4 000
Geklärte Fälle	289 800
Ungeklärte Fälle	83 200

Die Verluste der Danziger betrugen insgesamt 105 200 Personen, das sind 27,7 vH der deutschen Bevölkerung Danzigs von 1939. Davon sind 22 000 oder 5,7 vH Wehrmachtssterbefälle und rund 83 200 oder 21,9 vH Verluste der Zivilbevölkerung.

Es ist dabei anzunehmen, daß ein Teil der 83 200 ungeklärten Fälle auf Verluste zurückzuführen ist, die bei der Beschießung und bei der Besetzung Danzigs durch die Rote Armee, also noch als Folge von Kriegshandlungen eintraten¹⁵). Wieviel Personen auf der Flucht umkamen und wieviel Danziger nach dem Osten verschleppt wurden, ist nicht feststellbar. Im einzelnen zwischen zivilen Kriegs-, Flucht-, Verschleppungs- und Vertreibungsverlusten zahlenmäßig zu unterscheiden, ist bei der deutschen Bevölkerung aus der ehemaligen Freien Stadt Danzig nicht möglich.

Anmerkungen

- ¹⁾ Danziger Statistisches Taschenbuch 1930/31, Danzig 1930, S. 17.
- ²⁾ Danziger Statistische Mitteilungen, zuletzt Jg. 19/1939, Nr. 2, S. 24.
- ³⁾ Danziger Statistisches Taschenbuch 1930/31, S. 18.
- ⁴⁾ Danziger Statistische Mitteilungen, Jg. 19/1939, Nr. 2, S. 23.
- ⁵⁾ Quellen:
 - Für die britische Zone: Die Flüchtlinge in Deutschland, Ergebnisse der Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, Statistische Berichte. Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, S. 20.
 - Für Hessen: Statistik und Wirtschaft in Hessen, Statistische Mitteilungen, (Jg. 7, Heft 2, 1. April 1952, S. 34.) Hrsg. Hessisches Statistisches Landesamt.
 - Für Württemberg-Baden: Die Volks- und Berufszählung vom 29. 10. 1946 in Württemberg-Baden. In: Sonderheft zum Jahrgang 1949 der Statistischen Monatshefte Württemberg-Baden, Stuttgart 1948.
 - Für Bayern: Die Flüchtlinge in Bayern, Ergebnisse einer Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 142, München 1948.
 - Für Rheinland-Pfalz: Volks- und Berufszählung vom 29. 10. 1946. In: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 1, Bad Ems 1949.
 - Für Württemberg-Hohenzollern: Die Volkszählung am 29. 10. 1946 in Württemberg-Hohenzollern und im Kreis Lindau. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, Nr. 1/2, Tübingen 1949. Z. T. mußten auf Grund dieses Quellenmaterials besondere Berechnungen zur Eliminierung der in diesen Veröffentlichungen nicht ausgewiesenen Personen mit nichtdeutscher Muttersprache vorgenommen werden.
- ⁶⁾ Die Mitteilung erfolgte als Antwort auf eine Anfrage von Dr. Werner Essen, Bonn.
- ⁷⁾ Flygtninge i Danmark 1945—1949. Kopenhagen 1950, Diagramm S. 322.
- ⁸⁾ Powszechny sumaryczny spis ludności z dn. 14. II. 1946. r., In: Statystyka Polski, Serie D, Heft 1. Warschau 1947, S. XVI.
- ⁹⁾ Vgl. „Dokumentation der Vertreibung“ Band I/2, S. 776.
- ¹⁰⁾ Rocznik Statystyczny 1947 und 1948, Warschau.
- ¹¹⁾ Atlas Ziemi Odzyskanych. Hrsg. Główny Urząd Planowania Przestrzennego. Warschau, 2. Aufl. Dezember 1947, Karte 14.
- ¹²⁾ Rocznik Statystyczny 1947, Warschau.
- ¹³⁾ Nach einer Aufstellung des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes in Hamburg-Oldsorf.
- ¹⁴⁾ Kalendarz Ewangelicki. Hrsg. Warschauer Kirchenleitung für das Jahr 1955.
- ¹⁵⁾ Auch die Verluste der Zivilbevölkerung durch Luftangriffe, die nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes etwa 600 Personen umfaßten, traten mit wenigen Ausnahmen erst zu Anfang des Jahres 1945, knapp vor dem Beginn der Erdkämpfe, ein; sie sind in den „ungeklärten Fällen“ mit enthalten.

Hinweis

Kartographische Darstellung vgl. S. 95, „Ostpreußen und Danzig Verwaltungsgrenzen 1939, 1946/48 und 1953“.

Polen

(einschließlich des Olsagebietes)

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	271
II. Das benutzte Quellenmaterial	
1. für die Zeit bis 1945	274
2. für die Zeit nach 1945	274
III. Überblick über die Bilanz	275
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Polens im September 1939	278
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Polens vom September 1939 bis Anfang 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	287
C. Die deutsche Bevölkerung Polens Anfang 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	289
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Polens	289
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Polens Anfang 1945 (ohne Be- rücksichtigung der zivilen Kriegsverluste)	290
F. Die deutschen Vertriebenen aus Polen	290
G. Die in Polen zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevöl- kerung	293
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Polen	298
I. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Polen	298
Anmerkungen	301
Tabellenteil	
1. Die Deutschen in Polen nach der Religionszugehörigkeit am 9. Dezem- ber 1931 (amtl. Zahlen)	304
2. Die Evangelischen in Polen am 9. Dezember 1931 (amtl. Zahlen)	305
3. Die ein- und zweisprachigen Deutschen in Polen nach der Religionszuge- hörigkeit am 9. Dezember 1931 (berichtigte Zahlen)	306
4. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Evangelischen in Polen 1931 und 1932	307
5. Die nach Polen umgesiedelten Deutschen aus den ost- und südosteuro- päischen Siedlungsgebieten (Stand: Frühjahr 1943)	307
6. Die ein- und zweisprachigen Deutschen in Polen nach der Religionszuge- hörigkeit im Jahre 1944	308
7. Die Bevölkerung Polens nach Personenkreisen am 14. Februar 1946 . .	309

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Der Versuch, die Kriegs- und Vertreibungsverluste der deutschen Bevölkerung in Polen in den Grenzen von 1937 festzustellen¹⁾, begegnet großen Schwierigkeiten, schon hinsichtlich der Ausgangszahlen von 1939. Sie beruhen einmal in der Ungenauigkeit der polnischen Volkszählungen (die amtliche polnische Statistik war bestrebt, den Vielvölkercharakter des Landes durch möglichst niedrige Zahlenangaben für die nichtpolnischen Völker weniger in Erscheinung treten zu lassen)²⁾ und andererseits in den großen inneren Gruppenverschiedenheiten im Deutschtum Polens, die nicht nur in der Herkunft aus drei Teilgebieten, sondern in viel weiter zurückliegenden geschichtlichen Tatsachen begründet sind. Dieser Umstand erfordert ein ausführliches Eingehen auf die Deutschtumsstatistik Vorkriegspolens in den Grenzen von 1937. Dabei muß infolge der örtlichen Unterschiede die Berechnung nach Teilgebieten getrennt vorgenommen werden, obwohl die Einzelergebnisse für die endgültige Bilanzrechnung nicht ausgewertet werden können. Um größere Sicherheit zu schaffen und Fehlerquellen nach Möglichkeit auszuschließen, müssen auch zahlreiche kleine Einzelposten mit berücksichtigt werden, obwohl sie größtmäßig ohne entscheidenden Einfluß auf das Endergebnis sind.

Es sind vor allem sechs Teilgebiete in Polen zu unterscheiden, in denen seit Jahrhunderten bodenständiges Deutschtum beheimatet ist:

1. Die Wojewodschaften Posen und Pommerellen (Pomorze) gehörten bis 1772 zum alten polnischen Staate. In ihnen gehen kleine Teile des Deutschtums, vor allem an der Westgrenze um Lissa und Konitz, auf die mittelalterliche Kolonisation des 13. und 14. Jahrhunderts zurück, die Hauptmasse auf die neuzeitliche Einwanderung im 16. bis 18. Jahrhundert, eine jüngste Gruppe auf den Einzelzuzug in preußischer Zeit und auf die Tätigkeit der preußischen Ansiedlungskommission seit 1886.
2. Der größere Nordteil der Wojewodschaft Schlesien, „Ostoberschlesien“ gehörte seit 1327 ununterbrochen zum Deutschen Reiche. Die deutschen Siedler des Mittelalters wurden hier im 15. und 16. Jahrhundert sprachlich polonisiert. Die breite Deutschtumsschicht des Landes entstammte der Zuwanderung des 19. Jahrhunderts im Gefolge der Industrialisierung Oberschlesiens, vor allem aber der freiwilligen Hinwendung der altansässigen schlesischen Bevölkerung, die sich niemals als Polen gefühlt hatte, zum Deutschtum, nach der Gesinnung und teilweise auch nach der Sprache.
3. Eine ähnliche Zweiteilung wies das Teschen-Bielitzer Gebiet, der südliche Teil der Wojewodschaft Schlesien (Teschener Schlesien) auf. Es ist ein Stück des alten Schlesien, das 1742 bei Österreich verblieb. Das Deutschtum geht hier (in der Bielitzer Sprachinsel, die bis nach Galizien hineingreift) auf die Kolonisation des 13. Jahrhunderts zurück. Unter der polnisch sprechenden Bevölkerung zeigte ein Teil, die sogenannten „Schlonsaken“, ein ähnliches, wenngleich nicht so deutlich ausgesprochenes und nicht bis zum Sprachenwechsel gediehenes kulturelles Bekenntnis zum Deutschtum wie in Ostoberschlesien.
4. Die Wojewodschaften Krakau, Lemberg, Stanislaw und Tarnopol (Galizien oder „Klempolen“ im neueren Wortsinn) gehörten erst seit 1772 zu Österreich. Seit 1781 wurden hier unter Kaiser Joseph II. Südwestdeutsche angesiedelt („Pfäl-

zer“), im 19. Jahrhundert auch Sudetendeutsche (hauptsächlich Deutschböhmen), durchweg in kleinen, weitverstreuten Sprachinseln, besonders im östlichen, ukrainischen Teil des Landes.

5. Die Zentralwojewodschaften Warschau Stadt und Land, Lodz, Kielce, Lublin und Białystok („Mittelpolen“) entsprachen dem an Polen gekommenen Hauptteil des alten Russisch-Polen oder Kongreßpolen, erweitert um einige Kreise im Osten der Wojewodschaft Białystok. Die Deutschen wanderten in Fortsetzung des neuzeitlichen Zuges nach Posen-Westpreußen im 18. und 19. Jahrhundert hier ein, teils Bauern, teils Tuchmacher und Weber. Die letzteren schufen die Textilindustrie des Lodzer Rayons.
6. Von den Ostwojewodschaften Wolhynien, Polesien, Nowogródek und Wilna („Ostpolen“) wies nur die erstgenannte ein stärkeres Deutschtum auf, durchweg Abkömmlinge bäuerlicher Einwanderer, die zumeist erst nach 1860 ins Land gekommen waren.

Zu diesen Gebietsverschiedenheiten kommt eine grundsätzlich wichtige Zerteilung des Deutschtums in Polen in sprachlicher Hinsicht. Die Mehrheit ist rein deutsch nach ihrem nationalen Bewußtsein, nach Abstammung und Sprache. Neben ihr gibt es mehrere größere und kleinere zweisprachige Gruppen, die mit polnischer Familiensprache das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Deutschtum verbinden. Diese Zwischengruppen konnten entweder durch Hinwendung ursprünglich polnischer Menschen zum Deutschtum oder umgekehrt durch sprachliche Polonisierung rein Deutscher entstehen.

Der erstere Fall wurde in den alten Reichsgebieten Schlesien und Ostpreußen verwirklicht. Die lange geschichtliche Gemeinsamkeit mit dem Deutschtum, die dadurch bedingte Übereinstimmung der Kultur- und Lebensformen, zum Teil auch die evangelische Konfession, die eine seelische Trennung von dem katholisch geprägten Polentum und eine Verbindung mit dem Deutschtum bedeutete, wirkten dahin, daß sich Menschen polnischer Haussprache, die teilweise auch von den deutschen Kolonisten des Mittelalters abstammten, als zum deutschen Volk zugehörig bekennen und diesem Bekenntnis gemäß handeln: durch die Zugehörigkeit zu deutschen oder prodeutschen Parteien und Organisationen, durch Anmeldung ihrer Kinder in deutsche Schulen, durch Abgabe ihrer Stimmen für deutsche Parteien, durch die Beteiligung an Rücksiedlungen nach Deutschland ab 1939, vielfach auch durch Verwendung des Deutschen als Schrift- und Bildungssprache.

Die größte hierher gehörige Gruppe bilden die Oberschlesier mit dem Schwerpunkt im Industriegebiet; die bis 1937 geltende Genfer Konvention zwischen dem Deutschen Reiche und Polen gewährte ihnen ein Mindestmaß von nationalem Schutz und von Betätigungsmöglichkeiten im deutschen Sinn. Viel schlechter waren in dieser Hinsicht die deutschgesinnten „Schlonsaken“ im östlichen Teschener Schlesien gestellt; sie genossen keinen Minderheitenschutz, und ihre noch aus österreichischer Zeit überkommene stammesmäßige Organisation war von den Polen gleich im Jahre 1920 zerschlagen worden. Dagegen besaßen die Schlonsaken des 1920 zur Tschechoslowakei gekommenen westlichen Teschener Schlesiens, des sogenannten „Olsa-gebietes“, vor der Angliederung an Polen 1938 etwas mehr Bewegungsfreiheit, vor allem deshalb, weil sie von den Tschechen als Gegengewicht gegenüber dem Polentum bewertet wurden. In beiden Teilen des Teschener Schlesiens war ein Großteil der Schlonsaken auch durch die Zugehörigkeit zur evangelisch-augsburgischen Konfession dem Deutschtum verbunden.

In höherem Maße gilt das für die Masuren im Kreise³⁾ Soldau (früherer Teil des ostpreussischen Kreises Neidenburg) und für die polnisch sprechenden Evangelischen der Südposener Kreise Kempen (mit Schildberg) und Ostrowo (mit Adelnau), die im 17. und 18. Jahrhundert aus Schlesien einwanderten und teilweise deutscher Abstammung sind. Beide Gruppen gehörten der deutschen „Evangelisch-Unierten Kirche in Polen“ mit dem Sitz in Posen an.

In dem nach dem Ersten Weltkrieg ohne Volksabstimmung an Polen abgetretenen niederschlesischen Grenzstreifen (Teile der Kreise Namslau, Groß Wartenberg, in Polen vereinigt mit den Kreisen Kempen, Schildberg und Adelnau, dazu kleine Gebietsteile der schlesischen Kreise Militsch und Guhrau) waren so gut wie alle Polnischsprechenden, Evangelische wie Katholiken, deutsch gesinnt. Die Abstimmung in dem beim Reich verbliebenen Teil von Namslau ergab 97,6 vH für Deutschland.

Der umgekehrte Fall, daß Zweisprachigkeit aus reinem Deutschtum entstand, trat seltener und nur im Bereich des alten Polen (in den Grenzen von 1772) auf, indem deutsche Siedler unter dem Einfluß ihrer Umgebung allmählich die polnische Umgangssprache annahmen, aber die innere Bindung an ihr altes Volkstum noch nicht abreißen ließen. Die Tendenz zur Entdeutschung wurde durch die Gemeinsamkeit des Bekenntnisses gestärkt, und darum bildeten sich Gruppen dieser Art vor allem aus den katholischen Deutschen in Westpreußen (Pommerellen) und Galizien. Das einzige hierher gehörige evangelische Beispiel sind die fälschlich sogenannten „Holländer“ südlich Brest-Litowsk am Bug (Bugholländer), Nachkommen deutscher Kolonisten des 17. Jahrhunderts aus dem Danziger Gebiet, die nur infolge ihrer völlig vereinsamten östlichen Lage die polnische Umgangssprache angenommen hatten, sich aber gerade infolge ihres evangelischen Glaubens weiterhin dem Deutschtum zugehörig fühlten.

Die zweisprachigen Deutschen Polens stehen in einer Reihe mit anderen nationalen Zwischengruppen an der deutschen Ost- und Nordgrenze, den ostpreussischen Masuren, den Hultschiner Morawzen, den „Heimdeutschen“ in Schleswig usw. Sie müssen zweifellos als Deutsche anerkannt werden, da das entscheidende Kriterium der nationalen Zugehörigkeit das persönliche Bekenntnis ist. Auch die Genfer Konvention hatte bestimmt, daß das Bekenntnis zu einem Minderheitsvolkstum vom Staate nicht in Zweifel gestellt und nachgeprüft werden dürfe.

In der Praxis haben sich die Polen an diesen vertragsmäßig von ihnen anerkannten Grundsatz freilich nicht gehalten. Sie haben zunächst die Gesamtheit der zweisprachigen Deutschen als Polen beansprucht und bei den Volkszählungen als solche ausgewiesen. Erst als der fortdauernde Volkstumskampf und vor allem die Ereignisse zwischen 1939 und 1945 bewiesen, wie stark das Deutschtumbewußtsein der Zweisprachigen tatsächlich ist, änderten die Polen ihre Einstellung. Ein Teil der Zweisprachigen, die 1921 und 1931 als Polen gezählt worden waren, wurde nach 1945 wegen seines Deutschtums oder nach der amtlichen Formulierung „wegen Volksverrats“ in Konzentrationslager gebracht und später ausgewiesen. Damit hat Polen selbst die Berechtigung des deutschen Volkstumsanspruches bekräftigt. Es ist kein Widerspruch dazu, sondern nur eine Folge des Menschen- und Arbeitermangels in den von Polen besetzten Gebieten, daß der Großteil der Zweisprachigen, zum Teil nach einem demütigenden „Rehabilitierungsverfahren“, doch in Polen belassen wurde, vor allem im oberschlesischen Industriegebiet, im Teschener Schlesien und in Pommerellen.

Während die einsprachigen Deutschen eine sichere, feststehende Größe sind, zu deren Ermittlung die polnischen Zählungen zumindest einen Ausgangspunkt geben, traten die Zweisprachigen in den Volkszählungen überhaupt kaum in Erscheinung und ihre Zahl war, wie das auf Grund eines freien Willensentscheides natürlich ist, starken Schwankungen ausgesetzt. Um einen festen Kern, der sich auch unter schwersten Bedrückungen als deutsch bewährte, ordneten sich weitere Schichten an, die ein Bekenntnis zum Deutschtum nur in Perioden nachlassenden nationalen Druckes wagten. Darum lassen sich für den Personenkreis der Zweisprachigen, wo nicht zusätzliche Kriterien, wie jenes der evangelischen Konfession, herangezogen werden können, nur angenäherte Zahlen angeben. Schon aus diesem Grunde müssen sie bei der folgenden Berechnung von den Einsprachigen getrennt werden, vor allem aber infolge der verschiedenen Behandlung beider Gruppen bei der Vertreibung aus Polen.

Die nach dem 1. September 1939 nach Polen gekommenen Deutschen, vor allem die deutschen Umsiedler, die in den Gebieten Polens in den Grenzen von 1937 angesiedelt wurden, sind in dieser Bilanz nicht berücksichtigt. Ebenso wurde die deutsche Verwaltungseinteilung und Gebietsneugliederung bei der Aufstellung der deutschen Bevölkerungsbilanz unberücksichtigt gelassen.

II. Das benutzte Quellenmaterial

1. Für die Zeit bis 1945

Keyser, Erich: Die Bevölkerung der östlichen Provinzen des Preußischen Staates von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1939. In: Die Ostgebiete des Deutschen Reiches, ein Taschenbuch. Hrsg. G. Rhode, 3. Aufl., Würzburg 1956.

Winkler, Wilhelm: Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschtum, Berlin 1927.

Bierschenk, Theodor: Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939, Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr., Nr. 10, Kitzingen 1954.

Kuhn, Walter: Bevölkerungsstatistik des Deutschtums in Galizien, Wien 1930.

Mückler, A.: Das Deutschtum Kongreßpolens, eine statistisch-kritische Studie, Wien 1927.

Rocznik Ewangelicki, Warschau 1925.

Statystyka Polski, Serie C, Volkszählung 1931, Bände für die einzelnen Wojewodschaften, Warschau 1937—1938.

Handakte Papritz, Marburger Staatsarchiv 340, C 12 d 63, 67.

Du Prel: Das Deutsche Generalgouvernement Polen, Krakau 1940.

Kleiner Umsiedlungsspiegel. Hrsg. Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, Stand vom Juli 1943.

Die Zivilbevölkerung des Deutschen Reiches 1940—1945. Ergebnisse der Verbrauchergruppenstatistik. In: Statistische Berichte Arb.-Nr. VIII/19/1 vom 28. Februar 1953. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

2. Für die Zeit nach 1945

Schieder, Theodor, in Verbindung mit Adolf Distelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. In: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hrsg. Ministerium für Vertriebene, München 1953.

Die Flüchtlinge in Deutschland. Ergebnisse der Sonderauszählungen aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/0/4 vom 25. März 1950. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1946 bis 1953. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 114. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Flygtninge i Danmark 1945—1949. Hrsg. Dänische Flüchtlingsadministration, Kopenhagen 1950.

Akten des Deutschen Roten Kreuzes, Abt. Suchdienst, Familienzusammenführung, Hamburg-Oldsorf.

Rhode, Gotthold: Die Deutschen im Osten nach 1945. In: Zeitschrift für Ostforschung, 2. Jg., 1953.

Geilke, Georg: Die Lösung der „Deutschen Frage“ im Lichte polnischer Gesetze, Hamburg 1956 (als Manuskript vervielfältigt).

Seraphim, P. H.: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. Band 7/I, Berlin 1954.

Zwei Jahre Siedlung in den Westgebieten, Demographische Probleme Polens (III). Deutsche Übersetzung, Februar 1948.

Frumkin, Gregor (Grzegorz): Population Changes in Europe since 1939. A Study of Population Changes in Europe during and since World War II as shown by the Balance Sheets of Twenty-four European Countries, London 1951.

Powszechny sumaryczny spis ludności z dn. 14. II. 1946 r. Statystyka Polski, Serie D, Heft 1. Hrsg. Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej, Warschau 1947.

Rocznik Statystyczny, Statistisches Jahrbuch 1946 und 1947.

Strażnica ewangeliczna 1951, Nr. 16; 1954, Nr. 17.

Kalendarz ewangelicki. Hrsg. Warschauer Kirchenleitung 1953, 1955.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung Polens im September 1939

1. Posen-Pommerellen	383 000
a) Von der Vertreibung Betroffene	335 000
Einsprachige	321 000
Zweisprachige	14 000
b) Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	48 000
2. Mittelpolen	360 000
3. Ostpolen	67 000
a) Einsprachige	62 000
b) Von der Vertreibung betroffene Zweisprachige	5 000
4. Galizien	71 000
a) Einsprachige	66 000
b) Von der Vertreibung betroffene Zweisprachige	5 000

5. Oberschlesien	390 000
a) Von der Vertreibung Betroffene	115 000
Einsprachige	90 000
Zweisprachige	25 000
b) Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	275 000
6. Teschener Schlesien	40 000
a) Einsprachige	30 000
b) Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	10 000
7. Olsagebiet	60 000
a) Einsprachige	10 000
b) Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	50 000
Insgesamt	1 371 000
davon	
a) Von der Vertreibung Betroffene	988 000
Einsprachige	939 000
Zweisprachige	49 000
b) Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	383 000
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Polens vom September 1939 bis Anfang 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	
Natürlicher Bevölkerungszuwachs	
a) Einsprachige und von der Vertreibung betroffene Zweisprachige	
1. Posen-Westpreußen	2 000
2. Mittelpolen	10 000
3. Ostpolen	5 000
4. Galizien	2 000
5. Oberschlesien	} 3 000
6. Teschener Schlesien	
7. Olsagebiet	
zusammen	22 000
b) Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	8 000
Insgesamt	30 000
C. Die deutsche Bevölkerung Polens Anfang 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	
a) Einsprachige und von der Vertreibung betroffene Zweisprachige	
1. Posen-Westpreußen	337 000
2. Mittelpolen	370 000
3. Ostpolen	72 000
4. Galizien	73 000
5. Oberschlesien	} 158 000
6. Teschener Schlesien	
7. Olsagebiet	
zusammen	1 010 000
b) Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	391 000
Insgesamt	1 401 000

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Polens	
Wehrmachtssterbefälle	
a) Einsprachige und von der Vertreibung betroffene Zweisprachige	78 000
b) Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	30 000
Insgesamt	108 000
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Polens Anfang 1945	
(ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung)	
a) Einsprachige und von der Vertreibung betroffene Zweisprachige	932 000
b) Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	361 000
Insgesamt	1 293 000
F. Die deutschen Vertriebenen aus Polen	
Stand: 13. September 1950	
Bundesrepublik Deutschland	410 000
Berlin (West)	10 000
Sowjetische Besatzungszone	250 000
Ost-Berlin	
Österreich	10 000
Andere Aufnahmegebiete	8 000
Insgesamt	688 000
davon entfallen auf den Geburtenüberschuß von Anfang 1945 bis zum	
13. September 1950	16 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	672 000
G. Die in Polen zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	
Stand: September 1950	
Einsprachige und von der Vertreibung betroffene Zweisprachige	70 000
Von der Vertreibung nicht betroffene Zweisprachige	361 000
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Polen (Einsprachige und von der Vertreibung betroffene Zweisprachige)	
	5 000
I. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Polen	
Deutscher Bevölkerungsstand Anfang 1945	1 293 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	672 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	5 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	431 000
Geklärte Fälle	1 108 000
Ungeklärte Fälle	185 000

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Polens im September 1939

Die Deutschen in Polen 1931

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wurden in Polen zwei Volkszählungen durchgeführt. Bei der ersten, am 30. September 1921, die Oberschlesien noch nicht umfaßte, wurde die Gliederung nach der Nationalität, bei der zweiten, am 9. Dezember 1931, die nach der Muttersprache zugrunde gelegt. Wenn auch die spätere Zählung wichtiger ist, so ist doch auch jene von 1921 zu Vergleichszwecken heranzuziehen. Eine Kontrollmöglichkeit der staatlichen Zählung ergibt sich ferner aus privaten Erhebungen der deutschen Volksgruppe, die sich allerdings auf die westlichen Teilgebiete beschränken und infolge der Behinderung durch die staatlichen Organe nur als Mindestzahlen zu betrachten sind.

Sehr wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Methode der „stellvertretenden Benutzung der Konfessionszahlen“. Sie beruht darauf, daß der überwiegende Teil der einsprachigen Deutschen in Polen evangelisch war, so daß nur die an Zahl geringen und leicht übersehbaren Gruppen der nichtevangelischen Deutschen und der nichtdeutschen Protestanten ermittelt werden müssen, um aus der in der Volkszählung angegebenen Zahl der Evangelischen jene der Deutschen zu berechnen. Die konfessionelle Zugehörigkeit ist, anders als Volkstum oder Muttersprache, ein präzises Merkmal der Einzelperson, nur durch einen rechtlichen Akt veränderlich und einer Verfälschung bei der Volkszählung kaum ausgesetzt; sie kann daher für die deutschen Volksgruppen in Polen einen zuverlässigeren Ausgangspunkt für statistische Berechnungen bieten⁴⁾.

1. Posen-Pommerellen

In Posen-Westpreußen wurden 1931 einerseits 298480 Deutsche nach dem Kriterium der Muttersprache gezählt, andererseits 304899 Evangelische. Von den Personen evangelischen Bekenntnisses waren 261680 Deutsche, 685 Tschechen (friderizianische „Hussiten“-Kolonien in dem 1919 an Polen abgetretenen, der Wojewodschaft Posen angeschlossenen niederschlesischen Grenzstreifen), 41884 Polen, 351 Personen anderer und 299 unbestimmter Sprache.

In Wirklichkeit befanden sich in Posen-Pommerellen aber nur einige aus Mittelpolen zugewanderte Lutheraner polnischer Volkszugehörigkeit; sie waren in sieben kleinen, von Warschau aus organisierten Pfarrgemeinden zusammengeschlossen. Ihre Höchstzahl ergibt sich aus den durch die polnische Zählung des Jahres 1931 ausgewiesenen Lutheranern polnischer Muttersprache (5037); nach kirchlichen Zählungen (1937 nur 1078 Wahlberechtigte für die Kirchenwahlen) waren es höchstens 4000. Zweisprachig oder polnisch sprechend, aber nicht polnischgesinnt war ein Teil der Evangelischen im Kreis Soldau (Masuren) und in Südpolen. Unter der wahrscheinlichen Voraussetzung, daß in diesen Gebieten die Katholiken durchweg als Polen gezählt wurden, ergibt sich die Höchstzahl der zweisprachigen deutschgesinnten Evangelischen aus der Zählung von 1931 als Differenz zwischen Evangelischen und Deutschen:

Kreis Soldau	6 979—2 862 =	4 117	zweisprachige deutschgesinnte Evangelische
„ Ostrowo	10 082—3 985 =	6 097	„ „ „
„ Kempen	8 393—3 273 =	5 120	„ „ „

wobei von der letzten Zahl mindestens noch 1000 evangelische, deutschgesinnte Tschechen (1905 waren es noch 1500, die Abwanderung war gering) abziehen sind. Nimmt man entsprechend den Verhältnissen in den übrigen Kreisen an, daß 1000 einsprachige Deutsche als Polen gezählt wurden, dann wird man rund 13000 deutsch und polnisch sprechende, aber deutschgesinnte Evangelische ansetzen können.

Rechnet man von den rund 304900 Evangelischen 4000 Polen, 13000 Zweisprachige (deutsch-polnisch), 1000 tschechisch sprechende und 400 andere Personen ab, so bleiben 286500 rein deutsche Evangelische übrig. Neben den von der Zählung ausgewiesenen 261680 deutschen Evangelischen wurden also 25000 weitere oder 9 vH verschwiegen. Als Beispiel sei angeführt, daß 1931 im Landkreis Bromberg 12700 Evangelische, dagegen nur 7517 Deutsche gezählt wurden, während 1921 umgekehrt mehr Deutsche als Evangelische aufgenommen worden waren und die deutsche Selbstzählung 1934 12211 Deutsche ergab⁵⁾.

Nimmt man bei den weiteren 6454 im Jahre 1931 gezählten Deutschen, nämlich den 3800 Angehörigen evangelischer Sekten, den 2406 Juden und 248 Anderskonfessionellen, einen entsprechenden Zählungsschwund an, so sind statt dieser drei Gruppen rund 7000 Deutsche einzusetzen.

Mit einem viel höheren Verschweigungsanteil ist dagegen bei den katholischen Deutschen zu rechnen, entsprechend der polnischen Neigung, katholisch gleich polnisch zu setzen. Allein für Pommerellen führt das 1928 erschienene amtliche Werk der (polnischen) Diözesanverwaltung 21600 katholische Deutsche an, statt der 13708 gezählten von 1931. Danach muß die Summe der katholischen (einsprachigen) Deutschen für Pommerellen mindestens auf 25000, für Posen auf 20000 erhöht werden, wodurch sich zusammen 45000, statt der 30346 der Volkszählung von 1931 ergeben.

Noch viel höhere Zahlen deutscher Katholiken ergaben sich bei der unmittelbar nach der deutschen Besetzung vorgenommenen Zählung im Herbst 1939⁶⁾. Dabei wurden z. B. im Kreise Konitz 27441 Deutsche ermittelt statt der 7631 von 1931, im Kreise Zempelburg 13606 statt 11942, in Tuchel 4645 statt 3150, in Dirschau 7822 statt 4359 usw. Gerade die Kreise mit älteren katholisch-deutschen Siedlungen zeigen starke Erhöhungen. Im ganzen wurden 1939 im Gebiete der früheren Wojewodschaft Pommerellen (ohne Kreis Soldau) 159366 Deutsche gezählt. Das sind gut 39000 mehr als für 1931 errechnet wurden, während die Abwanderung in der Zwischenzeit viel stärker als die natürliche Vermehrung war. Es sind also annähernd 40000 bis 1919 feststellbar katholische Deutsche während der polnischen Zeit statistisch verschwunden, um erst 1939 wieder aufzutauchen. Das ist nur dadurch möglich gewesen, daß es sich um zweisprachige Menschen handelt, die zwar größtenteils deutscher Abstammung waren, aber begünstigt durch ihre Zugehörigkeit zum Katholizismus, seit längerem stark polonisiert waren und dem polnischen Zähler gegenüber Polnisch als Nationalität bzw. Muttersprache angaben. Auch für die deutsche Selbstzählung waren sie nicht zugänglich. In die Bilanz sind sie jedoch aufgenommen.

Zweisprachige deutsche Katholiken gab es auch in dem abgetrennten Streifen Niederschlesiens. Auch sie wurden weder von den polnischen Zählungen noch von der deutschen Selbstzählung erfaßt, bewahrten aber ihre deutsche Gesinnung und traten nach 1939 wieder in Erscheinung. 1944 gehörten in den Kreisen Kempen und Ostrowo 27111 Personen zur deutschen Volksliste 1 und 2⁷⁾ gegenüber 19475 Evangelischen in diesen beiden Kreisen 1931. Die Differenz von knapp 8000 entspricht

den katholischen Zweisprachigen. 1910 wiesen die gleichen niederschlesischen Grenzstreifen 12902 Katholiken auf⁸⁾, darunter natürlich einen erheblichen Teil rein deutscher Bevölkerung, von denen nach 1919 viele abwanderten. Auch von diesem Ausgangspunkt her kommt man für 1931 zu etwa 8000 katholischen Zweisprachigen.

Im ganzen ergeben sich in Posen-Pommerellen an einsprachigen Deutschen:

Evangelische	286 500
Katholische	45 000
Andere Religionsgem.	7 000
Zusammen	338 500

Zu diesen kommen noch deutschgesinnte Zweisprachige:

Evangelische	14 000
Katholische	48 000
Zusammen	62 000

Insgesamt ergeben sich also für Posen-Pommerellen 400 500 Deutsche.

2. Mittelpolen

Die erste polnische Volkszählung vom Jahre 1921 erbrachte für das Deutschtum in Mittelpolen Ergebnisse, deren Mängel bereits A. Mückler an Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials bewiesen hat⁹⁾. Mückler verglich die polnische Statistik einerseits mit der vorausgehenden russischen Zählung von 1897, bei der sich neun Zehntel der in Russisch-Polen lebenden Evangelischen als Deutsche bekannten, andererseits mit den detaillierten Ergebnissen der polnischen Sejmwahlen von 1919 und 1922 sowie dem amtlichen Jahrbuch der Warschauer evangelischen General-superintendentur¹⁰⁾, das für 1923 die Taufen, Trauungen, Beerdigungen und Konfirmationen der einzelnen Pfarrgemeinden nach der Sprachzugehörigkeit gliedert. Es ergab sich in voller Übereinstimmung dieser von der amtlichen polnischen Statistik und voneinander unabhängigen Quellen, daß auch im Jahre 1921 neun Zehntel der in Mittelpolen lebenden Lutheraner deutsch und höchstens 36000 polnisch waren; von den letzteren entfiel fast die Hälfte auf die Stadt Warschau.

Bis zum Jahre 1931 hat sich an diesem Verhältnis nicht viel geändert; wahrscheinlich ist sogar eine Verminderung der Zahl der Polnisch-Evangelischen eingetreten, einerseits durch Rückbesinnung zum Deutschtum als Folge der verbesserten nationalen Organisation und Aufklärung, vor allem aber durch Übertritt polonisierter Evangelischer zum Katholizismus.

Im Widerspruch zu diesen Tatsachen wurden bei der zweiten polnischen Volkszählung im Jahre 1931 in Mittelpolen nur 261892 Deutsche, jedoch 339396 Lutheraner gezählt; von den letzteren wurden 240960 als Deutsche und 96988 als Polen ausgewiesen. In Wirklichkeit aber können von den Lutheranern im Jahre 1931 nur etwa 35000 Polen gewesen sein; zieht man noch 900 Personen anderer Volkszugehörigkeit ab, so verbleiben 303500 lutherische Deutsche. Bei der Volkszählung 1931 wurden somit nicht weniger als 62500 lutherische Deutsche verschwiegen, das sind 26 vH der gezählten Deutschen¹¹⁾. Entsprechende Zuschläge sind auch zu den 3124 deutschen Reformierten und zu den 7091 deutschen Angehörigen evangelischer Sekten zu machen; damit ergeben sich weitere 13000 Deutsche. Die 10132 gezählten deutschen Katholiken, die größtenteils als Abkömmlinge deutscher Weber in den früher deutschen Städten wohnten und hier einem besonders starken nationalen Druck von polnischer Seite her ausgesetzt waren, müssen nach dem übereinstimmenden Urteil Landeskundiger auf etwa 25000 erhöht werden, wobei darauf hin-

gewiesen werden kann, daß in Russisch-Polen, das räumlich Mittelpolen, vermindert um das Gebiet von Bialystok, entspricht, im Jahre 1897 noch 28930 katholische Deutsche gezählt wurden. Dazu kommen 600 Deutsche jüdischer und anderer Konfessionen. Somit lebten im Jahre 1931 in Mittelpolen 342000 Deutsche, die sich konfessionell wie folgt gliederten:

Lutheraner	303 500
Reformierte und Angehörige evang. Sekten	13 000
Katholiken	25 000
Andere Religionsgemeinschaften	500
Zusammen	342 000

3. Ostpolen

Von den östlichen Wojewodschaften hatte nur Wolhynien ein namhaftes Deutschtum aufzuweisen. 1931 wurden 46883 Deutsche und 50817 Lutheraner gezählt, unter diesen 41438 Deutsche, 4708 (neu zum Protestantismus übergetretene) Ukrainer, 4353 Polen, 259 Tschechen und 59 andere. In Wirklichkeit gab es unter den in ukrainischer Umwelt und bis 1921 im eigentlichen Rußland lebenden Evangelischen überhaupt keine Polen, nur etwa 2000 sprachlich entdeutsche Abkömmlinge der Bugholländer in Polesien. Die Zählung verschwieg also 2350, das sind 5 vH der gezählten Deutschen. Um mindestens den gleichen Anteil sind die 712 deutschen Reformierten und die 4456 deutschen Angehörigen evangelischer Sekten zu vermehren (ergibt rund 5400), während es deutsche Katholiken in Wolhynien kaum gab (nach der Zählung 203). Die Gesamtzahl der einsprachigen Deutschen betrug daher 1931:

Lutheraner	43 800
Reformierte und Sektenangehörige	5 400
Katholiken	200
Zusammen	49 400

Dazu kommen 2000 zweisprachige deutschgesinnte Bugholländer. Es ergibt sich also eine Gesamtzahl von 51400 Deutschen.

In der Wojewodschaft Polesien wurden 1931 1063 Deutsche gezählt, dagegen 5083 Lutheraner und darunter nur 891 Deutsche, 3302 Polen und 837 Ostslawen. Rund 2800 Lutheraner sind sprachlich polonisierte Bugholländer, die geschlossen in einigen Dörfern südlich Brest in der Wojewodschaft Polesien siedelten. Auch sie haben durch die Beteiligung an der Rücksiedlung 1940 ihre deutsche Gesinnung bewiesen. Unter den übrigen Lutheranern befinden sich kaum polnisch sprechende Menschen; der Zählungsschwund ist in diesen vereinsamten deutschen Waldkolonien besonders stark. Es wird mit 1300 lutherischen einsprachigen Deutschen zu rechnen sein, dazu gegen 200 anderen, zusammen 1500. Für die Deutschen in Polesien ergibt sich zusammenfassend folgendes Bild:

Einsprachige Evangelische	1 300
Einsprachige andere Personen	200
Zweisprachige Evangelische	2 800
Zusammen	4 300

Die Wojewodschaften Nowogródek und Wilna wiesen im Jahre 1931 3672 Lutheraner auf, darunter angeblich 1287 Deutsche. Auch hier ist bei der völligen Zersplitterung des Deutschtums mit starken Zählungsverlusten zu rechnen. Man wird als tatsächlichen Bestand rund 3000 lutherische Deutsche annehmen müssen, zu denen 400 Deutsche anderer Konfession kommen. Diese Schätzungen werden durch die Umsiedlungen von 1939 voll bestätigt (vgl. S. 286).

4. Galizien

In Galizien wurden unter 36216 Evangelischen 23301 Deutsche, 10938 Polen, 1777 Ukrainer und 200 Sonstige gezählt. Dagegen ergab 1934 eine Aufnahme der „Evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses“ in Galizien nur 2500 Polen. Danach sind rund 32000 evangelische Deutsche anzusetzen.

Deutschsprachige Katholiken wurden bei der Zählung des Jahres 1931 15842 angegeben, dagegen ermittelte eine 1924/25 vorgenommene Selbstzählung der Deutschen, ergänzt durch eine genaue kritische Aufarbeitung des gesamten älteren Zählungsmaterials bis 1921¹²⁾, 27500 deutsche Katholiken; für 1931 können mit der seither eingetretenen natürlichen Vermehrung an 30000 angesetzt werden. Zusammen mit den übrigen von der Volkszählung 1931 ausgewiesenen Deutschen, nämlich den 285 Angehörigen evangelischer Sekten, 750 Juden und 215 anderen, ergab sich also eine Gesamtzahl von 63000 Deutschen.

Neben diesem festen Bestand gab es noch eine Reihe sprachlich polonisierter Deutschen, namentlich Katholiken. Obwohl sie in der Zeit des polnischen Staates nur noch wenig Fühlung mit dem lebendigen Deutschtum des Landes gehabt hatten, beteiligten sie sich doch an der Umsiedlung 1940 und bekannten sich dadurch als Deutsche. Erst durch diese Aktion wird ihre Zahl mit etwa 5000 Personen statistisch faßbar. Insgesamt ergibt sich für Galizien:

Einsprachige Evangelische und andere Personen ...	33 000
Einsprachige Katholische	30 000
Zweisprachige Katholische	5 000
Zusammen	68 000

5. Oberschlesien, Teschener Schlesien und Olsagebiet

Große Schwierigkeiten macht die Feststellung der Deutschen für Oberschlesien. Die in der Zählung von 1931 genannten 68735 Menschen deutscher Muttersprache bilden offenbar nur den festen Kern des polnisch-oberschlesischen Deutschtums. Nach den Erfahrungen in den Gebieten Polens mit klareren und einfacheren nationalen Verhältnissen wird ein erheblicher Zuschlag nötig sein, um auch nur die Zahl der einsprachigen Deutschen zu erhalten. Wenn bei der Aufstellung der Deutschen Volksliste (Stand vom 1. April 1944) in Ostoberschlesien 85704 Personen in die Liste 1 eingestuft wurden, so dürfte das der Zahl der einsprachigen Deutschen entsprechen.

Für die Ermittlung der Zweisprachigen sind vor allem die Abstimmungs- und Wahlziffern wichtig. 1921 wurden im ostoberschlesischen Abstimmungsgebiet von 509483 gültigen Stimmen 225431 für das Deutsche Reich abgegeben. Unter den Stimmberechtigten waren 51743 in Oberschlesien geborene, aber auswärts, meist in Westdeutschland lebende „Emigranten“, die nach der Abstimmung wieder an ihren Wohnort zurückkehrten. Man wird auf Grund von Erfahrungen, die in kleinen Wahlbezirken möglich waren, schätzen können, daß von ihnen 85 vH für Deutschland gestimmt haben. Bei den ansässigen Oberschlesiern betrug danach der deutsche Stimmenanteil rund 40 vH. Dem entsprachen bei einer Gesamtbevölkerung von rund einer Million für 1921 (bei der Zählung 1910 waren es 892547, 1931 1129024) 400000 Deutsche.

Ihre Zahl schmolz durch die vorzugsweise ins Reich gerichtete Abwanderung stark zusammen. Trotzdem wurden bei der Wahl zum Warschauer Sejm am 4. März 1928 175 113 deutsche Stimmen oder 31,1 vH aller gültigen Stimmen erzielt, bei der Wahl zum Schlesischen Sejm am 11. Mai 1930 205 759 oder 34,2 vH. Bei Zugrundelegung der Gesamteinwohnerzahl Oberschlesiens von 1931 bedeutet der letztere Hundertsatz, bei gleichem Altersaufbau von Deutschen und Polen, 386 000 Deutsche, also neben den rund 86 000 Einsprachigen etwa 300 000 Zweisprachige.

Noch höhere deutsche Anteile, im größten Teil des Landes 50 vH und sogar noch darüber, ergaben die Gemeindewahlen Mitte November 1926. Doch soll auf deren Auswertung verzichtet werden, da an vielen Orten die Besetzung der Ämter nicht durch Abstimmung, sondern durch Absprache zwischen Deutschen und Polen geschah, auch eine ausreichende Veröffentlichung der Ergebnisse fehlt, so daß die Verhältnisse nicht voll durchschaut werden können. Im folgenden wird mit rund 90 000 einsprachigen und 300 000 zweisprachigen Deutschen gerechnet.

Von den 1931 gezählten 32 748 Evangelischen in Oberschlesien waren nur wenige aus dem Osten oder dem Teschener Schlesien zugezogene Polen. Etwa 10 000 in den alten Dorfgemeinden waren zweisprachige und rund 20 000 in den Industriegemeinden einsprachige Deutsche.

In dem 1920 an Polen gekommenen östlichen Teschener Schlesien waren die Bewohner der Bielitzer Volksinsel und ein Teil der Einwohner von Teschen deutsch. Die Volkszählung von 1931, bei der 21 810 Deutsche ermittelt wurden, entstellt das tatsächliche Bild. 1910 wurden in dem Gebiet noch 42 691 Deutsche gezählt. 1921 gab die erste polnische Zählung 29 010 Deutsche an. Da eine nennenswerte Abwanderung seitdem kaum eingetreten ist, wird man bei Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsbewegung auch für 1931 mit 30 000 einsprachigen Deutschen rechnen können; sie waren ungefähr zur Hälfte Protestanten und Katholiken.

Für die in österreichischer Zeit sehr starke Schicht der deutschgesinnten Schlonsaken fehlt es, da ihnen unter polnischer Herrschaft jede Möglichkeit einer eigen-volklichen Lebensäußerung entzogen war, an Unterlagen für eine Zahlenbestimmung. Als Mindestschätzung kann gelten, daß die etwa 10 000 Menschen, die sich 1910 noch zur deutschen Umgangssprache bekannten, vorwiegend Evangelische, wenigstens ihre deutsche Gesinnung bis 1931 bewahrt hatten.

Im Herbst 1938, im Zuge der beginnenden Auflösung der Tschechoslowakischen Republik, kam auch der Westteil des Teschener Schlesiens, das Olsagebiet, an Polen. Hier (in den Kreisen Tschechisch-Teschen und Freistadt) wies die tschechoslowakische Volkszählung von 1921 unter den Staatsangehörigen 16 852 Deutsche und 47 317 Schlonsaken¹³⁾ aus, dazu kommen weitere 5 000 bis 6 000 Schlonsaken unter den Staatsfremden. 1930 wurden bei der zweiten tschechoslowakischen Volkszählung 16 991 Deutsche und nur noch 24 199 Schlonsaken festgestellt. Örtliche Beobachtungen aus Wahlergebnissen zeigen aber, daß eine Verminderung des Schlonsakentums in Wirklichkeit nicht eingetreten ist und daß auch für 1930 noch 17 000 einsprachige Deutsche und 50 000 zweisprachige Schlonsaken anzusetzen sind. In ihrer Mehrheit waren sie evangelisch.

Tabelle 3 (vgl. Tabellenteil) stellt die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zusammen. Danach gab es 1931 in Polen und im Olsagebiet 1 367 000 Deutsche, davon waren 935 000 einsprachig und 432 000 zweisprachig. Erstere waren vorwiegend evangelisch, letztere zum größten Teil katholisch.

Wie später zu zeigen sein wird, haben beide Gruppen für die Berechnung der Vertreibungsverluste sehr verschiedene Bedeutung, da die Einsprachigen geschlossen aus Polen ausgewiesen wurden, von den Zweisprachigen aber nur bestimmte kleinere Gruppen. Die 10000 Zweisprachigen in Wolhynien, Polesien und Galizien kamen schon durch die Umsiedlung 1939/40 nach dem deutschen Westen. Die 14000 evangelischen Zweisprachigen in Posen-Pommerellen wurden, wie aus zahlreichen Einzelberichten hervorgeht, ebenso vertrieben wie die einsprachigen Deutschen des Gebietes. Dagegen hatten die katholischen Zweisprachigen Pommerellen und ebenso die Zweisprachigen in Oberschlesien und dem Teschener Schlesien im allgemeinen die Möglichkeit, zu bleiben und durch ein Rehabilitierungsverfahren ihren Besitz zu erhalten. Nur etwa 25000 zweisprachige Oberschlesier kamen durch die Flucht nach dem Westen. Im ganzen betrug damit die Ausgangszahl der von der Vertreibung betroffenen Zweisprachigen 1931 rund 49000.

Nur sie sind in die Bilanz der Vertreibungsverluste aufzunehmen. Daher ist schon bei der im folgenden durchzuführenden Berechnung der Zahlenverschiebungen bis 1945 die Unterscheidung der von der Vertreibung betroffenen und der nichtbetroffenen Zweisprachigen zu beachten. Es ist auf das Endergebnis ohne Einfluß, daß der Ermittlung der nichtbetroffenen Zweisprachigen stellenweise ein Schätzungscharakter anhaftet.

6. Die Deutschen in Polen am 1. September 1939

Zwischen der Zählung vom 9. Dezember 1931 und dem 1. September 1939 hat sich die Zahl der Deutschen in Polen vor allem durch die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Abwanderung verändert. Eine Zuwanderung fand praktisch nicht statt. Verluste des Deutschtums durch Volkstumswechsel sind in dieser Periode des Ausbaus der deutschen Kultur und der politischen Organisation kaum mehr eingetreten. Es wird im Gegenteil mit der Rückkehr Entdeutschter und Zweisprachiger zum deutschen Volkstum zu rechnen sein; doch sind Vorgänge dieser Art nicht in Zahlen faßbar. Im einzelnen war die Entwicklung in den Teilgebieten sehr verschieden.

Detaillierte Statistiken über die Bevölkerungsbewegung in Polen wurden zuletzt für die Jahre 1931 und 1932 veröffentlicht; sie ermöglichen einen unmittelbaren Vergleich mit der Zählung vom 9. Dezember 1931. Eine Gliederung der Geburten und Todesfälle nach der Muttersprache wird begreiflicherweise nicht gegeben, wohl aber eine solche nach den Hauptkonfessionen. Damit ist eine Beziehung auf die Grundzahl der Evangelischen und eine Berechnung der Geburten- und Sterbeziffern nach der Religionszugehörigkeit möglich. Bei der weitgehenden Kongruenz von „evangelisch“ und „deutsch“ und bei der Strukturgleichheit von evangelischen und katholischen Deutschen, die in den meisten Teilen Polens besteht, können diese Ziffern im allgemeinen zur Berechnung des natürlichen Zuwachses der Deutschen herangezogen werden. Bei den Zweisprachigen Oberschlesiens, wo die Methode der stellvertretenden Benutzung der Konfessionszahlen versagt, können bei der engen sozialen und wirtschaftlichen Verflechtung der Deutschgesinnten und der Polen die allgemeinen Veränderungstendenzen der Wojewodschaft Schlesien zugrunde gelegt werden; doch hat hier in Anbetracht der unsicheren Grundzahlen die genaue Ermittlung des Zuwachses weniger Bedeutung. Die für die Berechnung nötigen Zahlen sind in Tabelle 4 zusammengestellt.

Danach waren die Geburtenüberschüsse vor allem bei den Evangelischen im russischen Teilgebiet sehr hoch; in Wolhynien betrugen sie 20,3 aT, in Mittelpolen 9,6 aT, in Polesien 7,4 aT. Nur bei dem stärker städtisch bestimmten Deutschtum des Wilnaer Gebietes war die natürliche Vermehrung unerheblich. Auf die für 1931 ermittelten Grundzahlen der Deutschen bezogen, ergibt sich während der acht Jahre vom 9. Dezember 1931 bis 1. September 1939 eine Vermehrung um 8400 Personen in Wolhynien und um 26000 Personen in Mittelpolen. In Galizien betrug der Geburtenüberschuß der Evangelischen 6,4 aT; bei den zahlreichen deutschen Katholiken, vor allem bei den im Gebirge lebenden Sudetendeutschen, war er höher, so daß der gesamte Zuwachs auf 4000 Personen geschätzt werden kann.

Bei den Deutschen Posen-Pommerellens hatte die durch die überaus starke Abwanderung nach 1919 verursachte Überalterung eine überhöhte Sterblichkeit, niedrige Geburtenziffern und dementsprechend einen sehr geringen Geburtenüberschuß zur Folge. Dieser hatte um 1931 sein Minimum erreicht (0,8 aT). In den folgenden Jahren besserten sich mit der Normalisierung des Altersaufbaus die Verhältnisse etwas, so daß für die Zeit bis 1939 mit einem durchschnittlichen Geburtenüberschuß von 3,0 aT bis 4,0 aT, also einer natürlichen Zunahme von rund 10000 gerechnet werden kann (ohne die katholischen Zweisprachigen).

Über die Abwanderung liegen keine ausreichenden unmittelbaren Zahlenangaben vor. Sie war besonders stark in den Westgebieten und hier vor allem ins Deutsche Reich gerichtet, wie das bei den starken geistigen und verwandtschaftlichen Bindungen dieser Volksgruppe an Deutschland durchaus verständlich ist. Vor allem trieb der seit 1933 zunehmend verschärfte polnische Druck — etwa das Grenzonengesetz, das den Deutschen in einem breiten Grenzgürtel das Erbrecht entzog — viele Deutsche aus dem Lande. Einen Hinweis auf die Stärke der Abwanderung bieten die beiden deutschen Selbstzählungen von 1926 und 1934, die zwar beide absolut zu kleine Deutschtumszahlen ergaben, aber, da sie unter etwa gleichen Bedingungen stattfanden, doch deutlich die Entwicklungstendenz erkennen lassen. 1926 wurden in Posen-Westpreußen 341505 Deutsche ermittelt, 1934 nur noch 312690; hier trat somit im Zeitraum von 8 Jahren eine Verminderung um 28815 ein. Setzt man eine gleiche Abnahme für die 8 Jahre von 1931 bis 1939 an, so ergeben sich, bei einer natürlichen Vermehrung von 10000 Personen, für 1939 rund 335000 Deutsche in Posen-Pommerellen. Dazu kommen 48000 katholische Zweisprachige, bei denen Geburtenüberschuß und Abwanderung sich etwa die Waage hielten, zusammen also 383000.

Nicht berücksichtigt ist dabei die Massenflucht Deutscher aus Polen, die seit Mitte 1939 im Zeichen drohender kriegserischer Auseinandersetzungen durch die polnischen Deutschenverfolgungen ausgelöst wurde. Ende August waren etwa 70000 Deutsche aus Polen in Lagern im Reich untergebracht, weitere Tausende in Privatunterkünften¹⁴). Sie alle waren bei Kriegsausbruch nicht in Polen anwesend. Da sie aber nicht abgewandert, sondern nur vorübergehend geflohen waren und ihr regulärer Wohnsitz nach wie vor in Polen war, wohin sie auch sogleich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen zurückkehrten, ist anzunehmen, daß sie bei den Nachkriegsvolkszählungen auch den Wohnort in Polen angegeben haben und damit in der Gruppe der Heimatvertriebenen aus Polen erfaßt werden konnten.

Aus Mittelpolen, das vom Grenzzonengesetz nicht betroffen wurde und wo der Volkstumskampf erst kurz vor dem Kriege lebensbedrohende Formen für das Deutschtum annahm, war die Auswanderung viel geringer und weniger nach Deutschland als nach Übersee gerichtet. Für den Zeitraum bis 1939 ist sie auf etwa 8000 zu veranschlagen, so daß der größere Teil des Geburtenüberschusses im Lande blieb und die Zahl der Deutschen auf rund 360000 wuchs.

In Wolhynien und Galizien ist mit je etwa 1000 Auswanderern zu rechnen, so daß hier bei Kriegsausbruch 59000 bzw. 71000 Deutsche lebten. Im übrigen Ostpolen ergeben sich bei den geringen Grundzahlen aus natürlicher Vermehrung und Abwanderung keine rechnerisch belangreichen Veränderungen.

Eine Kontrolle dieser Berechnungen, bei denen aus Mangel an Unterlagen stark mit Schätzungen gearbeitet werden mußte, ergibt sich aus den Zahlen der während des Krieges durchgeführten Umsiedlungen.

Nach dem Abkommen mit der Sowjetunion vom 16. November 1939 wurden in der Zeit vom 11. Dezember 1939 bis zum 3. Februar 1940 aus dem sowjetischen Interessengebiet Polens¹⁵⁾ 135262 Deutsche rückgesiedelt¹⁶⁾, davon rund 57000 aus Ostgalizien, 67000 aus Wolhynien (einschließlich Polesiens) und 11000 aus dem sogenannten Narewgebiet (Wojewodschaften Nowogródek und Wilna und ein Teil der früher zu Mittelpolen gehörigen Wojewodschaft Białystok). Bei der allgemeinen Furcht vor der bolschewistischen Herrschaft meldeten sich alle zur Umsiedlung, die irgendwie noch als Deutsche anerkannt zu werden hofften, dazu eine Anzahl Nichtdeutscher. Doch wurde später in den Lagern eine genaue Überprüfung durchgeführt, wobei 6935 Personen, deren herkunftsmäßige Aufgliederung nicht näher bekannt ist, als „zur Ansiedlung nicht geeignete Fremdstämmige“ wieder ausgeschieden wurden. Der Rest darf als deutsch angesehen werden.

Im Umsiedlungsgebiet Ostgaliziens gab es 1939 — die Berechnung ergibt sich durch die gebietsweise Aufgliederung der oben errechneten Zahl von 71000 — rund 53000 Deutsche, davon 5000 Zweisprachige. In Wolhynien lebten, wie eben ausgeführt, im Jahre 1939 59000, in Polesien 4500, in den Wojewodschaften Nowogródek und Wilna 3500, zusammen 67000 Deutsche.

Von der Wojewodschaft Białystok blieben nur die Kreise Suwałki, der Nordrand von Augustów, fast ganz Ostrolęka und die Westhälfte von Ostrów im deutschen Interessengebiet, doch umfaßten diese Kreisteile fast genau die Hälfte des Deutschtums der ganzen Wojewodschaft. In der sowjetischen Interessensphäre lebten 1931 rund 7000 Deutsche, im Jahre 1939, bei etwas geringerem Geburtenüberschuß als durchschnittlich in Mittelpolen, rund 7500 Deutsche.

Zusammen ergab sich damit, daß 127500 Deutsche umzusiedeln waren. Das entspricht fast genau den 135262 Umgesiedelten abzüglich der 6935 mitgekommenen Nichtdeutschen. Daß die letzteren, wie aus den obigen Zahlen leicht zu errechnen, hauptsächlich auf Ostgalizien entfallen, ist bei dem älteren deutschen Kultur- einfluß und der stärkeren nationalen Mischung in diesem früher österreichischen Kronlande nur natürlich.

Vom 3. Mai bis zum 15. Oktober 1940 wurden 32914 Menschen, darunter 30300 Deutsche aus dem östlich der Weichsel gelegenen Teil des Generalgouvernements ausgesiedelt. Zu diesem Aussiedlungsgebiet gehörten die polnische Wojewodschaft Lublin mit (1931) 23224 fast durchweg deutschen Evangelischen und 1094 sonstigen Deutschen, weiter die Kreise der Wojewodschaft Warschau Mińsk Mazowiecki, Radzymin und der beim Generalgouvernement verbliebene Rest von Ostrów Maz. mit

(1931) rund 2600 Evangelischen¹⁷). Die Geburtenüberschußziffer der Evangelischen in der Wojewodschaft Lublin betrug 20 aT, die Vermehrung der 26 900 Deutschen in 8 Jahren also 4300. Bei Schätzung einer Auswanderung von 1000 kommt man genau auf eine verbleibende Zahl von 30 300 umzusiedelnden Deutschen.

Für Oberschlesien und das Teschener Schlesien bleiben die Veränderungen, die sich aus Geburtenüberschuß und Wanderung errechnen, innerhalb der Fehlergrenze der Schätzung. Es ist also weiterhin mit 390 000 bzw. 40 000 Deutschen zu rechnen.

Im September 1938 erhielt Polen das Olsagebiet mit etwa 17 000 einsprachigen Deutschen und 50 000 Schlonsaken (vgl. S. 283). Die sofort einsetzenden Bedrückungen und Verfolgungen durch die Polen vertrieben im Laufe des einen Jahres bis zum 1. September 1939 mehr als ein Drittel der Einsprachigen.

Wohl kehrten nach Kriegsbeginn wenigstens 5000 Deutsche in das Olsagebiet zurück. Da sie aber am 1. September 1939 dort nicht anwesend waren und dementsprechend bei den Volkszählungen 1946 und 1950 einen Wohnsitz am 1. September 1939 außerhalb Polens angegeben haben, waren sie auch in die Bilanz nicht aufzunehmen.

Am 1. September 1939 lebten in Posen-Westpreußen 383 000 Deutsche, darunter 48 000 katholische Zweisprachige, in Mittelpolen 360 000, in Ostpolen 67 000, in Galizien 71 000, in Oberschlesien 390 000 Deutsche, darunter 300 000 Zweisprachige, im Teschener Gebiet 40 000 Deutsche, darunter 10 000 Zweisprachige und im Olsagebiet 60 000 Deutsche, darunter 50 000 Zweisprachige; in ganz Polen rund 1 371 000 Deutsche.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Polens vom September 1939 bis Anfang 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die Gesamtzahl der am 1. September 1939 in Polen wohnenden Deutschen bildet den Ausgangspunkt für die Berechnung der Vertreibungsverluste. Nur sie kann der Zahl jener Deutschen gegenübergestellt werden, welche die Zählungstermine von 1946 und 1950 erlebten und bei diesen Angaben, ihren Wohnsitz bei Kriegsausbruch in Polen gehabt zu haben. Zu- und Abwanderungen während des Krieges ändern an der Tatsache des Wohnsitzes am 1. September 1939 nichts. Alle jene Deutschen, die nach Kriegsbeginn in das deutsch besetzte Gebiet Vorkriegspolens gekommen sind, Reichsdeutsche wie Umsiedler, werden in der Bevölkerungsbilanz der deutschen Volksgruppe aus Polen nicht berücksichtigt.

Die wichtigste Abwanderungsbewegung nach Kriegsbeginn stellt die Umsiedlung von 159 000 Deutschen aus Ostpolen im Jahre 1940 dar. Zwar wurde der größte Teil von ihnen in dem zum Deutschen Reich geschlagenen Teil Polens angesiedelt, etwa 25 000 aber wurden im Altreich untergebracht.

Andererseits wurden in den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen, im ostpreußischen Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) und in Ostoberschlesien nicht nur Umsiedler aus Ostpolen angesiedelt, sondern auch solche aus Estland und Lettland, dazu seit 1940 aus Bessarabien, der Nord- und Südbukowina, der Dobrudscha, dem rumänischen Altreich und Litauen. Später wurden sogar im Distrikt Lublin des Generalgouvernements, von wo eben noch die alteinheimischen Deutschen ausgesiedelt worden waren, Deutsche aus Bessarabien und Altrumänien untergebracht. Dazu kamen hier im Jahre 1942 noch kleinere Gruppen von

Deutschen aus Bulgarien, Bosnien, Serbien und Rußland. Eine Zusammenstellung des Kleinen Umsiedlungsspiegels, die in Tabelle 5 (vgl. Tabellenteil) wiedergegeben ist, hält den Stand vom Frühjahr 1943 fest. Danach befanden sich damals im Wartheland 243 734, im Gau Danzig-Westpreußen 51 456, in Ostpreußen 7848, in Oberschlesien 36 270 und im Distrikt Lublin 7 669, zusammen im Bereich des früheren polnischen Staates 346 977 deutsche Umsiedler. Im Verlaufe des nächsten Jahres kamen nur noch wenige Hundert hinzu¹⁸⁾.

Gegenüber den genauen Zahlen der angesetzten Umsiedler ist die Schicht der nach Polen gekommenen Reichsdeutschen nur ungenau festzuhalten, da ihr Bestand im einzelnen vielfach wechselte. Der Kleine Umsiedlungsspiegel vom Juli 1943 schätzt für das Wartheland 149 000, für Danzig-Westpreußen 50 000, für Ostpreußen 26 000, für Oberschlesien 192 000 und für das Generalgouvernement 100 000¹⁹⁾; der Kleine Umsiedlungsspiegel für Anfang 1944 gibt im Wartheland 194 000 Reichsdeutsche, in Danzig-Westpreußen 40 000, Ostpreußen 26 000, Oberschlesien 100 000, Generalgouvernement 100 000, zusammen 460 000 Reichsdeutsche an. Dagegen nennt eine amtliche Aufstellung vom 1. April 1944 für den Warthegau allein²⁰⁾ 514 910 Umsiedler und Reichsdeutsche zusammen, was einer Zahl von 271 000 Reichsdeutschen entsprechen würde. Diese Zahl wird auch durch die Summe der Empfänger deutscher Lebensmittelkarten, also der deutschen Zivilisten, vom 1. März 1944 gestützt (997 380 im Warthegau, gegenüber 498 027 „Volksdeutschen“ aller Listen und 514 910 Reichsdeutschen und Umsiedlern). Für das Generalgouvernement gibt eine Aufstellung des Statistischen Amtes der Regierung des Generalgouvernements vom 1. März 1943 310 339 Deutsche an, was etwa 230 000 Reichsdeutsche bedeuten würde.

Für die natürliche Bevölkerungsbewegung der Deutschen in Polen vom September 1939 bis Anfang 1945 liegt kein Zahlenmaterial vor. Die Geburtenziffern ganz Deutschlands zeigen in diesen Jahren gegenüber dem Stand von 1939 eine durchschnittliche Abnahme um ein Siebentel²¹⁾. Wird ein gleicher Rückgang auch für das einheimische Deutschtum in Polen angenommen, dann ergeben sich für die Zeit vom September 1939 bis Anfang 1945 für die einzelnen Teilgebiete Polens folgende Geburtenüberschüsse:

Natürliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung in Polen vom September 1939 bis Anfang 1945

Gebiet	Zunahme
a) Einsprachige und von der Vertreibung betroffene Zweisprachige	
1. Posen-Westpreußen	2 000
2. Mittelpolen	10 000
3. Ostpolen	5 000
4. Galizien	2 000
5. Oberschlesien	} 3 000
6. Teschener Schlesien	
7. Olsagebiet	
Zusammen	22 000
b) Übrige Zweisprachige	8 000
Insgesamt	30 000

C. Die deutsche Bevölkerung Polens Anfang 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste ergeben sich für Ende 1944 für die deutsche Bevölkerung in bzw. aus Polen die nachstehenden Zahlen. Darin sind die zum Wehrdienst und zu anderen Dienstleistungen Eingezogenen mit enthalten.

Die deutsche Bevölkerung Polens Anfang 1945

Gebiet	Deutsche
a) Einsprachige und von der Vertreibung betroffene Zweisprachige	
1. Posen-Westpreußen	337 000
2. Mittelpolen	370 000
3. Ostpolen	72 000
4. Galizien	73 000
5. Oberschlesien	} 153 000
6. Teschener Schlesien	
7. Olsagebiet	
Zusammen	1 010 000
b) Übrige Zweisprachige	391 000
Insgesamt	1 401 000

Somit hätte die deutsche Bevölkerung Polens Anfang 1945 einen Stand von 1 401 000 Personen erreicht.

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Polens

Viel größer als die Veränderung der Deutschtumszahlen durch die natürliche Bevölkerungsbewegung war jene durch die Kriegsverluste. Die Opfer der Luftangriffe können dabei praktisch außer Ansatz bleiben, weil die Städte Polens bis Anfang 1945 mit kleinen Ausnahmen von Bombardierungen verschont blieben.

Bei der amtlichen Registrierung der Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen und Wehrmachtsvermißten im März 1950 wurden von den 409 654 damals in der Bundesrepublik lebenden Deutschen aus Polen 23 290 Angehörige gemeldet, davon waren 2 199 Kriegsgefangene, 560 Straf- und Untersuchungsgefangene und 20 531 Wehrmachtsvermißte. Bei der Aufsplitterung vieler Vertriebenenfamilien auf die Bundesrepublik, die sowjetische Besatzungszone, Berlin und Polen, und da die in der Bundesrepublik lebenden Vertriebenen aus Polen natürlich alle ihnen bekannten vermißten und noch in Gefangenschaft befindlichen Angehörigen angaben, ist ein kleinerer Teil der Registrierten, schätzungsweise ein Zehntel, auf Angehörige zu beziehen, die außerhalb der Bundesrepublik bzw. Berlin (West) lebten. Für diese selbst bleiben dann rund 21 000, das sind 5,1 vH der 1950 in der Bundesrepublik lebenden Deutschen aus Polen. Es muß angenommen werden, daß von den vermißten Wehrmachtsangehörigen nur noch sehr wenige am Leben waren. Bei den Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen wird die Zahl der Verstorbenen wesentlich geringer sein.

Der Anteil ist vergleichsweise sehr hoch, dürfte aber den tatsächlichen Verlusten entsprechen, die für die ostdeutsche Bevölkerung einschließlich der Deutschen in Polen durch den Einsatz im Volkssturm entstanden sind. Zum Teil gehen diese

Verluste auch auf das Konto der Vertreibung, da zahlreiche deutsche Kriegsgefangene aus Polen an die Polen übergeben und zumindest jahrelang interniert wurden.

Nach der Berechnung des Statistischen Bundesamtes²²⁾ zur Ermittlung der Wehrmachtssterbefälle für die Deutschen aus Polen wird von der oben genannten Zahl der registrierten Wehrmachtsvermißten, Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen ausgegangen. Der Anteil dieser Registrierten an den bei der Volkszählung 1950 ermittelten Vertriebenen aus Polen, deren Zahl sich auf 409654 belief, beträgt 5,69 vH. Dieser Wert kann jedoch noch nicht für die Berechnung der militärischen Kriegsverluste benutzt werden, weil sich ergeben hat, daß dieser Wert, gemessen an der Gefallenenquote, um etwa 40 vH zu tief liegt. Wenn man diese notwendige Erhöhung berücksichtigt, errechnet sich eine Quote von 7,94 vH. Bringt man diesen Wert auf die 409654 Vertriebenen aus Polen, die 1950 im Bundesgebiet wohnten, zur Anwendung, so ergeben sich für diesen Personenkreis 32510 Gefallene. Auf die 1371000 Deutschen in Polen am 1. September 1939 entfallen danach rund 108000 Wehrmachtstote, davon auf die von der Vertreibung Betroffenen 78000 und 30000 auf die Nichtbetroffenen.

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Polens Anfang 1945 (ohne Berücksichtigung der zivilen Kriegsverluste)

Nach Abzug der Kriegsverluste würde die deutsche Bevölkerung aus Polen Anfang 1945 — die zum Wehrdienst und zu anderen Dienstleistungen Eingezogenen wiederum inbegriffen — insgesamt 1293000 Personen umfaßt haben, davon etwa 932000 Einsprachige und von der Vertreibung betroffene Zweisprachige und 361000 von der Vertreibung nichtbetroffene Zweisprachige.

F. Die deutschen Vertriebenen aus Polen

Die Offensive im Juni und Juli 1944 brachte das östliche Generalgouvernement bis zur Weichsel und zum Narew in die Gewalt der Sowjets. Davon wurden aber nur die deutschen Umsiedler um Zamość betroffen; ein altansässiges Deutschtum gab es in diesen Gebieten nicht mehr. Für die Landesteile westlich der Weichsel änderte sich bis zum Beginn des Jahres 1945 nichts. Ein rechtzeitiges Ausweichen der Zivilbevölkerung wurde durch Parteistellen verhindert. Durch den sowjetischen Angriff vom 12. bis 15. Januar, der in wenigen Tagen von der Weichsel bis zur Oder durchstieß, fiel fast ganz Polen in die Hände der Roten Armee. Die Deutschen wurden namentlich im Lodzer Gebiet und in Oberschlesien durch den Vormarsch der Sowjets überrollt, während im westlichen Warthegau ein größerer Teil von ihnen fliehen konnte. Nur der Nordteil von Pommern blieb noch bis zum März in deutschem Besitz, dann wurde auch er von den Sowjetrussen besetzt; zuletzt, am 27. März 1945, fiel die Stadt Danzig.

Durch diese Katastrophe wurde das Deutschtum in Polen, soweit es erhalten blieb, über verschiedene Gebiete verstreut; es konnte im allgemeinen erst von 1946 an wieder statistisch erfaßt werden.

1. Die vertriebenen Polendeutschen nach dem Stand vom 29. Oktober 1946

Bei der Volkszählung am 29. Oktober 1946 ist in den vier Besatzungszonen einheitlich der Wohnsitz am 1. September 1939 erfragt worden. Die Länder der westlichen Zonen Deutschlands haben, mit Ausnahme von Südbaden, die bezüglichen Daten in Verbindung mit der Muttersprache veröffentlicht und damit eine klare Erfassung der Heimatvertriebenen ermöglicht²³⁾. Die sowjetische Besatzungszone sowie Berlin dagegen haben nur nach Herkunftsländern gegliedert, ohne Kombination mit der Muttersprache.

Der Anteil der Nichtdeutschen (hauptsächlich Polen, zum Teil auch Ukrainer), die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in Polen hatten, war am größten in der französischen und amerikanischen Besatzungszone. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen blieb er unter 3 vH. In der sowjetischen Besatzungszone mußten politische Flüchtlinge aus den Oststaaten, und um solche handelte es sich bei den Nichtdeutschen zumeist, damit rechnen, zwangsweise in ihr Heimatland zurückgebracht zu werden. Sie haben daher sicherlich dieses Gebiet gemieden. Von den hier aufgenommenen 245 817 Personen mit Wohnsitz am 1. September 1939 in Polen können daher 242 000 als vertriebene Deutsche angesehen werden. Ähnlich lagen die Verhältnisse wohl auch in Berlin, wo etwa 8 500 Vertriebene aus Polen angenommen werden können.

Die Vertriebenen aus Polen am 29. Oktober 1946

Gebiet	Personen mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in Polen			
	insgesamt		darunter mit deutscher Muttersprache	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Schleswig-Holstein	41 672	7,0	40 952	7,8
Hamburg	3 123	0,5	2 817	0,5
Niedersachsen	133 259	22,3	130 461	24,7
Nordrhein-Westfalen	39 536	6,6	37 177	7,0
Britische Besatzungszone	217 590	36,4	211 407	40,1
Bremen	3 537	0,6	1 462	0,3
Hessen	17 835	3,0	12 407	2,4
Württemberg-Baden	15 709	2,6	11 154	2,1
Bayern	78 747	13,2	37 374	7,1
Amerikanische Besatzungszone	115 828	19,4	62 397	11,8
Rheinland-Pfalz	2 952	0,5	1 408	0,3
Baden	1 770	0,3	600 ¹⁾	0,1
Württemberg-Hohenzollern	4 020	0,7	1 215	0,2
Französische Besatzungszone	8 742	1,5	3 223	0,6
Bundesgebiet zusammen	342 160	57,3	277 027	52,5
Brandenburg	68 174	11,4	.	.
Mecklenburg	52 378	8,8	.	.
Sachsen-Anhalt	80 383	13,5	.	.
Thüringen	22 996	3,9	.	.
Sachsen	21 886	3,7	.	.
Sowjetische Besatzungszone	245 817	41,2	242 000 ¹⁾	45,9
Berlin	9 052	1,5	8 500 ¹⁾	1,6
Saarland	258	.	250 ¹⁾	0,1
Insgesamt	597 287	100	527 777	100

¹⁾ Geschätzt

Im ganzen ist danach am 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Berlin mit rund 528000 vertriebenen Deutschen aus Polen zu rechnen.

In Dänemark lebten im Oktober 1946 rund 193000 deutsche Flüchtlinge. Anfangs 1946 hatte deren Zahl nicht ganz 200000 betragen²⁴⁾. Damals wurden bei einer auf Veranlassung der britischen Militärmission durchgeführten Aufnahme neben den Flüchtlingen aus den verschiedenen Teilen Deutschlands ungefähr 10000 Personen ermittelt, die entweder vor der Kapitulation ihren festen Wohnsitz nicht im eigentlichen Deutschland gehabt hatten oder (als Kranke oder Kleinkinder ohne Verwandte) den registrierenden Beamten keine genügende Auskunft geben konnten. Nur unter dieser letzten Gruppe sind offenbar die Deutschen aus Polen zu suchen; es werden kaum mehr als 4000 gewesen sein. Die planmäßige Überführung dieser Flüchtlinge in die Bundesrepublik und die sowjetische Besatzungszone begann erst vom 1. November 1946 an.

Für Österreich werden mit Stand vom 1. Januar 1949 8479 Vertriebene aus Polen angegeben, die damals die österreichische Staatsbürgerschaft noch nicht erworben hatten. Durch fortlaufende Einbürgerungen und durch Abwanderung in die Bundesrepublik sank deren Zahl bis zum 1. Januar 1952 auf 5 874, denen damals knapp 4000 eingebürgerte Deutsche aus Polen gegenüberstanden. Danach wird man annehmen können, daß die Gesamtzahl der Deutschen aus Polen im Herbst 1950 und auch schon 1946 annähernd 10000 betrug. Sie änderte sich auch durch spätere Wanderungen kaum. Bei diesen Deutschen dürfte es sich hauptsächlich um Vertriebene und Flüchtlinge aus der früheren österreichisch-schlesischen Sprachinsel von Bielitz und aus Galizien handeln.

2. Die vertriebenen Polendeutschen nach dem Stand vom 13. September 1950

Nach der Volkszählung, die am 13. September 1950 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) durchgeführt wurde, ergibt sich für die aus dem Gebiet Vorkriegs-Polens vertriebenen Deutschen nachstehende regionale Verteilung²⁵⁾:

Die vertriebenen Deutschen aus Polen am 13. September 1950

Land	Personen mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in Polen		
	insgesamt	davon mit	
		deutscher	nichtdeutscher
		Muttersprache	
Schleswig-Holstein	46 720	43 475	3 245
Hamburg	7 257	4 527	2 730
Niedersachsen	193 705	176 638	17 067
Bremen	2 917	2 880	237
Nordrhein-Westfalen	95 875	81 899	13 976
Hessen	26 869	22 176	4 693
Rheinland-Pfalz	8 694	7 705	989
Baden-Württemberg	31 413	21 726	9 687
Bayern	67 115	48 828	18 287
Bundesrepublik	480 565	409 654	70 911
Berlin (West)	11 372	9 918	1 454
Saarland	300 ¹⁾		
Insgesamt	492 237	419 572 ²⁾	72 365 ²⁾

¹⁾ Geschätzt. — ²⁾ Ohne Saarland.

Bei der zweiten Volkszählung in der sowjetischen Besatzungszone, die am 31. August 1950 durchgeführt wurde, war zwar auch die Frage nach dem Wohnort am 1. September 1939 gestellt worden, doch wurden die bezüglichlichen Daten nicht detailliert genug (nur für alle Auslandsgebiete zusammen) veröffentlicht. Diese Zahlen müssen daher im weiteren durch Vergleich mit jenen von 1946 berechnet werden. Es ergeben sich danach 250 000 Deutsche in der sowjetisch besetzten Zone und Ostberlin.

Die deutschen Flüchtlinge in Dänemark wurden bis 1949 sämtlich nach Deutschland überführt²⁶⁾.

An der Zahl der Polendeutschen in Österreich dürfte sich bis 1950 nichts Wesentliches geändert haben.

G. Die in Polen zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

1. Stand von 1946

Das schwerste Problem der Bilanz für 1946 ist die Zahl der damals noch in Polen zurückgebliebenen und zurückgehaltenen Deutschen.

Der größte Teil der Deutschen war beim Herannahen der russischen Truppen geflohen, in besonders hohem Maße die Reichsdeutschen und Umsiedler, während sich die Alteingesessenen von ihrer Heimat und dem in Generationen erarbeiteten Besitz nicht immer schnell genug trennen konnten, vielfach auch durch ihr gutes Gewissen in eine trügerische Sicherheit gewiegt wurden. Die polnischen Behörden, die sogleich nach dem Durchgang der Front die Verwaltung des Landes übernahmen, vertrieben die noch zurückgebliebenen Reichsdeutschen und Umsiedler aus Polen ebenso wie die Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten. Dagegen wurden die Deutschen, die schon in Vorkriegspolen gelebt hatten, einschließlich der Galizier und Wolhynier, soweit sie den Polen in die Hände gefallen waren, auf unbestimmte Zeit in Zwangsarbeitslager eingewiesen, ihr Vermögen verfiel der Beschlagnahme, ihre jüngeren Kinder wurden in polnische Erziehung gegeben. Diesbezügliche äußerst harte Dekrete wurden schon am 4. November 1944 und am 28. Februar 1945 erlassen²⁷⁾. Zehntausende wurden von den Sowjets als Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in die Sowjetunion verschleppt, von denen die meisten zugrunde gegangen sind. Nur einem Teil der Deutschen, vor allem den der Volksliste 3 und 4 zugezählten, wurde in einem „Rehabilitierungsverfahren“ der Nachweis gestattet, daß sie sich nur unter Zwang zum Deutschtum bekannt und niemals aktiv mit den deutschen Behörden zusammengearbeitet hätten. Erst seit 1950 traten für die Zurückgebliebenen Erleichterungen ein.

Die polnische Zählung vom 14. Februar 1946 hält nur ein Augenblicksbild aus dem großen Vertreibungsvorgang fest. Danach lebten damals im Gebiet Polens in den Grenzen von 1937 noch 212 343 Deutsche und 222 971 Personen, bei denen ein Rehabilitierungsverfahren im Gange war.

Es handelt sich hierbei größtenteils um alteingesessene Deutsche. Die für sie angegebenen Zahlen stellen jedoch Mindestwerte dar. Die Gebietsgliederung entspricht

der 1938 eingeführten und 1945 etwas abgeänderten Wojewodschaftseinteilung. Danach umfaßten die Wojewodschaften Danzig, Pommerellen und Posen in ihren vorkriegspolnischen Teilen das frühere Posen-Pommerellen zuzüglich der Kreise Rypin, Lipno, Niezawa, Leslau, Konin, Koło, Turek und Kalisch, aber ohne Soldau. 1944 lebten auf diesem Gebiete etwa 390 000, 1946 noch 94 697 Deutsche oder 24,3 vH der deutschen Bevölkerung des Jahres 1944. Die Wojewodschaften Warschau, Lodz, Kielce, Lublin und Białystok, die, abgesehen von für das Deutschtum belanglosen Grenzverschiebungen im Osten und Südwesten, dem alten Mittelpolen ohne die vorgenannten acht Kreise, aber einschließlich Soldau, entsprachen, hatten 1944 244 000 Deutsche, 1946 noch 99 145 oder 40,6 vH. In den Wojewodschaften Krakau und Rzeszów, die dem bei Polen gebliebenen Westgalizien entsprechen, war die Deutschenzahl von 18 000 auf 2 628 oder auf 14,6 vH gesunken.

Diese Zahlen zeigen das deutliche Bestreben der Polen, vor allem erst das Deutschtum aus den westlichen Gebieten zu entfernen. Dagegen geben sie keine hinreichende Antwort auf die Frage, in welchem Ausmaß die Deutschen der einzelnen Teilgebiete bis zum 14. Februar 1946 in Polen verblieben sind. Denn es handelt sich bei dieser Zählung ja nicht mehr um eine Statistik von freien deutschen Menschen, sondern hauptsächlich um eine Aufnahme in Konzentrationslagern, deren räumliche Lage für die Verteilung des Deutschtums auf die einzelnen Wojewodschaften bestimmend war.

Obwohl spätere Volkstumsstatistiken für das altpolnische Gebiet nicht mehr vorliegen, läßt sich doch der Nachweis führen, daß seine Deutschtumszahlen bis November 1946 fast unverändert blieben. In Polen, Danzig und den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches waren am 14. Februar 1946 2 288 300 Deutsche gezählt worden. Die Gesamtzahlen der aus Polen fortlaufend abgeschobenen Deutschen wurden veröffentlicht²⁸⁾; durch Fortschreibung läßt sich daraus die Zahl der jeweils noch in Polen zurückgehaltenen Deutschen errechnen. Es waren 2 146 000 am 1. April 1946; 656 000 am 1. Januar 1947 und 507 000 am 1. Juni 1947. Für die gleichen Zeitpunkte gibt eine polnische Veröffentlichung, die auf Zahlenunterlagen des „Ministeriums für die befreiten Ostgebiete“ beruht²⁹⁾, die Zahlen der Deutschen in den besetzten Ostgebieten einschließlich Danzigs an; es waren 193 400 bzw. 433 000 und 289 500. Die Differenz gibt, von der Verminderung durch Sterbefälle abgesehen, jeweils die Zahl der Deutschen in Polen in den Grenzen von 1937 an. Es sind 212 000 am 1. April 1946, 223 000 am 1. Januar 1947 und 217 000 am 1. Juni 1947. Danach betraf die Aussiedlung bis Mitte 1947 so gut wie ausschließlich das Deutschtum der besetzten Ostgebiete des Reiches, während das des alten Polen von ihr noch unberührt blieb. Erst seit 1947 wurde im Zuge der Operation Schwalbe der größte Teil der verbliebenen polendeutschen Bevölkerung, soweit sie bis dahin nicht in den Lagern zugrunde gegangen war, nach Deutschland gebracht.

Nicht erfaßt können durch diese Rechnung allerdings die schweren Verluste werden, die das Deutschtum in dieser Zeit in den Konzentrationslagern durch überschwere Arbeitsbedingungen, Hunger, Krankheit und Mißhandlung und nicht zuletzt bei den zahlreichen Verschleppungen in die Sowjetunion erlitt. Bei der Auseinanderreißung der meisten Familien und den furchtbaren Lebensbedingungen stehen ihnen kaum Geburten gegenüber. So wird man zum 29. Oktober 1946 auf keinen Fall mehr als 200 000 Überlebende annehmen dürfen.

Eine weitere wichtige Frage, auf die das polnische Zählungswerk die Antwort schuldig bleibt, ist die nach der Abgrenzung des Kreises der als deutsch betrachteten und auszusiedelnden Personen.

Das polnische „Dekret betreffend die Ausscheidung feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft“ vom 28. Februar 1945 ließ für die Mitglieder der Deutschen Volkslisten 3 und 4 eine Rehabilitation durch eine Treueerklärung für das polnische Volk und den polnischen Staat zu; in manchen Wojewodschaften war dazu ein Nachweis nötig, daß die Meldung zur Volksliste nur unter Zwang geschehen war. Selbst Angehörige der Volksliste 2 konnten unter Umständen durch ein förmliches Rehabilitationsverfahren und den Nachweis polenfreundlichen Verhaltens in der deutschen Zeit die Anerkennung als Polen und die polnische Staatsbürgerschaft erreichen und damit von der Ausweisung und Vermögenskonfiskation verschont bleiben. Die Zählung vom 14. Februar 1946 führt für die einzelnen Wojewodschaften die Personengruppen an, bei denen ein Rehabilitationsantrag gestellt war. Bei späteren amtlichen Wiederveröffentlichungen der Volkszählungsergebnisse wurden diese Zahlen der Rehabilitanden ganz den Polen zugeschlagen. Damit bezeugt die polnische Statistik, daß die Anfang 1946 noch laufenden Verfahren so gut wie alle im Sinne der Antragsteller entschieden wurden.

Soweit ein regionaler Vergleich möglich ist, sind diese Rehabilitandenzahlen durchweg kleiner als die Summe der Volkslisten 3 und 4 von 1944. Es bleibt dabei offen, ob ein Teil der Betroffenen seine Eintragung in die deutschen Volkslisten verschweigen und damit ein Rehabilitationsverfahren vermeiden konnte — wahrscheinlich war das bei einem großen Teil der Oberschlesier der Fall — oder ob die Verfahren schon vor dem 14. Februar 1946 abgeschlossen waren. Es bleibt nur übrig, aus den allgemeinen Verhältnissen und aus bekannten Einzelheiten über die Zusammensetzung der Vertriebenen darauf zu schließen, welchen Personenkreisen die Polen ein Verbleiben in der Heimat möglich machten und welche ausgetrieben wurden.

Zu den letzteren gehören fast alle einsprachigen Deutschen. Vor allem in den ersten Jahren, als die Polen sich noch imstande glaubten, die eroberten Gebiete aus eigener Volkskraft schnell neu bevölkern zu können, waren sie zu rigorosem Vorgehen geneigt und haben viele Zehntausende, die bei früheren Volkszählungen als Polen verzeichnet worden waren, nun wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit des Landes verwiesen. Eine Ausnahme ist nur bei den etwa 2000 katholisch-deutschen Einwohnern des Marktfleckens Wilmesau (Wilamowice) östlich Bielitz bekannt, die seit jeher innerhalb des Deutschtums in Polen eine eigenartige Sonderstellung einnahmen und von den Polen als Polen angesehen wurden.

Von den Zweisprachigen waren die Gruppen aus Ostgalizien und Ostpolen, zusammen etwa 10500, schon durch die Umsiedlung 1940 nach dem Westen gekommen. Die 1945 noch in Polen waren, haben sicherlich zum größten Teil versucht, sich als Polen zu tarnen und damit nicht nur Heimat und Besitz, sondern auch Leben und Gesundheit zu retten. Angesichts der drohenden Vernichtung war ein anderes Verhalten kaum möglich; vor allem liegt darin nicht etwa eine Verleugnung oder Aufgabe der deutschen Volkszugehörigkeit. Nur von den Soldauer Masuren, den polnisch sprechenden Evangelischen Südposens und einem kleinen Teil der zweisprachigen Oberschlesier, etwa 25000, ist bekannt, daß sie vertrieben wurden. Die zweisprachigen Schlonsaken im Teschener Schlesien, im

Olsagebiet — das im übrigen 1945 wieder an die Tschechoslowakei rückgegliedert und in den polnischen Zählungen nicht mehr erfaßt wurde —, die zweisprachigen Katholiken Westpreußens und Südposens sowie der Großteil der oberschlesischen Katholiken konnten in ihrer Heimat bleiben.

2. Stand von 1950

Erhebliche Schwierigkeiten bietet auch die Bestimmung der 1950 noch in Polen zurückgehaltenen Deutschen. Die Aussiedlung im Zuge der Operation Schwalbe erfaßte seit 1947 auch die Deutschen Vorkriegspolens. Eine brauchbare Statistik mit Unterscheidung der Herkunftsgebiete ist bei dieser Umsiedlung, die auf westlicher Seite in der Hand der britischen Behörden lag, nicht geführt worden. Deshalb ist auch eine unmittelbare Berechnung der Abwanderung seit der Zählung von 1946 nicht möglich. Die Ermittlung der Zahl der Deutschen in Polen im September 1950 muß von der Gegenwartseite her geschehen, unter Berücksichtigung der noch erfolgten Aussiedlungen.

Die letzte größere organisierte Umsiedlung Deutscher aus Polen vor dem Jahre 1955 wurde auf Grund einer Vereinbarung zwischen den westlichen Besatzungsmächten und Polen über Familienzusammenführung als sogenannte Operation Link vom 3. März 1950 ab durchgeführt. Von Mitte 1951 bis 1955 kam es nur mehr zu einigen kleinen Nachzüglertransporten. Vom 3. März 1950 bis zum 31. März 1955 kamen 45557 Deutsche aus Polen und den besetzten deutschen Ostgebieten in die Bundesrepublik, davon 11850 vor dem 13. September 1950, 33707 nach diesem Tage³⁰). Parallel mit dieser Repatriierung ging eine etwa gleich starke in die sowjetische Besatzungszone. Eine vom Deutschen Roten Kreuz durchgeführte Aufgliederung der Gesamtzahl nach Herkunftsgebieten legt die deutsche Gebiets-einteilung von 1940 zugrunde und ermöglicht daher keine völlig genaue Heraushebung Vorkriegspolens. Es kamen 1803 Vertriebene aus dem alten Gebiet Ostpreußens, 4203 aus Ostpommern, 302 aus Ostbrandenburg, 8847 aus Niederschlesien, 5831 aus Oberschlesien, 13547 aus dem Warthegau, 2574 aus Westpreußen, 194 aus Danzig, 458 aus den zu Ostpreußen geschlagenen Gebieten Polens und 809 aus dem Generalgouvernement. Bei 6989 Vertriebenen ist die Herkunft unsicher. Schlägt man die Oberschlesier ganz zu den Altreichsdeutschen, die Westpreußen ganz zu den Deutschen aus Polen (also mit Einbeziehung des zu Ostpreußen in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 gehörenden Regierungsbezirks Westpreußen), so werden sich die Fehler ungefähr ausgleichen. Danach kamen 17388 oder 45,1 vH der 38568 Bestimmbaren aus dem Gebiet Vorkriegspolens. Wendet man diesen Schlüssel auf alle nach dem 13. September 1950 gekommenen an (33700 in das Gebiet der Bundesrepublik und ungefähr die gleiche Zahl in die sowjetische Besatzungszone), so sind das rund 30000 Menschen.

Außer diesen bereits Repatriierten waren am 3. März 1955 beim Deutschen Roten Kreuz noch zur Umsiedlung angemeldet: aus dem alten Ostpreußen 39467, aus Ostpommern 18588, aus Ostbrandenburg 890, aus Niederschlesien 30982, aus Oberschlesien 62833, aus dem Warthegau 16176, aus Westpreußen 6234, aus Danzig 1010, aus dem polnischen Teil Ostpreußens (Regierungsbezirk Zichenau und Kreis Suwalki) 600, aus dem Generalgouvernement 1572, unbekannten Wohnsitzes 287. Wenn auch einzelne von diesen Personen in der Zeit seit ihrer An-

meldung in die sowjetische Besatzungszone umgesiedelt worden sein mögen, ohne daß das Deutsche Rote Kreuz davon Kenntnis erlangte, so ergeben sich doch rund 25 000 Umsiedlungswillige, die Anfang 1955 noch in Polen in den Grenzen von 1937 lebten.

Für den überwiegend evangelischen Teil des Deutschtums in Polen erfahren diese Zahlen eine Ergänzung durch die Statistik der Evangelischen Kirche in Polen³¹⁾. Um die minimalen Seelenzahlen zahlreicher Kirchspiele nicht angeben zu müssen, nennt der Evangelische Kalender nur die Zahlen für die gesamten Diözesen. Es kommen in Betracht die Diözesen Warschau mit 20 856, Pommerellen-Großpolen mit 10 981 und Kattowitz mit 31 364 Seelen, während sich die Diözese Teschen mit 36 656 Menschen — nach Austreibung der Bielitzer — auf das zweisprachige Schlonsakentum des Teschener Schlesien beschränkt. Die Diözese Warschau (Wojewodschaften Warschau, Lodz, Kielce, Lublin, Bialystok) liegt ganz im Bereich des alten Polen, die pommerellisch-großpolnische (Wojewodschaften Posen, Pommerellen und Danzig) greift mit Zoppot-Danzig, Elbing und Stolp (mindestens 3 000 Seelen) auch auf Danziger und reichsdeutsches Gebiet über, die Kattowitzer Diözese umfaßt ganz Oberschlesien und hat ihr Schwergewicht im reichsdeutschen Teil des Landes, namentlich im Kreise Kreuzburg O.S. Nach zerstreuten Einzelangaben in der Kirchenzeitschrift „Strażnica Ewangeliczna“³²⁾ entfielen auf Polnisch-Oberschlesien höchstens 10 000 Seelen. Danach lebten Ende 1954 auf dem ganzen Gebiet des alten Polen höchstens 40 000 Evangelische, Deutsche und Polen zusammen genommen.

1931 hatte es ohne das Teschener Gebiet etwa 40 000 evangelische Polen im Bereich der Warschauer Kirche gegeben. Aber deren Zahl war durch Krieg und Emigration, durch Übersiedlung in die besetzten deutschen Ostgebiete und nicht zuletzt durch ein schnelles Aufgehen im Katholizismus (durch Mischehen, katholische Kindererziehung und Übertritte) gewaltig zusammengeschmolzen. In Warschau wurden 1931 18 000 polnische Lutheraner gezählt. 1951 aber, bei der Wiedererrichtung der zweiten Warschauer evangelischen Gemeinde, hatte diese 771 stimmberechtigte Mitglieder, und 1954 hatten beide Warschauer Gemeinden zusammen 28 Konfirmanden³³⁾; der Protestantismus der Hauptstadt war also auf wenige Tausende zusammengeschrunpft. In England hingegen ist die protestantisch-polnische Emigration so stark, daß sie ein eigenes Kirchenblatt, den „Posel ewangelicki“ herauszugeben vermag. Wo etwa durch die Anführung der Namen der Konfirmanden in der „Strażnica Ewangeliczna“, ein Schluß auf die nationale Zusammensetzung der Gemeindereste in Polen möglich ist, zeigt sich auch heute noch ein Überwiegen der Deutschen, zumindest im Namenbild. Auch ist damit zu rechnen, daß die Warschauer lutherische Kirche die früher zur Unierten Kirche in Posen gehörenden Deutschen in Posen-Pommerellen nicht vollständig erfaßt hat.

Diese Tatsachen, vor allem die Zahl der 1955 registrierten Zuwanderungswilligen für die Familienzusammenführung, erlauben die Schätzung, daß sich 1955 noch etwa 40 000 Deutsche in Polen (in den Grenzen von 1937) befanden. Im Zeitpunkt der deutschen Zählung vom 13. September 1950 waren es um die in der Zwischenzeit ausgewanderten 30 000 mehr, also rund 70 000³⁴⁾. Diese leben nicht mehr in geschlossenen Siedlungen, sondern ohne festen Zusammenhang. Dazu aber kommen (ohne das Olsagebiet) an 311 000 zweisprachige Deutsche, die hauptsächlich in Oberschlesien, zu einem kleineren Teile auch in Westpreußen geschlossen wohnen, die

heute freilich ihre deutsche Gesinnung verbergen müssen, und deren Kinder in polnischem Geiste erzogen werden. Im Olsagebiet wird man noch mit rund 50 000 Deutschen rechnen können.

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Polen

Bei der vom 1. bis 11. März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) durchgeführten Registrierung der noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen wurden noch 2369 ermittelt, die am 1. September 1939 in Polen gewohnt hatten. Es fehlen zwar die Zahlen für die sowjetische Besatzungszone, auch ist die Registrierung im Bundesgebiet sicher nicht ganz vollständig gewesen und die noch in der Heimat verbliebenen Deutschen konnten sich gleichfalls nicht beteiligen. Trotzdem wird man nicht mehr als 4000 im Jahre 1950 noch am Leben befindliche deutsche Kriegsgefangene aus Polen annehmen können, dazu etwa 1000 Überlebende der 21 827 registrierten Wehrmachtstoten und der 13 391 registrierten totgeglaubten oder internierten Zivilpersonen, zusammen also 5000. Für 1946 ist dagegen noch mit 25 000 Personen zu rechnen.

I. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Polen

Eine Deutschtumsbilanz läßt sich aus den bisher angeführten Zahlen nur so gewinnen, daß die fehlenden Angaben für die sowjetische Besatzungszone durch Fortschreibung aus der Zählung von 1946 errechnet werden.

Zunächst ist der natürliche Bevölkerungszuwachs der Vertriebenen aus Polen zwischen 1945 und 1950 zu beachten.

Während der Austreibung, selbst bis zur Zählung von 1946 ist mit einem Geburtenüberschuß nicht zu rechnen. In der Zeit zwischen den beiden Zählungen betrug nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes³⁵⁾ die Zunahme der Vertriebenen in der Bundesrepublik auf Grund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung rund 275 000 Personen. Davon entfallen auf die Deutschen aus Polen, die im Bundesgebiet und in Berlin (West) Aufnahme gefunden haben, 14 500. Für die sowjetische Besatzungszone, Ostberlin und die übrigen Aufnahmegebiete wurde mit einem Geburtenüberschuß von rund 1 500 gerechnet; der natürliche Bevölkerungszuwachs der Polendeutschen betrug also für die Zeit von der Vertreibung bis Herbst 1950 rund 16 000 Personen.

Eine weitere Zunahme der Zahl der Vertriebenen aus Polen ergab sich durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen, durch den Zuzug von rund 4000 Deutschen aus Polen, die bei Kriegsende nach Dänemark gekommen waren und schließlich durch den Zuzug aus Polen Ausgewiesener in der Zeit zwischen den beiden Volkszählungen von 1946 und 1950. Für die Ermittlung der Ausgewiesenen wird man nicht einfach die Differenz von 130 000 Personen ansetzen können, die sich aus den Zahlen für die noch zurückgebliebenen Deutschen ergibt (1946: 200 000, 1950: 70 000). Es muß,

infolge der entsetzlichen Zustände in den Konzentrationslagern in Polen, mit dem Tode von mindestens 20 000 gerechnet werden. In den so errechneten rund 110 000 Ausgewiesenen werden vermutlich auch etwa 3 000 bis 4 000 Rückkehrer aus der Verschleppung in die Sowjetunion enthalten sein. Die in der Verschleppung Verstorbenen sind in der Zahl der ungeklärten Fälle enthalten.

Besondere Schwierigkeiten macht die Berechnung der zwischen den beiden Nachkriegsvolkszählungen rückgekehrten Kriegsgefangenen. Es wurde hierbei zunächst von folgenden Überlegungen ausgegangen:

Die 1 221 000 zwischen den beiden Zählungen in die Bundesrepublik und nach Berlin (West) zurückgekehrten Kriegsgefangenen bilden rund 2,1 vH des zugehörigen Personenkreises nach dem Stande vom 13. September 1950. Für die Deutschen aus Polen ist als zugehöriger Personenkreis die Gesamtzahl der 932 000 von der Vertreibung Betroffenen anzusehen, einschließlich der durch die Vertreibung Umgekommenen und der in Polen Zurückgebliebenen (da auch deren kriegsgefangene Angehörige sich naturgemäß vor allem nach der Bundesrepublik entlassen ließen) und zuzüglich der natürlichen Vermehrung um 16 000 bis 1950 (vgl. darüber unten). Das ergibt 20 000 zwischen 1946 und 1950 zurückgekehrte Kriegsgefangene unter den Deutschen aus Polen.

Wendet man dagegen die in der zusammenfassenden Übersicht dargelegte Methode an (vgl. S. 34), so würde sich für die aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Polendeutschen eine Gesamtzahl ergeben, die bei etwa 40 000 liegt. Es ist möglich, daß es sich hierbei um eine Maximalzahl handelt. Bei Verwendung dieses höheren Wertes in der Bilanz würde sich die Zahl der ungeklärten Fälle entsprechend vermindern.

Es ergibt sich nun folgende Zahl der im Bundesgebiet, in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin lebenden, aus Polen vertriebenen Deutschen für 1950:

Deutsche Vertriebene aus Polen (Stand: 29. Oktober 1946)	527 800
Aufnahme von Ausgewiesenen	110 000
Entlassung aus Kriegsgefangenschaft	20 000
Rückführung aus Dänemark	4 000
Natürlicher Bevölkerungszuwachs	16 000
Zusammen	677 800

Davon sind noch 8 000 Auswanderer in der Zeit zwischen den Zählungen abziehen. Es blieben also 669 800 Polendeutsche in den vier Besatzungszonen Deutschlands. Von ihnen lebten am 13. September 1950 419 572 in der Bundesrepublik und in Berlin (West); für die sowjetische Besatzungszone und Ostberlin verbleiben somit rund 250 000 Deutsche aus Polen. Das wäre gegenüber den 245 000 dort im Jahre 1946 gezählten Deutschen aus Polen eine Vermehrung um rund 5 000 oder um 2 vH. Trotzdem die Ausweisung der 110 000 Deutschen aus Polen nach 1946 zum großen Teil in die Sowjetzone gerichtet war, ist ihre Zahl dort nicht dementsprechend gestiegen. Die Vertriebenen, die durch keine Tradition und keine materiellen Interessen an ihren neuen Wohnsitz in der Sowjetzone gebunden waren, aber die russische Besatzungsmacht hinlänglich kennengelernt hatten, strebten so schnell wie möglich über die Zonengrenze nach dem Westen, sei es auf legalem oder illegalem Wege.

Für die Feststellung der Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung ergeben sich somit folgende Zahlen:

De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Polens Anfang 1945 ..	1 293 000
Zahl der Vertriebenen aus Polen	
Stand September 1950:	
Bundesrepublik Deutschland	410 000
Berlin (West)	10 000
Sowjetische Besatzungszone	} 250 000
Ostberlin	
Österreich	10 000
Andere Aufnahmegebiete	8 000
Zusammen	688 000
Geburtenüberschuß der Vertriebenen für die Zeit von der Ver-	
treibung bis Ende 1950	16 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	672 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivil-	
internierte und Vermißte	5 000
In Polen zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Be-	
völkerung	381 000
Im Olsagebiet zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche	
Bevölkerung	50 000
Geklärte Fälle	1 108 000
Ungeklärte Fälle	185 000

Die ungeklärten Fälle betreffen fast durchweg einsprachige Deutsche; sie müssen als Vertreibungsverluste zusammengefaßt werden, auch wenn nicht einwandfrei festgestellt werden kann, wie viele darunter noch im Zuge der Kriegshandlungen oder bei Verschleppungen ums Leben kamen. Auf die gesamte deutsche Vorkriegsbevölkerung Polens in den Grenzen von 1937 bezogen, ergibt sich ein Verlust von 13,5 vH. Da die militärischen Kriegsverluste 108 000 Mann betragen, errechnet sich für die deutsche Bevölkerung aus Polen ein Gesamtverlust durch Krieg und Vertreibung von 293 000 Personen, d. s. 21,4 vH ihres Standes vom 1. September 1939.

Richtiger ist es, bei der Berechnung des Verlustanteils die von der Vertreibung nichtbetroffenen zweisprachigen deutschen Gruppen auszuschneiden, also nur von den bei Kriegsbeginn festgestellten 932 000 Einsprachigen und von der Vertreibung betroffenen Zweisprachigen auszugehen: Danach betrugen die ungeklärten Fälle 185 000 oder 18,7 vH; die Gesamtverluste aus Krieg und Vertreibung 263 000 oder 26,6 vH der 988 000 im September 1939 festgestellten Deutschen.

Anmerkungen

- ¹⁾ Einschließlich des bis Herbst 1938 zur Tschechoslowakei gehörenden Olsagebietes.
- ²⁾ Die Zählungsbogen wurden in Polen nicht von den Gezählten, sondern von den staatlichen Zählungskommissaren ausgefüllt.
- ³⁾ Die entsprechende polnische Kreisbezeichnung lautet „powiat“. An Stelle dieser Bezeichnung wird jeweils der deutsche Gebietsbegriff Kreis gesetzt.
- ⁴⁾ Tabelle 1 stellt das Ausgangsmaterial für die anschließende Berechnung nach der Volkszählung von 1931 zusammen. Dabei wurden die Evangelisch-Reformierten ihrer besonderen Verhältnisse im russischen Teilgebiet wegen getrennt aufgeführt (sie gehörten hier vorwiegend dem tschechischen und polnischen Volkstum an, während sie im deutschen und österreichischen Teilgebiet mit wenigen Ausnahmen deutsch waren). Die polnische Zählung nennt neben Lutheranern, Reformierten und Unierten auch noch Evangelische ohne besondere Angaben, die im allgemeinen sicherlich der in dem betreffenden Gebiet überwiegenden evangelischen Richtung angehörten, also im früher preußischen Teilgebiet Unierte, im ehemaligen österreichischen und russischen Teilgebiet jedoch Lutheraner waren. In der Tabelle wurden diese drei Spalten zusammengezogen.
- ⁵⁾ Dagegen ist die Gesamtsumme der Selbstzählung von 1934 mit 312 690 für Posen-Westpreußen zu klein, da die Zählung nicht in allen Kreisen vollständig durchgeführt werden konnte.
- ⁶⁾ Die Zahlen wurden vor Beginn der künstlichen Eindeutschungsversuche erhoben. Sie sind veröffentlicht bei E. Keyser: „Die Bevölkerung der östlichen Provinzen des Deutschen Staates von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1939.“ In: Die Ostgebiete des Deutschen Reiches. Hrsg. G. Rhode, 3. Aufl. 1955, (S. 83).
- ⁷⁾ Durch die Eintragung in die „Volksliste“, die endgültig durch eine Verordnung vom 4. März 1941 geregelt wurde, sind die Deutschen in Polen in vier verschieden bewertete Gruppen eingeteilt worden. In Liste 1 sollten jene aufgenommen werden, die vor 1939 aktiv für das Deutschtum eingetreten waren, in Liste 2 jene, die sich zwar nicht nach außen hin aktiv für ihr Volkstum betätigt hatten, aber trotzdem ihr Deutschtum nachweisbar bewahrt hatten. Zur Gruppe 3 gehörten die Deutschstämmigen, die Bindungen zum Polentum eingegangen waren, ohne sich aber antideutsch zu betätigen. Liste 4 endlich war für die „deutschen Renegaten“ bestimmt, die voll im Polentum aufgegangen waren. Die Zweisprachigen sollten, soweit sie sich vor dem 1. September 1939 offen zum Deutschtum bekannt hatten, in Liste 2, in Sonderfällen auch in Liste 1 eingereiht werden, sonst in Liste 3.
- ⁸⁾ Winkler, Wilhelm: Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschtum, 1927, S. 30.
- ⁹⁾ Mückler, Andreas: Das Deutschtum Kongreßpolens. Eine statistisch-kritische Studie, Wien, 1927.
- ¹⁰⁾ Rocznik Ewangelicki, Warschau 1925.
- ¹¹⁾ Die Fehlerhaftigkeit der polnischen Volkszählungsergebnisse von 1931 kann auch durch eine Erhebung der Volksgruppe nachgewiesen werden, die im Jahre 1934 vorgenommen wurde. Sie ermittelte im Kreise Kalisch etwa 10 500 Deutsche, genau so viel wie die polnische Volkszählung Evangelische auswies (10 512); die Volkszählung gab aber für den Kreis Kalisch nur 3 821 Deutsche an.
- ¹²⁾ Kuhn, Walter: Bevölkerungsstatistik des Deutschtums in Galizien, Wien 1930.
- ¹³⁾ Daß die Zahl nur in einer Anmerkung des amtlichen Zählungswerkes angegeben ist und die Schlonsaken in den Haupttabellen auf Tschechen, Polen und Deutsche aufgeteilt sind, ist ohne Belang. Entscheidend ist, daß 47 000 Menschen, denen infolge ihrer Hausprache die einfache Angabe deutscher Muttersprache unmöglich war, doch die durch die Zählung gegebene Möglichkeit benutzten, um durch das Bekenntnis als Schlonsaken ihren Abstand von den slawischen Nationen des Landes, das heißt ihre Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis zu bekunden.
- ¹⁴⁾ Bierschenk, Theodor: Die deutschen Volksgruppen in Polen 1934 bis 1939 (Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg, Nr. 10), Kitzingen 1954, S. 351; nach Presseberichten, deren Zahlen unter Umständen überhöht sind.
- ¹⁵⁾ Das sowjetrussische Interessengebiet in Galizien reichte bis zum San; die Grenze ging quer durch die Kreise Lesko, Przemyśl und Jarosław.
- ¹⁶⁾ Kleiner Umsiedlungsspiegel. Hrsg. Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, Stand vom Juli 1943. Die in „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 21, Heft 1 (Januar 1941) veröffentlichten Zahlen, seither vielfach abgedruckt, sind nicht ganz vollständig.
- ¹⁷⁾ Diese Kreise hatten nach dem 1940 erschienenen Buche von du Prel, das deutsche General-Gouvernement Polen, S. 208 ff, schon keine Volksdeutschen mehr.
- ¹⁸⁾ Vgl. für Januar 1944 Th. Bierschenk a. a. O.; für 1. April 1944 Handakten Papritz, Marburger St.A. 340, C 12d, 67, S. 19 (Wartheland 245 911 Umsiedler). Die Schwarzmeerdeutschen, die erst gegen Ende des Krieges nach Polen kamen, sind dabei nicht mitberücksichtigt. Sie gelangten zum größten Teil gar nicht mehr aus den Lagern zur Ansiedlung; auch fehlen für sie sichere Zahlenunterlagen.

- ¹⁹⁾ Die im Text stehende unmögliche Zahl von 1000000 kann nur auf einem Versehen beruhen.
- ²⁰⁾ Handakten Papritz, 340, C 12d, Nr. 63 und 67.
- ²¹⁾ Frumkin, G.: *Population Changes in Europe since 1939*. New York 1951, S. 69.
- ²²⁾ Vgl. die standesamtlich beurkundeten Kriegssterbefälle und gerichtlichen Todeserklärungen in den Jahren 1939 bis 1954. In: *Wirtschaft und Statistik*, 8. Jg. N. F., Heft 6, Juni 1956.
- ²³⁾ Quellen:
 Für die britische Zone: Die Flüchtlinge in Deutschland, Ergebnisse der Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946, Statistische Berichte. Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, S. 20.
 Für Hessen: Statistik und Wirtschaft in Hessen, Statistische Mitteilungen, Jg. 7, Heft 2, 1. April 1952, S. 34. Hrsg. Hessisches Statistisches Landesamt.
 Für Württemberg-Baden: Die Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in Württemberg-Baden. In: Sonderheft zum Jahrgang 1949 der Statistischen Monatshefte Württemberg-Baden, Stuttgart 1949.
 Für Bayern: Die Flüchtlinge in Bayern, Ergebnisse einer Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 142, München 1948.
 Für Rheinland-Pfalz: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 1, Bad Ems 1949.
 Für Württemberg-Hohenzollern: Die Volkszählung am 29. Oktober 1946 in Württemberg-Hohenzollern und im Kreis Lindau. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, Nr. 1/2, Tübingen 1949.
 Zum Teil mußten auf Grund dieses Quellenmaterials besondere Berechnungen zur Eliminierung der in diesen Veröffentlichungen nicht ausgewiesenen Personen mit nichtdeutscher Muttersprache vorgenommen werden.
- ²⁴⁾ Flygtninge i Danmark 1945—1940. Kopenhagen 1950, S. 87 und Diagramm S. 322.
- ²⁵⁾ Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. September 1950 — Die Bevölkerung nach dem Wohnort am 1. September 1939. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- ²⁶⁾ Vgl. Anmerkung 24.
- ²⁷⁾ Geilke, Georg: Die Lösung der „deutschen Frage“ im Lichte polnischer Gesetze, Hamburg 1954 (als Manuskript vervielfältigt).
- ²⁸⁾ Vgl. Rocznik Statystyczny 1947 und 1948, Warschau.
- ²⁹⁾ Demographische Probleme Polens (III). Zwei Jahre Siedlung in den Westgebieten. Hrsg. Zachodnia Agencja Prasowa, in deutscher Übersetzung Februar 1948, Tabelle S. 8 und Diagramm S. 9. Die Zahlen sollen die schnelle und planmäßige Beseitigung des Deutschtums in den besetzten Gebieten beweisen.
- ³⁰⁾ Zahlen des Deutschen Roten Kreuzes, Abteilung Suchdienst, Familienzusammenführung, Hamburg-Osdorf, Blomskamp 51. Die Angaben verdanke ich der Freundlichkeit von Herrn Direktor Ohlsen.
- ³¹⁾ Kalendarz ewangelicki. Hrsg. Warschauer Kirchenleitung für 1953 und 1955. Die Seelenzahlen von 1955 sind mit Ausnahme Masurens die größeren und wahrscheinlich vollständigeren; es wird daher im Text nur mit ihnen gearbeitet.
- ³²⁾ Jahrgänge 1951 und 1954.
- ³³⁾ Strażnica ewangeliczna, 1951, Nr. 16, 1954, Nr. 17.
- ³⁴⁾ So auch Rhode, G.: Die Deutschen im Osten nach 1945. In: Zeitschrift für Ostforschung, Jg. 2, 1953, S. 382. — Für 1955 errechnete sich eine Zahl von 40000 einsprachigen Deutschen, die noch im Gebiet Vorkriegspolens leben.
- ³⁵⁾ Vgl. S. 21.

Tabellenteil

1. Die Deutschen in Polen nach der Religionszugehörigkeit am 9. Dezember 1931

(amtl. Zahlen)

Wojewodschaft	Deutsche						
	insgesamt	davon waren nach der Religionszugehörigkeit					
		Lutheraner, Reformierte u. and. Evang.	Reformierte	Angehörige evangl. Sekten	Katholiken (röm.-kath.)	Juden	andere unbekannt
Posen	193 080	169 890	3 226	1 398	16 638	1 791	137
Westpreußen	105 400	85 263	3 301	2 402	13 708	615	111
Posen-Westpreußen ...	298 480	255 153	6 527	3 800	30 346	2 406	248
Schlesien	90 545	23 708	1 509	189	61 757	3 228	154
Warschau (Stadt) ...	1 892	1 169	88	74	392	133	36
Warschau (Land) ...	73 592	69 386	1 004	2 994	168	21	19
Lodz	155 315	141 391	1 633	2 952	9 068	186	85
Kielce	7 938	7 420	106	20	349	36	7
Lublin	15 865	14 652	88	1 005	71	31	18
Bialystok	7 290	6 942	205	46	84	12	1
Mittelpolen	261 892	240 960	3 124	7 091	10 132	419	166
Wolhynien	46 883	41 438	712	4 456	203	19	55
Polesien	1 063	891	84	20	25	2	41
Nowogródek	379	246	70	8	54	—	1
Wilna	1 357	1 141	80	14	111	3	8
Ostpolen	49 682	43 716	946	4 498	393	24	105
Krakau	8 932	3 310	55	22	5 126	399	20
Lemberg	12 049	7 104	1 286	148	3 209	223	79
Stanislaw	16 737	8 839	794	91	6 818	98	97
Tarnopol	2 675	1 871	42	24	689	30	19
Galizien	40 393	21 124	2 177	285	15 842	750	215
Polen insgesamt	740 992	584 661	14 283	15 863	118 470	6 827	888

Quelle: Statystyka Polski, Serie D, Bände f. d. einzelnen Wojewodschaften, Warschau 1937—1938.

2. Die Evangelischen in Polen am 9. Dezember 1931

(amtl. Zahlen)

Wojewodschaft	Evangelische		
	insgesamt	davon	
		Lutheraner, Unierte und andere	Reformierte
Posen	204 087	199 686	4 401
Westpreußen	100 812	96 760	4 052
Posen-Westpreußen	304 899	296 446	8 453
Schlesien	77 269	73 938	3 331
Warschau (Stadt)	21 165	18 025	3 140
Warschau (Land)	94 115	92 020	2 095
Lodz	187 904	181 115	6 789
Kielce	11 471	11 089	382
Lublin	23 224	22 603	621
Białystok	12 248	11 544	704
Mittelpolen	353 127	339 396	13 731
Wolhynien	53 427	50 817	2 610
Polesien	5 498	5 083	415
Nowogródek	1 295	1 010	285
Wilna	3 527	2 662	865
Ostpolen	63 747	59 572	4 175
Krakau	6 885	6 532	353
Lemberg	13 090	11 182	1 908
Stanisław	12 492	11 338	1 154
Tarnopol	3 749	3 559	190
Galizien	36 216	32 611	3 605
Polen insgesamt	835 258	801 963	33 295

Quelle: Statystyka Polski, Serie D, Bände f. d. einzelnen Wojewodschaften, Warschau 1937—1938.

**3. Die ein- und zweisprachigen Deutschen in Polen nach der
Religionszugehörigkeit am 9. Dezember 1931
(berichtigte Zahlen)**

Gebiet	Religions- zugehörigkeit	Deutsche in Polen		
		insgesamt	davon	
			Ein- sprachige	Zwei- sprachige
Posen-Westpreußen	evangelisch	307 500	293 500	14 000
	katholisch	93 000	45 000	48 000
	zusammen	400 500	338 500	62 000
Mittelpolen	evangelisch	317 000	317 000	—
	katholisch	25 000	25 000	—
	zusammen	342 000	342 000	—
Wolhynien	evangelisch	51 500	49 500	2 000
	katholisch	—	—	—
	zusammen	51 500	49 500	2 000
Woj. Polesien	evangelisch	4 500	1 500	3 000
	katholisch	—	—	—
	zusammen	4 500	1 500	3 000
Woj. Nowogródek und Wilna	evangelisch	3 500	3 500	—
	katholisch	—	—	—
	zusammen	3 500	3 500	—
Galizien	evangelisch	33 000	33 000	—
	katholisch	35 000	30 000	5 000
	zusammen	68 000	63 000	5 000
Oberschlesien	evangelisch	30 000	20 000	10 000
	katholisch	360 000	70 000	290 000
	zusammen	390 000	90 000	300 000
Teschener Schlesien	evangelisch	25 000	15 000	10 000
	katholisch	15 000	15 000	—
	zusammen	40 000	30 000	10 000
Polen	evangelisch	772 000	733 000	39 000
	katholisch	528 000	185 000	343 000
	zusammen	1 300 000	918 000	382 000
Olsagebiet	evangelisch	47 000	7 000	40 000
	katholisch	20 000	10 000	10 000
	zusammen	67 000	17 000	50 000
Polen (mit Olsagebiet) insgesamt	evangelisch	819 000	740 000	79 000
	katholisch	548 000	195 000	353 000
	zusammen	1 367 000	935 000	432 000

¹⁾ In den Zahlen für die evangelische Religionszugehörigkeit sind auch die Angaben für andere, nicht-katholische Religionszugehörigkeit enthalten.

4. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Evangelischen in Polen 1931 und 1932

Gebiet	Evangelische Bevölkerung am 9. Dez. 1931	Geburten		Sterbefälle		Geburten- bzw. Sterbefall-überschuß	
		Anzahl ¹⁾	aT ²⁾	Anzahl ¹⁾	aT ²⁾	Anzahl ¹⁾	aT ²⁾
Posen-Westpreußen . . .	304 899	10 124	16,6	9 606	15,8	518	+ 0,8
Mittelpolen (ohne Stadt Warschau) . . .	331 962	18 072	27,2	11 718	17,6	6 354	+ 9,6
Wolhynien	53 427	3 535	33,1	1 366	12,8	2 169	+ 20,3
Polesien	5 498	187	17,0	106	9,6	81	+ 7,4
Nowogródek-Wilna . . .	4 824	77	8,0	66	6,8	11	+ 1,1
Galizien	36 016	1 372	19,0	910	12,6	462	+ 6,4
Schlesien	77 269	2 991	19,4	2 084	13,5	907	+ 5,9
Stadt Warschau	21 165	422	10,0	652	15,4	— 230	— 5,4

¹⁾ Die Zahlen beziehen sich auf die beiden Jahre 1931 und 1932. — ²⁾ Auf 1000 der evangelischen Bevölkerung und 1 Jahr.

Quelle: Statystyka Polski, Serie C, Heft 102, Warschau 1939.

5. Die nach Polen umgesiedelten Deutschen aus den ost- und südosteuropäischen Siedlungsgebieten (Stand: Frühjahr 1943)

Herkunftsgebiet	Zeitraum der Aussiedlung	Umsiedler insgesamt	davon in nachstehende Gebiete				
			Warthe-land	Danzig-Westpr.	Ost-preußen	Ober-schlesien	Distrikt Lublin
Estland, Lettland . . .	16. 10. 1939—16. 11. 1939	57 042	50 858	5 966	32	134	52
Galizien, Wolhynien, Narew-gebiet	11. 12. 1939— 3. 2. 1940	108 242	95 601	3 264	4 264	5 091	22
Östliches General-gouvernement . . .	3. 5. 1940—15. 10. 1940	25 843	24 913	930	—	—	—
Bessarabien	16. 9. 1940—16. 11. 1940	86 783	41 509	41 296	7	86	3 885
Nordbukowina	16. 9. 1940—16. 11. 1940	23 282	13 050	—	4	10 167	41
Südbukowina	12. 11. 1940— 4. 12. 1940	32 124	11 805	—	14	20 278	27
Dobrukscha	12. 11. 1940— 4. 12. 1940	5 803	5 660	—	—	51	92
Rumänien in den Grenzen von 1914 . .	6. 12. 1940—16. 12. 1940	945	139	—	16	360	430
Litauen	23. 1. 1941—24. 3. 1941	3 677	176	—	3 501	—	—
Bulgarien	Nov. 1941— Jan. 1942	216	5	—	—	—	211
Bosnien	1. 10. 1942—22. 11. 1942	2 111	14	—	—	103	1 994
Serbien	18. 12. 1942— 5. 2. 1943	334	4	—	—	—	330
Rußland		595	—	—	10	—	585
Insgesamt		346 977	243 734	51 456	7 848	36 270	7 669

Quelle: Kleiner Umsiedlungsspiegel für Juli 1943.

6. Die ein- und zweisprachigen Deutschen in Polen¹⁾ nach der Religionszugehörigkeit im Jahre 1944

Gebiet	Religions- zugehörigkeit ²⁾	Deutsche in Polen		
		insgesamt	davon	
			Ein- sprachige	Zwei- sprachige
Posen-Westpreußen	evangelisch	279 000	266 000	13 000
	katholisch	85 500	39 500	46 000
	zusammen	364 500	305 500	59 000
Mittelpolen ³⁾	evangelisch	326 000	326 000	—
	katholisch	24 000	24 000	—
	zusammen	350 000	350 000	—
Ostpolen ³⁾	evangelisch	69 000	63 500	5 500
	katholisch	—	—	—
	zusammen	69 000	63 500	5 500
Galizien ³⁾	evangelisch	32 000	32 000	—
	katholisch	35 500	30 500	5 000
	zusammen	67 500	62 500	5 000
Oberschlesien	evangelisch	30 000	20 000	10 000
	katholisch	360 000	70 000	290 000
	zusammen	390 000	90 000	300 000
Teschener Schlesien	evangelisch	25 000	15 000	10 000
	katholisch	15 000	15 000	—
	zusammen	40 000	30 000	10 000
Olsagebiet	evangelisch	45 000	5 000	40 000
	katholisch	15 000	5 000	10 000
	zusammen	60 000	10 000	50 000
Insgesamt	evangelisch	806 000	727 500	78 500
	katholisch	535 000	184 000	351 000
	zusammen	1 341 000	911 500	429 500

¹⁾ Polen in den Grenzen von 1937. — ²⁾ In den Zahlen für die evangelische Religionszugehörigkeit sind auch die Angaben für eine andere, nichtkatholische Religionszugehörigkeit enthalten. — ³⁾ Zum Teil umgesiedelt.

7. Die Bevölkerung Polens nach Personenkreisen am 14. Februar 1946

Wojewodschaft	Bevölkerung in Polen				
	insgesamt	davon			
		Polen	Deutsche	Rehabilitanden	Andere
Warschau-Stadt	478 755	477 644	14	24	1 073
Warschau-Land	2 114 415	2 083 403	14 812	14 721	1 479
Lodz-Stadt	496 929	458 371	24 321	2 723	11 514
Lodz-Land	1 772 420	1 705 076	58 878	5 691	2 775
Kielce	1 717 303	1 714 012	571	1 066	1 654
Lublin	1 889 650	1 796 836	233	614	91 967
Bialystok	881 094	763 566	316	1 140	116 072
fr. Zentral-Wojewodschaften ..	9 350 566	8 998 908	99 145	25 979	226 534
Krakau	2 133 389	2 106 981	2 466	6 274	17 668
Rzeszow	1 535 400	1 414 883	162	1 889	118 466
West-Galizien	3 668 789	3 521 864	2 628	8 163	136 134
Danzig	404 918	350 072	8 714	44 835	1 297
Pomörze	1 406 453	1 341 351	44 816	17 684	2 602
Posen	2 149 099	2 076 946	41 167	28 165	2 821
fr. West-Wojewodschaften	3 960 470	3 768 369	94 697	90 684	6 720
Schlesien	1 623 478	1 506 324	15 873	98 145	3 136
Polen¹⁾	18 603 301	17 795 465	212 343	222 971	372 524

¹⁾ Polen in den Grenzen von 1937.

Quelle: Powszechny sumaryczny spis ludności z dn. 14. II. 1946 r. (Statystyka Polski, Serie D, Heft 1), Warschau 1947, S. XVI.



POLEN

Verwaltungsgrenzen zwischen Ende 1939 und 1953

0 20 40 60 80 100 km



ZEICHENERKLÄRUNG:

- Staatsgrenzen 1937
- Ostgrenze Polens 1946/48
- Ostgrenze Polens 1953
- Oder-Weiß-Linie
- Polnisch-Sowjetische Demarkationslinie in Ostpreußen
- Deutsche Verwaltungsgrenzen
- Grenzen der Reichsgaue u. Provinzen bzw. des Generalgouvernements
- Grenzen d. Regierungsbezirke u. d. Distrikte des Generalgouvernements
- Grenzen des am 1.8.1941 neugebildeten Distrikts Białystok u. des am 1.8.1941 dem Generalgouvernement angegliederten Distrikts Galizien
- Grenzen der Kreise sowie der Stadt- und Kreishauptmannschaften des Generalgouvernements

Polnische Verwaltungsgrenzen 1946/48

Grenzen der Wojewodschaften

Grenzen der Powiäte

Sowjetische Verwaltungsgrenzen 1946/48

Grenzen der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Grenzen der Oblaste

Grenzen der Rayons

Polnische Verwaltungsgrenzen 1953

Grenzen der Wojewodschaften

Hauptstädte der Städtekreise

Sozialistische Verwaltungssitze

Verwaltungssitze der Distrikte des Generalgouvernements

Verwaltungssitze der Wojewodschaften

Verwaltungssitze der Oblaste (1946/48 - rot und 1953 - blau unterstrichen)

VERZEICHNIS DER KLEINEREN VERWALTUNGSBEZIRKE

soweit in der Karte durch Nummern gekennzeichnet

1939/1944

Reichsgau Danzig-Westpreußen	11 Posen	30 Thorn	49 Stettin
1 Neustadt (Weichsel)	12 Siedlitz	31 Glogau	50 Danzig
2 Gollub (Weichsel)	13 Wreschen	32 Glogau	51 Danzig
3 Gollub (Weichsel)	14 Gollub (Weichsel)	33 Glogau	52 Danzig
4 Königsberg	15 Gollub (Weichsel)	34 Glogau	53 Danzig
5 Königsberg	16 Gollub (Weichsel)	35 Glogau	54 Danzig
6 Königsberg	17 Gollub (Weichsel)	36 Glogau	55 Danzig
7 Königsberg	18 Gollub (Weichsel)	37 Glogau	56 Danzig
8 Königsberg	19 Gollub (Weichsel)	38 Glogau	57 Danzig
9 Königsberg	20 Gollub (Weichsel)	39 Glogau	58 Danzig
10 Königsberg	21 Gollub (Weichsel)	40 Glogau	59 Danzig
11 Königsberg	22 Gollub (Weichsel)	41 Glogau	60 Danzig
12 Königsberg	23 Gollub (Weichsel)	42 Glogau	61 Danzig
13 Königsberg	24 Gollub (Weichsel)	43 Glogau	62 Danzig
14 Königsberg	25 Gollub (Weichsel)	44 Glogau	63 Danzig
15 Königsberg	26 Gollub (Weichsel)	45 Glogau	64 Danzig
16 Königsberg	27 Gollub (Weichsel)	46 Glogau	65 Danzig
17 Königsberg	28 Gollub (Weichsel)	47 Glogau	66 Danzig
18 Königsberg	29 Gollub (Weichsel)	48 Glogau	67 Danzig
19 Königsberg	30 Gollub (Weichsel)	49 Glogau	68 Danzig
20 Königsberg	31 Gollub (Weichsel)	50 Glogau	69 Danzig
21 Königsberg	32 Gollub (Weichsel)	51 Glogau	70 Danzig
22 Königsberg	33 Gollub (Weichsel)	52 Glogau	71 Danzig
23 Königsberg	34 Gollub (Weichsel)	53 Glogau	72 Danzig
24 Königsberg	35 Gollub (Weichsel)	54 Glogau	73 Danzig
25 Königsberg	36 Gollub (Weichsel)	55 Glogau	74 Danzig
26 Königsberg	37 Gollub (Weichsel)	56 Glogau	75 Danzig
27 Königsberg	38 Gollub (Weichsel)	57 Glogau	76 Danzig
28 Königsberg	39 Gollub (Weichsel)	58 Glogau	77 Danzig
29 Königsberg	40 Gollub (Weichsel)	59 Glogau	78 Danzig
30 Königsberg	41 Gollub (Weichsel)	60 Glogau	79 Danzig
31 Königsberg	42 Gollub (Weichsel)	61 Glogau	80 Danzig
32 Königsberg	43 Gollub (Weichsel)	62 Glogau	81 Danzig
33 Königsberg	44 Gollub (Weichsel)	63 Glogau	82 Danzig
34 Königsberg	45 Gollub (Weichsel)	64 Glogau	83 Danzig
35 Königsberg	46 Gollub (Weichsel)	65 Glogau	84 Danzig
36 Königsberg	47 Gollub (Weichsel)	66 Glogau	85 Danzig
37 Königsberg	48 Gollub (Weichsel)	67 Glogau	86 Danzig
38 Königsberg	49 Gollub (Weichsel)	68 Glogau	87 Danzig
39 Königsberg	50 Gollub (Weichsel)	69 Glogau	88 Danzig
40 Königsberg	51 Gollub (Weichsel)	70 Glogau	89 Danzig
41 Königsberg	52 Gollub (Weichsel)	71 Glogau	90 Danzig
42 Königsberg	53 Gollub (Weichsel)	72 Glogau	91 Danzig
43 Königsberg	54 Gollub (Weichsel)	73 Glogau	92 Danzig
44 Königsberg	55 Gollub (Weichsel)	74 Glogau	93 Danzig
45 Königsberg	56 Gollub (Weichsel)	75 Glogau	94 Danzig
46 Königsberg	57 Gollub (Weichsel)	76 Glogau	95 Danzig
47 Königsberg	58 Gollub (Weichsel)	77 Glogau	96 Danzig
48 Königsberg	59 Gollub (Weichsel)	78 Glogau	97 Danzig
49 Königsberg	60 Gollub (Weichsel)	79 Glogau	98 Danzig
50 Königsberg	61 Gollub (Weichsel)	80 Glogau	99 Danzig
51 Königsberg	62 Gollub (Weichsel)	81 Glogau	100 Danzig

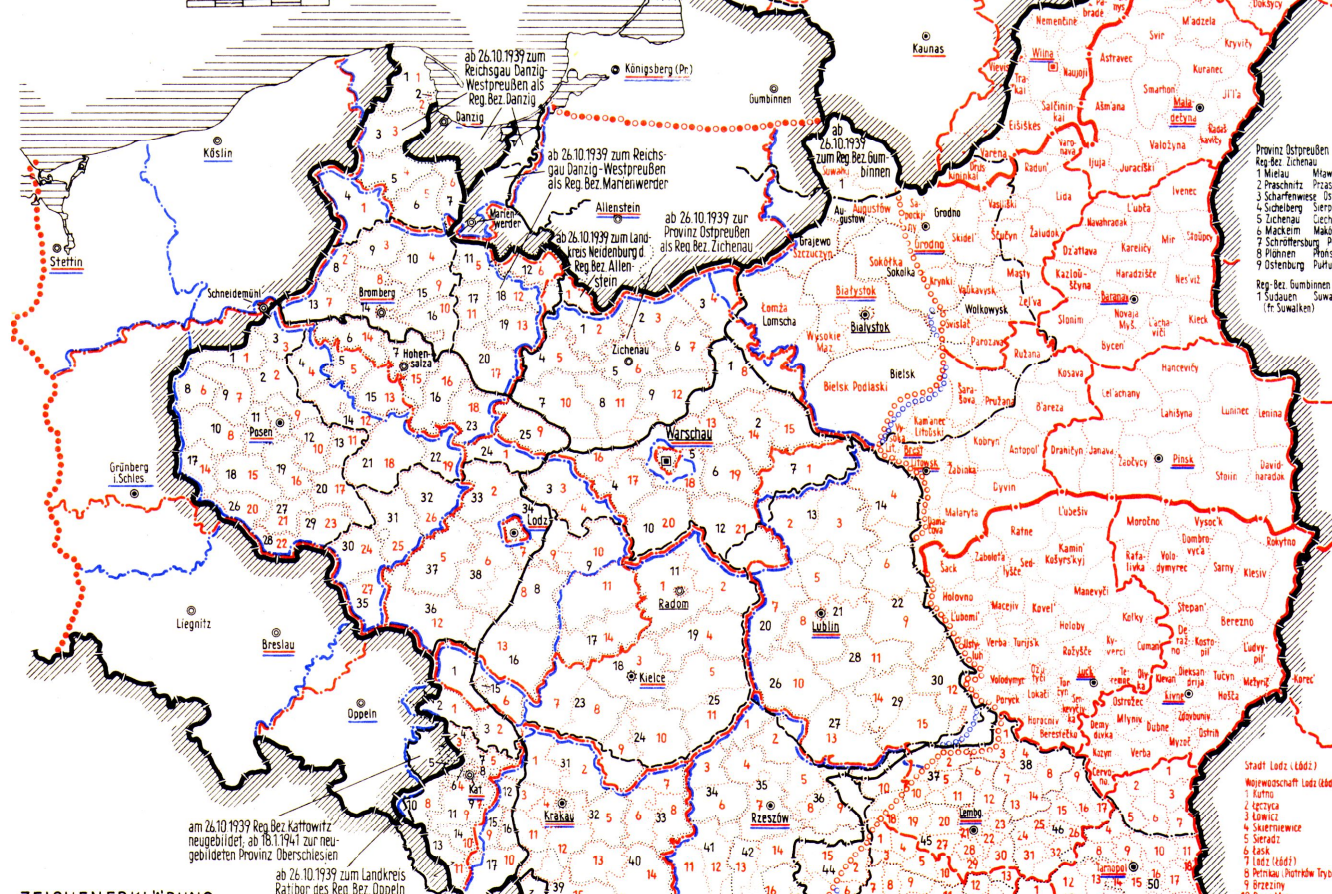
1946/1948

Hauptstadt Warschau	1. Warschau	1. Lublitz (Lublitz)	1. Lublitz (Lublitz)
Wojewodschaft Warschau	2. Warschau	2. Lublitz (Lublitz)	2. Lublitz (Lublitz)
1. Lublitz (Lublitz)	3. Warschau	3. Lublitz (Lublitz)	3. Lublitz (Lublitz)
2. Lublitz (Lublitz)	4. Warschau	4. Lublitz (Lublitz)	4. Lublitz (Lublitz)
3. Lublitz (Lublitz)	5. Warschau	5. Lublitz (Lublitz)	5. Lublitz (Lublitz)
4. Lublitz (Lublitz)	6. Warschau	6. Lublitz (Lublitz)	6. Lublitz (Lublitz)
5. Lublitz (Lublitz)	7. Warschau	7. Lublitz (Lublitz)	7. Lublitz (Lublitz)
6. Lublitz (Lublitz)	8. Warschau	8. Lublitz (Lublitz)	8. Lublitz (Lublitz)
7. Lublitz (Lublitz)	9. Warschau	9. Lublitz (Lublitz)	9. Lublitz (Lublitz)
8. Lublitz (Lublitz)	10. Warschau	10. Lublitz (Lublitz)	10. Lublitz (Lublitz)
9. Lublitz (Lublitz)	11. Warschau	11. Lublitz (Lublitz)	11. Lublitz (Lublitz)
10. Lublitz (Lublitz)	12. Warschau	12. Lublitz (Lublitz)	12. Lublitz (Lublitz)
11. Lublitz (Lublitz)	13. Warschau	13. Lublitz (Lublitz)	13. Lublitz (Lublitz)
12. Lublitz (Lublitz)	14. Warschau	14. Lublitz (Lublitz)	14. Lublitz (Lublitz)
13. Lublitz (Lublitz)	15. Warschau	15. Lublitz (Lublitz)	15. Lublitz (Lublitz)
14. Lublitz (Lublitz)	16. Warschau	16. Lublitz (Lublitz)	16. Lublitz (Lublitz)
15. Lublitz (Lublitz)	17. Warschau	17. Lublitz (Lublitz)	17. Lublitz (Lublitz)
16. Lublitz (Lublitz)	18. Warschau	18. Lublitz (Lublitz)	18. Lublitz (Lublitz)
17. Lublitz (Lublitz)	19. Warschau	19. Lublitz (Lublitz)	19. Lublitz (Lublitz)
18. Lublitz (Lublitz)	20. Warschau	20. Lublitz (Lublitz)	20. Lublitz (Lublitz)
19. Lublitz (Lublitz)	21. Warschau	21. Lublitz (Lublitz)	21. Lublitz (Lublitz)
20. Lublitz (Lublitz)	22. Warschau	22. Lublitz (Lublitz)	22. Lublitz (Lublitz)
21. Lublitz (Lublitz)	23. Warschau	23. Lublitz (Lublitz)	23. Lublitz (Lublitz)
22. Lublitz (Lublitz)	24. Warschau	24. Lublitz (Lublitz)	24. Lublitz (Lublitz)
23. Lublitz (Lublitz)	25. Warschau	25. Lublitz (Lublitz)	25. Lublitz (Lublitz)
24. Lublitz (Lublitz)	26. Warschau	26. Lublitz (Lublitz)	26. Lublitz (Lublitz)
25. Lublitz (Lublitz)	27. Warschau	27. Lublitz (Lublitz)	27. Lublitz (Lublitz)
26. Lublitz (Lublitz)	28. Warschau	28. Lublitz (Lublitz)	28. Lublitz (Lublitz)
27. Lublitz (Lublitz)	29. Warschau	29. Lublitz (Lublitz)	29. Lublitz (Lublitz)
28. Lublitz (Lublitz)	30. Warschau	30. Lublitz (Lublitz)	30. Lublitz (Lublitz)
29. Lublitz (Lublitz)	31. Warschau	31. Lublitz (Lublitz)	31. Lublitz (Lublitz)
30. Lublitz (Lublitz)	32. Warschau	32. Lublitz (Lublitz)	32. Lublitz (Lublitz)
31. Lublitz (Lublitz)	33. Warschau	33. Lublitz (Lublitz)	33. Lublitz (Lublitz)
32. Lublitz (Lublitz)	34. Warschau	34. Lublitz (Lublitz)	34. Lublitz (Lublitz)
33. Lublitz (Lublitz)	35. Warschau	35. Lublitz (Lublitz)	35. Lublitz (Lublitz)
34. Lublitz (Lublitz)	36. Warschau	36. Lublitz (Lublitz)	36. Lublitz (Lublitz)
35. Lublitz (Lublitz)	37. Warschau	37. Lublitz (Lublitz)	37. Lublitz (Lublitz)
36. Lublitz (Lublitz)	38. Warschau	38. Lublitz (Lublitz)	38. Lublitz (Lublitz)
37. Lublitz (Lublitz)	39. Warschau	39. Lublitz (Lublitz)	39. Lublitz (Lublitz)
38. Lublitz (Lublitz)	40. Warschau	40. Lublitz (Lublitz)	40. Lublitz (Lublitz)
39. Lublitz (Lublitz)	41. Warschau	41. Lublitz (Lublitz)	41. Lublitz (Lublitz)
40. Lublitz (Lublitz)	42. Warschau	42. Lublitz (Lublitz)	42. Lublitz (Lublitz)
41. Lublitz (Lublitz)	43. Warschau	43. Lublitz (Lublitz)	43. Lublitz (Lublitz)
42. Lublitz (Lublitz)	44. Warschau	44. Lublitz (Lublitz)	44. Lublitz (Lublitz)
43. Lublitz (Lublitz)	45. Warschau	45. Lublitz (Lublitz)	45. Lublitz (Lublitz)
44. Lublitz (Lublitz)	46. Warschau	46. Lublitz (Lublitz)	46. Lublitz (Lublitz)
45. Lublitz (Lublitz)	47. Warschau	47. Lublitz (Lublitz)	47. Lublitz (Lublitz)
46. Lublitz (Lublitz)	48. Warschau	48. Lublitz (Lublitz)	48. Lublitz (Lublitz)
47. Lublitz (Lublitz)	49. Warschau	49. Lublitz (Lublitz)	49. Lublitz (Lublitz)
48. Lublitz (Lublitz)	50. Warschau	50. Lublitz (Lublitz)	50. Lublitz (Lublitz)
49. Lublitz (Lublitz)	51. Warschau	51. Lublitz (Lublitz)	51. Lublitz (Lublitz)
50. Lublitz (Lublitz)	52. Warschau	52. Lublitz (Lublitz)	52. Lublitz (Lublitz)
51. Lublitz (Lublitz)	53. Warschau	53. Lublitz (Lublitz)	53. Lublitz (Lublitz)
52. Lublitz (Lublitz)	54. Warschau	54. Lublitz (Lublitz)	54. Lublitz (Lublitz)
53. Lublitz (Lublitz)	55. Warschau	55. Lublitz (Lublitz)	55. Lublitz (Lublitz)
54. Lublitz (Lublitz)	56. Warschau	56. Lublitz (Lublitz)	56. Lublitz (Lublitz)
55. Lublitz (Lublitz)	57. Warschau	57. Lublitz (Lublitz)	57. Lublitz (Lublitz)
56. Lublitz (Lublitz)	58. Warschau	58. Lublitz (Lublitz)	58. Lublitz (Lublitz)
57. Lublitz (Lublitz)	59. Warschau	59. Lublitz (Lublitz)	59. Lublitz (Lublitz)
58. Lublitz (Lublitz)	60. Warschau	60. Lublitz (Lublitz)	60. Lublitz (Lublitz)
59. Lublitz (Lublitz)	61. Warschau	61. Lublitz (Lublitz)	61. Lublitz (Lublitz)
60. Lublitz (Lublitz)	62. Warschau	62. Lublitz (Lublitz)	62. Lublitz (Lublitz)
61. Lublitz (Lublitz)	63. Warschau	63. Lublitz (Lublitz)	63. Lublitz (Lublitz)
62. Lublitz (Lublitz)	64. Warschau	64. Lublitz (Lublitz)	64. Lublitz (Lublitz)
63. Lublitz (Lublitz)	65. Warschau	65. Lublitz (Lublitz)	65. Lublitz (Lublitz)
64. Lublitz (Lublitz)	66. Warschau	66. Lublitz (Lublitz)	66. Lublitz (Lublitz)
65. Lublitz (Lublitz)	67. Warschau	67. Lublitz (Lublitz)	67. Lublitz (Lublitz)
66. Lublitz (Lublitz)	68. Warschau	68. Lublitz (Lublitz)	68. Lublitz (Lublitz)
67. Lublitz (Lublitz)	69. Warschau	69. Lublitz (Lublitz)	69. Lublitz (Lublitz)
68. Lublitz (Lublitz)	70. Warschau	70. Lublitz (Lublitz)	70. Lublitz (Lublitz)
69. Lublitz (Lublitz)	71. Warschau	71. Lublitz (Lublitz)	71. Lublitz (Lublitz)
70. Lublitz (Lublitz)	72. Warschau	72. Lublitz (Lublitz)	72. Lublitz (Lublitz)
71. Lublitz (Lublitz)	73. Warschau	73. Lublitz (Lublitz)	73. Lublitz (Lublitz)
72. Lublitz (Lublitz)	74. Warschau	74. Lublitz (Lublitz)	74. Lublitz (Lublitz)
73. Lublitz (Lublitz)	75. Warschau	75. Lublitz (Lublitz)	75. Lublitz (Lublitz)
74. Lublitz (Lublitz)	76. Warschau	76. Lublitz (Lublitz)	76. Lublitz (Lublitz)
75. Lublitz (Lublitz)	77. Warschau	77. Lublitz (Lublitz)	77. Lublitz (Lublitz)
76. Lublitz (Lublitz)	78. Warschau	78. Lublitz (Lublitz)	78. Lublitz (Lublitz)
77. Lublitz (Lublitz)	79. Warschau	79. Lublitz (Lublitz)	79. Lublitz (Lublitz)
78. Lublitz (Lublitz)	80. Warschau	80. Lublitz (Lublitz)	80. Lublitz (Lublitz)
79. Lublitz (Lublitz)	81. Warschau	81. Lublitz (Lublitz)	81. Lublitz (Lublitz)
80. Lublitz (Lublitz)	82. Warschau	82. Lublitz (Lublitz)	82. Lublitz (Lublitz)
81. Lublitz (Lublitz)	83. Warschau	83. Lublitz (Lublitz)	83. Lublitz (Lublitz)
82. Lublitz (Lublitz)	84. Warschau	84. Lublitz (Lublitz)	84. Lublitz (Lublitz)
83. Lublitz (Lublitz)	85. Warschau	85. Lublitz (Lublitz)	85. Lublitz (Lublitz)
84. Lublitz (Lublitz)	86. Warschau	86. Lublitz (Lublitz)	86. Lublitz (Lublitz)
85. Lublitz (Lublitz)	87. Warschau	87. Lublitz (Lublitz)	87. Lublitz (Lublitz)
86. Lublitz (Lublitz)	88. Warschau	88. Lublitz (Lublitz)	88. Lublitz (Lublitz)
87. Lublitz (Lublitz)	89. Warschau	89. Lublitz (Lublitz)	89. Lublitz (Lublitz)
88. Lublitz (Lublitz)	90. Warschau	90. Lublitz (Lublitz)	90. Lublitz (Lublitz)
89. Lublitz (Lublitz)	91. Warschau	91. Lublitz (Lublitz)	91. Lublitz (Lublitz)
90. Lublitz (Lublitz)	92. Warschau	92. Lublitz (Lublitz)	92. Lublitz (Lublitz)
91. Lublitz (Lublitz)	93. Warschau	93. Lublitz (Lublitz)	93. Lublitz (Lublitz)
92. Lublitz (Lublitz)	94. Warschau	94. Lublitz (Lublitz)	94. Lublitz (Lublitz)
93. Lublitz (Lublitz)	95. Warschau	95. Lublitz (Lublitz)	95. Lublitz (Lublitz)
94. Lublitz (Lublitz)	96. Warschau	96. Lublitz (Lublitz)	96. Lublitz (Lublitz)
95. Lublitz (Lublitz)	97. Warschau	97. Lublitz (Lublitz)	97. Lublitz (Lublitz)
96. Lublitz (Lublitz)	98. Warschau	98. Lublitz (Lublitz)	98. Lublitz (Lublitz)
97. Lublitz (Lublitz)	99. Warschau	99. Lublitz (Lublitz)	99. Lublitz (Lublitz)
98. Lublitz (Lublitz)	100. Warschau	100. Lublitz (Lublitz)	100. Lublitz (Lublitz)

POLEN

Verwaltungsgrenzen zwischen Ende 1939 und 1953

0 20 40 60 80 100 km



ZEICHENERKLÄRUNG:

- Staatsgrenzen 1937
- Ostgrenze Polens 1946/48
- Ostgrenze Polens 1953
- Oder-Neiße-Linie
- Polnisch-Sowjetische Demarkationslinie in Ostpreußen

Deutsche Verwaltungsgrenzen

- Deutsch-Sowjetische Interessengrenze
- Grenzen der Reichsgaue u. Provinzen bzw. des Generalgouvernements
- Grenzen d. Regierungsbezirke u. d. Distrikte des Generalgouvernements
- (Grenzen des am 1.8.1941 neugebildeten Distrikts Białystok u. des am 1.8.1941 dem Generalgouvernement angegliederten Distrikts Galizien)
- Grenzen der Kreise sowie der Stadt- und Kreishauptmannschaften des Generalgouvernements

Polnische Verwaltungsgrenzen 1946/48

- Grenzen der Wojewodschaften
- Grenzen der Powiaty

Sowjetische Verwaltungsgrenzen 1946/48

- Grenzen der Sozialistischen Sowjetrepubliken
- Grenzen der Oblaste
- Grenzen der Rayons

Polnische Verwaltungsgrenzen 1953

- Grenzen der Wojewodschaften

- Hauptstädte der Staaten bzw. Sozialistischen Sowjetrepubliken
- Verwaltungssitze der Regierungsbezirke u. der Distrikte des Generalgouvernements (letztetere schwarz unterstrichen)
- Verwaltungssitze der Wojewodschaften und der Oblaste (1946/48 - rot und 1953 - blau unterstrichen)

VERZEICHNIS DER KLEINEREN VERWALTUNGSBEZIRKE soweit in der Karte durch Nummern gekennzeichnet

1939/1944

Reichsgau Danzig-Westpreußen	11 Posen	12 Poznań	13 Wartheau	14 Ziewerze	15 Starachowice
1 Neustadt (Wpr.)	12 Siedlce	13 Siedlce	14 Siedlce	15 Siedlce	16 Siedlce
2 Siedlce	14 Gnesen	15 Gnesen	16 Gnesen	17 Gnesen	18 Gnesen
3 Kartaus (Wpr.)	15 Mogilno	16 Mogilno	17 Mogilno	18 Mogilno	19 Mogilno
4 Kohnitz	16 Kohnitz	17 Kohnitz	18 Kohnitz	19 Kohnitz	20 Kohnitz
5 Berent	17 Kohnitz	18 Kohnitz	19 Kohnitz	20 Kohnitz	21 Kohnitz
6 Stargard	18 Kohnitz	19 Kohnitz	20 Kohnitz	21 Kohnitz	22 Kohnitz
7 Dirschau	19 Kohnitz	20 Kohnitz	21 Kohnitz	22 Kohnitz	23 Kohnitz
8 Zempelburg	20 Kohnitz	21 Kohnitz	22 Kohnitz	23 Kohnitz	24 Kohnitz
9 Tuchel	21 Kohnitz	22 Kohnitz	23 Kohnitz	24 Kohnitz	25 Kohnitz
10 Schwet (Wsch.)	22 Kohnitz	23 Kohnitz	24 Kohnitz	25 Kohnitz	26 Kohnitz
11 Gerdauen	23 Kohnitz	24 Kohnitz	25 Kohnitz	26 Kohnitz	27 Kohnitz
12 Neumark	24 Kohnitz	25 Kohnitz	26 Kohnitz	27 Kohnitz	28 Kohnitz
13 Wirsitz	25 Kohnitz	26 Kohnitz	27 Kohnitz	28 Kohnitz	29 Kohnitz
14 Bromberg	26 Kohnitz	27 Kohnitz	28 Kohnitz	29 Kohnitz	30 Kohnitz
15 Kulm (Wsch.)	27 Kohnitz	28 Kohnitz	29 Kohnitz	30 Kohnitz	31 Kohnitz
16 Thorn	28 Kohnitz	29 Kohnitz	30 Kohnitz	31 Kohnitz	32 Kohnitz
17 Breslau (Wpr.)	29 Kohnitz	30 Kohnitz	31 Kohnitz	32 Kohnitz	33 Kohnitz
18 Stralsburg (Wpr.)	30 Kohnitz	31 Kohnitz	32 Kohnitz	33 Kohnitz	34 Kohnitz
19 Rippin (Wpr.)	31 Kohnitz	32 Kohnitz	33 Kohnitz	34 Kohnitz	35 Kohnitz
20 Leutewitz	32 Kohnitz	33 Kohnitz	34 Kohnitz	35 Kohnitz	36 Kohnitz
Reichsgau Wartheland	37 Kohnitz	38 Kohnitz	39 Kohnitz	40 Kohnitz	41 Kohnitz
1 Gnesen	42 Kohnitz	43 Kohnitz	44 Kohnitz	45 Kohnitz	46 Kohnitz
2 Pleschenitz	47 Kohnitz	48 Kohnitz	49 Kohnitz	50 Kohnitz	51 Kohnitz
3 Scharfenwiese	52 Kohnitz	53 Kohnitz	54 Kohnitz	55 Kohnitz	56 Kohnitz
4 Siedleberg	57 Kohnitz	58 Kohnitz	59 Kohnitz	60 Kohnitz	61 Kohnitz
5 Zichenau	62 Kohnitz	63 Kohnitz	64 Kohnitz	65 Kohnitz	66 Kohnitz
6 Macken	67 Kohnitz	68 Kohnitz	69 Kohnitz	70 Kohnitz	71 Kohnitz
7 Schönbühler	72 Kohnitz	73 Kohnitz	74 Kohnitz	75 Kohnitz	76 Kohnitz
8 Pleschenitz	77 Kohnitz	78 Kohnitz	79 Kohnitz	80 Kohnitz	81 Kohnitz
9 Ostpreußen	82 Kohnitz	83 Kohnitz	84 Kohnitz	85 Kohnitz	86 Kohnitz
Reg. Bez. Gumbinnen	87 Kohnitz	88 Kohnitz	89 Kohnitz	90 Kohnitz	91 Kohnitz
1 Sudauen	92 Kohnitz	93 Kohnitz	94 Kohnitz	95 Kohnitz	96 Kohnitz
2 Samter	97 Kohnitz	98 Kohnitz	99 Kohnitz	100 Kohnitz	101 Kohnitz
3 Gartz (Wpr.)	102 Kohnitz	103 Kohnitz	104 Kohnitz	105 Kohnitz	106 Kohnitz
4 Neudamm (Wpr.)	107 Kohnitz	108 Kohnitz	109 Kohnitz	110 Kohnitz	111 Kohnitz
5 Neudamm (Wpr.)	112 Kohnitz	113 Kohnitz	114 Kohnitz	115 Kohnitz	116 Kohnitz
6 Neudamm (Wpr.)	117 Kohnitz	118 Kohnitz	119 Kohnitz	120 Kohnitz	121 Kohnitz
7 Neudamm (Wpr.)	122 Kohnitz	123 Kohnitz	124 Kohnitz	125 Kohnitz	126 Kohnitz
8 Neudamm (Wpr.)	127 Kohnitz	128 Kohnitz	129 Kohnitz	130 Kohnitz	131 Kohnitz
9 Neudamm (Wpr.)	132 Kohnitz	133 Kohnitz	134 Kohnitz	135 Kohnitz	136 Kohnitz
10 Neudamm (Wpr.)	137 Kohnitz	138 Kohnitz	139 Kohnitz	140 Kohnitz	141 Kohnitz
11 Neudamm (Wpr.)	142 Kohnitz	143 Kohnitz	144 Kohnitz	145 Kohnitz	146 Kohnitz
12 Neudamm (Wpr.)	147 Kohnitz	148 Kohnitz	149 Kohnitz	150 Kohnitz	151 Kohnitz
13 Neudamm (Wpr.)	152 Kohnitz	153 Kohnitz	154 Kohnitz	155 Kohnitz	156 Kohnitz
14 Neudamm (Wpr.)	157 Kohnitz	158 Kohnitz	159 Kohnitz	160 Kohnitz	161 Kohnitz
15 Neudamm (Wpr.)	162 Kohnitz	163 Kohnitz	164 Kohnitz	165 Kohnitz	166 Kohnitz
16 Neudamm (Wpr.)	167 Kohnitz	168 Kohnitz	169 Kohnitz	170 Kohnitz	171 Kohnitz
17 Neudamm (Wpr.)	172 Kohnitz	173 Kohnitz	174 Kohnitz	175 Kohnitz	176 Kohnitz
18 Neudamm (Wpr.)	177 Kohnitz	178 Kohnitz	179 Kohnitz	180 Kohnitz	181 Kohnitz
19 Neudamm (Wpr.)	182 Kohnitz	183 Kohnitz	184 Kohnitz	185 Kohnitz	186 Kohnitz
20 Neudamm (Wpr.)	187 Kohnitz	188 Kohnitz	189 Kohnitz	190 Kohnitz	191 Kohnitz
21 Neudamm (Wpr.)	192 Kohnitz	193 Kohnitz	194 Kohnitz	195 Kohnitz	196 Kohnitz
22 Neudamm (Wpr.)	197 Kohnitz	198 Kohnitz	199 Kohnitz	200 Kohnitz	201 Kohnitz
23 Neudamm (Wpr.)	202 Kohnitz	203 Kohnitz	204 Kohnitz	205 Kohnitz	206 Kohnitz
24 Neudamm (Wpr.)	207 Kohnitz	208 Kohnitz	209 Kohnitz	210 Kohnitz	211 Kohnitz
25 Neudamm (Wpr.)	212 Kohnitz	213 Kohnitz	214 Kohnitz	215 Kohnitz	216 Kohnitz
26 Neudamm (Wpr.)	217 Kohnitz	218 Kohnitz	219 Kohnitz	220 Kohnitz	221 Kohnitz
27 Neudamm (Wpr.)	222 Kohnitz	223 Kohnitz	224 Kohnitz	225 Kohnitz	226 Kohnitz
28 Neudamm (Wpr.)	227 Kohnitz	228 Kohnitz	229 Kohnitz	230 Kohnitz	231 Kohnitz
29 Neudamm (Wpr.)	232 Kohnitz	233 Kohnitz	234 Kohnitz	235 Kohnitz	236 Kohnitz
30 Neudamm (Wpr.)	237 Kohnitz	238 Kohnitz	239 Kohnitz	240 Kohnitz	241 Kohnitz
31 Neudamm (Wpr.)	242 Kohnitz	243 Kohnitz	244 Kohnitz	245 Kohnitz	246 Kohnitz
32 Neudamm (Wpr.)	247 Kohnitz	248 Kohnitz	249 Kohnitz	250 Kohnitz	251 Kohnitz
33 Neudamm (Wpr.)	252 Kohnitz	253 Kohnitz	254 Kohnitz	255 Kohnitz	256 Kohnitz
34 Neudamm (Wpr.)	257 Kohnitz	258 Kohnitz	259 Kohnitz	260 Kohnitz	261 Kohnitz
35 Neudamm (Wpr.)	262 Kohnitz	263 Kohnitz	264 Kohnitz	265 Kohnitz	266 Kohnitz
36 Neudamm (Wpr.)	267 Kohnitz	268 Kohnitz	269 Kohnitz	270 Kohnitz	271 Kohnitz
37 Neudamm (Wpr.)	272 Kohnitz	273 Kohnitz	274 Kohnitz	275 Kohnitz	276 Kohnitz
38 Neudamm (Wpr.)	277 Kohnitz	278 Kohnitz	279 Kohnitz	280 Kohnitz	281 Kohnitz
39 Neudamm (Wpr.)	282 Kohnitz	283 Kohnitz	284 Kohnitz	285 Kohnitz	286 Kohnitz
40 Neudamm (Wpr.)	287 Kohnitz	288 Kohnitz	289 Kohnitz	290 Kohnitz	291 Kohnitz
41 Neudamm (Wpr.)	292 Kohnitz	293 Kohnitz	294 Kohnitz	295 Kohnitz	296 Kohnitz
42 Neudamm (Wpr.)	297 Kohnitz	298 Kohnitz	299 Kohnitz	300 Kohnitz	301 Kohnitz
43 Neudamm (Wpr.)	302 Kohnitz	303 Kohnitz	304 Kohnitz	305 Kohnitz	306 Kohnitz
44 Neudamm (Wpr.)	307 Kohnitz	308 Kohnitz	309 Kohnitz	310 Kohnitz	311 Kohnitz
45 Neudamm (Wpr.)	312 Kohnitz	313 Kohnitz	314 Kohnitz	315 Kohnitz	316 Kohnitz
46 Neudamm (Wpr.)	317 Kohnitz	318 Kohnitz	319 Kohnitz	320 Kohnitz	321 Kohnitz
47 Neudamm (Wpr.)	322 Kohnitz	323 Kohnitz	324 Kohnitz	325 Kohnitz	326 Kohnitz
48 Neudamm (Wpr.)	327 Kohnitz	328 Kohnitz	329 Kohnitz	330 Kohnitz	331 Kohnitz
49 Neudamm (Wpr.)	332 Kohnitz	333 Kohnitz	334 Kohnitz	335 Kohnitz	336 Kohnitz
50 Neudamm (Wpr.)	337 Kohnitz	338 Kohnitz	339 Kohnitz	340 Kohnitz	341 Kohnitz
51 Neudamm (Wpr.)	342 Kohnitz	343 Kohnitz	344 Kohnitz	345 Kohnitz	346 Kohnitz
52 Neudamm (Wpr.)	347 Kohnitz	348 Kohnitz	349 Kohnitz	350 Kohnitz	351 Kohnitz
53 Neudamm (Wpr.)	352 Kohnitz	353 Kohnitz	354 Kohnitz	355 Kohnitz	356 Kohnitz
54 Neudamm (Wpr.)	357 Kohnitz	358 Kohnitz	359 Kohnitz	360 Kohnitz	361 Kohnitz
55 Neudamm (Wpr.)	362 Kohnitz	363 Kohnitz	364 Kohnitz	365 Kohnitz	366 Kohnitz
56 Neudamm (Wpr.)	367 Kohnitz	368 Kohnitz	369 Kohnitz	370 Kohnitz	371 Kohnitz
57 Neudamm (Wpr.)	372 Kohnitz	373 Kohnitz	374 Kohnitz	375 Kohnitz	376 Kohnitz
58 Neudamm (Wpr.)	377 Kohnitz	378 Kohnitz	379 Kohnitz	380 Kohnitz	381 Kohnitz
59 Neudamm (Wpr.)	382 Kohnitz	383 Kohnitz	384 Kohnitz	385 Kohnitz	386 Kohnitz
60 Neudamm (Wpr.)	387 Kohnitz	388 Kohnitz	389 Kohnitz	390 Kohnitz	391 Kohnitz
61 Neudamm (Wpr.)	392 Kohnitz	393 Kohnitz	394 Kohnitz	395 Kohnitz	396 Kohnitz
62 Neudamm (Wpr.)	397 Kohnitz	398 Kohnitz	399 Kohnitz	400 Kohnitz	401 Kohnitz
63 Neudamm (Wpr.)	402 Kohnitz	403 Kohnitz	404 Kohnitz	405 Kohnitz	406 Kohnitz
64 Neudamm (Wpr.)	407 Kohnitz	408 Kohnitz	409 Kohnitz	410 Kohnitz	411 Kohnitz
65 Neudamm (Wpr.)	412 Kohnitz	413 Kohnitz	414 Kohnitz	415 Kohnitz	416 Kohnitz
66 Neudamm (Wpr.)	417 Kohnitz	418 Kohnitz	419 Kohnitz	420 Kohnitz	421 Kohnitz
67 Neudamm (Wpr.)	422 Kohnitz	423 Kohnitz	424 Kohnitz	425 Kohnitz	426 Kohnitz
68 Neudamm (Wpr.)	427 Kohnitz	428 Kohnitz	429 Kohnitz	430 Kohnitz	431 Kohnitz
69 Neudamm (Wpr.)	432 Kohnitz	433 Kohnitz	434 Kohnitz	435 Kohnitz	436 Kohnitz
70 Neudamm (Wpr.)	437 Kohnitz	438 Kohnitz	439 Kohnitz	440 Kohnitz	441 Kohnitz
71 Neudamm (Wpr.)	442 Kohnitz	443 Kohnitz	444 Kohnitz	445 Kohnitz	446 Kohnitz
72 Neudamm (Wpr.)	447 Kohnitz	448 Kohnitz	449 Kohnitz	450 Kohnitz	451 Kohnitz
73 Neudamm (Wpr.)	452 Kohnitz	453 Kohnitz	454 Kohnitz	455 Kohnitz	456 Kohnitz
74 Neudamm (Wpr.)	457 Kohnitz	458 Kohnitz	459 Kohnitz	460 Kohnitz	461 Kohnitz
75 Neudamm (Wpr.)	462 Kohnitz	463 Kohnitz	464 Kohnitz	465 Kohnitz	466 Kohnitz
76 Neudamm (Wpr.)	467 Kohnitz	468 Kohnitz	469 Kohnitz	470 Kohnitz	471 Kohnitz
77 Neudamm (Wpr.)	472 Kohnitz	473 Kohnitz	474 Kohnitz	475 Kohnitz	476 Kohnitz
78 Neudamm (Wpr.)	477 Kohnitz	478 Kohnitz	479 Kohnitz	480 Kohnitz	481 Kohnitz
79 Neudamm (Wpr.)	482 Kohnitz	483 Kohnitz	484 Kohnitz	485 Kohnitz	486 Kohnitz
80 Neudamm (Wpr.)	487 Kohnitz	488 Kohnitz	489 Kohnitz	490 Kohnitz	491 Kohnitz
81 Neudamm (Wpr.)	492 Kohnitz	493 Kohnitz	494 Kohnitz	495 Kohnitz	496 Kohnitz
82 Neudamm (Wpr.)	497 Kohnitz	498 Kohnitz	499 Kohnitz	500 Kohnitz	501 Kohnitz
83 Neudamm (Wpr.)	502 Kohnitz	503 Kohnitz	504 Kohnitz	505 Kohnitz	506 Kohnitz
84 Neudamm (Wpr.)	507 Kohnitz	508 Kohnitz	509 Kohnitz	510 Kohnitz	511 Kohnitz
85 Neudamm (Wpr.)	512 Kohnitz	513 Kohnitz	514 Kohnitz	515 Kohnitz	516 Kohnitz
86 Neudamm (Wpr.)	517 Kohnitz	518 Kohnitz	519 Kohnitz	520 Kohnitz	521 Kohnitz
87 Neudamm (Wpr.)	522 Kohnitz	523 Kohnitz	524 Kohnitz	525 Kohnitz	526 Kohnitz
88 Neudamm (Wpr.)	527 Kohnitz	528 Kohnitz	529 Kohnitz	530 Kohnitz	531 Kohnitz
89 Neudamm (Wpr.)	532 Kohnitz	533 Kohnitz	534 Kohnitz	535 Kohnitz	536 Kohnitz
90 Neudamm (Wpr.)	537 Kohnitz	538 Kohnitz	539 Kohnitz	540 Kohnitz	541 Kohnitz
91 Neudamm (Wpr.)	542 Kohnitz	543 Kohnitz	544 Kohnitz	545 Kohnitz	546 Kohnitz
92 Neudamm (Wpr.)	547 Kohnitz	548 Kohnitz	549 Kohnitz	550 Kohnitz	551 Kohnitz
93 Neudamm (Wpr.)	552 Kohnitz	553 Kohnitz	554 Kohnitz	555 Kohnitz	556 Kohnitz
94 Neudamm (Wpr.)	557 Kohnitz	558 Kohnitz	559 Kohnitz	560 Kohnitz	561 Kohnitz
95 Neudamm (Wpr.)	562 Kohnitz	563 Kohnitz	564 Kohnitz	565 Kohnitz	566 Kohnitz
96 Neudamm (Wpr.)	567 Kohnitz	568 Kohnitz	569 Kohnitz	570 Kohnitz	571 Kohnitz
97 Neudamm (Wpr.)	572 Kohnitz	573 Kohnitz	574 Kohnitz	575 Kohnitz	576 Kohnitz
98 Neudamm (Wpr.)	577 Kohnitz	578 Kohnitz	579 Kohnitz	580 Kohnitz	581 Kohnitz
99 Neudamm (Wpr.)	582 Kohnitz	583 Kohnitz	584 Kohnitz	585 Kohnitz	586 Kohnitz
100 Neudamm (Wpr.)	587 Kohnitz	588 Kohnitz	589 Kohnitz	590 Kohnitz	591 Kohnitz
101 Neudamm (Wpr.)	592 Kohnitz	593 Kohnitz	594 Kohnitz	595 Kohnitz	596 Kohnitz
102 Neudamm (Wpr.)	597 Kohnitz	598 Kohnitz	599 Kohnitz	600 Kohnitz	601 Kohnitz
103 Neudamm (Wpr.)	602 Kohnitz	603 Kohnitz	604 Kohnitz	605 Kohnitz	606 Kohnitz
104 Neudamm (Wpr.)	607 Kohnitz	608 Kohnitz	609 Kohnitz	610 Kohnitz	611 Kohnitz
105 Neudamm (Wpr.)	612 Kohnitz	613 Kohnitz	614 Kohnitz	615 Kohnitz	616 Kohnitz
106 Neudamm (Wpr.)	617 Kohnitz	618 Kohnitz	619 Kohnitz	620 Kohnitz	621 Kohnitz
107 Neudamm (Wpr.)	622 Kohnitz	623 Kohnitz	624 Kohnitz	625 Kohnitz	626 Kohnitz
108 Neudamm (Wpr.)	627 Kohnitz	628 Kohnitz	629 Kohnitz	630 Kohnitz	631 Kohnitz
109 Neudamm (Wpr.)	632 Kohnitz	633 Kohnitz	634 Kohnitz	635 Kohnitz	636 Kohnitz
110 Neudamm (Wpr.)	637 Kohnitz	638 Kohnitz	639 Kohnitz	640 Kohnitz	641 Kohnitz
111 Neudamm (Wpr.)	642 Kohnitz	643 Kohnitz	644 Kohnitz	645 Kohnitz	646 Kohnitz
112 Neudamm (Wpr.)	647 Kohnitz	648 Kohnitz	649 Kohnitz	650 Kohnitz	651 Kohnitz
113 Neudamm (Wpr.)	652 Kohnitz	653 Kohnitz	654 Kohnitz	655 Kohnitz	656 Kohnitz
114 Neudamm (Wpr.)	657 Kohnitz	658 Kohnitz	659 Kohnitz	660 Kohnitz	661 Kohnitz
115 Neudamm (Wpr.)	662 Kohnitz	663 Kohnitz	664 Kohnitz	665 Kohnitz	666 Kohnitz
116 Neudamm (Wpr.)	667 Kohnitz	668 Kohnitz	669 Kohnitz	670 Kohnitz	671 Kohnitz
117 Neudamm (Wpr.)	672 Kohnitz	673 Kohnitz	674 Kohnitz	675 Kohnitz	676 Kohnitz
118 Neudamm (Wpr.)	677 Kohnitz	678 Kohnitz	679 Kohnitz	680 Kohnitz	681 Kohnitz

Tschechoslowakei

(ohne Olsagebiet)

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	317
II. Das benutzte Quellenmaterial	
1. für die Zeit von 1921 bis 1938	319
2. für die Zeit von 1939 bis 1945	319
3. für die Zeit nach 1945	320
III. Überblick über die Bilanz	322
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1939	326
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei vom Mai 1939 bis Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste) . . .	335
C. Die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	339
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschecho- slowakei	340
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1945	342
F. Die deutschen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei	343
G. Die in der Tschechoslowakei zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	351
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deut- schen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus der Tschechoslowakei	353
I. Die im September 1950 außerhalb der Tschechoslowakei vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Vermißten	354
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschecho- slowakei	355
Anmerkungen	356
Tabellenteil	
1. Die Wohnbevölkerung in den Stadt- und Landkreisen der sudeten- deutschen Gebiete nach ihrer Verwaltungsgliederung	362
2. Die Wohnbevölkerung des Protektorats Böhmen und Mähren	364

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Ermittlung der Vertreibungsverluste der aus der Tschechoslowakei¹⁾ stammenden und dort bis zu ihrer Vertreibung wohnhaften deutschen Bevölkerung betrifft das in den Sudetenländern (Böhmen und Mähren — Schlesien) zum Teil seit mehr als 800 Jahren beheimatete Deutschtum sowie das Insel- und Streudeutschtum in der Slowakei und Karpatorußland, das zum Teil bereits seit dem 12. Jahrhundert dort ansässig war.

Seit dem Jahre 1919 bildeten Sudetendeutsche und Karpatendeutsche die deutsche Bevölkerung der bis zum Herbst 1938 bzw. zum Frühjahr 1939 bestehenden ersten Tschechoslowakischen Republik, in der sie fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung stellten²⁾.

Da auch in der amtlichen Bundesstatistik die Angehörigen der sudetendeutschen und der karpatendeutschen Volksgruppe bei der regionalen Aufgliederung der Vertriebenen nach Herkunftsgebieten als deutsche Vertriebene aus der Tschechoslowakei zusammengefaßt werden, können im Rahmen dieser Bevölkerungsbilanz die aus dem Gebiet der Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen zum Teil nur als eine Volksgruppe behandelt werden.

Die Bilanz geht in den sudetendeutschen Gebieten von den Volkszählungsergebnissen vom 17. Mai 1939 aus; eine wesentliche Unterlage bildeten hierbei die Ergebnisse einer Sonderauszählung über Volkszugehörigkeit und Muttersprache. Da das im tschechischen Siedlungsgebiet der Sudetenländer lebende Sprachinsel- und Streudeutschtum ebenso wie das Karpatendeutschtum von der Volkszählung am 17. Mai 1939 jedoch nicht erfaßt wurde, war es notwendig, bei der Behandlung dieser Gebiete auf die Ergebnisse der tschechoslowakischen Volkszählung vom 1. Dezember 1930 zurückzugreifen, die den gesamten deutschen Bevölkerungsstand der Sudeten- und Karpatenländer zahlenmäßig wiedergibt. Ausgehend von diesen Ergebnissen und gestützt auf die Zahlen, die aus der kriegsbedingten Zwangsbewirtschaftung (Lebensmittelkartenausgabe am 1. Oktober 1940) und der Personenstandserhebung im Protektorat zu Anfang des Jahres 1942 sowie aus der slowakischen Volkszählung 1940 anfielen, konnte auch die Zahl der im tschechischen Siedlungsgebiet Böhmens und Mährens, in der Slowakei und in Karpatorußland lebenden deutschen Bevölkerung unmittelbar vor Kriegsbeginn mit großer Genauigkeit errechnet werden.

Die Berechnung der deutschen Bevölkerung zum Zeitpunkt der Volkszählung 1939 schließt jenen Teil der deutschen Bevölkerung von dieser Untersuchung aus, der in Gebieten des Deutschen Reichs und Österreichs (jeweils in den Grenzen vom 31. Dezember 1937) beheimatet war und erst nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939 in die an das Reich angeschlossenen Gebiete³⁾ zuzog oder nach der Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren⁴⁾ dort ansässig wurde: Über diesen, allein bis Ende 1940 mindestens 250 000 Köpfe umfassenden Personenkreis liegen keine verlässlichen Angaben vor⁵⁾. Dagegen wurden rund 30 000 sudetendeutsche Rückwanderer, die im Verlaufe des Krieges aus Gebieten des Altreichs und Österreichs in ihre Heimat zurückkehrten, die sie vor dem 17. Mai 1939 verlassen hatten, in die

Bilanz mit aufgenommen. Nicht in der Bilanz erscheinen die Deutschen aus dem Olsagebiet, das am 2. Oktober 1938 von polnischen Truppen besetzt und an den polnischen Staat angegliedert wurde. Dieses Gebiet ist jedoch in der Bilanz für die deutsche Bevölkerung Polens berücksichtigt. Lediglich diejenigen Deutschen, die 1938 vor der polnischen Besetzung in die Tschechoslowakei geflohen sind und bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 dort gezählt wurden, sind in vorliegender Bilanz berücksichtigt.

Schon diese wenigen Hinweise mögen zeigen, daß es manchmal schwierig war, verlässliches Unterlagenmaterial in ausreichendem Maße zu beschaffen und als Quellenmaterial für die Untersuchung heranzuziehen. Vielfach war es erforderlich, Lücken in der Berechnung durch eigene Schätzungen oder durch Heranziehen fremder Schätzwerte, die aber auf ihre Zuverlässigkeit genau überprüft worden sind, zu schließen.

Die Ermittlung der Vertreibungsverluste der Sudeten- und der Karpatendeutschen im Rahmen einer Bevölkerungsbilanz vermag aber trotz aller Schwierigkeiten zu durchaus zuverlässigen größenordnungsmäßigen Werten zu führen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich die Untersuchung aus praktischen Gründen über den Zeitraum von der Volkszählung 1939 bis zum Zeitpunkt der zweiten deutschen Nachkriegszählung im Herbst 1950 erstreckt. Innerhalb dieser Zeitspanne war es auch erforderlich, die Zahl der Sudeten- und Karpatendeutschen bei Kriegsende — also vor Beginn der Vertreibung — zu ermitteln. Als weitere Hilfspositionen mußten vor allem festgestellt werden

- die Kriegsverluste der sudeten- und karpatendeutschen Bevölkerung,
- die Zahl der vertriebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei in den Aufnahmegebieten zum Zeitpunkt der Volkszählung 1946,
- die Zahl der Angehörigen dieser Volksgruppe, die in ihren Heimatgebieten von der Vertreibung nicht oder noch nicht erfaßt wurden.

Die Größe der Vertreibungsverluste ergab sich dann bei der Differenzbildung als Restposition.

Soweit es das vorhandene Zahlenmaterial gestattete, wurde die Bilanz nach den Heimatgebieten der sudetendeutschen und karpatendeutschen Bevölkerung aufgegliedert. Hierbei ist die nachstehende Gliederung, die sowohl der geschichtlichen Entstehung der einzelnen Gebiete als auch der gebietsmäßigen Verwaltungseinteilung der Sudetenländer sowie der staatsrechtlichen Stellung der Karpatenländer im Zeitraum von Oktober 1938 bis Mai 1945 entspricht, zugrunde gelegt worden⁸⁾:

1. Reichsgau Sudetenland:
 - a) Regierungsbezirk Aussig,
 - b) Regierungsbezirk Eger,
 - c) Regierungsbezirk Troppau;
2. Übrige sudetendeutsche Gebiete:
 - a) Nördlicher Böhmerwald
(zugehörig zum bayerischen Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz),
 - b) Südlicher Böhmerwald
(zugehörig zu den Reichsgauen Oberdonau und Niederdonau),
 - c) Südmähren
(zugehörig zum Reichsgau Niederdonau),

- d) Engerau und Theben
(zugehörig zum Reichsgau Niederdonau),
- e) Hultschiner Ländchen
(zugehörig zum schlesischen Regierungsbezirk Oppeln);
- 3. Protektorat Böhmen und Mähren
(Sprachinsel- und Streudeutschtum in den Sudetenländern);
- 4. Karpatendeutsche
(Sprachinsel- und Streudeutschtum in der Slowakei und in Karpatorußland
in den tschechoslowakischen Staatsgrenzen vom Jahre 1937).

II. Das benutzte Quellenmaterial

Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf amtliche statistische Unterlagen, vor allem auf die Ergebnisse der deutschen Volkszählungen von 1939, 1946 und 1950. Wie bereits festgestellt, war es jedoch vielfach notwendig, auf andere Volkszählungsergebnisse, so auf die beiden tschechoslowakischen Volkszählungen von 1921 und 1930 zurückzugreifen und auch noch Ergebnisse von sonstigen Erhebungen heranzuziehen, um den deutschen Bevölkerungsstand der einzelnen Gebiete genauer bestimmen zu können. Überall dort, wo die amtlichen Unterlagen nicht ausreichten, mußte auf verschiedene einschlägige Publikationen zurückgegriffen, zuweilen auch versucht werden, durch vorsichtige Schätzungen Erhebungslücken zu schließen oder doch zumindest zu überbrücken.

Hinweise im Text erfolgen im einzelnen gesondert, desgleichen Angaben über Unterlagen, Berechnungen und Schätzungen, die für die Ermittlung der Vertreibungsverluste mit herangezogen wurden.

1. Für die Zeit von 1921 bis 1938

Tschechoslowakische Statistik, Bände 9 (1924), 63 (1930), 77 (1932), 121 (1936), 145 (1938).

Statistisches Handbuch der Tschechoslowakischen Republik III, Prag 1928.

Statistische Übersicht der Tschechoslowakischen Republik, Prag 1930.

Statistisches Jahrbuch der Tschechoslowakischen Republik, Prag 1935, 1938.

Peters, Gustav und Alois Erben: Die Deutschen in der Tschechoslowakei, Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, 2. Aufl., Berlin 1930.

Winkler, Erwin: Die Tschechoslowakei im Spiegel der Statistik, Karlsbad 1936.

2. Für die Zeit von 1939 bis 1945

Die Gemeinden des Reichsgaues Sudetenland. Ausführliche amtliche Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17. Mai 1939, Warnsdorf 1940.

Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Deutsche Reich; Sudetendeutsche Gebiete und Memelland. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 450, Teil II, 4. Aufl., Berlin 1939.

Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Deutsche Reich auf Grund der Volkszählung 1939. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 550, 2. verb. Aufl., Berlin 1941. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40, 1941/42. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Beiträge zur Statistik Bayerns, Band 132/2 u. 3, München.

Gemeindeverzeichnis für die Reichsgaue der Ostmark auf Grund der Volkszählung vom 17. Mai 1939 und nach dem Gebietsstand vom 1. Januar 1940, Wien 1940.

Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552, Heft 4, Berlin 1944.

Die Ausländer im Deutschen Reich. In: Statistik des Deutschen Reichs, Band 552, Heft 5, Berlin 1943.

Mitteilungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, Wien I.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Sudetengau, Reichenberg 1942.

Wirtschaft und Statistik, Jg. 1939 bis 1944. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.

Das Protektorat Böhmen und Mähren im deutschen Wirtschaftsraum, Deutsche Bank, Berlin 1939.

Statistisches Jahrbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren 1941. Hrsg. Statistisches Zentralamt in Prag, I. Jg. 1941, Prag 1941.

Statistisches Jahrbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren 1942. Statistická Ročenka protektorátu Čechy a Morava. Hrsg. Statistisches Zentralamt in Prag, II. Jg. 1942, Prag 1942.

Fischer, Wilhelm: Die Bevölkerungsstruktur des Protektorats Böhmen und Mähren, Band 1 der Schriftenreihe „Böhmen und Mähren“, Prag 1941.

Frank, K. H.: Böhmen und Mähren im Reich, Band 2 der Schriftenreihe „Böhmen und Mähren“, Prag 1943.

Lexikon obcí Slovenskej Republiky. Hrsg. Štatny Štatistický Úrad, Preßburg 1942.

Braunias, Karl: Die Slowakei, 1942.

Riedl, Franz: Das Deutschtum zwischen Preßburg und Bartenfeld, 1943.

3. Für die Zeit nach 1945

Die Flüchtlinge in Deutschland. Ergebnisse der Sonderauszählungen aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/0/4 vom 25. März 1950. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Band III/1—5. Hrsg. Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Statistisches Zentralamt, Berlin 1949.

Amtliches Zahlenmaterial zum Flüchtlingsproblem in Bayern, Statistischer Informationsdienst des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen in Bayern, 1. Folge: Oktober 1946; 2. Folge: Januar 1947, München.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953.

Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, heimatlose Ausländer 1949—1952. Hrsg. Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1953.

Sudetenland. Ein Hand- und Nachschlagebuch über die Siedlungsgebiete der Sudetendeutschen. Hrsg. Göttinger Arbeitskreis, 1954.

Die standesamtlich beurkundeten Kriegssterbefälle und gerichtlichen Todeserklärungen 1939 bis 1954. In: Wirtschaft und Statistik, 8. Jg. N. F. Heft 6 vom Juni 1956. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Arntz, H.: Menschenverluste in zwei Weltkriegen. In: Deutschland heute. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2. Aufl., 1954.

Bilanz des zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft, Oldenburg/O., 1954.

Burgdörfer, Friedrich: Das sudetendeutsche Schicksal im Spiegel der Bevölkerungsstatistik. In: Die Landsmannschaft, Werkblätter der Sudetendeutschen, 3. Jg./3 bis 5, München 1952.

Bohmann, A.: Die Kriegs- und Vertreibungsoffer der Sudetendeutschen. In: Sudetendeutscher Artikeldienst, München, vom 19. Juni 1954.

Bohmann, A.: Die Ausweisung der Sudetendeutschen — dargestellt am Beispiel des Stadt- und Landkreises Aussig, Marburg a. d. Lahn 1955.

Seraphim, P. H.: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Band 7/I, Berlin 1954.

Schließleder, W. R.: Das österreichische Flüchtlingsproblem. In: Integration. Bulletin International (Europäische Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen), Nr. 3/4, München 1954.

Handbuch der Presse der Vertriebenen. Hrsg. im Auftrag des „Göttinger Arbeitskreises“ von Karl O. Kurth, Kitzingen/Main 1953.

Statistická příručka Československé Republiky, Prag 1948.

Československo v mapách, Orbis-Verlag, Prag 1953.

Statistický obzor, September 1949; Oktober (10), Prag 1955.

Zprávy státného planovacieho a statistického úradu, I. Jg., Heft 1, Preßburg, Juli 1946; III. Jg., Heft 3, Preßburg, März 1948.

Seznam obcí v Republice Československé; Díl I. Seznam obcí v zemích Českých podle správního rozdělení z 1. února 1949, Prag 1949.

Luža, Radomír: Odsun. Příspěvek k historii českoněmeckých vztáhu v letech 1918—1952, Wien-Kopenhagen 1953.

Schumacher, Ludwig: Donauschwaben und Karpatendeutsche. Stuttgart-Zuffenhausen 1953.

Das Deutschtum der Slowakei. Geschichte einer deutschen Volksgruppe im südosteuropäischen Raum. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft der Karpatendeutschen aus der Slowakei (Beiträge von Lipstak, Johann und Fritz Kraft), Stuttgart 1954.

Waller-Wynne, Jr.: The Population of Czechoslovakia, Washington 1953.

Kulischer, Eugene M.: Europe on the Move. War and Population Changes 1917—47, New York 1948.

Kulischer, Eugene M.: The Displacement of Population in Europe, Montreal 1943.

Frumkin, Gregory (Grzegorz): Population Changes in Europe since 1939. A Study of Population Changes in Europe during and since World War II as shown by the Balance Sheets of Twenty-four European Countries, London 1951.

Vernant, Jacques: The Refugee in the Post-War World, London 1953.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1939

1. Reichsgau Sudetenland	2 640 000
2. Übrige sudetendeutsche Gebiete ⁷⁾	424 000
a) Nördlicher Böhmerwald	84 000
b) Südlicher Böhmerwald	120 000
c) Südmähren	157 000
d) Engerau und Theben	11 000
e) Hultschiner Ländchen	52 000
3. Protektorat Böhmen und Mähren ⁸⁾	259 000
Sudetendeutsche zusammen	3 323 000
4. Karpatendeutsche	154 000
Insgesamt	3 477 000

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei vom Mai 1939 bis Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Natürlicher Bevölkerungszuwachs

1. Reichsgau Sudetenland	96 000
2. Übrige sudetendeutsche Gebiete	16 000
3. Protektorat Böhmen und Mähren	9 000

Bevölkerungszunahme durch Zuwanderung

Sudetendeutsche Rückkehrer	30 000
Sudetendeutsche zusammen	151 000
4. Karpatendeutsche	5 000
Insgesamt	156 000

C. Die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	
1. Reichsgau Sudetenland	2 736 000
2. Übrige sudetendeutsche Gebiete	440 000
3. Protektorat Böhmen und Mähren	268 000
Sudetendeutsche Rückwanderer	30 000
Sudetendeutsche zusammen	3 474 000
4. Karpatendeutsche	159 000
Insgesamt	3 633 000

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei

1. Wehrmachtssterbefälle	
der Sudetendeutschen	175 000
der Karpatendeutschen	5 000
2. Kriegsverluste der Zivilbevölkerung (Luftkriegstote, Zivilverluste bei Erdkämpfen, so auch beim tschechischen Aufstand im Protektorat und bei den Partisanenkämpfen in der Slowakei sowie bei der militärischen Besetzung durch sowjetische Truppen ums Leben Gekommene)	
Sudetendeutsche	25 000
Karpatendeutsche	10 000
Kriegsverluste	
der Sudetendeutschen	200 000
der Karpatendeutschen	15 000
Insgesamt	215 000

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1945

Sudetendeutsche	3 274 000
Karpatendeutsche	144 000
Insgesamt	3 418 000

F. Die deutschen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei

Stand: September 1950	
Bundesrepublik Deutschland	1 912 000
Berlin (West)	5 800
Saarland	600
Sowjetische Besatzungszone	914 000
Ostberlin	2 000
Zusammen	2 834 400
Österreich	142 000
andere europäische Länder	8 000
außereuropäische Länder	16 000
Insgesamt	3 000 400

davon	
Sudetendeutsche	2 890 400
Karpatendeutsche	110 000
Von den deutschen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei entfallen für die Zeit vom Mai 1945 bis September 1950 auf den Geburtenüberschuß	
im Bundesgebiet	70 000
in den übrigen Aufnahmegebieten	9 000
Insgesamt	79 000
davon	
Sudetendeutsche	76 000
Karpatendeutsche	3 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	2 921 400
davon	
Sudetendeutsche	2 814 400
Karpatendeutsche	107 000

G. Die in der Tschechoslowakei zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung (einschl. der dort festgehaltenen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten)

Stand: September 1950

Sudetendeutsche	230 000
Karpatendeutsche	20 000
Insgesamt	250 000

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus der Tschechoslowakei

In der Bundesrepublik und Berlin (West) wurden registriert:

1. Kriegsgefangene	3 800
2. Zivilinternierte	3 000
Zusammen	6 800

Zu 1. + 2. Für die sowjetische Besatzungszone und Ostberlin

angenommen	1 800
----------------------	-------

Zusammen	8 600
--------------------	-------

davon in der Tschechoslowakei zurückgehalten und bereits in Position G. berücksichtigt

4 900

Außerhalb der Tschechoslowakei insgesamt	3 700
--	-------

I. Die im September 1950 außerhalb der Tschechoslowakei vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Vermißten

1. Kriegsvermißte	1 000
2. Zivilvermißte	4 000
Insgesamt	5 000

davon

Sudetendeutsche	1 000
Karpatendeutsche	4 000

J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei	
De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung im Mai 1945	3 418 000
davon	
Sudetendeutsche	3 274 000
Karpatendeutsche	144 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	2 921 400
davon	
Sudetendeutsche	2 814 400
Karpatendeutsche	107 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung . . .	250 000
davon	
Sudetendeutsche	230 000
Karpatendeutsche	20 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene und Zivil-	
internierte außerhalb der Tschechoslowakei	3 700
davon	
Sudetendeutsche	3 700
Karpatendeutsche	—
Vermutlich noch am Leben befindliche Vermißte	5 000
davon	
Sudetendeutsche	1 000
Karpatendeutsche	4 000
Geklärte Fälle	3 180 100
Ungeklärte Fälle	237 900
Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschecho-	
slowakei	237 900
davon	
Sudetendeutsche	224 900
Karpatendeutsche	13 000

Wenn als Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, das heißt als Nachkriegsopfer der sudetendeutschen und der karpatendeutschen Zivilbevölkerung 238 000 Personen festgestellt wurden, 225 000 Sudetendeutsche und 13 000 Karpatendeutsche, so darf dabei nicht übersehen werden, daß in den vorgenannten Zahlenangaben die Opfer des tschechischen und in der Slowakei die Opfer des slowakischen Aufstandes, soweit sie die einheimische deutsche Zivilbevölkerung betrafen, noch nicht mit einbezogen sind. Diese Opfer der sudeten- und der karpatendeutschen Zivilbevölkerung dürften bei einer Gesamtzahl von 35 000 zivilen Kriegsopfern auf insgesamt etwa 22 000 Personen geschätzt werden können, so daß sich die gesamten Nachkriegsverluste auf etwa 260 000 Sudetendeutsche und Karpatendeutsche stellen würden. Bezieht man auch die Verluste der Zivilbevölkerung, die bei Kriegshandlungen (Erdkämpfe, Luftangriffe) umgekommen sind, in diese Betrachtung mit ein, dann ergibt sich ein Gesamtverlust der deutschen Zivilbevölkerung aus der Tschechoslowakei von rund 273 000 Personen —

250 000 Sudetendeutsche und 23 000 Karpatendeutsche. Die Kriegs- und Nachkriegsverluste der aus dem Altreichsgebiet und aus Österreich nach der Volkszählung 1939 zugezogenen deutschen Bevölkerung sind bei diesen Angaben auch schon aus dem Grund nicht mit enthalten, weil über deren Zahl zuverlässige Unterlagen nicht vorliegen.

Zusammenfassung

Deutsche Bevölkerung im Mai 1939	3 477 000
Zunahme der deutschen Bevölkerung Mai 1939 bis Mai 1945	126 000
Sudetendeutsche Rückwanderer	30 000
Kriegsverluste	215 000
Deutsche Bevölkerung im Mai 1945	3 418 000
Vertriebene Bevölkerung im September 1950	3 000 400
Von der Vertreibung direkt Betroffene	2 921 400
Zurückgehaltene deutsche Bevölkerung im September 1950	250 000
Noch lebende Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	8 700
<hr/>	
Geklärte Fälle	3 180 100
Ungeklärte Fälle	237 900

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Gesamtverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei in den Grenzen von 1937 durch Krieg und Vertreibung 453 000 Personen betragen, 13,0 vH des Bevölkerungsstandes im Mai 1939. Auf die militärischen Kriegsverluste entfallen 5,2 vH, auf die Kriegs- und Nachkriegsverluste der deutschen Zivilbevölkerung 7,9 vH.

Auf die jeweilige Volksgruppe bezogen, muß für das Sudetendeutschtum durch Krieg und Vertreibung mit einem Gesamtverlust von 425 000 Personen gerechnet werden, das sind 12,8 vH des sudetendeutschen Bevölkerungsstandes von 1939. Auf die Kriegs- und Nachkriegsverluste der sudetendeutschen Zivilbevölkerung kommen 249 000 Personen, das sind 7,5 vH des Bevölkerungsstandes von 1939.

Im Vergleich dazu sind die Kriegs- und Nachkriegsverluste des Karpatendeutschtums mit insgesamt 28 000 Personen verhältnismäßig ungleich höher; sie betragen 18,2 vH seines Vorkriegsbevölkerungsstandes. Rechnet man die in die Sowjetunion verschleppten Karpatendeutschen noch hinzu, dann ergibt sich ein Gesamtverlust der karpatendeutschen Volksgruppe von 20,8 vH ihres Bestandes im Mai 1939. Die Vertreibungsoffer der nach dem 17. Mai 1939 in die sudetendeutschen Gebiete, in die Slowakei bzw. nach dem 15. März 1939 in das Protektorat Böhmen und Mähren zugezogenen deutschen Bevölkerung aus dem Deutschen Reiche und aus Österreich in den Grenzen von 1937 sind, wie bereits vermerkt, in der Bilanz nicht enthalten.

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1939

Die letzten Volkszählungen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, durch die das gesamte Deutschtum in der Tschechoslowakei erfaßt wurde, waren die tschechoslowakischen Volkszählungen von 1921 und 1930. Bei der ersten Zählung

wurden in der Tschechoslowakei insgesamt 3218005 deutsche Volkszugehörige, bei der zweiten Volkszählung im Jahre 1930 insgesamt 3318445 deutsche Volkszugehörige festgestellt. In diesen Zahlen sind sowohl staatsangehörige als auch staatsfremde deutsche Volkszugehörige zusammengefaßt, wobei die letzteren — rund 80 000 Personen — zum weitaus überwiegenden Teil mit zur einheimischen deutschen Bevölkerung gerechnet werden können, da sie zumeist schon vor der Gründung der Tschechoslowakischen Republik (28. Oktober 1918) auf dem Boden dieses Staates lebten. Es handelte sich hierbei hauptsächlich um sogenannte Altreichsdeutsche und um Deutschösterreicher, zu denen die Sudetendeutschen selbst als Staatsangehörige Österreich-Ungarns bis 1918/19 stets gezählt wurden.

Das Deutschtum in der Tschechoslowakei gliederte sich landsmannschaftlich wie folgt auf:

Jahr	Deutsche tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit		
	Sudetendeutsche	Karpatendeutsche	zusammen
1921	2 973 208	150 206	3 123 414
1930	3 070 938	160 750	3 231 688

Auf die einzelnen Länder der Tschechoslowakei entfielen im Jahre 1930:

Gebiet	Sudeten- bzw. Karpatendeutsche	
	Anzahl	vH aller Deutschen
Böhmen	2 270 943	70,27
Mähren und Schlesien	799 995	24,75
Sudetenländer zusammen	3 070 938	95,02
Slowakei	147 501	4,55
Karpatenrußland	13 249	0,43
Karpatenländer zusammen	160 750	4,98
Tschechoslowakei insgesamt	3 231 600	100

95,02 vH aller Deutschen tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit waren also Sudetendeutsche.

Das Münchner Abkommen der damaligen vier europäischen Großmächte vom 29./30. September 1938 führte zu der Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete vom tschechoslowakischen Staat und deren Anschluß an das Deutsche Reich, das damals mit Österreich vereinigt war. Dadurch kam es nicht nur zur staatlichen Trennung zwischen der Hauptmasse des im geschlossenen sudetendeutschen Siedlungsgebiet lebenden Sudetendeutschtums vom Karpatendeutschtum, sondern auch zur staatlichen Trennung des geschlossenen siedelnden Sudetendeutschtums von dem im tschechoslowakischen Reststaat verbliebenen Sprachinsel- und Streudeutschtum.

Von der reichsdeutschen Volkszählung am 17. Mai 1939, die in den reichsangeschlossenen Gebieten durchgeführt wurde, ist also der weitaus größte Teil des Sudetendeutschtums erfaßt worden, während das Karpatendeutschtum bis auf den Brückenkopf von Preßburg mit Engerau und Theben fast völlig außerhalb des Bereiches dieser Volkszählung blieb.

1. Die deutsche Bevölkerung in den reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebieten

Durch die Volkszählung wurde in den sudetendeutschen Gebieten eine Gesamtbevölkerung von 3 408 449 Personen festgestellt. Durch die Verwaltungsgliederung der sudetendeutschen Gebiete, die mit Wirkung vom 15. April 1939 vorgenommen wurde, ergab sich die regionale Aufgliederung der Gesamtbevölkerung (Wohnbevölkerung) nach der Volkszählung von 1939 wie folgt:

Sudetendeutsche Gebiete	Personen
1. Reichsgau Sudetenland	2 943 187
a) Regierungsbezirk Aussig	1 328 575
b) Regierungsbezirk Eger	803 509
c) Regierungsbezirk Troppau	811 103
2. Übrige sudetendeutsche Gebiete	465 262
a) Nördlicher Böhmerwald (zum bayerischen Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz)	90 332
b) Südlicher Böhmerwald (zu den Reichsgauen Oberdonau und Niederdonau)	123 664
c) Südmähren (zum Reichsgau Niederdonau)	181 773
d) Engerau und Theben (zum Reichsgau Niederdonau)	16 526
e) Hultschiner Ländchen (zum schlesischen Regierungsbezirk Oppeln)	52 967
Sudetendeutsche Gebiete insgesamt	3 408 449

Wie sich die Gesamtbevölkerung der einzelnen sudetendeutschen Gebiete zum Zeitpunkt der Volkszählung 1939 nach der Staatszugehörigkeit aufgliederte, geht aus nachfolgender Übersicht¹⁾ hervor:

Die Bevölkerung der sudetendeutschen Gebiete nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939

Gebiet	Ständige Bevölkerung	Die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen	Wohnbevölkerung			
			insgesamt	darunter		
				Ausländer	Staatenlose	Staatsangehörigkeit unermittelt und ungeklärt
RB Aussig	1 318 461	10 114	1 328 575	7 839	1 267	83 586
RB Eger	797 650	5 859	803 509	2 758	294	10 571
RB Troppau	803 537	7 566	811 103	4 824	807	33 313
Reichsgau Sudetenland	2 919 648	23 539	2 943 187	15 421	2 368	127 470
Nördlicher Böhmerwald	89 971	361	90 332	802 ¹⁾	6 ¹⁾	330 ¹⁾
Südböhmen	123 444	220	123 664	1 970 ¹⁾	41 ¹⁾	31 ¹⁾
Südmähren	179 433	2 340	181 773	11 881 ¹⁾	211 ¹⁾	348 ¹⁾
Engerau und Theben	15 805	721	16 526	8 737 ¹⁾	680 ¹⁾	153 ¹⁾
Hultschiner Ländchen	52 865	102	52 967	936 ¹⁾	108 ¹⁾	103 ¹⁾
Übrige sudetendeutsche Gebiete ..	461 518	3 744	465 262	24 326 ¹⁾	1 047 ¹⁾	965 ¹⁾
Sudetendeutsche Gebiete insgesamt ..	3 381 166	27 283	3 408 449	39 747	3 415	128 435

¹⁾ Zahlen auf Grund vorläufiger Zählungsergebnisse.

Die hohe Zahl der Personen in den sudetendeutschen Gebieten, deren Staatsangehörigkeit unermittelt oder ungeklärt erscheint — im Reichsgau Sudetenland handelt es sich dabei allein um 127 470 Personen — ist eine unmittelbare Folge der kurz vorher durchgeführten Veränderung der Staatsgrenzen, die nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung, die zumeist erst in den letzten Jahren zugezogen und deshalb in den sudetendeutschen Gebieten noch nicht heimatberechtigt waren, über ihre Staatsangehörigkeit zunächst noch im unklaren beließ. Es handelte sich hier hauptsächlich um tschechische Volkszugehörige, die jedoch wenig später, auf Grund der Verordnung der Regierung des Protektorats Böhmen und Mähren vom 11. Januar 1940, Protektoratsangehörige geworden sind¹⁰⁾. In den übrigen sudetendeutschen Gebieten ist die Zahl der ungeklärten Fälle nur gering, dafür jedoch die Zahl der Ausländer außerordentlich hoch. Da diese Gebiete verwaltungsmäßig dem bayerischen Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz bzw. dem Reichsgau Oberdonau oder dem Reichsgau Niederdonau angegliedert wurden, blieb die Zahl der Fälle mit ungeklärter Staatsangehörigkeit gering, dafür erhöhte sich die Zahl der Ausländer recht beträchtlich, offenbar um die Zahl der späteren Protektoratsangehörigen. Bei den für Engerau und Theben ausgewiesenen Ausländern handelt es sich in erster Linie um slowakische und ungarische Staatsangehörige, erst in zweiter Linie um Protektoratsangehörige; bei diesen Ausländergruppen ist jedoch die Zahl der Volksdeutschen ziemlich hoch¹¹⁾.

Nachfolgende Übersicht gibt über die Zahl der Personen deutscher Volkszugehörigkeit in allen sudetendeutschen Gebieten Auskunft, die im Jahre 1938 an das

**Die Personen deutscher Volkszugehörigkeit in den sudetendeutschen Gebieten
nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939**

Gebiet	Personen deutscher Volkszugehörigkeit der Wohnbevölkerung					
	insgesamt	davon waren				
		Reichsangehörige		Ausländer	Staatenlose	Staatsangehörigkeit unermittelt und ungeklärt
		insgesamt ¹⁾	darunter Juden			
RB Aussig	1 209 231	1 198 877	955	2 853	804	6 697
RB Eger	785 465	782 572	476	909	219	1 765
RB Troppau	645 721	641 205	338	1 916	647	1 953
Reichsgau Sudetenland	2 640 417	2 622 654	1 769	5 678	1 670	10 415
Nördlicher Böhmerwald	84 207	83 886	20	182	5	134
Südböhmen	120 050	119 484	41	518	35	13
Südmähren	157 039	155 342	152	1 485	129	83
Engerau und Theben	10 666	6 575	47	3 494	511	86
Hultschiner Ländchen	52 036	51 455	6	397	104	80
Übrige sudetendeutsche Gebiete ..	423 998	416 742	266	6 076	784	396
Sudetendeutsche Gebiete insgesamt ..	3 064 415	3 039 396	2 035	11 754	2 454	10 811

¹⁾ Ergebnisse einer Sonderauszählung der Volkszählung vom 17. Mai 1939 (einschl. der ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen).

Deutsche Reich angeschlossen wurden. Sie umfaßt alle, bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939 festgestellten Personen deutscher Volkszugehörigkeit ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, auch die reichsangehörigen Juden.

Reichsangehörige Juden gab es im Reichsgau Sudetenland 1769, in den übrigen sudetendeutschen Gebieten nur 266. Die Zahl der ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen in den sudetendeutschen Gebieten betrug am Tage der Volkszählung insgesamt 27283. Bei den Personen deutscher Volkszugehörigkeit, deren Staatsangehörigkeit noch unermittelt oder ungeklärt war, handelt es sich vorwiegend wohl um deutsche Ehefrauen von Tschechen, deren Staatsangehörigkeit selbst noch nicht feststand, während die Ausländer deutscher Volkszugehörigkeit hauptsächlich Volksdeutsche sind. Damit wäre die Zahl der deutschen Volkszugehörigen in den sudetendeutschen Gebieten für den 17. Mai 1939 mit 3 064 415 festgestellt, das sind 89,9 vH der Gesamtbevölkerung der sudetendeutschen Gebiete. Auf die Reichsangehörigen unter der Ständigen Bevölkerung (ohne Juden) bezogen, waren jedoch 93,9 vH deutsche Volkszugehörige. Der Anteil der reichsangehörigen tschechischen Bevölkerung in den sudetendeutschen Gebieten zeigte regional starke Unterschiede; der Durchschnitt in diesen Gebieten betrug 6,0 vH. Reichsangehörige und protektoratsangehörige Tschechen zusammen bildeten in den sudetendeutschen Gebieten 9,4 vH der Gesamtbevölkerung.

Über die reichsangehörige Bevölkerung der sudetendeutschen Gebiete gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß:

Die Reichsangehörigen (ohne Juden) in den sudetendeutschen Gebieten nach der Volkszugehörigkeit ohne die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen

Ergebnisse einer Sonderauszählung aus der Volkszählung vom 17. Mai 1939

Gebiet	Reichsangehörige ohne Juden			
	insgesamt	davon		
		deutscher	tschechischer	sonstiger
		Volkszugehörigkeit		
RB Aussig	1 224 814	1 187 808	36 456	550
RB Eger	783 551	776 237	7 036	278
RB Troppau	764 255	633 301	130 651	303
Reichsgau Sudetenland ...	2 772 620	2 597 346	174 143	1 131
Nördlicher Böhmerwald ..	88 813	83 505	5 303	5
Südböhmen	121 361	119 223	2 076	62
Südmähren	166 840	152 850	12 226	1 764
Engerau und Theben	6 188	5 807	38	343
Hultschiner Ländchen	51 712	51 347	.	365
Übrige sudetendeutsche Gebiete	434 914	412 732	19 643	2 539
Sudetendeutsche Gebiete insgesamt	3 207 534	3 010 078	193 786	3 670

Faßt man nun die tschechischen, in den sudetendeutschen Gebieten lebenden Bevölkerungsteile, die im Reichsgau Sudetenland unter den unermittelten und ungeklärten Fällen und in den übrigen sudetendeutschen Gebieten hauptsächlich

als Ausländer geführt werden, mit den in den sudetendeutschen Gebieten wohnhaften reichsangehörigen Tschechen zusammen und zieht man sie mit in die Gesamtbevölkerung ein, dann ergeben sich folgende tschechischen Bevölkerungsbestände und Anteile an der Gesamtbevölkerung:

Gebiet	Gesamtzahl der Tschechen	In vH der Gesamtbevölkerung
RB Aussig	113 000	8,5
RB Eger	16 000	2,0
RB Troppau	162 000	20,0
Reichsgau Sudetenland	291 000	9,9
Nördlicher Böhmerwald	5 500	6,1
Südböhmen	2 500	2,0
Südmähren	19 000	10,5
Engerau und Theben	500	3,0
Hultschiner Ländchen	500	0,9
Übrige sudetendeutsche Gebiete	28 000	6,0
Sudetendeutsche Gebiete insgesamt	319 000	9,3

Diese Zahlen besagen, daß gegenüber der tschechischen Volkszählung vom Jahre 1930 in den sudetendeutschen Gebieten ein Rückgang der tschechischen Bevölkerung eingetreten ist, der vor allem durch die starke tschechische Abwanderung unmittelbar vor dem Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich herbeigeführt wurde. Da die Zahl der Tschechen (und Slowaken) in den an das Deutsche Reich abgetretenen Gebieten nach dem Stand von 1930 nach einer Veröffentlichung des Statistischen Zentralamtes in Prag¹²⁾ insgesamt 743 086 betrug, umfaßt dieser Rückgang 426 000 Personen; tatsächlich aber ist er noch größer, weil auch jene Personen zugezählt werden müssen, die nach dem Zeitpunkt der Volkszählung 1930 bis Sommer 1938 in die sudetendeutschen Gebiete zugewandert und vor der Angliederung dieser an das Reich auch als erste wieder abgewandert sind. Zusammen dürfte die Zahl der vor der Angliederung der sudetendeutschen Gebiete daraus abgewanderten Tschechen (und Slowaken) 550 000 wohl nicht überschreiten.

Eine besondere Erwähnung erfordert das deutsche Volkstumsbekenntnis der Bevölkerung des Hultschiner Ländchens, jenes Gebietes des Landkreises Ratibor, das auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles gegen den Willen seiner Bevölkerung vom Deutschen Reich an die Tschechoslowakei abgetreten werden mußte und im Oktober 1938 an die Provinz Schlesien zurückgegliedert wurde. Die Hultschiner waren in der Tschechoslowakei als Tschechen erklärt worden, obwohl sich bei Wahlen im Hultschiner Ländchen stets eine absolute Mehrheit an abgegebenen deutschen Stimmen ergab. Am 17. Mai 1939 bekannten sich von den 51 712 reichsangehörigen Hultschinern (ohne Juden) 51 347 als Deutsche und 17 als Polen, während 348 Hultschiner eine andere als die deutsche oder polnische Volkzugehörigkeit angaben. Die Sonderauszählung nach der Muttersprache hatte zu gleicher Zeit folgendes Ergebnis: 47 985 Personen bezeichneten Deutsch als ihre Muttersprache, 23 Deutsch und Polnisch, 174 Deutsch und Oberschlesisch, 1919 Deutsch und Mährisch; 456 Hultschiner gaben als Muttersprache Deutsch und eine

andere Sprache an. Als Personen nichtdeutscher Muttersprache verblieben insgesamt 1155 reichsangehörige Hultschiner. Nach den Angaben über die Volkszugehörigkeit, die allein für die Bevölkerungsbilanz herangezogen wurden, haben sich im Jahre 1939 rund 52 000 Personen zum deutschen Volk bekannt, das sind 96,9 vH der Gesamtbevölkerung des Hultschiner Ländchens.

2. Die deutsche Bevölkerung im Protektorat Böhmen und Mähren im Mai 1939

Das Sprachinsel- und Streudeutschtum¹³⁾ der Sudetenländer verblieb, wie bereits erwähnt, 1938 nach dem Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich im tschechoslowakischen Reststaat. Nach der Souveränitätserklärung der Slowakei Mitte März 1939 wurden die tschechischen Siedlungsgebiete der Sudetenländer von deutschen Truppen besetzt und in das Protektorat Böhmen und Mähren umgewandelt.

Im Jahre 1921 zählte das in den Sudetenländern lebende Sprachinsel- und Streudeutschtum nach den Ergebnissen der tschechoslowakischen Volkszählung zusammen 155 110 Personen. Die Ergebnisse der tschechoslowakischen Volkszählung des Jahres 1930 lassen erkennen, daß bis zu diesem Zeitpunkt das Sprachinsel- und Streudeutschtum in Böhmen und Mähren insgesamt angestiegen ist. Einen Anhalt hierfür vermögen die Berechnungen des Statistischen Zentralamtes in Prag¹⁴⁾ zu geben. Danach lebten im Jahre 1930 auf dem nachherigen Gebiet des Protektorats 234 865 tschechoslowakische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit (Sudetendeutsche) und 14 288 Ausländer deutscher Volkszugehörigkeit, zusammen also 249 153 Deutsche. Von den 14 288 Ausländern deutscher Volkszugehörigkeit kann ein Teil ohne weiteres dem Sudetendeutschtum zugezählt werden, da dieser bereits vor der Gründung der Tschechoslowakischen Republik (1918) in den Sudetenländern beheimatet war; hierzu gehören vor allem jene Sudetendeutschen, die z. B. österreichische Staatsangehörige geblieben waren.

Aus den amtlichen tschechoslowakischen Veröffentlichungen und den erwähnten Berechnungen des Statistischen Zentralamtes in Prag ergibt sich, daß im Jahre 1930 im wesentlichen noch folgende deutsche Sprachinseln im Gebiet der Sudetenländer bestanden:

Sprachinsel	Sudetendeutsche
Brünn	56 083
Olmütz	23 303
Iglau/Stecken	23 146
Konitz	3 925
Deutsch-Brodek	1 233
Zusammen	107 690

Die einzelnen Sprachinseln waren 1930 schon so stark aufgesplittet, daß ein Teil des ursprünglichen Sprachinseldeutschtums bereits Streudeutschtum geworden war.

Das Streudeutschtum der Sudetenländer verteilte sich im Jahre 1930 wie folgt auf die tschechischen Bezirke:

Tschechische Bezirke	Sudetendeutsche
Mit sudetendeutschen Minderheiten von 1000 und mehr Personen	
Prag	41 701
Mährisch-Osttau	21 914
Budweis	10 981
Pilsen	8 021
Friedek	4 831
Kladno	1 482
Mistek	1 310
Zusammen	90 240
Mit sudetendeutschen Minderheiten von weniger als 1000 Personen ...	36 935
Streudeutsche (nur Sudetendeutsche) insgesamt	127 175

Die 36 935 Sudetendeutschen in den tschechischen Bezirken mit weniger als 1 000 Sudetendeutschen lebten im allgemeinen völlig in tschechischer Umwelt, so daß auch die Kinder gezwungen waren, tschechische Schulen zu besuchen.

Das Ansteigen der Zahl der Sprachinsel- und Streudeutschen in der Zeit von 1921 bis 1930 ist vor allem auf die Versetzung sudetendeutscher Staatsangestellter mit ihren Familien in tschechisches Siedlungsgebiet und auf die Einberufung sudeten-deutscher Soldaten in rein tschechische Garnisonstädte zurückzuführen. Daneben aber hat die zentrale Lage und hauptstädtische Bedeutung von Prag seit 1921 zu einer stärkeren wirtschaftlichen und kulturellen Konzentration des Deutschturns und zu einem beträchtlichen zahlenmäßigen Ansteigen des dortigen Streudeutschturns geführt.

Im weiteren Verfolg der staatlichen Tschechisierungspolitik stieg die Zahl des Streudeutschturns im tschechischen Siedlungsgebiet auch von 1930 bis 1938 weiter an. Es kann jedoch angenommen werden, daß alle, erst nach 1930 in das tschechische Sprachgebiet versetzten sudetendeutschen Staatsangestellten im Herbst 1938 mit ihren Familien in die sudetendeutschen Gebiete zurückgekehrt sind. Andererseits aber sind an 40 000 Sudetendeutsche noch vor dem Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Reich aus politischen oder rassischen Gründen in den Reststaat der Tschechoslowakei geflüchtet. Dieser Personenkreis wurde von der Volkszählung 1939 in den sudetendeutschen Gebieten nicht mehr erfaßt, er ist aber im weiteren dem Sprachinsel- und Streudeutschturn in den Sudetenländern hinzuzuzählen.

Eine eigene Volkszählung im Protektorat Böhmen und Mähren sollte im Jahre 1940 durchgeführt werden; wegen des Kriegsausbruches unterblieb sie. Anhaltspunkte über die deutsche Bevölkerung in diesem Gebiet vermag jedoch die Ausgabe der Lebensmittelkarten für die 14. Ausgabeperiode am 1. Oktober 1940 zu vermitteln. Damals wurden bei einer Gesamtbevölkerung von 7 456 000 Personen 261 524 Deutsche, das sind rund 3,5 vH der Gesamtbevölkerung, festgestellt¹⁵⁾. Zu dieser Zahl der Deutschen ist zu bemerken, daß in ihr nicht nur die schon vor dem 15. März 1939 im Gebiet des Protektorats ansässige deutsche Bevölkerung enthalten sein dürfte, sondern daß in ihr, wie bereits erwähnt, auch die aus den reichs-angeschlossenen sudetendeutschen Gebieten zugezogenen rund 40 000 Volksdeutschen inbegriffen sein werden. Da aus den Veröffentlichungen des damaligen Statistischen Zentralamtes in Prag zu ersehen ist, daß es sich bei den Zahlen für den

1. Oktober 1940 um Schätzungen handelt und auch erwähnt wird, daß in diesen Zahlen die deutschen Staatsangehörigen nicht berücksichtigt worden sind, muß davon ausgegangen werden, daß die nach dem 15. März 1939 in das Protektorat zugezogenen Altreichsdeutschen nicht mit enthalten sind.

Die in das Protektorat verlegten Teile der Deutschen Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes usw. sind in den Angaben der Lebensmittelkartenstatistik gleichfalls nicht enthalten. In dieser Zahl werden dagegen auch diejenigen Personen inbegriffen sein, die sich nach Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren ihrer deutschen Abstammung erinnerten und sich wieder zum Deutschtum bekannten. Ihre Zahl dürfte 20 000 nicht überschreiten.

Um nun für alle Teile des Sudetendeutschtums zu einer einheitlichen zeitlichen Ausgangsposition in dieser Bilanz zu kommen, müssen aber noch die vom Statistischen Zentralamt in Prag ermittelten Zahlen für den 1. Oktober 1940 auf den 17. Mai 1939 zurückgerechnet werden. Aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ergibt sich, daß — wie noch zu zeigen sein wird — im Durchschnitt pro Jahr während der Kriegszeit mit einer Zunahme der volksdeutschen Bevölkerung des Protektorats von etwa 2 000¹⁶⁾ Personen zu rechnen ist. Dies bedeutet, daß man für den Kriegsbeginn im Protektorat mit rund 259 000 Volksdeutschen rechnen kann.

3. Die deutsche Bevölkerung in den Karpatenländern im Mai 1939

Die letzte Volkszählung in den Karpatenländern vor dem Zweiten Weltkrieg war die tschechoslowakische Volkszählung vom Jahre 1930. Damals wurden in der Slowakei und in Karpatorußland zusammen 160 750 Deutsche tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit gezählt.

Um auf den Stand der deutschen Bevölkerung in den Karpatenländern im Jahre 1939 schließen zu können, ist es notwendig, von der Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung die Zahl jener Sudetendeutschen abziehen, die sich, um ihren Wehrdienst abzuleisten, 1930 in Garnisonstädten der Slowakei und Karpatorußlands befanden und dort als Deutsche in den Karpatenländern mitgezählt wurden. Aus der Übersetzung der männlichen Jahrgänge im aktiven Wehrdienstalter kann nach dem Altersaufbau der karpatendeutschen Volksgruppe im Jahre 1930 auf die Anwesenheit von etwa 11 600 Soldaten deutscher Volkszugehörigkeit aus dem Gebiet der Sudetenländer geschlossen werden. Da umgekehrt kaum mehr als 1 000 junge Karpatendeutsche zu gleicher Zeit in den Sudetenländern ihrer Wehrdienstpflicht nachkamen, lag der tatsächliche karpatendeutsche Bevölkerungsstand in der Tschechoslowakei im Jahre 1930 nur bei rund 150 000 Personen. Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1939 in den reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebieten befanden sich keine sudetendeutschen Soldaten mehr in den Karpatenländern wie umgekehrt karpatendeutsche Soldaten auch nicht mehr in den Sudetenländern weilten.

Auf Grund der höheren Geburtenüberschüsse der karpatendeutschen Volksgruppe¹⁷⁾ kann deren natürliche Bevölkerungszunahme von 1930 bis 1939 auf etwa 15 000 Personen geschätzt werden. Somit hätte der karpatendeutsche Bevölkerungsstand im Jahre 1939, abzüglich der in Engerau und Theben lebenden 11 000 Karpatendeutschen, etwa 154 000 Personen betragen.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei vom Mai 1939 bis Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Für die Ermittlung der Bevölkerungsentwicklung der deutschen Volksgruppen in der Tschechoslowakei von Mitte 1939 bis Mai 1945 stehen leider nur beschränkt Unterlagen zur Verfügung. Nur für den Reichsgau Sudetenland liegt Material über die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Gesamtbevölkerung in der Zeit von 1939 bis 1944 vor. Es ist daher erforderlich, ausgehend von diesen Zahlen, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den übrigen Gebieten, die natürliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung auch dort und schließlich für das gesamte Gebiet der Tschechoslowakei bis Mai 1945 zu ermitteln. Für die Wanderungsbewegungen stehen nur Globalzahlen aus Schätzungen für das gesamte Deutschum in der Tschechoslowakei zur Verfügung. Auf sie muß daher in einem besonderen Abschnitt eingegangen werden. Zum Schluß wird dann ein Überblick über den Bevölkerungsstand der deutschen Volksgruppen bei Kriegsende gegeben.

1. Entwicklung der deutschen Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland

Der natürliche Bevölkerungszuwachs der Gesamtbevölkerung des Reichsgaues Sudetenland ist für die Zeit vom 1. Januar 1939 bis Mitte 1944 durch amtliche Unterlagen nachgewiesen¹⁸⁾. Die Ergänzungszahlen für den Zeitraum vom 1. Juli 1944 bis 1. Mai 1945 mußten durch Schätzungen¹⁹⁾ gewonnen werden, wobei allerdings die bereits eingetretenen Kriegsverluste zunächst nicht berücksichtigt werden konnten.

Der Gesamtbevölkerungsstand im Reichsgau Sudetenland betrug bei der Volkszählung 1939 2943187 Personen. Durch die natürliche Bevölkerungszunahme von 103412 Personen (vgl. nachstehende Tabelle) errechnet sich ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste und der Wanderungsbewegung für den 1. Mai 1945 ein Gesamtbevölkerungsstand von 3046599 Personen.

Natürliche Zunahme der Gesamtbevölkerung des Reichsgaues Sudetenland vom Mai 1939 bis Mai 1945

Jahr	Personen
1939, Mitte Mai bis Dezember	21 000
1940	28 105
1941	19 888
1942	7 877
1943	12 028
1944/1. Halbjahr	5 514
Natürliche Bevölkerungszunahme 18. Mai 1939 bis 30. Juni 1944	94 412
1944/2. Halbjahr	6 000
1945 Januar bis Mai	3 000
Geschätzte natürliche Bevölkerungszunahme 1. Juli 1944 bis Mai 1945 ¹⁹⁾	9 000
Natürliche Zunahme der Gesamtbevölkerung 1939 bis Mai 1945	103 412

Da in dem Gesamtbevölkerungsstand und dessen Entwicklung die Zahl der Tschechen noch mit enthalten ist, muß der tschechische Anteil an der natürlichen Bevölkerungsentwicklung der Gesamtbevölkerung des Reichsgaues Sudetenland

eliminiert werden. Die voneinander unterschiedlich gelagerten Verhältnisse gestatten es jedoch nicht, einfach die damaligen nationalen Bevölkerungsanteile zur Grundlage der Berechnungen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung zu machen. Hier helfen aber die Angaben weiter, die in der Schrift „Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Sudetengau“, Reichenberg 1942, enthalten sind. Danach ergeben sich folgende Tatbestände:

Im 1. Vierteljahr 1939 wurden im Reichsgau Sudetenland 8497 Eheschließungen gezählt, davon 398 zwischen Tschechen = 4,7 vH; im gleichen Zeitraum des Jahres 1940 betrug der tschechische Anteil bei insgesamt 11118 Eheschließungen 517 = 4,6 vH. Im 1. Vierteljahr 1941 waren von 6572 Eheschließungen 415 = 6,3 vH Eheschließungen zwischen Tschechen.

Angaben über nationale Mischehen sind im Quellenmaterial nicht enthalten und können daher hier nicht berücksichtigt werden. Mischehen zwischen Tschechen und Deutschen sind aber sehr selten geschlossen worden; sie wurden zu Anfang des Krieges insbesondere von den Deutschen, mit dem längeren Andauern desselben zunehmend von den Tschechen vermieden. Der tschechische Anteil an den Eheschließungen insgesamt dürfte im Durchschnitt der Jahre 1939 bis 1941 7,5 vH kaum überschreiten.

1939 gab es im Reichsgau Sudetenland 63862 Lebendgeborenen, davon 4068 Kinder von tschechischen Eltern, das sind 6,4 vH; 1940 wurden 71410 Lebendgeborenen gezählt, davon 4990 tschechische Kinder = 7,0 vH.

Entsprechend der geringeren Zahl von nationalen Mischehen ist der Zuwachs an Kindern, die in nationalen Mischehen tschechisch erzogen wurden, auch in Anbetracht der damaligen nationalen Situation, äußerst klein.

Die Zahl der Todesfälle liegt bei den Tschechen für den gleichen Zeitabschnitt verhältnismäßig etwas höher. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die tschechische Abwanderung im Jahre 1938 besonders die mittleren und jüngeren Jahrgänge erfaßte.

Setzt man den tschechischen Anteil an der natürlichen Zunahme der Gesamtbevölkerung des Reichsgaues Sudetenland von Mai 1939 bis Mai 1945 mit 7 vH fest, so ergibt sich bei einem Gesamtbevölkerungszuwachs von rund 103400 Personen ein Abzug von etwa 7200 für die Tschechen, so daß also ein natürlicher deutscher Bevölkerungszuwachs von rund 96000 Personen verbleibt.

Der deutsche Bevölkerungsstand im Reichsgau Sudetenland würde somit im Mai 1945 rund 2736000 Personen betragen haben, wobei allerdings die Kriegsterbefälle und die Wanderungsbewegung noch nicht berücksichtigt sind.

2. Entwicklung der deutschen Bevölkerung in den übrigen sudetendeutschen Gebieten

Unterlagen über die natürliche Entwicklung der Bevölkerung der übrigen sudetendeutschen Gebiete sind nicht vorhanden. Doch kann unter durchaus ähnlichen Voraussetzungen und gleichen Bedingungen der politischen und nationalen Verhältnisse in den einzelnen sudetendeutschen Gebieten von der natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Reichsgau Sudetenland auf jene in den übrigen sudetendeutschen Gebieten geschlossen werden.

Für die sudetendeutschen Gebiete ohne den Reichsgau Sudetenland ergab sich (vgl. A. 1,2) für Mitte 1939 ein deutscher Bevölkerungsstand von:

a) Nördl. Böhmerwald	84 200
b) Südböhmen.....	120 100
c) Südmähren	157 000
d) Engerau und Theben	10 700
e) Hultschiner Ländchen	52 000
a—e) Übrige sudetendeutsche Gebiete	424 000

Im Reichsgau Sudetenland betrug im Jahre 1939 bei einem deutschen Bevölkerungsstand von rund 2 640 400 Personen die natürliche Bevölkerungszunahme bis Mai 1945 96 400 Personen, also 3,65 vH. Da in den übrigen reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebieten, im ganzen gesehen, ähnliche Voraussetzungen wie im Reichsgau bestanden, kann der gleiche Hundertsatz auch für die natürliche Bevölkerungsentwicklung dieser Gebiete während des gleichen Zeitraumes angewandt werden. Für die rund 424 000 Köpfe zählende deutsche Bevölkerung der übrigen reichsangeschlossenen Gebiete (mit Engerau, Theben und dem Hultschiner Ländchen) errechnet sich bis Mai 1945 eine Zunahme von 15 476 Personen. Man wird aber nicht fehlgehen, wenn man diese Zahl auf rund 16 000 erhöht, weil der Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung des Böhmerwaldes immer über dem sudetendeutschen Durchschnitt lag.

Übrige sudetendeutsche Gebiete	
Stand der deutschen Bevölkerung Mitte 1939	424 000
Natürliche Zunahme der Bevölkerung bis Mai 1945 ..	16 000
Stand der deutschen Bevölkerung	440 000

Somit hätte, Kriegsverluste und sudetendeutsche Rückwanderer während des Krieges noch nicht berücksichtigt, die deutsche Bevölkerung aller reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebiete im Mai 1945 rund 3 176 000 Personen betragen.

3. Entwicklung der deutschen Bevölkerung im Protektorat Böhmen und Mähren

Um den Stand der deutschen Bevölkerung im Protektorat Böhmen und Mähren am Ende des Krieges ermitteln zu können, ist es notwendig, den natürlichen Bevölkerungszuwachs der dort lebenden sudetendeutschen Bevölkerung zu bestimmen. Da hierfür wiederum jegliche Unterlage fehlt, bleibt keine andere Möglichkeit, als die sudetendeutsche Bevölkerungszunahme von 1939 bis Mai 1945 im Protektorat nach dem gleichen Hundertsatz (3,65 vH) zu berechnen, der für den gleichen Zeitraum im Reichsgau Sudetenland festgestellt wurde. Diese Annahme erscheint aber durchaus vertretbar, da für das Insel- und Streudeutschtum im Protektorat Böhmen und Mähren das für das Deutschum in den reichsangeschlossenen Gebieten Gesagte in gleicher Weise zutrifft. Auf diese Weise gelangt man ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste auf eine natürliche Bevölkerungszunahme von 9 000 Personen, wodurch sich gleichzeitig mit 268 000 Personen der sudetendeutsche Bevölkerungsstand des Protektorats ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste und der Wanderungen für Mai 1945 ergibt.

Wanderungsbewegungen

Es wurde bereits ausgeführt, daß die notwendige Einbeziehung der Wanderungsbewegungen in die Untersuchungen über die Bevölkerungsentwicklung der sudetendeutschen Volksgruppe auf Schwierigkeiten stößt. Es ist aber bekannt, daß während des Krieges insgesamt mehr Sudetendeutsche, die vor dem 17. Mai 1939 außerhalb der Sudetenländer lebten, in diese zurückgewandert sind als von dort Sudetendeutsche abwanderten. Dieser sudetendeutsche Zuwanderungsüberschuß wird mit rund 30 000 angegeben²⁰⁾, ohne daß er hier gebietsmäßig aufgegliedert werden kann.

Im übrigen kann bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die Wanderungen von Deutschen innerhalb der einzelnen Siedlungsgebiete und zwischen den Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei während der Kriegszeit relativ gering waren, so daß sie bei dieser Bilanz von keiner ausschlaggebenden Bedeutung sind. — Eine gewisse Ausnahme stellen lediglich die Angehörigen des Judentums innerhalb der Karpatenländer dar, die sich bei der Volkszählung des Jahres 1930 noch als deutsche Volkszugehörige bekannten. Sie sind etwa um die Mitte 1938 fast ausnahmslos in andere Staaten abgewandert. Die Zahl dieser abgewanderten Juden ist jedoch im wesentlichen dadurch kompensiert worden, daß sich Personen deutscher Herkunft, die sich 1930 zum Madjarentum bekannten, nun wieder zum deutschen Volkstum zugehörig fühlten. Mit diesen 30 000 sudetendeutschen Rückwanderern erhöht sich der sudetendeutsche Bevölkerungsstand für Mai 1945 ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste auf rund 3 474 000 Personen.

4. Entwicklung der deutschen Bevölkerung in den Karpatenländern bis Ende 1944

Der Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich, die Abtretung weiterer, seit 1919 tschechoslowakischer Gebiete an Polen und Ungarn sowie die Loslösung der Slowakei vom tschechoslowakischen Reststaat (März 1939) führten im Bereich der Karpatenländer zu tiefgreifenden staatspolitischen und gebietsmäßigen Veränderungen. Da bereits im November 1938 der Süden der Slowakei von madjarischen Truppen besetzt worden war und im März 1939 auch Karpatorußland sowie der Ostteil der Slowakei an Ungarn fielen, kam ein beträchtlicher Teil der karpatendeutschen Bevölkerung (schätzungsweise 23 000 Personen) zu Ungarn²¹⁾.

Die selbständige Slowakei führte am 15. Dezember 1940 überraschend eine Volkszählung durch, die für den neuen Staat eine Gesamtbevölkerung von 2 655 596 Personen, davon 64 228 ausländische Staatsangehörige, ergab. Von den slowakischen Staatsangehörigen waren 130 192 Karpatendeutsche, slowakische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit²²⁾. Nach den amtlichen Angaben wiesen 19 slowakische Kreise eine Bevölkerung von mehr als 500 deutschen Einwohnern je Kreis auf.

Da mit den beiden karpatendeutschen Gemeinden Engerau und Theben etwa 11 000 Karpatendeutsche zum Deutschen Reich kamen, und unter Berücksichtigung der an Polen und an Ungarn gefallen Teile der Karpatendeutschen, liegt der tatsächliche Bevölkerungsstand des Karpatendeutschtums Ende 1940 bei annähernd 165 000 Personen. Weil aber Engerau und Theben von 1939 ab zu den sudetendeutschen Gebieten gezählt und die dort lebenden 11 000 Deutschen in der Bilanz

Die deutsche Bevölkerung in der Slowakei am 15. Dezember 1940

Kreis	Karpatendeutsche
Preßburg-Stadt	27 764
Preßburg-Land	8 091
Kremnitz	20 698
Priewitz	16 050
Käsmark	11 998
Göllnitz	11 939
Königsberg	4 495
Deutschendorf	4 170
Turz St. Martin	4 154
Modern	3 153
Alt-Lublau	2 810
Zipser Neudorf	2 310
Dobschau	1 281
Tyrnau	1 028
Leutschau	994
Neutra	961
Sillein	897
Malacky	696
Preschau	579
Übrige (41) slowakische Bezirke zusammen	6 138
Slowakei 1940 insgesamt	130 192

zum Sudetendeutschtum hinzugerechnet werden, verbleibt für die Karpatenländer Ende 1940 ein deutscher Bevölkerungsstand von etwa 154 000 Personen, der durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung bis Mitte 1944 auf etwa 159 000 Personen anstieg.

Somit betrug der deutsche Bevölkerungsstand in den tschechoslowakischen Staatsgrenzen von 1937 im Jahre 1939 zusammen rund 3 477 000 Personen, im Mai 1945 ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste jedoch rund 3 633 000 Personen.

C. Die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1945 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Aus den Darlegungen über den deutschen Bevölkerungsstand Mitte 1939 und den deutschen Bevölkerungszuwachs von Mitte 1939 bis Mai 1945 (vgl. A und B) ergibt sich für die Tschechoslowakei in den Grenzen von 1937 ein deutscher Bevölkerungsstand im Mai 1945 von insgesamt 3 633 000 Personen. In dieser Zahl sind die Kriegsverluste noch nicht berücksichtigt.

Deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1945:

	Deutsche
Reichsgau Sudetenland	2 736 000
Übrige sudetendeutsche Gebiete	440 000
Protektorat Böhmen und Mähren	268 000
Zuwanderungsüberschuß aus sudetendeutscher Rückwanderung insgesamt	30 000
Sudetendeutsche zusammen	3 474 000
Karpatendeutsche	159 000
Insgesamt	3 633 000

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei

1. Wehrmachtssterbefälle

Zur Feststellung der Zahl der deutschen Kriegsgefallenen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz im Gebiet der heutigen Tschechoslowakei hatten, fehlen entsprechende Unterlagen. Die vorhandenen Kriegstotenverzeichnisse der ehemaligen Deutschen Wehrmacht, in der die zum Kriegsdienst eingezogenen Sudetendeutschen ausnahmslos, die Karpatendeutschen zunächst jedoch nur vereinzelt dienten, sind lückenhaft und reichen auch nicht bis in das letzte Kriegsjahr 1944/45, das die blutigsten Opfer während des ganzen Krieges forderte. Zudem beschränkten sich die bisherigen Kriegstotenberechnungen zumeist nur auf das deutsche Reichsgebiet in den Grenzen von 1937; die Kriegsoffer der Österreicher, der Sudetendeutschen und der Volksdeutschen aus dem Südosten Europas aber wurden unberücksichtigt gelassen²³⁾.

Für eine annähernde Errechnung der Wehrmachtssterbefälle, die auf die bis 1945 in den Sudetenländern wohnhaften Sudetendeutschen entfallen, bestehen zwei Möglichkeiten, die beide auf der Berechnungsgrundlage für die „Deutsche Bevölkerungsbilanz des 2. Weltkrieges“²⁴⁾ beruhen.

a) Nach den vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Berechnungen entfallen auf die im Jahre 1939 gezählten 69 310 000 Einwohner des alten Reichsgebietes in den Grenzen von 1937 rund 3 760 000 Wehrmachtstote einschließlich Kriegsgefangene, die nach 1946 in der Gefangenschaft verstorben sind. Da der Stand der deutschen Bevölkerung in den Sudetenländern im Jahre 1939 mit 3 323 000 Personen anzusetzen ist, betrüge der entsprechende sudetendeutsche Anteil, zuzüglich der 30 000 sudetendeutschen Rückwanderer, rund 182 000. Diese Zahl dürfte aber zu hoch liegen. Zwar erfolgten die Einziehungen in den reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebieten in etwa dem gleichen Verhältnis wie im Altreich; für das im Protektorat lebende Sprachinsel- und Streudeutschtum galten jedoch andere Voraussetzungen. Seine wehrfähige Mannschaft wurde, zumindest anfänglich, nicht in dem Maße wie die Bevölkerung im Reich zum Frontdienst, sondern vorwiegend zu anderen Diensten herangezogen, vor allem zu Verwaltungs- und Sicherungsaufgaben im Protektorat selbst. Klammert man folglich das Deutschtum des Protektorats von der allgemeinen reichsdeutschen Berechnung aus, dann ergeben sich für das Deutschum in den reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebieten (3 064 000 Personen), die sudetendeutschen Rückkehrer zunächst ebenfalls nicht berücksichtigt, 166 000 Wehrmachtssterbefälle. Das würde bedeuten, daß für die deutsche Bevölkerung in den reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebieten auf 18 Sudetendeutsche ein Wehrmachtstoter käme.

Setzt man nun für das Sudetendeutschum im Protektorat, einschließlich der 30 000 sudetendeutschen Rückkehrer, den tatsächlichen Protektoratsverhältnissen entsprechend, nur etwa die halbe Gefallenenquote an, dann ergeben sich für diese 290 000 Personen umfassende sudetendeutsche Bevölkerungsgruppe 8000 Wehrmachtssterbefälle.

Die Wehrmachtssterbefälle der deutschen Bevölkerung in den reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebieten und im Protektorat Böhmen und Mähren würden demnach zusammen rund 175 000 betragen.

Die anteilmäßig geringeren Wehrmachtssterbefälle der Sudetendeutschen aus dem Protektorat wurden allerdings durch die Kriegsverluste während des blutigen tschechischen Aufstandes im Mai 1945 nicht nur ausgeglichen, sondern in wenigen Tagen weit überholt.

Nicht berücksichtigt sind noch die Wehrmachtssterbefälle der Karpatendeutschen, die vor allem in den Reihen der Seite mit der Deutschen Wehrmacht kämpfenden slowakischen Armee standen. Vom Mai 1944 ab wurde die kriegstaugliche karpatendeutsche Mannschaft, auch die bereits in der slowakischen Armee Dienst tuenden Karpatendeutschen, auf Grund eines zwischenstaatlichen Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakei und eines slowakischen Gesetzes der Deutschen Wehrmacht zugeführt. Die Karpatendeutschen dienten von da an zumeist in den Verbänden der Waffen-SS. Gegen Ende des Krieges wurden die Karpatendeutschen auch noch zum Volkssturm eingezogen, von dem allein bei der Verteidigung von Preßburg an 300 Mann gefallen sind.

Von der Karpatendeutschen Landsmannschaft werden die Wehrmachtssterbefälle der Karpatendeutschen auf zusammen rund 5000 Mann geschätzt. Genau läßt sich auch diese Zahl mangels entsprechender Unterlagen nicht bestimmen.

Für die gesamte deutsche Bevölkerung aus der Tschechoslowakei ergeben sich damit rund 180000 Wehrmachtssterbefälle, so daß jeweils ein Wehrmachtssterbefall auf 19 Sudeten- und Karpatendeutsche zu rechnen ist. Ihre gemeinsame Kriegsgefallenquote liegt demnach bei 5.

b) Bei der Kriegsgefangenen- und Vermisstenregistrierung, die vom 1. bis 11. März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) durchgeführt wurde, mußten von den nächsten Angehörigen im Bundesgebiet noch 62252 deutsche Soldaten aus dem Gebiet der Tschechoslowakei als „vermißt“ gemeldet werden²⁵). Von diesen Kriegsvermißten gaben das letzte Lebenszeichen aus nachstehenden Gebieten:

Sowjetunion	24 910
Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen und Ungarn ...	17 335
übrige europäische Länder	4 602
außereuropäische Länder	194
Bundesgebiet und sowjetische Besatzungszone	4 603
deutsche Ostgebiete unter fremder Verwaltung	7 527
Deutschland ohne Angabe	269
unbekannt	2 757
Insgesamt	62 252

Da in der Bundesrepublik im Jahre 1950 1912000 Deutsche aus der Tschechoslowakei lebten, etwa zwei Drittel der von dort Vertriebenen, wird man die Gesamtzahl der sudeten- und karpatendeutschen Kriegsvermißten, mögliche Doppel- und Mehrmeldungen bereits berücksichtigt, auf mindestens 90000 ansetzen müssen.

Legt man entsprechend der in den einleitenden Ausführungen zu dieser Veröffentlichung dargestellten Berechnungsmethode, den Anteil der im Bundesgebiet registrierten Vermissten, Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen aus der Tschechoslowakei an den 1912000 im September 1950 im Bundesgebiet lebenden Deutschen aus der Tschechoslowakei zugrunde, dann ergibt sich folgendes: Der genannte Anteil betrug 3,6 vH. Erhöht man diesen um 40,0 vH, was dem Unterschied zwischen den Registrierten und den Gefallenen aus dem Bundesgebiet ent-

spricht, so steigt er auf 5,0 vH. Auf die Gesamtzahl der Deutschen in der Tschechoslowakei (1939: 3 477 000) umgerechnet, ergibt dies über 175 000. In dieser Zahl sind die unter a) gesondert genannten 5 000 Wehrmachtssterbefälle der Karpatendeutschen bereits mit enthalten. Die in der Bilanz eingesetzte Zahl von rund 180 000 Wehrmachtstoten wird also durch diese Berechnung in etwa bestätigt.

2. Kriegsverluste der Zivilbevölkerung

Außer den Kriegstoten müssen aber auch die Zivilverluste der Bevölkerung während der Kriegshandlungen berechnet werden. Es handelt sich hierbei um die Opfer von Luftangriffen²⁶⁾, um Verluste bei Artilleriebeschuß, bei Erdkämpfen und vor allem um jene Opfer, die unmittelbar vor und nach dem militärischen Zusammenbruch im Mai 1945, sei es während des tschechischen Aufstandes oder in den nicht weniger chaotischen Verhältnissen bei der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete durch die sowjetrussischen Truppen, ums Leben kamen. Man wird diese Verluste, die noch als unmittelbare Folge der militärischen Besetzung eintraten, allein auf sudetendeutscher Seite mit etwa 25 000 Personen beziffern müssen. Es kann angenommen werden, daß wenigstens 15 000 Sudetendeutsche, demnach der weitaus überwiegende Teil aller zivilen Kriegsoffer, bei dem tschechischen Aufstand im Mai 1945 ums Leben kamen, hauptsächlich Personen, die als Sprachinsel- und Streudeutsche im Protektorat lebten.

Die Zahl der karpatendeutschen Kriegsverluste erhöht sich um die Zahl der durch Feindeinwirkung getöteten Zivilpersonen. Allein während des Partisanenaufstandes in der mittleren Slowakei, der am 29. August 1944 im Rücken der deutschen Front ausgebrochen war und erst am 28. Oktober 1944 niedergeschlagen werden konnte, kamen mehrere Tausend karpatendeutsche Zivilisten ums Leben²⁷⁾. Da wenig später Karpatorußland und die gesamte Slowakei Kriegsschauplatz wurden, kann man die Zahl der durch Feindeinwirkung getöteten karpatendeutschen Zivilisten (schätzungsweise 7 000) mit insgesamt etwa 10 000 Personen beziffern²⁸⁾.

Somit betragen die gesamten Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei zusammen rund 215 000 Personen.

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei im Mai 1945

Ausreichende Unterlagen über die Wehrmachtssterbefälle und Luftkriegstoten unter der Zivilbevölkerung liegen nicht vor, um diese zur Grundlage einer möglichst zuverlässigen Schätzung machen zu können. Es verbleibt, wie bereits unter D ausgeführt, nur die Möglichkeit des anteilmäßigen Vergleichs. Da die Gesamtzahl der Kriegsverluste der in den tschechoslowakischen Staatsgrenzen von 1937 lebenden deutschen Bevölkerung mit rund 215 000 Personen errechnet wurde, betrug der tatsächliche deutsche Bevölkerungsstand im Gebiet der Tschechoslowakei in den Grenzen von 1937 im Mai 1945 insgesamt 3 418 000 Personen. Davon entfielen auf das Sudetendeutschtum 3 274 000 und auf das Karpatendeutschtum 144 000 Personen.

F. Die deutschen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei

Schon während des Krieges, als die Karpatenländer in das unmittelbare Kriegsgeschehen mit einbezogen und selbst Kriegsschauplatz wurden, war eine nach Westen gerichtete karpatendeutsche Fluchtbewegung im Gange. Wie viele Personen von ihr ergriffen und bis in die Sudetenländer und nach Österreich mitgerissen wurden, ist nicht bekannt. Als die Sowjetarmeen fast 'die ganze Slowakei besetzt und von Südosten her die österreichische Grenze erreicht und überschritten hatten, flohen auch große Teile der an den Ostgrenzen Mährens und Schlesiens lebenden sudetendeutschen Bevölkerung.

Der Aufstand der Tschechen im Protektorat, der Hunderttausende von in Böhmen und Mähren lebenden deutschen Zivilisten, vor allem aus Schlesien evakuierte Bevölkerung, völlig unvorbereitet traf und Zehntausenden von ihnen das Leben kostete, führte zu einer Flucht aller jener, denen diese Möglichkeit mit den abziehenden deutschen militärischen Verbänden noch gegeben war. Gregor Frumkin²⁹⁾ schätzt, daß im Schutze der aus dem Protektorat südwestwärts abziehenden deutschen Truppen etwa 370 000 deutschen Zivilisten die Flucht ermöglicht wurde.

Die Fluchtbewegung aus dem Altreich und Österreich stammenden deutschen Bevölkerung setzte sich in den reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebieten fort³⁰⁾ und ging nach der Kapitulation noch im Mai 1945 in die ersten großen Vertreibungsaktionen über, von denen zuerst die deutsche Bevölkerung im Sprachinselngebiet Mährens und in Südmähren betroffen wurde. Ende Mai — Anfang Juni 1945 setzten die wilden Vertreibungen auch in dem sudetendeutschen Regierungsbezirk Aussig ein. Noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens (2. August 1945), das unter anderem die Ausweisung von 750 000 Sudeten- und Karpatendeutschen in die sowjetische Besatzungszone und von weiteren 1 750 000 Sudeten- und Karpatendeutschen in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands vorsah, sind durch die wilden Austreibungsaktionen der Tschechen schätzungsweise 200 000 bis 300 000 Sudeten- und Karpatendeutsche aus den von den Sowjets militärisch besetzten Gebieten der Sudeten- und Karpatenländer in die sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs gekommen.

Als durch die Vereinbarungen von Potsdam die Austreibungsaktionen zeitweilig gehemmt bzw. sogar eingestellt wurden, um die weitere Aufnahmefähigkeit Restdeutschlands zu überprüfen, gingen die Tschechen sofort dazu über, Zwangsverschickungen von Sudetendeutschen in das tschechische Siedlungsgebiet vorzunehmen. Durch diese Vorgänge, die ebenfalls Vertreibungscharakter besaßen, sollten die sudetendeutschen Gebiete möglichst rasch und vollständig von der deutschen Bevölkerung entblößt werden. Die Zwangsverschickungen, die zugleich der tschechischen Landwirtschaft und dem Bergbau billige Arbeitskräfte zuführten, wurden auch in den Jahren 1946 und 1947 noch fortgesetzt. Der größte Teil der im Jahre 1945 und 1946 nach Innerböhmen und -mähren Zwangsverschickten wurde noch im Jahre 1946 von tschechischen Vertreibungslagern aus über die Grenze nach Deutschland verbracht.

Vertreibungen aus dem zunächst noch von amerikanischen Truppen besetzten Westteil Böhmens (Westteil des sudetendeutschen Regierungsbezirk Eger und Böhmerwald) erfolgten im Jahre 1945 noch nicht, desgleichen keine Vertreibungen

über dieses Gebiet hinweg nach Süddeutschland. Trotzdem sind aber bereits damals Zehntausende, meist auf dem Wege über die sowjetische Besatzungszone, in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands gelangt.

1. Die organisierten Vertriebenentransporte

Die ersten organisierten Vertriebenentransporte in die US-Zone Deutschlands begannen am 25. Januar 1946 mit einem Bahntransport aus Budweis. Die Vertriebenentransporte aus der Tschechoslowakei in die sowjetische Besatzungszone, die etwa zur gleichen Zeit anliefen, wurden mit kurzen Unterbrechungen bis November 1946 fortgeführt, nun auch aus dem vorher von amerikanischen Truppen besetzten Westteil Böhmens.

Über die Zahl der Vertriebenentransporte aus der Tschechoslowakei in die sowjetische Besatzungszone bestehen keine Unterlagen. Wohl aber sind die Vertriebenentransporte überprüfbar, die im Jahre 1946 aus der Tschechoslowakei, aus Österreich und Ungarn in die damalige US-Zone gingen. In die britische Besatzungszone wurden nach den Vereinbarungen zwischen den Besatzungsmächten keine Vertriebenentransporte aus der Tschechoslowakei und aus dem Südosten Europas geleitet. Die französische Zone nahm überhaupt keine Vertriebenentransporte auf.

Im Statistischen Informationsdienst des damaligen Staatskommissars für Flüchtlinge in Bayern³¹⁾ sind bis Mitte November 1946 insgesamt 1533 Vertriebenentransporte verzeichnet, mit denen 1 583 260 deutsche Vertriebene aus der Tschechoslowakei, aus Österreich und dem Südosten von US-Offizieren für den US-Zonenbereich Deutschlands übernommen wurden. Darunter befanden sich 1085 Vertriebenentransporte mit 1 191 005 Deutschen, die direkt aus der Tschechoslowakei über die bayerische Grenze kamen.

Nach einem Bericht der US-Militärregierung vom Oktober 1946 (offenbar bis 30. September 1946 als Stichtag) sind insgesamt 1 157 710 Deutsche aus der Tschechoslowakei direkt oder auf dem Wege über Österreich in die US-Zone eingewiesen worden, davon nach:

Bayern	626 925
Hessen	310 452
Württemberg-Baden	214 333
US-Zone Deutschlands	1 157 710

Da bis 30. September 1946 nach den Zusammenstellungen des damaligen Staatskommissars für Flüchtlinge in Bayern nur 1 068 818 Deutsche direkt aus der Tschechoslowakei in die US-Zone kamen, müssen sich bis dahin unter den aus Österreich in Süddeutschland eingetroffenen Vertriebenentransporten 88 892 Sudeten- und Karpatendeutsche befunden haben. Dies läßt darauf schließen, daß, von den Austreibungen im Jahre 1945 abgesehen, im Jahre 1946 auch Vertriebenentransporte aus der Tschechoslowakei nach Österreich und über Österreich in die damalige US-Zone Deutschlands gegangen sind³²⁾.

Die regionale Herkunft der von den US-Offizieren direkt an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze übernommenen Vertriebenentransporte ist nach Angabe der einzelnen Ausgangsbahnhöfe recht gut ersichtlich und auch außerordentlich

aufschlußreich. Die Herkunftsgebiete der Transporte mit 1191005 Sudeten- und Karpatendeutschen, die bis Mitte November 1946 in die US-Zone geleitet wurden, zeigt folgende Übersicht.

**Die bis November 1946 aus den sudetendeutschen Gebieten Vertriebenen
nach Herkunftsgebieten**

Gebiet	Sudeten- und Karpatendeutsche
1. Reichsgau Sudetenland	904 230
a) RB Aussig	174 601
b) RB Eger	384 244
c) RB Troppau	345 385
2. Übrige sudetendeutsche Gebiete	164 535
a + b) Böhmerwald	122 562
c) Südmähren	41 973
3. Protektorat Böhmen und Mähren	108 624
4. Karpatenländer	13 616
Insgesamt	1 191 005

Vorstehende Zusammenstellung vermag schon anzudeuten, daß die Lage der Herkunftsgebiete weitgehend mitbestimmend war, wohin die Vertreibung erfolgte. Ein Beispiel mag dies noch erläutern: Aus dem Regierungsbezirk Aussig, der von allen sudetendeutschen Regierungsbezirken weitaus die meisten Deutschen bei Kriegsende zählte (etwa 1,2 Mill), wurde die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung wegen der Grenznahe Sachsens in die sowjetische Besatzungszone ausgetrieben. Die Tatsache, daß im Jahre 1946 noch 108624 Deutsche aus dem ehemaligen Protektorat allein in die US-Zone Deutschlands abtransportiert wurden, läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß es sich bei diesen Personen hauptsächlich um Zwangsversickte handelt, die vorwiegend aus dem Aussiger Regierungsbezirk stammen werden, aus dem schon 1945 viele Deutsche in das tschechische Siedlungsgebiet gebracht worden sind (vgl. S. 343).

2. Die Volkszählung von 1946

Die erste Möglichkeit, verlässliche Angaben über den Zustrom von Vertriebenen aus der Tschechoslowakei zu erhalten, bot die deutsche Volkszählung vom 29. Oktober 1946. Bei dieser Zählung, die in allen vier Besatzungszonen nach einheitlichen Richtlinien durchgeführt wurde, war auch die Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 gestellt worden, deren Beantwortung die Aufgliederung der Bevölkerung nach Herkunftsgebieten zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns ermöglichte. Die Festsetzung dieses Zeitpunktes gestattete es, die Vertriebenenbevölkerung fast einwandfrei festzustellen³³⁾.

Danach lebten am 29. Oktober 1946 im gesamten Erhebungsgebiet (Vier-Zonen-Deutschland) 2 402 600 Deutsche aus der Tschechoslowakei.

Amerikanische Besatzungszone	1 465 700
Britische Besatzungszone	84 200
Französische Besatzungszone	8 400
Sowjetische Besatzungszone	840 800 ¹⁾
Berlin	3 500
Vier-Zonen-Deutschland	2 402 600

¹⁾ Einschl. der Personen mit nichtdeutscher Muttersprache

Die Zahl der zum Zeitpunkt der ersten deutschen Volkszählung nach dem Kriege in Österreich lebenden Deutschen aus der Tschechoslowakei kann nach Presseberichten auf etwa 175 000 geschätzt werden, die Zahl der in anderen Ländern bereits aufgenommenen vertriebenen Sudeten- und Karpatendeutschen auf zusammen 15 000. Somit hätte bis Ende Oktober 1946 die Gesamtzahl der deutschen Vertriebenen, die am 1. September 1939 im Gebiet der heutigen Tschechoslowakei wohnhaft waren, einschließlich der nach diesem Zeitpunkt bereits daraus Abgewanderten, aber ohne die nach dem 1. September 1939 aus dem Altreichsgebiet oder aus Österreich Zugewanderten, rund 258 500 Personen betragen.

Auf den errechneten Bevölkerungsstand von Mai 1945 bezogen, war also damals (und noch lange nachher) das Schicksal von etwa einer Million Sudeten- und Karpatendeutschen noch ungeklärt. Die Differenz zwischen der vor der Vertreibung errechneten deutschen Bevölkerungszahl und jener der bis Ende Oktober 1946 bereits geflüchteten oder vertriebenen deutschen Bevölkerung aus dem Gebiet der Tschechoslowakei setzte sich noch aus mehreren Posten zusammen, und zwar aus

den in der Tschechoslowakei noch zurückgehaltenen Sudeten- und Karpatendeutschen,

den noch in Kriegsgefangenschaft oder anderer Zwangshaft außerhalb Vierzonen-Deutschlands befindlichen, in der Tschechoslowakei wohnhaften Sudeten- und Karpatendeutschen,

der zu diesem Zeitpunkt noch völlig ungewissen Zahl der Wehrmachtstoten und -vermißten sowie der Zivilvermißten und nicht zuletzt noch

den Vertreibungsverlusten, welche die sudetendeutsche und die karpatendeutsche Bevölkerung bis dahin bereits erlitten hatte.

Vor allem waren Ende Oktober 1946 die organisierten Massenausweisungen auch aus der Tschechoslowakei noch im Gange. So betrachtet, erscheint der Zeitpunkt der ersten deutschen Volkszählung nach dem Kriege für den Versuch, eine Klärung des Schicksals der aus der Tschechoslowakei stammenden deutschen Bevölkerung herbeizuführen, im besonderen die deutschen Bevölkerungsverluste in den Sudeten- und Karpatenländern zu erheben, verfrüht. Versuche, zu diesem Zeitpunkt Vorstellungen über die Höhe der Vertreibungsverluste zu gewinnen, mußten daher zu wenig befriedigenden Ergebnissen führen.

3. Die Ausweisungen von 1947 bis 1950

Nach dem Abschluß der allgemeinen Ausweisungen in Massentransporten im November 1946 waren in der Tschechoslowakei kaum mehr als 15 vH des früheren deutschen Bevölkerungsstandes zurückgeblieben. Vom Jahr 1947 ab erfolgten größere Ausweisungen nur noch in Gruppen bis zu mehreren hundert Personen, die vorzugsweise in die sowjetische Besatzungszone gingen. Vielfach beschränkte sich aber die Ausreisemöglichkeit aus der Tschechoslowakei auf kleine Personengruppen und Einzelpersonen. Von dieser Zeit an wurden von den aus der Tschechoslowakei in die US-Zone Deutschlands kommenden Deutschen der amerikanische Einreise-Erlaubnisschein (Permit) und die örtliche, später länderspezifische Zuzugsgenehmigung verlangt.

In den Jahren 1947 bis 1949 wurden nach dem vorliegenden Quellenmaterial nur noch 31955 Deutsche registriert, denen aus der Tschechoslowakei die Ausreise ermöglicht wurde und die im Gebiet der Bundesrepublik Aufnahme fanden. Im einzelnen waren es im Jahre 1947 2903, im Jahre 1948 26368 und in der Zeit vom 1. Januar 1949 bis 1. Mai 1949 2684 Personen. Es handelt sich hier offenbar nur um Teilaufzeichnungen. Wie viele von den in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen Deutschen in diesem Zeitraum wirklich freikamen, ist nicht feststellbar. Vor allem bestehen auch keine Aufzeichnungen darüber, wie viele Deutsche aus der Tschechoslowakei in die sowjetische Besatzungszone gekommen sind. Von den in der Tschechoslowakei lebenden deutschen Juden ist bekannt, daß im Jahre 1947 noch etwa 2000 von ihnen um die Aufnahme im Gebiet der Bundesrepublik nachsuchten³⁴⁾, während die Mehrzahl der deutschen Juden aus der Tschechoslowakei offenbar bereits nach Österreich gegangen war.

Im Zuge der „Operation Link“, die von deutscher Seite im Jahre 1949 angeregt wurde, konnte nach Verhandlungen der britischen Besatzungsbehörde unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes mit der polnischen und mit der tschechoslowakischen Regierung eine Quote festgelegt werden, nach der 20000 in der Tschechoslowakei noch zurückgehaltene Deutsche in die Bundesrepublik aufgenommen werden sollten. Diese Quote wurde jedoch nicht erreicht, da bis zum Jahre 1953 nur etwas über 17000 Deutsche aus der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik kamen, davon allein im Jahre 1950 13308 Personen³⁵⁾.

4. Die Volkszählungen von 1950

Am 31. August 1950 wurde die zweite Volkszählung nach dem Kriege im Bereich der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, am 13. September 1950 in der Bundesrepublik durchgeführt. Da die großen Massenausweisungen aus dem deutschen Osten, aus der Tschechoslowakei und dem Südosten ausgelaufen und die weit- aus überwiegende Mehrzahl der 1946 noch in Kriegsgefangenschaft oder Internierung Befindlichen entlassen und heimgekehrt war, bietet die Volkszählung im Jahre 1950 den Vorteil einer genügenden zeitlichen Distanz von dem bewegten Geschehen der Vertreibungsjahre und die Möglichkeit eines Überblicks über im wesentlichen geklärte Verhältnisse³⁶⁾.

Die Ergebnisse der Volkszählung in der sowjetischen Besatzungszone wurden leider nicht veröffentlicht. Diese Lücke kann allerdings, was die deutschen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei anlangt, auf Grund von Angaben aus sowjet-russischer Quelle geschlossen werden, die von tschechischer Seite veröffentlicht wurden³⁷⁾. Diese Angaben besagen, daß in die sowjetische Besatzungszone 914000 Sudetendeutsche und Karpatendeutsche „umgesiedelt“ wurden. Aus dieser Veröffentlichung können auch Zahlen für die regionale Verteilung dieser Vertriebenen gewonnen werden.

Schon aus der regionalen Aufgliederung dieser Vertriebenenzahl, die nicht unerheblich höher liegt als die entsprechende Zahl aus der Volkszählung 1946, kann geschlossen werden, daß es sich um Ergebnisse aus der Volkszählung vom 31. August 1950 handelt. Außerdem ist bekannt, daß zwischen 1946 und 1950 keine besondere

**Sudetendeutsche und Karpatendeutsche in der sowjetischen Besatzungszone
zum Zeitpunkt der Volkszählungen 1946 und 1950
in 1000**

Land	1946 ¹⁾	1950	Zu- bzw. Abnahme 1946 bis 1950
Brandenburg	40,2	48,0	+ 7,8
Mecklenburg	170,1	160,0	— 10,1
Sachsen-Anhalt	317,6	357,0	+ 39,4
Thüringen	204,3	222,0	+ 17,7
Sachsen	108,7	127,0	+ 18,3
Insgesamt	840,8	914,0	+ 73 2

¹⁾ Einschl. der Personen mit nichtdeutscher Muttersprache.

Ermittlung der Vertriebenen stattgefunden hat. Die Feststellung der Vertriebenen-eigenschaft erfolgte bei der Volkszählung 1950 in der sowjetischen Besatzungszone wie bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet mittels der Angaben über den Wohnsitz am 1. September 1939. Schließlich entsprechen die aus vorstehender Übersicht erkennbaren unterschiedlichen Entwicklungstendenzen zu einem hohen Grade auch der verschiedenen Entwicklung der Vertriebenenbevölkerung in den vorwiegend agrarischen und stärker gewerblich durchsetzten Räumen im Zeitraum zwischen den Volkszählungen 1946 und 1950 im Bundesgebiet³⁸⁾. Es ist also durchaus naheliegend, daß die sudetendeutsche Vertriebenenbevölkerung infolge der Ausweisungen in die sowjetische Besatzungszone in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Vergleich zu 1946 um ein Geringes, hauptsächlich durch sowjetzonale Binnenwanderung, in Sachsen-Anhalt jedoch stärker zugenommen hat, während sie in Mecklenburg bereits stark zurückgegangen war. Da in die sowjetische Besatzungszone aus der Tschechoslowakei hauptsächlich Bevölkerung aus dem industriereichen Regierungsbezirk Aussig vertrieben wurde, wird diese Tendenz naturgemäß besonders deutlich zu Tage treten.

Auf Grund der Volkszählungen vom 29. Oktober 1946 und 13. September 1950 ergibt sich für das Gebiet der Bundesrepublik folgende Übersicht:

**Sudetendeutsche und Karpatendeutsche im Bundesgebiet
zum Zeitpunkt der Volkszählungen 1946 und 1950
in 1000**

Land	1946	1950	Zunahme 1946 bis 1950
Schleswig-Holstein	11,6	12,7	+ 1,1
Hamburg	3,3	5,8	+ 2,5
Niedersachsen	41,7	57,8	+ 16,1
Bremen	1,2	2,3	+ 1,1
Nordrhein-Westfalen	27,7	74,1	+ 46,4
Hessen	332,9	394,5	+ 61,6
Rheinland-Pfalz	2,9	15,8	+ 12,9
Baden-Württemberg	262,2	322,7	+ 60,5
Bayern	874,9	1 026,4	+ 151,5
Insgesamt	1 558,3	1 912,0	+ 353,7

Die Zunahme der Zahl der vertriebenen Sudeten- und Karpatendeutschen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von 1946 bis 1950 beträgt somit $353\,700 = 22,7 \text{ vH}$, in der sowjetischen Besatzungszone jedoch nur $73\,200 = 8,0 \text{ vH}$. Da alle in die US-Zone abgefertigten Vertriebenentransporte aus der Tschechoslowakei nach Süddeutschland gingen, kommt ein beträchtlicher Teil der Zunahme der sudeten- und karpatendeutschen Vertriebenen in Nordwestdeutschland auf das Konto der Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone.

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands waren am 1. Dezember 1945 bereits etwa 318 000 deutsche Vertriebene aus der Tschechoslowakei festgestellt worden. Bei der Volkszählung am 29. Oktober 1946 wurden in der sowjetischen Besatzungszone 840 800 deutsche „Umsiedler“ aus der Tschechoslowakei gezählt. Da jedoch nach tschechischen Angaben³⁹⁾ allein vom 19. Januar 1946 bis 28. Oktober 1946 insgesamt 634 482 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei in die sowjetische Besatzungszone „abgeschoben“ worden sind, ergibt sich bereits für das Jahr 1946 eine interzonale Abwanderung von rund 112 000 Sudeten- und Karpatendeutschen. Von sowjetrussischer Seite wird die Abwanderung dieser Vertriebenen-Gruppe aus der sowjetischen Besatzungszone für die Zeit von 1946 bis 1950 mit „maximal 90 000 Personen“ angegeben. Da jedoch wenigstens ein Drittel der in der Bundesrepublik von 1946 bis 1950 festgestellten Zunahme an Sudeten- und Karpatendeutschen auf die Abwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone entfällt, kann die Zahl der bis zum Jahre 1950 aus der sowjetischen Besatzungszone in das Gebiet der Bundesrepublik abgewanderten Sudeten- und Karpatendeutschen auf annähernd 120 000 geschätzt werden.

In Berlin wurden bei der Volkszählung 1946 3146 Vertriebene aus der Tschechoslowakei gezählt. In Berlin (West) lebten bei der Volkszählung 1950 allein 5 775 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche. Für Ostberlin sind aus dieser Erhebung keine Vertriebenenzahlen bekannt geworden, doch wird angenommen, daß etwa 2 000 Sudetendeutsche 1950 dort lebten.

Im Saarland wurden bei der Volkszählung im Jahre 1946 rund 540 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche festgestellt. Es darf angenommen werden, daß sich deren Zahl bis 1950 durch Familienzusammenführung, Zuwanderung usw. auf wenigstens 600 erhöht hat.

Österreich als Aufnahmegebiet von etwa 300 000 bis 350 000 geflüchteten oder vertriebenen Sudeten- und Karpatendeutschen wies im Jahre 1950 noch rund 142 000 Vertriebene aus der Tschechoslowakei aus, von denen aber ein großer Teil zu diesem Zeitpunkt schon die österreichische Staatsbürgerschaft erworben hatte⁴⁰⁾.

Von den übrigen europäischen Aufnahmeländern kommen für die vertriebenen Sudeten- und Karpatendeutschen vor allem in Betracht: Schweden, England, die Schweiz, Italien und Frankreich. Kurz nach Kriegsende interessierten sich Holland und die Schweiz für die Aufnahme von je 50 000 sudetendeutschen Fachkräften⁴¹⁾. Es blieb bei den Plänen. Zwischen der schwedischen Regierung und der seinerzeitigen US-Militärregierung in Deutschland wurden Verhandlungen geführt, welche die geschlossene Aufnahme von etwa 8 000 Sudetendeutschen in Schweden zum Ziele hatten. Diese Verhandlungen zerschlugen sich jedoch an der Forderung der Amerikaner, welche die gleichzeitige Aufnahme einer gleichen Zahl von sogenannten Displaced Persons zur Bedingung machten⁴²⁾. Nichtsdestoweniger haben sowohl

vor- als auch nachher mehrere Tausend Sudetendeutsche in Skandinavien, besonders in Schweden, Aufnahme gefunden. Gegenwärtig leben in Schweden allein 4500 Sudetendeutsche, in Dänemark an 100 und in Norwegen etwa 40 Sudetendeutsche⁴³). Die Zahl der in Skandinavien, in England, der Schweiz, Italien, Frankreich und den übrigen westeuropäischen Ländern aufgenommenen sudeten- und karpatendeutschen Vertriebenen kann auf insgesamt etwa 8000 Personen beziffert werden.

Schätzungsweise weitere 16 000⁴⁴) aus der Tschechoslowakei stammende Deutsche sind seit 1945 in außereuropäische Länder gekommen, vornehmlich in die USA, nach Kanada, Südamerika, Südafrika und Australien, so daß sich zu dem Zeitpunkt der zweiten deutschen Volkszählung nach dem Kriege — Spätsommer 1950 — die Zahl der deutschen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei mit rund 3 000 000 beziffern läßt.

Nach dem Ergebnis der Volkszählungen und auf Grund von Berechnungen und Schätzungen kann für das Jahr 1950 folgende regionale Aufgliederung der aus dem Gebiet der Tschechoslowakei vertriebenen Sudeten- und Karpatendeutschen gegeben werden:

Bundesrepublik Deutschland	1 912 000
Berlin (West)	5 800
Saarland	600
Sowjetische Besatzungszone	914 000
Ostberlin	2 000
	<hr/>
	2 834 400
Österreich	142 000
andere europäische Länder	8 000
außereuropäische Länder	16 000
	<hr/>
Vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche	3 000 400

5. Der Geburtenüberschuß der sudeten- und karpatendeutschen Vertriebenen

Die Zahl der im Jahre 1950 festgestellten deutschen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei, die mit rund 3 000 000 errechnet wurde, schließt jedoch den Geburtenüberschuß mit ein, der aus dem gesamten Geburtenüberschuß der Heimatvertriebenen retrospektiv anteilmäßig für die Sudetendeutschen und die Karpatendeutschen seit der Ausweisung berechnet werden kann. Es muß versucht werden, die Höhe des Geburtenüberschusses zu bestimmen, da er für die Ermittlung der Vertriebensverluste von besonderem Belang ist.

Eine Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung der im Bundesgebiet lebenden Heimatvertriebenen wird erst seit 1. Januar 1950 laufend geführt. Da sie die Vertriebenen nicht nach ihren Herkunftsgebieten aufgliedert, muß der Anteil der aus der Tschechoslowakei vertriebenen deutschen Bevölkerung auf Grund ihres Anteils an der gesamten Vertriebenenbevölkerung des Bundesgebietes zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950 berechnet werden. Da bei dieser Zählung von insgesamt 7 876 000 Vertriebenen 1 912 000 Vertriebene aus der Tschechoslowakei festgestellt wurden, ergibt sich ein Anteil von 24,3 vH.

Der gesamte Geburtenüberschuß der in der Bundesrepublik lebenden Vertriebenenbevölkerung wurde von 1947 bis 1950 mit rund 275 000 errechnet⁴⁵), wovon auf die aus der Tschechoslowakei vertriebene deutsche Bevölkerung ein Viertel, d. h. ein Geburtenüberschuß von rund 70 000 Personen, entfällt. Da im Jahre 1950

nur 2 Millionen Sudeten- und Karpatendeutsche in der Bundesrepublik, aber noch etwa 1 Million nach der Vertreibung außerhalb des Bundesgebietes lebten, beträgt der Geburtenüberschuß von 1947 bis 1950 schätzungsweise insgesamt 79 000 Personen.

Dieser Geburtenüberschuß, der also für die Zeit von 1945 bis 1950 auf Grund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung der Vertriebenen im Bundesgebiet bzw. in den übrigen Aufnahmegebieten für die aus der Tschechoslowakei vertriebene deutsche Bevölkerung mit 79 000 Personen angenommen wird, ist von der im Jahr 1950 festgestellten sudeten- und karpatendeutschen Vertriebenenbevölkerung abziehen. Die dadurch gewonnene Zahl — 2 921 400 — gibt alle jene an, die von der Vertreibung direkt betroffen wurden.

G. Die in der Tschechoslowakei zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung (einschl. der dort festgehaltenen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten) im Jahre 1950

Bei dem Versuch, die Zahl der in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen und zum Teil wohl auch freiwillig (Mischehen usw.) zurückgebliebenen Sudeten- und Karpatendeutschen festzustellen, müssen in der Hauptsache amtliche tschechische Angaben und einander oft widersprechende nichtdeutsche Veröffentlichungen als Grundlage dienen. Besonders das letztere Material ist vielfach tendenziös und dient oftmals nur zur Verschleierung von Tatbeständen. Das gesamte Quellenmaterial muß daher besonders kritisch überprüft werden. Es sind deshalb in den folgenden Ausführungen nur solche Angaben herangezogen worden, die amtlichen Charakter haben und den Tatsachen sehr nahekommen dürften. Fest steht aber, daß die tschechoslowakische Regierung im Jahre 1945 die Nationalitätenfrage der wiedererstandenen Tschechoslowakei durch möglichst totale Austreibung der nationalen Minderheiten, insbesondere durch Ausmerzungen des deutschen und madjarischen Volkstums auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates, ein für allemal lösen wollte⁴⁶).

Die erste bekanntgewordene amtliche Angabe über die Gesamtzahl der in der Tschechoslowakei noch lebenden und hier zurückgehaltenen Deutschen entstammt einer Erklärung des damaligen tschechischen Innenministers Václav Nosek vor der Prager Tschechoslowakischen Nationalversammlung Anfang Juli 1947, in der dieser mitteilte, im April 1947 hätten sich in den Sudetenländern noch 200 000 Deutsche, darunter 30 000 sogenannte Antifaschisten, befunden.

Nach einer zur gleichen Zeit verbreiteten „UP“-Meldung aus Prag haben im Jahre 1947 noch 100 221 Deutsche in Böhmen gelebt. Unter diesen hätten sich 12 635 Bergleute befunden, die nach einer in der amerikanischen „Neuen Zeitung“, München, wiedergegebenen Äußerung des im Prager Innenministerium tätigen Regierungsrates Kučera „als letzte Deutsche“ ausgewiesen werden sollen. 6 749 Männer und 8 568 Frauen in Böhmen seien in der Landwirtschaft beschäftigt worden. In Textilfabriken wären im Jahre 1947 noch 6 973 sudetendeutsche Frauen und Mädchen tätig gewesen. In der gesamten Textilindustrie der Sudetenländer habe man 1947 noch 58 023 beschäftigte Deutsche gezählt, darunter 14 697 Textilarbeiter.

Auf Grund tschechischer Unterlagen wurde in der von dem Exiltschechen Luža zusammengestellten Schrift „Odsun“ die Zahl der Mitte 1949 in den Sudetenländern noch zurückgehaltenen Deutschen mit annähernd 177 000 Personen angegeben; darunter hätten sich 32 537 Facharbeiter mit 53 103 Familienangehörigen befunden, die im Besitz eines „Schutzbriefes“ gewesen wären. Für Ende 1950 gab die gleiche Schrift die Zahl der in den Sudetenländern noch lebenden Sudetendeutschen mit 169 409 an.

Nach einem Bericht von Vl. Srb im „Statistický obzor“, Nr. 8/1957, herausgegeben vom Statistischen Staatsamt in Prag, der sich mit der Nationalitätenentwicklung in der Tschechoslowakei im Zeitraum von 1950 bis 1955 befaßt, wurden bei der zweiten tschechoslowakischen Nachkriegszählung am 1. März 1950 im gesamten Staatsgebiet 165 117 Personen gezählt, die sich auf die Frage nach der Volkszugehörigkeit, die bei der ersten Nachkriegszählung im Jahre 1947 nicht gestellt worden war, als Deutsche bekannten. Am 31. Dezember 1955 sei die Zahl der Deutschen nur ganz geringfügig auf 165 167 gestiegen, womit der Anteil der deutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (31. Dezember 1955 13 161 542) 12,5 aT betrage. — Gegenüber diesen amtlichen tschechoslowakischen Nationalitätenzahlen kann festgestellt werden, daß es sich hierbei nur um eine zugegebene Mindestzahl handelt.

Die im Hultschiner Ländchen lebende Bevölkerung, die sich im Jahre 1939 fast vollzählig zum Deutschtum bekannte, wird von den Tschechen wiederum nicht als deutsche Bevölkerung gezählt. Da am 17. Mai 1939 im Hultschiner Ländchen, das nach Kriegsende wieder an die Tschechoslowakei fiel, fast 53 000 Personen lebten, während bei der tschechoslowakischen Volkszählung am 22. Mai 1947 hier 41 219 Bewohner festgestellt wurden, müssen mindestens 12 000 deutsche Hultschiner ihre Heimat verlassen haben⁴⁷). Die zurückgebliebenen Hultschiner, wenigstens 40 000 Personen, müßten nun wohl zum Kreis der sogenannten „autochthonen Bevölkerung“ gezählt werden. Als deutsche, in der Tschechoslowakei lebende Oberschlesier müssen sie der zurückgehaltenen deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei noch mit zugerechnet werden.

Wie viele Karpatendeutsche in der Slowakei zurückgeblieben sind und dort noch leben, darüber ist von tschechischer Seite her nichts mitgeteilt worden. Nach Aussagen entlassener Sudetendeutscher und nach verschiedenen Pressemeldungen ist anzunehmen, daß im Gebiet von Preßburg noch wenigstens 5 000 und in den weiter ostwärts gelegenen ehemaligen deutschen Sprachinseln, vor allem in der Zips, noch etwa 10 000 Karpatendeutsche leben⁴⁸). Von karpatendeutscher Seite wird die Zahl der im Jahre 1950 in der Tschechoslowakei noch zurückgehaltenen Karpatendeutschen auf rund 20 000 geschätzt.

Eine eingehende Überprüfung der 1957 vom Statistischen Staatsamt in Prag veröffentlichten Zahlen, auf die bereits hingewiesen wurde, ergibt, daß für die Slowakei 1950 und 1955 keine deutschen Volkszugehörigen mehr ausgewiesen werden. Wenn auch viele Karpatendeutsche, die in der Tschechoslowakei zurückgehalten wurden oder aus einem anderen Grunde dort zurückgeblieben sind, in die Sudetenländer verschickt oder umgesiedelt wurden — z. B. viele Karpatendeutsche aus Krickerhäu in das Falkenauer Braunkohlenrevier — so ist nicht anzunehmen, daß sich alle in der Slowakei noch befindlichen Deutschen als Nichtdeutsche, als Slowaken oder als Madjaren ausgeben. Auch aus diesem Grunde sind in die von Prag veröffentlichten

Nationalitätenzahlen, zumindest, soweit sie das in der Tschechoslowakei zurückgehaltene Deutschtum betreffen, berechtigt erscheinende Zweifel zu setzen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß zum Zeitpunkt der ersten deutschen Volkszählung nach dem Zweiten Weltkrieg — 29. Oktober 1946 — noch etwa 400 000 Sudetendeutsche und 25 000 Karpatendeutsche in der Tschechoslowakei lebten und daß deren Zahl durch Vertreibung oder Tod und starken Geburtenrückgang, der von den Mehrsterbefällen drei- bis fünffach überboten wurde⁴⁹), im Jahre 1950 auf ungefähr 230 000 Sudetendeutsche, davon 40 000 Hultschiner, und 20 000 Karpatendeutsche zurückgegangen ist. Darunter befanden sich noch etwa 8 000 Deutsche, die 1950 noch in Zwangshaft gehalten wurden⁵⁰) (vgl. auch H 1 und 2).

Nach diesen, für das Sudetendeutschtum und Karpatendeutschtum getrennten Darstellungen wird die Zahl der in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen zum Zeitpunkt der beiden Volkszählungen betragen haben:

Stand am 29. Oktober 1946	425 000
Stand am 13. September 1950	250 000

Nach 1950 hat sich die natürliche Bevölkerungsentwicklung der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung abermals gebessert, doch hat sie zu keiner Erhöhung der Zahl der Sudeten- und Karpatendeutschen führen können, weil im allgemeinen der natürliche Bevölkerungszuwachs durch die Abwanderung (Aussiedlung) kompensiert wurde. Eine weitere ernste Gefahr für das restliche Deutschtum in der Tschechoslowakei stellt die zunehmend wachsende Zahl von nationalen Mischehen, die Deutsche eingehen, dar. Nach dem schon zitierten Bericht von Vl. Srb heirateten im Jahre 1937 in der Tschechoslowakei von 100 deutschen Bräuten nur 7 nicht-deutsche Männer; im Jahre 1955 gingen dagegen nur noch 30 vH aller deutschen Bräute Ehen mit deutschen Volkszugehörigen ein. Selbst wenn man annimmt, daß manche der in der tschechoslowakischen Statistik ausgewiesenen nichtdeutschen männlichen Ehepartner sich unter anderen Verhältnissen noch zum Deutschtum bekennen würden, bleibt die Gefahr einer ständig fortschreitenden Assimilation für die deutschen Volksgruppen bestehen.

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus der Tschechoslowakei

1. Kriegsgefangene

Nach der vom 1. bis 11. März 1950 im gesamten Bundesgebiet und in Berlin (West) durchgeführten amtlichen Registrierung der deutschen Kriegsgefangenen und Vermißten wurden insgesamt 3 797 deutsche Kriegsgefangene aus dem heutigen Gebiet der Tschechoslowakei festgestellt, die zu diesem Zeitpunkt noch in Kriegsgefangenenlagern festgehalten wurden. Von diesen befanden sich in nachstehenden Gebieten:

Sowjetunion	1 982
Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Jugoslawien	1 297
übrige europäische Länder	208
außereuropäische Länder	48
Vier-Zonen-Deutschland und Berlin	91
Deutsche Ostgebiete	97
Deutschland ohne Zonenangabe	5
ohne Angabe	69
Zusammen	3 797

Da die Registrierung aber niemals vollständig sein konnte, weil insbesondere alle jene Sudeten- und Karpatendeutschen, die zu dieser Zeit in der sowjetischen Besatzungszone oder im Ausland lebten, ihre in Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen nicht registrieren lassen konnten, muß die Zahl der im März 1950 noch in Kriegsgefangenenlagern festgehaltenen Deutschen aus der Tschechoslowakei größer gewesen sein. Wenn man berücksichtigt, daß in der Zeit von März bis Ende 1950 noch ein Teil der zum Zeitpunkt der Registrierung in Kriegsgefangenschaft Lebenden verstorben oder heimgekehrt ist, kann für Ende 1950 die Zahl der sudeten- und karpatendeutschen Kriegsgefangenen auf etwa 4800 Personen geschätzt werden. Da von diesen Kriegsgefangenen aber annähernd 1500 in der Tschechoslowakei zurückgehalten wurden, wo sie mit zu der zurückgehaltenen deutschen Bevölkerung gezählt werden, verbleiben für 1950 außerhalb der Tschechoslowakei etwa 3300 Kriegsgefangene.

2. Zivilinternierte

Bei der Registrierung der deutschen Kriegsgefangenen und Vermißten wurden auch 3005 Deutsche aus der Tschechoslowakei gemeldet, die als sogenannte Straf- und Untersuchungsgefangene noch festgehalten wurden. Ein beträchtlicher Teil von ihnen wird nicht zu den Wehrmachtsangehörigen, sondern zur Zivilbevölkerung gehören. Man wird daher bei der Schätzung der Zivilinternierten auf diese Registrierten zurückgreifen können. Von den Straf- und Untersuchungsgefangenen befanden sich über 2700 Personen allein in der Tschechoslowakei, nur 116 in der Sowjetunion. Da, wie oben erwähnt, die Registrierung nur im Bundesgebiet und in Berlin (West) erfolgte, muß angenommen werden, daß noch wenigstens 800 Sudeten- und Karpatendeutsche von ihnen, im sowjetischen Besatzungsgebiet oder im Ausland lebenden Angehörigen als sogenannte Straf- und Untersuchungsgefangene nicht registriert worden sind. Von ihnen wurde der größte Teil (schätzungsweise 700) in der Tschechoslowakei festgehalten, so daß insgesamt rund 400 Zivilinternierte außerhalb der Tschechoslowakei verbleiben. Somit kann geschätzt werden, daß sich Ende 1950 noch an 3700 Sudeten- und Karpatendeutsche als Kriegsgefangene oder Zivilinternierte außerhalb der Tschechoslowakei befanden. Es handelte sich dabei fast durchweg um Sudetendeutsche.

Auf die in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen, vor sogenannten Volksgerichtshöfen zu langjährigem Freiheitsentzug verurteilten Deutschen soll hier nicht näher eingegangen werden, obgleich sie mit zu dem Kreis der Zivilinternierten gehören. Sie wurden in der vorliegenden Untersuchung in Abschnitt G behandelt.

I. Die im September 1950 außerhalb der Tschechoslowakei vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Vermißten

1. Kriegsvermißte

Es muß angenommen werden, daß sich im Frühjahr 1950 von den rund 90000 vermißten Angehörigen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht aus dem Gebiet der Tschechoslowakei, von denen im Bundesgebiet und in Berlin (West) 62872 als vermißt registriert wurden, nur noch wenige am Leben befanden (vgl. auch D 1). Der

Großteil ist entweder gefallen, in Lazaretten verstorben oder in der Kriegsgefangenschaft umgekommen und mußte daher zu den Wehrmachtstoten gezählt werden. Die Zahl der zu dieser Zeit noch lebenden deutschen Kriegsvermißten aus der Tschechoslowakei, hauptsächlich Sudetendeutsche, dürfte nach den bisher gemachten Erfahrungen 1000 kaum überschreiten.

2. Zivilvermißte

Bei der Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten im März 1950 wurden im Bundesgebiet und in Berlin (West) 7605 aus der Tschechoslowakei stammende deutsche Zivilpersonen als vermißt gemeldet, davon allein in Bayern 3174 Personen. Dabei darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß die tatsächliche Zahl der Zivilvermißten aus den schon unter H 2 gemachten Darlegungen wiederum höher liegen wird. Man wird bei Anlegung des gleichen Maßstabes wie bei der Berechnung der Gesamtzahl der Kriegsgefangenen eine Zahl von rund 9600 Zivilvermißten annehmen können. Verschleppungen nach dem Osten sind in den Sudetenländern kaum vorgekommen. Die Vermißtenmeldungen dürften jedoch vorwiegend von Sudetendeutschen erstattet worden sein. Die Zahl der im Jahre 1950 noch am Leben befindlichen sudetendeutschen Zivilvermißten dürfte allerdings unter 1000 liegen.

Verschleppungen sind, zum Teil noch während des Krieges, in größerem Ausmaß für das Gebiet der Karpatenländer zu verzeichnen. Über das Schicksal der 1930 noch über 13000 Personen zählenden deutschen Minderheit in Karpatorußland konnte nur wenig in Erfahrung gebracht werden. Soweit sie den Krieg in ihrer Heimat überlebten, teilten sie vermutlich das Schicksal jener Ostdeutschen, deren Gebiet nicht nur in den sowjetischen Einflußbereich geriet, sondern auch zu sowjetrussischem Gebiet erklärt wurde.

Es muß angenommen werden, daß insgesamt etwa 4000 der Zivilvermißten und Verschleppten im Jahre 1950 noch am Leben waren. Unter ihnen werden sich vor allem viele Karpatendeutsche aus den östlichsten Teilen der Tschechoslowakei befunden haben⁵¹).

J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei

Zum Zeitpunkt der ersten deutschen Volkszählung nach dem Kriege — 29. Oktober 1946 — war die Zahl der ungeklärten Fälle, die sich aus der Summe der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen, der vermißten und der im Zuge der Vertreibung umgekommenen Sudeten- und Karpatendeutschen ergab, sehr beträchtlich. Von dem für Mai 1945 errechneten tatsächlichen deutschen Bestand von 3418000 Personen konnte der Verbleib von 3180000 Personen geklärt werden. Das Schicksal von 238000 Personen war zum Zeitpunkt der Volkszählung 1950 noch ungewiß.

Diese Zahl gibt in etwa den Personenkreis wieder, der nach Einstellung der offenen Kriegshandlungen in der Tschechoslowakei durch Verfolgung und Vertreibung unmittelbar oder mittelbar ums Leben gekommen ist. Auf die Sudetendeutschen entfallen rund 225000 und auf die Karpatendeutschen etwa 13000 Personen.

Anmerkungen

- 1) In den Grenzen vom 31. Dezember 1937.
- 2) Im Jahre 1921 besaßen die Tschechen mit 50,2 vH und die Slowaken mit 15,3 vH der Gesamtbevölkerung, die zusammen die „tschechoslowakische Staatsnation“ bildeten, die Majorität. Auf die Deutschen entfielen in dieser Zeit 23,6 vH der Gesamtbevölkerung des Staates. In den Sudetenländern ergab sich dagegen ein Anteil der Deutschen von 31,0 und der Tschechen von 68,6 vH der Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1930 wurden 29,2 bzw. 70,4 vH für die Deutschen bzw. für die Tschechen ermittelt.
- 3) Die Besetzung der durch das Münchner Abkommen am 30. September 1938 zur Angliederung an das Deutsche Reich vorgesehenen sudetendeutschen Gebiete begann am 1. Oktober 1938 und war am 10. Oktober 1938 abgeschlossen. Mit der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete übernahm das Deutsche Reich die Verwaltung dieser Gebiete. Im Gesetz über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich vom 21. November 1938 (RGBl. I/1938, S. 1641) heißt es im Art. I: „Die heimgekehrten sudetendeutschen Gebiete sind Bestandteil des Deutschen Reiches“, und im Art. IV: „Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 21. November 1938 in Kraft“.
- 4) Der Vertrag über die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren wurde am 15. März 1939 in Berlin unterzeichnet. Der Einmarsch der deutschen Truppen in das Protektorat erfolgte am 16. März 1939. Im Erlaß des über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. März 1939 wurde im Art. 2,1 bestimmt, daß alle volksdeutschen Bewohner des Protektorats deutsche Staatsangehörige und nach den Vorschriften des Reichsbürgergesetzes 1935 (RGBl. I, S. 1146) Reichsbürger sind und deshalb der deutschen Gerichtsbarkeit unterstehen.
- 5) Die Gesamtzahl des im Protektorat ansässigen Insel- und Streudeutschtums sowie der nach Errichtung dieses Territoriums zugewanderten deutschen Bevölkerung kann für Mitte 1940 auf 350 000 Personen geschätzt werden. Davon dürften zwischen dem 15. März 1939 und Mitte 1940 100 000 Deutsche in das Protektorat Böhmen und Mähren zugewandert sein.
- 6) Die Slowakei erklärte sich am 14. März 1939 mit Karpatoraußland als freier Staat und stellte sich am 16. März 1939 unter den militärischen Schutz des Deutschen Reiches.
- 7) Zu den übrigen sudetendeutschen Gebieten wird auch das karpatendeutsche Gebiet von Engerau und Theben gezählt, das im Oktober 1938 (Engerau) bzw. im November 1938 (Theben) an das Deutsche Reich (hier an den Reichsgau Niederdonau) angeschlossen wurde.
- 8) Nur sudetendeutsche Bevölkerung.
- 9) Nach den Ergebnissen einer Sonderauszählung aus der Volkszählung vom 17. Mai 1939.
- 10) Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Protektorats Böhmen und Mähren, Jg. 1940, 4. Stück.
- 11) Im gesamten Landkreis Bruck an der Leitha, zu dem Engerau und Theben gehörten, wurden bei der Volkszählung 1939 5 114 ungarische und 4 571 slowakische Staatsangehörige sowie 1 380 Protektoratsangehörige gezählt (Vorläufiges Ergebnis).
- 12) Statistisches Jahrbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren 1941, S. 285.
- 13) Als Sprachinseld Deutschum wird jenes Deutschum verstanden, das außerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in fremdsprachiger Umgebung, aber in Gemeinden lebt, die zu mehr als 50 vH der Bevölkerung deutsch sind. In diesen Gemeinden lag die Leitung der Gemeinden zumeist in deutschen Händen. Das Deutschum in vorwiegend nichtdeutschen Gemeinden ist Streudeutschum.
- 14) Wie Anm. 12.
- 15) Nach Fischer, W.: Die Bevölkerungsstruktur des Protektorats Böhmen und Mähren, S. 15.
- 16) Aus Angaben über die natürliche Entwicklung der deutschen Protektoratsbevölkerung im Statistischen Jahrbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren 1940/41 kann gefolgert werden, daß der Geburtenüberschuß der im Protektorat lebenden einheimischen deutschen (sudetendeutschen) Bevölkerung im Zeitraum von Mai 1939 bis Oktober 1940 rund 2 000 Personen betrug.
Da nun aber lediglich für den 1. Oktober 1940 Angaben über die deutsche Bevölkerung des Protektorats vorliegen, muß man, um auf die Zahlen für die deutsche Bevölkerung dieses Gebietes im Mai 1939 zu kommen, die 2 000 Personen des natürlichen Bevölkerungszuwachses von der o. a. Zahl absetzen; es ergibt sich dann für den 17. Mai 1939 ein Bevölkerungsstand von rund 259 000 Personen.
- 17) Nach der Tschechoslowakischen Statistik, Band 145, betrug z. B. im Jahre 1936 die Geburtenziffer der Deutschen in Böhmen 13,3, in Mähren-Schlesien 14,3, in der Slowakei 16,0 und in Karpatoraußland 24,5 vH.
- 18) Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Sudetengau, Reichenberg 1942. — Wirtschaft und Statistik, Jahrgänge 1939 bis 1944, Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin.
- 19) Geschätzt nach dem allgemeinen Trend der natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Reichsgau Sudetenland seit Januar 1943.

- ²⁰⁾ Vgl. Sudetendeutscher Artikeldienst, München, vom 19. Juni 1954.
- ²¹⁾ Nach den Berechnungen des Statistischen Zentralamtes in Prag vom Jahre 1940 lebten auf dem tschechoslowakischen Gebiet, das an Polen abgetreten wurde, im Jahre 1930 18597 Deutsche, in den Karpatengebieten, die an Ungarn fielen, 23844 Deutsche. Die Zahl der Ausländer deutscher Volkszugehörigkeit ist in diesen beiden Angaben mit enthalten. (Nach: Statistisches Jahrbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren 1941, S. 285).
- ²²⁾ Nach „Lexikon Obcí Slovenskej Republiky“, Preßburg 1942. Von karpatendeutscher Seite werden die Deutschumszahlen nach der slowakischen Volkszählung vom 15. Dezember 1940 jedoch als zu niedrig bezeichnet.
- ²³⁾ Burgdörfer schätzte (in einem Vortrag in Stuttgart 1952 „Das sudetendeutsche Schicksal im Spiegel der Bevölkerungsstatistik“, veröffentlicht in den Werkblättern der Sudetendeutschen Landsmannschaft, München) die Zahl der sudetendeutschen Kriegssterbefälle auf 150000. Arntz gibt (in „Menschenverluste in zwei Weltkriegen“, veröffentlicht in „Deutschland heute“, 2. Aufl., 1954) die Zahl der Wehrmachtstoten der Sudetendeutschen „und der übrigen Volksdeutschen“ mit 200000 an. Gregory Frumkin nennt für das Gebiet der Tschechoslowakei 200000 Wehrmachtstote; ob er dabei die beim tschechischen Aufstand 1945 gefallenen Tschechen mitzählt, ist nicht ersichtlich. In „Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft“ (Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg/O.) wird die Zahl der Wehrmachtssterbefälle der Sudetendeutschen mit 150000 angegeben, die der Ziviltoten mit 215000.
- ²⁴⁾ Vgl.: Wirtschaft und Statistik, 8. Jg., N. F., Heft 10, Oktober 1956, 493—500.
- ²⁵⁾ In Berlin (West) wurden 620 Soldaten aus dem Gebiet der Tschechoslowakei als vermißt gemeldet.
- ²⁶⁾ Im Bereich des Landeswirtschaftsamtes Sudetenland wurde der erste feindliche Luftangriff auf Wohnstätten im Oktober 1940 verzeichnet; er forderte 3 Todesopfer. Nach den im Statistischen Bundesamt vorliegenden Aufzeichnungen des Statistischen Reichsamtes über die Auswirkungen der feindlichen Luftangriffe während des Zweiten Weltkrieges, die jedoch nur bis Ende Januar 1945 reichen, wurden im Bereich des Landeswirtschaftsamtes Sudetenland in nachgenannten Kriegsmonaten folgende Schäden an Wohngebäuden und Opfer unter der Zivilbevölkerung verursacht:

Die Auswirkungen des Luftkrieges im Bereich des Landeswirtschaftsamtes Sudetenland vom Oktober 1940 bis Ende Januar 1945

(Nur Schäden an Wohngebäuden und Opfer unter der Zivilbevölkerung)

Zeit der Luftangriffe Jahr, Monat	Getroffene Wohngebäude				Todesopfer unter der Zivilbevölk.
	zu- sammen	darunter wurden zerstört			
		total	schwer	mittel	
1940 Oktober	1	1	—	—	3
1943 Dezember	170	5	15	30	61
1944 Juli	723	83	70	161	315
August	40	14	2	20	11
September	414	73	80	61	152
Oktober	451	99	64	83	207
Dezember	618	87	67	214	200
1945 Januar	262	28	40	44	103
Oktober 1940 bis Januar 1945	2 679	390	338	613	1 052

Bis Ende Januar 1945 wurden im Bereich des Landeswirtschaftsamtes Sudetenland 2 679 Wohngebäude von Bomben getroffen, wobei 1 341 mittelschwer bis völlig zerstört wurden. Allein unter der Zivilbevölkerung forderten diese Angriffe mehr als 1000 Todesopfer. Luftkriegsschäden in den sudetendeutschen Gebieten außerhalb des LWA-Bereiches Sudetenland sowie dabei verursachte Todesopfer unter der Zivilbevölkerung sind in vorstehenden Angaben nicht mit enthalten.

Die schwersten Luftangriffe gegen sudetendeutsche Gebiete wurden jedoch erst in den letzten Kriegsmonaten geflogen, im besonderen von dem Zeitpunkt an, als die Fronten bis an und über die sudetendeutschen Gebietsgrenzen vorgerückt waren. Es sei hier besonders auf die schweren Luftangriffe auf Aussig am 17. und 19. April 1945 hingewiesen, bei denen mehrere Stadtviertel, vor allem die Innenstadt, schwer zerstört und mindestens 2000 Todesopfer (die Angaben der zuständigen Stellen schwankten zwischen 2000 und 4000 Luftkriegstoten) unter der Zivilbevölkerung verursacht wurden. Durch den Luftkrieg wurden aber auch andere sudetendeutsche Städte schwer heimgesucht, so Brüx, Eger, Karlsbad, Troppau u. a.

- ²⁷⁾ Während des Sommers 1944 waren in den ausgedehnten Waldungen der mittleren Slowakei sowjetrussische Fallschirmtruppen abgesetzt worden, welche die Aufgabe hatten, den Partisanenkrieg in der Slowakei vorzubereiten. Am 29. August 1944 brach der Aufstand aus, als dessen Zentrum sich bald die slowakische Stadt Banska Bystrica (Neusohl) abzeichnete. Die Aufständischen erhielten damals Unterstützung von zwei, in der Ostslowakei stationierten slowakischen Panzerdivisionen, die sich zum Aufstandszentrum in Marsch setzten. Von dem Aufstand wurde besonders das Hauerland betroffen, wo die Partisanen nach der Parole „Tötet den Deutschen, wo Ihr ihn findet!“ ein großes Blutbad unter der deutschen Bevölkerung anrichteten. In Glaserhau beispielsweise wurde (nach: Das Deutschtum der Slowakei, S. 44 ff.) am 21. September 1944 die gesamte deutsche männliche Bevölkerung im Alter von 15 bis 60 Jahren zusammengetrieben, in den Wald gebracht und nach dem Bericht eines überlebenden Zeugen (Pfarrer Josef Pöß) mit fünf Maschinengewehren zusammengeschossen.
- ²⁸⁾ Die zivilen Kriegsverluste der Karpatendeutschen traten vor allem im letzten Kriegsjahr ein, in dem die gesamte Slowakei von sowjetrussischen Truppen besetzt wurde. Es ist allerdings gerade für dieses, von einem großen Aufstand heimgesuchte Gebiet recht schwierig, Kriegs- und Vertriebensverluste der Karpatendeutschen voneinander zu trennen.
- ²⁹⁾ Frumkin, Gregory (Grzegorz): Population Changes in Europe since 1939, London 1951, S. 51.
- ³⁰⁾ Zipfel, Friedrich: Vernichtung und Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Band III, Tübingen 1955, S. 176: „Die Tschechen trieben mit rücksichtsloser Härte die Deutschen aus. Etwa 800 000 nach Ostböhmen geflüchtete Schlesier kehrten in ihre Heimatgemeinden zurück“. Diese für Ostböhmen angegebene Zahl dürfte jedoch etwas zu hoch gegriffen sein. Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß auch zahlreiche Schlesier in die übrigen Teile der reichsangeschlossenen sudetendeutschen Gebiete und in das Gebiet des Protektorats evakuiert worden sind.
- ³¹⁾ Amtliches Zahlenmaterial zum Flüchtlingsproblem in Bayern, 1. Folge Oktober 1946, 2. Folge Januar 1947, München.
- ³²⁾ Vgl. auch: Schließleder, W. R.: Das österreichische Flüchtlingsproblem, ein Bericht für die AER-Tagung in Salzburg 18. bis 21. April 1955, veröffentlicht in „Integration“, Bulletin International Nr. 3/4, München 1954, S. 257: „Schon im Herbst 1946 (wahrscheinlich Druckfehler; es muß hier wohl richtig 1945 heißen) begannen die ersten mehr oder minder organisierten Bahntransporte über die tschechische Grenze quer durch Österreich bei Passau (Schalding) und bei Salzburg (Piding) nach Bayern zu rollen. Sie mögen bis Ende 1946 über 200 000 Menschen befördert haben.“
- ³³⁾ Bei der Volkszählung am 29. Oktober 1946 (auch bei jener am 13. September 1950) wurde die Frage nach dem Wohnort am 1. September 1939 gestellt. Nach diesem Merkmal ließen sich die Heimatvertriebenen und Zugewanderten von der einheimischen Bevölkerung, die 1939 bereits im Bundesgebiet wohnte, abgrenzen. Als Heimatvertriebene aus der Tschechoslowakei wurden dabei die Personen mit deutscher Muttersprache angesehen, die am 1. September 1939 im Gebiet der Tschechoslowakei (Gebietsstand 31. Dezember 1937) wohnten.
- ³⁴⁾ Nach einer Mitteilung im Prager Rundfunk.
- ³⁵⁾ Nach Mittellungen des Bundesministeriums für Vertriebene vom 11. März 1957 sind von 1950 bis 1956 insgesamt 18 307 Deutsche aus der Tschechoslowakei über die Grenzdurchgangslager in das Bundesgebiet gekommen, und zwar im Jahre
- | | |
|-----------------|--------|
| 1950 | 13 308 |
| 1951 | 3 524 |
| 1952 | 146 |
| 1953 | 63 |
| 1954 | 128 |
| 1955 | 184 |
| 1956 | 954 |
| 1950—1956 | 18 307 |
- ³⁶⁾ Im Jahre 1950 wurde in einigen Ländern nur nach der Flüchtlingeigenschaft gefragt, die durch den Flüchtlingsausweis belegt wurde. Wegen der weitgehenden Zahlenübereinstimmung der Inhaber von Flüchtlingsausweisen mit den Heimatvertriebenen (nach dem Wohnsitz am 1. September 1939) erscheint die Vergleichbarkeit und Kontinuität der Zahlen nicht gestört.
- ³⁷⁾ Luža, Radomír: Odsun. Příspěvek k historii česko-německých vztahů v letech 1918—1952, Wien-Kopenhagen 1953, S. 34.
- ³⁸⁾ Vgl. auch Seraphim, P. H.: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, Berlin 1954, S. 44 ff.
- ³⁹⁾ Es kann als sicher vorausgesetzt werden, daß von tschechischer Seite seit 1946 genaue Angaben über die Zahl der aus dem Bereich der Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen vorliegen. Für das Jahr 1945, vor allem für die Zeit der wilden Austreibungen, ist dies völlig unmöglich.

- 40) Geschätzte Zahlen. Vgl. auch Schließleder, W. R., a. a. O. — Die amtliche österreichische Statistik verfügte laut Mitteilung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes in Wien im Jahre 1950 nur über Angaben über die jeweilige Anzahl der in Österreich befindlichen Ausländer nach dem Herkunftsland, nicht aber über die bereits eingebürgerten „volksdeutschen Flüchtlinge“. Nach einer Mitteilung des österreichischen Innenministeriums wurden am 1. Januar 1952 in Österreich noch 59311 nicht eingebürgerte sudetendeutsche Vertriebene festgestellt. Von den seit 1945 bis dahin in Österreich eingebürgerten 180124 Personen entfallen schätzungsweise etwa 80000 auf Sudetendeutsche.
- 41) Nach Pressemeldungen, so in der amerikanischen „Neuen Zeitung“, München, Ende 1945.
- 42) Nach Mitteilungen in der Vertriebenenpresse, so in „Die Brücke“, München 1955.
- 43) Nach Mitteilung der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, Stockholm, vom 20. September 1955.
- 44) Nach verschiedenen, hauptsächlich solchen Angaben, die aus Kreisen der Sudetendeutschen Landmannschaft selbst stammen.
- 45) Bei der Berechnung des Geburtenüberschusses für die Vertriebenen in der Zeit von 1947 bis 1950 wurde von folgenden Überlegungen ausgegangen: Der Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung für die Jahre 1946 bis 1954 ist bekannt. Außerdem ist für die Jahre 1950 bis 1954 der Anteil der Vertriebenen an den Lebendgeborenen sowie an den Gestorbenen der Gesamtbevölkerung bekannt. Das Verhältnis dieser vH-Zahlen zu den Anteilen der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung (vH-Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung = 100) ergibt Maßzahlen, die graphisch dargestellt wurden. Die gewonnenen Kurven sind nach 1946 hin extrapoliert worden. Durch Umrechnung mit den für die Jahre 1946 bis 1949 aus den extrapolierten Kurven abgelesenen Werten ließ sich der Anteil der Vertriebenen unter den Lebendgeborenen sowie unter den Gestorbenen für die Jahre 1946 bis 1949 ermitteln, mit denen dann die absoluten Zahlen der Lebendgeborenen und der Gestorbenen der Vertriebenen geschätzt werden konnten.
- 46) In „The Population of Czechoslovakia“, herausgegeben vom Bureau of the Census, Washington 1953, teilt Waller Wynne, Jr. auf Grund tschechischer Angaben mit, daß die Zahl der im Mai 1947 noch in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen schätzungsweise noch 250000 betragen hätte, gegenüber schätzungsweise 3,5 Millionen im Oktober 1938. — United Press berichtete Ende Juli 1947 aus Prag, die „einst große deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei“ sei „heute zu einer unbedeutenden Gruppe zusammengeschmolzen“. Es sei damit zu rechnen, daß sie „innerhalb einer Generation zu bestehen aufgehört“ haben werde. — Mitte Oktober 1947 teilte „UP“ mit, der „Umsiedlungsausschuß der Tschechoslowakischen Nationalversammlung“ prüfe zur Zeit einen Antrag, nach dem 145597 noch in der Tschechoslowakei lebende Sudetendeutsche in das Innere des Landes umgesiedelt werden sollen. — Nach einer Mitteilung im „MID“, München, vom 14. April 1949, wurden zu gleicher Zeit noch 175000 Sudetendeutsche in Deutschland erwartet. — Nach einer Statistik des Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik, die im November 1949 veröffentlicht wurde, befanden sich zu dieser Zeit noch 180000 Sudetendeutsche in der Tschechoslowakei. Die gleiche Zahl wird für 1948 auch angegeben in „Ceskoslovensko v mapách“, S. 9. Orbis-Verlag, Prag 1953.
- 47) Nach einer Mitteilung der Heimatauskunftsstelle für den Regierungsbezirk Oppeln und das Hultschiner Ländchen, Düsseldorf, vom Juli 1956 wurden in den Jahren 1945/46 4090 Hultschiner vertrieben, darunter etwa 500 Personen aus der Stadt Hultschin, 400 Hultschiner aus Deutsch Krawarn, 250 aus Petershofen und fast die gesamte Einwohnerschaft der Hultschiner Gemeinden Thröm und Zauditz (zusammen 1450 Personen).
- 48) Nach Mitteilungen in der Vertriebenenpresse, so auch in „Der Sudetendeutsche“, Hamburg, September 1955.
- 49) Im Frühjahr 1955 wurde nach „MID“, München, im Prager Rundfunk mitgeteilt, daß die jährliche Geburtenziffer der noch in der Tschechoslowakei lebenden deutschen Bevölkerung 3 auf 1000 Personen betrage.
- 50) Nach Pressemitteilungen und einem Bericht im Sudetendeutschen Artikeldienst, München, Mai 1955.
- 51) Die Zahl der vermutlich verschleppten Deutschen aus den Karpatenländern wird auch von karpatendeutscher Seite mit rund 4000 Personen angegeben.

Tabellenteil

1. Die Wohnbevölkerung in den Stadt- und Landkreisen der sudetendeutschen Gebiete

(Stand 17. Mai 1939)

Gebiet	Gemeinden	Wohnbevölkerung		Von den Reichs-angehörigen ¹⁾ waren	
		insgesamt	darunter Reichs-angehörige ¹⁾	deutscher	tschechischer
				Volkszugehörigkeit	
Reichsgau Sudetenland					
RB Aussig					
Stkr. Aussig	1	67 063	63 881	62 017	1 835
„ Reichenberg	1	69 195	66 738	65 273	1 429
Ldkr. Aussig	88	56 201	52 889	50 813	2 056
„ Bilin	38	33 559	27 964	25 846	2 100
„ Böhmisches-Leipa	54	48 356	46 939	46 639	277
„ Braunau	44	34 386	33 846	33 622	220
„ Brüx	49	90 929	69 850	64 596	5 201
„ Dauba	74	25 511	23 836	23 246	556
„ Deutsch-Gabel	66	45 468	44 485	44 137	346
„ Dux	12	39 486	31 583	29 399	2 166
„ Friedland	37	36 595	36 119	36 008	109
„ Gablonz	40	98 006	88 980	84 191	4 769
„ Hohenelbe	62	62 246	54 054	49 496	4 548
„ Komotau	87	85 363	82 913	81 614	1 249
„ Leitmeritz	157	71 547	66 750	64 878	1 783
„ Reichenberg	69	64 070	57 502	55 075	2 371
„ Rumburg	13	39 421	39 157	39 076	76
„ Schluckenau	18	34 844	34 623	34 520	101
„ Teplitz-Schönau	38	97 112	88 801	85 361	3 408
„ Tetschen	90	118 118	116 213	115 540	644
„ Trautenau	100	73 376	71 651	70 633	1 009
„ Warnsdorf	12	37 723	37 109	36 897	203
Zusammen	1 150	1 328 575	1 235 883	1 198 877	36 456
RB Eger					
Stkr. Eger	1	35 507	35 279	35 254	20
„ Karlsbad	1	53 311	53 016	52 886	115
Ldkr. Asch	22	44 690	44 531	44 507	23
„ Bischofteinitz	94	33 484	33 291	33 112	177
„ Eger	59	43 270	42 981	42 959	17
„ Elbogen	34	37 393	37 214	36 990	112
„ Falkenau	57	58 559	58 287	58 051	230
„ Graslitz	24	35 484	35 415	35 400	14
„ Kaaden	70	39 517	39 048	38 950	95
„ Karlsbad	39	34 068	33 948	33 895	34
„ Luditz	116	30 157	29 838	29 726	102
„ Marienbad	40	33 692	33 484	33 455	24
„ Mies	137	68 513	62 939	58 907	4 019
„ Neudek	31	36 001	35 910	35 901	8
„ Podersam	92	39 903	38 006	37 346	643
„ Preßnitz	20	26 907	26 590	26 573	12
„ Saaz	73	44 286	41 748	40 343	1 354
„ Sankt Joachimsthal	25	16 284	16 221	16 216	5
„ Tachau	119	56 490	56 309	56 282	22
„ Tepl	115	35 993	35 831	35 819	10
Zusammen	1 169	803 509	789 886	782 572	7 036

¹⁾ Ergebnisse einer Sonderauszählung der Volkszählung vom 17. Mai 1939.

noch: 1. Die Wohnbevölkerung in den Stadt- und Landkreisen der sudetendeutschen Gebiete

(Stand 17. Mai 1939)

Gebiet	Gemeinden	Wohnbevölkerung		Von den Reichs-angehörigen ¹⁾ waren	
		insgesamt	darunter Reichs-angehörige ¹⁾	deutscher	tschechischer
				Volkszugehörigkeit	
noch: Reichsgau Sudetenland					
RB Troppau					
Stkr. Troppau	1	47 551	45 426	36 942	8 441
Ldkr. Bärn	58	37 121	36 878	36 682	181
„ Freiwaldau	40	70 005	69 447	69 390	53
„ Freudenthal	46	48 339	48 059	48 014	37
„ Grulich	61	29 161	28 778	28 290	482
„ Hohenstadt	88	60 314	57 709	28 905	28 782
„ Jägerndorf	65	63 125	62 469	62 379	74
„ Landskron	43	32 637	28 289	23 649	4 637
„ Mährisch-Schönberg	61	76 244	74 404	64 103	10 346
„ Mährisch-Trübau	49	36 225	35 534	33 175	2 354
„ Neutitschein	79	84 631	68 026	53 428	14 564
„ Römerstadt	39	26 936	26 820	26 794	23
„ Sternberg	60	46 695	45 476	41 270	4 191
„ Troppau	76	47 781	45 934	20 644	25 234
„ Wagstadt	44	54 698	50 164	19 520	30 591
„ Zwittau	39	49 640	48 686	48 020	661
Zusammen	849	811 103	772 159	641 205	130 651
Reichsgau Sudetenland insgesamt	3 168	2 943 187	2 797 928	2 622 654	174 143
Übrige sudetendeutsche Gebiete					
Nördlicher Böhmerwald					
Ldkr. Bergreichenstein	23	18 864	18 789	18 698	91
„ Markt Eisenstein	58	32 779	32 191	27 800	4 389
„ Prachatitz	43	38 689	38 214	37 388	823
Zusammen	124	90 332	89 194	83 886	5 303
Südböhmen					
Ldkr. Kaplitz	85	47 765	47 378	47 001	356
„ Krummau a.d. Moldau	62	49 392	48 534	47 879	632
„ Neubistritz	58	19 122	18 496	18 059	421
„ Gmünd (sudeten-deutscher Teil)	11	7 385	7 214	6 545	667
Zusammen	216	123 664	121 622	119 484	2 076
Südmähren					
Ldkr. Nikolsburg	56	77 918	72 975	63 511	7 741
„ Znaim	66	91 565	85 172	81 113	4 032
„ Horn (sudeten-deutscher Teil)	5	1 845	1 552	1 460	92
„ Waidhofen a.d. Thaya (sudetendeutscher Teil)	37	10 445	9 633	9 258	361
Zusammen	164	181 773	169 332	155 342	12 226

¹⁾ Ergebnisse einer Sonderauszählung der Volkszählung vom 17. Mai 1939.

noch: 1. Die Wohnbevölkerung in den Stadt- und Landkreisen der sudetendeutschen Gebiete

(Stand 17. Mai 1939)

Gebiet	Gemeinden	Wohnbevölkerung		Von den Reichs-angehörigen ¹⁾ waren	
		insgesamt	darunter Reichs-angehörige ¹⁾	deutscher	tschechischer
				Volkszugehörigkeit	
noch: Übrige sudetendeutsche Gebiete					
Engerau und Theben	2	16 526	6 956	6 575	38
Hultschiner Ländchen	38	52 967	51 820	51 455	.
Übrige sudetendeutsche Gebiete					
insgesamt	544	465 262	38 924	416 742	19 643
Sudetendeutsche Gebiete					
insgesamt	3 712	3 408 449	3 236 852	3 039 396	193 786

¹⁾ Ergebnisse einer Sonderauszählung der Volkszählung vom 17. Mai 1939.

2. Die Wohnbevölkerung des Protektorats Böhmen und Mähren

Gebiet	Wohnbevölkerung ¹⁾
Land Böhmen	
Hauptstadt Prag	976 590
Oberlandratsbezirke	
Prag	1 428 886
Königgrätz	1 138 173
Pilsen	688 663
Budweis	528 051
Land Mähren	
Oberlandratsbezirke	
Brünn	1 209 747
Mährisch-Ostrau	1 009 740
Iglau	417 697
Protektorat Böhmen und Mähren insgesamt	7 395 547
darunter Deutsche	261 524²⁾

¹⁾ Stand vom 1. Oktober 1940 — Vgl. auch Anm. 15). — ²⁾ Nur Sudetendeutsche.

Quellen

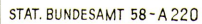
Die Gemeinden des Reichsgaues Sudetenland, Warnsdorf 1941; Beiträge zur Statistik Bayerns, Band 132/2 u. 3, München 1940.

Gemeindeverzeichnis für die Reichsgaue der Ostmark, auf Grund der Volkszählung vom 17. Mai 1939 nach dem Gebietsstand vom 1. Januar 1940, Wien 1940.

Mitteilungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, Wien, Juli 1955.

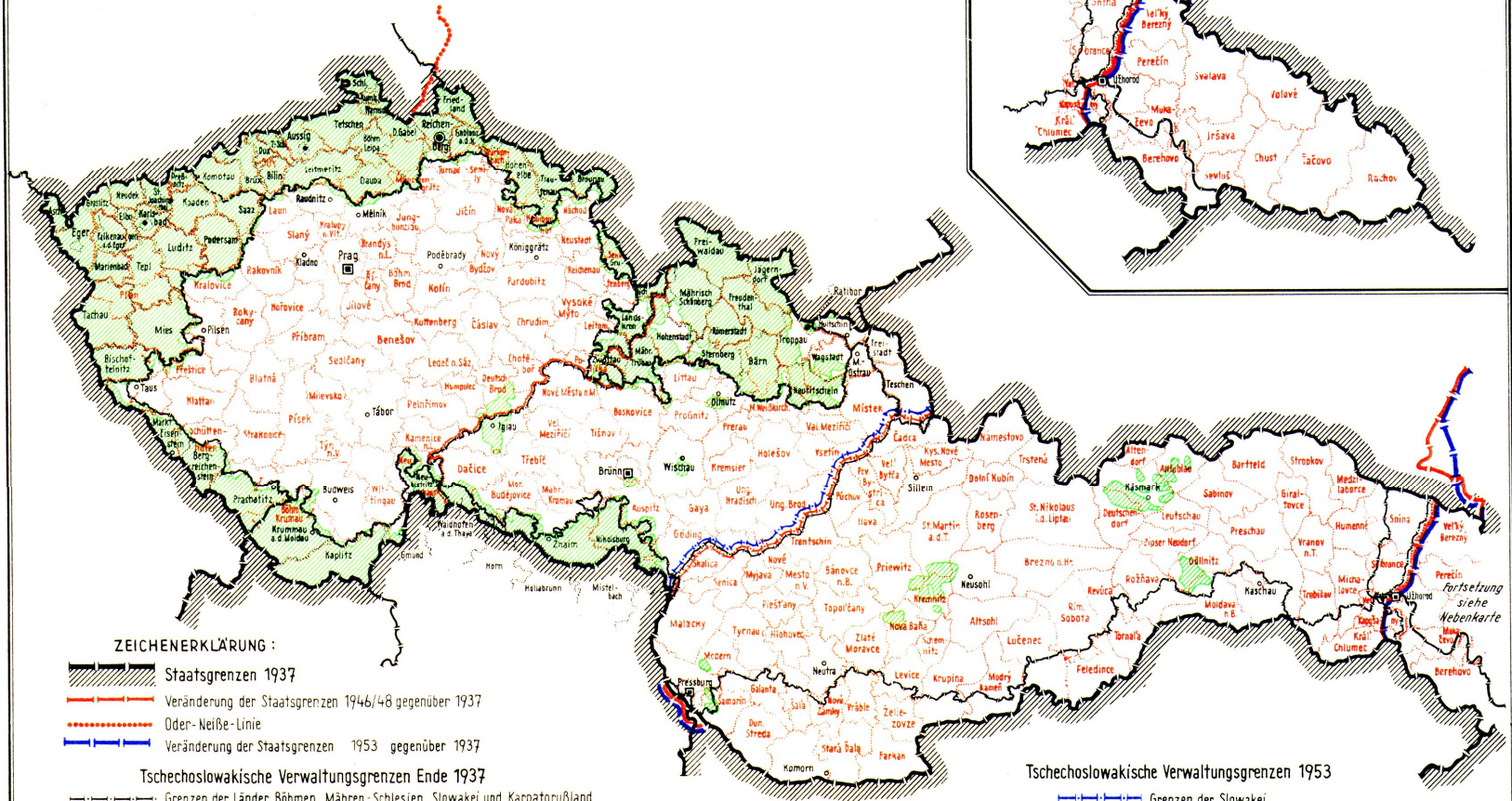
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40.

Deutsches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich, Berlin 1944.



TSCHECHOSLOWAKEI Verwaltungsgrenzen 1939, 1946/48 und 1953

0 20 40 60 80 100 km



ZEICHENERKLÄRUNG :

- Staatsgrenzen 1937
- Veränderung der Staatsgrenzen 1946/48 gegenüber 1937
- Oder-Neiße-Linie
- Veränderung der Staatsgrenzen 1953 gegenüber 1937

Tschechoslowakische Verwaltungsgrenzen Ende 1937

- Grenzen der Länder Böhmen, Mähren-Schlesien, Slowakei und Karpatorußland

Deutsche, polnische und ungarische Staats- und Verwaltungsgrenzen 1938/39

- Grenzen der 1938 an das Deutsche Reich abgetretenen sudetendeutschen Gebiete
- 1938 an Polen und Ungarn abgetretenen Gebiete
- 1939 an Ungarn angegliederten Gebiete
- Länder und Reichsgaue innerhalb des Deutschen Reiches
- Grenzen der Regierungsbezirke innerhalb des Deutschen Reiches
- Grenzen der Stadt- bzw. Landkreise

Tschechoslowakische Verwaltungsgrenzen 1946/48

- Grenzen der Länder Böhmen, Mähren und Slowakei
- Grenzen der politischen Bezirke

Tschechoslowakische Verwaltungsgrenzen 1953

- Grenzen der Slowakei
- Hauptstädte der Länder
- Hauptstadt des Reichsgaues Sudetenland
- Verwaltungssitze der deutschen Regierungsbezirke
- Deutsche Sprachgebiete bis 1945

Ungarn

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	371
1. Historische Entwicklung	372
2. Regionale Gliederung	375
II. Das benutzte Quellenmaterial	377
III. Überblick über die Bilanz	380
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Ungarns vor Beginn der Gebietsveränderungen und dem Kriegseintritt Ungarns im Jahre 1940	382
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ungarns von 1940 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	387
C. Die deutsche Bevölkerung Ungarns Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	391
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ungarns	391
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ungarns Ende 1944	393
F. Die deutschen Vertriebenen aus Ungarn	393
G. Die in Ungarn zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	400
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ungarn	402
I. Verluste der deutschen Bevölkerung durch Entnationalisierung (Assimilation)	403
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ungarn	404
Anmerkungen	405

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Bei den aus Ungarn stammenden Deutschen handelt es sich um eine Volksgruppe, die sich ihrer geschichtlichen Herkunft nach und ebenso hinsichtlich ihrer räumlichen Verbreitung aus mehreren Teilen zusammensetzt. Diese verschiedenartige Herkunft äußert sich in unterschiedlicher Sozialstruktur und verschiedenen volksbiologischen Entwicklungslinien. Die Deutschen in Ungarn stehen jedoch seit der Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft stets unter den gleichen staatlichen und rechtlichen Herrschaftsnormen, so daß dieser Sachverhalt die erwähnten Gruppenunterschiede sehr weitgehend eingeebnet hat.

Diese Tatsache bringt in die Bevölkerungsbilanz der Ungarndeutschen ein Moment, das bestimmenden Charakter erhält und zugleich einen bedeutenden Unsicherheitsfaktor in alle zahlenmäßigen Aufstellungen hineinträgt: Das Verhältnis zum Staatsvolk, die Assimilation und Dissimilation der deutschen Volksgruppe. Dieses Moment eines seit zwei Jahrhunderten andauernden, wellenmäßig an- und abschwellenden Umvolkungsvorganges, der durch Assimilationsverluste hohen Ausmaßes und zeitweise geringe Dissimilationsgewinne gekennzeichnet ist, macht es nötig, die Ausgangsgrundlage der Bilanz weiter zurückzuverlegen, als es in anderen Fällen notwendig erscheinen mag.

Es ist nicht Aufgabe dieser Bilanz, das Verhältnis des Ungarndeutschtums zum Staatsvolk der Madjaren während der letzten beiden Jahrhunderte im einzelnen zu untersuchen. Deshalb muß versucht werden, eine Ausgangsposition zu gewinnen, die statistisch ausreichend gesicherte Unterlagen für die Gegenwartsentwicklung bietet.

Es geht nicht darum, festzustellen, wie groß der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung Ungarns¹⁾ abstammungsmäßig ist, sondern darum, die Frage zu beantworten, wieviele Deutsche, die, sei es bekenntnismäßig oder noch klar erkenntnis-mäßig erfaßbar sind bzw. waren, sich bei Kriegsende in Ungarn befanden und wieviele von ihnen heute noch dort sein mögen. Weiter handelt es sich darum, klarzulegen, wieviel Ungarndeutsche als Vertriebene außerhalb des Landes leben und wie groß die Zahl der ungeklärten Fälle ist, in der auch die Verschleppungs- und Vertriebungsverluste mit eingeschlossen sind.

Um diese Fragen beantworten zu können, erwies es sich als notwendig, die Zusammenstellung der zahlenmäßigen Entwicklung des Deutschtums seit der Zählung vom Jahre 1910 über die Zählung von 1920 bis zur letzten Zählung vor dem Zweiten Weltkrieg 1930 an den Anfang der Bilanz zu stellen.

Wenn auch der Erste Weltkrieg in der Frage der Beziehungen des madjarischen Volkes zum ungarländischen Deutschtum keine grundsätzliche Wandlung gebracht hat, so hat er doch zu einem bedeutsamen Einschnitt geführt. Wie noch auszuführen sein wird, ging die Zahl der Deutschen durch die neue Grenzziehung in Ungarn erheblich zurück; das Deutschtum blieb aber mit weitem Abstand vor den übrigen Volksgruppen in dem verkleinerten Staat die stärkste volkliche Minderheit. Auf sie richteten sich nun in konzentriertester Form die Assimilationsbemühungen der Ungarn.

Diese besonderen Verhältnisse machen es notwendig, in der Bilanz die Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ungarns zunächst bis zur Volkszählung von 1930 eingehend darzulegen. Dabei hat es sich als erforderlich erwiesen, auf die Unzulänglichkeiten aufmerksam zu machen, die in den amtlichen statistischen Erhebungen und Publikationen bestehen. Diese Unzulänglichkeiten machten es notwendig, neben den offiziell mitgeteilten Zählungsdaten auch eine auf Grund eingehender wissenschaftlicher Analysen, die sich wiederum auf amtliches ungarisches Material stützen können, berichtigte Zahl der deutschen Volksgruppe auszuweisen. Die so gegebene Vergleichsmöglichkeit gestattet es, an Hand später real auftauchender Ziffern klar und deutlich den Tatbestand statistischer Verfälschungen der amtlichen Volkszählungen im Zeitabschnitt von 1920 bis 1941 aufzuzeigen.

Da in dem Zeitabschnitt von 1938 bis 1940 größere Gebietsveränderungen eintraten und in diesen zugleich der Eintritt Ungarns in den Zweiten Weltkrieg fällt, bildet das Jahr 1940 den eigentlichen Ausgangspunkt für die Aufstellung der Bevölkerungsbilanz der ungarndeutschen Volksgruppe.

In einem weiteren Abschnitt der Bilanz wird die Entwicklung des Ungarndeutschtums während der Kriegsjahre verfolgt. Es waren hierbei nicht nur Berechnungen auf den Gebietsstand Ungarns vor 1938 bzw. nach 1945 notwendig, sondern aus den bereits erwähnten Gründen auch eine eingehende Analyse der Volkszählungsergebnisse von 1941 sowie der in den Jahren 1942/43 durchgeführten Bestandserhebung der deutschen Volksgruppe.

Zum Schluß dieser allgemeinen Vorbemerkungen sei noch darauf hingewiesen, daß ab 1945 nur noch Gesamtzahlen für das Ungarndeutschtum gegeben bzw. kommentiert werden können, da die statistischen Grundlagen für eine regionale Untergliederung fehlen. Eine Übersicht über die in Deutschland und im westlichen Ausland festgestellten Vertriebenen aus Ungarn sowie der Nachrichten, die über die Zahl der in Ungarn zurückgebliebenen Deutschen vorliegen, bietet zusammen mit der Erörterung der kriegsgefangenen und vermißten Ungarndeutschen die Grundlage zur Ermittlung der ungeklärten Fälle, die vorzugsweise den Vertreibungsverlusten zuzurechnen sein werden.

1. Historische Entwicklung

Die regionale Untergliederung, die in den ersten Abschnitten der vorliegenden Untersuchung angewandt werden konnte, bedarf im voraus einer Erläuterung. Sie geht einerseits zurück auf die historische Entstehung und die sich daraus ergebende Verteilung der Siedlungen und andererseits auf die früheren Verwaltungsgliederungen und die sich darauf beziehenden statistischen Einzelunterlagen.

Die Geschichte des Deutschtums in Ungarn kann nach dessen Herkunft in drei Gruppen dargestellt werden.

a) Die bajuwarische Besiedlung Westungarns

Westungarn bildet, besiedlungsgeographisch betrachtet, die äußersten südöstlichen Auslappungen des geschlossenen deutschen Volksbodens. Dieses deutsche Siedlungsgebiet wurde in zwei großen bäuerlichen Siedlungswellen geschaffen. Nach einer ersten bajuwarischen Siedlerwelle, die um 800 bei der Errichtung der ersten (karolingischen) Ostmark in diese Gebiete kam, folgte mit dem Madjareneinbruch

ein Rückschlag, dann jedoch, im Zuge der allmählichen Vorschiebung der Grenze der zweiten Ostmark gegen die Madjaren, eine nachhaltige stärkere und endgültige Besiedlung. Diese schuf einen geschlossenen deutschen Siedlungsgürtel in Westungarn. Ein Teil dieser Zone wurde im Vertrag von Trianon Österreich übertragen und bildet seither ein eigenes österreichisches Bundesland (Burgenland). Die Grenzziehung von Trianon und insbesondere die von Ungarn erzwungene Abstimmung im Ödenburger Gebiet bewirkte jedoch das Verbleiben gewisser Restteile dieser Siedlungszone bei Ungarn. Neben einer Reihe bäuerlicher Siedlungen im Heideboden, um Ödenburg und bei St. Gotthard, die zu den biologisch gesündesten und geburtenreichsten Teilen des Ungarndeutschtums gehörten, verblieben auf ungarischer Seite alle städtischen Zentren dieser Zone: Wieselburg, Ungarisch-Altenburg, Ödenburg, Güns, Steinamanger und St. Gotthard. Außer Steinamanger besaßen alle diese Städte noch um die Jahrhundertwende eine erhebliche deutsche Bevölkerungsmehrheit, die erst in den letzten 50 Jahren verloren ging. Von der Vertreibung 1946/47 wurde dieses Gebiet besonders schwer betroffen.

b) Die mittelalterliche Kolonisationsperiode bis zur Türkenzeit

Während des Mittelalters bis zur Türkenzeit kam, durch ungarische Könige zum Aufbau von Städten, zur Entwicklung des Handwerks und des Bergbaus und schließlich zur Sicherung der Grenzen ins Land gerufen, ständig neuer deutscher Zuzug nach Ungarn. Die Deutschen kamen nun nicht nur als Bauern, sondern auch als Handwerker, Bergleute und Kaufleute. Die wichtigsten Zentren dieser noch im Mittelalter entstandenen Siedlungen waren Siebenbürgen und die Zips; beide wurden von Sachsen begründet. Im Jahre 1919 wurden auch diese beiden deutschen Siedlungsgebiete durch den Friedensvertrag von Trianon von Ungarn abgetrennt und an Rumänien bzw. an die Tschechoslowakei angegliedert. Daneben waren aber auch die wichtigsten Städte Rumpfungarns, wenn man von den aus den Zeitumständen der Türkenperiode stammenden Pusztastädten absieht, deutsche Gründungen bzw. mit vorwiegend deutschem Bürgertum besiedelte Gemeinschaften, die ihren deutschen Charakter bis zur Türkenzeit wahrten, ihn dann auch später wiedergewannen, jedoch seit dem Ende des 18. Jahrhunderts einer wachsenden madjarischen Unterwanderung, später einer systematisch geförderten Madjarisierung unterlagen. Zu diesen Städten zählten u. a. vor allem die Landeshauptstadt Ofen (Buda) und die am linken Donauufer liegende Schwesterstadt Pest, beide zu Anfang des 19. Jahrhunderts noch überwiegend deutsch, dann aber auch die Städte Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), Fünfkirchen (Pécs), Weißbrunn (Veszprém), Raab (Győr) und andere. Das deutsche Bürgertum dieser Städte erhielt sich noch bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus als führende Schicht, besonders in der Landeshauptstadt, befand sich aber in keinerlei innerem Zusammenhang mit der im 18. Jahrhundert neu angesiedelten deutschen Bauernschaft der Kolonisationsgebiete und war geistig nach Wien orientiert. Der Sieg des ungarischen Staatsgedankens im „Ausgleich“ von 1867, durch den Österreich ein dualistischer Staat — Österreich-Ungarn — wurde, dessen beide Hälften nur mehr durch das gemeinsame Herrscherhaus, das gemeinsame Heer, die auswärtige Politik und die Finanzen zusammengehalten wurden, bewirkte eine sehr rasche Rückentwicklung und Madjarisierung. Noch 1880 zählte Budapest mit über 123 000 Deutschen einen deutschen Anteil von 34,2 vH.

1941 war (nach der amtlichen Zählung!) der deutsche Anteil mit 22 500 Deutschen auf weniger als 2 vH der Bevölkerung der Hauptstadt gesunken. Neben diesem städtischen Deutschtum gab es auch bäuerliche Siedlungen in Ungarn, die aber in der Türkenperiode fast ganz untergegangen sind. Die Bedeutung dieser Periode für die Deutschmentsentwicklung beruht vornehmlich auf ihrer historischen Tradition für die Entwicklung des ungarischen Städtewesens, weniger in ihrer biologisch noch vorhandenen, jedoch auf keinen Fall abgrenzbaren oder faßbaren Nachwirkung.

c) Das Deutschtum der Kolonisationsperiode nach der Türkenbefreiung

Diese Gruppe des Deutschtums bildet sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich ihrer historischen und politischen Bedeutung die wichtigste Deutschmentsgruppe in Ungarn. Nach der Vertreibung der Türken galt es, die weithin verwüsteten und unbebauten Gebiete neu zu besiedeln. Die Initiative zu diesem Kolonisationswerk ging nicht allein von Wien aus, sondern auch von Ungarn selbst. Der Reichstag von 1723 in Preßburg bat den Herrscher ausdrücklich, aus seinen Erbländen und den Ländern des Heiligen Römischen Reiches Siedler nach Ungarn zu bringen. Schon 1689 erschien das in dieser Richtung liegende „Impopulationspatent“, das die Grundlinien der Neuansiedlung festlegte. Träger dieser Bestrebungen waren vor allem die großen weltlichen und geistlichen Grundherrschaften. Zunächst kamen Siedler bayerisch-österreichischen Stammes in die zuerst befreiten Gebiete des ungarischen Mittelgebirges. Sie besiedelten den Bakonyer (Buchen-) Wald, das Schildgebirge und das Ofener Bergland, die Umgebung von Budapest und die südlich angrenzenden Gebiete. Wenig später setzte die Neubesiedlung der „Schwäbischen Türkei“ ein, des Hügellandes, das sich im Dreieck zwischen der südwärts fließenden Donau, der aus dem Westen kommenden Drau und dem Plattensee ausdehnt. Die Siedler kamen in dieses Gebiet vornehmlich aus dem deutschen Südwesten, dem Schwarzwald, der Pfalz, aus Rheinhessen und Württemberg. Der Sammelname „Schwaben“ für diese Siedler ist erst später aufgekommen und wohl darauf zurückzuführen, daß die Sammeltransporte dieser Siedler von schwäbischen Donauhäfen, insbesondere von Ulm, ihren Ausgang nahmen. Das Deutschtum dieser dritten Periode war und ist ausschließlich bäuerlichen Charakters. Mit den schon Ende des 18. und intensiv im 19. Jahrhundert einsetzenden Madjarisierungsbestrebungen wurde die aufstrebende und zu Intelligenzberufen drängende Schicht dieser deutschen Gruppe laufend ihrem Volkstum entfremdet und madjarisiert. Die Folgeerscheinung dieser Entwicklung war das Fehlen einer deutschen bürgerlichen Führungsschicht.

Im Anschluß an die kurze Charakteristik dieser Gruppe ist zu erwähnen, daß eine gleichartige, jedoch vielfach im Rahmen staatlicher Domänen organisierte Ansiedlung deutscher Bauern zu Beginn des 18. Jahrhunderts im Banat und der Batschka einsetzte. Diese Gebiete fielen jedoch 1919/20 von Ungarn an Jugoslawien; lediglich schmale Streifen davon verblieben bei Ungarn (Rest-Batschka und Rest-Banat). Ihre Struktur und ihr Schicksal sind jenem des Kolonisationsdeutschtums in Mittelungarn und der „Schwäbischen Türkei“ ähnlich.

Zuletzt ist darauf zu verweisen, daß sich auch im übrigen Gebiet Ungarns noch deutsche Streusiedlungen befinden: Im Südosten Ausläufer der Banater Siedlungen, die nach Norden entlang der heutigen rumänischen Grenze liegen, im Nordosten die

westlichsten Teile der Sathmarer Siedlungsgruppe, deren überwiegender Teil sich auf rumänisches Staatsgebiet erstreckt, in der Donau-Theiß-Ebene verschiedene vorgeschobene Siedlunginseln, darunter auch solche innerösterreichischer evangelischer Abwanderer (z. B. Iklád).

Die gesunde biologische Entwicklung der deutschen Kolonistensiedlungen hielt bis in die Gegenwart an. Aus den schon angedeuteten Gründen vermochten sie nicht zur Bildung eines eigenständigen Bürgertums zu gelangen. Bedeutsam war es, daß aus ihren Reihen auch ein beträchtlicher Anteil der Arbeiter in den späteren Bergbaugebieten hervorging. Das erklärt sich daraus, daß wichtige Bodenschätze im Raum des deutschen Siedlungsgebietes lagen (Kohle von Fünfkirchen-Komló, von Tatabánya und von Pilisvörösvár, Bauxit von Bakony u. a.). Von den im Bergbau Tätigen waren vor dem Krieg (bei einem Gesamtbevölkerungsanteil von 5,5 vH) 17,3 vH Deutsche.

2. Regionale Gliederung

Geben diese kurzen Hinweise ein Bild von der historischen Entstehung und Entwicklung der deutschen Siedlungen in Ungarn, dann ist abschließend noch kurz auf die Gruppierung einzugehen, die in der folgenden Bilanz zur Anwendung gelangte. Diese konnte sich nicht restlos an die historischen Siedlungsvorgänge halten, sondern mußte zugleich die Voraussetzungen berücksichtigen, die sich aus der Gliederung des statistischen Materials nach den modernen Verwaltungseinheiten ergaben. Es wurden demnach, soweit eine regionale Gliederung überhaupt möglich war, folgende Gruppen unterschieden:

1. Westungarn

Dazu wurden die Grenzkomitate Sopron (Ödenburg), Vas (Eisenburg) und Győr-Moson-Pozsony (Raab-Wiesenburg-Preßburg) gerechnet, ferner das im äußersten Süden anschließende Komitat Zala (Moosburg).

2. Ungarische Mittelgebirge und Komitat Pest

Zu diesem Gebiet wurden unter Ausschluß der Stadt Budapest alle deutschen Siedlungen im Mittelgebirge sowie im Bereich des Pester Komitates gezählt. Das Gebiet umfaßt somit die Komitate Fejér (Weißenburg), Komárom-Esztergom (Komorn-Gran), Nógrád-Hont (nördlich der Donau), Veszprém (Weißbrunn) und das Großkomitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun.

3. Budapest

Die Landeshauptstadt wird deshalb besonders behandelt, weil sie in ganz besonderem Ausmaß an der Assimilationsbewegung des Deutschtums beteiligt war. Leider schloß der Charakter der vorliegenden statistischen Unterlagen eine Ausdehnung dieser Gruppe auf die zum Komitat Pest gehörenden und inzwischen auch an Groß-Budapest angegliederten Vorstädte aus.

4. Schwäbische Türkei

Unter diesem Gebiet werden die drei Komitate Baranya, Somogy (Schomodei) und Tolna (Tolnau) verstanden.

5. Rest-Batschka und Rest-Banat

Hier wurden die nördlichsten Teile des Batschka-Banater Siedlungsgebietes, die 1919/20 bei Ungarn verblieben waren, zusammengefaßt, das spätere Komitat Bacs-Bodrog und der Bezirk Torontal.

6. Streudeutschtum

In dieser Gruppe wurde das gesamte, in kleinen Splittergruppen siedelnde Deutschum Nord-, Nordost- und Ostungarns angesprochen.

Die Abweichungen, die sich aus dieser Regionalgliederung gegenüber anderen bevölkerungstatistischen Arbeiten ergeben, werden, wo notwendig, jeweils in den Ausführungen zu den Einzelpositionen noch gesondert behandelt.

Abschließend soll noch ein Wort zur Namensschreibung erwähnt werden, die in Ungarn besonderen Schwierigkeiten unterliegt: Viele Orte haben ursprünglich deutsche Namen, die zwar in der Dissimilationsperiode 1941/44 kurzlebig wieder aufgenommen wurden, jedoch im gesamten statistischen Schrifttum ungebräuchlich sind. Es wurde daher folgende Übung eingehalten: Verwaltungseinheiten sind stets zuerst mit dem jeweils amtlichen Namen und in Klammer mit dem (falls existierenden) deutschen Namen versehen. Landschaften sind — soweit deutsche Bezeichnungen vorliegen — nur in dieser gegeben (z. B. Schildgebirge usw.) — Ortsnamen zuerst deutsch, falls ein eingeführter deutscher Name besteht (Ödenburg, Stuhlweißenburg), dahinter in Klammern madjarisch, sofern mit Zahlenangaben verbunden.

II. Das benutzte Quellenmaterial

Die Bilanz gründet sich nur zum Teil auf amtliche Zählungsergebnisse. Deshalb war es notwendig, zusätzlich Fachschrifttum sowie Erhebungen und Denkschriften heranzuziehen. Im Rahmen der in der Einführung gegebenen Periodisierung wird zunächst ein Verzeichnis der amtlichen oder offiziellen statistischen Publikationen für die drei Zeiträume, in die sich die Bilanz gliedert, gegeben.

1. Für die Zeit bis 1938

Czoernig, Karl: Bevölkerung der österreichischen Monarchie, nach Sprachstämmen abgeteilt. Zählung des Jahres 1851. Tabelle auf: Ethnographische Karte der österreichischen Monarchie. 1:864000. 4 Blätter, Wien 1855.

Ergebnisse der in den Ländern der Ungarischen Krone am Anfang des Jahres 1881 vollzogenen Volkszählung, Band 1, Budapest 1882.

Magyar Statisztikai Közlemények. Új sorozat, 42. kötet, Budapest 1912. (Ergebnisse der Volkszählung 1910).

Magyar Statisztikai Közlemények. Új sorozat, 74. kötet, Budapest 1929. (Bevölkerungsbewegung 1919—1925).

Magyar Statisztikai Közlemények. Új sorozat, 69. kötet, Budapest 1923. (Ergebnisse der Volkszählung 1920).

Walz, Erich: Das Deutschum in den 1920 bei Ungarn gebliebenen Teilen von Batschka und Banat. Schriften des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart, Neue Reihe, Band 9, mit Karten, Brunn—München—Wien 1943.

Bleyer, J., H. Schmidt u. a.: Das Deutschtum in Rumpfungarn, Budapest 1928.
Magyar Statisztikai Közlemények. Új sorozat, 83. kötet, Budapest 1933. (Ergebnisse der Volkszählung 1930).

Krallert, Wilfried: Volkstumskarte von Ungarn auf Grund der amtlichen Zählungsergebnisse von 1930. 1:200 000. 23 Blätter, Wien 1941.

Isbert, Otto-Albrecht: Das südwestliche ungarische Mittelgebirge, Bauernsiedlung und Deutschtum, Langensalza 1931.

Magyar Statisztikai Közlemények. Új sorozat, 97. kötet, Budapest 1937. (Bevölkerungsbewegung 1926—1932).

Hugelmann, Karl Gottfried: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich, Wien 1934.

Beyer, Hans-Joachim: Zur Frage der Umvolkung. In: Auslanddeutsche Volksforschung, 1. Jg. 1937, S. 361 ff.

Isbert, O. A.: Madjarisierung oder Madjarisation. In: Auslanddeutsche Volksforschung, 1. Jg. 1937, S. 406 ff.

Wirthoven, A. Fr. Christian: Zur gegenwärtigen Bevölkerungsentwicklung des ungarländischen Deutschtums. In: Neue Heimatblätter, Vierteljahrsschrift zur Erforschung des Deutschtums in Ungarn, II. Jg., Heft 1—2, S. 7 ff., Budapest 1937.

Burkart, Albrecht: Zur Volksbiologie des ungarländischen Deutschtums in der Nachkriegszeit. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 1. Jg. 1937, S. 624 ff.

Klocke, Helmut: Deutsches und madjarisches Dorf in Ungarn. 3. Beiheft zum Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, Band VII, Leipzig 1937.

Winkler, Wilhelm: Deutschtum in aller Welt. Bevölkerungsstatistische Tabellen, Wien 1938.

Wirthoven, A. Fr. Christian: Die deutsche Bevölkerungsfrage in Ungarn. In: Neue Heimatblätter, Vierteljahrsschrift zur Erforschung des Deutschtums in Ungarn, III. Jg., Heft 1—2, S. 13 ff. und Heft 3—4, S. 1 ff., Budapest 1938.

Magyar Statisztikai Évkönyv. Új folyam, 44. kötet, Budapest 1938. (Statistisches Jahrbuch, Band 44, 1938).

Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums. Vornehmlich die Artikel: Banat, Batschka, Budapest, Burgenland-Westungarn, Donauschwaben, Band 1, 1933, Band 2, 1936, Band 3, 1938, Breslau.

Wirthoven, A. Fr. Christian: Entgegnung auf die Einwendungen gegen 700 000 Deutsche in Ungarn. In: Neue Heimatblätter, Deutsche Forschungen in Ungarn, IV. Jg., Heft 1—2, S. 94 ff., Budapest 1939.

2. Für die Zeit von 1939 bis 1945

Pfeiffer, Sepp: Zur Geschichte der Madjarisierung des Sathmarer Deutschtums, Band 5 der Beiträge zur Kenntnis des Deutschtums in Rumänien. Hrsg. R. Spek, Hermannstadt 1940.

Schwäbische Türkei, Gebiete Tolnau, Baranya, Schomodei. Gebietskarte des Volksbundes der Deutschen in Ungarn. 1:200 000. Budapest: o. J. (1940).

Gebiet Westungarn. Gebietskarte des Volksbundes der Deutschen in Ungarn. 1:200 000. Budapest: o. J. (1941).

Gebiete: Schildgebirge und Bakonyer Wald. Gebietskarte des Volksbundes der Deutschen in Ungarn. 1:200 000. Budapest: o. J. (1941).

Gebiet Ofner Bergland. Gebietskarte des Volksbundes der Deutschen in Ungarn. 1:200 000. Budapest: o. J. (1941).

Lades, Hans: Die Nationalitätenfrage im Karpatenraum, Wien 1941.

Volksdeutsche Einwohnerzahlen nach dem Stand von 1940/42 und 1930 in Ungarn. Nebenkarte o. M. zu Blatt 7. In: Der Donaukarpatenraum. Bearb. von P. Hesse, Stuttgart 1943.

Fogarasi, Zoltán: A népeség anyanyelvi, nemzetiségi és vallási megoszlása törvényhatóságonként 1941—ben. (La population de la Hongrie en 1941, suivant la langue maternelle, la nationalité et la religion par comitats et villes autonomes.) In: Magyar Statisztikai Szemle, 22. Jg. 1944, S. 1 ff.

A központi Statisztikai hivatal (Hg.): Az 1941. évi népszámlálás. Demografiai adatok. Községek szerint. — Budapest: 1947. III + 18* + 697 S./Statistisches Zentralamt (Hg.): Die Volkszählung von 1941. Demographische Angaben nach Gemeinden.

Ergebnisse der Erhebungen der deutschen Volksgruppe in Ungarn über die Zahl der Deutschen, angestellt 1942/43, gegliedert nach Komitaten, Bezirken, Komitats- und Bezirksstädten sowie Freistädten (Manuskript, 1944).

Magyar Statisztikai Évkönyv. Új folyam. L. kötet, Budapest 1944. (Statistisches Jahrbuch, Band 50, 1944).

Magyarország Helységnévtára 1944, Budapest 1944. (Ortsverzeichnis Ungarns 1944).

3. Für die Zeit nach 1945

Magyar Statisztikai Szemle, Jg. 1946—1948, Budapest Statisztikai Szemle. A Központi Statisztikai Hivatal Folyóirata, Jg. 1949—1956, Heft 1, Budapest.

Die Flüchtlinge in Deutschland, Ergebnisse der Sonderauszählungen aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/0/4 vom 25. März 1950. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Amtliches Zahlenmaterial zum Flüchtlingsproblem in Bayern. Statistischer Informationsdienst des Bayerischen Staatskommissars für das Flüchtlingswesen, München, Oktober 1946 und Januar 1947.

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Band III, Heft 1—5. Hrsg. Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Statistisches Zentralamt, Berlin 1949.

Folberth, Otto: Wer sind die Volksdeutschen in Österreich? II. Die Donauschwaben. — In: Berichte und Informationen, Nr. 171 (28. X. 1949).

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Magyar Statisztikai Zsebkönyv. 15. Jg. 1948, Budapest 1948. (Statistisches Taschenbuch 1948).

Gazdaságstatisztikai Tájékoztató, 3. Jg. 1949, Heft 3, Budapest. (Wirtschaftsstatistische Rundschau).

Frumkin, Gregory (Grzegorz): Population Changes in Europe since 1939. A Study of Population Changes in Europe during and since World War II as shown by the Balance Sheets of Twenty-four European Countries, New York, 1951.

Vernant, Jaques: The Refugee in the Post-War World, London 1953.

Petri, Edith: Kleine Landeskunde des neuen Ungarn, Budapest 1951.

George, Pierre: La population de la République Hongroise. In: Population. Revue trimestrielle, 6. Jg. 1951, S. 625 ff., Paris 1951.

Annabring, Matthias: Das ungarländische Deutschtum. Leidensweg einer südost-deutschen Volksgruppe. In: Südost-Stimmen, 2. Jg. Nr. 2, März 1952, Stuttgart 1952.

Rhode, Gotthold: Völker auf dem Wege ... Verschiebungen der Bevölkerung in Ostdeutschland und Osteuropa seit 1917. Kiel 1952.

Essen, Werner: Herkunftsgebiete, Wanderungswege und heutige Verteilung der deutschen Heimatvertriebenen im Vierzondeutschland. In: Europa und die deutschen Flüchtlinge, Frankfurt (Main) 1952.

Rhode, Gotthold: Die Deutschen im Osten nach 1945. In: Zeitschrift für Ostforschung, 2. Jg. 1953, Heft 3.

Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, III. Jg. Neue Folge, Wien 1952.

Aufspaltung der Flüchtlinge von Nagykovacs bei der Umsiedlung. Karte 1:100 000. Bearbeitet v. d. Zentralstelle für Volkskunde der Heimatvertriebenen, Freiburg i. B. 1952.

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953.

Annabring, Matthias: Kreuz und quer durch das rote Ungarn. Tagebuch eines Donauschwaben aus der Zeit der Deutschenverfolgung in Südosteuropa, Stuttgart 1953.

Weidlein, Johann: Hintergründe der Vertreibung der Deutschen aus Ungarn, Schorndorf 1953.

Kertész, Stefan: Die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn. Eine Studie zur Nachkriegsdiplomatie. In: Südost-Stimmen, 3. Jg. Nr. 5, Juli—August 1953, Stuttgart 1953.

Annabring, Matthias: Volksgeschichte der Deutschen in Ungarn. Geschichte der Donauschwaben, Band 1, Stuttgart 1954.

Weidlein, Johann: Deutsche Leistungen im Karpatenraum und der magyarische Nationalismus, Darmstadt 1954.

Schumacher, Ludwig: Donauschwaben und Karpatendeutsche. Donauschwäbisches Schrifttum, Kleine Reihe, Heft 1, Stuttgart-Zuffenhausen 1953.

Saria, Balduin: Geschichte der südostdeutschen Volksgruppen. Heft 42 der Schriftenreihe des Göttinger Arbeitskreises, Kitzingen 1954.

Rhode, Gotthold: Völker und Staaten in Ost-Mitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen. In: Volk und Staat, Festschrift Karl Maßmann, S. 176 ff. 1954.

Groß, Hermann: Die weltwirtschaftlichen Auswirkungen der Vertreibung der deutschen Bauern aus Osteuropa. In: Integration, Jg. 1954, Nr. 2.

Wiley: Tensions within the soviet captive countries. Hungary. Prepared at the request of the committee on foreign relations by the legislative reference service of the library of congress, Washington 1954.

Markos, György, Pécsi, Marton und Szabó, László: Magyarország Földrajza, Budapest 1953. Russische Ausgabe, Moskau 1954.

Frank, Ladislaus: Über das Leben der Deutschen in Ungarn. In: Ungarische Rundschau, Heft 12, S. 10, Budapest 1955.

Weidlein, Johann: Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und in Deutschland, Schorndorf 1955.

Heimler, Heinrich und Friedrich Spiegel-Schmidt: Deutsches Luthertum in Ungarn, Düsseldorf 1955.

Krallert, Wilfried: Zur gegenwärtigen zahlenmäßigen Stärke des Deutschtums in und aus Südosteuropa. In: Südostdeutsche Heimatblätter, 4. Jg. 1955, S. 89 ff.

Unser Hauskalender: Jahrbuch der Ungarndeutschen. Hrsg. Ungarndeutsche Abteilung der Caritas-Flüchtlingshilfe Stuttgart. Jahrgänge 1949—1956.

Bevölkerungsbewegung und zunehmende Verstädterung in Ungarn. In: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropas, 5. Jg. 1956, Heft 1, S. 7 ff.

Urschitz, Arthur, E.: Noch rund 300 000 Schwaben leben in Ungarn. In: Neuland 1956, Nr. 11, vom 17. 3. 1956, Salzburg.

Ungedruckte Denkschriften:

Kovacs, Alajos: Die Lage der Deutschen in Rumpfungarn in statistischer Beleuchtung. Deutsche Übersetzung einer 1936 als vertrauliche Handschrift in Budapest gedr. Arbeit (zitiert als „Memorandum Kovacs“).

Steinsch, Irma: Die Austreibung der deutschen Minderheit aus Ungarn. Ungedr. Ausarbeitung, angef. 1951.

Krallert, Wilfried: Die Verwaltungsreform in Ungarn 1949/50 und ihre Fortführung bis 1953. Ungedr. Ausarbeitung, angef. 1953.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung Ungarns vor Beginn der Gebietsveränderungen und dem Kriegseintritt Ungarns im Jahre 1940

Berichtigte Zahlen für 1930	593 000
Natürlicher Bevölkerungszuwachs 1931 bis 1940	30 000
Bevölkerungsstand 1940	623 000

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ungarns von 1940 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Natürlicher Bevölkerungszuwachs	10 000
---	--------

C. Die deutsche Bevölkerung Ungarns Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	633 000
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ungarns	
1. Wehrmachtssterbefälle in der	
a) ungarischen Wehrmacht	12 000
b) deutschen Wehrmacht	20 000
2. Kriegsverluste der Zivilbevölkerung	4 000
Insgesamt	36 000
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ungarns Ende 1944 . .	597 000
F. Die deutschen Vertriebenen aus Ungarn	
Stand: September 1950	213 000
darunter in der Bundesrepublik	178 000
Geburtenüberschuß von 1945 bis September 1950	7 000
darunter in der Bundesrepublik	6 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	206 000
G. Die in Ungarn zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	270 000
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ungarn	8 000
I. Verluste der deutschen Bevölkerung in Ungarn durch Entnationalisierung (Assimilation)	60 000
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ungarn	
De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ende 1944	597 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	206 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung . . .	270 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	8 000
Assimilationsverlust	60 000
Geklärte Fälle	544 000
Ungeklärte Fälle	53 000

Zusammenfassung

Deutsche Bevölkerung 1940	623 000
Zunahme der deutschen Bevölkerung von 1940 bis Ende 1944 . .	10 000
Kriegsverluste	36 000
Deutsche Bevölkerung Ende 1944	597 000
Vertriebene Bevölkerung im September 1950	213 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	206 000

Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung. . .	270 000
Vermutlich noch lebende Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	8 000
Assimilationsverlust	60 000
	<hr/>
Geklärte Fälle	544 000
Ungeklärte Fälle	53 000

Die Zahl der ungeklärt gebliebenen Fälle stellt jene Verluste dar, die der deutschen Bevölkerung Ungarns vor allem durch Verschleppungen und Vertreibungen zugefügt wurden. Die Gesamtverluste betragen 89 000 Personen, das sind 14,3 vH des deutschen Bevölkerungsstandes von 1940. Auf die militärischen Kriegsverluste entfallen 5,1 vH, auf die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung 9,2 vH.

Die Bilanz über das Ungarndeutschtum wird durch eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren, die sich aus historischen und quellenmäßigen Gründen ergeben, belastet. Eine Vorstellung von der Unsicherheit mancher Angaben mag hier nur der Hinweis geben, daß die amtliche ungarische Statistik noch im Jahre 1952 nur einen deutschen Bevölkerungsstand von 20 000 Personen angab, während von offiziöser Seite²⁾ seit Ende 1955 von annähernd 300 000 Deutschen in Ungarn gesprochen wird. Die Unsicherheitsspanne konnte nach Maßgabe der Umstände und nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten jedoch so verringert werden, daß sie sich nur noch über das Schicksal von höchstens 20 000 Personen erstrecken kann.

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Ungarns vor Beginn der Gebietsveränderungen und dem Kriegseintritt Ungarns im Jahre 1940

1. Nach der amtlichen Zählung 1930

Aus der Kenntnis der Geschichte Ungarns, der seit dem Ende des 18. Jahrhunderts mit Erfolg betriebenen Madjarisierungspolitik und der Unzuverlässigkeit der ungarischen Nationalitätenstatistik, erscheint es schwierig, einen gesicherten Ausgangspunkt für die Ermittlung der Vertreibungsverluste der Ungarndeutschen zu gewinnen. Wie bereits erwähnt, muß man zur Erlangung einer Ausgangszahl die Entwicklung des Deutschtums in Ungarn in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen verfolgen. Zählte die deutsche Volksgruppe in Großungarn (einschl. Kroatien-Slawonien) 1910 noch über 2 037 000 Menschen, so fiel ihre Zahl in Ungarn in den Grenzen von 1920 auf rund 552 000, also auf etwa ein Viertel. Damit sank der Anteil des Deutschtums in Ungarn auf 6,9 vH der Gesamtbevölkerung. Im Rahmen der gesamten nationalen Minderheiten in Ungarn stand das Deutschtum aber immer noch mit weitem Abstand an erster Stelle. Es folgten mit 1,8 vH die Slowaken und mit zusammen nur 1,7 vH die anderen Minderheiten. Damit sah sich das Deutschtum einem auf 89,6 vH der Gesamtbevölkerung konzentrierten Staatsvolk gegenüber, das nun all seine Assimilationsbemühungen auf die letzte in Ungarn verbliebene, wirklich bedeutende Volksgruppe, eben die deutsche, richtete.

Die Madjarisierung richtete sich besonders stark gegen das Deutschtum in den Städten (Deutsche in Budapest 1910 = 78 882, 1920 = 60 502). Demgegenüber nahm das bäuerliche Element insbesondere im Mittelgebirge und in Westungarn zu. Daß

sich trotzdem kein Gesamtzuwachs ergab, erscheint durch die Kriegsverluste und den durch den Ersten Weltkrieg verursachten Geburtenausfall hinreichend begründet. Im übrigen darf nicht vergessen werden, daß der Erste Weltkrieg eine Steigerung des nationalen Bewußtseins der Deutschen in Ungarn mit sich gebracht hatte, nicht zuletzt durch den im Kriege erfolgten Kontakt ungarndeutscher Truppenteile mit deutsch-österreichischen oder reichsdeutschen Verbänden. Den nach 1920 besonders stark einsetzenden Madjarisierungsbestrebungen stand also das verstärkte nationale Selbstbewußtsein der deutschen Volksgruppe entgegen. Um dennoch nach außenhin eine Madjarisierung in Erscheinung treten zu lassen, nahm man von ungarischer Seite in noch stärkerem Maße als schon bisher Einfluß auf die Volkszählungen. Wie stark dieser von den Zählungsorganen ausgeübte Einfluß gewesen ist, geht aus dem Einzelvergleich zahlreicher Ortschaften hervor, von denen die drei Dörfer Károlyfalva (Komitat Zemplen), Iharkut (Komitat Veszprém) und Porva (Komitat Veszprém) hier als Beispiele angeführt seien.

Deutsche und Madjaren in drei Dörfern 1900 bis 1930

Ort	Volks- zugehörigkeit	1900	1910	1920	1930
Károlyfalva	deutsch	17	6	396	92
	madjarisch ..	441	418	83	449
Iharkut	deutsch	112	69	11	107
	madjarisch ..	86	74	129	40
Porva	deutsch	673	227	80	635
	madjarisch ..	172	610	675	267

Die Reihe solcher mehr oder minder krassen Fälle ließe sich zu Dutzenden fortsetzen³⁾.

Daß im übrigen die Zählungsdaten nicht ausschließlich in der Form der ersten erfolgten Erhebung veröffentlicht wurden, sondern auch noch nachträgliche Korrekturen daran vorgenommen worden sind, gibt Kovacs in einer Denkschrift ausdrücklich zu⁴⁾. Er schreibt nämlich darin: „Das Amt hat die Angaben über die Nationalitäten in jeder einzelnen Gemeinde . . . mit den Angaben der vorhergehenden Volkszählung verglichen. Dort, wo es in der einen oder anderen Richtung auffallende Änderungen gegeben hatte, richtete es an den Vorstand der betreffenden Gemeinde eine Anfrage wegen der Gründe der Änderung . . . In vielen Fällen sandte das Amt seine eigenen Beamten hinaus. . .“. Kovacs teilt im Zusammenhang mit dieser Korrektur-Aktion mit, daß 1930 bei insgesamt 58 deutschen Dörfern die Zahl der Deutschen erhöht werden mußte, wodurch 21 169 Deutsche mehr herauskamen, als die Ersterhebung ergeben hatte, bei der also zu sehr madjarisiert worden war.

Nach Kovacs hätte somit die Abnahme der Deutschen bei Belassung der Erstergebnisse nicht, wie er meint, „nur“ 73 000, sondern 94 000 Deutsche betragen! Kovacs sagt voraus, daß das Deutschtum voraussichtlich bis 1940 angesichts des Rückganges seines Geburtenüberschusses und der von ihm vermuteten Beschleunigung des Einschmelzungsvorganges noch stärker als im Zeitraum 1920 bis 1930 abnehmen werde. Daß sich diese Voraussage dann nicht erfüllte, ist ein weiterer Beweis für die zeitweise Behinderung des Assimilationsvorganges durch die politischen Verhältnisse und die Maßnahmen der deutschen Volksgruppenorganisation in der Periode zwischen den beiden Zählungen.

Um zu einer klaren Ausgangsziffer der Bilanz zu gelangen, erscheint es als sicherste Methode, wenn man den am Ende des Ersten Weltkrieges durch eigenes Bekenntnis festgestellten Bestand an Deutschen als Mindestzahl annimmt. Die erschwerenden Bedingungen bei der Erhebung bestanden natürlich auch bei dieser Zählung, waren aber durch die bereits dargelegten Zeitumstände etwas gemindert.

Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß für das Jahr 1920 zwei verschiedene Deutschumszahlen angeführt werden. Einmal bringt die amtliche Publikation über die Zählung von 1920 eine Zahl von 551 211 Deutschen, die Burkart⁵⁾ als Grundlage für seine Berechnungen benutzt. Zum anderen ist in der amtlichen Veröffentlichung über die Zählung von 1930 eine für das Jahr 1920 rückberechnete Deutschumszahl in Höhe von 551 624 ausgewiesen. Die Korrektur des ursprünglichen Zählungsergebnisses von 1920 ergab sich aus der Tatsache einiger kleinerer Grenzberichtigungen, die zwischen 1920 und 1930 vorgenommen wurden. In der Bilanz wird mit der korrigierten Zahl gerechnet.

Für die Jahre zwischen 1920 und 1930 liegen, wie aus der Quellenangabe hervorgeht, jahrgangsweise auch die Zahlen für die natürliche Zunahme des Deutschums in den amtlichen statistischen Veröffentlichungen vor.

Geburtenüberschuß der Ungarndeutschen 1921 bis 1930

Jahr	Geburten- überschuß	Jahr	Geburten- überschuß
1921	5 263	1926	5 061
1922	4 555	1927	3 796
1923	4 242	1928	4 396
1924	2 427	1929	3 047
1925	4 961	1930	4 087
Im Durchschnitt der Jahre			
1921 bis 1925	4 290	1926 bis 1930	4 077

Die Gesamtzunahme der Ungarndeutschen in der Zeit von 1921 bis 1930 errechnet sich auf 41 800 Personen.

Nimmt man die korrigierte Zahl des Jahres 1920 als feste Ausgangsgrundlage und rechnet den Geburtenüberschuß der Jahre von 1921 bis 1930 hinzu, dann kommt man für das Jahr 1930 zu einer Mindestzahl von 593 000 Ungarndeutschen. Das amtliche Zählungsergebnis erbrachte für 1930 aber eine Deutschumszahl von nur 477 700.

Nun liegen für die Periode zwischen 1920 und 1930 außer den amtlichen Zahlen über die Geburtenüberschüsse — die übrigens leider nur für den Gesamtstaat gegeben sind und daher keine Untergliederung nach Siedlungsgebieten erlauben — und der erwähnten Arbeit von Burkhart noch die eingehenden und bis zu den einzelnen Gemeinden herabreichenden Untersuchungen von Wirthoven vor⁷⁾. Diese kommen zu noch höheren Ergebnissen als die Weiterrechnung von Burkhart und unserer Bilanz. Wirthoven faßt seine Ergebnisse für größere Siedlungsgebiete in Tabellen zusammen, die folgendes Bild zeigen:

Gebiet	Die Zahl der Deutschen im Jahre		Zunahme von 1920 bis 1930
	1920	1930	
Westungarn	74 156	78 777	4 621
Mittelgebirge	221 722	246 325	24 603
Schwäbische Türkei	227 489	233 193	5 704
Batschka	43 143	47 646	4 503
Streudeutschtum	38 980	42 605	3 625
Ungarn, ohne städtisches Deutschum ...	605 490	648 546	43 056

Vergleichen wir diese Zahlen mit den Angaben der amtlichen Zählung von 1920, dann stellen wir eine auffallende Divergenz fest. Obwohl Wirthoven⁹⁾ schreibt: „Wir wollen also den Bevölkerungsstand des ungarländischen Deutschums von 1930 auf Grund des amtlichen Bevölkerungsstandes von 1920 und der amtlich festgestellten Vermehrung bis 1930 ermitteln. Städte, mit Ausnahme derer Westungarns, die immerhin eine beträchtliche Zahl von Deutschen aufweisen, werden bewußt außer acht gelassen“, geht er für 1920 von einer Zahl von 605 490 aus und dies ohne die Städte, insbesondere Budapest, das 1920 (nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik) 60 502 Deutsche zählte. Seine Ausgangszahl liegt also nicht um etwa 50 000, sondern um mehr als 100 000 über der amtlichen Zahl, die er als Ausgangspunkt zu wählen angibt¹⁰⁾. Es ist schließlich auch nicht zu erkennen, auf welche Weise Wirthoven zu den Endzahlen gelangt ist, die er am Ende der Einzeltabellen für das Deutschum angibt und die er dann in den Sammeltabellen zusammengefaßt verwertet¹¹⁾.

Burkarts sorgfältige und auf amtlichen Grundlagen fußende Berechnungen verdienen deshalb vor den Darlegungen Wirthovens den Vorzug.

Es muß nun noch kritisch zu der aufgezeigten Differenz zwischen dem amtlichen Zählungsergebnis des Jahres 1930 und der errechneten Zahl für die Ungarndeutschen Stellung genommen werden.

Wie erwähnt, muß von der korrigierten Zahl von rund 551 600 ausgegangen werden, welche die Zahl der Bekenntnisdeutschen darstellt. Die amtliche Zählung und die Fortschreibung der amtlichen Zahlen über die natürliche Bevölkerungsentwicklung zeigt einen Zuwachs des Deutschums von 41 800 Personen in zehn Jahren an. Bei einer Gegenüberstellung der Zählungsergebnisse von 1920 und 1930 wurde jedoch ein Minus von fast 73 000 Personen festgestellt, das würde also eine Abnahme von nahezu 115 000 Deutschen bedeuten. Wenn die amtliche Statistik diese Diskrepanz mit „freiwilliger Assimilation“ erklärt, zugleich den vorher noch größer gewesen Erhebungsfehler um 21 169 berichtigt und zudem in einer Vielzahl von Fällen jahrzehntelang einander ständig widersprechende Zahlenangaben gemacht hat, dann muß als klar erwiesen angenommen werden, daß sowohl die amtliche ungarische Statistik über den Bestand der nationalen Minderheiten wie jede offizielle oder offiziöse Äußerung zu diesem Gegenstand nicht als exakte statistische Erhebungszahl, sondern als politisch bedingter Wert anzusehen ist. Es ist also für diese Untersuchung nur angängig, von einem Stichtag, wie ihn die Zählung 1920 bietet, auszugehen und danach weiterzurechnen, möglichst mit Zahlen, die den politischen Gesichtspunkten nicht unterworfen waren.

Abschließend soll kurz noch auf die Frage der Wanderungszahlen eingegangen werden. Die von Wirthoven angegebene Zahl von 23 720 Deutschen, die durch Abwanderung verloren gingen und die er daher in seinen Tabellen absetzt, kann keinesfalls zutreffen und muß zahlreiche Fälle von Binnenwanderung einschließen. Winkler¹²⁾ gibt für 8 Jahre (1928 bis 1935) eine Gesamtauswanderung von 3046 Ungarndeutschen an und stützt sich auf diesbezügliche Mitteilungen der ungarischen statistischen Jahrbücher, die in dieser Periode die Auswandererzahlen nach Nationalitäten gegliedert angeben. Für 10 Jahre kämen wir so auf nicht einmal 3500 deutsche Auswanderer; aber selbst wenn man die 3 Jahre 1928 bis 1930 mit besonders starker Auswanderung zur Berechnungsgrundlage macht, ergeben sich für 10 Jahre höchstens 8000 bis 9000 deutsche Auswanderer, nicht aber 23 720, wie Wirthoven behauptet.

2. Nach der amtlichen Zählung 1941 und der Volksgruppen- erhebung 1941/43

Bei der Ermittlung des Bevölkerungsstandes der Ungarndeutschen im Jahre 1940, also vor dem Kriegseintritt Ungarns, besteht die Möglichkeit, zwei Wege zu beschreiten. Es wird im folgenden von den Zählungsergebnissen des Jahres 1930 ausgegangen werden, wobei einmal die amtlichen Zählungsergebnisse, zum anderen das berichtigte Zählungsergebnis benutzt werden. Zu diesen Zahlen werden dann die amtlichen Angaben für die natürliche Bevölkerungsbewegung der Ungarndeutschen zugeschlagen.

Für den Zeitabschnitt von 1930 bis 1938 bzw. 1941 liegen, gegliedert nach Volksgruppen, amtliche Zahlen über die natürliche Bevölkerungszunahme (Geburtenüberschuß) vor, leider nur für den Gesamtstaat und nicht auch für die Einzelgebiete.

Geburtenüberschuß der Ungarndeutschen 1931 bis 1940

Jahr	Geburten- überschuß	Jahr	Geburten- überschuß
1931	2 211	1936	1 582
1932	1 764	1937	999
1933	2 328	1938	459
1934	1 917	1939	783
1935	957	1940	581
Im Durchschnitt der Jahre			
1931 bis 1935	1 835	1936 bis 1940	881

Die Gesamtzunahme der Ungarndeutschen in den vorgenannten zehn Jahren würde somit 13600 Personen betragen. Fügen wir diese Zahl dem amtlichen Zählungsergebnis von 1930, nämlich 478600, zu, dann ergäben sich nach der amtlichen Statistik für 1940 über 492000 Deutsche.

Die auf Grund der amtlichen Angaben für 1940 errechnete Zahl der Ungarndeutschen von 492000 Personen schien durch die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 1941 bestätigt. Bei dieser Erhebung wurden nach dem Kriterium der Muttersprache 482139 Deutsche festgestellt. Trotzdem war die Zahl viel höher als man erwartet hatte; nach den Voraussagen von Kovacs und auch nach anderen Autoren hätte man weniger Deutsche vermutet. Makkai¹²⁾ z. B. hat für 1935 nur noch 430400 Deutsche angenommen.

Es muß aber auch untersucht werden, ob die amtlich bekanntgegebenen Zahlen über die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Ungarndeutschen einer ersten Prüfung standhalten. Vergleicht man die vorstehend angegebenen Zahlen über den natürlichen Bevölkerungszuwachs des Deutschtums in der Periode 1931 bis 1940 mit den entsprechenden mittleren Zuwachswerten der Gesamtbevölkerung, dann ist festzustellen, daß die deutschen Geburtenüberschüsse unvergleichlich schneller abnahmen. Ging die mittlere Zuwachsrate für die Gesamtbevölkerung 1931/35 gegenüber dem vorausgegangenen Jahrzehnt um 24 vH zurück, so fiel die deutsche Zuwachsrate um 55,0 vH; im darauffolgenden Jahrzehnt 1936/40 betrug der Rückgang für den Gesamtstaat nur 8,3 vH, jener der deutschen Zuwachsrate jedoch 52,0 vH.

Diese überaus schnelle rückläufige Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung der Ungarndeutschen stand in keinem erklärbaren Verhältnis zu der erheblich langsameren Abnahme entsprechender Quoten für die Gesamtbevölkerung. Es kann nur angenommen werden, daß die amtlichen statistischen Organe, die erkannt hatten, für die Zeit von 1920 bis 1930 einen „Fehler“ begangen zu haben, zuerst die deutschen Zuwachsziffern unverfälscht zu publizieren, dann aber eine Volkszählung zu veranstalten, die einen Rückgang um ein Fünftel demonstrieren sollte, nun daran gingen, die deutschen Zuwachsraten rechtzeitig zu verringern.

Diese Ansicht erfährt durch folgende Tatbestände eine Unterstützung: 1933 waren die endgültigen Ergebnisse der Zählung von 1930 veröffentlicht und kritisch bewertet worden. 1936 verfaßte Kovacs seine rechtfertigende Denkschrift, 1935/37 fiel dann plötzlich die deutsche Zuwachsrate auf etwa die Hälfte der an sich schon stark abgesunkenen Ziffer von 1931. Da kein bevölkerungsbiologischer oder politischer Anlaß besteht, der die Annahme rechtfertigen könnte, die deutsche natürliche Vermehrung wäre innerhalb kürzester Frist auf weniger als die Hälfte abgesunken, wurde für die Weiterberechnung der Bilanz angenommen — und dabei auf die Erfahrungssgrundsätze der vorausgegangenen zwei Jahrzehnte zurückgriffen —, daß sich die biologische Entwicklung der deutschen Bevölkerung analog derjenigen der Bevölkerung des Gesamtstaates vollzogen hat.

Bei Zugrundelegung dieses Prinzips ergab sich ein mittlerer Jahreszuwachs von 3100 Personen für die Zeit von 1931 bis 1935 (statt der amtlich bekanntgegebenen Zahl von 1835 Personen) und von rund 2800 für 1936/40 (statt der amtlich bekanntgegebenen 881). Wahrscheinlich liegen die so ermittelten Zahlen angesichts der wachsenden Dissimilationsbewegung und der durchaus erwiesenen Geburtenfreudigkeit der deutschen Landbevölkerung insbesondere in Westungarn und im Mittelgebirge erheblich höher, aber es soll von dem Prinzip, in dieser Bilanz nur mit statistisch gesicherten Werten bzw. Mindestsätzen zu operieren, nach Möglichkeit nicht abgegangen werden. Legt man diese Rechnungsprinzipien zugrunde, dann kommt man zu einer Zunahme

für die Zeit von 1931 bis 1935 von	15 500
für die Zeit von 1936 bis 1940 von	14 200
Zusammen	29 700

Es wird hier mit einer gerundeten Zahl von 30 000 weitergerechnet. Addiert man zu der für 1930 angenommenen Zahl von 593 000 Deutschen diesen natürlichen Bevölkerungszuwachs, dann erhält man für 1940 eine wahrscheinliche Mindestzahl von 623 000 Deutschen. Diese Zahl soll, unabhängig von den späteren Zählungsergebnissen wegen deren Unzuverlässigkeit auch zum Ausgang für die Berechnung des deutschen Bevölkerungsstandes Ende 1944 genommen werden.

Es ist dabei darauf zu verweisen, daß in den letzten beiden Jahren dieser Periode schon deutsche Siedlungsgebiete, die nicht zu Ungarn in den Grenzen von 1937 zählen, in den Zuwachsraten mit enthalten sind, nämlich die Gebietsstreifen der südlichen Slowakei (in ungarischer Terminologie „Oberland“) und Karpatorußland. Das Deutschtum beider Gebiete betrug bei der tschechoslowakischen Volkszählung vom Jahre 1930 zusammen 23 844 Menschen⁴⁹). Aber erst der Anschluß Nordsiebenbürgens mit dem Gewinn der Bistritz-Sächsisch Regener und der Sathmarer Gruppe (einschl. Bihar und Maramureş) sowie die Gewinne der Batschka, Rest-Baranya und des Übermurgebietes von Jugoslawien haben dann die Bestandsziffer des Deutschtums in Ungarn wesentlich erhöht. Dieser Deutschtumszuwachs, der sich durch die Angliederung fremden Staatsgebietes ergab, braucht hier bilanzmäßig nicht berücksichtigt zu werden.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Ungarns von 1940 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

1. Übersicht über die amtliche Zählung 1941 und die Volksgruppen- erhebung 1941/43 nach Siedlungsgebieten

1941 wurde in Ungarn eine Volkszählung durchgeführt. Dabei wurde erstmalig nicht nur die Frage nach der Muttersprache, sondern auch die Frage nach der Natio-

nalität gestellt. Es war diese Fragestellung mit eine Folge der Kritik, welche die Zählungsergebnisse von 1930 gerade von deutscher Seite hervorgerufen hatten. Damit sollte versucht werden, so wie in Rumänien 1930, zwei Erkennungsmerkmale zu gewinnen.

Es ist nun kennzeichnend für die besondere Lage in Ungarn, daß die Ergebnisse dieser beiden Ermittlungen auffallend weit auseinanderklaffen: Im Jahre 1941 wurden 482039 Deutsche nach dem Kriterium der Muttersprache, jedoch nur 308496 Deutsche nach der Volkszugehörigkeit gezählt. Da das städtische Judentum, das seinerzeit noch vielfach Deutsch als Muttersprache angegeben hatte, schon seit 1930 kaum mehr diese Angabe machte und 1941 die Juden Deutsch als Muttersprache praktisch überhaupt nicht mehr angaben, bedeutet die Divergenz beider Zahlen nichts anderes als ein Abbild der völligen Begriffsverwirrung und Ratlosigkeit, der sich die Masse der bäuerlichen deutschen Bevölkerung in der Situation des Jahres 1941 gegenüber sah. Sie stand zwischen den Madjarisierungsbestrebungen der Erhebungsorgane, der zum Bekenntnis zum Volkstum drängenden aufstrebenden Volksgruppenorganisation, ihrem Landespatriotismus, an den die Zählungsorgane appellierten und ihrem geweckten nationalen Selbstbewußtsein, das wieder die Volksgruppenorganisation aufzurütteln versuchte.

Ein kleiner Teil legte sich in beiden Fragen auf das Deutschtum fest, ein erheblicher Teil gab aber, so wie schon bisher, zwar Deutsch als Muttersprache an, jedoch Madjarisch als Nationalität. Besonders stark fallen die Zahlen in den Streusiedlungsgebieten des Mittelgebirges auseinander, wo 172228 Deutsche nach der Muttersprache, jedoch nur 88390 nach Nationalität gezählt wurden, also wenig mehr als die Hälfte. Die Angaben dieser Zählung wurden erst spät in zusammengefaßter Form veröffentlicht¹⁴⁾. Eine als Manuskript gedruckte Ausgabe ihrer endgültigen Daten wurde erst 1957 bekannt (vgl. Quellenangabe). Die Auseinanderrechnung der Angaben nach Siedlungsgebieten mußte bei Aufstellung der Bilanz noch an Hand von Tabellen erfolgen, die nur als maschinengeschriebenes Manuskript vorlagen und die vorläufigen Daten bis zur Bezirksebene enthielten. Eine solche Auseinanderrechnung war besonders deshalb notwendig, weil ja die Zählung 1941 im ganzen Gebiet des damaligen Ungarn abgehalten wurde, also auch in der Südslowakei, in Karpatorußland, in Nordsiebenbürgen, in der ehemals jugoslawischen Batschka und Baranya und im Übermurgebiet. Alle diese Gebietsteile mußten ausgeschieden werden, um zu den Vergleichszahlen für Ungarn in den Grenzen von 1937 zu kommen, die für die zurückliegende und die nachfolgende Entwicklung notwendig waren. Für das gesamte Staatsgebiet Ungarns im Augenblick der Zählung von 1941 betrugen die Deutschtumszahlen nach den endgültigen Zählungsergebnissen 720 300 nach der Muttersprache und 532 900 nach der Nationalität.

Diese Zahlen beziehen sich also auch auf die 1938, 1940 und 1941 neugewonnenen Gebiete. Eine Berechnung für Ungarn in den Grenzen von 1937 war nur mit Hilfe der vorläufigen Zählungsergebnisse durchführbar, weshalb diese in der Bilanz angeführt sind. Die Untergliederung nach Siedlungsgebieten folgt den gleichen regionalen Grundsätzen wie die Übersichten für die Jahre 1910, 1920 und 1930.

Die Berechnung der Deutschtumszahlen nach Gebieten beruht auf den im Manuskript vorgelegenen bezirksweisen Daten der vorläufigen Zählungsergebnisse, sie weicht aber von den endgültigen Ergebnissen nur wenig ab.

Die deutsche Bevölkerung Ungarns 1941—1943

Gebiet	Die Deutschen in Ungarn nach der		
	Volkszählung 1941		Volksgruppen- erhebung 1941/43
	Nationalität	Muttersprache	
1. Westungarn	38 400	54 100	91 600
2. Mittelgebirge	88 400	172 200	} 426 800
3. Budapest	11 100	22 300	
4. Schwäbische Türkei	138 100	180 000	230 000
5. Batschka—Banat	22 400	29 500	41 400
6. Streudeutschtum	10 200	14 900	55 400
Insgesamt	308 600	482 000	845 200

Neben der amtlichen Zählung wurde seitens der statistischen Abteilung der Volksgruppe, also durch Organe des Volksbundes der Deutschen in Ungarn, eine Selbstzählung durchgeführt. Diese Erhebung wurde über einen größeren Zeitraum hinaus vorgenommen. Zu diesem Zweck wurden die mit der Erhebung Betrauten einer besonderen Schulung unterzogen. Die Fragebogen betrafen keineswegs nur die Frage nach Volkstumsbekenntnis oder Muttersprache allein, sondern auch alle familiären Verhältnisse, Ausbildung, Berufsverhältnisse, Haus- und Grundbesitz, Eltern und deren Volkzugehörigkeit usw. Die Erhebung trug somit den Charakter eines Nationalkatasters. Nun wurde bei dieser Erhebung in den Siedlungen mit stärkerer deutscher Bevölkerung naturgemäß auch eine sehr große Zahl von Personen mit erfaßt, deren deutsche Abstammung zwar außer Zweifel stand, die sich aber bei den amtlichen Zählungen nicht als Deutsche bekannt hatten. Dabei wurden auch Personen, die in Mischehen lebten, registriert, in den Städten auch vielfach Personen ohne ihr Wissen auf Grund von Angaben der betreffenden Volksbundbeauftragten mit aufgeführt. Trotz des in dieser Periode zweifellos starken deutschen kulturellen und politischen Einflusses kann keinesfalls davon die Rede sein, daß alle von der Volksgruppenerhebung erfaßten Personen tatsächlich bewußtseinsmäßig wieder als Deutsche anzusprechen waren. Vor allem aber schien es auch zwecklos, die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme für weitere Berechnungen zugrunde zu legen. Nur insofern sind die Zahlen der Volksgruppenerhebung von Wert, weil sie die bis dahin nicht bekannte äußere Grenze des Schwankungsbereiches anzeigten, die bei Anwendung prodeutscher Betrachtung erreichbar war. Beim Vergleich der Endzahlen gelangt man zu der Erkenntnis, daß die Volksgruppenerhebung etwa ebensoviel nach oben von der fortgerechneten Mittelzahl abweicht, wie die amtlichen Zählungen nach unten.

Über die Volksgruppenerhebung liegen zwei Quellenunterlagen vor: Ein Manuskriptauszug aus dem Erhebungsmaterial in der Aufgliederung nach Bezirken, der über das Archiv der ehemaligen Publikationsstelle Wien erhalten blieb und eine nach Komitaten gegliederte Übersicht im Atlas „Der Donau-Karpatenraum“. Die letztgenannte Übersicht stammt aus einem früheren Zeitabschnitt der Erhebung, an der bis gegen Kriegsende noch weitergearbeitet wurde. Daher gibt die Angabe im Atlas „Der Donau-Karpatenraum“ zum Teil abweichende Ziffern von der Manuskriptaufzeichnung, in manchen Fällen jedoch auch — obwohl früher fertiggestellt — höhere

Ziffern. Da die Publikation in dem Atlas die einzige gedruckt vorliegende Fassung der Bestandsaufnahme ist, wurde sie den Angaben in der vorstehenden Übersicht zugrunde gelegt¹⁵⁾.

Der Wert der Volksgruppenerhebung ist zum Teil recht hypothetisch. So etwa nimmt sie für Nordsiebenbürgen eine Zahl von 60 922 und für Sathmar eine Zahl von 41 000 Deutschen an, die beide viel zu hoch gegriffen sind, insbesondere die Zahl der Nordsiebenbürger, da man über deren Volkstumsverhältnisse sehr ausreichend und zuverlässig informiert ist und weiß, daß das Deutschtum im Nösnergau kaum die 40 000er Grenze erreicht hat. Ein weiteres Beispiel für die Unbrauchbarkeit der Ergebnisse aus der Volksgruppenerhebung zeigt der Fall Budapest; hier sollen sich nach dieser Bestandsaufnahme 156 000 volksbewußte Deutsche befunden haben.

Volkszählung 1941	Deutsche in Budapest	
	Anzahl	in vH der Gesamt- bevölkerung
nach der Muttersprache	22 559	1,9
nach der Nationalität	11 082	1,0
dagegen		
Volksbunderhebung 1943	156 000	13,0

Es muß angenommen werden, daß bei der Volksbunderhebung viele Personen deutscher Abstammung, Träger deutscher Familiennamen usw. als Deutsche mitgezählt wurden. Daß dieser Personenkreis außerordentlich groß war, ist z. B. aus der Entwicklung des Deutschtums in Budapest wohl zu ersehen, denn um 1880 war noch etwa ein Drittel der Bevölkerung der ungarischen Hauptstadt deutscher Volkszugehörigkeit¹⁶⁾.

2. Die Bevölkerungsentwicklung der Ungarndeutschen während des Krieges unter Berücksichtigung der berichtigten Zahlen

Für die Berechnung der Geburtenüberschüsse der ungarndeutschen Bevölkerung von 1940 bis 1944 ist die Quellenlage weniger günstig als für den Zeitraum von 1930 bis 1940. Es sind zwar für 1941 und 1942 amtliche Zahlen für die natürliche Bevölkerungsentwicklung auch für das Deutschtum veröffentlicht worden¹⁷⁾, aber für Ungarn im Gebietsumfang von 1941, somit einschließlich der Ungarn wieder angeschlossenen Gebiete, nicht aber auch für die einzelnen Gebiete selbst. Es muß deshalb versucht werden, aus den jährlichen Geburtenüberschüssen der Gesamtbevölkerung Ungarns in den Grenzen von 1941 den auf das ungarländische Deutschtum (Grenzen von 1937) entfallenden Anteil zu berechnen: Aus den für die Jahre 1941, 1942 und 1943 für ganz Ungarn veröffentlichten Zahlen über die jährlichen Geburtenüberschüsse, die nach 1945 auch auf das verbliebene Gebiet rückberechnet und nochmals publiziert wurden¹⁸⁾, konnte die Zahl 47 062 als Mittelwert gewonnen werden.

Geburtenüberschüsse der Bevölkerung Ungarns (in den Grenzen von 1937) von 1941 bis 1943

Jahr	Geburtenüberschuß
1941	49 003
1942	46 044
1943	46 139
1941 bis 1943	141 186
Mittelwert 1941/43	47 062

Gegenüber dem Mittelwert der vorausgegangenen Periode von 1936 bis 1940: 53576 ergibt sich für den Zeitraum von 1941 bis 1943 ein Rückgang des durchschnittlichen jährlichen Geburtenüberschusses um 6514 Personen oder 12,2 vH. Einen relativ gleichmäßigen Rückgang der Geburtenüberschüsse auch bei der ungarndeutschen Bevölkerung vorausgesetzt, würde sich für die Ungarndeutschen eine Abnahme des durchschnittlichen jährlichen Geburtenüberschusses von 2842 (1936 bis 1940) auf 2495 Personen (1941 bis 1943) ergeben. Für die gesamte Periode von 1941 bis Ende 1944 ergäbe sich für das Ungarndeutschtum eine natürliche Bevölkerungszunahme von rund 10000 Personen.

C. Die deutsche Bevölkerung Ungarns Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Das Ergebnis der in Position B durchgeführten Berechnungen, die für das Jahr 1940 eine wahrscheinliche Mindestzahl von 623000 Deutschen ergab, ist ein für Ende 1944 annähernd auf 633000 Personen festzulegender Bestand des Deutschturns in Ungarn, ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste.

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Ungarns

1. Wehrmachtssterbefälle

a) In der ungarischen Wehrmacht

Über die Kriegsverluste Ungarns liegen zwei amtliche Nachrichten vor: Die Zusammenstellung von A. Snyder in Magyar Statisztikai Szemle 1946¹⁹⁾ und eine zweite Übersicht in Statisztikai Szemle 1955²⁰⁾. Beide Aufstellungen geben übereinstimmende und einander ergänzende Daten an. Es ist erwiesen, daß ein beträchtlicher Teil der wehrfähigen Ungarndeutschen bei Kriegsbeginn zur ungarischen Wehrmacht eingezogen und daher gemäß dem deutschen Bevölkerungsanteil auch an deren Verlusten beteiligt war.

Die ungarische Wehrmacht verlor allein im Zusammenhang mit der Katastrophe von Stalingrad, wo der russische Durchbruch vom Norden her an den von ungarischen und rumänischen Truppen besetzten Teilen der Donfront erfolgte, eine ganze Armee. In dieser waren vornehmlich Truppen aus den Minderheitengebieten, darunter auch aus der Schwäbischen Türkei, eingesetzt. Ministerpräsident Kallay berichtete nachher vor dem betreffenden Parlamentsausschuß, „die verlorenen 100000 Mann am Don seien keine Madjaren gewesen“²¹⁾. Wenn also der deutsche Verlustanteil im Rahmen der ungarischen Wehrmacht an Hand des deutschen Bevölkerungsanteils berechnet wird, dann sind dies Mindestzahlen.

Nach den einleitend zitierten amtlichen ungarischen Angaben hat Ungarn einen militärischen Kriegsverlust von 136000 Mann zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich lediglich um Angehörige der ungarischen Wehrmacht. Da der deutsche Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung Ungarns im Jahre 1940 in den Grenzen von 1937 6,7 vH betrug, würden auf die deutschen Angehörigen der ungarischen Wehrmacht rund 9100 Sterbefälle entfallen. Da jedoch, wie bereits ausgeführt, der Anteil der nationalen Minderheiten an den Kriegsverlusten verhältnismäßig hoch

lag, wird man einen **Mindestsatz von 12000** gefallenen oder verstorbenen deutschen Angehörigen der ungarischen Wehrmacht einkalkulieren können, zumal im Rahmen der ungarischen Wehrmacht das Deutschtum der Schwäbischen Türkei besonders betroffen wurde.

b) In der deutschen Wehrmacht

In den letzten Kriegsjahren wurde deutscherseits auch in Ungarn versucht, Volksdeutsche zur Wehrdienstleistung in der Waffen-SS auszuheben. Nach mancherlei Widerständen von ungarischer Seite kam es schließlich zu drei Abkommen (am 1. Februar 1942, 1. Juni 1943 und 14. April 1944), in denen die ungarische Regierung die Musterung von Ungarndeutschen zur Waffen-SS zuließ. War in den ersten beiden Abkommen noch ein beschränkter Kreis von Jahrgängen dafür vorgesehen und das Prinzip der Freiwilligkeit wenigstens dem Schein nach gewahrt worden, so bedeutete das dritte Abkommen das Zugeständnis einer deutschen Zwangsmusterung aller Jahrgänge bis zu 60 Jahren.

In die ungarische Wehrmacht eingezogene Volksdeutsche waren in die Waffen-SS zu überführen, nur 10 vH durften unter dem Rechtstitel „technisches Personal“ zurückbehalten werden. Auf diese Weise fand in den letzten zwei Kriegsjahren eine Massenrekrutierung der Ungarndeutschen zur Waffen-SS statt.

Genaue Unterlagen über diese Aktion liegen nicht vor — vergleicht man die Verhältnisse mit jenen in Siebenbürgen und im Banat²²⁾, wo etwa 12 vH des Bevölkerungsbestandes betroffen wurden, dann wird man für Ungarn angesichts des späteren Beginns dieser Einziehungen und der schon vorher stärkeren Heranziehung Volksdeutscher zur ungarischen Wehrmacht einen Satz von 10 vH als wahrscheinliches Höchstmaß annehmen können. Dies bedeutet bei dem Bevölkerungsstand, den wir für 1940 annehmen, 62300 einberufene Volksdeutsche. Wir haben also mit der Zahl von etwa 60000 Volksdeutschen in der Waffen-SS zu rechnen. Die Verlustquote dieser Einheiten ist besonders hoch. Es ist dabei vor allem auch darauf hinzuweisen, daß diese Einheiten im Kampf um Budapest im Winter 1944/45 sowie innerhalb der Südostfront in Ungarn eingesetzt waren und dabei außerordentlich schwere Verluste erlitten. Zahlreiche Ausfälle bei den Angehörigen der Waffen-SS traten auch noch in der Gefangenschaft und noch lange nach der Kapitulation ein, so daß man die Zahl der Ungarndeutschen, die als Angehörige der deutschen Wehrmacht ihr Leben ließen, mit etwa 20000 ansetzen muß.

Somit hätten die militärischen Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ungarn zusammen rund 32000 Personen betragen. Diese Zahl entspricht auch dem Ergebnis der Berechnungen, die im Statistischen Bundesamt vorgenommen wurden und für die deutsche Bevölkerung aus Ungarn auf Grund ihres Vertriebenenanteils in der Bundesrepublik zusammen 31600 Wehrmachtssterbefälle ergaben²³⁾.

2. Kriegsverluste der Zivilbevölkerung

Zu den militärischen Kriegsverlusten kommen die Verluste der Zivilbevölkerung, die sie bei den Kriegshandlungen hatte. Diese Verluste waren wohl recht beträchtlich. Ungarn war monatelang unmittelbarer Kriegsschauplatz, und zwar in der am härtesten geführten letzten Kriegsphase 1944/45. Auch hierüber gibt eine ungarische amtliche Zusammenstellung eingehende Aufschlüsse²⁴⁾. Der Gebietsstreifen, der drei Monate hindurch im unmittelbaren Frontbereich lag, zieht sich den Plattensee ent-

lang durchs ganze Mittelgebirge und über den Raum von Budapest bis über das Donauknie hinaus. Das bedeutet, daß das Deutschtum dieser Gebiete an den Kriegsverlusten stärker beteiligt sein muß als die Deutschen Südostungarns oder das Streudeutschtum. Waren von den Verlusten im Rahmen der ungarischen Wehrmacht vornehmlich die Deutschen der Schwäbischen Türkei betroffen, so trafen die Zivilverluste vornehmlich das Deutschtum des Mittelgebirges und Budapests. Da es sich um die beiden größten Gruppen des Ungarndeutschtums handelt, sind die Verluste auch entsprechend hoch zu veranschlagen.

Von amtlicher ungarischer Seite wurden die personellen Kriegsverluste der Zivilbevölkerung auf 44 000 beziffert. Bei gleichmäßiger Verteilung dieser Verluste würden auf die deutsche Bevölkerung rund 3 000 Personen entfallen; mit Rücksicht darauf, daß die deutschen Siedlungsgebiete Westungarns monatelang in die Kriegshandlungen einbezogen waren, wird man die zivilen Kriegsoffer der Ungarndeutschen jedoch mit wenigstens 4 000 Personen ansetzen müssen.

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ungarns Ende 1944

Nach Abzug der Kriegsverluste, sowohl der Wehrmachtssterbefälle als auch der Kriegsverluste der Zivilbevölkerung, ergibt sich für die deutsche Bevölkerung aus Ungarn für Ende 1944 ein Sollbestand von 597 000 Personen. Verluste, die in die Zeit nach Abschluß der Kampfhandlungen, somit bereits in die letzten Monate des Jahres 1944 fallen, sind dabei nicht berücksichtigt, im besonderen nicht Verschleppungs- und Vertreibungsverluste.

F. Die deutschen Vertriebenen aus Ungarn

Einer Erörterung der Zahl der aus ihrer Heimat vertriebenen Ungarndeutschen muß ein kurzer Überblick vorausgesandt werden, auf welche Weise diese Menschen in die Aufnahmegebiete gelangten. Man kann sechs verschiedene Wege feststellen:

- a) Bei Kriegsende nach dem Westen zurückgegangene und dort in Kriegsgefangenschaft geratene Verbände der Wehrmacht und Waffen-SS mit ungarndeutschen Soldaten;
- b) regellose Flucht von Teilen der volksdeutschen Zivilbevölkerung vor der Roten Armee in den Jahren 1944 und 1945;
- c) Entlassung von Kriegsgefangenen der Waffen-SS aus Ungarn direkt nach Deutschland;
- d) Entlassung ungarndeutscher Verschleppter aus der Sowjetunion direkt nach Deutschland;
- e) Zwangsaussiedlung auf Grund der Potsdamer Beschlüsse in den Jahren 1946 und 1947 und
- f) Einzelflucht seit Kriegsende.

a) Die bei Kriegsende zurückgehenden ungarndeutschen Verbände der Waffen-SS gerieten in Österreich oder Deutschland in Kriegsgefangenschaft. Zahlen über diese Gruppe liegen nicht vor; vielmehr erscheinen diese Menschen zum größten Teil bei

den deutschen und österreichischen Volkszählungen gemeinsam mit den übrigen Gruppen der vertriebenen Ungarndeutschen. Das heißt also, daß man z. B. nicht alle Ungarndeutschen, die bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet erfaßt wurden, einfach der Zwangsaussiedlung von 1946/47 zuzählen darf. Auch ein Teil der in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Ungarndeutschen setzt sich aus Angehörigen von Verbänden zusammen, die im Norden Deutschlands kapitulieren mußten und denen Ungarndeutsche angehörten.

b) Über die regellose Flucht von Einzelpersonen und Gruppen nach dem Westen liegen keine Zahlen vor. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge auf annähernd 20000 geschätzt. In Österreich wurden 1948 12791 Ungarndeutsche gezählt, die zum größten Teil nach Österreich geflüchtet sein dürften. Diese Vermutung erscheint berechtigt, wenn man bedenkt, daß die Zwangsaussiedlung in den Jahren 1946 und 1947 fast ausschließlich in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands ging und zum Teil auch in die sowjetische Besatzungszone geleitet wurde, keinesfalls aber nach Österreich. Ein kleiner Teil der regellos geflohenen Ungarndeutschen gelangte auch bis nach Deutschland. Die Verluste bei dieser Fluchtbewegung waren zweifellos hoch, da sie sich vielfach unmittelbar im Zusammenhang mit den Frontbewegungen und Kriegshandlungen vollzog.

c) Die Zahl der Angehörigen der Waffen-SS, die aus der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion nicht nach Ungarn, sondern nach Deutschland entlassen wurde, ist nicht festzustellen. Sie dürfte jedoch nur klein sein und in der Gesamtbilanz keine erhebliche Rolle spielen.

d) Die Verschleppung Ungarndeutscher zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion begann im unmittelbaren Anschluß an die Reparationsverschleppungen Zehntausender von Jugoslawiendeutschen in den ersten Januartagen 1945²⁸⁾. Besonders betroffen wurden davon die deutschen Siedlungen in der Schwäbischen Türkei, im südöstlichen Ungarn (Rest-Batschka und Rest-Banat) und im Pester Komitat links der Donau, vereinzelt aber auch deutsche Siedlungen im ungarischen Mittelgebirge am rechten Donauufer.

Die Verschleppungen, von denen im übrigen nicht nur Ungarndeutsche, sondern auch Madjaren selbst betroffen wurden, begannen in schlagartig einsetzenden Razzien. Die davon Betroffenen wurden zur nächsten Bahnstation geschafft und, sofern sie nicht erst zu größeren Sammeltransporten vereinigt wurden, zumeist mit deutschen und ungarischen Kriegsgefangenen zusammen gleich nach dem Osten verbracht. Auf Grund der dem Deutschen Roten Kreuz vorliegenden Meldungen²⁸⁾ gab es in Ungarn mehrere solcher Sammelplätze, so in Baja in der Baranya, in Kiskunhalas bei Tolna, in Somogy bei Fünfkirchen; aus diesen drei Sammelagern, wohin die arbeitsfähigen Ungarndeutschen in oft völlig unzureichender Kleidung vor ihrem Abtransport getrieben worden waren, wurden in der Zeit vom 5. Januar bis zum 13. Januar 1945 mindestens 10900 Personen nach dem Osten geschafft. Aus dem Sammelager Gyula im Banat wurden am 9. und 10. Januar 1945 1800 Ungarndeutsche in die Sowjetunion gebracht. Aus Budapest wurden in der Zeit vom 30. Januar bis zum 2. Februar 1945 rund 3500 Ungarndeutsche in die Sowjetunion verschleppt. Nach den Unterlagen des Deutschen Roten Kreuzes sind mindestens 16200 Ungarndeutsche zu Reparationsleistungen in die Sowjetunion gebracht worden.

Dadurch, daß diese Sammeltransporte sowohl mit madjarischen Zivilisten als auch mit deutschen und ungarischen Kriegsgefangenen stark vermischt wurden,

ist eine genaue Ermittlung der bei diesen Verschleppungen eingetretenen Verluste sehr erschwert. Eine klare Trennung der verschiedenen Personengruppen ist in vielen Fällen nicht zu erreichen. Trotz dieser Schwierigkeiten hat Annabring versucht, eine sorgfältige Analyse und Berechnung der Verschleppptenzahlen durchzuführen²⁷⁾. Nach örtlichen Ermittlungen der Heimatortskartei der Deutschen aus Ungarn wurden die Verschleppptenzahlen aus mehr als einem Drittel aller Orte dieser Siedlungsgebiete festgestellt und die so gewonnenen Durchschnittswerte auf das ganze Siedlungsgebiet umgerechnet. Außerdem wurde von der Heimatortskartei auch die Zahl der verstorbenen Verschleppten für die gleichen Orte ermittelt und auf die Siedlungsgebiete umgerechnet. Es ergab sich folgendes Bild:

Gebiet	Verschleppte Deutsche	
	insgesamt	Verstorbene
Schwäbische Türkei	13 300	3 100
Östliches Südungarn	7 500	1 900
Pester Komitat links der Donau	5 400	1 500
Mittelgebirge rechts der Donau und Budapest	9 000	2 500
Insgesamt	35 200	9 000

Die vorgenannten Zahlen, auch jene aus den Unterlagen des Deutschen Roten Kreuzes, stellen lediglich Schätzungen dar, die sich auf die bekanntgewordenen Fälle stützen. Die tatsächlichen Zahlen dürften noch etwas höher liegen. Größenordnungsmäßig deckt sich aber die ermittelte Zahl von 35 000 Zivilverschleppten auch mit den Schätzungen der Landsmannschaft.

Annabring²⁸⁾ gibt Berichte von zurückgekehrten Verschleppten wieder, die für die verschleppten Ungarndeutschen Verluste von 60 bis 65 vH glaubhaft machen. Gleichzeitig wird auch berichtet, daß die Verluste der Rumäniendeutschen in den gleichen Lagern nur etwa 30 bis 35 vH betragen haben sollen, jene der Schlesier dagegen 80 bis 85 vH. Die verschiedenen hohen Verlustquoten dürften schon auf die besser oder schlechter organisierten Transporte und die unterschiedliche Unterbringung und Behandlung zurückzuführen sein²⁹⁾. Es muß also auch die oben berechnete Zahl von 9 000 in der Deportation verstorbenen Ungarndeutschen als eine Mindestzahl angesehen werden. — Die Zahl der direkt nach Deutschland Entlassenen ist nicht feststellbar. —

e) Der zahlenmäßig größte Anteil an der Vertreibung der Ungarndeutschen fällt auf die Zwangsaussiedlung, die 1946 und 1947 als Folge der Potsdamer Beschlüsse durchgeführt wurde. Es kann im Rahmen dieser Bilanz nicht näher in die Polemik eingegriffen werden, die sich um die Schuldfrage an dieser Aktion entsponnen hat³⁰⁾.

Ursprünglich war die Aussiedlung von 500 000 Deutschen beschlossen worden. Die ungarische Regierung erreichte dann, nachdem sich auch innerhalb der Regierungskreise die unterschiedliche Auffassung zur Behandlung dieser Frage ergeben hatte, eine Herabsetzung dieser Zahl auf 300 000. Das entsprach etwa der Zahl von Personen, die sich bei der Zählung 1941 zur deutschen Nationalität bekannt hatten. Dementsprechend setzte die Umsiedlungsverordnung vom 22. Dezember 1945 in ihrem § 1 den Kreis der Auszusiedelnden folgendermaßen fest: „Nach Deutschland muß jeder ungarische Staatsbürger umsiedeln, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Nationalität oder Muttersprache bekannte oder seinen madjarisierten Namen wieder auf einen deutsch klingenden änderte, des weiteren derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war.“

Auf Grund dieser Verordnung wurden bereits im Jahre 1945 Vertreibungen durchgeführt. Organisierte Abtransporte von Ungarndeutschen nach Deutschland begannen im Januar 1946; sie wurden nach einem amerikanischen Protest im Juni 1946 kurz unterbrochen, dann jedoch fortgesetzt, bis Ende 1946 die amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland, in deren Zone die Auszusiedelnden zufolge der getroffenen Abmachungen gebracht werden sollten, die weitere Annahme von Transporten verweigerten. 1947 wurden daraufhin einige Transporte in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, hauptsächlich nach Sachsen, geleitet; mit einem letzten Transport im Sommer 1948 fand auch diese Aktion ihren Abschluß. In der Zwischenzeit war auch eine Reihe einschränkender Bestimmungen erlassen worden, die den Personenkreis der Auszusiedelnden noch weiter verkleinerten.

Über die technische Durchführung dieser Aussiedlung ist zu sagen, daß, abgesehen von örtlichen Einzelfällen, keinerlei Ausschreitungen, Vernichtungsmaßnahmen, Massenerschießungen oder dgl. erfolgten. Die Transporte wurden mit durchlaufenden Zügen meist in der Stärke von 1000 Personen durch Österreich nach Bayern und Württemberg geleitet. Übereinstimmend wird berichtet, daß bei den späteren Transporten, die in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands geleitet wurden, erheblich mehr Übergriffe erfolgten.

Für die Bilanz wesentlich sind nun zwei Fragen:

Wie hoch war die Gesamtzahl der bei dieser Aktion Ausgesiedelten und wie hoch waren die Verluste bei dieser Aussiedlung?

Zur Frage der zahlenmäßigen Stärke liegen ganz verschiedene Angaben vor. Im allgemeinen spricht man von insgesamt 200 000 bis 250 000 vertriebenen Ungarndeutschen, wobei z. T. für die sowjetische Besatzungszone ein Bestand von 50 000 angenommen wird³¹⁾. Die Zahl von 50 000 erfährt aber keinerlei Begründung. Im allgemeinen wird die Zahl der in die sowjetische Besatzungszone gelangten Deutschen viel niedriger geschätzt³²⁾.

Dem Problem der tatsächlichen Zahl kann man sich nur mit Nachrechnungen nähern. Diesen voranzustellen ist jedoch eine Reihe von Quellenangaben, die seitens des Vertreibungslandes bzw. der Aufnahmegebiete vorliegen.

Nach einer in der Ungarischen Nationalversammlung abgegebenen Erklärung³³⁾ wurde die Zahl der ausgesiedelten Deutschen mit 157 000 beziffert. General Clay gibt in seinen Erinnerungen³⁴⁾ eine Zahl von 168 000 Vertriebenen aus Ungarn in der US-Zone Deutschlands an, ein Bericht der amerikanischen Militärregierung nennt eine Ziffer von 175 591 Personen³⁵⁾. Die beiden letzten Berichte sprechen nicht ausdrücklich von Deutschen, so daß in diesen Zahlen auch madjarische oder Flüchtlinge anderer Nationalitäten aus Ungarn mit enthalten sein können. Folberth schätzt, offenbar in Anlehnung an solche Informationen, die Gesamtzahl der Ausgesiedelten auf 160 000.

In der Bundesrepublik wurden im September 1950 rund 178 000 Ungarndeutsche gezählt³⁶⁾. Wenn man den Geburtenüberschuß der vertriebenen Ungarndeutschen im Bundesgebiet in der Zeit von der Vertreibung bis zur Volkszählung 1950 mit 6 000 Personen von dieser Zahl absetzt, dann dürften vermutlich an 172 000 Ungarndeutsche im Rahmen der Kriegs- und Nachkriegsereignisse in das Bundesgebiet gelangt sein.

Es muß nun geprüft werden, wie aus diesen Angaben ein Bild von dem zahlenmäßigen Umfang und der Richtung dieser Zwangsumsiedlungen gewonnen werden kann. Wenn die in der Ungarischen Nationalversammlung abgegebene Erklärung vom Februar 1948 zutreffen sollte, daß zu dieser Zeit 157 000 Deutsche ausgesiedelt worden seien, andererseits die aus amerikanischer Quelle stammenden Zahlen zu hoch sind, weil sie sich nicht allein auf ausgewiesene Deutsche beziehen, dann wird man schätzen können, daß bis zu dieser Zeit etwa 150 000 Ungarndeutsche in das heutige Bundesgebiet und 7 000 in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands gebracht worden sind. Da die Zwangsaussiedlungen aus Ungarn in die sowjetische Besatzungszone noch bis zum Sommer 1948 weiterliefen, wird man für diesen Zeitraum noch mit etwa 8 000 Ungarndeutschen, also mit einer Gesamtzahl von 158 000 in die sowjetische Besatzungszone zwangsumgesiedelten Ungarndeutschen rechnen müssen. Die Zahl von 50 000 oder sogar 160 000 in die sowjetische Besatzungszone zwangsumgesiedelten Ungarndeutschen, die manchmal genannt wird, muß als überhöht angesehen werden. In der sowjetischen Besatzungszone wurden schon bei der Zählung 1946 insgesamt 4 000 Ungarndeutsche festgestellt, also noch vor dem Zeitpunkt, zu dem die Transporte in die Sowjetzone einsetzten. Auch aus diesen Tatbeständen geht hervor, daß Ungarndeutsche auf anderen Wegen als dem der Zwangsaussiedlung nach Deutschland gelangten. Man kann in Anlehnung an die Zahlen des Austreibungslandes und der Aufnahmegebiete die Zahl der von der Zwangsaussiedlung betroffenen Ungarndeutschen auf 165 000 schätzen.

Nun ist auch bekannt, daß vom November 1945 bis Juni 1946 in Transporten über 115 000 Vertriebene aus Ungarn in die westlichen Besatzungszonen kamen (vgl. unten). Da bei der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 im Bundesgebiet 137 000 Ungarndeutsche festgestellt wurden, müssen die restlichen 22 000 entweder in der Zeit von Juni bis Oktober 1946 zwangsausgesiedelt worden oder schon vor Beginn der Umsiedlungen in das Bundesgebiet gekommen sein. Auch wenn man von der auf Grund der Volkszählungsergebnisse 1950 festgestellten Zahl der von der Vertreibung direkt betroffenen 172 000 Ungarndeutschen ausgeht und von diesen die geschätzten 150 000 Zwangsumsiedler, die in das Bundesgebiet kamen, absetzt, verbleiben noch rund 22 000 Ungarndeutsche, die auf andere Weise hierher gelangten.

Außer diesen, von den Zahlen aus der Volkszählung 1950 ausgehenden Berechnungen steht noch ein anderes Mittel der Nachprüfung dieser Schätzwerte zur Verfügung, nämlich eine Gesamtbilanz der Bevölkerung Ungarns für die Zeit zwischen den Zählungen von 1941 und 1948/49 (Stichtag 1. Januar 1949).

Bilanz der Bevölkerung Ungarns

Bevölkerung Ungarns 1941 (auf dem heutigen Gebietsstand)	9 316 100
Natürliche Zunahme 1942—1948 (nach amtlichen Angaben) ³⁷⁾	285 600
1945 aus Nordsiebenbürgen ³⁸⁾ repatriierte Madjaren	120 000
Sollbestand 1948/49	9 721 700
Tatsächlicher Stand bei der Zählung 1948/49	9 207 300
Fehlbestand	514 400
An Abgängen sind für die Zeit von 1941 bis 1948 anzusetzen:	
Militärische Kriegsverluste ³⁹⁾	136 000
Deportierte und ausgewanderte Juden ⁴⁰⁾ zusammen	220 000
Zwangsumgesiedelte Deutsche ⁴¹⁾	165 000
Ungeordnete Flucht von Ungarn, sowohl Ungarndeutschen als auch Madjaren, mindestens	40 000
(In Österreich 1948 festgestellt: 29 944, davon 17 226 nicht deutschsprachig)	
Insgesamt	561 000

Der Unterschied zwischen den beiden Ziffern beträgt rund 47 000 Menschen. Nun sind in der oben aufgeführten Solbilanz nicht jene Madjaren enthalten, die aus der Slowakei, aus Karpatorußland und den besetzt gewesenen jugoslawischen Gebietsteilen repatriiert wurden. Im Vergleich zur Zahl von 120 000 Repatriierungen von Siebenbürger Madjaren könnte die Zahl von 47 000 aus den anderen Landesteilen ohne weiteres zutreffen. Es ist dabei noch zu bedenken, daß im Zuge des Austausches von Madjaren und Slowaken mehr Madjaren nach Ungarn kamen, als Slowaken in die Tschechoslowakei. Übrigens wurde diese Aktion bald abgestoppt. Auf keinen Fall bleibt in der oben angeführten Gesamtbilanz für die Bevölkerung Ungarns ein Raum für eine nennenswerte Erhöhung der Zahl der deutschen Zwangsvertriebenen auf 200 000 oder gar 250 000⁴²⁾.

Abschließend kann festgehalten werden, daß die verschiedenen Berechnungen die Zahl von etwa 165 000 Zwangsausgesiedelten im wesentlichen bestätigen. Diese Zahl wurde auch in der Ungarischen Nationalversammlung genannt und durch die Angaben von L. D. Clay⁴³⁾ bestätigt.

Die bei den Vertreibungen und Aussiedlungen eingetretenen Verluste waren verhältnismäßig gering. Wenigstens kam es vom Zeitpunkt der Einreihung in die Aussiedlungstransporte an kaum mehr zu Übergriffen. Wohl aber ergaben sich zahlreiche Verluste bei älteren Leuten, schwangeren Frauen und besonders Kleinkindern. Mehr Opfer forderten die Transporte in die sowjetische Besatzungszone als in das Gebiet der Bundesrepublik. Übereinstimmend wird berichtet, daß schon bei der Abfertigung dieser Transporte viel rücksichtsloser vorgegangen wurde. Außerdem ging der Weg durch die Tschechoslowakei, wo eher mit Erschwerungen als mit irgendeiner Art von Hilfe zu rechnen war.

Abschließend ist zur Vertreibungsaktion noch die Frage der regionalen Herkunft der Vertriebenen in bezug auf die einzelnen ungarischen Siedlungsgebiete zu untersuchen. Schon Annabring⁴⁴⁾ führte aus, daß, vor allem Westungarn, große Teile des Mittelgebirges, besonders das Ofener Bergland, die Rest-Batschka und das Rest-Banat sehr weitgehend oder auch ganz von der deutschen Bevölkerung geräumt wurden; die Schwäbische Türkei dagegen wurde nur wenig betroffen, weil die Weigerung der Annahme weiterer Transporte die Aktion unterbrach, die dann schließlich ganz zur Einstellung führte.

Zur Bekräftigung dieser Angaben und zugleich zur Beurteilung der Gesamtktion erweisen sich die im Informationsdienst des bayerischen Staatskommissars für das Flüchtlingswesen angegebenen Listen der nach Bayern gelangten Vertriebenentransporte als eine gute Hilfsquelle⁴⁵⁾. Diese Quelle ist im übrigen ein weiterer Beweis für die Annahme, daß die Zahl der in das heutige Bundesgebiet gelangten Zwangsausgesiedelten mit 150 000 zutreffen wird, denn es sind in diesen Listen, die allerdings nur bis zum Zeitpunkt des amerikanischen Protestes im Juni 1946 reichen, insgesamt nur 115 000 Personen registriert.

Gliedert man die erfaßten Zahlen der Transporte an Hand der Verladeorte nach Siedlungsgebieten, dann ergibt sich für die von November 1945 bis Juni 1946 ins Bundesgebiet durchgeführten Vertriebenentransporte folgende Übersicht:

Herkunftsgebiet	Vertriebene
Westungarn	24 000
Mittelgebirge und Budapest	53 800
Schwäbische Türkei	16 700
Rest-Batschka und Rest-Banat	11 000
Streudeutschtum	5 900
Unbestimmbar (Herkunftsangabe „aus Ungarn“)	4 000
Insgesamt	115 400

Die Angaben Annabrings erfahren durch diese Zahlen eine weitgehende Bestätigung.

Die nahezu restlose Aussiedlung der Deutschen aus dem Rest-Banat, das 1941 nach Muttersprache 1151 und 1943/44 nach der Volksgruppenerhebung 1637 Deutsche umfaßte, ist übrigens durch eine ungarische statistische Quelle bestätigt⁴⁶⁾, wo nach amtlichen Angaben der Komitatsverwaltung nur noch 109 Deutsche als verbliebener Restbestand angegeben werden.

f) Neben der Aktion der Zwangsaussiedlung von 1946/47 spielt die Zahl der seither erfolgten Fälle von Einzelflucht eine zahlenmäßig so untergeordnete Rolle, daß sie bei der Bilanzerstellung statistisch vernachlässigt werden kann. Sie wird nur erwähnt, um alle überhaupt rechtlich denkbaren Fälle, unter denen Deutsche aus Ungarn nach dem Westen gelangten, anzuführen.

Die Vertriebenen aus Ungarn am 29. Oktober 1946

Gebiet	Personen mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in Ungarn			
	insgesamt		darunter mit deutscher Muttersprache	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Schleswig-Holstein	404	0,2	279	0,2
Hamburg	246	0,1	111	0,1
Niedersachsen	1 885	1,0	1 328	0,9
Nordrhein-Westfalen	1 611	0,9	927	0,7
Britische Besatzungszone	4 146	2,3	2 645	1,9
Bremen	51	0,0	22	0,0
Hessen	25 198	13,8	21 082	15,0
Württemberg-Baden	90 375	49,3	77 978	55,4
Bayern	57 543	31,4	34 519	24,6
Amerikanische Besatzungszone ...	173 167	94,5	133 601	94,8
Rheinland-Pfalz	309	0,2	86	0,1
Baden	209	0,1	66	0,1
Württemberg-Hohenzollern	751	0,4	266	0,2
Französische Besatzungszone	1 269	0,7	418	0,3
Bundesgebiet zusammen	178 582	97,5	136 664	97,0
Brandenburg	299	0,2	.	.
Mecklenburg	605	0,3	.	.
Sachsen-Anhalt	1 110	0,6	.	.
Thüringen	1 334	0,7	.	.
Sachsen	1 029	0,6	.	.
Sowjetische Besatzungszone	4 377	2,4	4 000	2,8
Berlin	231	0,1	200	0,1
Saarland	33	0,0	11	0,0
Insgesamt	183 223	100	140 875	100

Die Überseeauswanderung ist bei den Ungarndeutschen bis 1950 vermutlich nur sehr gering. Vor allem, weil ihnen jede überseeische Hilfsorganisation in Gestalt von Heimatverbänden u. ä. fehlte. Manche werden aber doch den Weg in außereuropäische Länder gefunden haben. In der Bilanz soll eine Gesamtzahl von 3000 ungarndeutschen Auswanderern eingesetzt werden; sie ist als Mindestzahl zu werten.

Die Vertriebenen aus Ungarn am 13. September 1950

Gebiet	Personen mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in Ungarn		
	insgesamt	davon mit	
		deutscher	nichtdeutscher
		Muttersprache	
Schleswig-Holstein	250	201	49
Hamburg	312	233	79
Niedersachsen	2 172	1 535	637
Bremen	78	53	25
Nordrhein-Westfalen	2 987	2 326	661
Hessen	26 393	25 583	810
Rheinland-Pfalz	1 492	1 180	312
Baden-Württemberg	101 263	97 486	3 777
Bayern	57 511	49 220	8 291
Bundesgebiet	192 458	177 817	14 641
Berlin (West)	284	179	105
Saarland			
Insgesamt	192 742	177 996	14 746

Es ergibt sich nun folgender Gesamtüberblick über den Verbleib der ungarndeutschen Vertriebenen im September 1950:

Bundesgebiet (einschließlich Saarland)	177 800
Berlin (West)	200
Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin	19 000
Österreich	13 000
Übersee	3 000
Insgesamt	213 000

Da der Geburtenüberschuß der deutschen Vertriebenen aus Ungarn sich auf insgesamt etwa 7 000 Personen belaufen dürfte, ist mit einer Zahl von 206 000 von der Vertreibung direkt Betroffenen zu rechnen.

G. Die in Ungarn zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

In der unmittelbaren Nachkriegsperiode wurde die Tatsache, daß noch Deutsche in Ungarn zurückgeblieben waren, zunächst verschwiegen. In der amtlichen Verlautbarung einer Zahl von 157 000 Zwangsumgesiedelten wie überhaupt in der ganzen Diskussion, die über die Zahl der Auszusiedelnden geführt wurde, ob 500 000 oder „nur“ die 300 000 „Ungetreuen“ (die sich zur deutschen Nationalität bekannt hatten) oder ob 250 000 oder 200 000 Personen auszusiedeln seien, lag jedoch unausgesprochen das Eingeständnis, daß mit mindestens 250 000 bis 300 000 zurückgebliebenen Deutschen gerechnet werden muß, allein wenn man von den amtlichen Zahlen ausgeht. Es stellte sich zugleich heraus, daß die Zahl noch höher liegt, wenn man von dem berichtigten Bevölkerungsstand ausgeht, der dieser Bilanz zugrunde gelegt wurde. Andererseits war zu erwarten, daß das verbliebene Deutschtum außergewöhnliche Madjarisierungsverluste aufweisen würde, denn wenn eine Volks-

gruppe nicht allein völlig entrechtet wird, sondern die Zwangsaussiedlung nach dem Gesichtspunkt angeordnet wird, daß das Bekenntnis zur deutschen Muttersprache oder Nationalität Aussiedlungsgrund ist, dann vermag man ungefähr zu ermessen, welche Bekenntnisfreudigkeit zur Zeit der Volkszählung am 1. Januar 1949 für die Ungarndeutschen bestand, als die Zwangsumsiedlung zwar eingestellt, sonst aber auch gar nichts zur Erleichterung der rechtlichen Lage der Deutschen getan war. Tatsächlich wurden bei der ungarischen Volkszählung nur 20000 Deutsche ausgewiesen. Die Minderheitenzenzahlen wurden aber vorerst nicht veröffentlicht. Erstmals 1951 wurde das Deutschtum Ungarns in einer für das Ausland bestimmten Veröffentlichung wieder genannt⁴⁸⁾. Es hieß dort, daß die nationalen Minderheiten Ungarns 3 vH der Gesamtbevölkerung ausmachten; die wichtigsten davon wären die Deutschen, Slowaken, Südslawen und Rumänen. Eine Nachrechnung der bekannten oder nach den erfolgten Umsiedlungen (Slowaken und Serbokroaten) anzunehmenden Zahlen ergab, daß man mit etwa 230000 bis 240000 in Ungarn zurückgebliebenen Deutschen rechnen kann. Zu einem ähnlichen Ergebnis führt die Nachrechnung der Zahl, die in der „Geographie Ungarns“ von Markos-Pécsi und Szabo 1953 für die Minderheiten insgesamt angegeben wurde ⁴⁹⁾.

Seit 1954 wird die in Ungarn verbliebene deutsche Minderheit offiziell wieder besonders angesprochen⁵⁰⁾. Hier von einem grundsätzlichen Wandel im Sinne einer inneren Einkehr zu sprechen, ist jedoch nicht möglich. Die Erleichterung der Lage der nationalen Minderheiten in Ungarn ist zunächst nur eine Folge der neuen kommunistischen Nationalitätenpolitik, die auch in anderen kommunistischen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas zu beobachten ist. Man wird ihr gegenüber zumindest eine abwartende Stellung beziehen müssen.

Am 5. November 1954 berichtete das offiziöse „Ungarische Bulletin“, ein für die ausländische Presse bestimmtes Nachrichtenblatt, die Gesamtzahl der Minderheiten in Ungarn würde 5 vH der Bevölkerung, somit etwa 500000 Menschen betragen. Im Rahmen dieser Ziffer wären auf das Deutschtum etwa 300000 Menschen entfallen. Schätzungsweise deckt sich diese Zahl mit den Annahmen von Rhode und Folberth. Im Dezember 1955 veröffentlichte der Herausgeber der kommunistischen ungarischen Wochenzeitung „Freies Leben“, Ladislaus Frank, in der offiziellen „Ungarischen Rundschau“, des Nachfolgeorgans des Ungarischen Bulletins, einen Offenen Brief unter dem Titel „Über das Leben der Deutschen in Ungarn“, in dem er zum Ausdruck brachte: „In Ungarn leben ungefähr 300000 Menschen deutscher Abstammung.“ Sie nähmen als vollkommen gleichberechtigte Staatsbürger am Aufbau des Landes teil, das fundamentale Recht der deutschen Nationalität auf Unterricht in der Muttersprache werde weitgehend berücksichtigt. Durch zahlreiche Verfügungen, Gesetze und Erlasse seien die Schulungsmöglichkeiten erweitert worden. Nach Aufzählung der im Schulwesen unternommenen Schritte, des Wochenblattes, des Kulturverbandes usw., heißt es abschließend: „Wir wissen natürlich, daß diese Ergebnisse nur die Grundlage für eine weitere Entwicklung schaffen. Die ungarische Volksrepublik ist aber entschlossen, die marxistisch-leninistischen Prinzipien der Nationalitätenpolitik konsequent in die Tat umzusetzen und im Interesse der weiteren Förderung und kulturellen Entwicklung der deutschen Nationalität alles Nötige zu unternehmen“⁵¹⁾. Aus den Äußerungen von Frank geht deutlich hervor, daß man in Ungarn mit der Existenz von 300000 Deutschen amtlich rechnet, so wie dies schon nach der Andeutung im Ungarischen

Bulletin von Ende 1954 vermutet werden konnte. Zahlreiche Anzeichen haben inzwischen bestätigt, daß sich ein gewisser Wandel in der Behandlung der Deutschumsfrage in Ungarn ergeben hat⁵²). Wie weit nun diese Entwicklung anhält oder ausschließlich das Produkt einer augenblicklichen politischen Kräftegruppierung im volksdemokratisch-sowjetischen Machtbereich ist, läßt sich nicht übersehen. Daß die Äußerung von Frank vor allem auf propagandistische Auslandswirkung abzielt, ist offensichtlich. Daß damit auch die in letzter Zeit in einigen Volksdemokratien betriebene Propaganda zur Rückkehr Vertriebener unterstützt werden soll, ist wohl wahrscheinlich.

Die Formulierung, daß „300 000 Menschen deutscher Abstammung“ in Ungarn leben, ist in dieser Fassung natürlich ganz unzutreffend, denn es leben sicher weit mehr als eine Million Menschen deutscher Abstammung in Ungarn, wenn man die nunmehr 150 Jahre laufende Madjarisierung in Betracht zieht. Dieser Hinweis darf jedoch nicht mit juristischer Akribie gedeutet werden; sachlich ist gemeint, daß man jetzt wieder mit 300 000 Deutschen rechnet, obwohl man noch im Jahre 1952 nur 20 000 Deutsche in Ungarn zuzugeben bereit war.

Berechnet man den deutschen Anteil an der ungarischen Bevölkerungszunahme seit 1950, wofür die Ziffern für den ganzen Staat vorliegen⁵³) in der Form, daß man bei einer jährlichen Zunahme der Gesamtbevölkerung um etwa 90 000 und einem deutschen Bevölkerungsanteil von 3 vH, also jährlich 2 700, für 5 Jahre (1950 bis 1955) einen Zuwachs von 13 500 annehmen kann, stellt man weiter in Rechnung, daß durch den außergewöhnlichen Verlust jüngerer Männer (Zugehörigkeit zur Waffen-SS, Gefangenschaft usw.) die Geburtenziffer der Deutschen zweifellos unter dem Landesdurchschnitt liegt, dann kommt die Schätzung einer Zunahme von nur 10 000 statt der nach dem vH-Anteil zu erwartenden 13 500 Deutschen wohl der Wahrheit recht nahe. Es wurde deshalb in der Bilanz für 1950 mit einem Stand von 270 000 Deutschen gerechnet, gestützt auf die offiziös 1954/55 behauptete Gesamtzahl, vermindert um die errechnete Zunahmeziffer. Selbst bei Annahme dieser Zahlen bleiben noch beträchtliche Assimilationsverluste bestehen.

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Ungarn

Bei der im März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) durchgeführten Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten wurden für die Deutschen aus Ungarn 1 572 Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene festgestellt, von denen sich 1 298 zu dieser Zeit noch in der Sowjetunion befanden. Die tatsächliche Zahl der Kriegsgefangenen muß jedoch erheblich höher liegen, denn es war nur ein Teil der Ungarndeutschen in der Lage, die Registrierung der noch nicht Heimgekehrten vornehmen zu lassen. Viele Angehörige von Kriegsgefangenen werden sich noch in Ungarn, in Österreich oder in der sowjetischen Besatzungszone zu jener Zeit befunden haben. Diese Kriegsgefangenen konnten daher bei der Registrierung nicht erfaßt werden. Für die gesamte Volksgruppe wird man im Herbst 1950 noch mit etwa 3 500 am Leben befindlichen Kriegsgefangenen rechnen können.

Bei der Registrierung wurden auch 4 907 ehemalige Angehörige der Deutschen Wehrmacht, die am 1. September 1939 in Ungarn wohnten, von ihren nächsten Angehörigen als vermißt gemeldet. Von 995 kam das letzte Lebenszeichen aus der

Sowjetunion. Auch bei der Wertung dieser Zahl ist zu bedenken, daß ein beträchtlicher Teil der Vermißten nicht erfaßt werden konnte. Andererseits muß aber leider angenommen werden, daß zum Zeitpunkt der Registrierung nur noch wenige der Wehrmachtsvermißten am Leben waren. Insgesamt wird man für 1950 mit kaum mehr als 500 vermißten ungarndeutschen Wehrmachtsangehörigen rechnen können.

Schließlich wurden bei der Registrierung im März 1950 auch noch 678 vermißte Zivilpersonen erfaßt. Die wirkliche Zahl dieser Personengruppe wird erheblich höher anzusetzen sein. Viele der nach der Besetzung Ungarns durch die Rote Armee verschleppten Ungarndeutschen waren bis 1950 noch nicht zurückgekehrt⁵⁴). Nach ungarischen Angaben wurden insgesamt 600 000 Menschen aus Ungarn als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter in die Sowjetunion verschleppt. Darunter etwa 30 000 bis 35 000 volksdeutsche Zivilisten⁵⁴). Wenn man von der Mitteilung Annabrings ausgeht, daß wenigstens 60 vH der Verschleppten umgekommen sind, dann würden nur noch etwa 15 000 verschleppte Volksdeutsche aus Ungarn übrigbleiben. Von diesen werden bis zum Herbst 1950 annähernd 10 000 nach Ungarn heimgekehrt oder in das Bundesgebiet bzw. in die sowjetische Besatzungszone übergeführt worden sein. Man wird also für Herbst 1950 noch mit ungefähr 5 000 am Leben befindlichen Verschleppten rechnen können.

Die landsmannschaftlichen Organisationen schätzten noch 1952⁵⁵) die Zahl der in der Sowjetunion zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und -verschleppten auf über 5 000. In der Bilanz soll mit insgesamt 8 000 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen, Vermißten der Wehrmacht und Verschleppten gerechnet werden.

I. Verluste der deutschen Bevölkerung in Ungarn durch Entnationalisierung (Assimilation)

Es wurde bereits in der Einleitung darauf hingewiesen, daß das Deutschtum in Ungarn nachgewiesenermaßen schon seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts in beträchtlichem Ausmaß Madjarisierungstendenzen ausgesetzt war. Nach dem durch den Vertrag von Trianon große nichtmadjarischer Siedlungsgebiete von Ungarn abgetrennt wurden, verschärften sich diese Tendenzen noch wesentlich. Sie hielten auch an, als durch die Wiener Schiedssprüche früher ungarische Gebiete wieder zu Ungarn kamen. So wurde beispielsweise das Sathmarer Deutschtum nach der Wiederangliederung Nordsiebenbürgens an Ungarn in wenigen Jahren dezimiert. Wenn sich in Ungarn schließlich bei den Volkszählungen immer wieder erhebliche Zahlendifferenzen, z. B. im Deutschtumsbekenntnis, ergaben, die mit den tatsächlichen Nationalitätenverhältnissen unvereinbar waren, dann ist dies nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß der immer wieder bekundete Landespatritismus weiter Kreise des ungarländischen Deutschtums zweifelsohne die Madjarisierung vieler Tausender von Nichtmadjaren erleichterte. Es steht außer allem Zweifel, daß die Madjarisierungstendenzen von dem Zeitpunkt an besonders wirksam wurden, als mit dem Bekenntnis zum Deutschtum und selbst auch nur zur deutschen Muttersprache die Gefahr der Besizenteignung und der Vertreibung drohend wurde. Das war bereits in der letzten Kriegsphase der Fall. So ist also mit Sicherheit anzunehmen, daß, wie auch die madjarischen Statistiken beweisen, große Teile des ungarländischen

Deutschtums entweder an dem Bekenntnis zum deutschen Volkstum behindert wurden oder von sich aus, zumindest zeitweilig, ein Bekenntnis zum Deutschtum nicht für ratsam hielten, da es mit schweren wirtschaftlichen Benachteiligungen verbunden war.

Zweifellos sind Zehntausende von Personen, die 1941 noch als Deutsche gezählt wurden oder ihr Deutschtum zu erkennen gaben, seitdem madjarisiert worden. Wie hoch dieser Assimilationsverlust in Wirklichkeit ist, kann nicht festgestellt werden. Nach den Ergebnissen der Volksgruppenerhebung in Ungarn 1941/43 würde er weit über 100 000 Personen betragen. In vorliegender Bilanz wurde die unwahrscheinlich hohe Deutschumszahl jedoch nicht berücksichtigt, so daß auch der Madjarisierungsverlust seit 1941 entsprechend tiefer, und zwar mit etwa 60 000 Personen, angesetzt und in die Bilanz aufgenommen werden kann. Diese Zahl ist ein Schätzwert, wobei eine Abweichung bis zu 10 000 Personen wohl möglich ist. Diese Unsicherheit muß freilich in Kauf genommen und bei der endgültigen Feststellung der Vertreibungs- und Verschleppungsverluste noch berücksichtigt werden.

J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Ungarn

Da der Bevölkerungsstand der Deutschen in Ungarn Ende 1944 rund 633 000 Personen umfaßte, verbleibt im weiteren die Notwendigkeit die Gesamtzahl der geklärten Fälle festzustellen, wie sie sich in den einzelnen vorangegangenen Positionen ergeben haben. Deren Summe, abgezogen von 597 000, ergibt in den ungeklärt gebliebenen Fällen die ungefähre Zahl der Vertreibungsverluste.

De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ende 1944	597 000
Zahl der Vertriebenen aus Ungarn im September 1950	213 000
Geburtenüberschuß für die Zeit von 1945 bis September 1950 ...	7 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	206 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Vermißte	8 000
In Ungarn zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	270 000
Assimilationsverlust	60 000
Geklärte Fälle	544 000
Ungeklärte Fälle	53 000

Es verbleiben somit 53 000 ungeklärte Fälle; ohne Zweifel sind dies Verluste, die das Deutschtum in Ungarn als Vertreibungsverluste verbuchen muß. Es handelt sich dabei offensichtlich um eine Mindestzahl, da von diesen Fällen wenigstens 10 000 auf Todesopfer bei den Verschleppungen entfallen, die von sowjetrussischer Seite nach der militärischen Besetzung der einzelnen Gebiete Ungarns durchgeführt wurden.

Die Summe der Vertreibungsverluste wird sich über die angeführten Rahmenzahlen hinaus nicht genauer klären lassen, es sei denn, es werden ganz neue und bisher unbekannte Unterlagen bekannt, womit nach der Sachlage jedoch kaum mehr gerechnet werden kann.

Anmerkungen

- ¹⁾ Ungarn in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.
- ²⁾ Ungarische Rundschau Nr. 12 (Dezember) 1955, und Nr. 3 (15. März) 1956, Budapest. Der Redakteur der ebenfalls in Budapest erscheinenden kommunistischen Zeitschrift „Freies Leben“ gibt darin „Antworten auf einige Fragen über das Leben der Deutschen in Ungarn“ und behauptet, „daß in Ungarn zur Zeit nahezu 300 000 Deutsche leben, allerdings nicht in einem Block, sondern in verschiedenen Landesgebieten“.
- ³⁾ Vgl. die Arbeiten von Wirthoven sowie die Denkschrift von I. Steinsch (siehe Quellenangabe).
- ⁴⁾ Vgl. Quellenangabe.
- ⁵⁾ Vgl. Quellenangabe.
- ⁶⁾ Vgl. Quellenangabe.
- ⁷⁾ Vgl. Quellenangabe.
- ⁸⁾ Wirthoven in: Neue Heimatblätter, 1938, 1—2, S. 15.
- ⁹⁾ Es ist erstaunlich, daß sich Wirthoven am Ende seiner Berechnungen mit einem Deutschumsbestand von rund 650 000 begnügt, denn er hätte, da er ja die Städte ausläßt, ohne weiteres 700 000 annehmen können; die amtliche Zählung 1930 gab noch beinahe 40 000 Deutsche für Budapest zu. So ist denn auch seine (in: Deutsche Forschungen in Ungarn, 1939, S. 94 ff.) Antwort auf die erfahrenen Kritiken und Widersprüche bereits betitelt: „Entgegnung auf die Einwendungen gegen 700 000 Deutsche in Ungarn“.
- ¹⁰⁾ Auf die — wie hier zu betonen ist, durchaus berechtigten — Einwendungen, daß er sich einer „unkontrollierbaren“ Methode bediene, erwiderte Wirthoven in seiner Entgegnung (Vgl. Anm. 9): „Meine Berechnungen richteten sich jeweils nach der tatsächlichen völkischen — wo notwendig richtiggestellten — Zusammensetzung der einzelnen Gemeinden . . . Um festzustellen, ob eine Gemeinde deutsch oder madjarisch ist, bedarf man tatsächlich keiner komplizierten Rechnungen. Diesbezüglich ist meine Methode klar. Eine ausführliche, am Beispiel einer meiner Gruppen dargelegte Erläuterung meiner Methode kann ich mir ruhig vorbehalten, solange man sich mit meinen Ausführungen nicht sachlich befaßt“ . . . Diese Ausführungen Wirthovens entwerten, zusammen mit der eingangs festgestellten Divergenz zur amtlichen Zählung von 1920 seine Darlegungen weitgehend.
- ¹¹⁾ Vgl. Quellenangabe.
- ¹²⁾ Zum Beispiel Makkai, J.: A háború utáni Magyarország, Budapest 1937 (Ungarn nach dem Weltkrieg).
- ¹³⁾ Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren 1941, S. 284, Prag.
- ¹⁴⁾ Magyar Statisztikai Szemle, 1944/1—3, S. 1 ff.
- ¹⁵⁾ Zum Vergleich seien hier auch die Zahlen der Manuskriptzusammenstellung angeführt:

Siedlungsgebiet	Bestandsaufnahme des Volksbundes	
	Atlas nach Karte 7a	Manuskript nach 1944
1. Westungarn	91 649	84 881
2. Mittelgebirge	426 847	265 159
3. Budapest		156 000
4. Schwäbische Türkei	229 978	253 926
5. Batschka-Banat	41 443	45 895
6. Streudeutschtum	55 373	70 945
Ungarn insgesamt	845 290	876 806

Die Zahlen der Erhebung wurden dann später noch weiter erhöht. Nach einer abschließenden Mitteilung des Volksbundes vom August 1944 betrug die letzte Zahl für das ganze damalige Ungarn 1 314 410 Deutsche, gegenüber 1 193 652 beim Stand der erhalten gebliebenen Manuskriptübersicht und von 1 249 913 nach Angaben des Atlas. Diesen Zahlen standen für Gesamtungarn 1941 719 749 Personen mit deutscher Muttersprache und 533 021 Personen deutscher Nationalität gegenüber. Die Spanne zwischen den extremsten Werten betrug also für ganz Ungarn 781 389 (eine Regionalgliederung von der letzten bekanntgegebenen Gesamtzahl liegt nicht vor) und für Ungarn in den Grenzen von 1937, bei Annahme des höheren Wertes der Manuskriptaufstellung 876 806 minus 308 496 = 568 310. Die Zahlen für Rumpfungarn verhalten sich somit nahezu wie 3:1.

- ¹⁶⁾ Die Zahl der Deutschen in Budapest hat im Zeitraum von 1880 bis 1930 ständig abgenommen, wie nachstehende Angaben aus den einzelnen Volkszählungen beweisen:

Jahr	Deutsche in Budapest	in vH der Gesamt- bevölkerung
1880	123 308	34,2
1890	115 573	23,7
1900	104 520	14,3
1910	78 882	9,0
1920	60 502	6,5
1930	38 460	3,8

- ¹⁷⁾ Magyar Statisztikai Evköny, Band I, 1944, S. 36.
- ¹⁸⁾ Magyar Statisztikai Szemle, 1948/1—6, S. 63.
- ¹⁹⁾ Magyar Statisztikai Szemle, 1946/1—6, S. 1 ff.
- ²⁰⁾ Magyar Statisztikai Szemle, 1955/2, S. 183 ff.
- ²¹⁾ Vgl. Weidlein: Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und in Deutschland, S. 54 ff.
- ²²⁾ Vgl. Krallert: Kriegs- und Vertreibungsverluste der deutschen Bevölkerung aus Rumänien.
- ²³⁾ Die Zahl der im März 1950 in der Bundesrepublik registrierten Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen, die bei Kriegsbeginn ihren Wohnsitz in Ungarn hatten, betrug 1570, die der Wehrmachtsvermißten 4 894, zusammen also 6 464 Personen. Das sind 3,83 vH der bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet ermittelten deutschen Vertriebenen aus Ungarn. Wird dieser Satz, wie allgemein erforderlich, um 40 vH erhöht, so erhält man einen Wert von 5,07 vH. Diesen berichtigten Wert auf die deutsche Bevölkerung bei Kriegsbeginn angewandt, ergibt eine Zahl von 31 600 Gefallenen.
- ²⁴⁾ Magyar Statisztikai Szemle, 1946/1—6, S. 9 ff.
- ²⁵⁾ Vgl. Schumacher, Ludwig: Die personellen Vertreibungsverluste der deutschen Bevölkerung aus Jugoslawien.
- ²⁶⁾ Unterlagenmaterial des DRK-Suchdienstes, Hamburg, entnommen einem Bericht von v. zur Mühlen: Die Verschleppungen deutscher Zivilpersonen in die Sowjetunion zu Reparationsleistungen (Stand Frühjahr 1955).
- ²⁷⁾ Annabring, Mathias: Das ungarländische Deutschtum. Leidensweg einer südostdeutschen Volksgruppe, S. 20 ff.
- ²⁸⁾ A. a. O., S. 20 ff.
- ²⁹⁾ Im Tagebuch eines Siebenbürger Sachsen aus der Zeit der Verschleppung der arbeitsfähigen Jahrgänge nach Rußland 1945 heißt es, die Verschleppung sei nach einer vorausgegangenen Erhebung durch eine sowjetische Sondereinheit erfolgt, die sich den Berichten zufolge korrekt verhalten habe. Personelle Übergriffe seien deshalb kaum vorgekommen. Die (zur Arbeit in der Sowjetunion) Bestimmten wurden an ihren Heimatorten am Bahnhof gesammelt und in geschlossenen Transporten weitergeleitet. Vorher waren sie angewiesen worden, sich mit warmer Kleidung, mit Decken und Verpflegung für 14 Tage zu versehen. Auch durften sie bis zu 200 kg persönliches Gepäck mitführen.
- ³⁰⁾ Vgl. dazu die Schriften von Kertész, Weidlein, Annabring (siehe Quellenangabe). Es kann als feststehend angesehen werden, daß in Ungarn verschiedene Standpunkte zur Frage der Deutschenausiedlung bestanden, daß es Kreise gab, die — ähnlich den Auffassungen der Tschechen — die gute Gelegenheit wahrnehmen wollten, sich der Deutschen überhaupt zu entledigen, andere, welche die Deutschen aus biologischen Gründen als willkommene Assimilierungsmasse zur zahlenmäßigen Stärkung des Madjarentums, zweifellos andere wieder aus wirtschaftlichen und sicher auch aus historischen, traditionellen, rechtlichen oder menschlichen Gründen, nicht aussiedeln lassen wollten. Es steht in jedem Falle fest, daß der Potsdamer Beschluß, die Deutschen aus Ungarn zu vertreiben, maßgeblich auf tschechische und sowjetrussische Initiative zurückzuführen ist. Die Tschechen wollten auf diese Weise Ungarn nötigen, den Gesamtbestand des Madjarentums aus der Slowakei zu übernehmen und es wurde damit argumentiert, die auszuweisenden Deutschen würden dafür die Raumfrage für die Unterbringung dieser Slowaken lösbar machen.
- ³¹⁾ So auch Annabring a. a. O., Kertész a. a. O. u. a.
- ³²⁾ Rhode a. a. O. 11000, Folberth a. a. O. 35000. Andere Schätzzahlen geben Werte, so Steinsch im Namen des Ungarndeutschen Hilfskomitees in Hessen durch schriftliche Auskunft vom 31. Januar 1951: Nach Westdeutschland 230 000, in die sowjetische Besatzungszone 160 000 ausgesiedelt.
- ³³⁾ Szabad Nép vom 17. Februar 1948.
- ³⁴⁾ Clay, Lucius Dubignon: Decision in Germany (Entscheidung in Deutschland). Deutsche Ausgabe, Frankfurt a. M. 1950.
- ³⁵⁾ Zitiert bei Kertész, a. a. O.

- ³⁶⁾ Es ist möglich, daß eine kleine Gruppe Volksdeutscher aus Jugoslawien, deren Siedlungsgebiete während des Krieges an Ungarn fielen, dieses als Herkunftsland angegeben hat.
- ³⁷⁾ Statisztikai Szemle 1955/1.
- ³⁸⁾ Nach Angabe des Rumänischen Statistischen Amtes anläßlich der Zählung 1948.
- ³⁹⁾ Statisztikai Szemle 1955/2.
- ⁴⁰⁾ Statisztikai Szemle 1955/2; Kulischer (a. a. O.) nimmt noch 20000 mehr an als die ungarische Statistik.
- ⁴¹⁾ Nach der vorangegangenen Schätzung bzw. in Anlehnung an die amtlichen Angaben darüber.
- ⁴²⁾ Die Kriegsverluste der Zivilbevölkerung sind in der obigen Aufstellung deshalb nicht berücksichtigt, weil sie in der Bevölkerungsbilanz der Zivilbevölkerung 1941—1948 schon mit enthalten sind.
- ⁴³⁾ Vgl. Anm. 34.
- ⁴⁴⁾ A. a. O. S. 61.
- ⁴⁵⁾ Vgl. Quellenangabe.
- ⁴⁶⁾ Magyar Statisztikai Szemle 1947/11—12, S. 401 ff.
- ⁴⁷⁾ Nach Tony Radspieler lebten am 1. Januar 1950 in Österreich 12857 Ungarndeutsche, in Wien allein 3980 und im Burgenland 2808. In: The Ethnic German Refugee in Austria 1945 to 1954, S. 43.
- ⁴⁸⁾ Petri: Kleine Landeskunde des neuen Ungarn, Budapest 1951.
- ⁴⁹⁾ Vgl. Quellenangabe sowie Krallert, Südostdeutsche Heimatblätter, 1955, S. 92.
- ⁵⁰⁾ Im Zuge der neuen Nationalitätenpolitik marxistisch-leninistischer Prägung wurde seit Juli 1954 ein Monatsblatt „Freies Leben“ in deutscher Sprache herausgegeben. Auch im Schulwesen traten ein paar an und für sich geringfügige Veränderungen ein. Im Sommer 1955 erfuhr der neue Nationalitätenkurs in Ungarn eine auffallende Belebung. In mehr als hundert Schulen wurde Deutsch als Lehrfach wieder eingeführt, und es wurden erstmals auch zwei Schulen errichtet, in denen in deutscher Sprache unterrichtet wird. Das Monatsblatt wurde in ein Wochenblatt umgewandelt und ein „Kulturverband der deutschen Werktätigen in Ungarn“ gegründet.
- ⁵¹⁾ Auf diese offiziöse ungarische Äußerung hat A. Urschitz in „Neuland“, Nr. 11/1956 vom 17. März 1956 erstmals hingewiesen.
- ⁵²⁾ Vgl. dazu Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 1955/12, S. 170 ff.
- ⁵³⁾ Statisztikai Szemle 1955/1.
- ⁵⁴⁾ Vgl. auch die Ausführungen S. 394/95.
- ⁵⁵⁾ Vgl. Annabring a. a. O., S. 24.

Jugoslawien

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	411
II. Das benutzte Quellenmaterial	412
III. Überblick über die Bilanz	414
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Jugoslawiens Ende 1939	415
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens von 1940 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	425
C. Die deutsche Bevölkerung Jugoslawiens Ende 1944 (ohne Berücksichti- gung der Umsiedlungen und der Kriegsverluste)	429
D. Die Umsiedlung deutscher Bevölkerung aus Jugoslawien während des Krieges	430
E. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens	433
F. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens Ende 1944 . .	435
G. Die deutschen Vertriebenen aus Jugoslawien	435
H. Die in Jugoslawien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Be- völkerung	439
I. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Kriegsvermißten und Verschleppten aus Jugoslawien	441
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Jugoslawien	444
Anmerkungen	448

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Das Deutschtum in Jugoslawien bildete weder nach seiner Herkunft, noch nach der Dauer seiner Ansiedlung, noch nach seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur eine Einheit. Auch nach seiner staatsrechtlichen Zugehörigkeit war es durchaus uneinheitlich. Die Anfänge deutschen Lebens in den deutschen Siedlungsgebieten des heutigen Jugoslawien sind teilweise bis in das 9. Jahrhundert zurückzuverfolgen: Seit dem Jahre 850 siedeln deutsche Kolonisten aus Bayern und Franken in Slowenien. Im Donaugebiet der Wojwodina — wie das Banat, die Batschka und die Baranja genannt werden — sowie im benachbarten Syrmien und Slowenien gingen im Mittelalter bereits blühende deutsche Siedlungen in den Kriegen gegen die Türken und unter türkischer Herrschaft verloren. Stellung und Stärke des Deutschtums, wie es sich noch bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges in Jugoslawien darstellte, liegen jedoch in den Großen Schwabenzügen begründet, die unter Karl VI., Maria Theresia und Josef II. stattfanden.

Die Donauschwaben waren in ihrer Mehrheit Bauern und lebten auf dem Lande; die Deutschen in Slowenien dagegen waren überwiegend städtische Bevölkerung und die hauptsächlichsten Träger von Industrie, Handel und Gewerbe. Im einzelnen wird auf die besiedlungsgeschichtlichen Besonderheiten noch bei der Behandlung der Entwicklung des Deutschtums in den einzelnen Siedlungsgebieten hingewiesen werden.

Als Folge der Zerschlagung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg kam das Deutschtum an der mittleren Donau — die Donauschwaben in den deutschen Siedlungsgebieten Banat, Batschka, Baranja, Syrmien und Slawonien sowie die westlich hiervon liegende Gruppe deutscher Siedlungsgebiete in Slowenien mit Untersteiermark, Südkärnten, Übermurgebiet und Krain mit der Sprachinsel Gottschee an Jugoslawien.

Die Verwaltungseinteilung in diesem neuen Staat, dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, deckte sich zunächst weitgehend mit den Grenzen der einzelnen historisch gewachsenen Gebiete, aus denen es 1919 entstanden war; es waren dies Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Dalmatien, Kroatien-Slawonien, Slowenien, Banat, Batschka und Baranja (Wojwodina). Durch die in der „Vidovdan-Verfassung“ gegebenen Bestimmungen wurde am 28. April 1922 eine zentralistisch ausgerichtete Verwaltungsreform durchgeführt, wobei die nationalen Minderheiten auf serbische Kern- und Mehrheitsgebiete aufgeteilt wurden. Aber bereits am 3. Oktober 1929 (1931 in Kraft getreten) wurde diese kostspielige Verwaltungseinteilung durch eine neue Verwaltungsreform abgelöst, durch welche die Präfektur Groß-Belgrad und neun Banschaften geschaffen wurden, auf die noch später einzugehen sein wird.

Die deutsche Bevölkerung der einzelnen, voneinander völlig unterschiedlichen Gebiete, die nach dem Ersten Weltkrieg zu dem neuen jugoslawischen Staate vereinigt wurden, war bis 1939 fast eine festgefügte Einheit geworden; 95 vH aller Deutschen in Jugoslawien gehörten bereits dem Schwäbisch-Deutschen Kultur-

bund an. Durch die neue Grenzziehung nach der militärischen Niederwerfung Jugoslawiens wurden jedoch auch die deutschen Siedlungsgebiete in Jugoslawien erneut staatlich voneinander getrennt.

Die deutschen Siedlungsgebiete des ehemaligen jugoslawischen Staates wurden auf drei Länder aufgeteilt: Diejenigen der Batschka, der Baranja und des Übermurgebietes fielen an Ungarn und wurden im weiteren von der deutschen Volksgruppe in Ungarn erfaßt und betreut. Das Deutschtum im Banat und in Serbien wurde zu einer eigenen Volksgruppe zusammengefaßt, dem deutschen Militärbefehlshaber von Serbien unterstellt und mit einem eigenen nationalen Statut ausgestattet, das dieser die Rechtspersönlichkeit verlieh. Die Organisation der Volksgruppe war in ihrem Bereich für die Aufrechterhaltung der Ordnung und das öffentliche Leben selbst verantwortlich; Verwaltung, Polizei, Wirtschaftsführung und -planung lagen in ihrer Hand. Die wehrfähigen Männer vom 17. bis zum 50. Lebensjahr sollten ausschließlich in der Deutschen Wehrmacht zum Kriegsdienst herangezogen werden. Die dem ehemaligen Königreich Kroatien-Slawonien angehörenden Gebiete Syrmien, Slawonien mit Bosnien und Herzegowina wurden dem Unabhängigen Staate Kroatien zugeteilt, der den Deutschen seines Staatsgebietes im Rahmen der Organisation der deutschen Volksgruppe in Kroatien in nationalen und kulturellen Belangen ebenfalls volle Freiheit gewährte. Die Untersteiermark, Südkärnten und Oberkrain wurden dem Reichsgebiet angegliedert. Unterkrain mit der deutschen Sprachinsel Gottschee wurden Italien überlassen. Auf weitere Einzelheiten, die sich aus dieser Aufgliederung ergaben, wird später hingewiesen werden. Nach dem Rückzug der deutschen Truppen vom Balkan ist Jugoslawien in seinen Grenzen von 1937 wieder erstanden; somit fielen alle abgetrennten deutschen Siedlungsgebiete unter die Staatshoheit der neu errichteten Föderativen Volksrepublik Jugoslawien.

II. Das benutzte Quellenmaterial

Als Unterlagen für die Berechnung der Kriegs- und Vertreibungsverluste der deutschen Bevölkerung aus Jugoslawien dienten zunächst hauptsächlich jene Statistiken, welche es gestatten, den Stand und die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in den einzelnen Gebieten Jugoslawiens bis in Einzelheiten genau zu verfolgen. Hierbei handelt es sich sowohl um amtliche österreichische und jugoslawische Volkszählungen als auch um Erhebungen, die im Rahmen der deutschen Volksgruppe Jugoslawiens auf eigene Veranlassung selbst durchgeführt wurden. Für die Zeit nach der Vertreibung wurden vor allem auch deutsche und österreichische Statistiken als Quellen benutzt.

1. Für die Zeit bis 1945

Winkler, Wilhelm: Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschtum, Berlin 1927.

Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Hrsg. Carl Petersen und Otto Scheel, Breslau 1933 bis 1935.

- Walz, Erich: Das Deutschtum in den 1920 bei Ungarn 'gebliebenen Teilen von Batschka und Banat, Wien 1943.
- Die Bevölkerungszählung in Rumänien 1941. Hrsg. Publikationsstelle, Wien 1943.
- Haller, Hermann: Syrmien und sein Deutschtum, Leipzig 1941.
- Lakatoš, Josip: Narodna Statistika, Agram 1914.
- Sattler, Wilhelm: Die deutschen Siedlungen in Slawonien. In: Auslandsdeutsche Volksforschung, Jg. 1938, Band 2, Heft 1.
- Maier, Hans: Die deutschen Siedlungen in Bosnien, Stuttgart 1924.
- Andrašević, Bogumil v.: Die deutschen Siedlungen in Mittelkroatien. Das Werden und die Heimkehr der Bosniendeutschen. In: Jahrbuch des Ost-Europa-Instituts 1942.
- Heuchert, Ottilie: Die Umsiedlung der Bosniendeutschen. In: Deutschtum im Ausland, Heft 1/2, 1943.
- Brücker, Heinz: Die Umsiedlungen und Rückführungen von Volksdeutschen 1939 bis 1945.
- Deuerling, Oswald: Deutsche Siedlungen in Slawonien. In: Nation und Staat, Jg. 6, Heft 5.
- Schechtmann, Jos. B.: European Population Transfers 1939—1945, New York 1946.
- Upravno, sudsko i crkveno razdjeljenje i Imenik prebivališta Savske banovine po stanju od 1. Maja 1937, Agram 1937.
- Upravno, sudsko i crkveno razdjeljenje i Imenik prebivališta Primorske banovine po stanju od 1. Maja 1938, Agram 1938.
- Wutte, Martin: Mieštal und Unterdrauburg. In: Südostdeutsche Volksgrenze, Berlin 1934.
- Prethodni rezultati popisa stanovništva u Kraljevini Srba, Hrvata i Slovenaca 31. januara 1921 god., Sarajewo 1924.
- Definitivni rezultati popisa stanovništva od 31. januara 1921 god., Sarajewo 1932.
- Werner, Gerhard: Sprache und Volkstum in der Untersteiermark. Forschungen zur Landes- und Volkskunde im Auftrag der Zentralkommission für wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland, Band 31, Heft 3. Hrsg. Friedrich Metz, Stuttgart 1935.
- Werner, Gerhard: Das Volkstum des Übermurgebietes (Prekomurje). In: Geographischer Jahresbericht aus Österreich, Band XVII, Leipzig—Wien 1933.
- Otterstädt, Herbert: Vom deutschen Blutanteil in Krain. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Jg. V, Heft 1.
- Grothe, Hugo: Die deutsche Sprachinsel Gottschee in Slowenien, Münster 1931.
- Haack, H. und H. Rüdiger: Das Deutschtum der Erde, Gotha 1930.
- Steinacher, Hans: Volkstum jenseits der Grenze, Stuttgart 1934.
- Rüdiger, Hermann: Zahl und Verbreitung des deutschen Volkes. In: Das Buch vom deutschen Volkstum. Hrsg. Paul Gauß, Leipzig 1935.
- Fittbogen, Gottfried: Was jeder Deutsche vom Grenz- und Auslandsdeutschtum wissen muß, München 1937.

Statistički pregled Kraljevine Jugoslavije po banovinama prema zakonu od 3. oktobra 1939 god., Belgrad 1930.

Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931. Hrsg. Publikationsstelle Wien 1943.

Splošni pregled Dravske banovine. Glavni statistični podatki upravna, sodna ni cerkvena razdelitev ter imenik krajev po stanju 1. julija 1939 z dvema zemljevidoma, Laibach 1939.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung Jugoslawiens Ende 1939

1. Banat	125 800
2. Batschka	174 600
3. Baranja	16 400
4. Syrmien	71 900
5. Slawonien	69 200
6. Bosnien-Herzegowina	15 600
7. Kroatien (mit Agram)	14 300
8. Serbien (mit Belgrad)	14 800
9. Südkärnten	400
10. Untersteiermark	11 400
11. Übermurgebiet	1 500
12. Krain (ohne Gottschee)	5 900
13. Gottschee	15 000
Insgesamt	536 800

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens von 1940 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Natürlicher Bevölkerungszuwachs	13 000
---	--------

C. Die deutsche Bevölkerung Jugoslawiens Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Umsiedlung und der Kriegsverluste)

549 800

D. Die Umsiedlung deutscher Bevölkerung aus Jugoslawien während des Krieges

Umgesiedelt wurden aus	
Krain (mit Gottschee)	15 000
Bosnien-Herzegowina und Kroatien	17 900
Serbien	2 900
Insgesamt	35 800

E. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens

Wehrmachtssterbefälle	40 000
---------------------------------	--------

F. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens Ende 1944 . .

509 800

G. Die deutschen Vertriebenen aus Jugoslawien	
Stand: September 1950	297 500
darunter in der Bundesrepublik	147 500
Geburtenüberschuß von 1945 bis September 1950	10 500
darunter in der Bundesrepublik	6 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	287 000
H. Die in Jugoslawien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	
	82 000
I. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Kriegsvermißten und Verschleppten aus Jugoslawien	
	5 000
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Jugoslawien	
De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Ende 1944	509 800
Von der Vertreibung direkt Betroffene	287 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	82 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Kriegsvermißte und Verschleppte	5 000
Geklärte Fälle	374 000
Ungeklärte Fälle	135 800

Zusammenfassung

Deutsche Bevölkerung Ende 1939	536 800
Zunahme der deutschen Bevölkerung von Ende 1940 bis Ende 1944	13 000
Kriegsverluste	40 000
Deutsche Bevölkerung Ende 1944	509 800
Vertriebene Bevölkerung im September 1950	297 500
Von der Vertreibung direkt Betroffene	287 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	82 000
Vermutlich noch lebende Kriegsgefangene, Kriegsvermißte und Verschleppte	5 000
Geklärte Fälle	374 000
Ungeklärte Fälle	135 800

Die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien hat durch Krieg, Liquidierungen, Verschleppungen und Vertreibung einen Gesamtverlust von 175 800 Personen zu verzeichnen, das sind 32,7 vH des deutschen Bevölkerungsstandes von 1939. Davon entfallen auf die militärischen Kriegsverluste 7,5 vH, auf die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung 25,3 vH.

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Jugoslawiens Ende 1939

Vor dem Zweiten Weltkrieg wurden in Jugoslawien zwei Volkszählungen durchgeführt. Die erste, im Jahre 1921, wies für das gesamte Staatsgebiet 505 790 Deutsche, 4,22 vH der Gesamtbevölkerung aus. Eine amtliche Zusammenfassung der

Ergebnisse der zweiten jugoslawischen Volkszählung, die am 31. März 1931 stattfand, gibt es nicht. Es wurden von amtlicher Seite nur Volkszählungsergebnisse für Teilgebiete veröffentlicht. Erst während des Krieges war die Publikationsstelle Wien in der Lage, auf Grund der ihr zugänglich gemachten gesamten Unterlagen der jugoslawischen Volkszählung von 1931 eine Aufgliederung der Bevölkerung Jugoslawiens nach Muttersprache und Konfession, bis zu den Kreisen gegliedert, zu veröffentlichen¹⁾. Danach hatte das Deutschtum Jugoslawiens im Jahre 1931 noch 499 969 Personen umfaßt, 3,59 vH der damaligen Gesamtbevölkerung. Das Deutschtum hätte somit von 1921 bis 1931 einen Rückgang von annähernd 6 000 Personen zu verzeichnen; der deutsche Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung wäre demnach um 0,63 vH zurückgegangen. In der gleichen Zeitspanne war die Bevölkerungszahl Jugoslawiens von 11 984 911 auf 13 934 088 Personen angestiegen.

Die deutsche Bevölkerung in Jugoslawien 1921 und 1931 nach Banschaften

Ergebnisse der jugoslawischen Volkszählungen

Banschaft	1921			1931			Veränderung der Zahl der Deutschen 1931 gegenüber 1921
	Deut- sche	in vH der		Deut- sche	in vH der		
		Gesamt- bevöl- kerung	deut- schen Bevöl- kerung		Gesamt- bevöl- kerung	deut- schen Bevöl- kerung	
Donau- Banschaft ...	344 136	16,3	68,0	343 885	14,4	68,8	— 251
Drau-Banschaft	40 920	3,9	8,1	28 998	2,5	5,8	— 11 922
Drina- Banschaft ...	31 579	2,3	6,2	7 098	0,5	1,5	— 23 881
Küsten- Banschaft ...	1 241	0,2	0,2	739	0,1	0,2	— 502
Morawa- Banschaft ...	774	0,1	0,1	1 404	0,1	0,3	+ 630
Sawe-Banschaft	59 993	2,6	11,9	80 501	3,0	16,1	+ 20 508
Wardar- Banschaft ...	252	0,0	0,1	1 110	0,1	0,2	+ 858
Wrbas- Banschaft ...	8 396	1,0	1,7	8 044	0,8	1,6	— 352
Zeta-Banschaft .	452	0,1	0,1	978	0,1	0,2	— 526
Stadtgebiet							
Belgrad	18 047	11,8	3,6	26 612	9,2	5,3	+ 8 565
Insgesamt ...	505 790	4,2	100	499 969	3,6	100	— 5 821

Nach den Angaben des Zentralamtes für Auswanderungswesen in Agram sind in den Jahren von 1919 bis 1931 aus Jugoslawien 172 573 Personen ausgewandert, darunter 29 083 Deutsche²⁾. Im gleichen Zeitraum sind jedoch 3165 Deutsche zurückgewandert; damit beträgt der Auswanderungsverlust der deutschen Bevölkerung in Jugoslawien im angegebenen Zeitraum fast 26 000 Personen. Dieser Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung wird jedoch voll ausgeglichen durch den Geburtenüberschuß, der von 1919 bis 1931 mit 46 800 Personen errechnet werden konnte.

Für die Berechnung des Bevölkerungszuwachses in der Zeit von 1931 bis 1939 ergeben sich insofern gewisse Schwierigkeiten, als für die Jahre 1937 bis 1939 über-

haupt keine Angaben über die natürliche Bevölkerungsentwicklung des Deutschtums vorliegen und für die Jahre 1933 bis 1936 lediglich Zahlen für das Deutschtum in der Wojwodina herangezogen werden können. Trotzdem wird man auf Grund der Vergleiche mit vorangegangenen Zeiträumen annehmen können, daß die Angaben für die Wojwodina in etwa den Verhältnissen des gesamten Deutschtums in Jugoslawien entsprechen dürften. Für die Jahre 1931 bis 1936 ergeben sich nachstehende Zahlen für die relativen Geburtenüberschüsse³⁾:

Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung

Jahr	aT
1931	5,4
1932	6,8
1933 ¹⁾	5,9
1934 ¹⁾	4,3
1935 ¹⁾	3,4
1936 ¹⁾	1,9

¹⁾ Nur Donauschwaben der Wojwodina.

Im Durchschnitt dieser Jahre ergibt sich für den relativen Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung ein Wert von jährlich 4,6 aT. Man wird diesen jedoch kaum für die Jahre 1937 bis 1939 übernehmen können, da aus der vorstehenden Übersicht hervorgeht, daß seit 1932 ein ständiger Rückgang dieser Zahlen zu beobachten ist. Allerdings dürften die Werte von 1937 bis 1939 nicht noch weiter abgesunken sein, sondern — wie aus vergleichenden Beobachtungen geschlossen werden kann — wieder leicht angestiegen sein. Man wird kaum fehlgehen, wenn man im Durchschnitt der Jahre 1937 bis 1939 einen Wert von 3,0 aT ansetzt. Für den gesamten Zeitraum von 1931 bis 1939 ergibt sich dann ein jährlicher Mittelwert von rund 4,1 aT. Wenn man diesen Mittelwert auf die Bevölkerung der einzelnen deutschen Siedlungsgebiete anwendet, errechnen sich die in nachstehender Übersicht ausgewiesenen Zahlen.

Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in den deutschen Siedlungsgebieten Jugoslawiens von 1931 bis 1939

Siedlungsgebiet	Deutsche Bevölkerung		Veränderungen 1939 gegenüber 1931		
	1931	1939	insgesamt	davon Abwande- rungs- überschuß	Geburten- überschuß
1. Banat	121 300	125 800	4 500	—	4 500
2. Batschka	173 200	174 600	1 400	5 000	6 400
3. Baranja	15 800	16 400	600	—	600
4. Syrmien	70 300	71 900	1 600	1 000	2 600
5. Slawonien	67 400	69 200	1 800	700	2 500
6. Bosnien-Herzegowina	15 000	15 600	600	—	600
7. Kroatien (mit Agram)	13 800	14 300	500	—	500
8. Serbien (mit Belgrad)	14 300	14 800	500	—	500
9. Südkärnten	400	400	—	—	—
10. Untersteiermark	11 000	11 400	400	—	400
11. Übermurgebiet	1 400	1 500	100	—	100
12. Krain (ohne Gottschee)	5 700	5 900	200	—	200
13. Gottschee	14 500	15 000	500	—	500
Insgesamt	524 100	536 800	12 700	6 700	19 400

Zu dieser Übersicht ist noch ergänzend zu bemerken, daß die hier ausgewiesene Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung in Jugoslawien im Jahre 1931 von der in der Banschaftsgliederung (vgl. oben) etwas abweicht. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die letztere Tabelle aus Unterlagen erstellt wurde, die seinerzeit der damaligen Publikationsstelle Wien zur Verfügung gestellt wurden, während die Angaben über die einzelnen Siedlungsgebiete aus den amtlichen Einzelveröffentlichungen entnommen werden mußten.

1. Banat

Das im Norden von der Marosch, im Westen von der Theiß, im Süden von der Donau und im Osten von den Ausläufern der Karpaten begrenzte Banat wies nach der letzten österreichischen Volkszählung im Jahre 1910 einen deutschen Bevölkerungsstand von 387 500 Personen auf; der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 24,5 vH. Durch den Vertrag von Trianon am 4. Juni 1920 wurde das Banat auf drei Staaten aufgeteilt: ein Drittel seiner Gesamtfläche (9 307 qkm == 33,4 vH), mit fruchtbaren Böden und einer Gesamtbevölkerung von 562 000 Personen (Volkszählung 1921), davon 126 500 Deutschen (das sind 22,5 vH der Gesamtbevölkerung dieses abgetretenen Banater Gebietsteiles), fiel an Jugoslawien. Nach der zweiten jugoslawischen Volkszählung vom 31. März 1931 wies dieses Westbanat eine Gesamtbevölkerung von 596 300 Personen auf; darunter befanden sich 121 300 Deutsche oder 20,3 vH der Gesamtbevölkerung. Somit hätte das Deutschtum im jugoslawischen Banat von 1921 bis 1931 einen Rückgang um rund 5 000 Personen erfahren. Nach der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ergibt sich aber für das Deutschtum in der gleichen Zeit ein Wachstum von 11 500 Personen⁴⁾. Das bedeutet aber, daß diesem Geburtenüberschuß ein Verlust durch Abwanderung von insgesamt 16 500 Personen gegenüberstehen muß.

Da für den Geburtenüberschuß der Jahre 1931 bis 1939 ein jährlicher Mittelwert von rund 4,1 vH errechnet wurde, hätte die deutsche Bevölkerung im jugoslawischen Teil des Banats im Jahre 1939 insgesamt 125 800 Personen umfaßt. Mit einer nennenswerten Abwanderung ist in dieser Zeit nicht zu rechnen.

Eine eigene Erhebung, die von der deutschen Volksgruppe im Banat und in Serbien am 29. Juni 1941 durchgeführt wurde, bestätigte die zahlenmäßige Stärke des Banater Deutschtums; sie ergab 126 300 im Banat lebende Deutsche. Der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung des Banats betrug nach dieser Erhebung im Jahre 1941 22,1 vH.

2. Batschka

Das Siedlungsgebiet im südlichen Teil des ungarischen Tieflandes zwischen Donau und Theiß wird als Batschka bezeichnet. Im Jahre 1910 wurden in der Batschka 190 700 Deutsche gezählt, das sind 23,5 vH der Gesamtbevölkerung⁵⁾. Durch den am 26. Juli 1921 in Kraft getretenen Vertrag von Trianon wurde die Batschka zwischen Ungarn und Jugoslawien aufgeteilt. Der größte Teil dieses Siedlungsgebietes fiel an Jugoslawien. Bei der Volkszählung von 1921 wurde im jugoslawischen Teil der Batschka eine Gesamtbevölkerung von 735 100 Personen festgestellt; darunter befanden sich 173 800 Deutsche, das sind 23,6 vH der Gesamtbevölkerung. Auf Grund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung hätte das Deutschtum

im Jahre 1931 rund 190 000 Köpfe aufweisen müssen, die jugoslawische Volkszählung von 1931 gab jedoch nur einen deutschen Bevölkerungsstand von 173 200 Personen an. Danach wäre in der jugoslawischen Batschka von 1921 bis 1931 ein deutscher Bevölkerungsrückgang von rund 600 Personen zu verzeichnen gewesen. Somit müßten die deutschen Bevölkerungsverluste durch Abwanderung (die Auswanderung aus der Batschka nach Amerika war stets sehr stark) im gleichen Zeitraum mindestens 16 000 Personen betragen haben⁶⁾. Es sei hier besonders darauf verwiesen, daß die deutschen Auswanderungszahlen seit 1930 ständig zurückgingen, in der zweiten Hälfte der 30er Jahre jedoch wieder anstiegen, wobei dann die Auswanderung fast ausschließlich in das Deutsche Reich erfolgte.

Diese Erscheinung war Ausdruck der damals bestehenden guten deutsch-jugoslawischen Beziehungen und eine Folge der zunehmend verstärkten Nachfrage Deutschlands nach ausländischen Arbeitskräften.

Nach der amtlichen Zählung von 1938 hätte die Batschka (jugoslawischer Teil) 173 900 Deutsche (21,6 vH der Gesamtbevölkerung) aufgewiesen, was gegenüber 1931 einen Zuwachs von nur 700 Personen ausmachen würde. Doch beträgt die natürliche Bevölkerungszunahme der Deutschen für die Zeit von 1931 bis 1938 etwa 5 700 Personen. Das würde bedeuten, daß in dieser Periode annähernd 5 000 Deutsche abgewandert sein dürften. Von 1938 bis 1939 ist mit einem Geburtenüberschuß — entsprechend der angenommenen Quote — von 700 Personen zu rechnen. Die eventuellen Wanderungen in dieser Zeit nicht berücksichtigt, errechnet sich für das Jahr 1939 ein deutscher Bevölkerungsstand von 174 600 Personen.

3. Baranja

Die beiden, im Donau-Drau-Winkel gelegenen Bezirke der Schwäbischen Türkei — Batina und Darda — wurden nach dem Ersten Weltkrieg an Jugoslawien abgetreten. Bei der Volkszählung im Jahre 1931 wurden 15 800 Deutsche festgestellt, das sind 29,8 vH der Gesamtbevölkerung. Bei einer, für den Zeitraum von 1931 bis 1939 berechneten durchschnittlichen Zuwachsrate von jährlich 4,1 aT würde die deutsche Bevölkerung der Baranja im Jahre 1939 etwa 16 400 Personen gezählt haben. Verluste durch Abwanderung werden als zu geringfügig in der Bilanz nicht weiter berücksichtigt.

4. Syrmien

Syrmien, der verhältnismäßig schmale und halbinselartige, im Westen von Slawonien begrenzte Landstrich zwischen Donau und Save, kam nach der Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zu Jugoslawien. 1910 wurden hier 68 100, 1921 64 800 und 1931 70 300 Personen mit deutscher Muttersprache gezählt. 1931 waren 15,8 vH der Gesamtbevölkerung Syrmiens Deutsche⁷⁾. Gegenüber 1921 stieg die Zahl der Deutschen um 5 500 Personen an.

Bei Ansatz des jährlichen Mittelwertes von 4,1 aT ergibt sich für die deutsche Bevölkerung Syrmiens für den Zeitraum von 1931 bis 1939 eine Zunahme um 2 600 Personen, der jedoch eine geringe Abnahme durch Ab- bzw. Auswanderung gegenüberstehen dürfte; wenn man diese mit etwa 1 000 Personen annimmt, so würde das Deutschtum Syrmiens im Jahre 1939 einen Bevölkerungsstand von 71 900 Personen aufgewiesen haben. Diese Zahl wird in die Bilanz auch aufgenommen.

5. Slawonien

Slawonien, der im Norden durch die Drau und im Süden durch die Save, im Osten durch Syrmien begrenzte und im Westen bis an die Randgebirge des Agramer Beckens reichende mittlere Teil des kroatischen Zwischenstromlandes, war früher mit Kroatien zu einem eigenen Königreich (Kroatien-Slawonien) verbunden und gehörte zu den Ländern der ungarischen Krone. Es setzte sich aus den vier Komitaten (Gespanschaften) Syrmien, Poschega, Virovitica-Esseg und Bjelovar-Kreuz zusammen. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel Slawonien an Jugoslawien. Mit der Einteilung des jugoslawischen Staates in Banschaften wurde Syrmien auf die Drina- und Donau-Banschaften aufgeteilt, aus dem Essegger Gebiet mit Kroatien wurde die Save-Banschaft geschaffen; die syrmische Stadt Semlin und die Banater Stadt Patschowa wurden mit Belgrad vereinigt.

Das Deutschtum in Slawonien war in der Regel nicht durch unmittelbaren Zuzug aus dem Reich oder auch Österreich entstanden, sondern aus Zweitsiedlern der Batschka, des Banats, der Schwäbischen Türkei und anderen deutschen Siedlungsgebieten in Südosteuropa gebildet worden. Im Jahre 1910 war es noch 210 000 Köpfe stark, im Jahre 1931 war das Deutschtum Slawoniens (ohne Syrmien) auf 67 400 Personen gesunken und bildete 9,1 vH der Gesamtbevölkerung⁸).

Der Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung Slawoniens von 1931 bis 1939 würde bei Annahme eines jährlichen Mittelwertes von 4,1 aT etwa 2 500 Personen betragen haben, doch muß bei Berücksichtigung eines Abwanderungsüberschusses mit einer Gesamtzunahme von nur 1 800 Personen gerechnet werden. Der deutsche Bevölkerungsstand Slawoniens kann damit für 1939 mit etwa 69 200 Personen veranschlagt werden.

6. Bosnien—Herzegowina

Bosnien und Herzegowina, 1878 von österreichischen Truppen okkupiert, 1908 von Österreich-Ungarn annektiert, wurde nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie dem neugebildeten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zugeschlagen. Das Land war in vier voneinander unabhängigen Kolonisationswellen von Deutschen besiedelt worden. Bei der letzten österreichischen Volkszählung im Jahre 1910 waren hier 23 000 Deutsche festgestellt worden, 1,2 vH der Gesamtbevölkerung des Landes. Davon lebten im Bezirk Banja Luka 8 100, im Bezirk Sarajewo 6 500 und im Bezirk Tuzla 4 600 Deutsche. Nach der ersten jugoslawischen Volkszählung im Jahre 1921 wurden in Bosnien und Herzegowina noch 16 400 Deutsche ermittelt. Der Rückgang der Deutschen betraf hauptsächlich die städtische Bevölkerung, die nach 1918 in die Alpen- bzw. Sudetenländer zurückwanderte. Das bäuerliche Element wurde davon kaum berührt. Das Statistische Amt in Sarajewo führte 1921 nur noch 18 deutsche Bauernsiedlungen mit 6 100 Einwohnern auf; von diesen waren Windthorst (Nova Topola) mit 1 400, Franzjosefsfeld mit 1 100 und Schutzberg (Glogovac) mit 800 deutschen Einwohnern die größten. Demgegenüber führt Maier⁹) insgesamt 31 deutsche Bauernsiedlungen mit etwa 7 700 Deutschen noch für das Jahr 1923 auf.

Durch die Gliederung in Banschaften wurden Bosnien und Herzegowina auf die Drina- und die Werbas-Banschaft aufgeteilt. Der deutsche Bevölkerungsanteil um-

faßte nach der zweiten jugoslawischen Volkszählung 1931 noch 15 000 Personen; davon entfielen auf die Drina-Banschaft 7 000 und auf die Werbas-Banschaft 8 000 Deutsche¹⁰).

Unter Zuhilfenahme des errechneten jährlichen Mittelwertes von 4,1 aT der deutschen Bevölkerung für die Berechnung des Geburtenüberschusses von 1931 bis 1939 ergibt sich für diesen Zeitraum eine Zunahme um 600 Personen, so daß der deutsche Bevölkerungsstand in Bosnien-Herzegowina für 1939 mit etwa 15 600 angesetzt werden kann. Die Wanderungsbewegung wird hierbei nicht berücksichtigt.

7. Kroatien (mit Agram)

Kroatien umfaßte die vier Gespanschaften Lika-Krbava, Modrusch-Flaun, Warasdin, Agram und die Städte Warasdin und Agram, weiter Veglia (Krk), Castua (Kastow) und die Bezirke Perlok (Prelog) und Tschakathurn (Tschakovertr), schließlich von der ehemaligen Gespanschaft Bjelovar-Kreuz noch die Bezirke Tschasma und Kreuz (Krischewci). Dieses ganze Gebiet wies 1910 noch 8 200 Deutsche auf. Im Jahre 1921 wurden in Kroatien 5 800 Deutsche gezählt¹¹).

Die zweite jugoslawische Volkszählung im Jahre 1931 ergab für die Sawe-Banschaft ohne die bereits bei Slawonien angeführten Deutschen noch 6 800 Personen deutscher Muttersprache¹²). Für Agram, das in derselben Banschaft liegt, wurden 1931 6 300 Deutsche festgestellt, für die Küstenbanschaft, die auch zu Kroatien zählt, 700 Deutsche. Demnach lebten im Jahre 1931 im Raum Kroatien 13 800 Deutsche.

Nach dem für das gesamte Jugoslawiendeutschtum mit Hilfe des jährlichen Mittelwertes von 4,1 aT berechneten natürlichen Bevölkerungszuwachs von 1931 bis 1939 hat der Geburtenüberschuß der Deutschen in Kroatien im gleichen Zeitraum 500 Personen betragen. Ohne weitere Berücksichtigung der Wanderungszahlen kann der deutsche Bevölkerungsstand Kroatiens für 1939 mit 14 300 angesetzt werden.

8. Serbien (mit Belgrad)

Die deutsche Einwanderung in Serbien ist bis ins späte Mittelalter hinein verfolgbar. Schon im Großserbischen Reich des Zaren Stefan Dusan (um das Jahr 1350) erscheinen zahlreiche Deutsche, die am nachhaltigsten am Auf- und Ausbau des Bergbaus in Serbien mitgewirkt haben. Dieses Deutschtum ging jedoch verloren.

Das Streudeutschtum in Alt- und Südserbien hat sich erst in der jüngsten Vergangenheit gebildet. Ohne die Stadt Belgrad zählte es im Jahre 1931 3 800 Personen¹³), die sich auf die einzelnen Banschaften wie folgt verteilten: Südlicher Teil der Donau-Banschaft 1 200, Morawa-Banschaft 1 400 und Wardar-Banschaft 1 100. Die Zahl der Personen mit deutscher Muttersprache in Belgrad ist zwischen 1890 und 1921 auf gleicher Höhe geblieben. Lediglich sein Anteil an der Gesamtbevölkerung sank von 8,0 vH auf 3,6 vH. Im Jahre 1921 wurden in Belgrad 4 100 Volksdeutsche gezählt, 1931 10 500¹⁴).

Danach lebten in Serbien einschließlich der Hauptstadt Belgrad im Jahre 1931 14 300 Personen mit deutscher Muttersprache. Setzt man den für das gesamte Jugoslawiendeutschtum errechneten Mittelwert des jährlichen Geburtenüberschus-

ses von 4,1 aT für das Deutschtum in Serbien an, dann würde dessen natürlicher Zuwachs von 1931 bis 1939 an 500 Personen betragen haben. So kann damit gerechnet werden, daß die deutsche Bevölkerung in Serbien im Jahre 1939 14800 Personen umfaßte.

9. Südkärnten

Durch die Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint-Germain mußte Österreich auch die Südosteecke Kärntens, im Mießtal die Gemeinden Markt Gutenstein, Prävali, Mieß, Schwarzenberg, Kottelach, Fettengupf und Sankt Daniel sowie Teile der Gemeinden Vellach und Loibach, im Drautal die Marktgemeinde Unterdrauburg sowie Teile der Gemeinden Kirnberg und Leifling abtreten. Diese Gebiete wurden von den Jugoslawen verwaltungsmäßig der von der Steiermark abgetrennten Untersteiermark angeschlossen.

Im Mießtal wurden im Jahre 1910 unter 13100 Einwohnern 2300 Personen mit deutscher Umgangssprache und im Gebiet von Unterdrauburg weitere 800 Deutsche gezählt, zusammen 3100 Deutsche. Das Deutschtum Südkärntens verlor bis 1921 fast drei Viertel seines Bestandes; 1921 war es nach der jugoslawischen Volkszählung noch 700 Köpfe stark. Bis 1931 sank es fast auf die Hälfte seines Bestandes von 1921, da nur noch 400 Deutsche gezählt wurden¹⁵⁾. Der gleiche deutsche Bevölkerungsstand wird in diesen Untersuchungen auch für das Jahr 1939 angenommen.

10. Untersteiermark

Durch den Vertrag von Saint-Germain war Österreich gezwungen, auch den südlichen Streifen des ehemaligen österreichischen Herzogtums Steiermark an Jugoslawien abzutreten. Die Jugoslawen vereinigten die Untersteiermark mit der Südosteecke Kärntens und mit dem, früher zum ungarischen Reichsteil gehörenden Übermurgebiet (Prekomurje) sowie der Krain mit der Sprachinsel Gottschee unter dem Namen Slowenien. Ab 1929 hieß es Dravska banovina (Drau-Banat)¹⁶⁾.

Unter den Jugoslawien zugesprochenen Gebieten befand sich auch das Abstallerfeld, das mit seinen 19 deutschen Gemeinden im Jahre 1910 noch ganz zum geschlossenen deutschen Sprachgebiet gehörte. Bei der letzten österreichischen Volkszählung wiesen diese Gemeinden 6200 Deutsche, jedoch nur 700 Slowenen auf¹⁷⁾. In den übrigen Gemeinden des Bezirkes Radkersburg hingegen, die ebenfalls Jugoslawien angegliedert wurden, befand sich das Deutschtum mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 11 vH in der Minderheit.

Im steierischen Unterland lebten im Jahre 1910 zusammen rund 74000 Deutsche. Sie bildeten hier etwa 15,5 vH der Gesamtbevölkerung.

Die jugoslawische Volkszählung des Jahres 1921 gab in ihren vorläufigen Ergebnissen für das Gebiet der Untersteiermark noch 20500 Deutsche zu¹⁸⁾; in den endgültigen Ergebnissen wurde die Zahl der Deutschen auf 21800 erhöht¹⁹⁾. Somit wäre 1921 der deutsche Bevölkerungsstand unter ein Drittel seines Vorkriegsstandes gesunken²⁰⁾.

Eine von deutscher Seite durchgeführte private Erhebung im Jahre 1928 ergab für die Untersteiermark jedoch noch eine deutsche Bevölkerung von 32600 Personen²¹⁾. Darunter entfielen auf die autonomen Städte 12400, auf das Abstallerfeld

4800, auf die Gemeinden in der Umgebung Marburgs 4600 und auf das nationale Mischgebiet der Gerichtsbezirke Marburg und Mahrenburg 5300 Deutsche, die übrigen lebten in den größeren Städten und in der Zerstreuung.

Bei der zweiten jugoslawischen Volkszählung im Jahre 1931 wurden in der Untersteiermark aber nur noch 11000 Deutsche gezählt, etwa ein Drittel des drei Jahre zuvor von privater deutscher Seite erhobenen Bevölkerungsstandes.

Obwohl also angenommen werden kann, daß die Zahl der Deutschen in der Untersteiermark auch im Jahre 1931 wesentlich höher lag, als dies die jugoslawische Volkszählung zugibt, soll dennoch den amtlichen Zahlen der Vorrang vor jenen der privaten Erhebung gegeben werden. Dafür wird eine weitere Abwanderung von Deutschen aus der Untersteiermark im Zeitraum von 1931 bis 1939 bilanzmäßig nicht berücksichtigt.

Auf Grund der jährlichen Geburtenüberschüsse der deutschen Bevölkerung würden in der Steiermark im Jahre 1939 mindestens 11400 Deutsche gelebt haben.

11. Übermurgebiet

Das Übermurgebiet (Prekomurje) stand, wie schon weiter oben festgestellt wurde, unter der Herrschaft der ungarischen Krone und wurde nach dem Umsturz von 1918 von den Jugoslawen übernommen und mit der Untersteiermark vereinigt.

Wie widerspruchsvoll die jugoslawischen Angaben über die Zahl der Deutschen in Jugoslawien bereits für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg waren, zeigt sich auch bei den Verlautbarungen für die im Übermurgebiet lebenden Deutschen. Die zuständige Bezirkshauptmannschaft sprach 1921 von nur 1900 Deutschen; nach den vom Statistischen Staatsamt in Belgrad mitgeteilten vorläufigen Volkszählungsergebnissen von 1921 waren es 2100, nach den endgültigen 2500. Davon lebten 2300 Deutsche im Bezirk Olsnitz und 200 im Bezirk Unter-Limbach.

Nach der zweiten jugoslawischen Volkszählung im Jahre 1931 wurden im Übermurgebiet nur noch 1400 Deutsche nach der Muttersprache, nach der Volkszugehörigkeit gar nur noch 800 Deutsche ausgewiesen. Im Bezirk Unter-Limbach war ihre Zahl in beiden Fällen unter 100 gesunken.

Auf Grund der jugoslawischen Volkszählungsergebnisse kann der deutsche Bevölkerungsstand für 1939 mit mindestens 1500 Personen angesetzt werden.

12. Krain (ohne Gottschee)

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war Krain als Herzogtum ein eigenes Land des österreichischen Reichsteiles. Am 4. Dezember 1918 erklärte die dortige slowenische Bevölkerung ihren Beitritt zum neugeschaffenen Staat des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen.

Die deutsche Besiedlung des Landes begann bereits mit der Landnahme durch Karl den Großen. Krainburg und Laibach erschienen zu jener Zeit bereits als karolingische Pfalzen.

Die deutsche Bevölkerung ist nachgewiesenermaßen in den letzten 100 Jahren im ständigen Rückgang begriffen. 1910 wurden im Krain noch 27900, 1921 16400 und 1931 15100 Deutsche gezählt²²). Von diesen entfiel der größte Teil auf die alte deutsche Sprachinsel Gottschee.

Der deutsche Bevölkerungsrückgang ist vor allem durch die „Nationalisierung“ vieler deutscher Unternehmen²³⁾ und die völlige Vernichtung des deutschen Schul- und Vereinswesens verursacht worden. Bereits 1919 und 1920 wanderten viele Deutsche aus Krain nach Österreich ab²⁴⁾.

Krain, ohne die Sprachinsel Gottschee (hier nur Zählbezirk Gottschee) hatte 1910 13 900, 1921 6 600 und 1931 5 700 Deutsche aufzuweisen. Davon entfielen die meisten Deutschen auf die Stadt Laibach (1910 noch 5 400, 1931 nur 1 900 Deutsche) sowie auf die Zählbezirke Rudolfswerth (1931 noch 1 800 Deutsche), Tschernembl (1931: 600 Deutsche), Krainburg, Radmannsdorf und Stein mit je 300 bis 400 Deutschen im Jahre 1931²⁵⁾.

Auf Grund des errechneten jährlichen Mittelwertes von 4,1 aT kann angenommen werden, daß der Geburtenüberschuß der deutschen Bevölkerung in Krain (ohne die Gottscheer Sprachinsel) von 1931 bis 1939 rund 200 Personen betragen hat. Somit würde die Zahl der Deutschen in Krain (ohne Gottschee) 1939 5 900 betragen haben. Da es sich auch hier um eine Mindestzahl handelt, der tatsächliche Stand jedoch höher liegen dürfte, werden Abwanderungsverluste nach 1931 nicht in die Bilanz mit einbezogen. Zudem ist deren Höhe völlig unbekannt.

13. Gottschee

Die Sprachinsel Gottschee, südlich der Save zwischen der Gurk und der Kulpa gelegen, bildete das älteste geschlossene deutsche Siedlungsgebiet in Jugoslawien. Das Gebiet um Gottschee ist bereits in den Jahren 1330 bis 1380 von Deutschen aus dem bayerisch-österreichischen Raum besiedelt worden. Nach einer wechselvollen Geschichte wurde die Gottschee, die seit 1848 zum österreichischen Kronland Krain gehörte, im Jahre 1918 an den neuen jugoslawischen Staat angegliedert. 1941 kam sie zu Italien, doch wurde sie nach dem Zweiten Weltkrieg neuerdings an Jugoslawien angeschlossen.

Als deutsche Sprachinsel hatte die Gottschee bereits im Jahre 1941, mit dem Abschluß der Umsiedlung der Deutschen in das damalige Deutsche Reichsgebiet zu bestehen aufgehört; damit war eine 600 Jahre dauernde eigenständige Entwicklung des Gottscheer Deutschtums abgeschlossen²⁶⁾.

Das deutsche Siedlungsgebiet der Gottschee deckte sich weitestgehend mit dem Gerichtsbezirk Gottschee und umfaßte mit volklich gemischten Randgebieten auch nach 1918 noch eine überwiegend deutsche Bevölkerungsmehrheit. 1910 waren noch 14 300 Deutsche im Gerichtsbezirk Gottschee gezählt worden; ihre Zahl sank nach den Angaben aus den jugoslawischen Volkszählungen 1921 auf 9 900 und 1931 auf 9 300.

Daß diese Angaben weit unter den tatsächlichen Deutschtumszahlen lagen, haben sowohl eine im Jahre 1930 vorgenommene private Rundfrage als auch die spätere Umsiedlung ergeben.

Die private Rundfrage, die in sämtlichen Pfarreien der Sprachinsel im Jahre 1930 durchgeführt wurde²⁷⁾, ergab einen deutschen Bevölkerungsstand von 14 500 Personen²⁸⁾. Da die Ergebnisse der privaten Erhebung durch die spätere Umsiedlung eine volle Bestätigung erfuhren, können die Deutschen der Gottscheer Sprachinsel im Jahre 1939 mit 15 000 Personen angesetzt werden.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens von 1940 bis Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in Jugoslawien wurde nachhaltig beeinflusst durch die Kriegseignisse im Jahre 1941, die nach der Kapitulation Jugoslawiens (im April 1941) zur staatlichen Neuaufteilung und Zerreißung der deutschen Siedlungsgebiete führten, durch die Umsiedlungsaktionen, vor allem aber durch den Zusammenbruch der deutschen Balkanfront im Jahre 1944.

Die natürliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung von 1940 bis Ende 1944 soll im weiteren wegen ihrer Unterschiedlichkeit nach den einzelnen Siedlungsgebieten getrennt behandelt werden.

Zunächst ist jedoch die Feststellung notwendig, daß sich der Selbstbehauptungswille auch der deutschen Bevölkerung in Jugoslawien seit 1938/39 außerordentlich verstärkte. Vor allem aber verbesserte sich unter den günstigeren Verhältnissen die natürliche Entwicklung der Jugoslawiendeutschen.

Für die Zeit von 1931 bis 1939 wurde zur Feststellung der durchschnittlichen jährlichen Geburtenüberschüsse ein Mittelwert von 4,1 aT errechnet. Dieser Wert lag über jenem der letzten Jahre dieses Zeitabschnittes. Da die Höhe der Geburtenüberschüsse jedoch selbst nicht bekannt ist, soll für deren Errechnung für die Zeit von 1940 bis Ende 1944 ein geschätzter Mittelwert von 4,8 aT angesetzt werden. Dadurch ist es möglich, den Sollbestand der deutschen Bevölkerung in den einzelnen deutschen Siedlungsgebieten Ende 1944 ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste und der Umsiedlung zu bestimmen. Im folgenden werden nun die Veränderungen für den vorgenannten Zeitraum in den einzelnen Siedlungsgebieten errechnet. Außerdem wird — soweit erforderlich — auf die Ergebnisse anderer Erhebungen eingegangen werden.

1. Banat

Wie bereits kurz darauf hingewiesen, ergab die am 29. Juni 1941 im Banat durchgeführte eigene Erhebung der deutschen Volksgruppe 126 300 Deutsche²⁹⁾. Der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung des Banats betrug danach im Jahre 1941 22,1 vH. Da für die deutsche Bevölkerung in Jugoslawien für die Zeit von 1940 bis Ende 1944 eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 4,8 aT angenommen werden kann, ergäbe sich ein natürlicher Bevölkerungszuwachs von 3 000 Personen, ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste Ende 1944 somit ein deutscher Bevölkerungsstand von 128 800 Personen.

2. Batschka

Die Batschka stand von 1941 bis zum Kriegsende unter ungarischer Verwaltung. Noch im gleichen Jahre wurde eine ungarische Volkszählung durchgeführt, bei der sowohl nach der Nationalität als auch nach der Muttersprache gefragt wurde. Nach den Ergebnissen der ungarischen Volkszählung bekannten sich 155 400 Personen (20,1 vH der Gesamtbevölkerung der Batschka) der Nationalität nach als Deutsche, nach der Muttersprache jedoch 159 800 (20,7 vH)³⁰⁾. Dieser zahlenmäßige Unterschied, nach dem sich 4 400 Personen mehr zur deutschen Muttersprache als zum

deutschen Volkstum bekannten, wäre bei dieser Erhebungsmethode durch die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung und wohl auch durch entsprechende Nachhilfe der Zähler zu erklären. Die Erhebung der deutschen Volksgruppe hingegen, die etwa zur gleichen Zeit vorgenommen wurde, kam zu einer, von dem ungarischen amtlichen Volkszählungsergebnis erheblich abweichenden Deutschtumszahl. Sie betrug 189 000 und liegt den in vorliegender Untersuchung errechneten Ergebnissen wesentlich näher.

Mit Zuhilfenahme des Mittelwertes von 4,8 aT ergibt sich für die deutsche Bevölkerung der Batschka im Zeitraum von 1940 bis Ende 1944 — ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste — ein Geburtenüberschuß von 4 300 Personen. Damit betrug der Sollbestand der deutschen Bevölkerung in der Batschka Ende 1944 rund 178 900 Personen.

3. Baranja

Einen Geburtenüberschuß von durchschnittlich 4,8 aT pro Jahr angenommen, hätte die deutsche Bevölkerung der Baranja von 1940 bis Ende 1944, ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste, eine natürliche Bevölkerungszunahme um 400 Personen zu verzeichnen. Sie hätte somit Ende 1944 16 800 Personen umfaßt.

4. Syrmien

Ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste ergibt sich für die deutsche Bevölkerung in Syrmien für den Zeitraum von 1940 bis Ende 1944 eine natürliche Zunahme um 1 700 Personen. Ende 1944 würde somit der deutsche Bevölkerungsstand rund 73 600 Personen betragen haben.

5. Slawonien

Da der natürliche Bevölkerungszuwachs der deutschen Bevölkerung in den einzelnen deutschen Siedlungsgebieten Jugoslawiens für die Zeit von 1940 bis Ende 1944, ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste, im Jahresdurchschnitt mit 4,8 aT der deutschen Bevölkerung berechnet wurde, ist für Slawonien ebenfalls mit einer Zunahme von 1 700 Personen zu rechnen. Der deutsche Bevölkerungsstand Slawoniens würde Ende 1944 etwa 70 900 Personen betragen haben.

6. Bosnien-Herzegowina

Große Teile der deutschen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina wurden innerhalb des Zeitraumes von 1940 bis 1944 umgesiedelt³¹). Darüber wird weiter unten noch berichtet werden. Aus bilanztechnischen Gründen werden, um den Geburtenüberschuß der Volksdeutschen aus Bosnien zu berechnen, Umsiedelte und Nichtumgesiedelte zusammengefaßt.

Nach der hier anzuwendenden Berechnungsmethode ergibt sich für die Deutschen aus Bosnien und der Herzegowina von 1940 bis Ende 1944 ein Geburtenüberschuß von 400 Personen. Damit betrug deren Bevölkerungsstand Ende 1944 16 000 Deutsche.

7. Kroatien (mit Agram)

Infolge der natürlichen Bevölkerungsentwicklung hätten die Deutschen in Kroatien, ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste und der Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile auch aus Kroatien bis Ende 1944 um etwa 300 Personen zugenommen. Zu diesem Zeitpunkt hätte somit der deutsche Bevölkerungsstand 14600 Personen betragen.

Als im April 1941 der Balkanfeldzug zunächst beendet war, ging aus einem Teil des ehemaligen Jugoslawien der Unabhängige Staat Kroatien hervor. Er umfaßte die deutschen Siedlungsgebiete Syrmien, Slawonien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien, nach der jugoslawischen Volkszählung von 1931 mit einer deutschen Bevölkerung von insgesamt 166600 Personen.

Die deutsche Bevölkerung des neuen Staates wurde unter der Bezeichnung „Deutsche Volksgruppe im Unabhängigen Staate Kroatien“ zusammengefaßt. Noch im Jahre 1941 veranstalteten diese eine eigene Erhebung³²⁾, die nachstehende Ergebnisse hatte:

Die deutsche Bevölkerung im Unabhängigen Staate Kroatien

Nach der Erhebung der deutschen Volksgruppe im Jahre 1941

Kreis	Deutsche		
	insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
Ostsyrmien	49 806	24 758	25 048
Sawe-Donau	41 268	20 599	20 669
Unterdrau	51 579	25 984	25 959
Mitteldrau-Ilowa	23 390	11 978	11 412
Agram-Bosnien	26 438	12 665	13 773
Insgesamt	192 481	95 984	96 497

Die großen Abweichungen in den Ergebnissen der staatlichen Volkszählung (1931: 166600) und denen der deutschen Volksgruppe (1941: 192500 Deutsche) liegen einmal in der Tatsache begründet, daß viele Deutsche in der Streulage Slawoniens und Bosniens schon in einem fortgeschrittenen Stadium der Umvolkung lebten und sich, vielleicht oft unbewußt oder durch die äußeren Umstände gezwungen, nicht mehr als Deutsche bekannten. Ohne Zweifel fanden viele zu ihrem Volkstum zurück. Auch die Methodik der Spracherhebung, bei der der Begriff „Muttersprache“ vielfach fälschlich ausgelegt wurde, mag nicht wenig dazu beigetragen haben, daß bei den amtlichen jugoslawischen Zählungen weniger Deutsche gezählt wurden. Schließlich darf auch noch darauf hingewiesen werden, daß bei Personen die zwei- oder auch mehrsprachig waren, von den Zählern, die meist einem nichtdeutschen Volkstum angehörten, eine nichtdeutsche Muttersprache in die Zählpapiere eingetragen wurde.

Trotz des höheren Ergebnisses der Volksgruppenzählung, die möglicherweise auch überhöht sein können, sollen die amtlichen jugoslawischen Volkszählungsergebnisse

vom Jahre 1931 als Grundlage der Berechnung der Zahlen für die deutsche Bevölkerung beibehalten werden, soweit sie nicht durch die Umsiedlerzahlen eine Korrektur erfahren haben.

8. Serbien (mit Belgrad)

Die natürliche Zunahme der deutschen Bevölkerung in Serbien, deren Stand im Jahre 1939 auf Grund der jugoslawischen Volkszählung 1931 mit 14800 Personen errechnet wurde, hätte ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste und der Umsiedlung von 1940 bis Ende 1944 etwa 400 Personen betragen, so daß für Ende 1944 mit einem deutschen Bevölkerungsstand von 15200 Personen bilanzmäßig gerechnet werden kann.

Im Dezember 1941 wurden aus Serbien 2900 Deutsche umgesiedelt, die bei der deutschen Volksgruppenzählung im Jahre 1944 nicht erfaßt wurden. Unter der im Bekenntnis zum Volkstum außerordentlich fluktuierenden Bevölkerung der Landeshauptstadt Belgrad wurden bei dieser Erhebung 25300 Deutsche gezählt³³). Schließt man die Umsiedler noch mit ein, dann ergibt sich für Serbien im Jahre 1944 eine deutsche Bevölkerung von 28200 Personen. Der Zahlenunterschied der amtlichen Erhebung im Jahre 1931 und der privaten Zählung der Volksgruppe 1944 beträgt somit genau das Doppelte des von der jugoslawischen Volkszählung ermittelten Ergebnisses. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß das schwankende Volkstum in der Großstadt Belgrad und im serbischen Siedlungsraum durch die damaligen deutschen Kriegserfolge in seinem Volksbewußtsein gestärkt wurde und daß sich nun Tausende wieder zu ihrem ursprünglichen Volkstum bekannten.

9. Südkärnten

Die Zunahme der deutschen Bevölkerung in Südkärnten in der Zeit von 1940 bis Ende 1944 ist infolge der so geringfügigen Veränderung unerheblich und braucht für die Bilanz nicht eigens berücksichtigt zu werden. In die Bilanz kann somit für Südkärnten Ende 1944 ein deutscher Bevölkerungsstand von 400 Personen aufgenommen werden. Dabei handelt es sich um eine Mindestzahl.

10. Untersteiermark

Auf Grund des mit 4,8 aT der deutschen Bevölkerung errechneten jährlichen Geburtenüberschusses kann für die Deutschen in der Untersteiermark im Zeitraum von 1940 bis Ende 1944, ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste, mit einer Zunahme um rund 300 Personen gerechnet werden. Somit kann der deutsche Bevölkerungsstand Ende 1944 mit 11700 Personen angenommen werden.

11. Übermurgebiet

Die an und für sich kleine Zahl der im Übermurgebiet lebenden Deutschen hat durch die natürliche Entwicklung von 1940 bis Ende 1944 einen so geringen Bevölkerungszuwachs erfahren, daß er in der Bilanz unberücksichtigt bleiben kann.

Es wird also für Ende 1944 im Übermurgebiet mit einem deutschen Bevölkerungsstand von 1500 Personen weitergerechnet.

12. Krain (ohne Gottschee)

Nach der Besetzung Jugoslawiens durch die Truppen der „Achsenmächte“ im April 1941 wurde Slowenien in ein deutsches und ein italienisches Besatzungsgebiet geteilt. Die Grenze zwischen beiden Territorien bildete die Save. Die deutsche Sprachinsel Gottschee befand sich im italienischen Besatzungsgebiet. Das Deutschtum in der neuen italienischen Provinz Laibach schloß sich organisatorisch in der „Deutschen Volksgruppenführung, Kreis Laibach“ zusammen und wurde mit den Deutschen der Gottschee um die Jahreswende 1941/42 nach Untersteiermark umgesiedelt. Seine Zahl — ohne die Deutschen der Sprachinsel Gottschee — belief sich auf rund 1000 Personen³⁴).

Oberkrain und die Untersteiermark wurden im Jahre 1941 staatsrechtlich an das damalige Deutsche Reich angeschlossen und damit praktisch mit dem österreichischen Gebiet wieder vereinigt.

Um die Bilanz auch in ihren Einzelpositionen möglichst übersichtlich zu halten, wird Krain, aber ohne die deutsche Sprachinsel Gottschee, auch mit dem Stand Ende 1944 weiter als Gebietseinheit betrachtet und für die dortige deutsche Volksgruppe auf Grund des errechneten Durchschnittswertes von 4,8 aT ein natürlicher deutscher Bevölkerungszuwachs von 100 Personen im Zeitraum von 1940 bis 1944 ermittelt. Danach hat der deutsche Bevölkerungsstand für dieses Gebiet Ende 1944 ohne Berücksichtigung der Umsiedlung und der Kriegsverluste 6000 Personen umfaßt.

13. Gottschee

Die private Zählung im Jahre 1930 hatte in der Sprachinsel Gottschee noch an 14500 Deutsche ergeben. Bei der jugoslawischen Volkszählung 1931 wurden jedoch nur 9300 Deutsche ermittelt. Daß die private Zählung in ihren Ergebnissen der Wirklichkeit jedoch viel näherkam, als es die amtliche Statistik wahrhaben wollte, sollte die Umsiedlung erweisen, die im Jahre 1941 durchgeführt wurde. Da damals 15008 Deutsche aus der Provinz Laibach umgesiedelt wurden, unter denen sich rund 1000 Deutsche aus dem Laibacher Bereich befanden, kann die Zahl der Deutschen aus der Sprachinsel Gottschee entsprechend den Ergebnissen der privaten Erhebung für Ende 1944 mit 15400 festgesetzt werden.

C. Die deutsche Bevölkerung Jugoslawiens Ende 1944 (ohne Berücksichtigung der Umsiedlung und der Kriegsverluste)

Ohne Berücksichtigung der Umsiedlung und der Kriegsverluste ergibt sich für die Deutschen in den einzelnen Siedlungsgebieten Jugoslawiens in dessen Vorkriegsgrenzen im Zeitraum von 1940 bis Ende 1944 eine natürliche Bevölkerungszunahme um 13000 Personen und dementsprechend für Ende 1944 ein deutscher Bevölkerungsstand von 549800 Personen.

Die deutsche Bevölkerung in Jugoslawien Ende 1944

Siedlungsgebiet	Deutsche Bevölkerung		
	1939	1944	Veränderungen 1944 gegenüber 1939
1. Banat	125 800	128 800	3 000
2. Batschka	174 600	178 900	4 300
3. Baranja	16 400	18 800	400
4. Syrmien	71 900	73 600	1 700
5. Slawonien	69 200	70 900	1 700
6. Bosnien-Herzegowina	15 600	16 000	400
7. Kroatien (mit Agram)	14 300	14 600	300
8. Serbien (mit Belgrad)	14 800	15 200	400
9. Südkärnten	400	400	—
10. Untersteiermark	11 400	11 700	300
11. Übermurgebiet	1 500	1 500	—
12. Krain (ohne Gottschee)	5 900	6 000	100
13. Gottschee	15 000	15 400	400
Insgesamt	536 800	549 800	13 000

D. Die Umsiedlung deutscher Bevölkerung aus Jugoslawien während des Krieges

Wie bereits erwähnt, kam es schon kurz nach der militärischen Niederwerfung Jugoslawiens im Dezember 1941 zu mehreren Umsiedlungsaktionen, durch welche insgesamt rund 35 800 deutsche Volksangehörige aus Jugoslawien in das damalige deutsche Reichsgebiet umgesiedelt wurden und zwar aus:

Krain (mit Gottschee)	15 008 Deutsche
Bosnien-Herzegowina und Kroatien	17 904 „
Serbien	2 900 „
Zusammen	35 812 Deutsche

1. Die Umsiedlung der Deutschen aus Krain (mit Gottschee)

Die erste Umsiedlung auf jugoslawischem Gebiet lebender volksdeutscher Bevölkerung betraf das Deutschtum in dem nach dem Balkanfeldzug an Italien abgetretenen Teil der Krain mit der Stadt Laibach und der Sprachinsel Gottschee.

Das vorgenannte Gebiet war im April 1941 unter italienische Verwaltung gekommen. Schon am 31. August 1941 wurde zwischen der deutschen und der italienischen Regierung ein Abkommen geschlossen, das die freiwillige Umsiedlung der Deutschen aus der Provinz Laibach vorsah³⁵). Als Muster diente der Vertrag, der zwischen der deutschen und der italienischen Regierung wegen der Umsiedlung der Südtiroler abgeschlossen worden war³⁶). Allen Personen deutscher Volkszugehörigkeit wurde die Möglichkeit eingeräumt, bis zum 30. September 1941 ihre Umsiedlungserklärung in zweifacher Ausfertigung auf dem Bürgermeisteramt ihres Wohnortes abzugeben. Die Erklärung des Familienoberhauptes war für dessen Ehefrau und minderjährige Kinder mit gültig. Alleinstehenden verheirateten Frauen und Minderjährigen über 18 Jahre war es ebenfalls gestattet, ihre schriftliche Zu-

stimmung zur Umsiedlung persönlich einzureichen. Die Umsiedlung selbst sollte bis zum 30. November 1941 abgeschlossen sein. Für Ausnahmefälle war aber noch eine vertragsmäßige Umsiedlung bis zum 15. Februar 1942 möglich³⁷⁾.

Es wurden insgesamt 15 008 Personen umgesiedelt³⁸⁾. Nach französischer Darstellung betrug die Zahl der aus der Provinz Laibach umgesiedelten Deutschen 14 810³⁹⁾. Unter den Umgesiedelten waren 4 000 Kinder unter 14 Jahre, 9 500 Personen im Alter von 14 bis 65 Jahren, 1 300 waren über 65 Jahre alt. Nach ihren Tätigkeitsmerkmalen gehörte die aus der Provinz Laibach umgesiedelte Bevölkerung zu folgenden Wirtschaftsabteilungen:

Land- und Forstwirtschaft	79,7 vH
Industrie und Handwerk	13,1 „
Handel und Verkehr	3,5 „
Öffentliche Dienste und private Dienstleistungen	1,5 „
Häusliche Dienste	2,5 „

Von den 15 008 Umsiedlern aus der Provinz Laibach, etwa 14 000 davon kamen allein aus der deutschen Sprachinsel Gottschee, waren bis Januar 1942 13 102 Personen in der Untersteiermark, im „Ranner Dreieck“ Lichtenwald-Rann-Wisell angesiedelt worden, während 1 100 Umgesiedelte in Altreichsgebieten wohnungs- und arbeitsmäßig untergebracht wurden. 600 Umsiedler befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Lagern bzw. Altersheimen und 140 waren nicht als Umsiedler anerkannt worden. Durch die Ansiedlung der Gottscheer in der Untersteiermark wurden diese Ende 1944 auch von der Vertreibung betroffen, ebenso wie die 380 Gottscheer, die 1941 in ihrer Heimat geblieben waren, 1945 jedoch nach Österreich ausgewiesen wurden.

Im Jahre 1950 lebten etwa 6 000 Gottscheer in der Steiermark, 3 000 in Kärnten und etwa 1 000 in den übrigen Bundesländern Österreichs. Etwa 1 200 Gottscheer sind von 1945 bis 1950 nach Übersee ausgewandert⁴⁰⁾.

2. Die Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien

Im Anschluß an die Umsiedlung der Gottscheer entschloß man sich, auch die Deutschen aus Bosnien-Herzegowina und aus einigen durch das Bandenunwesen gefährdeten Streusiedlungen nördlich und südwestlich von Agram umzusiedeln.

Zu diesem Zwecke wurden im Sommer 1942 zwischen deutschen und kroatischen Regierungsvertretern Verhandlungen aufgenommen, die am 2. Oktober 1942 zum Abschluß eines Umsiedlungsvertrages führten. Bereits am 4. Oktober 1942 wurde die deutsche Bevölkerung der vorgesehenen Umsiedlungsgebiete von der Volksgruppenführung in Agram zur Umsiedlung aufgerufen.

Als Umsiedlungsgebiete wurden bestimmt: Bosnien und die Herzegowina mit Ausnahme von vier geschlossenen Dorfsiedlungen (die Gemeinden Windthorst, Adolfs-
tal, Trošelj und Brčko); weiter waren die innerkroatischen Gebiete südlich von Agram bis zum Slawonischen Gebirge, in dem sich versprengte deutsche Siedlungen befinden, für die Umsiedlung vorgesehen⁴¹⁾. Die geschlossenen deutschen Siedlungen in Syrmien und Slawonien sollten von der Umsiedlung nicht betroffen werden.

Als Sitz der Umsiedlungskommission wurde Slawonisch-Brod bestimmt. Das Umsiedlungsgebiet wurde in sechs Ortsbereiche eingeteilt⁴²⁾. Die einzelnen Ortsbereiche umfaßten folgende deutsche Ortsgruppen:

- Ortsbereich 1, Sitz Agram: Bos. Krupa, Karlovac, Kostajnica, Kutina, Lipovljani, Petrinja, Rude, Samobor, Selište, Sisak, Novska, Brnjeni, Velika und Mala Bršljanica, Dišnik, Mińska;
- Ortsbereich 2, Sitz Banja-Luka: Banja-Luka, Bos. Gradiška, Dubrava, Karlsdorf, Podgradei, Prijedor;
- Ortsbereich 3, Sitz Glogovac oder Prnjavor: Glogovac (Schutzberg), Šibovska, Sitnez, Teslic, Prnjavor;
- Ortsbereich 4, Sitz Derventa: Božinci, Bosanski-Brod, Bos. Šamac, Derventa, Doboj, Gradac, Koračje, Polje, Svilaž, Vov. Kvaternik, Vrbovac;
- Ortsbereich 5, Sitz Byeljelina: Byeljelina, Branjevo, Lukavac, Schönborn, Tuzla, Ugljevik;
- Ortsbereich 6, Sitz Sarajewo: Begov Han, Dubrovnik, Jajce, Mostar, Sarajewo, Zavidovići, Zenica.

Die Umsiedlungskommission, die ihre Arbeit am 6. Oktober 1942 aufgenommen hatte, konnte diese schon am 22. November 1942 beenden. Es wurden insgesamt 18370 Personen registriert. Vor Beginn der Umsiedlung befanden sich bereits 1198 Deutsche aus Bosnien-Herzegowina auf einem Arbeitsplatz im Deutschen Reich. In Umsiedlungstransporten wurden 16492 Personen abgefertigt. Nachträglich wurden noch 35 Personen abtransportiert, die zum Zeitpunkt der Umsiedlung krank waren oder aus einem anderen Grund nicht mitgenommen werden konnten. 179 Personen blieben auf Grund einer Umsiedlungsvereinbarung (Art. 9 des Umsiedlungsvertrages) noch bei der zur Abwicklung der Vermögensangelegenheiten in Kroatien errichteten Treuhandstelle zurück. Wie gefährdet die Volksdeutschen in den einzelnen Streusiedlungen waren, und wie notwendig sich deren Umsiedlung erwies, geht schon daraus hervor, daß 16 Personen, die für die Umsiedlung bereits registriert waren, noch während der Durchführung der Umsiedlungsaktion trotz wirksamer deutscher Maßnahmen verschleppt wurden und seither verschollen sind. Von den registrierten Personen wurden nachweisbar 17904 umgesiedelt.

Bei den registrierten Umsiedlern aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien handelte es sich um 6100 Kinder unter 14 Jahren, 11300 Personen standen im Alter von 14 bis 65 Jahren, 700 waren älter. Unter den Umsiedlern waren 47,8 vH Erwerbspersonen.

Die Umsiedler wurden in die Lager der volksdeutschen Mittelstelle in und bei Lodz gebracht⁴³⁾. Von dort aus erfolgte ihre Ansiedlung.

Bis zum Januar 1944 waren von den Umsiedlern aus Bosnien und der Herzegowina in den eingegliederten Ostgebieten angesiedelt . 3287 Personen = 17,4 vH, noch in Lagern bzw. in Altersheimen 2950 Personen = 15,5 vH; 95 Personen wurden als Umsiedler nicht anerkannt.

Ein Großteil der angesiedelten Deutschen aus Bosnien und der Herzegowina erlitt Ende 1944 zum zweiten Male das Schicksal der Vertreibung. Nach einer privaten Erhebung⁴⁴⁾, durch die etwa ein Viertel aller Bosniendeutschen erfaßt werden konnte, lebten 1950 835 Familien im Bundesgebiet, 65 Familien in Österreich und 41 im Ausland, zumeist in Übersee.

3. Die Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Serbien

Im Dezember 1941 wurden 2900 Volksdeutsche aus Serbien umgesiedelt. 25,0 vH der Umgesiedelten waren Kinder bis zu 14 Jahren, 70,8 vH standen im Alter von

14 bis 65 Jahren, 4,2 vH waren älter als 65 Jahre. Unter den Umsiedlern waren 45,8 vH Erwerbspersonen. Soweit diese Umsiedler Verwandte in Deutschland besaßen, übersiedelten sie zu ihnen. Nach vorübergehendem Lageraufenthalt wurden 1925 Umsiedler aus Serbien im Distrikt Lublin angesetzt. Von dort mußten sie jedoch bereits im Jahre 1944 wieder flüchten, als die Front näherrückte. Jene, denen die Flucht nicht mehr gelang, ereilte das Vertreibungsschicksal.

E. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens

Es sind keine Unterlagen vorhanden, nach denen die genaue Höhe der militärischen Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Jugoslawien bestimmt werden könnte. Aus diesem Grunde ist man auf Schätzungen angewiesen. Soweit bisher solche von seiten der Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien und von verschiedenen Verbänden sowie privaten Stellen vorgenommen wurden, weichen sie in ihren Ergebnissen stark voneinander ab.

Es ist als sicher anzunehmen, daß die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien bereits von dem Zeitpunkt an militärische Kriegsverluste erlitten hat, als im Frühjahr 1941 der Krieg zwischen dem Deutschen Reich und Jugoslawien ausbrach. Wieviel Deutsche aus Jugoslawien als Angehörige dieses Staates im jugoslawischen Heer dienten und wieviel von ihnen im Kampf fielen, ihren Verwundungen erlagen oder sonst auf irgendeine Weise ihr Leben verloren, ist nicht bekannt. Da die jugoslawische Wehrmacht bald zur Waffenstreckung gezwungen war und die Kriegsverluste insgesamt nicht übermäßig hoch waren, werden sie sich auch für die Deutschen, die auf jugoslawischer Seite eingesetzt waren, in mäßigen Grenzen gehalten haben.

Anders wurde es nach der militärischen Besetzung Jugoslawiens, dessen staatlicher Aufteilung und nach der Einziehung der wehrfähigen Deutschen aus den einzelnen deutschen Siedlungsgebieten zur Deutschen Wehrmacht. Da es sich hier um Volksdeutsche handelte, wurden diese fast ausschließlich zu den Verbänden der Waffen-SS eingezogen. Hier war es vor allem die Heimatdivision „Prinz Eugen“, die gegen Kriegsende auf dem Balkan und in ihren Heimatgebieten gekämpft und vor allem auch in den unerbittlichen Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Partisanenverbänden schwerste Verluste erlitten hat. Auch noch nach dem Waffenstillstand wurden von kommunistischen Partisanen zahlreiche zur Deutschen Wehrmacht eingezogene und in ihre Hände gefallene Jugoslawiendeutsche ermordet. So ist gerichtlich bezeugt, daß in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 1945 im Raum Samobor an der Drau etwa 2000 Schwaben aus dem Banat als Angehörige der Heimatdivision „Prinz Eugen“ von den Partisanen meuchlings erschossen wurden⁴⁵.

Eine eigens für diese Untersuchung durchgeführte stichprobenartige Erhebung, bei der 33915 Deutsche aus neun Gemeinden erfaßt werden konnten, hatte das umseitig wiedergegebene Ergebnis.

Der Hundertsatz der Eingezogenen liegt bei 17,1 der erfaßten deutschen Bevölkerung. Ihn auf die Gesamtzahl der Deutschen Jugoslawiens nach dem Stand von 1939 übertragen, würde besagen, daß mindestens 92000 Jugoslawiendeutsche während des Zweiten Weltkrieges in den Reihen der Deutschen Wehrmacht dienten.

Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung in neun Gemeinden der Donau-Banschaft

Gemeinde	Deutsche Bevölkerung			Militärische Kriegsverluste					
	insgesamt	darunter zur Wehrmacht eingezogen		gefallen	gestorben	verschollen	zusammen	in vH	
		Anzahl	in vH der deutschen Bevölkerung					der Eingezogenen	der deutschen Bevölkerung
1. Bulkes	2 635	508	19,3	46	—	54	100	19,7	3,8
2. Feketitsch ...	1 894	216	11,4	31	2	15	48	22,2	2,5
3. Gajdobra ...	2 636	597	22,6	54	15	65	134	22,4	5,1
4. Heufeld	985	186	16,9	35	5	29	69	41,6	7,0
5. Kernel	6 500	1 000	15,4	250	15	200	465	46,5	7,1
6. Karlsdorf ...	3 265	665	20,4	61	—	128	189	28,4	5,8
7. Modosch	1 800	346	19,2	42	—	39	81	23,4	4,5
8. Neu-Pazua ...	6 000	900	15,0	112	27	162	301	33,4	5,0
9. Tschervenka ..	8 200	1 400	17,1	233	30	51	314	22,4	3,8
Zusammen ..	33 915	5 798	17,1	864	94	743	1 701	29,3	5,0

Aus den Ergebnissen der Erhebung geht hervor, daß die Zahl der Verschollenen annähernd die Zahl der im Kampf Gefallenen oder ihren Verwundungen Erlegenen erreicht. Zusammen ergeben sich in den neun Gemeinden der Donau-Banschaft 1701 Wehrmachtsangehörige, die als Wehrmachtstote gezählt werden müssen, das sind 29,3 vH der Eingezogenen. Wendet man diesen Satz für alle zur deutschen Wehrmacht einberufenen Jugoslawiendeutschen an, dann ergibt sich, daß etwa 27000 Deutsche aus Jugoslawien als Angehörige der Deutschen Wehrmacht gefallen, verstorben oder verschollen (5,0 vH der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens) sind. Diese Zahl ist nur als Minimalzahl anzusprechen.

Nach den im Statistischen Bundesamt vorgenommenen Berechnungen der Wehrmachtssterbefälle⁴⁶⁾, die von der Registrierung der Wehrmachtsvermißten, der Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen im März 1950 ausgehen, ergibt sich folgendes Bild: Bei der genannten Registrierung wurden im Bundesgebiet 6879 Vermißte, Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene festgestellt, die bei Kriegsbeginn ihren Wohnsitz in Jugoslawien hatten. Gemessen an der bei der Volkszählung 1950 im Bundesgebiet ermittelten Zahl der Vertriebenen aus Jugoslawien ergibt dies einen Satz von 4,7 vH. Nun hat sich aber gezeigt, daß die bei der Bevölkerung des Bundesgebietes zwischen der Zahl der registrierten Vermißten, Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen und den tatsächlichen beurkundeten Wehrmachtssterbefällen eine Differenz von rund 40 vH besteht. Man wird annehmen müssen, daß auch bei den im Bundesgebiet lebenden Vertriebenen aus Jugoslawien ähnliche Unterschiede bestehen. Erhöht man daher den obengenannten Prozentsatz um 40 vH, dann errechnet sich eine Gefallenquote von 6,5 vH. Legt man nun diesen Satz auf die deutsche Vorkriegsbevölkerung in Jugoslawien um, dann erhält man eine Zahl von rund 35000 Wehrmachtstoten.

Diese Zahl dürfte keineswegs zu hoch liegen. Die UK-Stellungen bei der hauptsächlich bäuerlichen jugoslawiendeutschen Bevölkerung waren nur sehr gering,

außerdem müssen die relativ höheren Verluste der Volksdeutschen in den Verbänden der Waffen-SS und schließlich auch noch die Kriegsverluste in der jugoslawischen Wehrmacht und die Ermordung von volksdeutschen Wehrmachtsangehörigen nach Beendigung der Kampfhandlungen berücksichtigt werden.

Nun ist noch zu bedenken, daß z. Z. der Registrierung, die der vorstehenden Berechnung zugrunde liegt, noch viele Jugoslawiendeutsche in Österreich, in der Heimat, aber auch in der sowjetischen Besatzungszone lebten und daher im allgemeinen keine Möglichkeit hatten, ihre noch in Kriegsgefangenschaft, Internierung usw. befindlichen Angehörigen zu melden. Aus diesem Grunde soll die Zahl der Wehrmachtstoten in dieser Bilanz auf 40 000 erhöht werden.

F. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Jugoslawiens Ende 1944

Nach Abzug der militärischen Kriegsverluste ergibt sich für die jugoslawiendeutsche Bevölkerung Ende 1944 ein Gesamtstand von rund 510 000 Personen. Davon lebten etwa 474 000 noch auf jugoslawischem Gebiet und 34 000 als Umsiedler im Deutschen Reich bzw. in den Ostgebieten.

G. Die deutschen Vertriebenen aus Jugoslawien

Mit dem Rückzug der deutschen Truppen aus dem Südosten im Herbst 1944 begann auch die große Fluchtbewegung der deutschen Zivilbevölkerung aus den deutschen Siedlungsgebieten Jugoslawiens. Es ist schwer zu sagen, wieviel Volksdeutsche sich im Schutz der Deutschen Wehrmacht in das damalige Reichsgebiet begeben konnten. Hierüber liegen nur Schätzzahlen vor. Die Möglichkeit zu rechtzeitiger Evakuierung der deutschen Zivilbevölkerung in den einzelnen Siedlungsgebieten war nicht überall gegeben. Am schwierigsten wurde die Evakuierung der deutschen Bevölkerung aus dem Banat, da die sowjetischen Truppen, aus Temeschburg (Temeschwar) kommend, überraschend schnell vorstießen und bereits Anfang Oktober 1944 den Fluchtweg der Banater Deutschen abschnitten. Aus der Batschka konnte sich ein höherer Prozentsatz der dortigen deutschen Bevölkerung in Sicherheit bringen. In Syrmien und Slawonien, einem Gebiet, das erst um Weihnachten 1944 von den Sowjets eingenommen werden konnte, war es möglich, große Teile der deutschen Bevölkerung noch rechtzeitig zu evakuieren.

Jene Deutschen, die nicht mehr flüchten oder evakuiert werden konnten, wurden nach schweren Verfolgungen und langer Leidenszeit erbarmungslos ausgerottet.

1. Vertriebene Jugoslawiendeutsche in den deutschen Gebieten

Bei der ersten deutschen Nachkriegszählung am 29. Oktober 1946 wurden im Gebiet der Bundesrepublik, in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in Berlin auf die Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 und der Muttersprache rund 122 000 Deutsche aus Jugoslawien festgestellt⁴⁷). Darunter mögen sich etwa 100 000 Personen befunden haben, die erst seit dem Herbst 1944 aus den deutschen Siedlungsgebieten in Jugoslawien in die vorgenannten Gebiete gekommen sind. Bei den anderen handelte es sich um Umsiedler, die ebenfalls als

Vertriebene, jedoch aus den Ostgebieten, in die vier Besatzungszonen gekommen waren und um etwa 5 000 Zivilarbeiter, die bereits während des Krieges in das damalige Reichsgebiet gegangen waren.

Die vertriebenen Deutschen aus Jugoslawien am 29. Oktober 1946

Gebiet	Personen mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in Jugoslawien			
	insgesamt		darunter Deutsche ¹⁾	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Schleswig-Holstein	1 394	1,05	1 229	1,01
Hamburg	286	0,22	129	0,11
Niedersachsen	4 765	3,58	4 175	3,43
Nordrhein-Westfalen	2 317	1,74	1 710	1,40
Britische Besatzungszone	8 762	6,59	7 243	5,94
Bremen	127	0,10	65	0,05
Hessen	8 195	6,16	7 449	6,11
Württemberg-Baden	29 216	21,97	28 074	23,04
Bayern	59 717	44,91	52 722	43,27
Amerikanische Besatzungszone	97 255	73,14	88 310	72,48
Baden	333	0,25	215	0,18
Württemberg-Hohenzollern	1 155	0,87	747	0,61
Rheinland-Pfalz	942	0,71	805	0,66
Französische Besatzungszone	2 430	1,83	1 767	1,45
Bundesgebiet zusammen	108 447	81,56	97 320	79,88
Brandenburg	3 542	2,66	3 542	2,91
Mecklenburg	7 227	5,44	7 227	5,93
Sachsen-Anhalt	5 034	3,79	5 034	4,13
Thüringen	5 957	4,48	5 957	4,89
Sachsen	1 969	1,48	1 969	1,62
Sowjetische Besatzungszone	23 729	17,85	23 729	19,48
Berlin	753	0,57	753	0,62
Saarland	38	0,03	38	0,03
Insgesamt	132 967	100	121 840	100

¹⁾ Personen mit deutscher Muttersprache, in der sowjetischen Besatzungszone, Berlin und Saarland einschl. Personen mit nichtdeutscher Muttersprache.

Danach lebten im Jahre 1946 fast drei Viertel aller nach West- und Mitteldeutschland gekommenen Vertriebenen aus Jugoslawien in der amerikanischen Besatzungszone.

Nach der Volkszählung vom 13. September 1950⁴⁸⁾ lebten im Gebiet der Bundesrepublik einschließlich des Saarlandes 147 532 Deutsche, die am 1. September 1939 noch in Jugoslawien wohnhaft waren. Gegenüber der Volkszählung 1946 beträgt die Zunahme der Jugoslawiendeutschen im Bundesgebiet also rund 50 000 Personen.

Für Berlin (West) ergab die Zählung von 1950 480 Jugoslawiendeutsche. Über die Zahl der im Herbst 1950 in der sowjetischen Besatzungszone noch lebenden Jugoslawiendeutschen ist nichts bekannt, da die Volkszählungsergebnisse nicht mehr veröffentlicht wurden. Mit Sicherheit darf man jedoch auf eine große Abwanderung von Jugoslawiendeutschen aus der sowjetischen Besatzungszone in das

Bundesgebiet schließen, die möglicherweise ein Drittel der 1946 noch in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Jugoslawiendeutschen erfaßte. Hauptgrund dieser Abwanderung ist das stark ausgeprägte Familien- und Sippenbewußtsein der Jugoslawiendeutschen. So wird man die Zahl der 1950 noch in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Jugoslawiendeutschen auf etwa 15 000 Personen schätzen dürfen. Die Zahl der 1950 in Ostberlin lebenden Jugoslawiendeutschen wird mit 150 angenommen. Für das Saarland kann die 1946 ermittelte Zahl der Deutschen aus Jugoslawien auch für 1950 angesetzt werden. Somit ergibt sich folgende Übersicht:

Die vertriebenen Deutschen aus Jugoslawien im Jahre 1950

Gebiet	Personen
Schleswig-Holstein	1 299
Hamburg	400
Niedersachsen	6 803
Bremen	101
Nordrhein-Westfalen	4 142
Hessen	10 709
Rheinland-Pfalz	4 669
Baden-Württemberg	51 917
Bayern	67 454
Bundesrepublik	147 494
Saarland	38
Berlin (West)	480
Ostberlin	150
Sowjetische Besatzungszone	15 000
Deutsche Gebiete insgesamt	163 162

Es werden sich also im September 1950 im Bundesgebiet, in der sowjetischen Besatzungszone, in Berlin und im Saarland rund 163 000 Deutsche aus Jugoslawien befunden haben. Gegenüber dem Jahre 1946 bedeutet dies eine Zunahme um etwa 41 000 Personen.

2. Die vertriebenen Jugoslawiendeutschen in Österreich

Die Zahl der Deutschen aus Jugoslawien, die in Österreich leben, ist häufigen Schwankungen unterworfen. Es liegt dies einmal an der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Lage sowie an der bis dahin rechtlich völlig ungeklärten Situation der Vertriebenen in Österreich. Viele volksdeutsche Familien aus Jugoslawien, die zunächst in Österreich Aufnahme fanden, sind deshalb in das Bundesgebiet abgewandert bzw. nach Übersee ausgewandert. Österreich stellte den größten Teil der nach Übersee auswandernden Jugoslawiendeutschen. Zum anderen wird die Zahl der Jugoslawiendeutschen in Österreich aber auch von dem in der Stärke wechselnden Zustrom neu aus ihrer Heimat Ausgewiesenen beeinflußt.

Nach amtlichen österreichischen Angaben⁴⁹⁾ lebten am 1. Januar 1948 in Österreich 139 539 Deutsche aus Jugoslawien. Am 1. April 1951 bezifferte das österreichische Bundesministerium des Innern die Zahl der in Österreich lebenden Deutschen aus Jugoslawien mit 119 383⁵⁰⁾. Am 1. Januar 1952 wurden in Österreich noch 106 241 Deutsche aus Jugoslawien gezählt⁵¹⁾, die sich auf die einzelnen Bundesländer wie umstehend wiedergegeben aufteilten.

Die Jugoslawiendeutschen in Österreich am 1. Januar 1952

Bundesland	Jugoslawiendeutsche	
	Anzahl	vH
Wien	8 370	7,9
Niederösterreich	5 573	5,2
Oberösterreich	44 516	41,9
Salzburg	7 387	6,9
Steiermark	29 990	28,2
Burgenland	1 015	1,0
Kärnten	6 994	6,6
Tirol	1 880	1,8
Vorarlberg	516	0,5
Insgesamt	106 241	100

Auf österreichischem Boden befanden sich die meisten Vertriebenen aus Jugoslawien in Oberösterreich und in der Steiermark. Von den aus der Untersteiermark stammenden Deutschen lebten im Jahre 1950 rund 10500⁵²⁾ in Österreich; 9873 von ihnen blieben in der Steiermark⁵³⁾. Es zeigt sich somit auch hier wieder, daß die Vertriebenen, sofern sie dazu die Möglichkeit haben, mit Vorliebe in der Nähe ihrer Heimat in vertrauter Umwelt zu bleiben trachten⁵⁴⁾.

3. Die vertriebenen Jugoslawiendeutschen im Ausland

Wie aus einem Bericht der DP-Einwanderungskommission hervorgeht⁵⁵⁾, sind in der Zeit von 1945 bis 1952 insgesamt 16 000 Deutsche aus Jugoslawien in die USA ausgewandert. Auch nach Südamerika setzte nach 1944 eine starke Auswanderung der Donauschwaben aus Jugoslawien ein. Im Norden des brasilianischen Staates Parana wurde die größte donauschwäbische Mustersiedlung „Entre Rios“ angelegt. Hier leben (1955) in fünf Dörfern 2 520 meist aus Syrmien stammende Jugoslawiendeutsche. Sie besitzen 350 bäuerliche Einzelbetriebe, daneben Säge- und Elektrizitätswerke sowie Mühlen⁵⁶⁾. Die Existenz der Siedlung ist jedoch noch nicht gesichert. Auch vor den Toren von Buenos Aires (Argentinien) entstand nach dem Zweiten Weltkrieg eine donauschwäbische Siedlung, deren Hauptträger Schwaben aus Jugoslawien sind. Wieviel Deutsche aus Jugoslawien seit 1945 nach Argentinien ausgewandert sind, läßt sich jedoch nicht feststellen. Schätzungen, die von 30 000 Donauschwaben sprechen, dürften wohl nur für die Gesamtzahl der Donauschwaben, somit auch für die Deutschen aus Ungarn und Rumänien zutreffen⁵⁷⁾. In Venezuela ließen sich mehrere jugoslawiendeutsche Familien in der Siedlung Turen nieder⁵⁸⁾. Versuche Deutscher aus Jugoslawien, in Chile ansässig zu werden, scheiterten und ließen die Siedler wieder nach Österreich und in das Bundesgebiet zurückkehren. Einer großen Zahl Jugoslawiendeutscher gelang es jedoch, in Australien Fuß zu fassen; auch unter den seit 1945 in Neuseeland Eingewanderten befanden sich Jugoslawiendeutsche.

Die größte Ansiedlung Jugoslawiendeutscher in nichtdeutschen Staaten auf dem europäischen Kontinent fand in Frankreich statt. Sie setzte im Jahre 1949 ein und brachte nach zuverlässigen französischen Angaben 7 000 Donauschwaben nach Frankreich. Von ihnen sind inzwischen jedoch viele in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Ihre Zahl ist nicht feststellbar. Die zuständige amtliche Stelle für Siedler

in Frankreich gab die Zahl der 1955 noch in Frankreich lebenden Jugoslawiendeutschen mit höchstens 3000 an⁵⁹). Nach gewissenhaften Berechnungen kann die Zahl der Deutschen aus Jugoslawien, die sich nach 1944 in das nichtdeutsche Ausland und in überseeische Länder begaben, für 1950 mit 15 000 angegeben werden.

4. Zusammenfassung

Somit ergaben sich als Gesamtzahl der vertriebenen Jugoslawiendeutschen nach dem Stand vom September 1950 rund 297 500.

Deutsche Gebiete	163 162
Österreich	119 383
übriges westliches Ausland	15 000
Insgesamt	297 545

In dieser Zahl sind jedoch die Geburtenüberschüsse von 1945 bis 1950 mit enthalten. Nach der im Statistischen Bundesamt geführten Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung der Vertriebenen (vgl. S. 21/22) kann für die Jugoslawiendeutschen für die Zeit von 1945 bis 1950 mit einem Bevölkerungszuwachs von rund 10 500 Personen gerechnet werden. Der Anteil der Deutschen aus Jugoslawien an dem Geburtenüberschuß der Vertriebenen im Bundesgebiet kann mit 6 000 angenommen werden. Nach Abzug des Bevölkerungszuwachses von der Gesamtzahl der vertriebenen Jugoslawiendeutschen wurden von der Vertreibung 287 000 Deutsche aus Jugoslawien unmittelbar betroffen. Diese Zahl muß in der Bilanz berücksichtigt werden.

H. Die in Jugoslawien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

Nach der jugoslawischen Volkszählung vom 15. März 1948 wurde die Zahl der in Jugoslawien zurückgebliebenen und zurückgehaltenen deutschen Bevölkerung mit 55 328 Personen angegeben⁶⁰). Bei einer Gesamtbevölkerung von 15 772 107 Personen hätte der deutsche Bevölkerungsanteil nur noch 0,35 vH betragen. Gegenüber der jugoslawischen Zählung im Jahre 1931 würde somit das Deutschtum in Jugoslawien einen zahlenmäßigen Rückgang um 445 631 Personen oder um 88,96 vH seines damaligen Standes zu verzeichnen haben.

Nach der amtlichen jugoslawischen Statistik verteilte sich am 15. März 1948 das in Jugoslawien zurückgebliebene Deutschtum auf die einzelnen Länder wie folgt:

Noch in Jugoslawien verbliebene Deutsche im Jahre 1948

Land	Deutsche
Serbien	41 463
Kroatien	10 144
Slowenien	1 824
Bosnien-Herzegowina	1 163
Mazedonien	359
Montenegro	375
Insgesamt	55 328

Bei diesen Zahlen scheint es sich aber lediglich um vorläufige Ergebnisse gehandelt zu haben, da Wolfrum⁶¹) die vom Statistischen Amt in Belgrad ergänzte bzw. be-

richtigte Deutschumszahl für 1948 mit insgesamt 57180 angibt. Die Verteilung der Deutschen auf die einzelnen Volksrepubliken und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung gibt die nachstehende Aufstellung wieder.

Das Deutschtum in den jugoslawischen Volksrepubliken und sein Anteil an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1948

Gebiet	Deutsche		
	insgesamt	in vH der	
		Gesamtbevölkerung	Deutschen in Jugoslawien
VR Serbien			
AP Wojwodina	31 882	1,9	55,8
AG Kosmet	203	0,0	0,3
Altserbien	9 672	0,2	16,9
zusammen	41 757	0,6	73,0
VR Kroatien	10 993	0,3	19,2
VR Slowenien	2 406	0,2	4,2
VR Bosnien-Herzegowina	1 263	0,0	2,2
VR Mazedonien	376	0,0	0,7
VR Montenegro	385	0,1	0,7
Jugoslawien	57 180	0,4	100

Mehr als die Hälfte der im Jahre 1948 noch in Jugoslawien lebenden deutschen Bevölkerung hätte nach dieser Übersicht in der Wojwodina, dem Kerngebiet der deutschen Siedlungen in Jugoslawien gelebt. Verglichen mit der Stärke der deutschen Bevölkerung dieses Gebietes unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg hätte die Zahl der Deutschen 1948 nur noch rund ein Zehntel seines damaligen Standes betragen. Der prozentuale Anteil Deutscher an der Gesamtbevölkerung, der im Jahre 1939 noch 21,8 vH ausmachte, fiel bis 1948 auf 1,9 vH.

Die zweitstärkste Deutschumsgruppe in Jugoslawien bildete auch 1948 noch die deutsche Bevölkerung in Syrmien und Slawonien, also im Gebiet der Volksrepublik Kroatien, mit fast 11 000 Personen. In Montenegro, Mazedonien und Kosmet waren die 1948 hier gezählten Volksdeutschen zum überwiegenden Teil als Fachkräfte und Arbeiter beim industriellen Aufbau dieser Gebiete eingesetzt.

In der im Dezember 1954 erschienenen zweiten Ausgabe des Statistischen Jahrbuches für Jugoslawien⁶²⁾ wird die Zahl der Deutschen erneut mit 55 337 angegeben. Von ihnen standen im Alter von unter 10 Jahren 14,2 vH, von 10 bis unter 20 Jahren 20,9 vH, von 20 bis 65 Jahren 53,6 vH der deutschen Bevölkerung und 6,3 vH waren älter als 65 Jahre.

Nach der Volkszählung vom 31. März 1953 wurden in Jugoslawien rund 62 000 Deutsche festgestellt, das sind 0,4 vH der Gesamtbevölkerung⁶³⁾; davon entfielen nach den jugoslawischen Angaben auf die Wojwodina 35 000, auf Altserbien 13 000, Kroatien 11 000, Slowenien 1 000, Bosnien-Herzegowina 1 000. Der Rest (2 000 Deutsche) verteilte sich auf die übrigen Landesteile.

Die Zunahme der Zahl der Deutschen bei der Volkszählung 1953 gegenüber jener von 1948 ist nicht etwa auf einen natürlichen Bevölkerungszuwachs oder auf Zuwanderung zurückzuführen, sondern lediglich auf die Tatsache, daß es 1948 sehr

viele Deutsche, die außerhalb der Lager lebten, aus Furcht vor Verfolgungen einfach nicht gewagt haben, ihr Deutschtum zu bekennen. Es kann aber durchaus möglich sein, daß die 1948 noch in Lagern lebenden Deutschen bei der damaligen Volkszählung gar nicht berücksichtigt wurden.

Daß die Zahl der 1948 noch in Jugoslawien lebenden Deutschen viel höher war als es die damalige jugoslawische Volkszählung wahrhaben wollte, geht auch daraus hervor, daß nach den Angaben der Lagerleitung des Grenzdurchgangslagers Piding⁶⁴⁾ allein in den Jahren von 1952 bis 1955 über 40 000 Volksdeutsche aus Jugoslawien, teils direkt, teils nach einem Zwischenaufenthalt in Österreich durch dieses Aufnahmelager gegangen sind. So müssen also 1948 in Jugoslawien noch rund 100 000 Deutsche gelebt haben. Es dürften somit damals 45 000 Personen einfach nicht als Deutsche erfaßt worden sein. Die Donauschwäbische Rundschau gibt die Zahl der damals Nichterfaßten mit 42 000 an⁶⁵⁾.

Wenn es zutreffen sollte, daß 1953 noch 62 000 Deutsche in Jugoslawien lebten, die sich als Deutsche bekannten, dann kann angenommen werden, daß deren Zahl Ende 1955 infolge der Aussiedlungen unter 30 000 gefallen war. Im Neuland-Jahrbuch wird die Zahl der 1955 noch in Jugoslawien lebenden Deutschen mit 30 000 angegeben⁶⁶⁾. Der Rat der Südostdeutschen nimmt die gleiche Zahl an.

Nach den Mitteilungen des Bundesvertriebenenministeriums für die Mitglieder des Beirates sind im Jahre 1951 3 668, im Jahre 1952 3 407 Jugoslawiendeutsche in das Bundesgebiet gekommen, 1953 aber 7 972. Für das Jahr 1953 liegt ein Jahresbericht des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Genf vor, nach dem im Wege der Familienzusammenführung 12 560 Jugoslawiendeutsche in die deutsche Bundesrepublik gekommen sind (1954: 22 665 Jugoslawiendeutsche). Nimmt man an, daß von 1951 bis 1953 noch einmal an 2 000 Jugoslawiendeutsche nach Österreich gelangt und dort geblieben sind, dann ergibt sich für September 1950 für die in Jugoslawien noch lebenden Deutschen eine Gesamtzahl von rund 82 000 Personen.

I. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Kriegsvermißten und Verschleppten aus Jugoslawien

Bei der im März 1950 im Bundesgebiet und in Berlin (West) amtlich durchgeführten Registrierung wurden 5 738 ehemalige Angehörige der Deutschen Wehrmacht, die am 1. September 1939 in Jugoslawien wohnhaft waren, von ihren nächsten Angehörigen als vermißt gemeldet; es muß angenommen werden, daß von diesen verschollenen Wehrmachtsangehörigen im Jahre 1950 nur noch sehr wenige am Leben waren. Auf die gesamte jugoslawiendeutsche Bevölkerung bezogen, muß die Zahl der vermißten Wehrmachtsangehörigen entsprechend höher angesetzt werden. Bei der schon in Position E angeführten stichprobenartigen Erhebung der militärischen Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung in neun Gemeinden der Donaubanschaft entfiel auf 46 Jugoslawiendeutsche ein verschollener Wehrmachtsangehöriger. Wendet man das gleiche Verhältnis auf die gesamte jugoslawiendeutsche Bevölkerung an, dann errechnet sich eine Zahl von rund 12 000 jugoslawiendeutschen Kriegsvermißten. Von ihnen dürften im Jahre 1950 nur noch wenige am Leben gewesen sein. Die Wehrmachtsvermißten sind bereits in den militärischen Kriegsverlusten enthalten.

Die Zahl der im März 1950 noch am Leben befindlichen deutschen Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen aus Jugoslawien wurde bei der im Bundesgebiet und in Berlin (West) durchgeführten Registrierung mit 1167 Personen festgestellt, darunter befanden sich 1038 Kriegsgefangene. Für die gesamte Volksgruppe wird man deren Gesamtzahl wohl auf 2500 Personen festsetzen müssen. Der größte Teil davon befand sich 1950 noch in jugoslawischen und sowjetischen Lagern und dürfte wohl in den nachfolgenden Jahren entlassen worden sein.

Bei der Registrierung im März 1950 wurde im Bundesgebiet und in Berlin (West) die Zahl der vermißten deutschen Zivilpersonen aus Jugoslawien mit 1143 ermittelt. Auch diese Zahl liegt zweifelsohne viel zu tief. Es konnte bei dieser Registrierung niemals eine Annäherungszahl festgestellt werden, da viele Familien bis auf den letzten Angehörigen vernichtet wurden.

Die Verschleppung deutscher Bevölkerung aus Jugoslawien war ein Teil des Vernichtungsprogramms, das in Jugoslawien gesetzlich fundiert und gegen das gesamte Deutschtum in Anwendung gebracht wurde (vgl. Position J).

Am Heiligen Abend 1944 setzten in allen deutschen Dörfern des Banats, der Batschka und in einigen deutschen Dörfern in Syrmien die ersten Verschleppungen ein: Alle arbeitsfähigen Männer deutscher Volkszugehörigkeit im Alter von 18 bis 40 Jahren und alle Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren hatten sich an einem bestimmten Sammelplatz einzufinden, worauf sie auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht und in geschlossenen Transporten in die Sowjetunion, zumeist in das Donez-Becken gebracht wurden. Ausgenommen waren schwangere Frauen und Frauen mit Säuglingen. Die Massenverschleppungen wurden innerhalb von 2 bis 3 Tagen durchgeführt⁶⁷).

Eine zweite große Verschleppungswelle begann im Januar 1945. Bei dieser neuerlichen Massendeportation wurde das Alter der zu deportierenden Frauen auf 35 Jahre heraufgesetzt. Auch Frauen mit Säuglingen blieben diesmal vielerorts nicht verschont. Auf Grund der dem Deutschen Roten Kreuz vorliegenden Meldungen nahmen die jugoslawischen Staatsorgane in Zusammenarbeit mit den sowjetischen Militärinstanzen nach vorbereiteten Listen binnen weniger Tage alle deutschen Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren und alle deutschen Frauen zwischen 18 und 32 Jahren gefangen⁶⁸). Die Gefangenen durften sich notdürftig mit Verpflegung und warmer Kleidung versehen und wurden an verschiedenen Punkten der Eisenbahnstrecken für den späteren Abtransport gesammelt. Die Wege bis zu den Sammelorten und Bahnstationen mußten zu Fuß zurückgelegt werden. Die Transporte hatten bei ihrer endgültigen Abfertigung jeweils eine Gesamtstärke von 1500 bis 2500 Personen. Nach den Aufzeichnungen des Deutschen Roten Kreuzes wurden mit den am 28. Dezember 1944, am 1. und 6. Januar 1945 aus der Batschka und dem Banat in die Sowjetunion abgegangenen Transporten 14700 Jugoslawiendeutsche verschleppt.

Wieviele Verschlepptransporte tatsächlich aus Jugoslawien in die Sowjetunion abgefertigt wurden, ist z. Z. nicht feststellbar, doch scheint der am 6. Januar 1945 aus dem Sammelager Werschetz abgegangene in dieser Periode der letzte aus den deutschen Siedlungsgebieten Jugoslawiens gewesen zu sein. Die Transporte gingen zum Teil über ungarisches Gebiet. Von Jassy, später auch von Ploesti, wurden die Transporte in russische Waggons weitergeführt. Unmittelbar im Anschluß an die Abtransporte aus Jugoslawien begannen die großen Verschleppungen

Festgestellte Massentransporte aus Jugoslawien

Siedlungsgebiet	Sammlager	Abgangszeit	Verschleppte
Batschka	Apatin	28. 12. 1944	} 5 300
	Hodschag	—	
	Kula	1. 1. 1945	
	Sombor	—	
Banat	Groß-Betschkerek	28. 12. 1944	} 9 400
	Groß-Kikinda	—	
	Pantschowa	—	
	Werschetz	6. 1. 1945	

Deutscher aus Ungarn, vom 11. Januar 1945 an auch von Rumänien aus. Über die Zahl der Verschleppten oder der Verschlepptransporte aus den Staaten Südosteuropas wurde weder von der Sowjetunion, noch von einer der beteiligten Regierungen eine Mitteilung gemacht.

Wie sich die Verschleppungen auf den deutschen Bevölkerungsstand der Heimatgebiete auswirkten und welche Opfer die Deportationen forderten, soll auf Grund der Erhebung für sechs jugoslawiendeutsche Gemeinden dargestellt werden.

Die Verschleppungen aus sechs jugoslawischen Gemeinden 1944/45

Gemeinde	In die Sowjetunion verschleppt		In der Verschleppung gestorben	
	Personen	in vH der deutschen Bevölkerung	Personen	in vH der Verschleppten
Bulkas	96	3,6	38	39,6
Feketitsch	57	3,0	10	17,5
Gajdobra	129	4,9	23	17,8
Heufeld	63	6,4	5	7,9
Karlsdorf	192	5,9	33	17,2
Kernel	320	4,9	20	6,3
Zusammen	857	4,8	129	15,1

Wenn aus dem vH-Satz der Verschleppten der vorgenannten sechs Gemeinden (4,8 vH) Rückschlüsse auf das gesamte Jugoslawiendeutschtum gezogen werden können, dann würde die Zahl der aus Jugoslawien nach Rußland verschleppten Deutschen etwa 26 500 Personen betragen haben. Da auch später noch Verschleppungen vorgenommen wurden, wird man die Zahl aller aus Jugoslawien verschleppten Deutschen jedoch mit 40 000 ansetzen müssen. Bei 15,1 vH Todesfällen unter den Deportierten würde die Gesamtzahl der in der Verschleppung Gestorbenen rund 6 000 Personen betragen haben. Wolfrum⁶⁹⁾ gibt die Zahl der nach der Sowjetunion deportierten Jugoslawiendeutschen mit 50 000 an. Diese Zahl dürfte wohl tatsächlich nicht erreicht worden sein⁷⁰⁾. Nach Schechtmann⁷¹⁾ sollen sogar über 100 000 Deutsche beiderlei Geschlechts aus Jugoslawien in die Sowjetunion verschleppt worden sein.

Nachdem die meisten 1944/45 in die Sowjetunion verschleppten Jugoslawiendeutschen, soweit sie nicht umgekommen waren, bis 1950 zurückgekehrt sein

dürften, kann die Zahl der zum gleichen Zeitpunkt noch in der Verschleppung befindlichen Jugoslawiendeutschen lediglich schätzungsweise mit etwa 2000 Personen festgesetzt werden.

So wird man die Gesamtzahl der im September 1950 noch am Leben befindlichen Kriegsgefangenen, Kriegsvermißten, Verschleppten und der aus anderen Motiven noch zurückgehaltenen Jugoslawiendeutschen mit zusammen 5000 in die Bilanz wohl einsetzen können.

J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Jugoslawien

Die Verschleppung Jugoslawiendeutscher war nur ein Teil der Maßnahmen, die zur Liquidierung der gesamten deutschen Volksgruppe in Jugoslawien führen sollten. Diese wurden gesetzlich begründet und planmäßig durchgeführt.

Schon am 11. November 1944 wurde vom sogenannten „Antifaschistischen Rat der nationalen Befreiung Jugoslawiens“ der Beschluß zur Ausbürgerung der Deutschen Jugoslawiens gefaßt⁷²⁾. Dieser Beschluß wurde im Amtsblatt nicht veröffentlicht. Das Register der Amtsblätter beginnt mit dem am gleichen Tage gefaßten Beschluß Nr. 2, der den „Übergang des feindlichen Vermögens in das Eigentum des Staates“ zum Gegenstand hat und im Amtsblatt vom 6. Februar 1945 verlautbart wurde⁷³⁾.

In der authentischen Auslegung (Tumačenje) durch das Präsidium des „Avnoj“ zum Art. 1, Pkt. 2 des Beschlusses des Avnoj vom 21. November 1944 über den „Übergang des feindlichen Vermögens in das Eigentum des Staates“, die nachträglich im Amtsblatt vom 8. Juni 1945 erschien, wurde der obengenannte erste Beschluß über die Ausbürgerung der Deutschen mit erwähnt und zwar dadurch, daß für die Aberkennung der Bürgerrechte für Personen deutscher Volkszugehörigkeit⁷⁴⁾ entsprechende Weisungen erteilt wurden. Dieser Beschluß wurde später von der jugoslawischen Nationalversammlung zum Gesetz erhoben und damit bestätigt⁷⁵⁾.

Im April 1945 wurden in der jugoslawischen Presse die Weisungen zur Durchführung der Avnoj-Beschlüsse vom 21. November 1944 veröffentlicht. In dieser Veröffentlichung heißt es, daß die Avnoj-Beschlüsse gegen alle Personen deutscher Abstammung unterschiedslos anzuwenden seien, ganz gleich, welche Staatsangehörigkeit sie besitzen. Es genügte somit, Deutscher zu sein, um liquidiert werden zu können. Ausgenommen waren bloß Personen, die aus einer Ehe hervorgegangen sind, von der ein Ehepartner serbischer, ungarischer, rumänischer, mazedonischer, italienischer, zigeunerischer oder sonstiger nichtdeutscher Abstammung ist, oder solche, die mit einer Person nichtdeutscher Abstammung verheiratet sind.

Schon bei der Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die sowjetischen Truppen kam es zu schweren Gewaltakten gegen die deutsche Bevölkerung. Die erste Tätigkeit der neu eingerichteten Partisanen-Militärverwaltung war, Deutsche zu liquidieren⁷⁶⁾. Es gab wohl kaum ein Dorf der deutschen Siedlungsgebiete, in dem nicht Deutsche erschossen, erschlagen oder auf andere Weise umgebracht wurden⁷⁷⁾.

In Durchführung der neuen Beschlüsse wurden in allen deutschen Siedlungsgebieten Arbeits- und Vernichtungslager errichtet. Fast in jedem Dorf wurden in größeren Einzelhäusern, in Schulen, Gaststätten, Lagergebäuden, Fabrikanlagen, Gutshöfen oder auch in eigens abgeriegelten Dorfvierteln Konzentrationslager eingerichtet. Die hier zusammengetriebenen Deutschen wurden von der freien Bevölkerung völlig abgeschlossen, um jeden Verkehr mit dieser zu unterbinden. Als zentrale

Erfassungs-, Überwachungs- und Verteilungsstelle der deutschen Zwangsarbeiter für die sogenannten Arbeitsplatzlager dienten die Bezirkszentral-Zwangsarbeitslager.

Als im März 1945 die zivile Verwaltung eingerichtet wurde, entwickelten sich die Zwangsarbeitslager zu regelrechten Sklavenmärkten: alle Stellen außerhalb des Lagers, die Zwangsarbeiter anforderten, mußten sich an die Lagerverwaltung wenden, pro Kopf und Tag Geldbeträge von 50 bis 110 Dinar entrichten und außerdem für die Verpflegung und Unterkunft der ausgeliehenen Zwangsarbeiter aufkommen. Selbst an private Personen konnten Zwangsarbeiter verpachtet werden. Diese Möglichkeit haben jedoch viele Nichtdeutsche, einheimische Serben, Ungarn und Rumänen dazu benutzt, ihre Bekannten, ja oft auch völlig fremde Deutsche, aus den Lagern herauszukaufen, um ihnen eine menschenwürdige Behandlung zu kommen zu lassen.

Als Zwangsarbeitslager wurden u. a. besonders bekannt:

im Banat: Groß Betschkerek, Groß-Kikinda, Pantschowa, Werschetz und Weißkirchen;

in der Batschka: Apatin, Hodschag, Neusatz, Palanka, Sombor und Subotica; in Syrmien: Semlin;

in Slawonien: Krndija und Josipovac.

Nach den Avnoj-Beschlüssen wurden auch zahlreiche Vernichtungslager — auch „Endlager“ genannt — eingerichtet, das erste bereits am 18. November 1944 in Werschetz. Diese Vernichtungslager wurden als Konzentrations- oder Internierungslager für Arbeitsunfähige bezeichnet.

Solche Vernichtungslager gab es:

für das Banat in Kathreinfeld, Kudritz, Karlsdorf, Brestowatz, Molldorf, Stefansfeld und Rudolfsgnad;

für die Batschka in Filipovo, Gakovo, Jarek, Kruschewlje und Sekitsch;

für Slawonien in Pisanitza, Valpovo und Tenje.

In den Vernichtungslagern wurden Zehntausende von Deutschen liquidiert. Um nur ein Beispiel anzuführen: Im Herbst 1945 wurden in das Vernichtungslager Rudolfsgnad 23 000 Volksdeutsche aus dem Banat gebracht und von der Umwelt völlig abgeschlossen. Die Verpflegung war äußerst mangelhaft. Zu Weihnachten 1945 verfügte die Lagerleitung, daß für die Zeit vom 24. bis 27. Dezember keine Verpflegung ausgegeben werden dürfe. Im Januar 1946 erhielt jeder Lagerinsasse 70 g Salz und $\frac{1}{4}$ kg Maisschrot täglich. Oft unterblieb jedoch jedwede Essenausgabe. Unter diesen Verhältnissen sind schon in den ersten Monaten 7 000 Menschen infolge völliger Entkräftung gestorben. Die Gestorbenen durften nicht auf dem Friedhof begraben werden, sondern nur in langen, tiefen Gräben außerhalb des Dorfes. Die Gräber selbst wurden unkenntlich gemacht.

Daß es sich bei diesen Vorgängen tatsächlich um offizielle Maßnahmen handelte, geht daraus hervor, daß noch am 21. Oktober 1947 ein Vertreter des jugoslawischen Innenministeriums erklärte: „Die Deutschen haben keinen Anspruch, so behandelt zu werden wie freie Menschen. Sie sind Lagerleute, und für solche Leute gelten besondere Bestimmungen!“ Den bewachenden Partisanen stand sogar das Recht zu, auch ohne besonderen Anlaß auf die Lagerinsassen zu schießen⁷⁸).

Die Liquidierung der Deutschen in den Heimatlagern der einzelnen Orte wurde nicht einheitlich durchgeführt; infolgedessen waren auch die Menschenverluste in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich hoch.

Eine Untersuchung über den Umfang der Vernichtungsmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung von sechs Gemeinden ergibt folgende Übersicht:

**Die in Heimatlagern umgekommenen Deutschen
aus sechs Gemeinden der Donau-Banschaft**

Gemeinde	Umgekommene Deutsche in Heimatlagern	
	insgesamt	in vH der deutschen Bevölkerung
Bulkas	875	33,2
Feketitsch	394	20,8
Gajdobra	432	16,4
Heufeld	218	22,1
Karlsdorf	725	22,2
Kernei	1 300	20,0
Zusammen	3 944	22,0

Der durchschnittliche Verlust in den vorgenannten Heimatlagern liegt bei 22,0 vH der gesamten deutschen Bevölkerung. Wenn man von der Annahme ausgeht, daß für diese Verluste in allen deutschen Siedlungsgebieten Jugoslawiens die gleiche Quote angerechnet werden kann, dann kommt man rein rechnerisch zu einem Gesamtverlust von ungefähr 120 000 deutschen Menschen, die in den Heimatlagern den Hungertod gestorben oder auf eine andere Weise ums Leben gekommen sind.

Die Deportation von Zehntausenden arbeitsfähigen Jugoslawiendeutschen in die Sowjetunion sowie die Erschießung, Verschleppung und Einkerkierung von weiteren ungezählten Menschen haben auch die Frage nach dem Verbleib der deutschen Kinder in Jugoslawien aufgeworfen.

Über die in Jugoslawien verbliebenen Kinder, deren Eltern verschleppt wurden oder umkamen, oder die man ihren Eltern entzogen hat, sind keine Unterlagen zu erhalten. Es liegen lediglich Schätzungszahlen vor. So hat das Österreichische Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit kirchlichen Stellen die Zahl der in Jugoslawien zurückgehaltenen deutschen Kinder im Frühjahr 1950 noch mit 28 000 angegeben⁷⁹⁾. In der volksdeutschen Denkschrift an die Teilnehmer am Internationalen Kongreß des Weltkirchenrates in Salzburg vom 15. bis 17. Januar 1950 wurde die Zahl der Kinder unter 16 Jahren, die in Jugoslawien zurückgehalten wird, jedoch auf 35 000 bis 40 000 geschätzt⁸⁰⁾.

Dank der Bemühungen der Rot-Kreuz-Gesellschaften, vor allem des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Genf, konnten seit 1950 14 Kindertransporte, von denen 10 durch das Jugoslawische Rote Kreuz selbst durchgeführt wurden, mit insgesamt 1 574 alleinstehenden Kindern aus Jugoslawien zu ihren in Deutschland lebenden Eltern oder Angehörigen gebracht werden⁸¹⁾.

Der 10. Kindertransport aus Jugoslawien mit 86 deutschen Kindern traf am 4. November 1955 im Lager Piding ein. Die tiefe Tragik der Kinderschicksale wird durch die noch überlebenden Familienangehörigen der einzelnen Kinder besonders gekennzeichnet. Hierüber bestehen Aufzeichnungen⁸²⁾. Von den 86 Kindern kamen 23 zum Vater, 5 zur Mutter, 6 zu den Großeltern, 19 zum Bruder, 1 zur Schwester, 15 zum Onkel, 14 zur Tante und 3 zu anderen Anverwandten.

Was das Wesentlichste ist: Keines der 86 Kinder besaß noch beide Elternteile und nur ein Drittel von ihnen hatte noch Vater oder Mutter. Die Kinder waren durchweg bereits 16 bis 18 Jahre alt, aber keines vermochte die Muttersprache mehr zu sprechen. Die Direktorin des Jugoslawischen Roten Kreuzes, die diesen Kindertransport begleitete, erklärte, daß sich in Jugoslawien noch 6 000 deutsche Kinder befänden; bei weiteren 2 000 bezweifelte sie jedoch, daß es sich auch bei diesen um deutsche Kinder handle⁸³⁾.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Gesamtverluste der jugoslawien-deutschen Bevölkerung durch Krieg und Nachkriegsereignisse demnach 175 800 Personen betragen, 32,7 vH des Bevölkerungsstandes von 1939. Davon entfallen auf Wehrmachtssterbefälle etwa 40 000 Mann (7,5 vH), so daß die Zivilverluste rund 135 800 Personen (25,3 vH) ausmachen. Die größten Verluste unter der Zivilbevölkerung entstanden unmittelbar nach der militärischen Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die Rote Armee bzw. durch die Errichtung der Partisanenverwaltung, und zwar durch Massenerschießungen sowie durch sonstige willkürliche und planmäßige Liquidierungsmaßnahmen, die in Ausführung der Avnoj-Beschlüsse gegen die deutsche Bevölkerung ergriffen wurden. Die eigentlichen Vertreibungsverluste treten gegenüber den Opfern dieser Vernichtungsaktionen zahlenmäßig weit zurück.

Nach der jugoslawischen Volkszählung vom 31. März 1953 wurden noch 63 000 Deutsche festgestellt. Bis Ende 1955 ist die Zahl der in Jugoslawien verbliebenen Deutschen auf 32 000 Personen gesunken. Da die deutsche Bevölkerung im Jahre 1956 um mindestens 5 000 Personen abgenommen hat, wird Jugoslawien bei Fortführung seiner Aussiedlungspolitik schon in wenigen Jahren kaum noch eine Bevölkerung aufweisen, die sich zum Deutschtum bekennt.

Anmerkungen

- ¹⁾ Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931. Bearbeitet im Selbstverlag von der Publikationsstelle Wien 1948.
- ²⁾ Die Auswanderungsbilanz seit 10 Jahren. In: Woge-Blatt, 2. Jg., Nr. 10, Oktober 1933.
- ³⁾ Für 1931 und 1932: Wüsch, Johann: Die bevölkerungspolitische Gefahrenlage der deutschen Volksgruppe in Südslawien. In: Archiv für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 6/1936, S. 132 bis 134; für 1933 bis 1936: Harmen, Hans: Volksgesundheitsfragen des Deutschtums in der Wojwodina. In: Archiv für Bevölkerungswissenschaft, 1938, S. 77—80.
- ⁴⁾ Wüsch, Johann: Die bevölkerungspolitische Gefahrenlage der deutschen Volksgruppe in Südslawien (vgl. Anm. 3).
- ⁵⁾ Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Breslau 1933/35.
- ⁶⁾ Wüsch gibt die Abwanderungszahl der Deutschen der Batschka von 1900 bis 1938 mit 32613 Personen an.
- ⁷⁾ Haller, Hermann: Syrmien und sein Deutschtum, Leipzig 1941.
- ⁸⁾ Sattler, Wilhelm: Die deutschen Siedlungen in Slawonien. In: Auslandsdeutsche Volksforschung, Jg. 1938, Band 2, Heft 1, S. 72—80.
- ⁹⁾ Maier, Hans: Die deutschen Siedlungen in Bosnien. In: Ausland und Heimat, Stuttgart 1924.
- ¹⁰⁾ Vgl. Anm. 1.
- ¹¹⁾ Deuring, Oswald: Deutsche Siedlungen in Slawonien. In: Nation und Staat, Jg. 6, Heft 5, S. 287—297.
- ¹²⁾ Vgl. Anm. 1.
- ¹³⁾ Vgl. Anm. 1.
- ¹⁴⁾ Darunter 1100 Juden, welche Deutsch als ihre Muttersprache angegeben hatten.
- ¹⁵⁾ Die Ergebnisse der jugoslawischen Volkszählungen können auch in diesem Falle nicht als richtig anerkannt werden, da das freie Bekenntnis zum deutschen Volkstum starken Behinderungen ausgesetzt war. Der außerordentliche Rückgang des Deutschtums in diesem Grenzgebiet ist völlig unwahrscheinlich; trotzdem werden die Angaben der amtlichen Zählungen unseren Berechnungen zugrunde gelegt. Eine deutsche Schätzung aus dem Jahre 1928 veranschlagt die Zahl der in Südkärnten lebenden Deutschen mit 1000.
- ¹⁶⁾ Gegenwärtig bildet das oben bezeichnete Gebiet die jugoslawische Volksrepublik Slowenien.
- ¹⁷⁾ Werner, Gerhard: Sprache und Volkstum in der Untersteiermark. Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde im Auftrag der Zentralkommission für wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland, Band 31, Heft 3. Hrsg. Friedrich Metz, Stuttgart 1935.
- ¹⁸⁾ Prethodni rezultati popisa stanovništva u Kraljevini Srba, Hrvata i Slovenaca 31. januara 1921 godine, Sarajewo 1924.
- ¹⁹⁾ Definitivni rezultati popisa stanovništva od 31. januara 1921 godine, Sarajewo 1932.
- ²⁰⁾ Dieser Rückgang ist größtenteils durch die Abwanderung zu begründen. Die Ursachen, die zu der starken Abwanderung Deutscher aus der Untersteiermark führten, im einzelnen darzustellen, kann nicht Aufgabe dieser Abhandlung sein. Es soll nur auf die Entlassung sämtlicher Lehrer und fast aller Beamten durch die Jugoslawen sowie auf den national-slawischen Druck auf kulturellem Gebiet hingewiesen werden. Die Deutschen verloren das Recht zum öffentlichen Gebrauch ihrer Sprache. Kein deutscher Ortsname durfte mehr verwendet werden. Die deutschen Schulen wurden geschlossen, die deutschen Vereine aufgelöst.
- ²¹⁾ Die Volkszählung von 1931 wies für das Abstallerfeld und seine Umgebung nur 2900 Deutsche aus, um 1900 Deutsche weniger als 1921. Die private Erhebung im Jahre 1928 ergab jedoch noch 4800 Deutschsprachige.
- ²²⁾ Otterstädt, Herbert: Vom deutschen Blutsanteil in Krain. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Jg. 5, Heft 1, S. 39—57.
- ²³⁾ Durch eine Anordnung des Finanzministeriums vom 30. April 1919.
- ²⁴⁾ Auf Grund eines Gesetzes (vom 17. Januar 1919) konnten unter dem Vorwand einer Abhilfe der Wohnungsnot Deutsche durch die Regierung ausgewiesen werden.
- ²⁵⁾ Auch hier dienen als Grundlage der Berechnungen wieder die mitgeteilten jugoslawischen Volkszählungsergebnisse. In Wirklichkeit liegt die Zahl der Deutschen auch in Krain wesentlich höher, wie sich auch später bei den Meldungen zur Umsiedlung in das deutsche Reichsgebiet ergab.
- ²⁶⁾ Über die Umsiedlung der Gottscheer vgl. S. 430.
- ²⁷⁾ Die private Erhebung wurde von Prof. Hugo Grothe angeregt und von Pfarrer Erker/Mösel durchgeführt.
- ²⁸⁾ Grothe, Hugo: Die deutsche Sprachinsel Gottschee in Slowenien, Münster 1931.
- ²⁹⁾ Schumacher, Ludwig: Die Wirtschaftskraft der Banater Schwaben. Eine soziale und wirtschaftliche Strukturuntersuchung. Technische Hochschule Stuttgart, Stuttgart 1954.

- ³⁰⁾ Nach Mitteilungen von Wilfried Krallert.
- ³¹⁾ Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Bosnien und Herzegowina begann am 6. Oktober 1942 und war am 22. November 1942 beendet. Siehe S. 431.
- ³²⁾ Nach eigenen Unterlagen über die Erhebung der deutschen Volksgruppe im Unabhängigen Staate Kroatien.
- ³³⁾ Nach der Volkszählung der deutschen Volksgruppe.
- ³⁴⁾ Saria, Balduin: Das Laibacher Deutschtum. In: Südostdeutsche Heimatblätter, 2. Jg., 4. Folge 1953.
- ³⁵⁾ Nach: Les transferts internationaux de populations: Etudes et documents, Série B-2 1946, Paris, S. 534, erstreckt sich die Umsiedlungsaktion auch noch auf die deutsche Bevölkerung der außerhalb der Provinz Laibach gelegenen Gemeinde Suchen.
- ³⁶⁾ Vgl. Bohmann, A.: Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Südtirols und der übrigen deutschen Siedlungsgebiete Norditaliens.
- ³⁷⁾ Vgl. Anm. 35.
- ³⁸⁾ Bierschenk, Theodor: Zahlen über die während des 2. Weltkrieges umgesiedelten deutschen Volksgruppenangehörigen. In: Zeitschrift für Ostforschung. Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa, 3. Jg. 1954, Heft 1, S. 80—83.
- ³⁹⁾ Les transferts internationaux de populations, S. 34.
- ⁴⁰⁾ Schumacher, Ludwig: Donauschwaben und Karpatendeutsche, Stuttgart 1953.
- ⁴¹⁾ Andrašević, Bogumil von: Die deutschen Siedlungen in Mittel-Kroatien. Das Werden und die Heimkehr der Bosniendeutschen. In: Jahrbuch des Osteuropa-Instituts 1942, S. 217—269.
- ⁴²⁾ Heuchert, Ottilie: Die Umsiedlungen der Bosniendeutschen. In: Deutschtum im Ausland, Heft 1/2, 1943.
- ⁴³⁾ Brücker, Heinz: Die Umsiedlungen und Rückführungen von Volksdeutschen 1939 bis 1945.
- ⁴⁴⁾ Durchgeführt von Pfarrer F. Sommer, Altenkirchen, Westerwald.
- ⁴⁵⁾ Nach einem Bericht der Donauschwäbischen Rundschau vom 12. Februar 1956, die sich auf eine Zeugnisaussage beim Amtsgericht in Speyer stützt.
- ⁴⁶⁾ Veröffentlicht in: Wirtschaft und Statistik, 8. Jg. NF., Heft 10, Oktober 1956, S. 493—500. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- ⁴⁷⁾ Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Hrsg. Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, Berlin 1951. Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Band III/1—5. Hrsg. Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Statistisches Zentralamt, Berlin 1949.
- ⁴⁸⁾ Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- ⁴⁹⁾ Statistisches Handbuch für die Republik Österreich. Hrsg. Österreichisches Statistisches Zentralamt, 3. Jg. NF., Wien 1952.
- ⁵⁰⁾ hvp-Pressedienst der Heimatvertriebenen 1951, Nr. 21. Hrsg. im Auftrage des „Göttinger Arbeitskreises“.
- ⁵¹⁾ Nach dem Statistischen Handbuch für die Republik Österreich, 3. Jg. NF., Wien 1952, fiel die Zahl der in Österreich lebenden Jugoslawiendeutschen auf 97558.
Nach einer Mitteilung des österreichischen Innenministeriums sind in der Zeit vom Mai 1945 bis 1. Juli 1955, somit in einem Zeitraum von 10 Jahren, 43000 Volksdeutsche aus Jugoslawien in Österreich eingebürgert worden.
- ⁵²⁾ Nach Mitteilungen der Landsmannschaft und des Hilfsvereins der Deutsch-Untersteirer in Österreich.
- ⁵³⁾ Von den übrigen in Österreich lebenden Untersteirern befinden sich in Salzburg 168, Wien 165, Oberösterreich 96, Tirol 72, Vorarlberg 36, Niederösterreich 21 und im Burgenland 12.
- ⁵⁴⁾ Die „Landsmannschaft der Untersteirer und Mießtaler“ in Kärnten betreut in diesem Bundesland 1380 Untersteirer und Mießtaler, die so ebenfalls ihren Heimatgebieten nahe geblieben sind.
- ⁵⁵⁾ Nach: Handbuch der Presse der Heimatvertriebenen. Hrsg. Göttinger Arbeitskreis, Kitzingen/Main 1953.
- ⁵⁶⁾ Aus einem Briefwechsel mit der Leitung der Siedlung geht hervor, daß jeder Siedler, je nach der Kopffzahl seiner Familie, über 20 ha verfügt. Der nichtbäuerliche Siedler hat 1 ha.
- ⁵⁷⁾ So auch: Neuland. Wochenschrift der Donauschwaben, Jg. 8, Folge 44 vom 29. Oktober 1955.
- ⁵⁸⁾ Nach: Volksbote. Unabhängige Wochenzeitung der Vertriebenen, München, 6. Jg., Nr. 47 vom 20. November 1954.
- ⁵⁹⁾ Aus Privatgesprächen mit Teilnehmern an den Hauptsitzungen der französischen Siedlerstelle.
- ⁶⁰⁾ Statistički Bilten Stanovništvo, 1. Juli 1950, Belgrad.

- ⁶¹⁾ Wolfrum, Gerhart: Die Völker und Nationalitäten. In: Osteuropa-Handbuch, Band Jugoslawien. Hrsg. Werner Markert, Köln-Graz 1954.
- ⁶²⁾ Statistički Godišnjak, FNRJ 1954, 2. Ausg. Belgrad, Dezember 1954.
- ⁶³⁾ Statistički Godišnjak, FNRJ 1955, Belgrad, Juli 1955.
- ⁶⁴⁾ Nach einer Mitteilung des Lagerleiters Worbs vom 10. Januar 1956.
- ⁶⁵⁾ Donauschwäbische Rundschau, Jg. 5, Nr. 43, S. 3.
- ⁶⁶⁾ Neuland-Jahrbuch 1956, gestaltet v. Bruno Oberläuter. Hrsg. Donauschwäbische Verlagsgesellschaft m. b. H. Salzburg.
- ⁶⁷⁾ In diesen Tagen sammelte ein Großvater in der Gemeinde Filipowo 28 Kinder seiner nach Rußland verschleppten Söhne und Töchter.
- ⁶⁸⁾ Aus den Unterlagen des DRK-Suchdienstes Hamburg, im besonderen aus einem Bericht von zur Mühlen: Die Verschleppungen deutscher Zivilpersonen in die Sowjetunion zu Reparationsleistungen, Stand Frühjahr 1955.
- ⁶⁹⁾ Vgl. Anm. 61.
- ⁷⁰⁾ Marzian, G. Herbert, gibt im Pressedienst der Heimatvertriebenen, Jg. 9/1955, Nr. 36, die Zahl der in die Sowjetunion deportierten Jugoslawiendeutschen mit 40000 bis 50000 an.
- ⁷¹⁾ Schechtmann, Joseph B.: The Elimination of German Minorities in Southeastern Europe. In: The Journal of Central European Affairs, Juli 1946, S. 160/161. Wiedergegeben auch in: The Population of Jugoslavia, Bureau of the Census, Washington 1954.
- ⁷²⁾ Odluka „Avnoj“ o oduzimanje građanskih prava.
- ⁷³⁾ Odluka o prelazu u državnu svojine neprijateljske imovine.
- ⁷⁴⁾ Pri sprovođenju oduzimanja građanskih prava licama nemačke narodnosti.
- ⁷⁵⁾ Durch das Gesetz wird noch einmal festgelegt, daß alle in Jugoslawien lebenden Personen deutscher Abstammung automatisch die jugoslawische Staatsbürgerschaft und alle bürgerlichen Rechte verlieren, daß ihr gesamter beweglicher und unbeweglicher Besitz in das Eigentum des Staates übergeht und daß Personen deutscher Abstammung weder irgendwelche Rechte beanspruchen oder ausüben, noch Gerichte oder staatliche Instanzen zu ihrem persönlichen oder rechtlichen Schutz anrufen dürfen.
- ⁷⁶⁾ Rohrbacher, Leopold: Ein Volk ausgelöscht. Die Ausrottung des Donauschwabentums in Jugoslawien in den Jahren von 1944 bis 1948. Hrsg. Forschungsinstitut für Fragen der Heimatlosen, Salzburg.
- ⁷⁷⁾ Am 19. Oktober 1944 wurden in Werschetz 135 Deutsche, darunter eine Frau, in der Dreilaufergasse zusammengetrieben und erschossen. In Ruma wurden an einem einzigen Tage 2800 Deutsche getötet (Sonntagspost, Chicago, vom 27. Juni 1948, und in: Heimatbote, Home Herald, Chicago, vom 8. November 1948).
- ⁷⁸⁾ Nach einem Bericht von Wilhelm Neuner, Oberlandesgerichtspräsident im Banat.
- ⁷⁹⁾ Christ unterwegs, 4. Jg., Nr. 4, April 1950, S. 21.
- ⁸⁰⁾ Gauß, A. K.: Kinder im Schatten, Salzburg.
- ⁸¹⁾ Nach einer Mitteilung der Arbeitsgruppe München von „Familienzusammenführung und Kinderdienst“, Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege vom 21. Januar 1956.
- ⁸²⁾ Volksbote. Unabhängige Wochenzeitung der Vertriebenen, München, 12. November 1955.
- ⁸³⁾ Nach einer persönlichen Mitteilung der Bundestagsabgeordneten Frau Ackermann.

Rumänien

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	453
II. Das benutzte Quellenmaterial	457
III. Überblick über die Bilanz	460
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Rumäniens vor Beginn der Gebietsveränderungen und der Umsiedlungen im Jahre 1940	462
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Rumäniens von 1940 bis Herbst 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	466
C. Die deutsche Bevölkerung Rumäniens im Herbst 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste).	471
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Rumäniens.	472
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Rumäniens im Herbst 1944	473
F. Die deutschen Vertriebenen aus Rumänien.	473
G. Die in Rumänien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	478
H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Rumänien	480
I. Verluste der deutschen Bevölkerung in Rumänien durch Entnationalisierung (Assimilation)	482
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Rumänien	483
Anmerkungen	484

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Die aus Rumänien¹⁾ stammenden Deutschen bilden eine Volksgruppe, die ihrer stammesmäßigen Herkunft und strukturellen Zusammensetzung nach aus verschiedenen und dabei recht unterschiedlichen Teilgruppen besteht. Sie war erst durch die Entstehung Großrumäniens 1919 staatlich in einem gemeinsamen Hoheitsgebiet zusammengefügt worden. Auch ihr Schicksal während des Zweiten Weltkrieges sowie in der Zeit danach war von dieser verschiedenen Struktur gekennzeichnet.

Im Rahmen dieser Untersuchungen kann die deutsche Volksgruppe aus Rumänien jedoch nur als ein Ganzes behandelt werden, weil das rumänische Staatsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, also vor den Veränderungen, die sich aus der unmittelbaren Vorkriegszeit ebenso wie in der Kriegs- und Nachkriegszeit ergaben, der Bilanz zugrunde gelegt werden muß, und bei der Erfassung der deutschen Vertriebenen aus Rumänien nach dem Merkmal ihres Wohnsitzes am 1. September 1939 keine weitere regionale Untergliederung mehr möglich ist.

Um von einer möglichst sicheren Grundlage auszugehen, muß die Bilanz auf die letzte, bis in alle Einzelheiten durchgearbeitete Volkszählung zurückgreifen, die vor dem Eintreten der umfangreichen Gebietsveränderungen und den damit zusammenhängenden Bevölkerungsverschiebungen stattgefunden hat; diese Grundlage bietet die rumänische Volkszählung vom 29. Dezember 1930.

Gestützt auf die amtlich registrierten Geburten und Sterbefälle — die Unterlagen für die natürliche Bevölkerungsentwicklung — die in Rumänien nach Nationalitäten gegliedert, erhoben worden sind, konnte auch der annähernde Stand der deutschen Volksgruppe bzw. ihrer regionalen Teilgruppen bis zum Zeitpunkt unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mit einem hohen Genauigkeitsgrad ermittelt werden.

Die nachfolgende Periode bis zum Zeitpunkt der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, die in Rumänien schon in den Herbst 1944 fällt, bereitete bei der Untersuchung größte Schwierigkeiten. Rumänien erfuhr in diesem Zeitraum weitgehende gebietsmäßige Veränderungen, die auch das volksdeutsche Siedlungsgebiet wiederholt betroffen haben: Nach der Ende Juni 1940 von der Sowjetunion ultimativ erzwungenen Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina folgte am 30. August 1940 der deutsch-italienische Schiedsspruch über Siebenbürgen, der erhebliche Gebietsteile Großrumäniens an Ungarn übertrug. Am 7. September des gleichen Jahres schloß sich der Vertrag von Craiova an, in dem Rumänien die Süddobrukscha an Bulgarien abtrat; diese Gebietsabtretung ist für die Entwicklung der deutschen Volksgruppe allerdings nur von geringer Bedeutung. Nach dem Kriegseintritt Rumäniens gegen die Sowjetunion wurden die an diese abgetretenen Gebiete zurückerobert und blieben bis Kriegsende wieder rumänisches Staatsgebiet. Vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion war durch einen deutsch-sowjetischen Staatsvertrag das Deutschtum dieser Gebietsteile (Bessarabien und Nordbukowina) fast restlos in die Ostgebiete des Deutschen Reiches und in damals deutsch verwaltete Gebiete Polens umgesiedelt worden. Planmäßige Aussiedlungen aus der Dobrukscha, der Südbukowina und Teilen der rumänischen Kernländer

schlossen sich an. So war also das Deutschtum Rumäniens in den Grenzen von 1937, soweit es nicht in damaliges Reichsgebiet umgesiedelt wurde, in der Zeit von 1940 bis 1944 auf die verbleibenden rumänischen Gebiete, auf Ungarn, die Sowjetunion und Bulgarien aufgeteilt.

Es ist in der nachfolgenden Bilanz versucht worden, die Entwicklung dieser einzelnen, auf verschiedene Staatsgebiete zerstreuten Gruppen getrennt zu verfolgen und am Ende eine Gesamtaufstellung des bei Kriegsende vorhandenen Effektivstandes all dieser Gruppen, die sich herkunftsmäßig auf das rumänische Staatsgebiet in den Grenzen von 1937 zurückführen lassen, vorzunehmen. Trotz der zum Teil recht unterschiedlichen Qualität des vorliegenden Zählungsmaterials, das sich aus rumänischen und ungarischen Volkszählungen sowie aus Eigenerhebungen der Volksgruppe zusammensetzt, konnte auch die Berechnung für den Zeitpunkt bei Kriegsende mit einem recht hohen Grad von Genauigkeit erfolgen. Das Kriegsende selbst war für das Rumäniendeutschtum nicht mit dem Zeitpunkt der deutschen Kapitulation, sondern bereits mit dem Ausscheiden Rumäniens aus dem deutschen Bündnissystem (23. August 1944) gegeben, da mit diesem Zeitpunkt alle Ereignisse ausgelöst wurden, die das weitere Schicksal der deutschen Volksgruppe in Rumänien bestimmten: Flucht vieler vor der Roten Armee, Massendepotiation von Volksdeutschen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion, Aufgehen vieler in einem fremden Volkstum und endlich Behauptung eines trotz seiner schweren Schädigungen immer noch sehr ansehnlichen Restbestandes.

Für die Nachkriegszeit war es Aufgabe der Bilanz, das Schicksal des Rumäniendeutschtums in zwei getrennten Bereichen zu verfolgen: einerseits in den Heimat- und Vertreibungsgebieten und andererseits in den neuen Aufnahmegebieten in Deutschland, teilweise aber auch in Österreich und Übersee. Eine Prüfung aller erreichbaren Unterlagen über die in den neuen Aufnahmegebieten festgestellten Rumäniendeutschen, die Ergebnisse einer Anfang 1948 in Rumänien veranstalteten Volkszählung und die Berücksichtigung der vorliegenden Zahlen über kriegsgefangene oder zivilinternierte Personen bzw. über noch zurückzuerwartende Vermißte gaben letzte Anhaltspunkte für die Klärung des Schicksals der Rumäniendeutschen. So war es möglich, durch Ausscheiden aller als geklärt anzusehenden Fälle, die ungeklärten Fälle festzustellen. Schließlich müssen auch von der Zahl der ungeklärten Fälle noch bestimmte Positionen abgesetzt werden, die nicht als endgültige Verluste gewertet werden können.

Zum Verständnis der teilweise recht unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Teilgruppen innerhalb des behandelten Zeitraumes ist es notwendig, jede von ihnen kurz zu skizzieren. Dabei war es vor allem notwendig, hinsichtlich der regionalen Gliederung der deutschen Volksgruppe einmal die verschiedenen historischen Ansiedlungsgruppen und zum anderen das verschiedenartige Schicksal, das sich aus den Gebietsveränderungen 1940/44 ergab, zu berücksichtigen.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Gruppen des Rumäniendeutschtums:

1. Die Siebenbürger Sachsen

Die Siebenbürger Sachsen sind Nachkommen deutscher Einwanderer, die seit Mitte des 12. Jahrhunderts von den ungarischen Königen unter Gewährung besonderer Privilegien ins Land gerufen wurden und vornehmlich aus den westdeutschen

Grenzlandschaften stammen. In großer völkischer und sozialer Geschlossenheit lebend, kirchlich gegenüber der Umwelt scharf abgegrenzt, frühzeitig der Reformation angeschlossen und bis zur Gegenwart in einer recht ausgeglichenen Sozialstruktur mit breitem, gesundem Bauerntum, einer gefestigten Schicht handwerklichen und intellektuellen Bürgertums ausgestattet, erwiesen sie sich trotz aller Zeitstürme als die widerstandsfähigste und stärkste aller deutschen Volksgruppen im Osten.

Das Hauptsiedlungsgebiet der Siebenbürger Sachsen war in vier Bereiche gegliedert: Das Hauptgebiet, der sogenannte Königsboden, sowie das in die äußerste Südostecke Siebenbürgens vorgeschobene Burzenland (um Kronstadt) lagen in dem 1940 bei Rumänien verbliebenen Süden, der nach Norden vorgeschobene Nösnergau (um Bistritz und Sächsisch-Regen) fiel 1940 an Ungarn; als vierter Teil findet sich ein Streudeutschtum im ganzen übrigen Gebiet Siebenbürgens. In den Zusammenstellungen der Bilanz ist aus der in den rumänischen Statistiken eingeführten historischen Landschaft Siebenbürgen (Transsilvania) das Județ (= Verwaltungsgebiet) Sălaj ausgegliedert worden, da das dort vorhandene Deutschtum strukturell einer anderen Siedlungsperiode angehört (vgl. unter 3).

2. Die Banater Schwaben

Die Banater Schwaben sind Nachkommen deutscher Ansiedler, die nach der Befreiung der südungarischen Gebiete von der Türkenherrschaft im Laufe des 18. Jahrhunderts dort auf Wüstungen, zum größten Teil mit staatlicher Hilfe, angesiedelt wurden. Sie stammen aus allen südlichen und westlichen Teilen Deutschlands. Erst durch die Grenzziehungen von 1919/20 wurde das Siedlungsgebiet dieser Gruppe zerschnitten und auf Rumänien, Jugoslawien und Ungarn aufgeteilt. Konfessionell ist die Gruppe nicht einheitlich, sondern teils katholisch, teils evangelisch. Der römisch-katholischen Kirche fehlt hier der das Volkstum schützende Charakter. Unter ungarischer Herrschaft wurde sie vielfach Träger einer Madjarisierungspolitik. Auch die soziale Struktur war nicht ausgeglichen; es überwog das bäuerliche Element: Aufsteigende Intelligenz verfiel bis in die jüngste Vergangenheit zumeist der Madjarisierung. Biologisch litt diese Gruppe unter dem durch bäuerliche Wohlhabenheit verursachten Einkindersystem. Seine langsame, aber stetige Bevölkerungsabnahme bewirkte hier, Hand in Hand mit der biologischen Abwärtsentwicklung, eine bemerkenswerte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung.

In der Bilanz wurde der in der rumänischen Statistik eingeführten historischen Landschaft Banat stets auch das Județ Arad zugezählt, das in der rumänischen Statistik als Teil der Landschaftsgruppe Crișana-Maramureș eingereiht ist, denn das Deutschtum um Arad gehört historisch und geographisch zum Banater Deutschtum. In allen folgenden Tabellen ist also die Bezeichnung „Banat“ stets aufzufassen als „Banat + Județ Arad“.

3. Die Sathmarer Deutschen

Diese Gruppe besteht aus Siedlern, die nach der Befreiung des Gebiets um Sathmar von der Türkenherrschaft von privaten Grundherren ins Land gerufen und in gestreuter Lage im nordöstlichen Grenzbereich der nordungarischen Tiefebene und des siebenbürgischen Berglandes angesiedelt worden waren. Konfessionell vor-

wiegend katholisch, soziologisch ausschließlich eine bäuerliche Gruppe, unterlagen sie bereits seit der Begründung der ungarischen Reichshälfte im Jahre 1867 einer von Kirche und Schule systematisch betriebenen Madjarisierung. Erst nach der Abtretung dieses Gebietes nach dem Ersten Weltkrieg an Rumänien setzte eine Dissimilation ein. Bis zum Jahre 1939 stieg das Deutschtum dieser Gruppe auf fast 30000 Köpfe an, fiel jedoch mit der Rückgliederung dieser Gebiete an Ungarn in kürzester Zeit wieder auf ein Drittel ihres erreichten Bestandes ab und ist bis zur Gegenwart wieder fast völlig aus dem statistisch greifbaren Bereich gerückt.

In den folgenden Statistiken ist das Sathmarer Siedlungsgebiet im allgemeinen durch die Zusammenfassung der Deutschen des Județ Satu-Mare und des Județ Sălaj zur rumänischen Landschaft Transsilvania gezählt²⁾.

4. Das Deutschtum der nordwestrumänischen Grenzgebiete

Bei diesem Deutschtum handelt es sich um Splittergruppen, die

- a) im Județ Bihor, um Großwardein, also am Rande des ostungarischen Tieflandes bestanden,
- b) im äußersten Norden des rumänischen Grenzgebietes entlang des Oberlaufs der Theiß und in historischem Zusammenhang mit den Bergbau- und Waldarbeiter-siedlungen in den nordöstlichen Karpaten wohnten.

Diese Gruppen mußten trotz ihrer zahlenmäßigen Geringfügigkeit soweit als möglich als besondere Einheit behandelt werden, da sie weder dem Siebenbürger Deutschtum, noch der Sathmarer Gruppe zugezählt werden können.

5. Die Deutschen der Bukowina (Buchenland)

Diese Gruppe setzt sich aus Deutschen zusammen, die nach der Erwerbung des Gebiets durch Österreich (1775) im Zusammenhang mit den deutschen Bauernsiedlungen in Ostgalizien ins Land gekommen sind. Sie bestanden neben Bauern auch aus Handwerkern, Bergleuten, Kaufleuten und Angestellten. Zu drei Viertel katholisch und einem Viertel evangelisch, waren sie als Kulturträger maßgeblich an der Entwicklung des Landes zur mitteleuropäischen Kulturlandschaft beteiligt. Soziologisch erscheinen sie gesund gegliedert, in den städtischen Schichten aber durch vielfache Vermischung je nach politischer Zugehörigkeit der Gebiete auch starken Schwankungen im Volkstumsbekenntnis unterworfen³⁾.

Das bis 1940 zusammenhängende Gebiet wurde durch die sowjetische Annexion der Nordbukowina geteilt. Daher wird in den folgenden Tabellen z. T. die Nord- und Südbukowina getrennt nachgewiesen, weil diese Trennung einen verschiedenartigen Ablauf des Schicksals der deutschen Volksgruppe bewirkte. Die Bukowina-deutschen bekennen sich auch in der Vertreibung zu einer einheitlichen Gruppe.

6. Das Deutschtum Altrumäniens

Hier handelt es sich um eine Streugruppe, vornehmlich um Gewerbetreibende und Kaufleute in den Städten, die über die drei altrumänischen Landschaften Große und Kleine Walachei und Moldau verteilt ist. Ein erheblicher Anteil davon entfällt auf die Deutschen in Bukarest, die zeitweise (1941) mehr als 25000 Menschen zählten. Die Gruppe ist ihrer Struktur zufolge starken Bekenntnisschwankungen unterworfen und deshalb auch in besonders hohem Maße wenig widerstandsfähig gegen Assimilationsbestrebungen.

7. Die Bessarabiendeutschen

Die Bessarabiendeutschen sind Nachkommen der Ansiedler, die vom zaristischen Rußland nach Befreiung der Ukraine von den Türken zur Kolonisation ins Land gerufen wurden. Erst 1919 gelangte diese Gruppe unter rumänische Herrschaft. Sie zählt historisch eigentlich zur Gruppe der Rußlanddeutschen. Die Bessarabiendeutschen bilden im Süden des Gebietes in über 100 meist geschlossenen Siedlungen ein wohlhabendes, biologisch sehr gesundes bäuerliches Bevölkerungselement. Nach der Annexion dieses Gebietes durch die Sowjetunion (Juni 1940) wurde die ganze Volksgruppe fast restlos nach Deutschland ausgesiedelt und zum Teil in Schlesien, zum Teil im damaligen Warthegau neu angesiedelt. Sie teilte also das Geschick der Vertriebenen aus diesen Gebieten.

Schließlich ist noch darauf zu verweisen, daß Bessarabien im Jahre 1941 noch einmal an Rumänien fiel; eine Zählung ergab noch immer eine deutsche Restgruppe. Im Jahre 1945 wurde das Gebiet erneut an die Sowjetunion abgetreten.

8. Die Dobrudschadeutschen

Überwiegend aus Tochttersiedlungen der Bessarabiendeutschen im 19. Jahrhundert entstanden, lebten sie in Streulage im gesamten Kolonisationsgebiet der Dobrudscha. Die Gruppe war soziologisch rein bäuerlich, biologisch sehr fruchtbar und wurde 1940 fast restlos auf vertraglicher Basis ausgesiedelt.

II. Das benutzte Quellenmaterial

Die nachfolgende Bilanz gründet sich in ihren wesentlichen Teilen auf die Ergebnisse amtlicher Zählungen oder auf amtliche Mitteilungen über Bevölkerungsbewegungen — hier insbesondere auf die amtlichen Mitteilungen über die vertragsmäßig durchgeführten Umsiedlungen. Zur näheren Erklärung wurde außerdem das Fachschrifttum herangezogen.

Neben gedruckten Quellen mußten auch ungedruckte Quellen, bestehend aus Denkschriften und Zusammenstellungen über das Thema, herangezogen werden. Diese teilweise nur als Manuskripte vorliegenden Unterlagen werden ebenfalls im Quellennachweis angeführt, jedoch entsprechend gekennzeichnet. — Einzelhinweise sind im weiteren Text unmittelbar vermerkt.

1. Für die Zeit vor 1940

Institutul central de statistică: Recensământul general al populației României din 29 Decembrie 1930. Bukarest 1938 ff. X Bände, insbesondere Band II.

Buletinul demografic al României, 3. Jg. 1934 bis 10. Jg. 1941, Bukarest.

Anuarul statistic al României. 1937 și 1938, Bukarest 1939.

Anuarul statistic al României. 1939 și 1940, Bukarest 1940.

Manuila, Sabin: Studiu etnografic asupra populației României, Bukarest 1940.

Spek, Rudolf: Karte der deutschen Siedlungen Groß-Rumäniens, 1:500 000. Hrsg. Kulturred des Verbandes der Deutschen in Groß-Rumänien, Hermannstadt 1923.

Zimmer, Norbert: Die deutschen Siedlungen im Buchenland (Bukowina), Plauen i. V.

Krallert, Wilfried: Volkstumskarte von Rumänien. Auf Grund der Ergebnisse der amtlichen rumänischen Zählung über die Volkszugehörigkeit von 1930. 1:200 000. 44 Blätter, Wien 1940.

Winkler, Wilhelm: Deutschtum in aller Welt. Bevölkerungsstatistische Tabellen, Wien 1938.

Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Band I—III. Hrsg. Carl Petersen, Breslau 1933, 1936 und 1938.

Manuila, S. und D. C. Georgescu: Populația României, Bukarest 1938.

Haufe, Helmut: Neuere Arbeiten zur Bevölkerungsgeschichte Großrumäniens. In: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, 3. Jg. 1939.

Krallert, Wilfried: Geschichte und Methode der Bevölkerungszählungen im Südosten. I. Rumänien. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 3. Jg. 1939.

Nistor, Ion: La Bessarabie et la Bucovine. Connaissance de la terre et de la pensée Roumaine III, Bukarest 1937.

2. Für die Zeit von 1940 bis 1944

Die deutschen Siedlungen in Rumänien nach der Bestandsaufnahme vom 3. November 1940, Hermannstadt 1941.

Hesse, P.: Volksdeutsche Einwohnerzahlen nach dem Stand von 1940/42 und 1930 in Ungarn. Nebenkarte o. M. zu Blatt 7. In: Der Donau-Karpatenraum, Stuttgart 1943.

Altersaufbau und Berufsgliederung der Umsiedler aus dem Nord- und Südbuchenland, Bessarabien und der Dobrudscha. In: Wirtschaft und Statistik. Berlin 1941. Institutul central de statistică: Recensământul general al României din 1941, 6 Aprilie. Date sumare provizorii, Bukarest 1944.

Die Bevölkerungszählung in Rumänien 1941. Bearbeitet und herausgegeben von der Publikationsstelle Wien. Wien 1943.

Ergebnisse der ungarischen Volkszählung 1941. Abschrift nach amtlichen Vorlagen des Ungarischen statistischen Zentralamtes.

Kleiner Umsiedlungsspiegel, Berlin 1944.

Magyar Statisztikai Szemle XXII. Jg. 1944, Budapest.

Institutul central de statistică: Comunicări statistice 15 Aprilie 1945. Transilvania de Nord, Heft 6—7, Bukarest 1945.

Nistor, Ion: Die Vereinigung der Bukowina mit Rumänien, Bukarest 1940.

Manciuleă, St.: La frontiere ouest de la Roumanie, Bukarest 1940.

Golopenția, Anton: Populația teritoriilor românești desprinse în 1940. In: Geopolitica și Geoistoria. Heft 9/10, Bukarest 1941.

Pfeiffer, Sepp: Zur Geschichte der Madjarisierung des Sathmarer Deutschtums. Beiträge zur Kenntnis des Deutschtums in Rumänien. Hrsg. R. Spek, Band 5, Hermannstadt 1940.

Siebenbürgen. Hrsg. Ungarische Historische Gesellschaft, Budapest 1940.

Siebenbürgen. Hrsg. Institut für Rumänische Geschichte in Bukarest. 2 Bände, Bukarest 1943.

Csallner, Alfred: Die volksbiologische Forschung unter den Siebenbürger Sachsen und ihre Auswirkung auf das Leben der Volksgruppe. Beiträge zur Kenntnis des Deutschtums in Rumänien. Hrsg. R. Spek, Band 4, Hermannstadt 1940.

Mihăilescu, Vintilă: Harta etnică a României Transcarpatice. In: Buletinul societății regale Române de geografie. Jg. LIX, 1941.

Paclišănu, Zenobius: Deutsche und Magyaren. Der Entnationalisierungskampf gegen die Sathmarer Schwaben. 2. Aufl., Bukarest 1942.

3. Für die Zeit nach 1944

Die Flüchtlinge in Deutschland. Ergebnisse der Sonderauszählungen aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946. In: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/0/4 vom 25. März 1950. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Band III/1—5. Hrsg. Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Statistisches Zentralamt, Berlin 1949.

Institutul central de statistică: Comunicări statistice. Heft 2—19, Bukarest 1948. Buletinul demografic al României. 15. und 16. Jg. 1946 und 1947, Bukarest 1948. Golopenția, A. und D. C. Georgescu: Populația Republicii Populare Române la 25 Ianuarie. Rezultatele provizorii ale recensământului, Bukarest 1948.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953.

Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, III. Jg. Neue Folge, Wien 1952. La Roumanie devant la conférence de la paix, Paris 1946.

Observations sur le projet de traité de paix avec la Roumanie, Paris 1946.

Kündig-Steiner, Werner: Nord-Dobrudscha. Istanbuler Schriften — Istanbul Yazıları, Nr. 15, Zürich 1946.

Constantinesco, Al. C. und H. Dona: La République Populaire Roumaine, Bukarest 1948.

Folberth, Otto: Wer sind die Volksdeutschen in Österreich? II. Die Donauschwaben, III. Die Siebenbürger Sachsen, V. Die heutige Lage der Buchenländer, VIII. Streusiedler aus der ehemaligen Donaumonarchie. In: Berichte und Informationen, Nr. 171 (29. 10. 1949), 172 (4. 11. 1949), 182 (13. 1. 1950), 216 (8. 9. 1950). Hrsg. Österreichisches Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik.

Frumkin, Gregory (Grzegorz): Population Changes in Europe since 1939. A Study of Population Changes in Europe during and since World War II as shown by the Balance Sheets of Twenty-four European Countries, London 1951.

Rhode, Gotthold: Völker auf dem Wege ... Verschiebungen der Bevölkerung in Ostdeutschland und Osteuropa seit 1917, Kiel 1952.

Essen, Werner: Herkunftsgebiete, Wanderungswege und heutige Verteilung der deutschen Heimatvertriebenen im Vierzonen-Deutschland. In: Europa und die deutschen Flüchtlinge, Frankfurt (Main) 1952.

Heimatsbuch der Sathmarer Schwaben. Hrsg.: Schmied, Stefan, Wangen (Allgäu) 1952.

Tulescu, Vasile, N.: Zwangsumsiedlung von Banater Schwaben und Rumänen in die Baragan-Steppe. Hrsg. Institut für Raumforschung, Informationen 17/52, vom 3. Mai 1952, Bonn.

Schumacher, Ludwig: Donauschwaben und Karpatendeutsche. Donauschwäbisches Schrifttum. Kleine Reihe, Heft 1, Stuttgart-Zuffenhausen 1953.

Rhode, Gotthold: Die Deutschen im Osten nach 1945. In: Zeitschrift für Ostforschung, 2. Jg. 1953.

Vernant, Jacques: The Refugee in the Post-War World, London 1953.

Gross, Hermann: Die weltwirtschaftlichen Auswirkungen der Vertreibung der deutschen Bauern aus Osteuropa. In: Integration, Jg. 1954, Nr. 2.

Wiley: Tensions within the Soviet Captive Countries. Roumania. Prepared at the request of the committee on foreign relations by the legislative reference service of the library of congress, Washington 1954.

Annabring, Mathias: Die Deutschen in der Ungarischen Volksrepublik. In: Der europäische Osten, 2. Jg. 1955, Heft 11.

Krallert, Wilfried: Zur gegenwärtigen zahlenmäßigen Stärke des Deutschtums in und aus Südosteuropa. In: Südostdeutsche Heimatblätter, 4. Jg. 1955.

Jahrbuch der Dobrudschadeutschen 1956. Hrsg. Klett, Otto, Heilbronn 1956.

Biji, M. und A. Nichita: Populația R. P. R. după naționalitate și limba maternă. Rezultatele provizorii ale recensământului populației din 21 februarie 1956. In: Revista de Statistică, 6, 1957, 4 S. 3.

Ungedruckte Denkschriften

Tagebuch eines Siebenbürger Sachsen aus der Zeit der Verschleppung der arbeitsfähigen Jahrgänge nach Rußland, 1945. Mitgeteilt von Otto Folberth.

Schwarz, Hans: Betrachtungen zur Lage der Siebenbürger Sachsen im Frühsommer 1947, Hermannstadt 1947.

Memorandum über die Siebenbürger Sachsen. O. J., o. Verf. (Etwa 1949). Mitgeteilt von Otto Folberth.

Wagner: Das Deutschtum aus der Bukowina und seine soziologische Struktur, München 1950.

Krallert, Wilfried: Stärke, rechtliche, soziale und wirtschaftliche Lage des Deutschtums in Rumänien seit 1945, 1951.

Essen, Werner: Die deutsche Volksgruppe in und aus Rumänien nach 1945, Marburg (Lahn) 1952.

III. Überblick über die Bilanz

A. Die deutsche Bevölkerung Rumäniens vor Beginn der Gebietsveränderungen und der Umsiedlungen im Jahre 1940	786 000
B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Rumäniens von 1940 bis Herbst 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)	
1. Die deutsche Bevölkerung Rumäniens im Jahre 1941	
a) Die deutsche Bevölkerung in den bei Rumänien verbliebenen Gebieten	548 000

b) Die deutsche Bevölkerung in den an Ungarn abgetretenen Gebieten	47 000
c) Die umgesiedelten Rumäniendeutschen	215 000
Insgesamt	810 000
2. Natürlicher Bevölkerungszuwachs von 1941 bis Herbst 1944 der deutschen Bevölkerung in den bei Rumänien verbliebenen Gebieten sowie der deutschen Bevölkerung in den an Ungarn abgetretenen Gebieten	7 000
der umgesiedelten Rumäniendeutschen	3 000
Insgesamt	10 000
C. Die deutsche Bevölkerung Rumäniens im Herbst 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste) in den bei Rumänien verbliebenen Gebieten sowie in den an Ungarn abgetretenen Gebieten	602 000
der umgesiedelten Rumäniendeutschen	218 000
Insgesamt	820 000
D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Rumäniens 1. Wehrmachtssterbefälle in der rumänischen Wehrmacht	7 000
2. Wehrmachtssterbefälle in der deutschen Wehrmacht	28 000
davon: Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben	18 000
umgesiedelte Rumäniendeutsche	10 000
Insgesamt	35 000
E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Rumäniens im Herbst 1944 1. in den bei Rumänien verbliebenen Gebieten	577 000
2. in den an Ungarn abgetretenen Gebieten	
3. der umgesiedelten Rumäniendeutschen	208 000
Insgesamt	785 000
F. Die deutschen Vertriebenen aus Rumänien Stand: September 1950	253 000
darunter in der Bundesrepublik	148 600
Geburtenüberschuß von 1945 bis September 1950	7 000
darunter in der Bundesrepublik	5 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	246 000
G. Die in Rumänien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung	400 000
H. Die im Herbst 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Rumänien 1. Kriegsgefangene	2 000
2. Kriegsvermißte	
3. Zivilinternierte und Verschleppte	4 000
Insgesamt	6 000

I. Verluste der deutschen Bevölkerung in Rumänien durch Entnationalisierung (Assimilation)	32 000
J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Rumänien	
De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung im Herbst 1944	785 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	246 000
Zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung . . .	400 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivilinter-	
nierte und Vermißte	6 000
Assimilationsverlust	32 000
Geklärte Fälle	684 000
Ungeklärte Fälle	101 000

IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Rumäniens vor Beginn der Gebietsveränderungen und der Umsiedlungen im Jahre 1940

Grundlage für die Feststellung des Standes der deutschen Bevölkerung vor Beginn der Gebietsveränderungen und der Umsiedlungen ist die rumänische Volkszählung vom 29. Dezember 1930, die im gesamten Staatsgebiet Großrumänien in den Grenzen von 1937 nach modernen wissenschaftlichen Grundsätzen durchgeführt wurde. Dabei wurde sowohl die Volkszugehörigkeit (neam) im Sinne des subjektiven Bekenntnisses als auch die Muttersprache (limbă maternă) genau erhoben, so daß die Zahl der Deutschen bis zu den Gemeinden herunter genau festgestellt werden kann. Auf Grund der Erhebung der Volkszugehörigkeit und der Muttersprache ergab sich bei der deutschen Bevölkerung in Rumänien ein zahlenmäßiger Unterschied von 15 266 Personen zugunsten der Muttersprache. Da sich bei den Personen, die als Muttersprache Deutsch angaben, vielfach auch nichtdeutsches Volkstum befand, wurden für die Aufstellung der Bilanz jene Deutschumszahlen verwendet, die sich aus dem Nationalitätenbekenntnis ergaben.

Auf die einzelnen Gebiete Rumäniens verteilt, hatte die Volkszählung im Jahre 1930 folgendes Ergebnis:

Gebiet	Deutsche nach der	
	Volks- zugehörigkeit	Muttersprache
1. Siebenbürgen (ohne Sălaj)	237 416	237 881
2. Banat (mit Arad)	275 369	281 067
3. Sathmar (mit Sălaj)	25 540	16 292
4. Bihor und Maramureş	5 527	5 553
5. Bukowina	75 533	93 812
6. Altrumänien (Walachei, Moldau)	32 366	33 075
7. Dobrudscha	12 581	12 439
8. Bessarabien	81 089	80 568
Insgesamt	745 421	760 687

Wie die obige Zusammenstellung deutlich erkennen läßt, ergeben sich für die Zahl der Deutschen nach den beiden Erhebungsmerkmalen die größten Unterschiede in der Bukowina, in Altrumänien, im Banat und in Sathmar. In den ersten

drei Gebieten sind nach der Muttersprache mehr Deutsche festgestellt worden als nach der Volkszugehörigkeit. Hier haben offenkundig Teile der jüdischen Bevölkerung Deutsch als ihre Muttersprache angegeben. In der Hauptstadt Bukarest wurden nach der Volkszugehörigkeit 14231, nach der Muttersprache dagegen 15497 Deutsche gezählt. Genau die gegenteilige Gruppierung zeigte sich im Gebiet von Sathmar: Das dortige, in Dissimilation befindliche Streudeutschtum bekannte sich zwar als zum deutschen Volk zugehörig, gab jedoch zu einem nicht unerheblichen Teil Madjarisch als Muttersprache an.

Hinsichtlich der Verteilung der deutschen Bevölkerung Rumäniens auf die historischen Siedlungsgebiete⁴⁾ sowie auf die späteren Gebietsteilungen und Umsiedlungen⁵⁾ sind folgende Teilgliederungen zu erwähnen:

Siebenbürgen (ohne Sălaj)

Das in der rumänischen Statistik zu Siebenbürgen geschlagene Judeţ Sălaj wurde, wie bereits vermerkt, zu Sathmar gezählt. Durch den Wiener Schiedsspruch wurden der Königsboden und das Burzenland im Süden von dem im Norden gelegenen Nösnerland getrennt. Die neue Grenzlinie trennte auch das Streudeutschtum in zwei Teile. Die im äußersten Nordosten des Königsbodens gelegene Gemeinde Draas⁶⁾ fiel an Ungarn. Für die so abgegrenzten Teilgebiete lauten die Zahlen:

Gebiet	Deutsche nach der	
	Volks- zugehörigkeit	Muttersprache
Königsboden ohne Draas und südsiebenbürgisches Streudeutschtum	166 521	166 166
Burzenland	33 348	33 592
Südsiebenbürgen zusammen	199 869	199 758
Nösnergau und nordsiebenbürgisches Streudeutschtum	37 547	38 123
Insgesamt	237 416	237 881

Banat

Für das Banat ergibt sich bei Berücksichtigung der siedlungsgeschichtlichen Zusammenhänge folgendes Bild:

Gebiet	Deutsche nach der	
	Volks- zugehörigkeit	Muttersprache
1. Provinz Banat	223 167	231 062
2. Judeţ Arad	52 202	50 005
Insgesamt	275 369	281 067

Bihor und Maramureş

Die Zahlen für die beiden Gebiete lauten:

Gebiet	Deutsche nach der	
	Volks- zugehörigkeit	Muttersprache
1. Judeţ Bihor	2 288	2 364
2. Judeţ Maramureş	3 239	3 189
Insgesamt	5 527	5 553

Bukowina

Die im Jahre 1940 vorgenommene Grenzziehung trennte die ukrainischen Mehrheitsgebiete von den rumänischen. Sie zerschnitt aber die in Streulage über das ganze Land verteilten deutschen Siedlungen. Es war deshalb notwendig, für die folgenden Zahlen die Trennung bis zur Gemeindeebene herunter zu errechnen. Dabei ergaben sich:

Gebiet	Deutsche nach der	
	Volks- zugehörigkeit	Muttersprache
1. Nordbukowina	30 238	43 412
2. Südbukowina	45 295	50 400
Insgesamt	75 533	93 812

Altrumänien

Im Rahmen des Streudeutschtums kommt dem Deutschtum in Bukarest die größte Bedeutung zu. Die Zahl der Deutschen in den drei Provinzen Kleine und Große Walachei und Moldau verhielt sich 1930 zum Deutschtum der Stadt Bukarest wie folgt:

Gebiet	Deutsche nach der	
	Volks- zugehörigkeit	Muttersprache
Streudeutschtum		
1. Altrumänien	18 135	17 578
2. Bukarest	14 231	15 497
Insgesamt	32 366	33 075

Dobruudscha

Durch die Abtrennung der Süddobruudscha von Rumänien und deren Angliederung an Bulgarien wurde nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des dortigen Deutschtums betroffen, da sich die deutschen Siedlungen zumeist im Norden, dem rumänisch gebliebenen Teil der Dobruudscha befanden. Die Deutschen in der Süddobruudscha wurden mit den Bulgariendeutschen zusammen ausgesiedelt. Die bis zur Gemeindeebene herab errechnete Aufteilung des Deutschtums der Nord- und Süddobruudscha ergab für 1930 folgende Zahlen:

Gebiet	Deutsche nach der	
	Volks- zugehörigkeit	Muttersprache
1. Norddobruudscha	12 023	11 914
2. Süddobruudscha	558	525
Insgesamt	12 581	12 439

In regionalem und siedlungsgeschichtlichem Zusammenhang mit dem Dobruudscha-deutschtum sind hier noch drei Gemeinden zu erwähnen, die am linken Donauufer unmittelbar bei Brăila liegen und zahlenmäßig dem Streudeutschtum der Großen Walachei zugehören. Da sie jedoch später ganz bzw. teilweise ausgesiedelt wurden, sollen sie hier hervorgehoben werden. Es handelt sich um die deutsche Siedlung Jakobsonstal⁷⁾ sowie die beiden Vororte von Brăila: Brăilița und Nedelcu-Chercea. Die Einzelzahlen für diese Splittergruppe auf Grund der Volkszählung 1930 sind folgende:

Gebiet	Deutsche nach der	
	Volks- zugehörigkeit	Muttersprache
1. Jakobsonstal	160	160
2. Brăilița	50	39
3. Nedelcu-Chercea	198	143
Siedlungsgruppe um Brăila insgesamt	408	342

Trotzdem diese Gemeinden der Dobrudscha unmittelbar benachbart sind, wurden sie im Rahmen der Bilanz zum Streudeutschtum der Großen Walachei gezählt.

Um den natürlichen Bevölkerungszuwachs der Deutschen Rumäniens von der Volkszählung 1930 bis zum Jahre 1940 berechnen zu können, ist es notwendig, auf die beiden nachfolgenden Quellen zurückzugreifen:

Auf die Angaben des Buletinul Demografic, das die jährlichen Geburten- und Todesfälle monatlich und județsweise auch nach Nationalitäten gegliedert für einen größeren Zeitraum angibt und damit die Ermittlung eines durchschnittlichen Zunahmewertes ermöglicht.

Ferner auf die Angaben einer von Direktor Manuila des Rumänischen Statistischen Zentralinstituts herausgegebene Schrift: *Studiu etnografic asupra populației României*, die unmittelbar vor Beginn der Veränderungen erschien.

Das Buletinul Demografic setzt mit seinen Angaben in der Mitte des Jahres 1933 ein, schließt also nicht an die vorangegangene Zählung an und ermöglicht damit auch bis 1933 nicht mehr die Ermittlung eines Jahresdurchschnittswertes. Für die folgenden Jahre 1934 bis 1939 liegen dann die Daten geschlossen vor. Ab 1940 verlieren sie durch die inzwischen einsetzenden Umsiedlungen ihre zur Gewinnung von Mittelwerten notwendige Vollständigkeit. Ende März 1942 hören die nach Nationalitäten gegliederten Mitteilungen überhaupt auf. Es wurde deshalb den Angaben der Schrift von Manuila der Vorrang gegeben, denn sie beruhen auf den amtlichen Unterlagen des Statistischen Zentralinstituts und umfassen einen größeren Zeitraum zur Feststellung mittlerer Jahreswerte, nämlich — zeitlich unmittelbar an die Zählung vom 29. Dezember 1930 anschließend — einen Zeitraum von 9 Jahren (Ende 1930 bis 1939), während sich aus dem Buletinul Demografic nur ein Mittelwert aus 6 Jahren (1934 bis 1939) errechnen läßt. Der Unterschied, der sich aus beiden Quellen ergibt, ist gering. Aus Vergleichs- und Vollständigkeitsgründen werden hier auch die Ergebnisse der Mittelwerte aus dem Buletinul Demografic mitgeteilt.

Entwicklung der deutschen Bevölkerung Rumäniens von 1934 bis 1939

Gebiet	Zu- bzw. Abnahme		
	insgesamt		im Jahres- durchschnitt
	Anzahl	vH	Anzahl
Siebenbürgen	+ 12 543	+ 0,8	+ 2 090
Banat (mit Arad)	— 1 642	— 0,9	— 240
Bukowina	+ 3 811	+ 0,8	+ 635
Altrumänien	— 207	— 0,1	— 34
Dobrudscha	+ 1 731	+ 2,3	+ 288
Bessarabien	+ 7 792	+ 1,6	+ 1 298
Insgesamt	+ 24 028	+ 0,5	+ 4 004

Bei dieser Zusammenstellung wurden die Gebiete Sathmar, Bihor und Maramureş bei Siebenbürgen mitgezählt.

Auf Grund der Mittelwerte der Zahlen von Manuila ergibt sich, auf die einzelnen regionalen Gebiete Rumäniens bezogen, folgende Entwicklung der deutschen Bevölkerung von 1930 bis 1940.

Entwicklung der deutschen Bevölkerung in Rumänien von 1930 bis 1940

Gebiet	Stand der deutschen Bevölkerung 1930	Natürliche Bevölkerungsentwicklung			Stand der deutschen Bevölkerung	
		1930 bis 1939	für 1 Jahr		1939	1940
			absolut	in vH		
Siebenbürgen	237 416	15 140	1 680	+ 0,7	252 600	254 200
Nordsiebenbürgen	37 547	360	40	+ 0,1	37 900	37 900
Südsiebenbürgen	199 869	14 770	1 640	+ 0,8	214 600	216 300
Banat	275 369	1 640	180	— 0,1	273 700	273 700
Sathmar	25 540	2 940	330	+ 1,3	28 500	28 800
Bihor und Maramureş ...	5 527	490	60	+ 1,0	6 000	6 100
Bukowina	75 533	5 890	650	+ 0,9	81 400	82 100
Nordbukowina	30 238	1 690	190	+ 0,6	31 900	32 100
Südbukowina	45 295	4 200	470	+ 1,0	49 500	50 000
Altrumänien	32 366	450	50	— 0,2	31 900	31 900
Dobrukscha	12 581	2 800	310	+ 2,5	15 400	15 700
Norddobrukscha	12 023	2 710	300	+ 2,5	14 700	15 000
Süddobrukscha	558	90	10	+ 1,8	700	700
Bessarabien	81 089	11 670	1 300	+ 1,6	92 800	94 100
Insgesamt	745 421	36 830	4 090	+ 0,6	782 200	786 300

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Rumäniendeutschen in den einzelnen Siedlungsgebieten sehr unterschiedlich. Bei der Weiterrechnung von 1939 auf das Jahr 1940 wurde beim Banat und bei Altrumänien vom Abzug des Durchschnittswertes abgesehen, da im Banat seit 1939 dem bisherigen Bevölkerungsrückgang weitgehend Einhalt geboten werden konnte, eine Tatsache, die auch in der Zählung von 1941 ihren Ausdruck fand. Was Altrumänien betrifft, so setzte in der gleichen Zeit die verstärkte Zuwanderung volksdeutscher Bevölkerungsteile nach Bukarest ein, woraus sich ein Stillstand in der rückläufigen Entwicklung der Deutschumszahlen in dieser Stadt erklären läßt.

B. Entwicklung der deutschen Bevölkerung Rumäniens von 1940 bis Herbst 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

1. Die deutsche Bevölkerung Rumäniens im Jahre 1941

1940 erfolgten die schon mehrfach erwähnten Gebietsveränderungen Rumäniens; im gleichen Jahre begannen auch die Umsiedlungen. Im Jahre 1941 trat Rumänien an der Seite Deutschlands in den Krieg gegen die Sowjetunion ein. Diese Ereignisse führten zu tiefgreifenden Veränderungen und Erschütterungen des bis dahin ziemlich klar übersichtbaren Bevölkerungsgefüges. Schließlich war es nur noch möglich,

die einzelnen Teilgruppen des Deutschtums aus dem ehemaligen Großrumänien nach ihrer staatlichen Zugehörigkeit zu verfolgen und zwar

- a) die deutsche Bevölkerung in den bei Rumänien verbliebenen Gebieten,
- b) die deutsche Bevölkerung in den an Ungarn abgetretenen Gebieten,
- c) die nach Deutschland umgesiedelten Rumäniendeutschen.

a) Über die deutsche Bevölkerung in den bei Rumänien verbliebenen Gebieten liegen mehrere statistische Angaben vor. Den Vorrang verdient die amtliche Zählung von 1941, über die knapp vor Kriegsende eine Publikation erschien.

Bemerkenswert an den Ergebnissen dieser Zählung sind zwei Punkte, die hier hervorzuheben sind: Das Deutschtum Altrumäniens erfuhr nach einer, durch 10 Jahre währenden ständigen Abnahme plötzlich einen starken Zuwachs. Dieser erklärt sich daraus, daß im Zusammenhang mit dem Krieg, der engen politischen Verflechtung mit der Politik Deutschlands und der Entwicklung der Volksgruppe zu einer politischen Partei ein starker Zustrom volksdeutscher Kräfte in die Landeshauptstadt einsetzte. Die Folge war eine Zunahme des Deutschtums in Bukarest von 13962 im Jahre 1939 auf 25836 im Jahre 1941. Bemerkenswert ist ferner die verhältnismäßig hohe Zahl von Dobrudscha-Deutschen, die diese Zählung angibt und die — trotz der fast restlos durchgeführten Aussiedlung — 1693 Deutsche in der Norddobrudscha ergab, davon 912 in Constanza. Es muß als sehr wahrscheinlich angenommen werden, daß in diesen Zahlen volksdeutsche Soldaten inbegriffen sind, die, aus anderen Gegenden (Siebenbürgen, Banat) stammend, zum Zählungstermin in der Dobrudscha anwesend waren, denn nach übereinstimmenden Angaben aller Quellen zur Umsiedlung sind nicht viel mehr als 500 bis 800 Deutsche in der Dobrudscha zurückgeblieben, auf keinen Fall mehr, als es diese Volkszählungszahlen erscheinen lassen.

Die amtliche rumänische Publikation über die Zählung am 6./April 1941 bezieht sich jedoch nur auf jene Landesteile, die auch nach Kriegsende rumänisch verblieben. 1941 waren sowohl Bessarabien als auch die Nordbukowina zurückerobert und neuerlich dem rumänischen Staat einverleibt worden. Dort fand dann am 16. August 1941 eine Nachtragszählung statt. Über deren Ergebnisse liegt lediglich eine Zusammenstellung aus den Schriften der ehemaligen Publikationsstelle Wien vor, die jedoch auf amtlichem Material des Rumänischen Statistischen Zentralinstituts beruht. Die in die Bilanz aufgenommenen Zahlen für Bessarabien und die Nordbukowina beruhen auf dieser Quelle. Sie zeigen verhältnismäßig hohe Zahlen der zurückgebliebenen Deutschen, für Bessarabien 2058, für die Nordbukowina 3561 Deutsche. Vielfach erklärt sich das aus einer großen Anzahl von Mischehen, weiter auch daraus, daß sich in den Zählungsfragebogen, die in der Bukowina ausgegeben wurden, zahlreiche Bewohner — in Erinnerung an die ehemalige Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn — volkstumsmäßig als „Österreicher“ bezeichneten. Es waren dies vornehmlich völkische Mischlinge aus rumänisch-ukrainischen, rumänisch-deutschen, rumänisch-polnischen Ehen usw. Die Bearbeitungsinstruktion der rumänischen Statistik gab Anweisung, alle Personen, die sich als „Österreicher“ erklärt hatten, in die Gruppe der Deutschen einzureihen. So sind auf diesem Weg zweifellos auch viele nichtdeutsche Personen in der Statistik als Deutsche erschienen, was sich aus der besonderen regionalen Situation erklärt. Die Zahlen sind daher mit Vorbehalt aufzunehmen. Angesichts ihrer Kleinheit sind sie aber für die Gesamtbilanz ohne wesentliche Bedeutung.

Für die Bestimmung der Zahl der Deutschen in dem bei Rumänien verbliebenen südlichen Teil Siebenbürgens liegen sowohl die Ergebnisse der rumänischen Volkszählung als auch die Zahlen aus der eigenen Erhebung der deutschen Volksgruppe vor, die aber, wie bereits festgestellt wurde, einer ernsten kritischen Überprüfung nicht immer standhalten können. Bleibt die Selbsterhebung für Südsiebenbürgen 1940/43 mit 215 925 Deutschen noch durchaus im möglichen Rahmen (amtliche Zählung 1941: 213 210), so wird sie für das Banat mit angenommenen 311 139 gegenüber 277 008 der Zählung schon recht unwahrscheinlich. Für die Streugebiete Altrumäniens und die Reste nicht umgesiedelter Deutscher dagegen versagt diese Erhebung und bleibt mit einer Gesamtschätzung von 10 000 Deutschen um mehr als drei Viertel gegenüber dem tatsächlichen Stand zurück.

Die deutsche Bevölkerung nach der Volkszugehörigkeit in den bei Rumänien verbliebenen Gebieten im Jahre 1941

Gebiet	Personen
Siebenbürgen	213 200
Banat (mit Județ Arad)	277 000
Bihor	400
Bukowina	7 300
Altrumänien	46 300
Dobrudscha	1 700
Bessarabien	2 100
Insgesamt	548 000

b) Wesentlich unübersichtlicher ist das Schicksal und damit die statistische Erfassung jener Deutschen, die in den an Ungarn gefallen rumänischen Gebietsteilen beheimatet sind. Abgesehen von gewissen kleineren Bevölkerungsverschiebungen, die sich unmittelbar an die Gebietsübergabe knüpften, unterlag die dortige Volksgruppe sogleich der erneut einsetzenden Madjarisierungstendenz aller amtlichen Stellen. Historischen Voraussetzungen entsprechend, waren diese Bemühungen bei der Volksgruppe der Nordsiebenbürger im Nösnergau weniger erfolgreich als bei der bäuerlichen Streugruppe um Sathmar.

Auch Ungarn veranstaltete gleich nach der Übernahme dieses Gebietes eine Zählung und erhob dabei auch erstmalig sowohl das Nationalitätenbekenntnis wie die Muttersprache. Nun blieben interessanterweise die Deutschen nach Nationalitätenbekenntnis viel weiter hinter den Bekennern zur deutschen Muttersprache zurück als dies in der rumänischen Zählung 1930 beobachtet werden konnte. Das findet seine Erklärung im ungarischen Nationalstaatsdenken und dem in dieser Richtung ausgeübten Einfluß der Zählungsorgane, die nach dem Grundsatz: Jeder ungarische Staatsbürger ist der Nationalität nach ein Madjare, verfuhr. Es liegen nun also für die zu Ungarn gekommenen Rumäniendeutschen zwei ungarische Zählungsangaben (Muttersprache und Nationalität) vor, dazu aber noch als dritte Ziffer die Ergebnisse der Selbsterhebung der deutschen Volksgruppe aus Ungarn. Diese Zahlen zeigen sehr weitgehende Abweichungen voneinander. In der Bilanz wurden die Zahlen der Erhebung der Muttersprache zugrunde gelegt. Es scheint dies ein Widerspruch zu der für 1930 angewandten Übung zu sein, entspricht aber einer Überlegung allgemeiner Beurteilung ungarischer Zählungssystematik. Seit 1880 war in Ungarn stets nur die Muttersprache als Kennzeichen erfragt worden. Die

Frage nach der Nationalität war daher neu und zudem mit den vorstehend erwähnten politischen Erwägungen und Vorstellungen belastet. Es kann daher erwartet werden, daß im ungarischen Bereich die Angaben für die Muttersprache ein zuverlässigeres Bild vermitteln als Zahlen für die Gliederung nach Nationalitäten. Die Zahlen der Volksgruppenerhebung dürften der Entwicklung meist vorausgreifen. Näher wird dies in den Erörterungen zur Bevölkerungsbilanz der Deutschen aus Ungarn ausgeführt (vgl. S. 387 ff). Unter Heranziehung aller historischen Unterlagen über die Ansiedlung und bei Anwendung einzelner, an oft nicht richtig gewählten Beispielen ermittelter Musterfälle wurden teilweise auch theoretische Zahlen errechnet, die als reale Werte nicht in Betracht gezogen werden können.

Zweifellos sind im ungarischen Staatsgebiet viele Zehntausende Deutscher im Laufe der letzten 150 Jahre entnationalisiert worden. Es kann nicht Aufgabe dieser Bilanz sein, diese ganze Entwicklung zu untersuchen und zahlenmäßig genau zu belegen. Es muß vielmehr versucht werden, möglichst genau festzuhalten, wieviele Deutsche sich nach tatsächlichem Bekenntnis bei Kriegsende in diesen Gebieten befanden und welche tatsächlichen personellen Verluste in der Periode der letzten 15 Jahre erfolgt sind. Trotzdem werden die Zahlen der Volksgruppenerhebung hier im folgenden angeführt.

Nach diesen drei Erhebungsgrundsätzen ergeben sich folgende Zahlen für die zu Ungarn gekommenen Deutschen:

Die zu Ungarn gekommenen Rumäniendeutschen

Gebiet	Die Rumäniendeutschen in Ungarn nach der					
	Volkszählung 1941				Volksgruppen- erhebung	
	Muttersprache		Nationalität			
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Nordsiebenbürgen						
einschl. Streudeutschtum	35 500	75,2	34 700	79,0	38 600	50,5
Sathmar	7 400	15,7	5 500	12,5	27 100	35,4
Bihor und Maramureş	4 400	9,3	3 700	8,4	10 700	14,0
Insgesamt	47 200	100	43 900	100	76 500	100

Die Prüfung dieser Zahlen zeigt, daß im Nösnergau (Nordsiebenbürgen) keine sehr tiefgehenden Unterschiede bestehen. Anders ist es bei Sathmar: Die ungarische Zählung gibt 7353 Deutsche an, die Volksgruppe stellt 27 147 fest⁸⁾. Noch für 1940 war aus rumänischen Daten eine wahrscheinliche Zahl von 28818 ermittelt worden. Die Zahl der Volksgruppe ist also glaubwürdig. Trotzdem kann sie der Bilanz nicht eingefügt werden, denn die politische Realität, und um deren Ermittlung allein kann es sich hier handeln, besagt eben, daß die Angliederung des Gebietes an Ungarn einen tatsächlichen Madjarisierungs- bzw. Remadjarisierungsverlust der Sathmardeutschen zur Folge hatte. Dadurch schrumpfte diese Gruppe hinsichtlich ihrer statistischen Erfassbarkeit auf ein Viertel des vorherigen Bestandes zusammen. Die nahezu 20 000 Sathmardeutschen, die bei der ungarischen Volkszählung 1941 nicht mehr als solche in Erscheinung treten, sind weder vertrieben noch verloren, sie sind nur neuerlich von einer Entnationalisierungswelle überspült worden. Sie können nicht

als Deutsche mitgezählt werden, weil sie sich bei der Zählung nicht als solche bekannten, andererseits kann man, ohne den Boden statistischer Exaktheit zu verlassen, nicht Abstammungsuntersuchungen zur Grundlage einer Statistik machen, die sich auf individuelle und subjektive Erklärungsäußerungen stützen muß. Die schon bis 1941 fehlenden 20 000 Sathmardeutschen sind also kein Vertreibungs-, sondern ein durch die Zeitumstände eingetretener und — wie eben die Geschichte der Sathmarer beweist — möglicherweise auch nur zeitlich befristeter Umvolkungsverlust.

c) Als dritte Gruppe der Rumäniendeutschen ist schließlich jene der Umsiedler zu behandeln. Die Quellenangaben über diesen Personenkreis stimmen nicht überein. Es wurden jedoch für die Bilanz einheitlich die Angaben aus dem sogenannten Umsiedlungsspiegel zugrunde gelegt. Der Umfang der Abweichungen gegenüber anderen Publikationen ist jedoch nicht wesentlich. So geben für Bessarabien der Umsiedlungsspiegel 93 329 umgesiedelte Deutsche an, „Wirtschaft und Statistik“ sowie die Schrift der Publikationsstelle Wien (die sich auf aml. Mitteilungen der Volksdeutschen Mittelstelle stützt) 93 548, Rhode 93 500. Für die Nordbukowina nennt der Umsiedlungsspiegel 43 641, „Wirtschaft und Statistik“ 42 441, Publikationsstelle Wien 43 538 und Rhode 43 600. Für die Dobrudscha der Umsiedlungsspiegel 15 440, „Wirtschaft und Statistik“ 13 988, Publikationsstelle Wien 15 072, Rhode 15 400 und das Jahrbuch der Dobrudschadeutschen 1956 13 979 umgesiedelte Deutsche. Aus der Süddobrudscha sind von etwa 550 Deutschen an 500 ausgesiedelt worden⁹⁾. Für die Südbukowina nennt der Umsiedlungsspiegel 52 129, „Wirtschaft und Statistik“ und Publikationsstelle Wien übereinstimmend 52 107 und Rhode 52 100 Umsiedler. Aus Altrumänien wurden laut Umsiedlungsspiegel 10 091 Deutsche ausgesiedelt; die Publikationsstelle Wien nennt 9732, Rhode gibt dafür keine Zahl an.

Neben der absoluten Zahl der Umsiedler, die trotz der bestehenden Unterschiede in den Quellenangaben im großen und ganzen als gesichert bzw. geklärt anzusehen ist, erscheint die Zahl der vornehmlich im ehemaligen Warthegau und im ehemaligen Reichsgau Danzig-Westpreußen neu Angesiedelten von Wichtigkeit, da diese Siedler 1945 vom Vertreibungsschicksal der dort einheimischen deutschen Bevölkerung mit betroffen wurden; dabei sind auch die vergleichsweise höchsten Vertreibungsverluste innerhalb der rumäniendeutschen Volksgruppe eingetreten. Als Quelle liegt nur der Umsiedlungsspiegel vor. In ihm werden folgende Zahlen genannt:

Gebiet	Gesamtzahl der Umsiedler	In den Ostgebieten angesiedelt
Bessarabien	93 300	88 000
Nordbukowina	43 600	23 900
Südbukowina	52 100	40 200
Norddobrudscha	15 400	11 200
Altrumänien	10 100	2 000
Insgesamt	214 600	165 200

In der vorliegenden Bilanz wird mit rund 215 000 umgesiedelten Rumäniendeutschen gerechnet. Sind mit diesen Ausführungen die drei Gruppen der Rumäniendeutschen: Verbliebene, zu Ungarn Gekommene und Umsiedler nach dem Stand bei Abschluß dieser Bewegungen festgelegt, so ist die Frage der Zunahme dieser Gruppen von 1940/41 bis Kriegsende zu erörtern.

2. Natürlicher Bevölkerungszuwachs von 1941 bis Herbst 1944

Die genaue Übertragung der Zu- oder Abnahmearten, die sich aus den Vorjahren errechnen ließen, hätte für diese Periode keinen Sinn. Die Kriegsverhältnisse haben hier stark verändernd eingegriffen: Die Einziehung der männlichen Bevölkerung zum Wehrdienst, die mit der Umsiedlung verbundenen Perioden langer Lageraufenthalte, vielleicht auch materielle Verhältnisse, die in dieser Zeit einer biologischen Vermehrung entgegenstanden, dies alles wirkte zusammen, um einen erheblichen Rückgang der bis dahin zu beobachtenden natürlichen Bevölkerungszunahme zu bewirken. Gestützt auf die ganz allgemeine Erfahrung, daß ein Absinken der Zunahmequote auf die Hälfte in solchen Fällen als Mindestsatz anzusehen ist, wurde die für die Zeit 1930 bis 1939 errechnete jährliche Zunahmequote von 0,7 vH zum Ausgangspunkt gewählt und halbiert. Diese neue Quote von 0,35 vH ist dann für die Zeit von der Volkszählung 1941 bis nach der Kapitulation der rumänischen Wehrmacht Ende August 1944, also praktisch für einen Zeitraum von $3\frac{1}{2}$ Jahren in Anwendung gebracht; das ergibt für die genannten Jahre eine durchschnittliche Gesamtzunahme von etwa 1,23 vH.

Wendet man diesen Satz nun auf die in Rumänien verbliebenen Deutschen, auf die Rumäniendeutschen, die durch die Gebietsabtretung an Ungarn gekommen sind, und auf die Umsiedler an, dann errechnen sich nachstehende Zahlen für die natürliche Bevölkerungszunahme: 6700, 600 und 2600. Diese Zahlen können selbstverständlich nur grobe Näherungswerte sein.

In der vorangestellten Bilanzübersicht sind die ersten beiden Gruppen zu einer Position mit einer Gesamtzahl von rund 7000 Personen zusammengefaßt worden. Die letztere Gruppe wurde auf rund 3000 Personen aufgerundet. Insgesamt ergibt sich ein natürlicher Bevölkerungszuwachs von etwa 10000 Personen.

Die in der Bilanz angeführten Zahlen entsprechen daher diesem Berechnungsschlüssel, für den keine Unterscheidungen nach einzelnen Siedlungsgebieten angewendet wurden, da sich etwaige Schwankungen innerhalb des kurzen Zeitraumes ohnedies wieder auf die Mittellinie ausgleichen würden. Das Ergebnis der Berechnungen zeigt die nachstehende Übersicht:

Natürliche Bevölkerungsentwicklung der Rumäniendeutschen von 1941 bis Herbst 1944

in den bei Rumänien verbliebenen Gebieten	6700
in den an Ungarn abgetretenen Gebieten	600
der umgesiedelten Rumäniendeutschen	2600
Insgesamt	9900

C. Die deutsche Bevölkerung Rumäniens im Herbst 1944 (ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste)

Nach Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung von 1940 bis zum Kriegsende in Rumänien im Herbst 1944 müßte sich ein deutscher Bevölkerungsstand von 819800 Personen ergeben. Er dürfte sich auf die einzelnen Gruppen der Rumäniendeutschen wie folgt verteilen:

die deutsche Bevölkerung in den bei Rumänien verbliebenen Gebieten	554700
die deutsche Bevölkerung in den an Ungarn abgetretenen Gebieten	47800
umgesiedelte Rumäniendeutsche	217300
Rumäniendeutsche Bevölkerung insgesamt	819800

In der Bilanz kann für die deutsche Bevölkerung Rumäniens eine gerundete Zahl von 820 000 angenommen werden¹⁰⁾.

D. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung Rumäniens

Um die Höhe der Wehrmachtssterbefälle der deutschen Volksgruppe in Rumänien ermitteln zu können, soll die in den einleitenden Ausführungen dargelegte Berechnungsmethode angewandt werden. Dabei ist wiederum auszugehen von der Zahl der im März 1950 registrierten Wehrmachtsvermißten, Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangenen; es handelt sich dabei um 4876 Menschen. Der Anteil dieses Personenkreises an den bei der Volkszählung 1950 ermittelten 145 596 vertriebenen Deutschen aus Rumänien beträgt 3,26 vH. Aus den bekannten Gründen muß dieser Wert jedoch um etwa 40 vH erhöht werden; es ergibt sich dann ein Satz von 4,55 vH. Legt man diesen Wert auf die deutsche Bevölkerung Rumäniens bei Kriegsbeginn um, dann erhält man eine Zahl von fast 35 900 Gefallenen. Dieser Wert dürfte jedoch um ein Geringes überhöht sein, weil z. B. die zur ungarischen Wehrmacht einberufenen Rumäniendeutschen nur relativ wenig Verluste gehabt haben. In der Bilanz soll mit 35 000 Wehrmachtstoten gerechnet werden.

Für die Kriegsverluste Rumäniens ist bis jetzt ein einziger amtlicher Hinweis bekannt geworden:

In dem Begleittext zur Veröffentlichung von Ergebnissen der rumänischen Volkszählung vom 25. Januar 1948 weist Golopentia¹¹⁾ darauf hin, daß die Bevölkerung Rumäniens in der Zeit zwischen der Zählung des Jahres 1941 und Anfang 1948 um 253 000 Personen abgenommen hat. Bei Annahme einer natürlichen Bevölkerungsentwicklung, die den Durchschnittswerten für die vorangegangene Periode in etwa entspricht und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in den vorübergehend an Ungarn abgetretenen Teil Siebenbürgens eine Zunahme der ungarischen Volksgruppe um 120 000 Personen durch Zuwanderung nach 1941 eingetreten ist, errechnet sich sogar ein Fehlbetrag von rund 544 000 Personen. Diese Differenz kann zum Teil durch den Geburtenausfall in der Kriegs- und Nachkriegszeit, durch Kriegsverlust usw. erklärt werden. Aber auch die erstgenannte Zahl von 253 000 Personen, um die die Bevölkerung Rumäniens abgenommen hat, kann nicht nur unmittelbare Wehrmachts- und Ziviltote umfassen, sondern auch Verschleppte, Flüchtlinge und andere Abgänge. — Zieht man zum Vergleich die Verhältnisse in Ungarn heran, wo statistisch genaue Angaben über die Kriegsverluste veröffentlicht wurden¹²⁾, so findet man dort 130 000 Wehrmachtstote bzw. -vermißte und 24 000 Ziviltote, die infolge von Kriegshandlungen zu verzeichnen waren, zusammen 154 000 Tote und Vermißte. Da sich diese Zahlen auf das 1940/41 vergrößerte Ungarn beziehen, das bei Kriegsende 14 683 000 Einwohner zählte¹³⁾ und somit an Bevölkerungszahl das damalige Rumänien übertraf, kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit, gestützt auf die Angaben von Golopentia und den Vergleich mit Ungarn auch für Rumänien eine Zahl von 150 000 Wehrmachts- und Zivilverlusten ansetzen. In Ungarn traten angesichts der schweren Kämpfe in der letzten Phase des Krieges zweifellos die höheren Zivilverluste ein, dagegen waren auf rumänischer Seite die Wehrmachtsverluste ohne Zweifel höher, da Rumänien am Krieg gegen die Sowjetunion wesentlich stärker als Ungarn beteiligt war und dort ungleich höhere Verluste erlitten hat. Da an den Kämpfen in Rußland vielfach auch siebenbürgische Truppenteile beteiligt waren, ist auch ein entsprechender Verlust von Volksdeutschen anzunehmen. Schätzt man diesen auf Grund des vH-Satzes, den die Deutschen an der damaligen Bevölkerung Rumäniens hatten (4,4 vH), dann ist mit rund 7 000 Kriegsverlusten der Volksdeutschen zu rechnen.

Eine gleiche Verlustrate für Volksdeutsche aus Rumänien im Rahmen der ungarischen Wehrmacht kann jedoch nicht angenommen werden, denn es ist in Nordsiebenbürgen nicht mehr zur Einziehung von Volksdeutschen zur ungarischen Wehrmacht gekommen, da gleich nach der Besitznahme dieses Gebietes durch Ungarn schon die deutsche Erfassungsaktion anließ. Die Verluste im Rahmen der ungarischen Wehrmacht können, soweit sie die frühere rumäniendeutsche Bevölkerung betreffen, hier praktisch unberücksichtigt gelassen werden, weil sie nur unbedeutend sind.

Die dritte Gruppe von Kriegsverlusten betrifft die zur Waffen-SS eingezogenen Rumäniendeutschen. Über das Ausmaß der Aushebungsaktion liegen mehrere Angaben vor. Die Denkschrift von Schwarz¹⁴⁾ nennt für Süd- und Nordsiebenbürgen eine Zahl von 24000 zur Waffen-SS Eingezogenen oder 12 vH des Bevölkerungsstandes. Die eingetretenen Verluste beziffert Schwarz nach Unterlagen der evangelischen Landeskirche mit etwa 15 vH der Eingezogenen; das wären rund 3600 Personen.

Für das Banat liegen ähnlich genaue Angaben nicht vor. Nimmt man einen Stand von 11 vH Einberufener an — es entspräche dies in etwa dem Hundertsatz in Siebenbürgen — so kommt man auf etwas mehr als 30000 zur Waffen-SS Eingezogene. Diese Zahl wird auch von anderer Seite für das Banat geschätzt. Würde man auch hier mit einer Verlustquote von 15 vH rechnen, so ergäbe sich eine Gefallenenzahl von 4500 zur Waffen-SS Einberufenen. Diese Zahlen erscheinen jedoch vor allem mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Waffen-SS im allgemeinen sehr hohe Verluste hatte, zu niedrig. Man wird auf Grund der Erfahrungen, die man in anderen Siedlungsgebieten gemacht hat, mit einer Verlustquote, die zwischen 25 und 30 vH liegt, rechnen müssen. Bei einer Gesamtzahl von etwa 75000 bis 80000 Eingezogenen ist für Siebenbürgen, das rumänische Banat sowie die aus anderen deutschen Siedlungsgebieten Rumäniens und den „Umgesiedelten“ zur deutschen Wehrmacht Einberufenen eine Zahl von rund 18000 Gefallenen anzunehmen.

Die Kriegsverluste der nach Deutschland umgesiedelten Rumäniendeutschen dürfte in etwa den militärischen Kriegsverlusten entsprechen, welche die Bevölkerung vorwiegend landwirtschaftlicher Gebiete Deutschlands zu tragen hatte. Es ist bekannt, daß sogleich nach durchgeführter Umsiedlung der ganze wehrfähige Teil der Umsiedler zum Wehrdienst eingezogen wurde. Angesichts des überwiegend bäuerlichen Charakters der Umsiedlergruppen, insbesondere der Bessarabiendeutschen und Dobrudschadeutschen, war auch nicht mit hohen Zahlen vom Wehrdienst Befreiter zu rechnen. Soweit darüber später Angaben vorliegen¹⁵⁾, war der Hundertsatz der Einberufenen und der Gefallenen besonders hoch. Setzt man für die rumänischen Umsiedler eine militärische Verlustquote von 5 vH an, dann ergeben sich, rund gerechnet, etwa 10000 Wehrmachtstote. Somit läßt sich auch aus diesen Überlegungen ein Verlust von insgesamt 35000 Wehrmachtstoten, die die deutsche Volksgruppe Rumäniens erlitten hat, ableiten.

E. De-jure-Stand der deutschen Bevölkerung Rumäniens im Herbst 1944

Aus dem ohne Berücksichtigung der Kriegsverluste für Herbst 1944 errechneten rumäniendeutschen Bevölkerungsstand von 820000 Personen ergibt sich bei Abzug der militärischen Kriegsverluste ein tatsächlicher Bevölkerungsstand von 785000 Personen. Von diesen entfielen auf die

deutsche Bevölkerung in den bei Rumänien verbliebenen und in den an	
Ungarn abgetretenen Gebieten	577 000
umgesiedelten Rumäniendeutschen	208 000
Insgesamt	785 000

Angesichts der regionalen Verteilung des Rumäniendeutschtums bei Kriegsende wurden diese Zahlen auch getrennt in die Bilanz aufgenommen. Lediglich die Zahl der in Rumänien und Ungarn verbliebenen Rumäniendeutschen wurde zusammengezogen, weil angesichts der für Nord- und Südsiebenbürgen gemeinsam durchgeführten Waffen-SS-Aktion auch deren Verluste gemeinsam angegeben wurden. In den Kriegsverlusten ist auch die Zahl aller jener Opfer noch mit eingeschlossen, welche die in der Deutschen Wehrmacht kämpfenden Deutschen aus Rumänien auch noch nach dem im August 1944 überraschend vollzogenen Frontwechsel Rumäniens bis zum Zeitpunkt der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht erlitten. Der zeitliche Unterschied kann in der Bilanz außer acht gelassen werden.

F. Die deutschen Vertriebenen aus Rumänien

Die erste große Gruppe der nach dem Westen gelangten Rumäniendeutschen wurde von den rund 215000 Umsiedlern gebildet, deren Zahl bei Kriegsende nach Abzug der wahrscheinlichen Kriegsverluste (4,55 vH) mit 205000 festgesetzt wurde.

Soweit sich diese Umsiedler bei Kriegsende noch in Lagern oder innerhalb Mittel- und Westdeutschland befanden, erfuhr ihre Lage durch das Kriegsende keine Veränderung. Anders gestaltete sich das Schicksal jener Umsiedler, die im ehemaligen Warthegau, im ehemaligen Reichsgau Danzig-Westpreußen usw. neu angesiedelt worden waren. Ihre Zahl wurde im Umsiedlungsspiegel mit 165 222 angegeben; dies entspräche zwei Drittel aller rumäniendeutschen Umsiedler.

Die vom Vertreibungsschicksal betroffenen Rumäniendeutschen wurden als gesonderte Gruppe statistisch erst wieder erfaßbar, als bei der im Jahre 1946 in den deutschen Aufnahmegebieten durchgeführten Volkszählung mit dem Wohnort am 1. September 1939 auch die Frage nach dem Herkunftsland gestellt wurde. Damit wurden nicht nur die schon vor Kriegsende im Westen befindlichen Gruppen der Umsiedler, sondern auch die unmittelbar vor Kriegsende nach Mittel- und Westdeutschland gekommenen Rumäniendeutschen gezählt. Bei letzteren handelte es sich im allgemeinen um folgende Gruppen:

1. Die Deutschen aus Nordsiebenbürgen

Zugleich mit den zurückgehenden deutschen Truppen wurde ein erheblicher Teil der dortigen deutschen Volksgruppe in großen Trecks nach dem Westen in Bewegung gesetzt und erreichte zum überwiegenden Teil Oberösterreich. Über das Ausmaß dieser Bewegung liegen recht widersprechende Angaben vor, die teilweise bis zur Schätzung von 50 000 Personen steigen (Rhode). Die tatsächliche Zahl ist aber nicht höher als 20 000 anzunehmen. Da zudem eine Anzahl von Nordsiebenbürgern durch die Sowjets nach Rumänien zurückgeschafft wurde, kann die Zahl 20 000 auch für die Bilanz beibehalten werden. Sie findet ihre Stütze in einer amtlichen rumänischen Ausführung zum Entwurf des rumänischen Friedensvertrages¹⁶⁾, worin ausgeführt wird, daß die zurückgehenden deutschen Truppen 20 000 Deutsche aus Nordsiebenbürgen „deportiert“ hätten. Auch Vernant¹⁷⁾ gibt die Zahl mit 20 000 an, endlich Folberth¹⁸⁾ eine Zahl von 20 000 nach Österreich evakuierten Siebenbürger Sachsen. Die Zahl 20 000 gewinnt auch an Zuverlässigkeit, wenn man sie mit der Zahl der noch 1948 dort verbliebenen 8000 Deutschen, den zur Waffen-SS Einberufenen und dem Stand von 1941 (35 457, vgl. B/1) in Beziehung setzt.

2. Die Sathmarer Deutschen

Von dieser Gruppe konnte wegen der Schnelligkeit, mit der die militärischen Operationen verliefen, nur ein sehr kleiner Teil flüchten. Die Zahl wird übereinstimmend, vor allem auch von Stefan Wieser¹⁹⁾, mit 2500 angegeben. Von den Sowjets wurden 500 von ihnen wieder nach Sathmar zurückgebracht. Die Gesamtzahl der geflüchteten Sathmarer ist somit in der Bilanz mit 2000 anzunehmen.

3. Deutsche aus Südsiebenbürgen und dem Banat

Durch den plötzlichen Übergang Rumäniens ins gegnerische Lager befand sich die Gruppe der Südsiebenbürger Sachsen unvermittelt in Feindesland. Weder eine geordnete Evakuierung noch eine massenweise Flucht waren mehr möglich. Trotzdem haben zahlreiche Einzelpersonen oder kleinere Gruppen die Flucht gewagt. Genaue Zahlen über die glücklich durchgekommenen Flüchtlinge liegen nicht vor.

Folberth²⁰⁾ nennt 7000 nach Deutschland ausgesiedelte Siebenbürger Sachsen; zumindest ein Teil von ihnen muß auf jene Fluchtfälle aus Siebenbürgen entfallen.

Anders war die Lage im Banat, wo sich noch längere Zeit deutsche Truppen behaupteten. Trotzdem konnte von dort nur ein Teil der Volksgruppe evakuiert werden. Die Zahlenangaben darüber gehen außerordentlich weit auseinander. Während Folberth²¹⁾ von 90000 nach Deutschland und Österreich evakuierten Banatern spricht, schätzt Rhode²²⁾ die Zahl gemeinsam mit den Südsiebenbürgern auf 75000, versieht sie aber vorsichtshalber mit einem Fragezeichen. Vernant²³⁾ gibt 36000 deutsche Flüchtlinge aus dem rumänischen Banat beim Rückzug der deutschen Truppen an. Es lag hier die erste Schwierigkeit der Bilanz vor, aus vollkommen auseinanderlaufenden Zahlenangaben einen einigermaßen gesicherten Wert zu finden. Es ist das nur möglich in Anlehnung an die Bestandszahl vor Kriegsende (1941: 277008, Vermehrung sehr gering, daher Ausgangszahl maximal 280000). 1948 wurden im Banat noch 171000 Deutsche gezählt, 30000 waren als zum deutschen Wehrdienst eingezogen anzusehen, ein erheblicher Teil war zur Zeit der Zählung 1948 noch zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion, worüber noch zu sprechen sein wird. Nach dieser Darlegung kann von 90000 Geflüchteten nicht die Rede sein, aber die Zahl von 36000 ist zweifellos viel zu tief gegriffen. Für die weitere Bilanz wurde daher als Mittelwert gemeinsam mit der nicht genauer festzulegenden Zahl von Einzelflüchtlingen aus Südsiebenbürgen der Wert von 66000 zugrunde gelegt, wobei etwa 60000 auf Banater, vielleicht 6000 auf Südsiebenbürger entfallen könnten. Diese Festsetzung hält die Mitte zwischen den Schätzungen von Rhode und Vernant und deckt sich nahezu mit Folberths Annahme für Südsiebenbürgen; vor allem steht sie nicht im Widerspruch mit der Gesamtbilanz der Banater Deutschen aus den bekannten Bestandszahlen von 1941 und 1948.

Unter Berücksichtigung dieser Vertreibungs- und Fluchtvorgänge unmittelbar bei Kriegsende ergibt sich für das außerhalb des Landes befindliche Rumäniendeutschtum folgender veränderter Bestand:

Umsiedler von 1940/41	205 000
Flüchtlinge von 1944/45	88 000
davon	
aus Nordsiebenbürgen	20 000
aus Sathmar	2 000
aus dem rumänischen Banat und aus	
Südsiebenbürgen	66 000
Insgesamt	293 000

4. Die Vertriebenen in den Aufnahmegebieten

a) Stand Oktober 1946

Nach den Ergebnissen der ersten deutschen Volkszählung nach dem Kriege am 29. Oktober 1946 befanden sich in den vier Besatzungszonen Deutschlands, in Berlin, in Österreich und dem übrigen westlichen Ausland insgesamt etwa 227000 Deutsche, die am 1. September 1939 in Rumänien wohnhaft waren. Diese Zahl beweist, daß sich ein Großteil der in den Jahren 1940 und 1941 umgesiedelten Rumäniendeutschen zum Zeitpunkt der Volkszählung noch in den zugewiesenen Siedlungsgebieten befunden haben muß.

Auf Grund der Volkszählung 1946 ergibt sich folgende Übersicht über die regionale Verteilung der umgesiedelten, geflüchteten und vertriebenen Personen aus Rumänien:

Die Vertriebenen aus Rumänien am 29. Oktober 1946

Gebiet	Personen mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in Rumänien			
	insgesamt		darunter Deutsche	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Schleswig-Holstein	5 002	2,9	4 876	3,0
Hamburg	352	0,2	214	0,1
Niedersachsen	29 224	16,9	28 418	17,3
Nordrhein-Westfalen	2 558	1,5	2 324	1,4
Britische Besatzungszone	37 136	21,5	35 832	21,8
Bremen	136	0,1	127	0,1
Hessen	4 689	2,7	4 308	2,6
Württemberg-Baden	25 810	14,9	25 428	15,5
Bayern	42 799	24,7	38 404	23,4
Amerikanische Besatzungszone	73 434	42,4	68 267	41,6
Rheinland-Pfalz	2 255	1,3	2 176	1,3
Baden	759	0,4	759	0,5
Württemberg-Hohenzollern	1 111	0,6	959	0,6
Französische Besatzungszone	4 125	2,4	3 894	2,4
Bundesgebiet zusammen	114 695	66,2	107 993	65,7
Brandenburg	10 717	6,2	.	.
Mecklenburg	8 195	4,7	.	.
Sachsen-Anhalt	22 374	12,9	.	.
Thüringen	8 823	5,1	.	.
Sachsen	6 961	4,0	.	.
Sowjetische Besatzungszone	57 070	33,0	55 000	33,5
Berlin	785	0,5	713	0,4
Saarland	615	0,4	584	0,4
Insgesamt	173 165	100	164 300	100

Für die sowjetische Besatzungszone wurden zwar die Merkmale der deutschen Muttersprache erhoben, entsprechende Ergebnisse sind jedoch nicht veröffentlicht worden. Es darf angenommen werden, daß der größte Teil der nichtdeutschen Bevölkerung, der vor dem Kriege seinen Wohnsitz in Rumänien hatte, recht bald versuchte, sich aus dem sowjetischen Machtbereich abzusetzen. Die Rumäniendeutschen werden wohl fast ausschließlich Deutsch als Muttersprache angegeben haben. Die Zahl der Personen mit deutscher Muttersprache wurde für die sowjetische Besatzungszone daher auf 55 000 festgesetzt.

Weniger klar ist die Quellenlage für Österreich, da dort das Herkunftsmerkmal nicht deutlich genug ermittelt wurde. Nach den Ausweisungen des österreichischen Bundesministeriums für Inneres befanden sich an der Jahreswende 1947/48 noch 61 268 Flüchtlinge aus Rumänien in Österreich, darunter 56 601 deutschsprachige. Obwohl zwischen diesem Stichtag und dem Zeitpunkt der deutschen Zählung ein Zwischenraum von mehr als einem Jahr liegt, kann dennoch die Zahl für die Bilanz

festgehalten werden, da gerade in der Periode 1946/47 keine sehr großen Bewegungen von Österreich nach Deutschland erfolgten, weil es zu jenem Zeitpunkt noch das Bestreben der Flüchtlinge war, in Österreich zu bleiben. Durch die Potsdamer Bestimmungen der drei Großmächte wurde das aus Rumänien stammende und in Österreich lebende Deutschum nicht betroffen. Die große Westbewegung setzte erst nach der Währungsreform und dem Anlaufen der Fürsorgemaßnahmen für Vertriebene in der Bundesrepublik ein.

b) Stand September 1950

Im Bundesgebiet wurden bei der Volkszählung am 13. September 1950 insgesamt 152 372 Personen gezählt, die am 1. September 1939 in Rumänien ihren Wohnsitz hatten. Unter diesen waren 3776 Personen nichtdeutscher Muttersprache, so daß die Zahl der 1950 im Bundesgebiet lebenden Rumäniendeutschen 148 596 betrug²⁴⁾. Gegenüber der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 hat also die Zahl der Deutschen aus Rumänien um etwa 41 000 Personen zugenommen. — Die Zahl der Rumäniendeutschen in Berlin (West) wurde bei der Volkszählung 1950 mit 909 Personen ermittelt; dies bedeutet gegenüber 1946 fast eine Verdoppelung. — Für das Saarland liegen 1950 keine Zahlen über die Rumäniendeutschen vor, doch wird man annehmen können, daß sich ihre Zahl gegenüber 1946 kaum verändert hat.

Die vertriebenen Deutschen aus Rumänien am 13. September 1950

Gebiet	Personen mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in Rumänien		
	insgesamt	davon mit	
		deutscher	nichtdeutscher
		Muttersprache	
Schleswig-Holstein	6 109	6 034	75
Hamburg	735	663	72
Niedersachsen	37 069	36 563	506
Bremen	267	251	16
Nordrhein-Westfalen	6 801	6 468	333
Hessen	6 701	6 481	220
Rheinland-Pfalz	5 306	5 218	88
Baden-Württemberg	41 380	40 773	587
Bayern	48 024	46 145	1 879
Bundesgebiet	152 372	148 596	3 776
Berlin (West)	1 027	909	118
Saarland	600	600	.
Insgesamt	153 999	150 105	3 894

Für die sowjetische Besatzungszone kann die Zahl der Deutschen aus Rumänien aus den schon bekannten Gründen nur geschätzt werden. Es wird hierbei von den Veränderungen ausgegangen, die sich im einzelnen zwischen den beiden Nachkriegsvolkszählungen ergeben haben. Eine Übersicht hierüber vermittelt die nachstehende Tabelle. Zu dieser ist noch folgendes zu bemerken:

Für die Bundesrepublik und Berlin (West) errechnet sich ein Geburtenüberschuß von allenfalls 5000 Personen. Für die sowjetische Besatzungszone und Ostberlin ist

nur ein sehr geringer, wenige 100 Personen umfassender natürlicher Bevölkerungszuwachs anzunehmen, der wegen seiner Geringfügigkeit in die Bilanz nicht aufgenommen werden soll. Für die übrigen Aufnahmegebiete der Deutschen aus Rumänien wird ein Geburtenüberschuß von 2000 Personen angenommen. Während bei den Entlassungen aus Kriegsgefangenschaft wiederum davon ausgegangen werden kann, daß sich die Mehrzahl der heimgekehrten rumäniendeutschen Wehrmachtsangehörigen in die Bundesrepublik und nach Berlin (West) entlassen ließen, wird die Mehrzahl der aus Verschleppung aus der Sowjetunion nach Deutschland transportierten zunächst in die sowjetische Besatzungszone gekommen sein.

Erhebliche Schwierigkeiten bereitet auch die Schätzung der Zahl der ausgewanderten Rumäniendeutschen. Hierüber liegt nur eine Zahlenangabe für die USA vor²⁵). Danach wanderten bis 1952 insgesamt 5910 Rumäniendeutsche in die Vereinigten Staaten ein. Nun wanderten aber auch viele Rumäniendeutsche nach Kanada, nach Venezuela und anderen überseeischen Ländern aus. Für alle letztgenannten Zielgebiete der rumäniendeutschen Auswanderung wird man noch mit mehr als 2000 Personen rechnen müssen. Insgesamt sollen in der Bilanz mindestens 8000 bis Herbst 1950 ausgewanderte Rumäniendeutsche ausgewiesen werden.

Veränderung der Zahl der deutschen Vertriebenen aus Rumänien 1946 bis 1950

Art der Veränderung	Bundesgebiet und Berlin (West)	Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin
Zuwanderung aus Österreich	5 000	—
Entlassung aus Kriegsgefangenschaft	9 000	3 000
Rückkehr aus Verschleppung	5 000	10 000
Geburtenüberschuß	5 000	—
Zusammen	24 000	13 000
Auswanderung	— 8 000	—
Interzonenwanderung	+ 25 000	— 25 000
Insgesamt	+ 41 000	— 12 000

Aus den vorangegangenen Darlegungen ergeben sich für den Stand der Rumäniendeutschen im Herbst 1950 folgende Zahlen:

Bundesgebiet	148 600
Berlin (West)	900
Saarland	600
SBZ und Ostberlin	44 200
Österreich	51 000
Andere Aufnahmegebiete	8 000
Insgesamt	253 300

G. Die in Rumänien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche Bevölkerung

a) Die rumänische Volkszählung vom 25. Januar 1948

Ausgangspunkt dieser Position ist die amtliche rumänische Zählung vom 25. Januar 1948. Da diese Zählung nach den gleichen Grundsätzen und auch noch unter gleicher

personeller Leitung wie jene der Jahre 1930 und 1941 durchgeführt wurde, verdient sie als zuverlässig und exakt beurteilt zu werden.

Die räumliche Verteilung des in Rumänien verbliebenen Deutschtums auf Grund dieser Volkszählung ergibt folgendes Bild:

Zurückgebliebene Deutsche in	
Siebenbürgen (ohne Sălaj)	157 100
davon	
Südsiebenbürgen	148 800
Nordsiebenbürgen	8 300
Banat (mit Judeţ Arad)	171 000
Sathmar	2 000
Bihor und Maramureş	2 000
Bukowina	4 200
Altrumänien	7 200
Dobrukscha	500
Insgesamt	344 000

Bemerkenswert an dem Zählungsergebnis ist das Zusammenschrumpfen der Gruppe in Sathmar von 7400 im Jahre 1941 auf weniger als 2000. Es ist dies die Fortsetzung und der Abschluß des Madjarisierungsprozesses, der sofort mit der ungarischen Herrschaft einsetzte und auch nach der Rückgliederung des Gebietes an Rumänien weiterlief.

Bemerkenswerte Splittergruppen bilden noch die über 4000 Deutschen in der Bukowina, wobei zu erwähnen ist, daß ein Teil der Bukowinadeutschen von den Sowjets aus Deutschland nach Rumänien zurückgeschafft wurde; um diese Deutschen dürfte es sich aller Voraussicht nach 1948 gehandelt haben. Der vor Kriegsende bzw. nach den Umsiedlungen noch verbliebene Restbestand ist dagegen aller Voraussicht nach als Assimilationsverlust anzusehen, worüber noch Näheres ausgeführt werden wird.

b) Die Selbsterhebung der Siebenbürgischen Evangelischen Landeskirche

Kurz nach der amtlichen Zählung veranstaltete die Siebenbürgische Landeskirche eine Selbsterhebung, die zum Teil höhere Resultate ergab als die amtliche Zählung. Dies mag wohl damit zusammenhängen, daß gerade in jener Zeit laufend Rückkehrer aus Kriegsgefangenschaft und aus Zwangsarbeitslagern in der Sowjetunion in Rumänien eintrafen. Es ist deshalb die um ein halbes Jahr jüngere Bilanz der Landeskirche in die Bevölkerungsbilanz aufgenommen worden. Die Angaben stützen sich auf eine Übersicht, die von Senator Hans Otto Roth auf Grund der kirchlichen Erhebung angefertigt wurde und die über Prof. Folberth nach Österreich gelangt ist. Da die Erhebungen der Landeskirche das Splitter- und Streudeutschtum nicht zu erfassen vermochten, ist dieses in der Endbilanz auf Grund der amtlichen Zählungsergebnisse angefügt worden.

Nach der Selbsterhebung der Siebenbürgischen Evangelischen Landeskirche gab es

	Deutsche
in Siebenbürgen	173 800
im Banat	189 200
Zusammen	363 000

Da die übrigen Gebiete Rumäniens, in denen sich nur deutsche Splittergruppen befinden, von der Landeskirche offenbar nicht erfaßt wurden, sind für diese noch rund 16000 Deutsche hinzuzuzählen, so daß sich mit Hilfe der Erhebung der Sieben-

bürgischen Evangelischen Landeskirche für die in Rumänien verbliebene bzw. dahin wieder zurückgekehrte deutsche Bevölkerung eine Gesamtzahl von rund 379000 Personen ergibt.

Über das Schicksal des Deutschtums in der Nordbukowina und in Bessarabien liegen keine Berichte oder Unterlagen vor. Man weiß nur, daß nach dem Kriege von den Sowjetrussen viele, auch aus diesen Gebieten seinerzeit Umgesiedelte wieder zurückgeführt wurden. Es war nicht zu erfahren, ob sie in ihrer Heimat bleiben konnten oder ins Innere der Sowjetunion verschleppt wurden²⁶). Es ist aber zu vermuten, daß sie zum überwiegenden Teil in anderen Gebieten der Sowjetunion zwangsangesiedelt wurden. Von diesen dürfte 1950 nur noch eine kleine Zahl am Leben gewesen sein. Da vermutlich auch Deportationen aus dem Kreis der in der Nordbukowina und in Bessarabien zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung erfolgten, von diesen aber schon bis Mitte 1948 ein Teil wieder heimgekehrt sein dürfte, wird man die Zahl der in diesen Gebieten im Herbst 1950 lebenden Deutschen mit etwa 6000 annehmen können.

c) Stand 1950

Um die Zahl der im Herbst 1950 in Rumänien noch zurückgebliebenen Deutschen zu ermitteln, ist zu berücksichtigen, daß von Mitte 1948 bis zu jenem Zeitpunkt beinahe noch 20000 Verschleppte in die Heimat zurückgekehrt sein dürften. Weiterhin wird man annehmen können, daß von 1948 bis 1950 die deutsche Volksgruppe in Rumänien einen allerdings sehr geringen Geburtenüberschuß gehabt hat. Es würde sich auf diese Weise — einschl. der etwa 6000 Deutschen in Bessarabien und der Nordbukowina — eine Zahl von rund 405000 Deutschen in Rumänien im Herbst 1950 errechnen²⁷). Die von Rhode für diesen Zeitpunkt angegebene Zahl von 370000 gibt nur den Stand von 1948 wieder.

Aus den Ergebnissen der rumänischen Volkszählung vom 21. Februar 1956 ergibt sich eine Zahl von rund 391 500 Personen mit deutscher Muttersprache. Die Auszählung nach der „Nationalität“ erbrachte 382400 Deutsche. Obgleich die Angabe der Muttersprache und der Nationalität dem freien Ermessen des einzelnen Bürgers überlassen war, wird es sich doch wohl um Mindestzahlen handeln. Die tatsächlichen Zahlen werden allerdings nur wenig höher liegen. Von seiten des Deutschen Antifaschistischen Komitees wurde die Zahl der Volksdeutschen in der rumänischen Volksrepublik schon 1952 mit rund 400000 angegeben²⁸). Da angenommen werden kann, daß das Deutschtum Rumäniens in der Nachkriegszeit auch durch Assimilation Einbußen erlitten hat, die sich auch in der Zeit von 1950 bis 1956 bemerkbar machen, wird man nicht fehlgehen, wenn man für 1950, einschließlich Bessarabien und Nordbukowina, mit einer Zahl von rund 400000 zurückgebliebenen Rumänien-deutschen rechnet. Es soll auch an dieser Stelle nicht vergessen werden darauf hinzuweisen, daß im Rahmen von Familienzusammenführungen usw. eine allerdings geringfügige Minderung der Deutschtumszahlen eingetreten sein kann.

H. Die im September 1950 vermutlich noch am Leben befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Vermißten aus Rumänien

Bei der im März 1950 im Bundesgebiet und Berlin (West) durchgeführten Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten sind nur 729 Deutsche aus Rumänien

als Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene angegeben worden. Für 524 war die Sowjetunion als Gewahrsamsland genannt. Diese Zahlen sind außerordentlich niedrig und können damit erklärt werden, daß nur ein sehr geringer Teil der Rumäniendeutschen 1950 in der Lage war, die Registrierung von Kriegsgefangenen und Vermißten vornehmen zu lassen. Sehr viele Rumäniendeutsche waren in der Heimat verblieben, ein Teil in die Sowjetunion verschleppt; eine kleinere Zahl lebte in der sowjetischen Besatzungszone, in Österreich oder in anderen ausländischen Staaten.

Demgegenüber erbrachte die schon erwähnte Erhebung der Evangelischen Landeskirche in Siebenbürgen, die 1948 durchgeführt wurde, 10132 Rumäniendeutsche in Kriegsgefangenschaft, von denen 6370 in der Sowjetunion festgehalten wurden. Es ist zu vermuten, daß insgesamt für die Rumäniendeutschen zur Jahresmitte 1948 noch mit etwa 15 000 bis 20 000 Kriegsgefangenen zu rechnen ist. Bis zum Herbst 1950 werden jedoch viele von ihnen nach Rumänien, nach Deutschland oder Österreich zu ihren Angehörigen zurückgekehrt sein. Die Zahl der im Herbst 1950 noch in fremdem Gewahrsam lebenden rumäniendeutschen Kriegsgefangenen wird bei etwa 3000 liegen.

Von den bei der Registrierung 1950 als vermißt gemeldeten 4192 deutschen Wehrmachtsangehörigen aus Rumänien haben nach Angaben der nächsten Angehörigen 1087 das letzte Lebenszeichen aus der Sowjetunion gegeben. Auch hier ist wiederum zu bedenken, daß nur ein Teil der tatsächlich Vermißten erfaßt werden konnte. Vermutlich werden aber von den zum Zeitpunkt der Befragung noch vermißten Wehrmachtsangehörigen nur wenige am Leben gewesen sein. Die Verstorbenen sind in den Zahlen für die Wehrmachtsverluste mitenthalten. Die Zahl der noch am Leben befindlichen Vermißten der Wehrmacht wurde auf 500 bis 800 geschätzt.

Außer den überlebenden Kriegsgefangenen und Wehrmachtsvermißten müssen auch noch die am Leben befindlichen Verschleppten in der Bilanz berücksichtigt werden. In der Hauptsache handelt es sich bei diesen Personen um sogenannte Reparationsverschleppte, die in die Sowjetunion kamen. Nur ein sehr kleiner Teil der Verschleppten wird zum Kreis der politisch unbequemen Personen gehört haben.

Kurz nach der Besetzung Rumäniens durch die Rote Armee wurden in den volksdeutschen Siedlungsgebieten alle arbeitsfähigen Männer zwischen 17 und 45 Jahren und alle Frauen zwischen 18 und 30 Jahren ausgehoben und zum Arbeitsdienst in die Sowjetunion zwangsverschickt²⁹). In der Praxis hielt man sich nicht an diese Altersgruppen³⁰). Die Gesamtzahl der von dieser Aktion Erfaßten gibt eine amtliche rumänische Publikation von 1946³¹) mit 72 000 wahrscheinlich zu niedrig an. Schwarz (a. a. O.) beziffert die Zahl der zur Zwangsarbeit deportierten Siebenbürger Sachsen mit 26 000. Für das Banat werden vielfach 35 000 bis 40 000 deportierte Volksdeutsche angegeben. Außerdem wird für die übrigen rumänischen Siedlungsgebiete, d. h. insbesondere für das Gebiet von Sathmar und Altrumänien mit weiteren 10 000 bis 15 000 verschleppten Deutschen gerechnet³²). Dies ergibt insgesamt eine Zahl von 75 000 deportierten Volksdeutschen. Es ist möglich, daß diese Zahl etwas zu niedrig ist. Andererseits erscheint eine Zusammenstellung des „Ost-West-Kurier“³³), nach der 23 904 Siebenbürger und 73 858 Banater Schwaben als Rußlandverschleppte anzunehmen seien, zusammen also 97 762 Menschen, als etwas zu hoch gegriffen. Man wird nach diesen Angaben richtig schätzen, daß nahezu

80 000 Rumäniendeutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion gelangten. Über das weitere Schicksal dieser Verschleppten sind folgende Angaben bekannt:

Die Erhebung der Siebenbürgischen Landeskirche weist für Mitte 1948 noch in der Sowjetunion befindliche 18 040 Siebenbürger aus; sie gibt ferner an, daß zu diesem Zeitpunkt 5864 in die Sowjetzone gelangt waren. Auf diese Zahlenangaben stützt sich die Berechnung, daß bis 1948 insgesamt etwa 20 000 der insgesamt 80 000 Zwangsverschickten wieder zurückgekehrt waren, daher in der amtlichen Zählung und in der Erhebung der Kirche erscheinen. Weiter ist anzunehmen, daß von den aus Rumänien verschleppten Deutschen etwa 15 000 bis Herbst 1950 nicht nach Rumänien, sondern nach Deutschland zurückgelangten. Die ersten größeren Rücktransporte, die in die sowjetische Besatzungszone gingen, trafen schon vor der deutschen Volkszählung des Jahres 1946 ein. Viele wanderten bald in die westlichen Besatzungszonen ab. Auch nach Österreich sind bis 1950 noch zahlreiche aus der Deportation entlassene Rumäniendeutsche gekommen. Unter den bis Herbst 1950 zurückgekehrten Verschleppten befanden sich auch solche, die während des Krieges umgesiedelt waren und beim Zusammenbruch 1945 in sowjetische Hände gerieten.

Bei den schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen, die in der Sowjetunion herrschten, war nach allen vorliegenden Berichten der Verlust durch Krankheiten usw. hoch. Schwarz beziffert den bereits bis Frühsommer 1947 eingetretenen Verlust auf 9 vH. In der Dokumentation der Vertreibung wird mit einer Verlustquote von nahezu 15 vH³⁴⁾ gerechnet. Annabring³⁵⁾ gibt Berichte von zurückgekehrten verschleppten Ungarndeutschen wieder und erwähnt bei dieser Gelegenheit, daß die Verluste der Rumäniendeutschen in denselben Lagern etwa 30 bis 35 vH betragen haben sollen. In der Bilanz soll mit einer Verlustquote für die deportierten Rumäniendeutschen von 20 vH gerechnet werden. Das bedeutet, daß etwa 16 000 Menschen, die unmittelbar aus Rumänien deportiert worden sind, in der Verschleppung umgekommen sein werden. Es ist dies der zahlenmäßig größte Vertreibungsverlust, der die in Rumänien zurückgebliebene deutsche Volksgruppe betroffen hat. Die Mitte 1948 noch zurückerwarteten Zwangsverschickten werden sich etwa auf 15 000 belaufen.

Für die Bilanz werden rund 6 000 Personen vermutlich noch am Leben befindliche deutsche Kriegsgefangene, Wehrmachtsvermißte, Zivilinternierte und Verschleppte in Ansatz gebracht werden können.

I. Verluste der deutschen Bevölkerung in Rumänien durch Entnationalisierung (Assimilation)

Das Deutschtum in Rumänien hat, wie bereits angedeutet, auch einen Rückgang zu verzeichnen, der durch Assimilation herbeigeführt wurde. Es handelt sich dabei weniger um eine Rumänisierung Volksdeutscher als vielmehr um eine Madjarisierung von Deutschen, deren Heimatgebiet am Ende des Zweiten Weltkrieges wieder an Rumänien fiel. Von dem Rückgang wurde vor allem das Sathmarer Deutschtum betroffen.

Das Sathmarer Deutschtum hatte bereits vom Augenblick des Überganges seines Heimatgebietes an Ungarn erneut erhebliche Einbußen durch Madjarisierung und Remadjarisierung erlitten. Von den 1941 noch vorhandenen rund 12 000 Deutschen (nach der Muttersprache) in Sathmar und den nordwestlichen Randgebieten Bihor

und Maramureş erscheinen, trotz der noch anzunehmenden natürlichen Zunahme, 1948 nur noch knapp 4000 in der rumänischen Zählung. Da die Gruppe 1945 zum überwiegenden Teil in der Heimat verblieb, muß somit ein Assimilationsverlust von abermals 8000 Deutschen angenommen werden, der aber nicht zu den personellen Verlustziffern gerechnet werden kann.

Der Assimilationsverlust des Deutschtums in Rumänien und den heute in die Sowjetunion einverlebten Gebieten Rumäniens ist jedoch wesentlich höher anzusetzen. Eine ungefähre größenordnungsmäßige Vorstellung läßt sich wie folgt gewinnen:

Der de-jure-Stand der deutschen Bevölkerung in Rumänien innerhalb der Grenzen von 1937 berechnet sich aus den vorangegangenen Ausführungen auf 581 000 Personen. In dieser Zahl sind die Wehrmachtssterbefälle sowie die Umsiedler nicht mit-enthalten. Wenn man nun von dieser Zahl, die 1944/45 nach Deutschland und Österreich evakuierten und geflüchteten 88 000 Rumäniendeutschen, die 379 000 Mitte 1948 in Rumänien festgestellten Deutschen sowie die 1948 noch zurückerwarteten Kriegsgefangenen und Verschleppten und die zu jener Zeit in der Nordbukowina und Bessarabien lebenden Deutschen, den Assimilationsverlust der Sathmarer, u. a. bestimmbare Positionen absetzt, dann ergibt sich ein Fehlbestand von schätzungsweise 20 000 bis 30 000 Personen. Da es in Rumänien weder zu Vernichtungsmaßnahmen noch zu sonstigen Gewaltakten gekommen ist, die das Verschwinden dieser fehlenden Deutschen erklären könnten, muß angenommen werden, daß es sich bei dieser Zahl um Assimilations- bzw. Reassimilationsverluste handelt. Der gesamte Assimilationsverlust einschließlich desjenigen des Sathmarer Deutschtums wird sich auf über 30 000 Personen belaufen. Diese Annahme deckt sich im übrigen weitgehend mit den Ausführungen von Rhode³⁶).

J. Die Nachkriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Rumänien

Aus den Untersuchungen ergab sich für die unmittelbare Vorkriegszeit eine Zahl von 786 000 Rumäniendeutschen. Nach Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung von Mitte 1939 bis Ende 1944 und nach Abzug der Wehrmachtssterbefälle errechnete sich ein deutscher Bevölkerungsstand in Rumänien für Herbst 1944 von 785 000 Personen.

Für die Feststellung der Nachkriegsverluste der Rumäniendeutschen, unter der alle Nachkriegsopfer, die bei den Verschleppungen, bei Evakuierungen, auf der Flucht und bei der Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete entstanden sind, dient der für Herbst 1944 errechnete deutsche Bevölkerungsstand als Ausgangszahl. Von dieser Zahl sind nachstehende Positionen als geklärt abzusetzen:

Stand der deutschen Bevölkerung Herbst 1944	785 000
Zahl der Vertriebenen aus Rumänien	
Stand September 1950	253 000
Geburtenüberschuß für die Zeit von 1945 bis September 1950 ..	7 000
Von der Vertreibung direkt Betroffene	246 000
Vermutlich noch am Leben befindliche Kriegsgefangene, Zivil-	
internierte und Vermißte	6 000
In Rumänien zurückgebliebene und zurückgehaltene deutsche	
Bevölkerung	400 000
Assimilationsverluste	32 000
<hr/>	
Geklärte Fälle	684 000
Ungeklärte Fälle	101 000

Die Zahl der bei Kriegshandlungen, auf der Flucht und Verschleppungen ums Leben gekommenen deutschen Zivilpersonen aus Rumänien in den Grenzen von 1937 muß also mit insgesamt 101 000 angenommen werden, das sind 12,8 vH des deutschen Bevölkerungsstandes in Rumänien im Jahre 1940. In dieser Zahl sind auch die noch vermißten Zivilpersonen mitenthaltend. Die Verluste des Rumänien-deutschtums betragen einschließlich der Wehrmachtssterbefälle 136 000 oder 17,3 vH des Bevölkerungsstandes von 1940.

Diese Ergebnisse decken sich nur z. T. mit den von anderen Seiten durchgeführten Schätzungen und Berechnungen. So gibt Rhode a. a. O. einen Verlust von 150 000 und Krallert a. a. O. sogar einen solchen von 185 000 an. Diese scheinbare Differenz erklärt sich jedoch aus den verschiedenen Gesichtspunkten der einzelnen Darstellungen, bei denen Kriegsverluste, Assimilationsverluste, ungeklärte Fälle und echte Vertreibungsverluste unterschiedlich behandelt worden sind. — Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß in der vorliegenden Bilanz alle Wanderungen innerhalb Rumäniens in der Zeit nach 1948 nicht berücksichtigt wurden. Es sind daher auch die Zwangsumsiedlungen vom Banat in die Bărăgansteppe vom Herbst 1951 und die 1956 einsetzende Rückkehrbewegung nicht erörtert worden.

Anmerkungen

¹⁾ Die Untersuchung bezieht sich auf Rumänien in den staatlichen Grenzen vom 31. Dezember 1937.

²⁾ Vgl. I, 1.

³⁾ Der Nordteil der Bukowina, bis 1918 zu Österreich gehörig, wechselte seitdem mehrmals den Besitzer: er kam zu Rumänien, hierauf zur Sowjetunion und schließlich wieder zu Rumänien. Seit Kriegsende ist die Nordbukowina wieder sowjetisches Staatsgebiet.

⁴⁾ Vgl. I, 1—8.

⁵⁾ Vgl. I. Allgemeine Vorbemerkungen.

⁶⁾ Draas, rumänisch: Drăușeni, magyarisch: Homoróddaróc.

⁷⁾ Jakobsonal, rumänisch: General Praporgescu.

⁸⁾ Die vorstehenden Zahlen der Selbsterhebung der deutschen Volksgruppe in Ungarn bezogen sich auf die zusammenfassenden Angaben, die als Manuskript vorliegen und den Stand von etwa 1942/43 wiedergeben. Daneben liegen aus der letzten Periode des Krieges noch neuere Erhebungszahlen vor, die schon durch ihre Höhe ihren Unwert verraten: Der Atlas Donau-Karpatenraum (siehe Quellenangabe) enthält eine Karte (Nr. 7a) mit Zahlenangaben über die Volksdeutschen in dem seit 1940/41 vergrößerten Ungarn. Dabei wird für das Gebiet Sathmar (umfassend das eigentliche Sathmar und die Randgebiete Bihor-Bihar bzw. Maramures-Maramaros) eine Zahl von 61 000 Deutschen, also nahezu das Doppelte des eigenen Erhebungsergebnisses von 1942/43 angegeben, für Südsiebenbürgen (Nösnergau und Streudeutschtum) eine Zahl von 60 922 Deutschen. Da das Deutschtum des Nösnergaues selbst bei optimistischer Schätzung oder Berechnung niemals die 40 000er Grenze erreicht hatte, ist die Zahl von fast 61 000 statistisch nicht ernst zu nehmen. Trotzdem haben diese Zahlen insofern auch zu Verwirrungen Anlaß gegeben, weil sie immer wieder als Anhaltspunkte für Flucht- und Verlustschätzungen verwendet wurden, so rechnete man schließlich (z. B. Rhode) mit insgesamt 50 000 geflüchteten Nordsiebenbürgern, das sind mehr Deutsche als es dort jemals gegeben hat.

⁹⁾ Vgl. Bulgarien S. 529.

¹⁰⁾ Diese Angaben decken sich auch mit den meisten Schätzungen und Berechnungen über die zahlenmäßige Stärke des Deutschtums in Rumänien.

¹¹⁾ Vgl. Quellenangabe.

¹²⁾ Statisztikai Szemle, 1955/II, S. 183 ff.

¹³⁾ Magyar Statisztikai Zsebkönyv 1948, S. 28.

¹⁴⁾ Vgl. Quellenangabe (ungedruckte Schriften).

¹⁵⁾ Zum Beispiel das Jahrbuch 1956 der Dobrudscha-Deutschen, S. 7.

¹⁶⁾ Observations sur le projet de traité de paix avec la Roumanie, Paris 1946, S. 19.

¹⁷⁾ Vgl. Quellenangabe.

¹⁸⁾ Folbert: Die Siebenbürger Sachsen. Vgl. Quellenangabe.

¹⁹⁾ Vgl. Quellenangabe.

²⁰⁾ Siehe Anm. ¹⁸⁾.

²¹⁾ Folbert: Die Donauschwaben. Vgl. Quellenangabe.

²²⁾ Vgl. Quellenangabe.

²³⁾ Siehe Anm. ¹⁷⁾.

- ²⁴⁾ Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- ²⁵⁾ Wiedergegeben im Handbuch der Presse der Heimatvertriebenen, S. 253.
- ²⁶⁾ Für das Deutschtum in der Nordbukowina und in Bessarabien sind, ebenso wie für das Deutschtum aus Karpatorußland, seit der Angliederung dieser Gebiete an die Sowjetunion keinerlei statistische Unterlagen mehr vorhanden.
- ²⁷⁾ Die im „Ost-West-Kurier“ angegebene Schätzung von 430 000 Deutschen in Rumänien für 1954 dürfte zu hoch sein (vgl. „Ost-West-Kurier“ Nr. 35, August 1954).
- ²⁸⁾ Nach Angaben im Almanach 1952 der Zeitung „Neuer Weg“ (vgl. Schulz: Deutsche in Rumänien 1955, S. 38).
- ²⁹⁾ Vgl. zu den Einzelheiten: Schwarz: Denkschrift sowie Tagebuch eines Siebenbürger Sachsen, usw., Quellenangabe.
- ³⁰⁾ Vgl. auch Dokumentation, Band III, S. 78 E.
- ³¹⁾ Observations sur le projet de traité de paix avec la Roumanie.
- ³²⁾ Vgl. hierzu Dokumentation, Band III, S. 79 E. — Frumkin schätzt die Zahl der in die Sowjetunion verschleppten Volksdeutschen aus Rumänien auf 70 000. (Frumkin, Gregory (Grzegorz)): Population Changes in Europe since 1939.
- ³³⁾ Ost-West-Kurier, Nr. 35/August 1954.
- ³⁴⁾ Vgl. Dokumentation, Band III, S. 78 E.
- ³⁵⁾ Annabring, Math.: Das Ungarländische Deutschtum. Leidensweg einer ostdeutschen Volksgruppe. In: Südost-Stimmen, 2. Jg., Nr. 2, Stuttgart 1952.
- ³⁶⁾ Zeitschrift für Ostforschung, 1953, S. 385.

Anhang

Nordschleswig

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	491
II. Ermittlung der deutschen Bevölkerung Nordschleswigs bei Kriegsbeginn auf der Grundlage der politischen Entwicklung der Volksgruppe . .	493
III. Ermittlung der deutschen Bevölkerung Nordschleswigs bei Kriegsbeginn auf der Grundlage der kulturellen Entwicklung der Volksgruppe . .	496
IV. Die Verluste der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Wiederaufbau der Volksgruppe	497
 Tabellenteil	
1. Fläche, Bevölkerung und Ergebnis der Abstimmung am 10. Februar 1920 in der ersten Zone des Abstimmungsgebietes Nordschleswigs	502
2. Entwicklung von Bevölkerung und Wahlstimmen bzw. Mandaten der Parteien bei den Kommunalwahlen in den Städten Nordschleswigs 1922 bis 1954	502
3. Die Entwicklung der bei den Kommunalwahlen in den Städten Nord- schleswigs abgegebenen Stimmen 1920 bis 1954	504
4. Das Ergebnis der Landtingswahlen in Nordschleswig in der Zeit von 1920 bis 1953	504
5. Das Ergebnis der Folketingswahlen in Nordschleswig in der Zeit von 1920 bis 1953	505
6. Bevölkerung, Volksschulbesuch und nationale Beschulungsverhältnisse in Nordschleswig 1921 bis 1945	505

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Verankerung des Selbstbestimmungsrechtes im Vertrag von Versailles war die Grundlage für die Abstimmung im schleswigschen Raum. Für die Abstimmung wurde das Gebiet in drei Zonen eingeteilt. In der Zone I — dem eigentlichen Nord-schleswig — sollte das Ergebnis der Abstimmung insgesamt gewertet werden. Während eine sich anschließende Abstimmung in der Zone II, die Mittelschleswig mit Flensburg umfaßte und in einer Zone III, die Südschleswig umschloß, gemeinde-weise aufgerechnet und so zu einem Regulativ der sich nach Süden vorschiebenden dänischen Reichsgrenze werden sollte. Die Durchführung einer Abstimmung in der Zone III wurde später fallengelassen. Die Abstimmung in der Zone I wurde am 10. Februar 1920 durchgeführt. Ihr Ergebnis ist in Tabelle 1 (vgl. Tabellenteil) festgehalten. In dieser Tabelle sind die Abstimmungsergebnisse einmal nach der dänischen Amtseinteilung zusammengestellt worden, die im Zuge der Eingliederung dieses Gebietes in den dänischen Staatsverband neu geschaffen wurde; zum anderen sind die Ergebnisse aber auch nach ehemaligen preußischen Kreisen ausgewiesen.

Die Tabelle zeigt, daß das nordschleswigsche Abstimmungsgebiet der Zone I die ehemals preußischen Kreise Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern sowie ein Teil des Landkreises Flensburg umfaßt. Es handelt sich hierbei um ein Areal von 387 753 ha mit einer Bevölkerung von 166 744 Personen im Jahre 1910. Obgleich in diesem Gebiet im Durchschnitt nur 25,1 vH der abgegebenen Stimmen sich für ein Verbleiben bei Deutschland aussprachen, erzielten die Deutschen in den drei Städten Apenrade, Sonderburg und Tondern die absolute Mehrheit. Außerdem hatten von den 398 ländlichen Abstimmungsbezirken 38 eine deutsche Mehrheit. Das Schwerk-
gewicht dieser ländlichen deutschen Mehrheit lag im Kreis Tondern, wo von 105 Ab-
stimmungsbezirken 28 eine deutsche Mehrheit aufwiesen. Im Kreis Apenrade hatten von 84 Abstimmungsbezirken 8 und in den in die Zone I mit einbezogenen Teil des
Kreises Flensburg von 7 Abstimmungsbezirken 2 eine deutsche Mehrheit.

Die am 14. März 1920 stattgefundene Abstimmung in der Zone II ergab eine über-
ragende Mehrheit für Deutschland, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

Ergebnis der Abstimmung in der Zone II am 14. März 1920

Gebiet	Stimm- berechtigte	Abgegebene Stimmen für			
		Deutschland		Dänemark	
		absolut	vH	absolut	vH
Teilkreis Flensburg Süd	8 842	6 688	82,6	1 405	17,4
Kreis Tondern Süd	21 756	17 283	87,9	2 376	22,1
Stadt Flensburg	39 688	27 081	75,2	8 944	24,8
Insgesamt	70 286	51 052	80,0	12 725	20,0

Im großen und ganzen ist dieses Abstimmungsergebnis respektiert worden. Bei der endgültigen Grenzfestsetzung wurde lediglich zugunsten Dänemarks eine Zer-

schneidung der nördlich der Stadt Flensburg gelegenen Gemeinden Fröslee, Bau und Krusau, die teils in der Zone I, teils in der Zone II abgestimmt hatten, vermieden¹⁾).

Nun läßt sich auf diesen Abstimmungsergebnissen leider noch keine Bilanz für die an Dänemark gefallene deutsche Volksgruppe Nordschleswigs aufbauen, zumal es nicht ohne weiteres möglich ist, eine Beziehung zwischen der letzten preußischen Volkszählung im Jahre 1910 bzw. der ersten dänischen Volkszählung im Jahre 1921 und diesen Abstimmungsergebnissen herzustellen. Der Grund hierfür ist die Tatsache, daß in den Abstimmungszahlen auch Personengruppen enthalten sind, die lediglich zum Zwecke der Abstimmung aus Dänemark oder aus anderen deutschen Gebieten in das Abstimmungsgebiet gekommen waren. Stimmberechtigt waren bei der Abstimmung am 10. Februar 1920 bzw. bei derjenigen am 14. März 1920 nachstehende Personen, soweit sie das 20. Lebensjahr erreicht hatten:

1. Personen, die im Abstimmungsgebiet geboren und dort wohnhaft,
2. Personen, die in diesem Gebiet geboren, dort aber nicht ihren Wohnsitz hatten,
3. Personen, die ohne im Abstimmungsgebiet geboren zu sein, dort seit einem vor dem 1. Januar 1900 liegenden Zeitpunkt ihren Wohnsitz hatten,
4. Personen, die ohne in diesem Gebiet geboren zu sein, dort ihren Wohnsitz hatten, aber von deutschen Behörden ausgewiesen waren.

Der Vollständigkeit halber sei jedoch nachstehend eine Übersicht gegeben, die das Ergebnis einer einfachen Umrechnung der bei der Abstimmung vom 10. Februar 1920 erreichten Anteile an dänischen (74,9 vH) und deutschen Stimmen (25,1 vH) auf die Gesamtbevölkerung Nordschleswigs nach den Volkszählungen von 1910 und 1921 zeigt:

Jahr	Gesamtbevölkerung	Errechneter Bevölkerungsanteil für	
		Dänen	Deutsche
1910	166 744	124 891	41 853
1921	163 628	122 557	41 071

Wenn man eine Bilanz des Deutschtums in Nordschleswig für den Zeitraum von Beginn des Zweiten Weltkrieges an bis heute aufstellen will, muß bei der Berechnung des Vorkriegsstandes der deutschen Bevölkerung, wie schon oben angedeutet, von den Verhältnissen ausgegangen werden, die sich in der Zeit der Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Dänemark herausgebildet hatten: Die entscheidende volkstumsmäßige Umschichtung in dem abgetretenen Gebiet erfolgte erst mit der endgültigen Übergabe an Dänemark. Sie läßt sich in wenigen Zügen wie folgt kennzeichnen.

Eine Abwanderung des deutschen Bevölkerungselementes trat weitgehend durch die Aufhebung der preußischen Verwaltungskörperschaften, der Auflösung der in den nordschleswigschen Städten stationierten militärischen Dienststellen sowie der Zurückziehung des Grenzschutzes und der Zollbehörden ein. Auch die Übergabe des preußischen Domänenbesitzes im Raum Nordschleswig und der Übergang der Forstverwaltung in dänische Hand hat sich auf die Abwanderung deutscher Bevölkerungsteile ausgewirkt.

¹⁾ Die Abstimmungsergebnisse aus diesem Distrikt sind bereits in die Tabelle 1 mit einbezogen worden.

Andererseits ist mit dieser verwaltungsmäßigen Umorganisation durch den Übergang des Abstimmungsgebietes in dänische Verwaltung und durch die Einrichtung dänischer Garnisonen sowie der Verlegung des dänischen Grenzschutzes und der dänischen Zollbehörden südwärts eine kräftige Zuwanderung neuer, dänischer Bevölkerungsteile gegeben.

Es ist mehrfach in der deutschen wie in der dänischen Literatur versucht worden, diesen Umschichtungsprozeß als Gegenstand bevölkerungsstatistischer Untersuchungen zu machen. Für die Aufstellung einer Bevölkerungsbilanz der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig können diese Untersuchungen jedoch keinen Ausgangspunkt bilden, zumal man sich hierbei leicht in nationalpolitische Streitfragen verliert.

Das Ausmaß der volkstumsmäßigen Umschichtung, die der Übergang Nordschleswigs an Dänemark mit sich brachte, läßt sich am besten am Beispiel der vier nordschleswigschen Städte Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern aufzeigen. Hierbei wird erkennbar, daß eine einigermaßen zuverlässige Bevölkerungsbilanz der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig nur aus ihrer politischen Entwicklung aufgestellt werden kann. Außerdem wird, wie noch gezeigt werden soll, auch ihr kultureller Selbstbehauptungswille, der sich u. a. in der Entwicklung des deutschen Schulwesens ausdrückt, eine wesentliche Rolle spielen.

In der Tabelle 2 (vgl. Tabellenteil) wird unter Ausnutzung des Materials über die kommunalen Wahlen in den genannten nordschleswigschen Städten der Umschichtungsprozeß verdeutlicht. Es zeigt sich, daß z. B. in Apenrade bei der Kommunalwahl des Jahres 1922 nur 871 deutsche Stimmen abgegeben wurden. Bis zum Zeitpunkt der Kommunalwahl des Jahres 1937 hatte sich ihre Zahl auf nahezu 1300 erhöht. Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches sank sie dann bei der Kommunalwahl 1946 auf 660 Stimmen und stieg bis zur entsprechenden Wahl des Jahres 1954 wieder auf über 1000 an. Ähnliche Entwicklungstendenzen sind auch in den anderen Städten Nordschleswigs festzustellen. Insgesamt wurden im Jahre 1922 in diesen vier Stadtgemeinden fast 3300 deutsche Stimmen gezählt. Im Jahre 1937 waren es 5000.

II. Ermittlung der deutschen Bevölkerung Nordschleswigs bei Kriegsbeginn auf der Grundlage der politischen Entwicklung der Volksgruppe

Benutztes Quellenmaterial:

Danmarks statistiske Aarbøger 1921 ff.,

Danmarks statistiske Tabellverk (in den Ausgaben zur Volkszählung und zu den politischen Wahlen),

Statistiske Meddelelser 1921 ff.,

Deutscher Volkskalender Nordschleswig 1924 ff. (als Jahrbuch der deutschen Volksgruppe),

Material aus den Tageszeitungen,

Thomsen, Alexander: Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig. Bevölkerungsstatistische Untersuchungen mit drei Karten. Schriften der Publikationsstelle für den Dienstgebrauch. Hrsg. Joh. Papritz u. Wolfgang Kohte, Berlin-Dahlem 1941.

Bei dem in Dänemark bis zur Verfassungsänderung 1953 herrschenden Zweikammersystem bieten zwei Gruppen politischer Wahlen die Möglichkeit, an dem Stimmenverhältnis die Stärke der deutschen Minderheit in Nordschleswig zu messen, die Landtingswahlen und die Folketingswahlen.

In beiden Gruppen konnten zum Vergleich die Stimmen der dänisch-bürgerlichen Parteien in einer Summe zusammengefaßt werden. In diese Summen sind auch für die Zeit, in der eine dänische nationalsozialistische Partei als besondere Wahlkörperschaft bestand, die Stimmen dieser Partei aufgenommen worden. Andererseits sind in den Stimmenangaben für die Sozialdemokraten auch die Stimmen einer kommunistischen Partei enthalten.

Weiterhin ist darauf hinzuweisen, daß sich an den Wahlen der Jahre 1943 (Landtingswahl und Folketingswahl) und 1945 (Folketingswahl) die Deutschen Nordschleswigs nicht beteiligten. Nach einer besonderen Übereinkunft mit der dänischen Regierung war der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ein eigenes Kontor zur Vertretung der Interessen der Minderheit unter dem dänischen Staatsministerium zugestanden worden, worauf die deutsche Volksgruppe mit ihrer für Wahlzwecke errichteten Parteiorganisation „Slesvigske Parti“ auf eine Teilnahme an den Wahlen verzichtete.

In Tabelle 4 (vgl. Tabellenteil) sind die Ergebnisse der Landtingswahlen festgehalten. Außerdem enthält sie das Ergebnis einer auf den abgegebenen deutschen Stimmen basierenden Berechnung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Bei der Beurteilung dieser mit Hilfe der Wahlergebnisse errechneten Bevölkerungszahlen für die deutsche Volksgruppe ist jedoch zu beachten, daß das an Dänemark 1920 abgetretene Gebiet bei den politischen Wahlen (Landtings- und Folketingswahlen) einen eigenen Wahlkreis bildete und daß die Deutschen nur in diesem Wahlkreis eine Möglichkeit hatten, ihre Stimme für eine eigene deutsche Parteiorganisation abzugeben. Das besagt also, daß Mitglieder der deutschen Minderheit Nordschleswigs, die in Ausübung ihres Berufes in andere Gebiete Dänemarks übersiedelt waren, nicht in der Zahl der Stimmen enthalten sind. Infolgedessen werden die errechneten Bevölkerungszahlen für die deutsche Volksgruppe auch nur Mindestzahlen sein können. Weiterhin ist zu bedenken, daß die untere Grenze des Wahlalters bei den Landtingswahlen bei 30 Jahren liegt. Im übrigen ist für die Ausübung des Wahlrechtes in Dänemark der Besitz der dänischen Staatsangehörigkeit eine unbedingte Voraussetzung. Dies bedeutet aber, daß deutsche Staatsangehörige, die im Raum Nordschleswigs nach 1920 wohnhaft geblieben sind oder zuwanderten, gleichfalls nicht in der deutschen Stimmenzahl enthalten sind. Reichsdeutsche Staatsangehörige in Nordschleswig können also bei der Ermittlung des Bevölkerungsstandes der deutschen Volksgruppe nicht berücksichtigt werden. Im Abschnitt III dieser Untersuchung wird auf die Berücksichtigung von Reichsdeutschen noch einmal einzugehen sein.

Aus den bei den Landtingswahlen abgegebenen deutschen Stimmen errechnet sich, wie Tabelle 4 ausweist, für September 1920 eine Zahl von knapp 24000

Volksdeutschen. Bis zum April 1939 ergibt sich eine Steigerung auf rund 31 000 Personen. Als Mittelwert errechnet sich für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg eine Zahl von rund 27 400 Volksgruppenangehörigen.

Die Berechnung der Volksgruppenstärke auf Grund der Folketingswahlen ergibt für den Wahlkreis Nordschleswig ein etwas von der Tabelle 4 abweichendes Ergebnis. Für das Folketing, der 2. Kammer des dänischen Parlaments, ist jeder dänische Staatsangehörige nach Erreichen des 25. Lebensjahres wahlberechtigt. Nach der im Jahre 1953 durchgeführten Verfassungsänderung und der damit verbundenen Einführung des Einkammersystems in Dänemark ist das Wahlrecht auf 23 Jahre herabgesetzt worden. Während die Folketingswahl vom 21. April 1953 noch nach dem alten Wahlgesetz durchgeführt wurde, vollzog sich die Wahl vom 22. September 1953 schon nach den Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes. Die Auswirkungen gehen aus dem für diese bisher letzte Wahl verzeichneten Ergebnis aus vorliegender Tabelle 5 (vgl. Tabellenteil) hervor.

Im Durchschnitt der Zeit von 1920 bis 1939 errechnet sich ein deutscher Bevölkerungsanteil auf Grund der deutschen Stimmen bei diesen Wahlen von 26 100. Zur Berechnung dieses Anteils sind die Bevölkerungszahlen aus den dänischen Volkszählungen 1920 und 1935 bzw. die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen herangezogen worden.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß sich bei den Berechnungen des Deutschtums Nordschleswigs auf Grund der Landtingswahlen für Kriegsbeginn eine Volksgruppenstärke von 27 400 Menschen und auf Grund der Folketingswahlen von 26 100 Personen ergibt. Die Differenz zwischen diesen beiden Zahlen ist darauf zurückzuführen, daß die deutsche Volksgruppe in den höheren Altersgruppen relativ stärker besetzt ist als in den jüngeren. Das ist vor allem eine Folge des Abgeschiedenseins der Deutschen Nordschleswigs vom geschlossenen deutschen Stammesgebiet, während die dänische Bevölkerung durch Zuzug aus anderen Gebieten Dänemarks immer wieder neue Wachstumsimpulse erhält. Dies wirkt sich auf die Ergebnisse der Folketingswahlen insofern ungünstig für die deutsche Volksgruppe aus, als das Mindestwahlalter, wie bereits oben erwähnt, hier mit 25 Jahren unter dem bei den Landtingswahlen (30 Jahre) liegt. Der vH-Satz, der für die deutsche Partei abgegebenen Stimmen, liegt daher bei den Folketingswahlen vergleichsweise niedriger als bei den Landtingswahlen.

Die Berechnung eines Mittelwertes als Grundlage für die Bilanz der deutschen Volksgruppe hat den Vorteil, daß die z. T. durch politische und wirtschaftliche Entwicklung bedingten Schwankungen, von denen namentlich eine gewisse volkstumsmäßige Zwischenschicht erfaßt wird, am sichersten ausgeschaltet werden können.

Es wurde bereits erwähnt, daß die hier ermittelten Deutschtumszahlen Mindestwerte für die Volksgruppe darstellen, weil nur diejenigen Deutschen wahlberechtigt waren, die im Wahlkreis ihren Wohnsitz hatten. Noch aus einem anderen Grunde wird man die Zahlen als Mindestwerte ansprechen müssen: Ein kleinerer Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen ist ohne Zweifel von Deutschen Nordschleswigs abgegeben worden. Man wird kaum in der Annahme fehlgehen, wenn man die tatsächliche Zahl der deutschen Volksgruppe Nordschleswigs bei Kriegsbeginn mit rund 28 000 Personen ansetzt.

III. Ermittlung der deutschen Bevölkerung Nordschleswigs bei Kriegsbeginn auf der Grundlage der kulturellen Entwicklung der Volksgruppe

Benutztes Quellenmaterial:

Jahresberichte der 4 Amtsschuldirektorien über das Volksschulwesen in den einzelnen Ämtern,

Statistiske Meddelelser 1921 ff.,

Deutscher Volkskalender Nordschleswig 1924 ff. (als Jahrbuch der deutschen Volksgruppe),

Thomsen, Alexander: Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig. Bevölkerungsstatistische Untersuchungen mit drei Karten. Schriften der Publikationsstelle für den Dienstgebrauch. Hrsg. Joh. Papritz u. Wolfgang Kohte, Berlin-Dahlem 1941.

In Dänemark gibt es keine Schulpflicht, sondern die Unterrichtspflicht. Für die Untersuchungen über deutsche und dänische Schulen in Nordschleswig im Hinblick auf deutsche oder dänische Beschulung der unterrichtspflichtigen Kinder wurde das offizielle Material der dänischen Schulbehörden herangezogen. Es ist der Versuch gemacht worden, das Ergebnis der Untersuchungen, das in der Tabelle 6 (vgl. Tabellenteil) festgehalten wird, auf die Volksschulen (kommunale und private) zu beschränken, um die Fehlerquellen auszuschalten, die eine Einbeziehung auch des höheren Schulwesens (Staatsschulen) enthalten kann.

Nach den dänischen Schulgesetzen war mit dem Übergang Nordschleswigs an Dänemark der deutschen Minderheit die Möglichkeit gegeben, bei Erfüllung bestimmter Bedingungen die Einrichtung einer besonderen deutschsprachigen Schule in den einzelnen Schulgemeinden zu verlangen. Es baut sich ein deutsches Schulwesen also sowohl auf einem Gemeindeschulwesen als auf einem Privatschulwesen auf, letzteres besonders in Gegenden, wo die Bedingungen für eine Gemeindeschule nicht ohne weiteres gegeben waren, oder auch wo eine Gemeindeschule in ihrem, von einer dänischen Mehrheit bestimmten Aufbau nicht den Wünschen der Volksgruppe entsprach.

Mit 59 deutschen Privatschulen und 30 deutschen Kommunal Schulen war 1944 der Höchststand im deutschen Schulwesen Nordschleswigs erreicht. Die Entwicklung auf einen relativ so günstigen Stand ist natürlich erst allmählich erreicht worden; sie hat in den Kriegsjahren in der Zeit der deutschen Besatzung einen besonderen Auftrieb erhalten.

Die Schülerzahl in den deutschen Schulen Nordschleswigs umfaßt auch die Kinder reichsdeutscher Eltern. Somit ist bei dieser Berechnungsmethode die Berücksichtigung der Reichsdeutschen, obgleich sie ohne Wahlrecht sind, bis zu einem gewissen Grad möglich.

Die eindeutige Einbeziehung reichsdeutscher Staatsangehöriger in eine Bevölkerungsbilanz Nordschleswigs ist nicht möglich, weil die Bestimmungen für den automatischen Erwerb der dänischen Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt des Überganges Nordschleswigs an Dänemark im Jahre 1920 vorsahen, daß die bis dahin deutschen Staatsangehörigen vom 20. Oktober 1918 bis zum 15. Juni 1920 ununterbrochen in Nordschleswig ansässig gewesen sein mußten. Infolge dieser

Bestimmungen wurden viele dem Dänentum zugehörige Nordschleswiger, die die gestellten Forderungen nicht erfüllten, zunächst in der deutschen Staatsangehörigkeit belassen. Erst im Laufe der folgenden Jahre ist hier durch besondere Antragstellung nach und nach ein Wandel geschaffen worden. Die deutsche Staatsangehörigkeit eines Nordschleswigers ist also auf Jahre hinaus nicht ohne weiteres auch das Merkmal der Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe. Daher können die Staatsangehörigkeitsverhältnisse hier keine besondere Berücksichtigung finden.

Ermittelt man nach den in Tabelle 6 errechneten Deutschtumszahlen auf Grund des Schulbesuchs der deutschen Schulen einen Durchschnittswert für die deutsche Volksgruppe für die Zeit von 1921 bis 1939, so bleibt dieser mit rund 22 400 Personen um rund 4 000 hinter der Zahl zurück, die mittels der politischen Wahlen als Mittelwert (26 700 Personen) errechnet worden ist. Man hat aber zu berücksichtigen, daß der Ausbau des deutschen Schulwesens erst allmählich hat erreicht werden können, so daß im ersten Jahrzehnt nach dem Übergang Nordschleswigs in den dänischen Staatsverband die Bevölkerung weiter Gebiete dieses Landesteiles keine Möglichkeit hatte, ihre Kinder nach Wunsch in deutsche Schulen zu schicken.

Selbst der 1944 erreichte Höchststand im deutschen Schulwesen (kommunal und privat) konnte noch nicht allen deutschen Eltern, besonders solchen nicht, die in ihren Heimatgemeinden nur eine sehr schwache Minderheit ausmachten, eine deutsche Besuchungsmöglichkeit für ihre Kinder bieten.

Die auf diesem Weg errechneten Deutschtumszahlen können also gleichfalls nur Mindestzahlen sein, zumal auch hier zu bedenken ist, daß ein kleiner Prozentsatz aus der Sozialdemokratie, der an sich der deutschen Bevölkerung zugerechnet werden darf, unter Umständen jedoch auf die Beschulung der Kinder in deutschen Schulen verzichtete. Die tatsächliche Stärke der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns wird man daher mit etwa 28 000 Menschen veranschlagen können.

IV. Die Verluste der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Wiederaufbau der Volksgruppe

Ein Teil der Volksdeutschen Nordschleswigs hatte sich während des Krieges freiwillig zum Fronteinsatz gemeldet. Man wird mit etwa 1 800 Volksgruppenangehörigen rechnen können, von denen 568 gefallen oder vermißt sind. Für das Kriegsende ergibt sich also unter Berücksichtigung der Wehrmachtstoten und Vermißten eine Volksgruppenzahl von etwa 27 400 Personen.

In Nordschleswig stellten sich in den letzten Kriegsjahren aus der deutschen Volksgruppe unter Einwirkung der besonderen Verhältnisse viele auch als Zeitfreiwillige zur Verfügung und wurden u. a. zu Aufgaben der deutschen Besatzung (z. B. zu Schanzarbeiten) herangezogen. Die Entwicklung gegen Kriegsende rief zwischen Deutschen und Dänen immer stärker werdende Spannungen hervor. Der deutsche Zusammenbruch im Mai 1945 hatte schließlich entscheidende Rückwirkungen auf das politische und kulturelle Leben der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig.

Als mit dem Zusammenbruch die deutsche Besatzung aus Dänemark zurückgezogen wurde, richteten sich die Maßnahmen einer mehr und mehr dem Willen der Widerstandsbewegung in Dänemark unterworfenen Regierung besonders gegen die deutsche Minderheit in Nordschleswig. In diesem Vorgehen gegen die deutsche Volksgruppe kam die schon seit längerem vorhandene Gegnerschaft zum Durchbruch.

Aus der deutschen Volksgruppe wurden über 3500 Personen sofort inhaftiert. 2948 dieser Verhafteten ist nach dem Sondergesetz mit rückwirkender Kraft der Prozeß gemacht worden; die von den Gerichten nach dem Sondergesetz gefällten Urteile sprachen diesen verurteilten Volksdeutschen gleichzeitig das Wahlrecht auf mehrere Jahre ab.

Einige wenige deutsche Nordschleswiger, die während des Krieges in der Wehrmacht oder im SD Dienst getan hatten und bei der Rückkehr in die Heimat einer Bestrafung entgegensehen mußten, sind in Deutschland geblieben. Ihre Zahl ist jedoch sehr klein.

Die in den Tabellen 4 und 5 festgehaltenen Ergebnisse der Wahlen in Nordschleswig in den ersten Nachkriegsjahren können daher kein vollständiges Bild über die tatsächliche Stärke der deutschen Volksgruppe jener Zeit geben. Wenn man den großen Ausfall, den die deutsche Wählerschaft auf Grund der nachwirkenden Abkennung des Wahlrechtes erst allmählich wieder einzuholen vermag, berücksichtigt und wenn man weiterhin bedenkt, daß in jener Zeit der ganze deutsche Organisationsaufbau erst wieder nach und nach gefestigt werden konnte, so lassen die Zahlen über die ersten Wahlen in der Nachkriegszeit nicht erkennen, daß die deutschen Nordschleswiger außer den direkten Kriegsverlusten auch andere Verluste erlitten hatten. Man darf aber berechnete Zweifel hegen, ob in Anbetracht der besonders schwierigen Lage der deutschen Volksgruppe in der Nachkriegszeit diese an dem allgemeinen Bevölkerungszuwachs Nordschleswigs in dem notwendigen Maße hat teilhaben können, um die Vorkriegsstärke annähernd zu halten.

Obleich Ausweisungen deutscher Volksgruppenzugehöriger mit dänischem Staatsbürgerrecht bzw. Ausbürgerungen nicht erfolgt sind, hat die deutsche Volksgruppe in ihrem inneren Gefüge doch schwerwiegende Verluste durch die Ausweisung reichsdeutscher Staatsangehöriger aus Nordschleswig zu verzeichnen gehabt, weil durch diese Ausweisungen besonders das Schulwesen betroffen wurde: Im deutschen Privatschulwesen Nordschleswigs hatten bis zum Ende des Krieges zahlreiche Lehrkräfte mit deutscher Staatsangehörigkeit Anstellung gefunden. Die Zahl der Ausgewiesenen einschließlich ihrer Familienangehörigen dürfte 5000 nicht ganz erreichen. Eine genaue Ermittlung der Zahl ist nach dem zur Verfügung stehenden statistischen Material leider nicht möglich. Besonders schwerwiegend für die Entwicklung der deutschen Volksgruppe sind die Gefahren, die sich aus der Abwanderung aus Nordschleswig in den weiteren dänischen Raum und besonders in die größeren Städte ergeben, wo sich bessere Berufsmöglichkeiten bieten. Diese Abwanderungsbewegung ist leider statistisch nicht zu erfassen, weil die amtliche dänische Statistik jede Unterscheidung nach Volksgruppen vermeidet. Auch der schwedische Arbeitsmarkt hat Nordschleswiger aus der deutschen Volksgruppe in den letzten Jahren angelockt.

Der gegen die deutsche Volksgruppe 1945 gerichtete Schlag wurde besonders im kulturellen Leben der Minderheit spürbar. Das gesamte Schulwesen der deutschen

Volksgruppe wurde zunächst aufgelöst. Die deutschen Privatschulen wurden beschlagnahmt; die Gebäude der kommunalen Schulen anderen Zwecken zugeführt.

Nach neuer dänischer Schulgesetzgebung und durch den Vermögensverlust der deutschen Privatschulvereine war ein Neuaufbau des deutschen Schulwesens nur unter größten Schwierigkeiten möglich. Dieser Aufbau vollzieht sich allein in der Form der deutschen Privatschule.

Das auf diesem Gebiet bis zum heutigen Tage erreichte Resultat ist folgendes:

1946	4 deutsche Privatschulen mit	174 Kindern,
1947	5 deutsche Privatschulen mit	249 Kindern,
1948	5 deutsche Privatschulen mit	267 Kindern,
1949	5 deutsche Privatschulen mit	315 Kindern,
1950	18 deutsche Privatschulen mit	629 Kindern,
1951	25 deutsche Privatschulen mit	825 Kindern,
1952	25 deutsche Privatschulen mit	884 Kindern,
1953	27 deutsche Privatschulen mit	886 Kindern,
1954	28 deutsche Privatschulen mit	911 Kindern,
1955	29 deutsche Privatschulen mit	962 Kindern,
1956	30 deutsche Privatschulen mit	1039 Kindern.

Der Vergleich mit der Vorkriegszeit bzw. mit dem Jahr 1944 vermag zu verdeutlichen, wie groß das Vakuum ist, das nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 im deutschen Schulwesen entstand. Große Teile der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig müssen auch im Jahr 1956 auf deutsche Beschulungsmöglichkeiten verzichten. Infolge der großen räumlichen Lücken im deutschen Schulwesen können die Schülerzahlen für die Ermittlung des heutigen Bevölkerungsstandes der deutschen Volksgruppe nicht herangezogen werden.

Unter Berücksichtigung der geschilderten Umstände läßt sich abschließend nur feststellen, daß die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig nach den schweren Schlägen, die ihr 1945 zugefügt wurden, sich in einem langsamen, aber steten Wiederaufbau befindet. Die eingetretenen Kriegs- und Abwanderungsverluste werden im ganzen gesehen nicht größer sein, als die vorübergehenden Gewinne, die diese Volksgruppe namentlich in den ersten Kriegsjahren aus den Reihen derjenigen Personen erzielte, die in ihrem Volkstumsbekenntnis schwankend waren. Man wird also annehmen können, daß die Zahl der Deutschen in Nordschleswig Ende 1956 in etwa derjenigen entspricht, die für den Beginn des Zweiten Weltkrieges ermittelt wurde.

Tabellenteil

1. Fläche, Bevölkerung und Ergebnis der Abstimmung am 10. Februar 1920 in der ersten Zone des Abstimmungsgebietes Nordschleswigs

Gebiet	Fläche	Bevölkerung		Abstim- mungs- berech- tigte	insge- samt	gültige Stimmen			
		1910	1921			davon abgegeben für			
	qkm			Anzahl			vH	Anzahl	vH

nach der vor 1920 geltenden preußischen Kreiseinteilung									
Kreis Flensburg . . .	99,64	2 439	2 923	1 438	1 350	802	59,4	548	40,6
„ Hadersleben . . .	1 679,19	63 780	63 623	45 417	41 238	34 653	84,0	6 585	16,0
„ Apenrade	685,24	32 311	32 116	21 007	18 683	12 653	67,7	6 030	32,3
„ Sonderburg . . .	442,31	40 012	36 675	24 264	22 183	17 100	77,1	5 083	22,9
„ Tondern	971,15	28 202	28 291	19 065	17 306	10 223	59,1	7 083	40,9
Insgesamt	3 877,53	166 744	163 628	111 191	100 760	75 431	74,9	25 329	25,1

nach der nach 1920 geltenden dänischen Amtseinteilung									
Amt Hadersleben . . .	1 352,42	56 232	56 255	40 225	36 504	30 431	83,3	6 073	16,7
„ Apenrade	791,53	34 776	35 073	22 475	20 062	13 470	67,2	6 592	32,9
„ Sonderburg	442,31	40 012	36 675	24 264	22 183	17 100	77,1	5 083	22,9
„ Tondern	1 291,27	35 724	35 625	24 227	22 011	14 430	65,5	7 581	34,5
Insgesamt	3 877,53	166 744	163 628	111 191	100 760	75 431	74,9	25 329	25,1

2. Entwicklung von Bevölkerung und Wahlstimmen bzw. Mandaten der Parteien bei den Kommunalwahlen in den Städten Nordschleswigs 1922 bis 1954

Wahljahr	Be- völke- rung	Wahl- berech- tigte	Abgegebene Stimmen ¹⁾ bzw. erzielte Mandate							
			insgesamt		dänisch- bürgerliche Parteien ²⁾		Sozial- demokraten ³⁾		deutsche Partei	
			Stim- men	Man- date	Stim- men	Man- date	Stim- men	Man- date	Stim- men	Man- date
Apenrade										
Abstimmung										
1920	7 961	5 659	4 049	—	2 224	—	—	—	2 725	—
Kommunalwahl										
1922	—	2 918	2 581	17	1 050	7	651	4	871	6
1925	8 752	3 434	2 981	17	1 286	7	677	4	1 018	6
1929	8 807	3 260	2 834	17	1 274	8	585	3	975	6
1933	9 642	4 211	3 693	17	1 461	7	1 095	5	1 137	5
1937	10 436	5 456	4 832	17	1 376	6	1 775	7	1 253	4
1941	11 090	Wahl in Nordschleswig auf Grund der deutschen Besetzung suspendiert								
1946	12 355	6 052	4 991	17	1 847	6	2 484	9	660	2
1950	13 017	6 118	5 411	17	2 418	8	2 059	6	934	3
1954 ⁴⁾	13 637	7 870	6 226	17	2 376	6	2 820	8	1 030	3

Anmerkungen s. S. 503.

noch: 2. Entwicklung von Bevölkerung und Wahlstimmen bzw. Mandaten der Parteien bei den Kommunalwahlen in den Städten Nordschleswigs 1922 bis 1954

Wahljahr	Bevölkerung	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen ¹⁾ bzw. erzielte Mandate							
			insgesamt		dänisch-bürgerliche Parteien ²⁾		Sozialdemokraten ³⁾		deutsche Partei	
			Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Hadersleben										
Abstimmung										
1920	13 149	9 592	8 484	—	5 209	—	—	—	3 275	—
Kommunalwahl										
1922	—	4 612	4 124	19	1 953	9	1 223	6	948	4
1925	14 326	6 391	5 376	19	2 564	9	1 723	6	1 089	4
1929	14 455	6 741	5 938	19	2 868	9	1 922	6	1 148	4
1933	15 459	7 698	6 555	19	3 134	9	2 146	6	1 275	4
1937	16 228	8 834	7 895	19	3 578	9	2 783	7	1 534	3
1941	16 845	Wahl in Nordschleswig auf Grund der deutschen Besetzung suspendiert								
1946	17 721	9 866	8 061	19	3 753	9	3 717	9	591	1
1950	18 276	10 451	8 544	19	3 979	9	3 756	8	809	2
1954 ⁴⁾	18 748	11 332	8 282	19	3 404	8	3 975	9	903	2
Sonderburg										
Abstimmung										
1920	8 533	5 302	4 630	—	2 029	—	—	—	2 601	—
Kommunalwahl										
1922	—	2 846	2 384	21	934	8	838	8	612	5
1925	10 454	4 018	3 422	21	1 337	8	1 233	8	852	5
1929	10 703	4 276	3 634	21	1 464	9	1 300	7	870	5
1933	11 575	4 899	4 007	21	1 462	7	1 629	9	916	5
1937	12 309	6 378	5 540	21	1 865	7	2 628	10	1 047	4
1941	12 907	Wahl in Nordschleswig auf Grund der deutschen Besetzung suspendiert								
1946	14 541	7 647	6 214	21	2 054	7	3 302	11	858	3
1950	16 204	8 603	7 253	21	2 889	8	3 406	10	958	3
1954 ⁴⁾	17 975	10 147	7 800	21	2 667	7	4 116	11	1 017	3
Tondern										
Abstimmung										
1920	5 129	3 507	3 198	—	750	—	—	—	2 448	—
Kommunalwahl										
1922	5 129	1 917	1 648	15	538	5	253	2	857	8
1925	6 021	2 004	1 860	15	713	6	242	2	905	7
1929	5 874	2 575	2 410	15	811	5	494	2	1 105	8
1933	6 210	2 783	2 616	15	980	5	465	3	1 171	7
1937	6 126	3 282	3 066	15	1 173	6	641	3	1 252	6
1941	6 343	Wahl in Nordschleswig auf Grund der deutschen Besetzung suspendiert								
1946	6 829	3 613	2 850	15	1 187	6	1 019	6	644	3
1950	7 031	3 627	3 215	15	1 428	6	1 037	5	750	4
1954 ⁴⁾	7 211	4 067	3 279	15	1 321	6	1 068	5	890	4

¹⁾ Ohne ungültige Stimmen. — ²⁾ Die dänisch-bürgerlichen Parteien zusammengefaßt. — ³⁾ Den Sozialdemokraten sind in dieser Aufstellung die kommunistischen Stimmen zugerechnet. — ⁴⁾ Kommunale Neuwahl nach der Verfassungsänderung vom 5. 6. 1953 (Grundlov), hierzu die Gesetze vom 22. 12. 1953 und vom 15. 2. 1954: Herabsetzung des Wahlalters von 25 auf 23 Jahre, Fortfall der bisherigen Steuerklausel, wonach Steuerrückständige aus der Wahlliste gestrichen wurden, Fortfall der Bedingung, daß zur kommunalen Wahlberechtigung ein einjähriger fester Wohnsitz in der Gemeinde gehört.

3. Die Entwicklung der bei den Kommunalwahlen in den Städten Nordschleswigs abgegebenen Stimmen 1920 bis 1954

Wahl	Abgegebene Stimmen				
	insgesamt	darunter für die deutsche Partei			das entspricht Mandaten
		Stimmen			
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	
Abstimmung					
1920	21 261	11 049	52,0	—	—
Kommunalwahl					
1922	10 737	3 288	30,6	23	31,9
1925	13 639	3 864	28,3	22	30,5
1929	14 816	4 098	27,7	23	31,9
1933	16 871	4 499	26,7	21	29,2
1937	21 333	5 086	23,8	17	23,6
1941	Wahl in Nordschleswig auf Grund der deutsch. Besetzung suspendiert				
1946	22 116	2 753	12,4	9	12,5
1950	24 423	3 451	14,1	12	16,7
1954	25 587	3 840	15,0	12	16,7

4. Das Ergebnis der Landtingswahlen in Nordschleswig in der Zeit von 1920 bis 1953

Landtingswahl	Wahl- berech- tigte	Abgegebene Stimmen				Bevölkerung	
		insge- samt	davon entfielen auf			insge- samt	dar- unter Deut- sche ¹⁾
			dä- nisch- bürger- liche Parteien	Sozial- demo- kraten	deutsche Partei		
		Anzahl	Anzahl	vH	Anzahl	Anzahl	
Sept.-Okt. 1920	56 454	32 043	23 965	3 422	4 656	14,5	163 622
Sept. 1928	61 999	46 297	27 742	11 819	6 736	14,5	177 189
Sept. 1936	70 423	56 828	30 389	17 571	8 868	15,6	185 472
3. 4. 1939	73 420	67 078	34 680	21 276	11 122	16,6	187 692
23. 3. 1943	78 227	keine Beteiligung der deutschen Volksgruppe an den Wahlen					
3. 4. 1951	89 026	61 386	33 286	21 297	6 803	11,1	206 198
21. 4. 1953	89 857	72 260	39 180	25 633	7 447	10,3	208 260

¹⁾ Errechnet durch Umlegen des jeweiligen Anteils der deutschen Stimmen auf die Gesamtbevölkerung.

5. Das Ergebnis der Folketingswahlen in Nordschleswig in der Zeit von 1920 bis 1953

Folketingswahl	Wahl- berech- tigte	Abgegebene Stimmen				Bevölkerung		
		insge- samt	davon entfielen auf			insge- samt	dar- unter Deutsche ¹⁾	
			dä- nisch- bürger- liche Parteien	Sozial- demo- kraten	deutsche Partei			
Anzahl					vH	Anzahl		
21. 9. 1920	75 528	52 295	37 814	6 976	7 505	14,4	163 622	23 600
11. 4. 1924	81 022	57 041	36 175	13 151	7 715	13,5	173 231	23 400
2. 12. 1926	87 261	66 843	39 771	16 650	10 422	15,6	176 685	27 600
24. 4. 1929	87 362	68 333	37 813	20 733	9 787	14,3	177 441	25 400
16. 11. 1932	93 182	74 397	40 621	23 908	9 868	13,3	180 507	24 000
22. 10. 1935	98 997	81 412	41 218	27 577	12 617	15,5	184 732	28 600
3. 4. 1939	102 721	94 438	48 007	31 415	15 016	15,9	187 692	29 800
23. 3. 1943	keine Beteiligung der deutschen Volksgruppe an den Wahlen							
30. 10. 1945	keine Beteiligung der deutschen Volksgruppe an den Wahlen							
28. 10. 1947	110 256	92 935	50 201	35 270	7 464	8,0	202 074	16 200
5. 9. 1950	113 024	90 553	50 208	33 939	6 406	7,1	205 167	14 600
21. 4. 1953	117 251	92 882	50 385	34 059	8 438	9,1	208 260	19 000
22. 9. 1953	123 229	98 639	52 606	36 312	9 721	9,9	208 260	20 600

Anmerkung s. S. 504.

6. Bevölkerung, Volksschulbesuch und nationale Beschulungsverhältnisse in Nordschleswig 1921 bis 1945

Jahr	Schüler in Volksschulen						Bevölkerung	
	insgesamt	davon in				insgesamt	darunter Deutsche ¹⁾	
		dänischen	deutschen					
			Schulen					
	Anzahl		vH	Anzahl	vH	Anzahl		
1921	27 684	24 717	89,3	2 967	10,7	163 622	17 500	
1922	26 265	23 397	89,1	2 868	10,9	166 825	18 200	
1923	24 939	22 226	89,1	2 713	10,9	170 028	18 500	
1924	23 509	20 959	89,2	2 550	10,9	173 231	18 800	
1925	21 664	19 267	88,9	2 397	11,1	176 433	19 600	
1926	21 254	18 868	88,8	2 386	11,2	176 685	19 800	
1927	21 261	18 922	89,0	2 339	11,0	176 937	19 500	
1928	21 102	18 579	88,0	2 523	12,0	177 189	21 200	
1929	21 350	18 795	88,0	2 555	12,0	177 441	21 200	
1930	22 341	19 565	87,6	2 776	12,4	177 691	22 100	
1931	23 432	20 622	88,0	2 810	12,0	179 099	21 500	
1932	24 492	21 413	87,4	3 079	12,6	180 507	22 600	
1933	25 681	22 082	86,0	3 599	14,0	181 915	25 500	
1934	25 362	21 713	85,6	3 649	14,4	183 323	26 400	
1935	25 160	21 574	85,8	3 586	14,3	184 732	26 300	
1936	24 624	21 174	86,0	3 450	14,0	185 472	26 000	
1937	24 720	21 193	85,7	3 527	14,3	186 212	26 600	
1938	24 155	20 780	86,0	3 375	14,0	186 952	26 100	
1939	23 816	20 565	86,4	3 251	13,7	187 692	25 600	
1940	23 479	20 245	86,2	3 234	13,8	188 432	25 900	
1941	23 566	19 918	84,5	3 648	15,5	190 748	29 500	
1942	23 613	20 043	84,9	3 570	15,1	193 064	29 200	
1943	23 338	19 866	85,1	3 472	14,9	195 380	29 100	
1944	23 569	20 105	85,3	3 464	14,7	197 696	29 100	
1945	sämtl. deutsche Schulen geschlossen, Vergleichszahlen fehlen daher						200 012	—

¹⁾ Errechnet durch Umlegen des jeweiligen Anteils der deutschen Schüler auf die Gesamtschülerzahl.

Südtirol

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	511
II. Das benutzte Quellenmaterial	511
III. Überblick über die Untersuchungsergebnisse	514
IV. Ausführungen zu den Einzelpositionen	
A. Die deutsche Bevölkerung Südtirols und der übrigen deutschen Siedlungs- gebiete Norditaliens vor und nach der Umsiedlung	515
B. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Südtirol und den übrigen Gebieten Norditaliens	523
C. Die deutschen Vertriebenen aus Südtirol und den übrigen Gebieten Nord- italiens	524
D. Die in Südtirol und in den übrigen Gebieten Norditaliens zurückgebliebene deutsche Bevölkerung	528
E. Zusammenfassung	530
Anmerkungen	531

I. Allgemeine Vorbemerkungen

In vorliegender Arbeit wird der Versuch unternommen, mit Hilfe amtlicher Unterlagen und bekannt gewordener Tatbestände eine Bevölkerungsbilanz für das Deutschtum in Südtirol aufzustellen.

Südtirol ist alter deutscher Siedlungsraum; schon im 6. Jahrhundert wurde das gesamte Gebiet östlich des Engadins bis südlich von Bozen von den Bajuwaren in Besitz genommen und besiedelt. Seitdem gehörte es unaufhörlich zum geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet. Geschichtlich und kulturell ist Südtirol ein Teil Tirols, mit dem es bis zum Zusammenbruch Österreich-Ungarns eng verbunden war. Durch den Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye (10. September 1919) wurde Südtirol zu Italien geschlagen.

Bereits in österreichischer Zeit wurde Südtirol von Welschtirol streng unterschieden. Zwischen dem deutschsprachigen Südtirol und dem italienischsprachigen Trentino zog sich vom Stilfer Joch über den Ortler bis zum Mendelpaß und von da bis südwärts Salurn die deutsch-italienische Sprachgrenze, die hier in nord-östlicher Richtung umbog und über den Karer Paß, das Grödner Joch, die Drei Zinnen bis zu den Karnischen Alpen führte. Das gesamte Gebiet nordwärts dieser Sprachgrenze war völlig deutsches, das südwärts davon gelegene einwandfrei italienisches Siedlungsgebiet.

Besondere Schwierigkeiten bei der Durchführung der Untersuchung bereitete der seit 1919 immer wieder veränderte Gebietsumfang des südtiroler Verwaltungsgebietes und die dadurch notwendige Berechnung des jeweiligen deutschen Bevölkerungsstandes. Da für den gesamten Zeitraum, über den sich die Untersuchung erstreckt, neben einer am 1. Dezember 1943 unter deutscher Verwaltung durchgeführten Erhebung nur die italienische Volkszählung vom 1. Dezember 1921 zum Teil freilich anzuzweifelnde Angaben über die nationale Zusammensetzung der südtiroler Bevölkerung macht, mußte versucht werden, mit Hilfe der aus der Option und der Umsiedlung anfallenden, einander jedoch vielfach widersprechenden Zahlenangaben den tatsächlichen deutschen Bevölkerungsstand zu ermitteln. Dies war, um zu möglichst genauen Ergebnissen zu kommen, nur durch Zusammenfassung aller in Südtirol lebenden und dort beheimateten deutschen Volkszugehörigen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit möglich.

In die vorliegende Untersuchung ist auch das überwiegend deutschbesiedelte Gebiet von Tarvis einbezogen worden, das bis zum Jahre 1919 ebenfalls zu Österreich-Ungarn (Land Kärnten) gehörte und durch den Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye gleichfalls an Italien abgetreten werden mußte.

II. Das benutzte Quellenmaterial

Als Unterlagen für die Untersuchung dienten amtliche deutsche, österreichische, italienische und südtiroler Statistiken sowie deutsche und nichtdeutsche Publikationen, in denen über die Bevölkerungsentwicklung im Untersuchungsgebiet, über

Ergebnisse der einzelnen Volkszählungen, der Option und der Umsiedlung sowie über das gesamte südtiroler Problem berichtet wird. Im einzelnen wurden nachstehende Veröffentlichungen als Quellenmaterial benutzt:

1. Für die Zeit bis 1939

Winkler, Wilhelm: Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschum, Berlin 1927.

Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Band I—III. Hrsg. Carl Petersen, Breslau 1933, 1936 und 1938.

Dörrenhaus, Fritz: Das deutsche Land an der Etsch, Innsbruck 1933.

Finsterwalder, Karl: Ortsnamen und Sprachengeschichte in Südtirol. In: Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie, Band 8/1954, Heft 4.

Südtirol im Lauf der Geschichte. In: Sprachspiegel. Mitteilungen des Deutschschweizerischen Sprachvereins, Zürich, 10. Jg., Nr. 9/10, 1954.

Leidlmaier, Adolf: Der bäuerliche Grundbesitz in Südtirol und seine Entwicklung seit 1918. In: Südtirol. Land europäischer Bewährung, Schlern-Schriften Nr. 140, Innsbruck 1955.

Die Besitzverhältnisse in Südtirol, Schriftenreihe der Landesstelle für Südtirol Nr. 3, Innsbruck 1946.

Studnitz, v.: Die Deutschen in Südtirol. In: Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen. 3. Jg. 1952, Heft 6 (Juni), Stuttgart.

Dörrenhaus, Fritz: Deutsche und Italiener in Südtirol. In: Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie, Band 7/1953.

Dörrenhaus, Fritz: Carlo Battisti und das Südtiroler Volkstum. Die Rolle des politischen Postulats in der Minderheitenfrage. In: Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie, Band 8/1954, Heft 4.

Freiberg, Walter: Nationalistische „Wissenschaft“ um die Südtiroler Volkszählungsergebnisse. Südtiroler Almanach, Neue Folge, Innsbruck 1950.

Die Zuwanderung nach Südtirol im Spiegel der Statistik. In: Dolomiten, Tagblatt der Südtiroler, Bozen, 29. Jg., Nr. 13 vom 16. Januar 1952.

Bevölkerungsbewegung in Bozen. In: Dolomiten, Tagblatt der Südtiroler, Bozen, 29. Jg., Nr. 52 vom 1. März 1952.

Censimento della popolazione del Regno d'Italia al 1° dicembre 1921. Heft 2: Venezia Tridentina. Rom 1925; Heft 3: Venezia Giulia. Rom 1926.

2. Für die Zeit von 1940 bis 1945

Reut-Nicolussi: Zur Geschichte des Umsiedlungsplanes. In: Südtiroler Almanach, Innsbruck 1949.

Das Hitler-Mussolini-Abkommen über Südtirol und seine Folgen. Schriftenreihe der Landesstelle für Südtirol, Nr. 6, Innsbruck 1946.

Deflorian, Josef: Das Optatendekret, Innsbruck 1948.

Der Menscheneinsatz. Grundsätze, Anordnungen und Richtlinien. Hrsg. Hauptabteilung I des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums, Berlin 1940.

Hoenisch, Hans: Wir Schlesier und die Südtiroler Frage. Schlesische Rundschau vom 25. Oktober 1956.

Koblitz, Armin: Südtirol. Tragödie eines Volkes. Ein Erlebnisbericht. In: Der Mittag, Düsseldorf, 5./6., 7., 8., 9., 11., 12./13. Mai 1956.

Rhode, Gotthold: Verschiebungen der Bevölkerung in Ostdeutschland und Osteuropa seit 1917. In: Völker auf dem Wege, Kiel 1952.

Kulischer, Eugene M.: The Displacement of Population in Europe, Montreal 1943. Les transferts internationaux de populations, Ministère de l'Economie National, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Paris 1946.

Kulischer, Eugene M.: Europe on the Move. War and Population Changes 1917 bis 1947, New York 1948.

Vernant, Jacques: The Refugee in the Post-War World, London 1953.

Merkblatt über Südtirol. Hrsg. Bund der Tiroler Heimatverbände, Innsbruck. Schweizer Lexikon, Band 7, Zürich 1948.

3. Für die Zeit nach 1945

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Band III/1—5. Hrsg. Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Statistisches Zentralamt, Berlin 1949.

Die Bevölkerung der britischen Besatzungszone nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 29. Oktober 1946. In: Statistik der britischen Besatzungszone, Band 1, Heft 5, Minden.

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. Hrsg. Ausschuß der deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, Berlin 1951.

Die Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946 in Bayern. In: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 145, München 1948.

Die Volkszählung am 29. Oktober 1946 in Württemberg-Hohenzollern und im Kreis Lindau. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, Nr. 1/2, 4. Jg./1949, Tübingen.

Württemberg in Zahlen, Zeitschrift für Statistik und Landeskunde, Nr. 3/1946, Tübingen.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35. Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953.

Das wahre Zahlenbild der Volksdeutschen. In: Berichte und Informationen, 6. Jg., Heft 284 vom 28. Dezember 1951. Hrsg. Österreichisches Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik, Salzburg.

Statistisches Handbuch für das Saarland 1952, Saarbrücken 1952.

Schließleder, W. R.: Das österreichische Flüchtlingsproblem. In: Integration. Bulletin International (Europäische Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen), I. und II. Teil, München 1954 und 1955.

Radspieler, Tony: The Ethnic German Refugee in Austria 1945 to 1954, Den Haag 1955.

Handbuch der Presse der Heimatvertriebenen. Hrsg. „Göttinger Arbeitskreis“ von Karl O. Kurth, Kitzingen/Main 1953.

IX Censimento generale della popolazione (4 novembre 1951). Band 1: Dati somari per comune. Heft 17: Provincia di Bolzano, Rom 1955.

Das Oberetschland und Italien. Die Einwanderung ins Oberetschland 1947—1953. In: Documenti. Berichte über das Leben in Italien. Jg. II., Band 2, Heft 4, Rom 1954.

Die Regelung der Südtiroler Frage. Archivbericht mit dem Wortlaut des Sonderstatuts für das Trentino-Tiroler Etschland. In: Europa-Archiv, 3. Jg., 11. Folge (November 1948), Frankfurt a. M.

Attuazione dell'accordo intervenuto a Parigi tra il Governo Italiano e il Governo Austriaco il 5 settembre 1946. Hrsg. Presidenza a del Consiglio dei Ministri, Rom 1954.

Gschnitzer, Franz: Regionalautonomie. In: Südtirol. Land europäischer Bewährung. Schlern-Schriften Nr. 140, Innsbruck 1955.

Tinzi, Karl: Die formellen Grundlagen der Südtiroler Autonomie. In: Südtirol. Land europäischer Bewährung. Schlern-Schriften Nr. 140, Innsbruck 1955.

„Die bestbehandelte Minderheit der Welt.“ In: Dolomiten, Tagblatt der Südtiroler, Bozen, 29. Jg., Nr. 110 vom 13. Mai 1952.

Südtirol zwischen Hoffnung und Enttäuschung. Die Autonomie ist „eine versilberte Schale ohne Inhalt“. In: Ost-West-Kurier, 9. Jg., Nr. 32 vom 4. August 1956.

Die Forderungen der deutschsprachigen Südtiroler. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 318 vom 18. November 1956.

Eine passive Bilanz. In: Dolomiten, Tagblatt der Südtiroler, Bozen, 8. Jg., Nr. 201 vom 5. September 1951.

Sorgen in Südtirol. In: Christ unterwegs, 6. Jg./1932, Nr. 12 (Dezember), München.

III. Überblick über die Untersuchungsergebnisse

A. Die deutsche Bevölkerung Südtirols und der übrigen deutschen Siedlungsgebiete Norditaliens im Jahre 1939

Volksdeutsche	234 000
Reichsdeutsche (mit Österreichern und Sudetendeutschen) . . .	7 000
Insgesamt	241 000

Die Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Südtirol und anderen Gebieten Norditaliens

Umgesiedelt wurden (Volksdeutsche und Reichsdeutsche)	
aus Südtirol	75 000
aus dem Distrikt Tarvis	4 000
aus Welschtirol und anderen Gebieten Norditaliens	1 000
Insgesamt	80 000

B. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Südtirol und den übrigen Gebieten Norditaliens	
Wehrmachtssterbefälle	12 000
C. Die deutschen Vertriebenen aus Südtirol und den übrigen Gebieten Norditaliens	
a) Ehemaliges deutsches Reichsgebiet	
Stand: September 1950	
Bundesrepublik und Berlin (West) sowie Saarland	9 500
Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin	1 000
Insgesamt	10 500
b) Österreich (Stand Ende 1951)	
Eingebürgerte Südtiroler	3 570
Nicht eingebürgerte Südtiroler	46 760
Insgesamt	50 330
D. Die in Südtirol und in den übrigen Gebieten Norditaliens zurückgebliebene deutsche Bevölkerung	
Stand Ende 1950	
Deutsche Bevölkerung (mit den zurückgekehrten Optanten und Rückoptanten; ohne deutsche oder österreichische Staatsangehörige)	
	210 000

IV. Ausführung zu den Einzelpositionen

A. Die deutsche Bevölkerung Südtirols und der übrigen deutschen Siedlungsgebiete Norditaliens vor und nach der Umsiedlung

1. Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung bis 1939

Bei der österreichischen Volkszählung am 31. Dezember 1910 wurden in Südtirol 223 711 Personen mit deutscher Umgangssprache gezählt. In Welschtirol lebten, zum Teil in kleinen Sprachinseln, weitere 10 857 Personen deutscher Muttersprache. Der gesamte deutsche Bevölkerungsstand in Südtirol und in Welschtirol umfaßte 1910 somit 234 568 Personen.

Bei der italienischen Volkszählung am 21. Dezember 1921¹⁾ wurden in der Provinz Venezia Tridentina²⁾, die Südtirol und Welschtirol umfaßte, 195 650 italienische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit gezählt. Da im Distrikt Tarvis in der Provinz Venezia Giulia gleichzeitig noch 41 85 italienische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit festgestellt wurden, betrug deren Gesamtzahl in den früheren österreichischen, 1919 an Italien abgetretenen Gebieten 199 835 Personen.

Hinzu kamen noch mindestens 22 000 deutsche Volkszugehörige, die nicht italienische Staatsangehörige waren, und zwar 17 448 Personen österreichischer, 2 774 Personen reichsdeutscher und 2 763 (zumeist Sudetendeutsche) tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit. So beträgt allein für Südtirol auf Grund der italienischen Volkszugehörigkeit vom Jahre 1921 die deutsche Bevölkerung rund 223 000 Personen.

Von südtiroler Seite wurden in die Richtigkeit dieser Zahlen erhebliche Zweifel gesetzt, da bei der gemeindeweisen Aufgliederung der Volkstumszahlen zum Teil beträchtliche Divergenzen zutage traten. So waren etwa in Neumarkt im Jahre 1910 2191 Deutsche und nur 95 Italiener, 1921 aber nur 958 Deutsche, aber dafür 1493 Italiener gezählt, bei der Option im Jahre 1939 aber wiederum 2457 Deutsche und nur 337 Italiener festgestellt worden³). In Bozen selbst waren 3000 deutsche Südtiroler in Italiener umgewandelt worden, wie sich im weiteren bald ergab, als Folge zweier nachträglicher Revisionen amtlicher Volkszählungszahlen, die von faschistischer Seite verlangt und nach der Machtergreifung Mussolinis (1922) auch durchgesetzt worden waren. Durch die Korrektur dieser Volkszählungsmanipulationen in Südtirol erhöht sich die Zahl aller Deutschen in den beiden oben genannten Provinzen auf mindestens 228 000. — Zuverlässige Unterlagen über die Zahl der bei Beginn des Zweiten Weltkrieges in Südtirol lebenden deutschen Volkszugehörigen ergaben die Ende 1939 im Zusammenhang mit Umsiedlung und Option durchgeführten Bevölkerungsfeststellungen. Nach ihnen ist mit mindestens 241 000 Deutschen zu rechnen (vgl. auch die folgenden Ausführungen).

2. Die Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Südtirol und anderen Gebieten Norditaliens (1940 bis 1943)

Der alte Gedanke, die südtiroler Frage durch die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung auf den Boden der Bundesrepublik Österreich einer Lösung zuzuführen⁴), war von italienischer Seite in zwischenstaatlichen Gesprächen erstmals 1926 in Wien⁵) und einige Jahre später in Venedig⁶) vorgetragen worden.

Eine „Verpflanzung“ der deutschen Südtiroler wurde bei der Begegnung zwischen Hitler und Mussolini im Mai 1938 in Rom von Mussolini als unabdingbare Forderung erhoben. Daß die Initiative von den Italienern ausging, ist auch international bekannt⁷). Beschlossene Tatsache wurde die Umsiedlung jedoch erst auf Grund der Berliner Vereinbarung vom 23. Juni 1939, als Hitler auf die Forderung auf Umsiedlung der südtiroler Volksgruppe und aller Deutschen aus Norditalien schließlich in dem Bestreben einging, alle „zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien“ noch bestehenden Gegensätze durch ein solches deutsches Opfer zu bereinigen, um ein enges und ungestörtes Verhältnis zwischen beiden Staaten herzustellen.

Das Umsiedlungsabkommen vom 21. Oktober 1939⁸), dessen Bestimmungen sich auf alle im Vertragsterritorium lebenden deutschen Staatsangehörigen sowie auf alle italienischen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit erstrecken sollten, stellte alle deutschen Südtiroler vor die Entscheidung, entweder umzusiedeln und Deutsche zu bleiben oder in der Heimat zu bleiben und Italiener zu werden. Die deutsche Staatsangehörigkeit sollten die Umgesiedelten nach vollzogener Umsiedlung in das Deutsche Reich erwerben.

Als Vertragsterritorien für die Umsiedlung wurden bestimmt

- a) die Provinz Bozen,
- b) das zweisprachige Gebiet von Neumarkt (Provinz Trient),
- c) das zweisprachige Gebiet von Buchenstein—Cortina d'Ampezzo (Provinz Belluno),
- d) das zweisprachige Gebiet von Tarvis (Provinz Udine).

Die Abreise aller deutschen Staatsangehörigen aus den vorgenannten Gebieten innerhalb von drei Monaten wurde als obligatorisch, jene der italienischen Staatsangehörigen „fremdsprachiger Herkunft“ als fakultativ erklärt. Zu diesem Zwecke wurden letztere gehalten, bis zum 31. Dezember 1939 entweder für die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und damit für die Umsiedlung oder für den Verbleib in Italien zu optieren; im letzteren Fall sollten sie zugleich ihr deutsches Volkstum aufgeben. Als Endtermin wurde der 31. Dezember 1942 festgesetzt. Es fanden jedoch in der Folge noch Nachoptionen und Umsiedlungen auch außerhalb des ursprünglichen Vertragsterritoriums statt⁹⁾.

a) Die Durchführung der Option und ihre Ergebnisse

Nach den Vorschriften für die Durchführung der Option waren alle „Fremdstämmigen“ (ital.: „allogeni“), die nach 1918 die italienische Staatsangehörigkeit erlangt hatten, in einer Gemeinde des Optionsgebietes wohnten oder dort geboren waren, optionsberechtigt. Die Gemeindeverwaltungen des gesamten Umsiedlungsgebietes, somit auch jene in den Provinzen Trient, Belluno und Udine, wurden beauftragt, die Nationalitätenszahlen der Einwohnerschaft zu erheben und sie der Präfektur in Bozen zu melden. Zur Vornahme der Option dienten zweierlei Formulare¹⁰⁾. Jene, die sich für die Umsiedlung ins Deutsche Reich erklärten, mußten noch mehrere Fragebogen ausfüllen, die bei den deutschen, mit der Durchführung der Umsiedlung beauftragten Zweigstellen der einzelnen regionalen Umsiedlungsbereiche abgegeben werden mußten. Die Optionsfrist endete am 31. Dezember 1939, 24 Uhr. Die Zahl der Personen, die optionsberechtigt waren, und jener, die für Deutschland optierten, wird in italienischen und deutschen Zusammenstellungen verschieden angegeben.

Das Ergebnis der Option im Jahre 1939

(Nach amtlicher italienischer Darstellung¹¹⁾)

Italienische Provinz	Optionsberechtigte	Es optierten für		Der Option enthielten sich
		Deutschland	Italien	
Bozen	229 500	166 488	27 712	35 300
Trient	24 453	13 015	3 802	7 636
Udine	5 603	4 576	337	690
Belluno	7 429	1 006	6 423	—
Ungeklärt ¹²⁾	280	280	—	—
Insgesamt	267 265	185 365	38 274	43 626

Zunächst überrascht in der italienischen Zusammenstellung die hohe Zahl der Optionsberechtigten. Danach hätte es im gesamten Umsiedlungsgebiet 267 265 Personen deutscher und ladinischer Volkszugehörigkeit gegeben, die zugleich italienischer Staatsangehörigkeit waren.

Vom Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums wurden im Dezember 1940 jedoch folgende Ergebnisse der Ende 1939 durchgeführten Abstimmung mitgeteilt¹³⁾:

**Die Zahl der volksdeutschen Südtiroler
und die Ergebnisse der Option in den politischen Kreisen**

(Nach deutscher Darstellung)

Politischer Kreis	Volksdeutsche zusammen	Von ihnen optierten	
		für das Deutsche Reich	für den Verbleib in Italien (bzw. enthielten sich der Option)
Bozen	45 509	38 882	6 647
Oberetsch	9 819	9 076	743
Unterland	12 702	11 155	1 547
Meran	43 246	38 396	4 850
Untervinschgau	15 250	14 392	858
Obervinschgau	15 830	14 932	907
Sterzing	10 988	10 568	420
Brixen	25 427	23 073	2 354
Pustertal	38 034	34 294	3 740
Insgesamt	216 814	194 748	22 066

Auch dieses Ergebnis der deutschen Registrierung der Optionsberechtigten bzw. der für Deutschland Optierenden ist nur eine Mindestzahl, wie sich noch herausstellen sollte. Eine gebietsweise Gegenüberstellung der von amtlicher deutscher und amtlicher italienischer Seite mitgeteilten Optionsergebnisse zeigt zum Teil recht beträchtliche Unterschiede.

Die Unterlagen der Option von 1939 fielen vier Jahre später, als Südtirol unter deutsche Verwaltung kam, in die Hand der Südtiroler¹⁴⁾. Aus ihnen konnte entnommen werden, daß von allen Gemeinden des gesamten Optionsgebietes 246 036 „Fremdstämmige“, d. h. Deutsch- und Ladinischtiroler italienischer Staatsangehörigkeit gemeldet worden waren und daß die Gesamtzahl aller Italiener in diesem Gebiet Ende 1939 80 746 betrug. Damit war bewiesen, daß von faschistischer Seite mehr als 21 000 Italiener entgegen dem klaren Wortlaut des Optionsgesetzes in den Kreis der Abstimmenden mit einbezogen worden waren, um von vornherein dafür Sorge zu tragen, daß sich die Zahl und der Anteil der Italien-Optanten über die tatsächlichen Werte hinaus erhöhten¹⁵⁾.

Da anläßlich der Option Deutsche und Ladiner italienischer Staatsangehörigkeit als Fremdstämmige („allogeni“) zusammengefaßt und nicht gesondert gezählt wurden, ist es, um die Zahl der deutschen Südtiroler im gesamten Optionsgebiet vor Beginn der Aussiedlung festzustellen, notwendig, auf die Verhältniszahlen der italienischen Volkszählung von 1921 zurückzugreifen, weil diese als einzige alle Nationalitäten gesondert anführt. Danach mußten unter den 246 036 „Fremdstämmigen“ im Optionsgebiet 234 000 Deutsche gewesen sein, darunter 5 000 im Gebiet von Tarvis (vgl. S. 522). Wie auf Grund der weiteren Untersuchungen vermutet werden kann, handelt es sich auch bei dieser Zahl um einen Mindestwert. — Die rund 7 000 Reichsdeutschen sind in dieser Optionszahl nicht enthalten.

b) Die Umsiedlung und ihre Ergebnisse

Nach den Aufzeichnungen des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums¹⁶⁾ sind bis zum 8. November 1940 insgesamt 56 261 Deutsche aus Italien mit Südtirol in das damalige Deutsche Reich umgesiedelt worden; darunter befand

den sich 3903 Personen reichsdeutscher Staatsangehörigkeit. Die Umsiedlungen erfolgten über Bozen, Brixen, Bruneck, Meran, Sterzing und Tarvis, wo sich die Zentrale (Bozen) bzw. Zweigstellen der Umsiedlungskommission befanden.

Die Zahl der Umsiedler bis 8. November 1940

Zentrale bzw. Zweigstelle	Umsiedler		
	insgesamt	davon	
		Volksdeutsche	Reichsdeutsche
Bozen	21 976	20 538	1 438
Brixen	6 185	5 883	302
Bruneck	5 712	5 274	438
Meran	17 993	16 680	1 313
Sterzing	2 662	2 386	276
Tarvis	1 733	1 597	136
Insgesamt	56 261	52 358	3 903

Unter diesen zuerst Umgesiedelten befanden sich 19718 unselbständige Berufstätige. Von ihnen entfielen auf die Berufsgruppen

	Umsiedler
Landwirtschaft	5025
Forst- und Fischereiwirtschaft	495
Metallgewerbe	1006
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	1148
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	548
Bekleidungsgewerbe	932
Baugewerbe	1018
Gaststättengewerbe	1255
Verkehrs- und Transportgewerbe	802
Häusliche Dienste	2468
Ungelernte Arbeiter	2721
Kaufmännische und Büroangestellte	1005

Die Ansiedlung der Südtiroler erfolgte hauptsächlich im Südosten des damaligen deutschen Reichsgebietes, somit auf österreichischem Boden.

Im Gebiet des heutigen Österreichs wurden nach den Aufzeichnungen des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums bis zum 8. November 1940 35696 Südtiroler angesiedelt, und zwar in

Tirol und Vorarlberg	14966
Oberösterreich	6857
Steiermark	5009
Salzburg	5097
Kärnten	3767
Österreich (ohne Wien, Niederösterreich und Burgenland)	35696

Obwohl in das am 21. Oktober 1939 unterzeichnete Abkommen die Bestimmung aufgenommen worden war, daß alle Deutschen nichtitalienischer Staatsangehörigkeit Südtirol und das übrige Grenzgebiet im Norden Italiens bedingungslos zu verlassen hätten, wurden bis zum 8. November 1940 nur an 4000 Reichsdeutsche umgesiedelt. Da — nachdem von den mehr als 20000 Deutschen nichtitalienischer Staatsangehörigkeit in Südtirol nach Ende des Ersten Weltkrieges viele abge-

wandert waren — die Zahl der in Italien in den Grenzen von 1937 lebenden deutschen und österreichischen Staatsbürger vor dem Abschluß des Umsiedlungsabkommens rund 7000 betrug¹⁷⁾, müssen daher Ende 1940 noch rund 3000 Reichsdeutsche im gesamten Optionsgebiet ansässig gewesen sein.

Weiter war in dem Umsiedlungsabkommen vereinbart worden, daß von den Personen, die für Deutschland optiert hatten, zunächst vor allem wirtschaftlich Abhängige und sozial Schwache in das Deutsche Reich umgesiedelt werden sollten. Da sich unter den bis zum 8. November 1940 Umgesiedelten fast 20000 unselbständige Berufstätige befanden, scheint der Großteil des hierfür in Frage kommenden Personenkreises also bis zum Herbst 1940 umgesiedelt worden zu sein.

Nach einem Bericht in: „Die Deutsche Volkswirtschaft“¹⁸⁾ sollen während des Kalenderjahres 1940 insgesamt 65000 Südtiroler ihre Heimat verlassen haben. Nach der „Deutsche Post aus dem Osten“¹⁹⁾ habe die Zahl der bis zum Frühjahr 1942 umgesiedelten Südtiroler nur 72000 betragen. Dies würde bedeuten, daß die Umsiedlungsaktion während des Jahres 1941 nur schleppend vor sich ging. Bis zum 31. Dezember 1942 sollte aber die gesamte Umsiedlungsaktion abgeschlossen sein. Daraufhin wurde nach einem Bericht in der Bozener Zeitung²⁰⁾ der Endtermin für die Umsiedlung bis Ende 1943 verlängert. Je mehr sich aber die Umsiedlungsaktion in die Länge zog, desto eindringlicher scheint sich selbst in den damaligen italienischen Regierungskreisen die Überzeugung verstärkt zu haben, daß die Entvölkerung der Gebirgsregion und selbst eine auch nur teilweise Abwanderung des südtiroler Gebirgsbauerntums infolge der Unmöglichkeit, dieses etwa durch italienisches Bauerntum aus Piemont oder aus dem Appenin zu ersetzen, eine ernste Schädigung der gesamten Wirtschaft des Südtiroler Gebiets verursachen würde, die nicht mehr behoben werden könnte.

Aus diesem Grunde ließ auch das Interesse verantwortlicher italienischer Kreise, die vorher die Umsiedlung selbst des etwa für Italien optierenden Teiles der Südtiroler in fernab gelegene italienische Gebiete erwogen hatten, an der Umsiedlung der deutschen Optanten beträchtlich nach. Im Frühjahr 1943 kam auch in der reichsdeutschen Presse immer stärker zum Ausdruck, daß die Umsiedlung aus Tirol laufend schwieriger und in ihren Ergebnissen immer zweifelhafter werde²¹⁾. Als Italien kapituliert hatte (Juli 1943) und Südtirol unter deutsche Militärverwaltung, faktisch jedoch unter deutsche Zivilverwaltung kam (September 1943), bestand allgemein die Erwartung auf baldige Wiedervereinigung der beiden Teile Tirols. Die Umsiedlung stockte nun endgültig; es muß sogar angenommen werden, daß von nun an bereits umgesiedelte Südtiroler in ihre Heimat zurückkehrten.

Die Frage, wieviel Südtiroler von 1939 bis 1943 nun tatsächlich in das damalige Deutsche Reich umgesiedelt wurden, ist nicht so leicht zu beantworten. Es haben auch noch nachträgliche Optionen und Umsiedlungen ganzer Dorfschaften außerhalb des 1939 festgelegten Optionsgebietes stattgefunden. Kulischer meint, es seien etwa 80000 Personen umgesiedelt worden²²⁾. Vom Bund der Tiroler Heimatverbände wird die Zahl der umgesiedelten Südtiroler mit 70000 angegeben²³⁾. Völlig indiskutabel ist jedoch die publizierte amtliche französische Annahme²⁴⁾, bis zum 31. Dezember 1942 hätten im Rahmen dieser Umsiedlungen 237802 Personen Italien verlassen.

Nach der am 1. Dezember 1943 durchgeführten Volkszählung²⁵⁾ wurde in der Provinz Bozen eine Gesamtbevölkerung von 299 222 Personen festgestellt; davon waren

	Personen
Deutsche	176 371
Ladiner	16 393
Italiener	106 458
Bozen insgesamt	299 222

Als abgewandert wurden 74 920 Personen, und zwar Deutsche und Ladiner, bezeichnet. Da nach der italienischen Volkszählung vom 1. Dezember 1921 die Zahl der in der Provinz Bozen damaligen Gebietsstandes festgestellten Ladiner 4910²⁶⁾ betrug, nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1943 auf die Gesamtbevölkerung des gleichen Gebietes jedoch 5166 Ladiner entfielen, kann man schließen, daß die Zahl der seit 1939 abgewanderten Ladiner nur ganz gering gewesen sein kann. Man wird ihre Zahl auf höchstens 1000 schätzen können, so daß die Zahl der abgewanderten Deutschen, die bis auf verhältnismäßig wenige, zahlenmäßig unbedeutende Ausnahmefälle den Umsiedlern gleichgesetzt werden kann, aus der Provinz Bozen, hier mit dem zu Belluno (altitalienisches Gebiet) geschlagenen Gebiet von Cortina d'Ampezzo und Buchenstein sowie mit dem an die Provinz Trient (Welschtirol) angegliederten Gebiet von Fassa, Neumarkt und Salurn rund 74 000 betragen haben dürfte.

Aus der gemeindeweisen Aufgliederung der Zählung von 1943 geht hervor, daß allein aus den Distriktstädten Südtirols rund 28 000 Deutsche umgesiedelt wurden:

Stadt	Zahl der Umsiedler	Deutsche Bevölkerung am 1. 12. 1943
Bozen	10 554	13 803
Brixen	3 475	5 650
Bruneck	2 199	3 563
Meran	11 074	8 328
Schlanders	884	2 759
Zusammen	28 186	34 103

Obgleich genaue Vergleichszahlen für das Jahr 1939 für die einzelnen Gebiete fehlen, kann geschätzt werden, daß in den fünf Distriktstädten der Rückgang der deutschen Bevölkerung etwa 45 vH, in den ländlichen Gemeinden aber nur 30 vH betrug. Im einzelnen dürfte die Abnahme der deutschen Bevölkerung im Vintschgau und im Pustertal bei 25 vH, im südlichen Teil Südtirols bis zu einer Linie nördlich Tramin, Auer und Radein bei 30 vH, im Eisacktal von Franzensfeste bis zum Brenner bei 30 vH, im Grödnertal bei 45 vH und im Gebiet Cortina d'Ampezzo-Buchenstein sogar bei 85 vH gelegen haben.

Vorstehende Angaben stützen sich auf die Umsiedlungs- bzw. Abwanderungszahlen von 35 Gemeinden, die, auf die benannten Teilgebiete aufgliedert, folgende Zahlen ergeben:

Gebiet	Zahl der		Deutscher Bevölkerungsstand am 1. 12. 1943
	Gemeinden	Umsiedler	
Vintschgau	9	5 688	17 835
Pustertal	7	2 728	8 601
Südliches Südtirol	9	3 803	9 692
Eisacktal	4	2 310	5 236
Grödnertal	4	1 399	1 786
Buchenstein-Cortina	2	384	64
Zusammen	35	16 202	43 214

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß das städtische südtiroler Deutschtum ungleich größere Umsiedlungsverluste als die ländlichen Gemeinden hatte, in denen der Bevölkerungsabgang durch Umsiedlung ein Viertel des deutschen Bevölkerungsstandes bei Kriegsbeginn betrug.

Die Zahl der südtiroler Umsiedler

Gebiet	Zahl der Umsiedler	Deutsche Bevölkerung am 1. 12. 1943
Distriktstädte	28 200	34 100
Übrige Gemeinden	46 700	142 300
Südtirol ²⁷⁾	74 900	176 400

Da nach den Angaben des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums²⁸⁾ bis zum 8. November 1940 aus den Bereichen der für die Durchführung der Umsiedlung zuständigen Bozener Zentrale und deren Zweigstellen insgesamt 54 500 Personen²⁹⁾ umgesiedelt wurden, steht fest, daß in der Zeit vom 9. November 1940 bis zum 1. Dezember 1943, praktisch bis zum Frühsommer 1943, zum Schluß aber nur noch ganz vereinzelt, noch 20 000 Südtiroler umgesiedelt wurden.

Die deutsche Bevölkerung des Distrikts Tarvis, auch Kanaltaler genannt, hatte sich ebenfalls für den Verbleib bei Italien oder für die Umsiedlung in das damalige deutsche Reichsgebiet zu entscheiden. In den bisher mitgeteilten Umsiedlerzahlen sind die Kanaltaler noch nicht mit berücksichtigt.

Der Distrikt Tarvis war 1919 nach dem Anschluß auch dieses ehemaligen österreichischen Gebietes an Italien gebildet worden und umfaßte sieben Gemeinden. Nach den Ergebnissen der italienischen Volkszählung vom Jahre 1921 wiesen sechs Gemeinden eine starke deutsche Mehrheit auf. Die Stadt Tarvis zählte 1921 4 003 Einwohner; darunter waren 2 012 italienische Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit und 1 086 fremde, zumeist österreichische Staatsangehörige³⁰⁾. Der gesamte Distrikt umfaßte im Jahre 1921 4 185 Volksdeutsche. Von den 1726 im Distrikt Tarvis gezählten fremden Staatsangehörigen war der überwiegende Teil österreichischer Staatsangehörigkeit.

Für das Jahr 1939 wird man die Gesamtzahl der im Distrikt Tarvis lebenden Deutschen, also einschließlich der 1938 reichsdeutsch gewordenen deutschen Bevölkerung, noch auf etwa 5 000 schätzen dürfen³¹⁾. Die Zahl der Optionsberechtigten aus dem Distrikt Tarvis ist leider nicht bekannt, wohl aber die Zahl jener, die bis zum 8. November 1940 in das Deutsche Reich umgesiedelt wurden: sie wird mit 1733 angegeben³²⁾. Da die abgesplitterten deutschen Bevölkerungsteile wegen ihrer Insellage inmitten fremden Volkstums vielmehr an einer Herausführung interessiert waren, darf angenommen werden, daß nach dem 8. November 1940 noch fast 2 470 Volksdeutsche und Reichsdeutsche aus dem Gebiet von Tarvis umgesiedelt wurden³³⁾.

Mit den umgesiedelten Kanaltalern erhöht sich die Gesamtzahl der aus dem Optionsgebiet von 1939 umgesiedelten Deutschen auf etwa 79000. Unter den Umgesiedelten befanden sich an 1000 Ladiner, was als Beweis dafür angesehen werden kann, daß sie das Schicksal der Südtiroler teilten.

Die Umsiedlungsaktion wurde im Jahre 1941 auch noch auf einige im Süden Welschtirols, an der ehemaligen österreichisch-italienischen Staatsgrenze befindliche deutsche Sprachinseln, so auch auf die im alten Festungsgebiet gelegene fast rein deutsche Gemeinde Lusern erweitert, von wo zwei Umsiedlertransporte abgefertigt wurden, von denen zumindest ein Transport nach Südböhmen, in die Nähe von Budweis, geleitet wurde. Die Umsiedlung dieser Sprachinselbevölkerung, die trotz ihrer Armut ihre Felsenheimat nicht verlassen wollte, vollzog sich mehr oder weniger zwangsweise, so daß nur ganz wenige Deutsche in diesem entlegenen Gebiet zurückblieben. Wieviel Personen von hier aus umgesiedelt wurden, läßt sich nicht mehr feststellen; ihre Zahl dürfte aber etwa 1000 betragen haben. Damit würde jedoch die Gesamtzahl der umgesiedelten Deutschen rund 80000 ergeben. Das heißt aber, daß die deutsche Bevölkerung Südtirols, gemessen an ihrem Stand Mitte 1939, der sich auf etwa 241000 Personen belief (234000 Südtiroler italienischer Staatsangehörigkeit und 7000 Reichsangehörige), durch die Umsiedlungen bis Ende 1943 einen Verlust von 33,2 vH hatte.

B. Die Kriegsverluste der deutschen Bevölkerung aus Südtirol und den übrigen Gebieten Norditaliens

In Position A war der einheimische deutsche Bevölkerungsstand des gesamten Optionsgebietes im Jahre 1939 mit rund 241000 Personen festgestellt worden. Die Zahl der Deutschland-Optanten betrug etwa 200000 Personen. Die wehrtauglichen Männer unter ihnen wurden zur deutschen Wehrmacht, die Italien-Optanten und auch jene, die sich der Option enthalten hatten, zur italienischen Wehrmacht eingezogen. Nach dem Abfall Italiens trat jedoch eine Änderung auch insofern ein, als ab September 1943, als Südtirol in das deutsche Operationsgebiet Alpenvorland einbezogen wurde, durch die deutsche Militär- und Zivilverwaltung auch alle jene wehrfähigen Deutschen zur deutschen Wehrmacht einberufen wurden, die sich der Option enthalten oder für Italien optiert hatten. Wie viele Deutsche aus dem gesamten Optionsgebiet zum Kriegsdienst, auch noch zum Volkssturm, insgesamt eingezogen wurden, ist nicht festzustellen. Zusammen dürften etwas über 40000 deutsche Südtiroler im Wehrdienst gestanden haben, darunter über 2000 in der italienischen Wehrmacht.

Es muß damit gerechnet werden, daß von den zum Wehrdienst eingezogenen Deutschen aus Südtirol und dem übrigen Optionsgebiet etwa 12000 gefallen, in Kriegsgefangenschaft gestorben oder verschollen sind. Diese Zahl berechnet sich bei Anwendung der vom Statistischen Bundesamt entwickelten Methode zur Ermittlung der Wehrmachtssterbefälle in den Vertreibungsgebieten (vgl. S. 15); sie dürfte eher zu hoch als zu niedrig sein.

C. Die vertriebenen Deutschen aus Südtirol und den übrigen Gebieten Norditaliens

1. Im ehemaligen deutschen Reichsgebiet

Von den im Zuge der Umsiedlung in das damalige deutsche Reichsgebiet (Grenzen nach dem Stand vom 31. Dezember 1940) übergeführten Südtirolern wurde die Mehrzahl im Gebiet des heutigen Österreichs angesiedelt. Ein Zehntel soll nach Angaben von südtiroler Seite³⁴⁾ im Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angesetzt worden sein und an weitere 4000 im Gebiet des ehemaligen Protektorates Böhmen und Mähren, in Luxemburg und in Jugoslawien (Südsteiermark und Südkärnten). Aus dieser regionalen Aufteilung kann mit Sicherheit darauf geschlossen werden, daß mehrere tausend Südtiroler von der Vertreibung mit erfaßt wurden, welche die in Südsteiermark und Südkärnten angesetzten Südtiroler und Kanaltaler aus dem Gebiet von Tarvis nach Österreich und vermutlich auch in ihre engere Heimat zurücktrieb. Ebenso dürfte der in Südböhmen angesiedelte Teil der Südtiroler (Luserner) nach Österreich geflohen bzw. dorthin ausgewiesen worden sein, während die im Westen des Reiches angesetzten Südtiroler zunächst in das Bundesgebiet gekommen sein dürften. Über die Vertreibung umgesiedelter Südtiroler kann mit Sicherheit nichts ausgesagt werden.

Südtiroler und andere Italiendeutsche³⁵⁾ im Vier-Zonen-Deutschland

Nach Ergebnissen der Volkszählung am 29. Oktober 1946³⁶⁾

Gebiet	Personen mit Wohnsitz am 1. September 1939 in Italien	
	Anzahl	vH
Britische Zone	1 670	12,6
Französische Zone	1 320	10,0
Amerikanische Zone	8 700	65,7
Sowjetische Zone	1 030	7,8
Berlin	450	3,4
Saarland	70	0,5
Insgesamt	13 240	100

Es lebten also rund zwei Drittel der 1946 in Vier-Zonen-Deutschland gezählten Italiendeutschen in der amerikanischen Besatzungszone. Von den in der amerikanischen Besatzungszone lebenden Italiendeutschen entfielen wiederum 5402 (62,1 vH) auf Bayern. Bei einer weitergehenden regionalen Aufgliederung kann festgestellt werden, daß im deutschen Alpenland, im Alpenvorland und im Schwarzwald im Jahre 1946 zusammen 4940 Deutsche gezählt wurden, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz noch in Südtirol oder in einem anderen Gebiet Italiens hatten. Daraus kann geschlossen werden, daß in das alte Reichsgebiet gekommene Südtiroler vor allem in den an Tirol und Vorarlberg angrenzenden reichsdeutschen Alpengebieten Aufnahme fanden. Eine größere Gruppe von Südtirolern wurde auch im Harz angesiedelt³⁷⁾. Hingegen scheint es sich bei den Italiendeutschen in den übrigen reichsdeutschen Gebieten weniger um Optanten als vielmehr um Reichsdeutsche gehandelt zu haben.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 kann man die Zahl der im Jahre 1950 im Gebiet der Deutschen Bundesrepublik, in Berlin, im Saarland und in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Volksdeutschen und Reichsdeutschen, die bei Kriegsbeginn 1939 in Italien wohnten, auf insgesamt rund 10500 Personen ansetzen. Davon werden etwa 6000 Südtiroler gewesen sein.

Aus den Ergebnissen der Volkszählung vom 13. September 1950 ergibt sich für die Deutschen mit Wohnsitz am 1. September 1939 in Italien (vor allem in Südtirol) folgende regionale Verteilung innerhalb Deutschlands:

Südtiroler und andere Italiendeutsche im Jahre 1950³⁸⁾ in der Bundesrepublik, in Berlin, im Saarland und in der sowjetischen Besatzungszone

Gebiet	Personen
Schleswig-Holstein	123
Hamburg	140
Niedersachsen	444
Bremen	25
Nordrhein-Westfalen	838
Hessen	590
Rheinland-Pfalz	276
Baden-Württemberg	1944
Bayern	4927
Bundesrepublik Deutschland	9307
Saarland	70
Berlin (West)	160
Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin	1000 ¹⁾
Insgesamt	10537

¹⁾ Geschätzt

Gegenüber der Volkszählung 1946 ergibt sich bis 1950 im Bundesgebiet, in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone ein Rückgang der Zahl der Italiendeutschen um fast 3000 Personen auf etwa 10500. Dieser Rückgang ist ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß viele Südtiroler, vermutlich vor allem während des Krieges nach Deutschland gekommene Dienstverpflichtete, im Zeitraum zwischen den beiden deutschen Volkszählungen in ihre Heimat zurückgekehrt sind³⁹⁾.

Die zweite deutsche Nachkriegszählung fiel bereits in die Anfangszeit einer großen offiziellen Umsiedlungsaktion, die von 1950 bis September 1953 durchgeführt wurde und rückkehrwilligen Südtirolern, die bereits die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatten, nach Genehmigung ihres Antrages auf Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerrechte und Erfüllung der übrigen Voraussetzungen (wie Nachweis von Wohnung und Arbeitsplatz) die Heimkehr ermöglichte. Im Zuge dieser Rückführung kehrten allein aus Bayern

in 19 Transporten	1227 Südtiroler
als Einzelreisende	7 Südtiroler
Zusammen	1234 Südtiroler

in ihre Heimat zurück⁴⁰⁾. Im Rahmen der Rückführungsaktion 1950 bis 1953 haben etwa 1600 Südtiroler das Bundesgebiet wieder verlassen. Die Zahl der „auf eigene Faust“ zurückgekehrten Südtiroler wird mit höchstens 400 angegeben⁴¹⁾.

Der Geburtenüberschuß der Südtiroler, die 1950 noch in vorgenannten Gebieten lebten, ist für die Zeit von der Umsiedlung bis zur Volkszählung dieses Jahres relativ gering. Er kann daher an dieser Stelle außer Betracht bleiben.

Es darf noch darauf hingewiesen werden, daß die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Vertriebenen aus Südtirol den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind. Die Rückoptanten gelten von dem Tage an als italienische Staatsangehörige, an dem sie von ihrem Entscheidungsrecht Gebrauch gemacht haben und die italienische Staatsangehörigkeit wählten. Reichsdeutsche, die während des Krieges aus Südtirol und anderen Gebieten Italiens ausgewiesen, umgesiedelt oder vertrieben wurden, haben als Nichtoptanten auch kein Recht zur Rückoption.

2. Die Südtiroler in Österreich

Die österreichischen Statistiken aus der ersten Nachkriegszeit geben über die Zahl der in Österreich lebenden Südtiroler, die seit 1940 ins Land kamen, keine Auskunft. Sie werden auf Grund einer Entscheidung der österreichischen Bundesregierung, die am 22. August 1945 getroffen wurde, nicht als Flüchtlinge oder Vertriebene behandelt, sondern erscheinen de facto und de jure den österreichischen Staatsangehörigen absolut gleichgestellt. Diese Regelung betont die starke Gemeinschaft zwischen Österreich und Südtirol, aus der heraus auch die besonderen Bestrebungen Österreichs beurteilt werden müssen, die Lage Südtirols und seiner Bewohner nach Möglichkeit zu verbessern. In diesem Sinne ist etwa das bereits am 5. September 1946 zwischen der österreichischen und der italienischen Regierung geschlossene Abkommen zu verstehen, das in den italienischen Friedensvertrag und damit in das Vertragswerk der Pariser Friedenskonferenz von 1947 mit aufgenommen wurde und die Ausarbeitung eines Autonomiestatuts für die Bevölkerung der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Orte vorsieht, und, was hier im besonderen zur Erörterung steht, bis zum 10. Februar 1948 die Frage der Rückwanderung aller nach dem Hitler-Mussolini-Abkommen von 1939 nach Österreich umgesiedelten Südtiroler regeln sollte⁴²). Das Optantendekret, das am 5. Februar 1948 Gesetzeskraft erlangte, sollte den Südtirolern, die im Jahre 1939 genötigt worden waren, für die Umsiedlung in das damalige Deutsche Reich zu optieren, „in einem Geist der Billigkeit und Weitherzigkeit“ Gelegenheit geben, sich für den Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft zu entscheiden.

Wie viele Südtiroler vormals italienischer Staatsangehörigkeit, die bereits umgesiedelt worden waren und nun in Österreich lebten, von der Möglichkeit der Rückoption Gebrauch machten, ist nicht einwandfrei festzustellen. Bis zum 30. September 1952 wurden nach einer Mitteilung von amtlicher italienischer Seite insgesamt 83 891 Rückoptionsgesuche genehmigt, während 3 101 Südtirolern die Wiederzuerkennung der italienischen Staatsbürgerschaft verweigert wurde. Von den bereits umgesiedelten seien bis zum vorgenannten Zeitpunkt 28 593 Rückoptionsgesuche eingebracht und von diesen 22 200 genehmigt, 1 012 jedoch abgelehnt worden⁴³). Über die anderen Gesuche lag zu diesem Zeitpunkt noch keine Entscheidung vor.

Aus einer amtlichen italienischen Statistik vom 31. Dezember 1953 über die Revision der staatsbürgerlichen Optionen geht hervor, daß bis zu diesem Zeitpunkt 50 363 Gesuche von Deutschland-Optanten eingebracht wurden. Von diesen Ge-

**Die Ansuchen von Deutschland-Optanten
um Wiederverleihung der italienischen Staatsbürgerschaft⁴⁴⁾**

(Stand: 31. Dezember 1953)

Deutschland-Optanten	Ein- gebr. An- suchen um Re- vision der Option	Darunter wurden erledigt		Von den erledigten Ansuchen wurden				Uner- ledigte An- suchen
		Zahl	betrof- fene Per- sonen	genehmigt		abgelehnt		
				Zahl	betrof- fene Per- sonen	Zahl	betrof- fene Per- sonen	
Umgesiedelte Südtiroler	28 956	23 209	47 843	21 842	44 442	1 367	3 401	5 747
Nicht umgesiedelte Südtiroler	21 407	21 381	41 365	20 804	40 704	577	661	26
Insgesamt	50 363	44 590	89 208	42 646	85 146	1 944	4 062	5 773

suchen wurden bis Ende 1953 44 590 erledigt; 42 646 Gesuchen wurde stattgegeben, 1944 Antragsteller jedoch wurden abgewiesen. Von den abschlägig beschiedenen Ansuchen um Wiederverleihung der italienischen Staatsbürgerschaft stammten 577 von Südtirolern, die wohl seinerzeit die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hatten, mit ihren Familienangehörigen — zusammen 661 Personen — jedoch noch in der Heimat weilten. 5 773 Gesuche waren noch nicht erledigt worden, darunter 5 747 von umgesiedelten Südtirolern. Von den 44 590 erledigten Revisionsgesuchen wurden zusammen 89 208 Südtiroler betroffen. Bei Annahme eines etwa gleich großen Anteils für diejenigen Familienangehörigen von Antragstellern, denen noch kein Bescheid zugegangen ist, kann geschätzt werden, daß Ende 1953 für etwas über 100 000 Gesuchen von Südtirolern um Wiedereinbürgerung in den italienischen Staat vorlagen, darunter für etwa 60 000 umgesiedelte und außerhalb Italiens lebende Südtiroler.

Es kann hier gleich mit darauf hingewiesen werden, daß im weiteren Verlauf auch zahlreichen, bereits abgelehnten Ansuchen um Wiedereinbürgerung in den italienischen Staat doch noch entsprochen wurde.

Mit der Genehmigung der Rückoption ist jedoch nicht automatisch auch die Rückkehrmöglichkeit der von 1940 bis 1943 Umgesiedelten verbunden; diese wird vielmehr an zwei wichtige Bedingungen geknüpft, den Nachweis eines Arbeitsplatzes und genügenden Wohnraums. Dadurch wird der Mehrzahl der Rückoptanten die Heimkehr praktisch unmöglich gemacht. Um auch diesen Schwierigkeiten wirksam begegnen zu können, wurde in Bozen ein eigenes Amt für Rücksiedlungshilfe beim Landesausschuß geschaffen.

Die Zahl der heimgekehrten Rückoptanten ist ebenfalls nicht einwandfrei festzustellen. Nach der einen Version sind bis zum Jahre 1952 knapp 7 000 Südtiroler in die Heimat zurückgekehrt⁴⁵⁾, nach der anderen sind es bis Mai 1952 nur ungefähr 4 000 Personen gewesen⁴⁶⁾. Die Ermittlung der tatsächlichen Zahl der Rückwanderer wird vermutlich vor allem dadurch erschwert, daß bereits vor Erlaß des vorgenannten Rückoptantendeckrets zahlreiche Südtiroler in ihre Heimat zurückgekehrt sind. In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis⁴⁷⁾ von Bedeutung, wonach von 1945 bis zum 30. Juni 1954 in Transporten der Besatzungsmächte, der UNNRA, der IRO und anderer internationaler Organisationen bzw. mit behördlicher Unterstützung aus Österreich insgesamt 1 124 Südtiroler repatriiert worden seien.

Eine Gesamtzahl der in Österreich lebenden Südtiroler liegt erst für den Stand vom 1. Oktober 1951 vor⁴⁸⁾. Zu diesem Zeitpunkt wurden 50 333 Personen gezählt, 46 760 Südtiroler waren in Österreich noch nicht eingebürgert, ein Beweis dafür, daß sie noch auf die Rückkehr in ihre Heimat hofften, 3 573 Südtiroler waren eingebürgert, ohne indessen dadurch ihr Heimatrecht aufzugeben zu haben⁴⁹⁾. Auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt, ergibt sich im Vergleich zum Stand vom 8. November 1940 folgende Aufgliederung:

Die Aufgliederung der Südtiroler in Österreich⁵⁰⁾

Land	8. 11. 1940	1. 10. 1951	1. 7. 1953	1. 1. 1954
Wien
Niederösterreich	475	299	265
Oberösterreich	6 857	4 656	2 799	2 215
Salzburg	5 097	3 604	1 979	1 923
Steiermark	5 009	3 488	2 826	2 540
Kärnten	3 787	1 431	1 037	739
Tirol	} 14 968	25 000	16 000	14 400
Vorarlberg		8 114	5 613	5 299
Burgenland	12	6	6
Nicht eingebürgert	46 760	30 559	27 387
Eingebürgert	3 573	5 478	.
Insgesamt	50 333	36 037	.

Am 1. Juli 1954 war die Zahl der eingebürgerten Südtiroler (einschließlich der fremdsprachigen) bereits auf 7066 Personen gestiegen und die der nichteingebürgerten Südtiroler auf 22 759 gefallen. Daraus folgt, daß vom 1. Oktober 1951 bis zum 1. Juli 1954 rund 20 500 Südtiroler abgewandert sein müssen, wobei die natürliche Bevölkerungsentwicklung noch nicht berücksichtigt ist.

Um eine Vergleichsmöglichkeit gewinnen zu können, wird man die Zahl der Ende 1950 in Österreich lebenden Südtiroler, der eingebürgerten und der naturalisierten, auf rund 52 000 Personen schätzen können. In dieser Zahl sind auch jene Südtiroler mit enthalten, die bereits vor der Option in Österreich weilten. Mit den im Bundesgebiet, in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Südtirolern wird man die Zahl der Ende 1950 außerhalb ihrer Heimat lebenden Südtiroler auf zusammen mindestens 60 000 Personen ansetzen müssen. Auf den Geburtenüberschuß von 1940 bis 1950 entfallen davon etwa 2 000 Personen. Nicht mitgezählt sind dabei jene österreichischen und tschechoslowakischen, seit 1938 reichsdeutschen Staatsangehörigen, die 1940 und später, ohne Optionsberechtigung, Südtirol verlassen mußten und seither in Österreich leben. Ihre Zahl dürfte aber 5 000 nicht überschreiten.

D. Die in Südtirol und in den übrigen Gebieten Norditaliens zurückgebliebene deutsche Bevölkerung

Mit den noch zurückgebliebenen Deutschen im Gebiet von Tarvis kann die Zahl der Ende 1943 noch in ihren Heimatgebieten lebenden deutschen Volksangehörigen in Südtirol auf annähernd 177 000 Personen beziffert werden. Es ist nicht zu be-

zweifeln, daß während der Zeit der deutschen Verwaltung die Zahl der Deutschen durch Rückwanderung wieder anstieg. Insgesamt mögen bis Mitte des Jahres 1945 annähernd 15 000 Südtiroler in ihre Heimat zurückgekehrt sein, darunter viele aus der Kriegsgefangenschaft Entlassene.

Am 3. Mai 1945 ging die deutsche Verwaltung in Südtirol zu Ende, englische und amerikanische Truppen besetzten das gesamte Gebiet und zwangen italienische Partisanendivisionen, die während des Sommers die südtiroler Bevölkerung zu drangsalierten versuchten, zum Abzug. In der Verwaltung wurde die Gleichberechtigung der deutschen Sprache beibehalten und auch die unter der deutschen Verwaltung neu errichteten deutschen Schulen wurden weitergeführt⁵¹). Eine Intervention der Alliierten verhinderte auch den vom Commissariato per la migrazione im Juli 1945 unternommenen Versuch, alle noch im Lande verbliebenen Deutschland-Optanten nach Österreich und Deutschland auszuweisen⁵²). Nur das sogenannte Unterland wurde wieder an die Provinz Trient angegliedert.

Als die englischen und amerikanischen Besatzungstruppen Südtirol am 31. Dezember 1945 verließen, stand die Frage der Rückgliederung Südtirols an Österreich zur Erörterung. Obwohl mehr als 156 000 Unterschriften unter der Südtiroler Bevölkerung für die Rückkehr des Landes zu Österreich gesammelt wurden und die Südtiroler manche gewichtige Fürsprache fanden⁵³), wurde das österreichische Verlangen auf Wiedervereinigung Südtirols und Nordtirols am 30. April 1946 von den Alliierten abgelehnt. Nachdem allerdings so entschieden war, kam es zwischen der österreichischen und der italienischen Regierung zu Verhandlungen, die am 5. September 1946 zu einem Abkommen führten, das der Bevölkerung der Provinz Bozen und des Unterlandes Autonomie und Revision der Optionen durch die Möglichkeit des Wiedererwerbs der italienischen Staatsangehörigkeit zusicherte⁵⁴). In Erfüllung des Pariser Abkommens wurden im Jahre 1948 das Bozener Unterland und sechs deutsche Randortschaften der Provinz Bozen wieder angegliedert. Im Gegensatz zu § 2 des Abkommens, das die Ausarbeitung eines Autonomiestatus lediglich für die Bevölkerung der um die deutschen Nachbarorte erweiterten Provinz Bozen vorsah, wurde jedoch Südtirol mit Welschtirol zu einer einzigen Regionalautonomie verkoppelt, wodurch die deutsche Bevölkerung Südtirols neuerdings in die Stellung einer nationalen Minderheit gedrängt wurde. Das Autonomiestatut für die Region Trentino-Tiroler Etschland trat am 14. März 1948 in Kraft.

Für vorliegende Untersuchung von größerer Wichtigkeit ist das Gesetzesdekret über die Revision der Optionen, das am 2. Februar 1948 erlassen wurde und drei Tage später Wirksamkeit erlangte. Durch dieses wurde der dauernde Verbleib der noch in Südtirol weilenden und der dahin inzwischen zurückgekommenen Deutschland-Optanten sichergestellt und auch die Rückkehr der bereits umgesiedelten Optanten in ihre Heimat angebahnt.

Nach amtlichen italienischen Statistiken⁵⁵) gab es am 31. Oktober 1946 in der Provinz Bozen 192 262 Deutsche.

Somit wäre die Zahl der deutschen Bewohner der Provinz Bozen am 1. Dezember 1943 bis zum 31. Oktober 1946 um rund 15 000 Personen angestiegen. Aus der italienischen Einwanderungs- und Auswanderungsstatistik geht hervor, daß von 1947 bis 1950 2 228 Deutsche aus der Provinz Bozen ausgewandert, im gleichen

Zeitraum aus dem Ausland jedoch 11 754 Deutsche in die Provinz Bozen eingewandert sind; bei den letzteren handelt es sich fast durchweg um Rückoptanten. Der Wanderungsüberschuß beträgt somit 9 526 Personen.

Wenn man eine natürliche deutsche Bevölkerungszunahme von jährlich rund 1 000 annimmt, würde die deutsche Bevölkerung der Provinz Bozen Ende 1950 etwa 206 000 Personen betragen haben. Mit der deutschen Bevölkerung der italienischen Provinzen Trient, Belluno und Venezia Giulia kann die deutsche Bevölkerung des gesamten seinerzeitigen Optionsgebietes auf 210 000 Personen geschätzt werden. Personen deutscher oder österreichischer Staatszugehörigkeit und Ladinier sind in dieser Zahl nicht enthalten.

E. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann folgendes festgestellt werden:

Das Deutschtum (italienischer Staatsangehörigkeit) im Gebiet der heutigen autonomen Region Tiroler Etschland war Ende 1939, vor Beginn der Umsiedlung, 234 000 Köpfe stark; mit dem Distrikt von Tarvis und den übrigen Optionsgebieten in den italienischen Provinzen Trient und Belluno kann die Gesamtzahl der hier anwesenden Deutschen italienischer Staatsangehörigkeit auf rund 241 000 Personen geschätzt werden.

Für das Deutsche Reich haben etwas über 200 000 Deutsche italienischer Staatsangehörigkeit optiert; jedoch ist nur etwa ein Drittel der Deutschland-Optanten umgesiedelt worden.

Im Jahre 1950 befanden sich in der Bundesrepublik, in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone fast 10 500 Personen deutscher Volkszugehörigkeit, die am 1. September 1939 in Südtirol und in anderen Gebieten Italiens wohnhaft waren. Etwa die Hälfte davon dürften deutsche Südtiroler sein, die als Deutschland-Optanten umgesiedelt wurden oder als entlassene ehemalige deutsche Wehrmachtangehörige seit 1946 nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren konnten.

Bei den Südtirolern in Österreich handelt es sich hauptsächlich um Deutschland-Optanten, somit um deutsche Volkszugehörige früherer italienischer Staatsangehörigkeit, von denen bis Oktober 1951 3 570 Personen naturalisiert wurden, d. h. die österreichische Staatsbürgerschaft erwarben, während das Gros von 46 760 Personen 1950 noch auf die Rückkehr wartete.

Über die Zahl der in andere Länder ausgewanderten Südtiroler kann nichts ausgesagt werden.

Die Zahl der während des Krieges gefallen und der vermißten Angehörigen der südtiroler Volksgruppe wurde mit 12 000 angegeben; sie ergibt sich aus allgemeinen Berechnungen ohne Berücksichtigung der Besonderheiten Südtirols und seiner Bevölkerung. Vertreibungsverluste werden, als zahlenmäßig zu geringfügig, in der Bilanz nicht berücksichtigt.

Die Zahl der im Jahre 1950 im ehemaligen Optionsgebiet ermittelten deutschen Volkszugehörigen italienischer Staatsangehörigkeit wurde mit 210 000 Personen festgestellt.

Anmerkungen

- ¹⁾ Ergebnisse sind veröffentlicht in: Censimento della popolazione del Regno d'Italia al 1° dicembre 1921. Heft 2: Venezia Tridentina, Rom 1925; Heft 3: Venezia Giulia, Rom 1926.
- ²⁾ Nach der Angliederung Südtirols und Welschtirols an Italien wurde aus diesem ehemals österreichischen Gebiet die italienische Provinz Venezia Tridentina (Tridentinisch Venetien) gebildet. Das Gebiet um Tarvis wurde der italienischen Provinz Venezia Giulia (Julisch Venetien) zugeschlagen.
- ³⁾ Freiberg, Walter: Nationalistische „Wissenschaft“ um die Südtiroler Volkszählungsergebnisse. Südtiroler Almanach, N. F., S. 67, Innsbruck 1950.
- ⁴⁾ Reut-Nikolussi bezeichnet als Geburtstunde des Aussiedlungsplanes den Zeitpunkt, in dem Marchese Colocci, ein enger Mitarbeiter Ettore Tolomeis, zum erstenmal das Recht Italiens proklamierte, „die deutschen Einmischel an der zukünftigen Nordgrenze Italiens auszusiedeln und über den Brenner zu treiben“. (Vgl. Zur Geschichte des Umsiedlungsplanes, veröff. im Südtiroler Almanach, Innsbruck 1949, S. 109ff.). — Graf Ettore Tolomei, später der „Erste Faschist von Bozen“ genannt, ist seit dem Ersten Weltkrieg einer der schärfsten und maßgeblichsten Verfechter der Italianisierung Südtirols.
- ⁵⁾ Nach Reut-Nikolussi (Südtiroler Almanach, Innsbruck 1949, S. 112) fanden diese ersten Gespräche in Wien im Jahre 1926 statt. Die Forderungen auf eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung wurden von den österreichischen Vertretern jedoch strikt abgelehnt.
- ⁶⁾ Die Besprechungen in Venedig wurden nach Reut-Nikolussi (Südtiroler Almanach, Innsbruck 1949, S. 112) Mitte der 30er Jahre auf einer Tagung faschistischer Führer abgehalten, an der auch Vertreter der damaligen österreichischen Heimwehr teilnahmen. Hierbei wurde von italienischer Seite der Plan einer Umsiedlung der Südtiroler nach der südlichen Steiermark vorgetragen. Es blieb jedoch bei dem Plan.
- ⁷⁾ So schrieb Kulischer noch während des Krieges (1943) in: The Displacement of Population in Europe. Montreal, S. 17: „The initiative (to the transfer of the Tyrolese) was taken not by the Germans, but by the Italians“.
- ⁸⁾ Bereits vor der Unterzeichnung des Umsiedlungsabkommens war am 21. August 1939 ein italienisches Gesetz erlassen worden, das allen Personen „fremdsprachiger Herkunft und nichtitalienischer Sprachzugehörigkeit, die durch den Vertrag von Saint-Germain die italienische Staatsangehörigkeit erlangt hatten, die Möglichkeit geben sollte, ins Deutsche Reich umzusiedeln und dadurch die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. In dem Gesetz wurde im einzelnen sowohl der Personenkreis als auch die Verfahrensweise bei der Umsiedlung genau bestimmt und abgegrenzt.
- ⁹⁾ Am 26. Oktober 1939 wurden die Bestimmungen über die Option veröffentlicht. Am 17. November 1939 wurde die Verfahrensweise bei der Umsiedlung präzisiert. Weitere Fragen, die sich in der Folge noch ergaben, wurden am 21. und 22. Dezember 1939, am 26., 30. und 31. Januar 1940, am 14. März und 14. Mai 1940, am 26. Februar 1941 (Schaffung der Deutschen Umsiedler-Treuhandgesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Bozen) und am 18. April 1941 geregelt.
- ¹⁰⁾ Die Option für Italien wurde auf weißen, jene für das Deutsche Reich auf rötlich-gelben Formularen vom 21. bis 31. Dezember 1939 vorgenommen. Den rötlich-gelben Optionscheineen war eine deutsche Übersetzung beigegeben.
- ¹¹⁾ Wiedergegeben in: Les transferts internationaux de population. Hrg. Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques. Paris 1946, S. 31/32.
- ¹²⁾ Hier handelt es sich um italienische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit, deren Wohnsitz zum Zeitpunkt der Option noch ungeklärt war, die aber ebenfalls für das Deutsche Reich optierten.
- ¹³⁾ In: Der Menscheneinsatz. Grundsätze, Anordnungen und Richtlinien. S. 115.
- ¹⁴⁾ Nach Freiberg: Nationalistische „Wissenschaft“ um die Südtiroler Volkszählungsergebnisse. S. 67/68.
- ¹⁵⁾ Im einzelnen konnte im Jahre 1943 festgestellt werden, daß in der Provinz Bozen nicht 27 vH, sondern nur 13 vH der Optionsberechtigten für Italien gestimmt oder sich der Option enthalten haben. In den Provinzen Trient, Belluno und Udine beträgt dieser Hundertsatz nicht 51, sondern 39.
- ¹⁶⁾ In: Menscheneinsatz. S. 115/116.
- ¹⁷⁾ Das Hitler-Mussolini-Abkommen über Südtirol und seine Folgen. Nr. 6 der Schriftenreihe der Landesstelle für Südtirol, Innsbruck. S. 2.
- ¹⁸⁾ Nr. 10 vom April 1941.
- ¹⁹⁾ Juni 1942.
- ²⁰⁾ Wiedergegeben in: Neue Zürcher Zeitung vom 26. August 1942.
- ²¹⁾ So in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 4. April 1943.
- ²²⁾ In: Europe on the Move. S. 256.
- ²³⁾ In: Merkblatt über Südtirol. S. 7.
- ²⁴⁾ In: Les transferts internationaux de populations. S. 32.
- ²⁵⁾ Nach einer Mitteilung ...
- ²⁶⁾ Nach: Censimento della popolazione del Regno d'Italia al 1° dicembre 1921, Heft 2: Venezia Tridentina.
- ²⁷⁾ Hier das gesamte Südtiroler Gebiet, das am 1. Dezember 1943 unter deutscher Verwaltung stand (Provinz Bozen, Trient und Belluno).
- ²⁸⁾ In: Menscheneinsatz. S. 115.
- ²⁹⁾ Ohne die Umsiedler aus dem Bereich der Zweigstelle Tarvis.
- ³⁰⁾ Nach: Censimento della popolazione del Regno d'Italia al 1° dicembre 1921. Heft 3: Venezia Giulia.

- ³¹⁾ Nach einer Schätzung des Amtes der Kärntener Landesregierung, Klagenfurt, mitgeteilt dem Statistischen Bundesamt unter dem 18. Dezember 1957.
- ³²⁾ In: *Menscheinsatz*, S. 115.
- ³³⁾ Nach Mitteilung des Amtes der Kärntener Landesregierung (a. a. O.) wurden während des Krieges insgesamt 4200 Deutsche aus dem Kanaltal nach Österreich umgesiedelt.
- ³⁴⁾ Das Hitler-Mussolini-Abkommen über Südtirol und seine Folgen. A. a. O. S. 2.
- ³⁵⁾ Eine Trennung der Südtiroler von den übrigen Italiendeutschen ist nach der amtlichen deutschen Statistik nicht möglich.
- ³⁶⁾ Zusammengestellt auf Grund verschiedener Statistiken, z. B. Beiträge zur Statistik Bayerns. Heft 145, S. 88/89; Die Volkszählung am 29. Oktober 1946 in Württemberg-Hohenzollern und im Kreis Lindau, 4. Jg., Nr. 1/2, S. 49 ff.; Statistisches Handbuch für das Saarland 1952, S. 17.
- ³⁷⁾ Nach Mitteilung von H. Peternell, Vorsitzender des Verbandes der Südtiroler, München.
- ³⁸⁾ Nach: Die Bevölkerung nach dem Wohnort am 1. September 1939. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 35, Heft 3. Hrg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1953.
- ³⁹⁾ Dr. Dr. Konrad Krieger, München, schätzt die Zahl der seinerzeit nach Bayern umgesiedelten Südtiroler auf insgesamt 7000 Personen. Nach Abschluß des Pariser Vertrages von 1947 und der Zusatzverträge von 1948, die jedoch mit Österreich abgeschlossen wurden, hatten sich auch viele, nach Bayern umgesiedelte Südtiroler um Rückführung bemüht. Um die Rückführung vornehmen zu können, mußten die betreffenden Personen erst aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassen werden. Dies geschah nur auf persönlichen Antrag und binnen Jahresfrist. Da sich seit 1948 die wirtschaftliche Lage im Bundesgebiet immer mehr besserte, hatten viele Südtiroler auf die Rückführung verzichtet. Nach Ablauf der Jahresfrist sind sie wieder deutsche Staatsbürger geworden.
- Zu der im Statistischen Handbuch für Bayern (1946) angegebenen Zahl von 2062 Volksdeutschen aus Italien bemerkt Krieger, daß es sich „hier wohl um kriegsnotdienstverpflichtete Südtiroler handelt, die noch nicht repatriert waren. Bei der im Dezember 1945 durchgeführten Erhebung war erstmals die Zahl der nach dem 1. September 1939 zugezogenen Personen zu melden. Wenige Wochen vorher hatten die Bürgermeister aber nur die Zahl der Evakuierten und Ausländer anzugeben. Wahrscheinlich wurden die bereits eingebürgerten Südtiroler in der neuen Meldung nicht berücksichtigt.“
- ⁴⁰⁾ Nach Mitteilungen von Dr. Dr. Konrad Krieger, München, vom 12. Dezember 1956 und 8. Februar 1957.
- ⁴¹⁾ Nach Auskunft von H. Peternell, München.
- ⁴²⁾ Europa-Archiv, III. Jg., 11. Folge, November 1948, S. 1649 ff.
- ⁴³⁾ Vgl.: Christ unterwegs, 6. Jg., Nr. 12, Dezember 1952, S. 7. München.
- ⁴⁴⁾ Als Dokument XXX aufgenommen in der vom Ministerratpräsidium in Rom 1954 herausgegebenen Publikation „Attuazione dell'accordo intervenuto a Parigi tra il Governo Italiano e il Governo Austriaco il 5 settembre 1946 (Accordo De Gasperi-Gruber), S. 143.
- ⁴⁵⁾ Vgl.: Christ unterwegs, 6. Jg., Nr. 12, S. 7.
- ⁴⁶⁾ Nach: Dolomiten. Tagblatt der Südtiroler. Bozen, 29. Jg., Nr. 110 vom 13. Mai 1952.
- ⁴⁷⁾ Nach: SchlieBleder, W. R.: Das österreichische Flüchtlingsproblem. — 2. Teil, Statistik. In: Integration (Bulletin International) Nr. 3/1955, S. 134.
- ⁴⁸⁾ Die amtliche österreichische Statistik erhob in den ersten Nachkriegsjahren nur die eheliche Staatsangehörigkeit der Vertriebenen und Flüchtlinge, nicht aber deren Volkszugehörigkeit. Auch bei den Einbürgerungen ist bis 1951 keine genauere Unterscheidung nach der Volkszugehörigkeit der Eingebürgerten erfolgt.
- ⁴⁹⁾ Strachotinsky v. Strachotin, Hans: Das wahre Zahlenbild der Volksdeutschen. In: Berichte und Informationen. Hrg. Österreichisches Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik, 6. Jg., Heft 284 vom 28. Dezember 1951.
- ⁵⁰⁾ Nach: 1940: Der Menscheinsatz, S. 116, Berlin, Dezember 1940; 1951 und 1954: Berichte und Informationen, 6. Jg., Heft 284, Salzburg 28. Dezember 1951; 1953: Nach Radspieler, Tony: The Ethnic German Refugee in Austria, S. 45.
- ⁵¹⁾ Merkblatt über Südtirol. S. 7.
- ⁵²⁾ Das Hitler-Mussolini-Abkommen über Südtirol und seine Folgen. A. a. O., S. 2.
- ⁵³⁾ Gegen eine machtpolitische Entscheidung in der Südtiroler Frage zugunsten Italiens wandte sich auch Winston Churchill, der am 5. Juni 1946 im englischen Unterhaus eine „Abänderung des schlimmsten Mißgriffs des Friedens von St.-Germain 1919“ und eine freie Volksabstimmung für Südtirol unter dem Schutz der Großmächte verlangte.
- ⁵⁴⁾ Europa-Archiv, II. Jg./11. Heft, November 1948, S. 1649 ff.
- ⁵⁵⁾ Documenti. Jg. II, Bd. 2, Heft 4, März 1954, S. 294.

Bulgarien

Inhalt

	Seite
I. Allgemeine Vorbemerkungen	535
II. Das benutzte Quellenmaterial	535
III. Die deutsche Volksgruppe in Bulgarien vor dem Zweiten Weltkrieg und deren Umsiedlung	535
IV. Die vertriebenen Bulgariendeutschen in den Aufnahmegebieten	538
Anmerkungen	539

I. Allgemeine Vorbemerkung

Die Deutschen aus Bulgarien, die während des Krieges fast vollzählig nach Deutschland umgesiedelt wurden, waren ihrer Zahl nach unbedeutend. Ein Teil der Bulgariendeutschen wurde in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und im Warthegau angesiedelt. Hier mußten sie das Vertreibungsschicksal der einheimischen deutschen Bevölkerung teilen.

Trotz ihrer geringen Zahl soll aber auch das Schicksal dieser kleinen deutschen Splittergruppe aus Südosteuropa dargestellt werden, so weit es aus amtlichen und anderen Aufzeichnungen und aus zuverlässigen Aussagen bekanntgeworden ist.

II. Das benutzte Quellenmaterial

Spisuk na naselenite mesta v carstvo Bulgarija ot osvoboždenieto (1879) do 1910 godina. Sravnitelni istoriko-etnografski pregled. Sofia 1921. (Verzeichnis der Orte im Königreich Bulgarien von der Befreiung (1879) bis 1910. Vergleichender historisch-ethnographischer Überblick).

Obšti rezultati ot prebrojavane na naselenieto v carstvo Bulgarija na 31 Dekembrij 1926 god. Kniga I. Sofia 1931. (Allgemeine Ergebnisse der Volkszählung im Königreich Bulgarien am 31. Dezember 1926. Band I).

Prebrojavane na naselenieto na 31 dekabrij 1934. Obšti rezultati. Kniga I. Sofia 1938. (Volkszählung am 31. Dezember 1934. Band I. Allgemeine Ergebnisse).

Spisanie na glavnata direkcija na statistikata. 4. Jg. 1936, Heft 1. Sofia 1936. (Statistische Nachrichten der Zentralkommission für Statistik).

Institutul central de statistică: Recensământul general al populației României din 29 decembrie 1930. Band II, Bukarest 1938.

Handwörterbuch des Grenz- und Ausland-Deutschtums. Band I, Breslau 1933.

Winkler, Wilhelm: Deutschtum in aller Welt. Wien 1938.

Kleiner Umsiedlungsspiegel. Berlin 1944.

Les transferts internationaux des populations. Etudes et documents. Série B-2. 1946. Hrsg. Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques. Paris 1946.

Rhode, Gotthold: Verschiebungen der Bevölkerung in Ostdeutschland und Osteuropa seit 1917. In: Völker auf dem Wege, Kiel 1952.

Frank, Waldemar: Die Umsiedlung aus der Süddobrukscha. In: Jahrbuch der Dobrukscha-Deutschen 1956. Hrsg. Otto Klett, Heilbronn 1956.

III. Die deutsche Volksgruppe in Bulgarien vor dem Zweiten Weltkrieg und deren Umsiedlung

Die Deutschen in Bulgarien¹⁾ bildeten keine eigene Volksgruppe; es handelte sich bei ihnen stets nur um völlig verstreut lebendes Volkstum unterschiedlicher Herkunft.

Erste Ansiedlungsversuche noch zur Türkenzeit waren ohne Nachwirkungen geblieben. Nach dem Ende der Türkenherrschaft wanderten erneut Deutsche in Bulgarien ein. Die wenigen bäuerlichen Siedlungen, die damals entstanden, waren Tochtersiedlungen von Banater Deutschen oder von Bessarabiendeutschen. Zahlenmäßig stärker war das städtische Deutschtum, das sich aus Kaufleuten und Handwerkern zusammensetzte.

Über die Größenordnung der deutschen Bevölkerung in Bulgarien unterrichtet der folgende Überblick:

In der Landeshauptstadt Sofia lebten 1934 insgesamt 1989 Deutsche.

Die übrigen städtischen Gruppen der Deutschen zählten in den Mittel- und Kleinstädten jeweils zwischen 100 und 200 Menschen.

Die wichtigsten vier dörflichen Niederlassungen waren:

1. Bărdarski Geran, nahe Orjachovo, im Donaugebiet Bulgariens gelegen, eine Banater Tochtersiedlung, 1931 mit 275 Deutschen neben Einwohnern anderer Volkszugehörigkeit.
2. Endže, später Carev-Brod benannt, unweit Šumen (heutiges Kolarovgrad), im Deli Orman gelegen, Tochtersiedlung von Bessarabiendeutschen, 1926 rund 300 Deutsche²⁾.
3. Selanovci, nahe Orjachovo, und
4. Asenovo, südlich Nikopol, ebenfalls im Donaugebiet gelegen; Selanovci und Asenovo sind Banater Tochtersiedlungen, die eine zahlenmäßig noch geringere deutsche Einwohnerzahl aufwiesen.

Die Gesamtzahl der Deutschen in Bulgarien, gegliedert nach Land- und Stadtbevölkerung, zeigt die nachstehende Übersicht.

Die deutsche Bevölkerung in Bulgarien nach Muttersprache und Volkszugehörigkeit

Jahr	Deutsche		
	insgesamt	Landbevölkerung	Stadtbevölkerung
nach der Muttersprache			
1920	3 515	794	2 721
1926	5 110	1 131	3 979
1934	4 171	1 121	3 050
nach der Volkszugehörigkeit (origine ethnique)			
1920	2 455	749	1 706
1926	4 112	1 127	2 985

Der Unterschied der Zahlen erklärt sich u. a. daraus, daß sich eine erhebliche Anzahl von Juden (1926 insgesamt 873, darunter 852 in Städten, und 1934 600, darunter 557 in Städten) des Deutschen als Muttersprache bedienten. Außerdem muß betont werden, daß die bulgarischen Zählungen jeweils die gesamte anwesende Bevölkerung, also auch Ausländer, erfaßten. So waren 1926 von den sich zum Deutschtum Bekenennenden nur 1573 bulgarische, dagegen 731 ungarische, 591 österreichische, 67 jugoslawische, 94 rumänische und 136 russische Staatsbürger, ein Beweis für den Tochtersiedlungscharakter der bäuerlichen Siedlungen.

Auf Grund dieser Sachlage kann die Gesamtstärke der Deutschen in Bulgarien zum Zeitpunkt der letzten Vorkriegszählung im Jahre 1934 unter Ausschluß der Juden, auf etwa 1100 bis 1200 Personen ländlicher und höchstens 2500 Personen städtischer Bevölkerung geschätzt werden. Obgleich für die folgenden Jahre bis zum Beginn des Krieges keine neueren Zahlen vorliegen, darf angenommen werden, daß die im Laufe der vorangegangenen Zählungsperioden festgestellte gleichbleibende oder leicht rückläufige Zahl der Deutschen auch in dem Zeitraum von 1934 bis zum Kriegsbeginn keine größeren Veränderung erfuhr.

Als kleiner zahlenmäßiger Zuwachs und zugleich als Antrieb, der die Frage der Aussiedlung der Bulgariendeutschen in Bewegung bringen sollte, erwies sich die im Vertrag von Craiova³⁾ festgelegte Abtretung der Süddobrudscha von Rumänien an Bulgarien. Damit gelangten die Deutschen der beiden bisher rumänischen Judets (Verwaltungsbezirke) Caliacra und Durostor, mit zusammen 558 Deutschen (nach der Volkszugehörigkeit auf Grund der Zählung 1930) an Bulgarien. Auch dieses Deutschtum bestand lediglich aus kleinsten ländlichen bzw. kleinstädtischen Splittergruppen. Die größten Gruppen befanden sich in Ali-Anife (1930: 118 Deutsche) und Cioban-Cuius (1930: 79 Deutsche).

Als die Bulgariendeutschen im Anschluß an die Umsiedlung der Deutschen aus der bei Rumänien verbliebenen Norddobrudscha das Ansuchen stellte, in diese Aktion einbezogen zu werden, wurde sie zunächst abschlägig beschieden. Es begannen aber bereits im November 1940 Verhandlungen zwischen der Deutschen Gesandtschaft in Sofia und der bulgarischen Regierung, die zunächst zur Aussiedlung einiger kleinerer sozialschwacher Splittergruppen des bulgarischen Deutschtums führten. Ein erster Umsiedlungstransport mit rund 400 Personen bestand zum größeren Teil aus deutschen Staatsangehörigen. Unter ihnen befanden sich auch etwa 200 Angehörige des Zirkus Hagenbeck, der vom Kriegsausbruch in Bulgarien überrascht worden war. In zwei weiteren Transporten sind insgesamt etwa 900 Umsiedler aus Bulgarien nach Deutschland gebracht worden. Erst am 22. Januar 1943 wurde im Rahmen eines Notenwechsels ein formaler Umsiedlungsvertrag geschlossen, der rückwirkende Geltung hatte. Auf Grund dieses Vertrages wurde im Mai 1943 ein Transport mit 1200 Personen abgefertigt. In dieser Zeit verließen auch 500 Deutsche aus der Süddobrudscha ihre Heimat. Nur etwa 50 Deutsche blieben noch in der Süddobrudscha zurück.

Außer diesen organisierten amtlichen Umsiedlungen erfolgte die Rückkehr zahlreicher Deutscher aus Bulgarien auf Grund eigener Initiative. Den vorliegenden Berichten zufolge beläuft sich die Zahl der auf diesem Weg nach Deutschland gelangten, meist städtischen Bulgariendeutschen auf 500 bis 1000. Es kann also angenommen werden, daß insgesamt etwa 3000 bis 3500 Bulgariendeutsche nach Deutschland gelangten, 2500 auf dem Wege einer regelrechten Umsiedlung. Der aus einem Vergleich mit den Angaben der amtlichen Zählung ergebene Rest entfällt auf im Lande gebliebene Juden sowie auf jene Angehörige von Mischehen usw., die heute bereits zum größten Teil assimiliert sein dürften. Welches Ausmaß die deutsch-bulgarischen Mischehen in Bulgarien angenommen hatten, ergibt sich aus den Zahlen, die für 1921 und 1931 vorliegen; danach sind 73 vH aller Angehörigen des städtischen Deutschtums Mischehen eingegangen. Bereits 1934 hatten 280 Deutsche als Glaubensbekenntnis griechisch-orthodox angegeben.

Diese Zahlen decken sich auch mit den Angaben maßgeblicher Quellen: Die Landsmannschaft der Dobrudschadeutschen gibt in ihren Mitteilungen 4000 Umsiedler aus Bulgarien⁴⁾, davon 500 Deutsche aus der Süddobrudscha an; der Bericht von v. Helversen⁵⁾ spricht von rund 2500 umgesiedelten Personen. Dazu kämen dann noch etwa 1000 allein nach Deutschland Abgewanderte.

Die Angaben des Kleinen Umsiedlungsspiegels⁶⁾, der für Ende 1943 1945 Bulgarienumsiedler nennt, von denen 219 auf dem Gebiet des polnischen Staates (Stand 31. 12. 1937) neu angesiedelt wurden, vermitteln anscheinend nur ein Zwischenergebnis dieser Aktion.

Die vielfach genannte Zahl von etwa 5000 deutschen Bulgarienumsiedlern (so die Endzahl im Bericht von v. Helversen und in der französischen Dokumentensammlung von 1946⁷⁾ scheint deshalb über den vorstehenden Berichtsangaben zu liegen, weil zugleich mit den Volksdeutschen aus Bulgarien auch viele dort ansässige Reichsdeutsche rücksiedelten bzw. rückwanderten. Außerdem hatte es eine erhebliche Anzahl von Bulgaren verstanden, trotz genauer Überprüfung Aufnahme in die Umsiedlungstransporte zu finden⁸⁾. In dieser Zahl sind auch die rund 500 umgesiedelten Deutschen aus der Süddobrudscha mit enthalten. Nach den Angaben im „Jahrbuch 1956 der Dobrudscha-Deutschen“⁹⁾ wurden etwa 90 vH der deutschen Bevölkerung aus Bulgarien in dessen Grenzen von Dezember 1937 nach Deutschland umgesiedelt.

IV. Die vertriebenen Bulgariendeutschen in den Aufnahmegebieten

Die Bulgariendeutschen werden nur in wenigen deutschen und ausländischen Nachkriegsstatistiken als gesonderte Gruppe geführt. Leider fehlen auch für die vor allem im Distrikt Lublin des damaligen Generalgouvernements Neuangesiedelten alle Unterlagen über ihren Verbleib. Da die Bulgariendeutschen auch über keine eigene landsmannschaftliche Organisation verfügen, kann in bezug auf die weitere Entwicklung dieser südosteuropäischen deutschen Splittergruppe nur wenig ausgesagt werden. Nach der Umsiedlung sind lediglich noch zwei Gruppen von Bulgariendeutschen festzustellen: die eine Gruppe wird von jenen Bulgariendeutschen gebildet, die in der Zeit von November 1941 bis Januar 1942 umgesiedelt und in den Ostgebieten des Deutschen Reiches im damaligen Reichsgau Wartheland sowie im Generalgouvernement aufgenommen bzw. angesiedelt wurden (vgl. III)¹⁰⁾.

Diese Gruppe, die möglicherweise während der letzten Kriegszeit noch einen Zugang aus den bisher in Lagern lebenden Bulgariendeutschen erfuhr, erlitt das Schicksal der Vertreibung. Über sie und ihre Angehörigen ist, wie schon erwähnt, seither nichts mehr bekannt geworden¹¹⁾. Es ist aber zu vermuten, daß eine gewisse Zahl von ihnen im Bundesgebiet Aufnahme gefunden hat und mit in der Zahl der Bulgariendeutschen enthalten ist, die 1946 in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 466 Personen verzeichnet wurde. Ihre Zahl wird sich bis 1950 nicht wesentlich verändert haben. Für das gesamte Bundesgebiet wird man für diesen Zeitpunkt mit etwa 1000 bis 1500 Bulgariendeutschen rechnen können.

Die zweite Gruppe betrifft die in Österreich lebenden Bulgariendeutschen. Nach dem Stand vom 1. Januar 1950 wird ihre Zahl mit 304 Personen angegeben¹²⁾. Davon lebten 182 Bulgariendeutsche im Land Salzburg, 38 in der Steiermark, 37 in Kärnten, 32 in Wien, 11 in Niederösterreich und 4 in Tirol. Bis zum 1. Juli 1954 wurden 39 Bulgariendeutsche eingebürgert; von den 181 nichteingebürgerten Deutschen lebten noch 12 Personen in Lagern¹³⁾. Nach einer Statistik des österreichischen Bundesministeriums des Innern vom 12. März 1956 waren am 1. Januar 1956 in Österreich noch 194 Bulgariendeutsche wohnhaft; davon hatten bis zu diesem Zeitpunkt 47 Personen die österreichische Staatsangehörigkeit erhalten.

Wie aus der Wanderungstatistik des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, kommen immer noch vereinzelt Volksdeutsche aus Bulgarien. Diese Tatsache an sich ist gewiß von Interesse, für die Bilanz selbst ist sie bedeutungslos: Von 1950 bis Ende 1955 sind zusammen nur etwa 20 Deutsche aus Bulgarien direkt in das Bundesgebiet zugewandert, die meisten 1954/55. Auch unter den aus dem Bundesgebiet ausgewanderten Vertriebenen befinden sich Bulgariendeutsche; so sind z. B. in den Jahren 1953 4 und 1954 10 ausgewandert.

Die vorstehenden Darlegungen zeigten, daß die Bulgariendeutschen fast restlos ausgesiedelt wurden, wobei keine Verluste eintraten. Das Kriegsende brachte die Auflösung der Volksgruppe und das völlige Aufgehen in der großen Masse der deutschen Vertriebenen.

Anmerkungen

¹⁾ Bulgarien in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

²⁾ Da die bulgarische Statistik die Deutschen gemeindeweise zahlenmäßig nicht gesondert aufführt, erscheinen die Deutschen unter den „Sonstigen“.

³⁾ Auf Grund des Vertrages von Craiova vom 7. September 1940 wurde die Süddobrudscha von Rumänien an Bulgarien abgetreten.

⁴⁾ Jahrbuch der Dobrudscha-Deutschen, vgl. Quellenangabe.

⁵⁾ Bericht von Mario v. Helversen, ehemaligem Angehörigen der deutschen Gesandtschaft in Sofia.

⁶⁾ Kleiner Umsiedlungsspiegel, Ausgabe Januar 1944, Berlin 1944. Es wird hier von 219 deutschen Umsiedlern aus Bulgarien berichtet, d. s. 11,3 vH der umgesiedelten Bulgariendeutschen.

⁷⁾ Les transferts internationaux des populations. Etudes et documents. Vgl. Quellenangabe.

⁸⁾ Von einem Angehörigen des ehemaligen, in Bulgarien tätigen Umsiedlungskommandos wurde mitgeteilt, daß sich auf die Aufforderung zur Anmeldung, sich umsiedeln zu lassen, die an die Deutschen im Lande erging, insgesamt etwa 65000 Personen meldeten. Nach Prüfung jedes Einzelfalles konnten jedoch nur 3000 Personen als umsiedlungsberechtigt erklärt werden.

⁹⁾ In „Jahrbuch 1956 der Dobrudscha-Deutschen“ wird auf Seite 29 festgestellt, daß aus der Süddobrudscha zur Umsiedlung Deutsche aus folgenden Orten kamen: Ali-Anife (Germanzi), Akkadinar, Arabagi, Arman, Balagea, Baltchik, Basargic (Dobritsch), Bair-Baschi (Regina Maria), Carabalar, Carali, Cara-Omur, Caraatsch, Casim, Durasi, Gurkowo (Rasoviceni), Hardali, Hasan-faca, Hasserlik, Ilanlik, Rogojina, Silistra, Tscherkowna, Ciobancuius und Wranino. Aus Altbulgarien meldeten sich Deutsche aus nachstehenden Orten: Asenovo, Bårdarski-Geran, Bela-Slatina, Beleni, Gabrovo, Galič, Gorna-Mitropolia, Gostilia, Hotanza, Knjaža, Krusewica, Pordin, Rusëuk, Selanovei, Sofia, Tinovo und Carev-Brod. Insgesamt etwa 3500 Personen mit einer Landfläche von 664 ha. Es wurden etwa 90 vH des deutschen Elementes aus Bulgarien umgesiedelt. Es verblieben in Bulgarien Nichtumsiedlungswillige, deutsche Frauen, die mit Fremden verheiratet waren und Reichsdeutsche.

¹⁰⁾ Im Kleinen Umsiedlungsspiegel, Ausgabe Juli 1943, werden nur 216 Bulgariendeutsche ausgewiesen, von denen 211 im Distrikt Lublin des damaligen Generalgouvernements und 5 im damaligen Reichsgau Wartheland angesiedelt wurden.

¹¹⁾ Bei den deutschen Volkszählungen von 1946 und 1950 sind die Bulgariendeutschen wegen ihrer zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit nicht mehr ausgewiesen worden.

¹²⁾ Radspieler, Tony: The Ethnic German Refugee in Austria 1945 to 1954, S. 34, Den Haag 1955.

¹³⁾ SchlieBleder, R.: Das österreichische Flüchtlingsproblem. In: „Integration“. Bulletin International Nr. 3/4, München 1954.

Berichtigungen

- S. 7, vorletzte Zeile statt 501 richtig 507
- S. 7, letzte Zeile statt 525 richtig 533
- S. 35, letzter Absatz, vorletzte Zeile statt 2 351 000 richtig 2 411 000
- S. 240, unter F, 2. Absatz 4. Zeile und 4. Absatz 2. Zeile statt (Gdańsk) richtig (Gdynia)
- S. 316, vorletzte Zeile streiche „nach ihrer Verwaltungsgliederung“
- S. 348, obere Tabelle, Zeile „Insgesamt“ statt +732 richtig +73,2